Tobias Boos
Populismus und Mittelklasse

Edition Politik | Band 120

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch den Fachinformationsdienst Politikwissenschaft POLLUX

und ein Netzwerk wissenschaftlicher Bibliotheken zur Förderung von Open Access in den Sozial- und Geisteswissenschaften (transcript, Politikwissenschaft 2021)
Die Publikation beachtet die Qualitätsstandards für die Open-Access-Publikation von Büchern (Nationaler Open-Access-Kontaktpunkt et al. 2018), Phase 1
https://oa2020-de.org/blog/2018/07/31/empfehlungen_qualitätsstandards_oabücher/

Hauptsponsor: Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (POLLUX – Informationsdienst Politikwissenschaft)
Vollsponsoren: Universitätsbibliothek Bayreuth | Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin | Freie Universität Berlin - Universitätsbibliothek | Staatsbibliothek zu Berlin | Universitätsbibliothek Bielefeld | Universitätsbibliothek der Ruhr-Universität Bochum (RUB) | Universitäts- und Landesbibliothek Bonn | Vorarlberger Landesbibliothek | Universitätsbibliothek der Technischen Universität Chemnitz | Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt | Sächsische Landesbibliothek Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) | Universitätsbibliothek Duisburg-Essen | Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf | Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg | Universitätsbibliothek Frankfurt/M. | Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen | Universitätsbibliothek Greifswald | Universitätsbibliothek der FernUniversität in Hagen | Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky, Hamburg | TIB – Leibniz-Informationszentrum Technik und Naturwissenschaften und Universitätsbibliothek | Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek | Universitätsbibliothek Heidelberg | Universitätsbibliothek Kassel | Universitätsbibliothek Kiel (CAU) | Universitätsbibliothek Koblenz · Landau | Universitäts- und Stadtbibliothek Köln | Universitätsbibliothek Leipzig | Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern | Universitätsbibliothek Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg | Universitätsbibliothek Marburg | Max Planck Digital Library (MPDL) | Universitäts- und Landesbibliothek Münster | Universitätsbibliothek der Carl von Ossietzky-Universität, Oldenburg | Universitätsbibliothek Osnabrück | Universitätsbibliothek Passau | Universitätsbibliothek St. Gallen | Universitätsbibliothek Vechta | Universitätsbibliothek Wien | Universitätsbibliothek Wuppertal | Zentralbibliothek Zürich
Sponsoring Light: Bundesministerium der Verteidigung | Landesbibliothek Oldenburg
Mikrosponsoring: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) - Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit | Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, Mainz

Tobias Boos (Dr. phil.) ist Post-Doc am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Seine Dissertation wurde mit dem *Sowi-Doc.Award* der Universität Wien für herausragende Forschungsleistungen ausgezeichnet.

Tobias Boos

Populismus und Mittelklasse

Die Kirchner-Regierungen zwischen 2003 und 2015 in Argentinien

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de
Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-publishing.com
Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

© 2021 transcript Verlag, Bielefeld

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-5782-1
PDF-ISBN 978-3-8394-5782-5
EPUB-ISBN 978-3-7328-5782-1
https://doi.org/10.14361/9783839457825
Buchreihen-ISSN: 2702-9050
Buchreihen-eISSN: 2702-9069

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *https://www.transcript-verlag.de*
Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter *www.transcript-verlag.de/vorschau-download*

Inhalt

Einleitung 9
1.1 Populismus des 21. Jahrhunderts und die gesellschaftliche Mitte 11
1.2 Stand der Forschung: Kirchnerismus und die argentinische Mittelklasse 13
1.3 Fragestellung und Aufbau des Buches 21

TEIL I – THEORIE UND GESCHICHTE

2 Populismus 27
2.1 Populismus und Entwicklung 28
2.2 Idealtypische Ansätze und *ideational-approach* 35
2.3 Hegemonietheoretischer Ansatz 41
2.4 Zwischenfazit 81

3 Mittelklasse 83
3.1 Klasse bei Weber 86
3.2 Mittelklasse in der marxistischen Debatte 88
3.3 Zwischenfazit: Zwischen politischer Identität und Strukturposition 102

4 Historische Analysen der argentinischen Mittelklasse 107
4.1 Gino Germani und die Transition zur modernen Gesellschaft 108
4.2 Selbstkasteiung und Buße: Die Mittelklasse nach dem Peronismus 112
4.3 *Nuevos pobres* und die Vorläufer der Krisenliteratur 114
4.4 Krisen: Protest, Organisierung und Identität 116

5 Klassen und politische Identität: Versuch einer konzeptionellen Wiedervereinigung 121
5.1 Mittelklasse als relational-historisch-materialistische Kategorie 121
5.2 Populismus als antogonistische Konstruktionslogik der Hegemonie auf dem Feld der politischen Identitäten 126

6 Methodik der Studie 131

TEIL II – DIE ARGENTINISCHE MITTELKLASSE UND DER KIRCHNERISMUS

7 Politische Konjunkturen des Kirchnerismus 137
7.1 2003-2008 Wirtschaftliche Boomjahre und transversale Strategie 139
7.2 2008-2009 Wirtschaftliches Interregnum und Niederlage der transversalen Strategie 150
7.3 2009-2011 Wirtschaftlicher Rückenwind und antagonisierende Offensive: der fundationale Moment des heute existierenden Kirchnerismus 154
7.4 2012-2015 Desintegration und antagonistische Defensive 159
7.5 Schlussfolgerungen 163

8. Sozialstruktur und Mittelklasse in Argentinien während des Kirchnerismus 165
8.1 Entwicklungen der Sozialstruktur zwischen 2003 und 2015 167
8.2 Dynamiken innerhalb der unteren Mittelsektoren 173
8.3 Auswertung und Schlussfolgerungen 177

9 Identitätsangebote im Kirchnerismus 179
9.1 Eine Heimat für alle nach dem Kriseninferno: Néstor Kirchners Reden 181
9.2 Historisierung und autobiografisches Erzählen: Cristina Fernández de Kirchners Reden 185
9.3 Diskurskonstellationen und Position der Mittelklasse im kirchneristischen Horizont 194
9.4 Schlussfolgerungen 203

10 Hegemoniale Einbindung der Mittelklasse im Bildungssektors 209
10.1 Jüngste Geschichte des argentinischen Bildungssektors 210
10.2 Materielle und institutionelle Einbindung des Bildungssektors 213
10.3 Kirchneristische Erzählung und Identitäten 239
10.4 Schlussfolgerungen 247

11 Schlussfolgerungen 251

12 Nachwort: Argentinien nach 2015 263

Danksagung 271

Abkürzungsverzeichnis 273

Tabellenverzeichnis 275

Abbildungsverzeichnis 277

Zitierte Gesetze, Dekrete, Resolutionen 279

Literatur 281

Einleitung

> »Es war im Endeffekt nicht so sehr eine Spannung zwischen Klassen im Stile des historischen Peronismus (zwischen Reichen und Armen), sondern eine im Inneren der selbigen Klasse, die er beförderte. Der Kirchnerismus als (Mittel-)Klassenkampf.« (Natanson/Rodríguez 2016: 15)

Mit »Kirchnerismus«, oder dem spanischsprachigen Ausdruck *kirchnerismo*, wird gemeinhin die politische Periode zwischen 2003 und 2015 in Argentinien bezeichnet. In jenen Jahren lenkten Néstor Kirchner (2003-2007) und im Anschluss seine Ehefrau Cristina Fernández de Kirchner (2007-2015) als PräsidentIn die Geschicke des Landes in Lateinamerika. Mit ihrer Strömung der *Frente Para la Victoria* (Front für den Sieg) sorgten sie dafür, dass der Peronismus (*Partido Justicialista*) nach dem Staatsbankrott von 2001 in drei aufeinanderfolgenden Amtszeiten an der Macht blieb. Die für lateinamerikanische Verhältnisse außergewöhnlich lange Periode politischer Stabilität verwundert. Noch erstaunlicher erscheint diese Kontinuität, ruft man sich jene Vorzeichen in Erinnerung, unter denen die Wahl Néstor Kirchners 2003 gestanden hatte. Der Wahl Kirchners war eine der tiefsten Krisen des Landes vorausgegangen.

Nach der Rückkehr zur Demokratie 1983 und der Präsidentschaft Raúl Alfonsíns übernahm 1989 mit Carlos Menem (1989-1999) erneut ein peronistischer Kandidat die Regierungsgeschäfte. Unter ihm wurde 1991 die 1:1-Dollar-Peso-Parität eingeführt. Sie bildete das Fundament für die »fiesta menemista«, wie die nachfolgenden Jahre im argentinischen Volksmund genannt werden: Billige Importe und Kredite ermöglichten ein nie dagewesenes Konsumniveau für einen Teil der argentinischen Mittelklasse. Allerdings verdeckte der Konsumboom die strukturellen Probleme der argentinischen Wirtschaft. Die Probleme dieses Wirtschaftsmodells wurden ab Anfang 2001 zunehmend sichtbarer. Als der neue Wirtschaftsminister Domingo Cavallo die Wechselkursparität infrage stellte, folgte eine massive Kapitalflucht. Die Regierung intervenierte im Dezember 2001 mit dem sogenannten

corralito (Pferch). Die Bankkonten der ArgentinierInnen wurden eingefroren, das Abheben von Bargeld war nur noch in kleinen Beträgen möglich.

Die schwere wirtschaftliche, soziale und politische Krise kulminierte schließlich in den Protesten vom 19. und 20. Dezember, die den Rücktritt Fernando de la Rúas erzwangen. Nachdem in nur wenigen Tagen zahlreiche Übergangspräsidenten ihren Rücktritt erklärt hatten, übernahm schließlich Eduardo Duhalde die Präsidentschaft. Im Folgejahr kam es im ganzen Land zu einem »neuen sozialen Protagonismus« (Colectivo Situaciones 2003) von unten: Selbstorganisierte Tauschringe wurden gegründet; Nachbarschaftsversammlungen organisierten den Alltag in den Stadtvierteln; Betriebe wurden besetzt und von der vormaligen Belegschaft übernommen. Die gesellschaftliche Mobilisierung hielt das gesamte Jahr vor. Am 26. Juni 2002 ereigneten sich dann jene Repressionsmaßnahmen, die in Argentinien als das »Massaker von Avellaneda« bezeichnet werden und die die Krise der politischen Repräsentation weiter vertieften: Bei Protesten der Arbeitslosenbewegung wurden die zwei Aktivisten Maximiliano Kosteki und Darío Santillán von der Polizei ermordet. Nachdem bekannt geworden war, dass die Repressalien an der Bahnstation in der Vorstadt von Buenos Aires durch den damaligen Gouverneur der Provinz Buenos Aires Felipe Solá angeordnet worden waren, stieg der politische Druck auf Präsident Duhalde immer weiter. Dieser rief schließlich vorgezogene Präsidentschaftswahlen für April 2003 aus. Bei der Wahl gewann Néstor Kirchner mit seinem Bündnis *Frente Para la Victoria* 22,2 % der Stimmen und belegte damit den zweiten Platz hinter dem ehemaligen Präsidenten Carlos Menem (24,5 %). Weil Menem sich jedoch keine Siegeschancen in der vorgesehenen Stichwahl ausrechnete, zog er seine Kandidatur zurück und Néstor Kirchner wurde als Präsident vereidigt.

Vor dem Hintergrund dieser komplexen Gemengelage trat Néstor Kirchner seine Präsidentschaft am 25. Mai 2003 an. Die Wirtschaft des Landes war im Vorjahr um 10,2 % geschrumpft; die Arbeitslosenquote lag bei 17,8 % (INDEC); die *Partido Justicialista* – die peronistische Partei, der auch Kirchner entstammte – war durch den neoliberalen Kurs der Regierungen Carlos Menems in den 1990er Jahren stark delegitimiert; und in Teilen der Bevölkerung herrschte weiterhin das tiefe Misstrauen gegenüber der Politik vor, das sich 2001 in dem international bekanntgewordenen »¡Que se vayan todos!« (»Sie sollen alle abhauen!«) entladen hatte. Und so sah sich die Regierung rund um den ehemaligen Gouverneur der im Süden Argentiniens gelegenen Provinz Santa Cruz (1991-2003) nicht nur mit der wirtschaftlichen Krise des Landes konfrontiert, sondern stand vor der Herausforderung, UnterstützerInnenbasis, Allianzen und Identität für ihr politisches Projekt zu konstruieren.

1.1 Populismus des 21. Jahrhunderts und die gesellschaftliche Mitte

Fünf Jahre nach Ende des Kirchnerismus tobt auch weiterhin die Debatte darüber, wie dieser politisch zu charakterisieren sei. »Progressismus«, »Populismus des 21. Jahrhunderts« oder auch »der vierte Peronismus« sind nur einige der Bezeichnungen für jene kirchneristischen Regierungsperioden. Gleichwohl, wie das der Einleitung vorangestellte Zitat von José Natanson und Martín Rodríguez andeutet, laufen einige dieser Zuschreibungen Gefahr, Kontinuitätszuschreibungen zu einer populistischen Traditionslinie unreflektiert zu übernehmen, und dadurch originäre Aspekte des Kirchnerismus zu verdecken. Bezüglich dieser Originitäten ist das Wortspiel der beiden Politologen eines Klassenkampfs der Mittelklassen treffsicher gewählt, denn es irritiert den/die LeserIn gleich auf mehreren Ebenen.

Erstens ist die Zuschreibung »Mitte« politisch gemeinhin positiv konnotiert. Kein Wahlkampf vergeht, in dem die WettstreiterInnen nicht darum ringen würden, sich als die wahre Partei der Mitte zu präsentieren. Für die Bundesrepublik Deutschland riet Münkler jüngst: »Wer die politische Mitte verteidigen will, muss an der Bewahrung der sozialen Mitte ansetzen.« (Münkler 2016) Andere fragen sich, ob für eine globale Perspektive die zahllosen Mittelklasse-Studien es rechtfertigen, das 21. Jahrhundert als »Jahrhundert der Mittelklasse« zu bezeichnen (Therborn 2012). Doch woher rührt die politische Attraktivität der Mitte und, noch grundlegender, worin besteht sie eigentlich – diese Mitte?

Macht man sich die Operation bewusst, die hinter der topografischen Metapher einer gesellschaftlichen Mitte steht, wird schnell augenscheinlich, dass weder Gesellschaften eine Mitte haben, noch von der Metapher selbst definiert wird, zwischen welchen Polen (oben/unten – rechts/links) sich eine solche befinden sollte (Adamovsky 2005). Da die subtile Operation hinter dem Bild einer »Mitte der Gesellschaft« allerdings selten ihre Wirkung verfehlt, vermengen sich, wie bei Münkler, die unterschiedlichen Konnotationen regelmäßig. Die Mitte wird zum Äquivalent von gesellschaftlichem Gleichgewicht und sozialer Kohäsion, und der Inhaber dieses metaphorischen Platzes in der Mitte der Gesellschaft, die Mittelklasse, zur Inkarnation des gesellschaftlichen Kompromisses, der Vernunft und der Mäßigung. Deshalb funktioniert die rhetorische Provokation im Eingangszitat so vortrefflich: Nichts scheint dieser Mittelklasse ferner zu liegen, als die antagonistische Logik des Klassenkampfes.

Zweitens irritiert das Wortspiel diejenigen, die mit dem Kirchnerisumus sowie den jüngeren politischen Entwicklungen in der Region vertraut sind, noch auf einer weiteren Ebene. Die kirchneristischen Regierungen zwischen 2003 und 2015 werden gemeinhin dem Zyklus der progressiven Regierungen (vgl. Brand 2016) in Lateinamerika zugerechnet. Nach den selbstorganisierten Kämpfen der sozialen Bewegungen in der neoliberalen Dekade der 1990er Jahre (vgl. etwa Kaltmeier et al. 2004) wurden in enger zeitlicher Abfolge Hugo Chávez in Venezuela (1999), Nés-

tor Kirchner in Argentinien (2003), Lula da Silva in Brasilien (2002), Evo Morales in Bolivien (2005), Tabaré Vázquez in Uruguay (2004), Michelle Bachelet in Chile (2005), Rafael Correa in Ecuador (2006) und Fernando Lugo in Paraguay (2008) in das Präsidentenamt gewählt. Gemeinhin begriffen sich die genannten Regierungen als VertreterInnen der popularen Klassen, sodass auch ein Großteil der medialen und sozialwissenschaftlichen Debatten auf das Verhältnis der Regierungen zu den ärmeren Bevölkerungsteilen fokussierte. Die Mittelklasse fand in diesem Zusammenhang lange Zeit keine Beachtung, falls dies doch geschah, wurde sie zumeist, wie etwa im Falle der Proteste in Brasilien Mitte 2013 (vgl. etwa Anderson 2016b; Singer 2014) in der Rolle als Gegenspielerin der progressiven Regierungen thematisiert. Dass die lateinamerikanische Mittelklasse die genannten Regierungen in manchen Fällen unterstützt haben könnte, stand lange Zeit nicht zur Debatte. Daran mit schuld ist vermutlich nicht zuletzt ein Attribut, das den Regierungen oft zugeschrieben wird: Neben Zuschreibungen wie »progressiv«, »post-neoliberal« oder »mitte-links« wurden die Regierungen häufig mit dem Beiwort »populistisch« belegt. Dabei klagt die Fremdzuschreibung »populistisch« nicht zuletzt der Irrationalität, Verführung und des Exzesses an (Boos/Opratko 2016). Die Assoziationen, die durch diese Zuschreibung evoziert werden, stehen den oben genannten Konnotationen der Mittelklasse, wie unschwer zu erkennen ist, diametral gegenüber. Diese mitschwingenden politischen Konnotationen standen einer differenzierteren Betrachtung der Rolle der Mittelklassen innerhalb der lateinamerikanischen Populismen des 21. Jahrhunderts lange Zeit im Wege. Das gilt auch für den Kirchnerismus.

Die Frage der politischen Einordnung des Kirchnerismus hat jüngst an Brisanz noch hinzugewonnen. Die politische Kraft der progressiven Regierungen erschöpfte sich im Laufe der 2010er Jahre nicht nur in Argentinien. In einigen Fällen vollzogen sie darüber hinaus eine zunehmend autoritäre Wende. Das Ende des Zyklus schien schließlich 2015 durch die Wahl von Mauricio Macri in Argentinien eingeleitet. Es folgte die Wahl Jair Bolsonaros 2018 in Brasilien. Der Aufstieg rechter Regierungen in der Region, die jüngste politische Wende in Argentinien mit der Wahl von Alberto Fernández 2019 und der Vizepräsidentschaft von Cristina Fernández (s. Nachwort), aber auch die Entwicklungen in Bolivien, Ecuador oder Chile im gleichen Jahr, werfen Fragen in Bezug auf den progressiven Zyklus auf: Auf welche Bevölkerungsteile konnten sich die populistischen Regierungen stützten? Aus welchen Gründen unterstützten unterschiedliche gesellschaftlichen Gruppen die Regierungen? Wie veränderte sich die Basis der AnhängerInnen im Laufe der Zeit? Zu diesen Fragen hinsichtlich der Konstitution der lateinamerikanischen Populismen des 21. Jahrhunderts gesellt sich jüngst eine weitere hinzu, die hierzulande von großer politischer Relevanz ist. Diejenigen, die derzeit *für einen linken Populismus* – so der Titel des 2018 erschienen Buch von Chantal Mouffe – eintreten, beziehen sich nicht zuletzt auf die lateinamerikanischen Erfahrungen der jüngs-

ten Vergangenheit. Doch eignen sich diese überhaupt als Referenzpunkt und wenn ja, für was?

1.2 Stand der Forschung: Kirchnerismus und die argentinische Mittelklasse

Die Transformationsprozesse, denen Lateinamerika seit der Jahrtausendwende unterlag, können mittlerweile als ein eigenes Forschungsfeld angesehen werden (Castagno 2015). Auf ihm steht nicht nur der politische Charakter der sogenannten progressiven Regierungen zur Diskussion, sondern zahlreiche (neue) Debatten rund um Begriffe wie jenem des (Neo-)-Extraktivismus, der Dekolonialität oder eben auch des Populismus haben in diesem Debattenfeld ihren Ursprung (Svampa 2016). Die Begriffe, mit denen die Regierungen beschrieben werden, die seit der Jahrtausendwende in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela an die Regierungsmacht gelangt waren, sind zahlreich. Relativ früh wurde der Begriff des Postneoliberalismus vorgeschlagen (vgl. Brand/Sekler 2009; Grugel/Riggirozzi 2009, 2012; Macdonald/Ruckert 2009; Ruckert et al. 2017; Sader 2011; kritisch im Hinblick auf die fehlende Präzision Yates/Bakker 2014). Andere Beiträge diskutieren die Entwicklungen entlang von Ausdrücken wie »links«, »progressiv« oder »pink tide« (vgl. Barrett et al. 2008; Brand 2016; Philip/Panizza 2011; Webber/Carr 2012). Gleichwohl ist es der Begriff des Populismus (des 21. Jahrhunderts), der – auch über die Region hinaus – am häufigsten herangezogen wird, um die genannten Regierungen zu charakterisieren (mehr dazu in Kürze).

Im europäischen Kontext ist der Begriff des Populismus historisch vorwiegend mit politischen Kräften von rechts verknüpft. Somit dominierte in Europa lange Zeit die Rechtspopulismusforschung, beziehungsweise entwickelte sich die Auseinandersetzung mit dem Populismus als wissenschaftliche Kategorie ausgehend von der Forschung zu rechtsextremen Parteien und Kräften (Kapitel 2.2). In Lateinamerika hingegen existiert eine national-populare Traditionslinie, deren Einordnung in ein politisches Koordinatensystem sich einer Links-/Rechts-Achse immer wieder entzieht (zu den unterschiedlichen Traditionslinien vgl. Boos 2018c). Beide Perspektiven sind präsent in den zwei großen, sich einander widersprechenden Interpretationslinien der lateinamerikanischen Auseinandersetzung mit dem Populismus des 21. Jahrhunderts.

Die eine Linie beschreibt die genannten Regierungen als Populismen und interpretiert sie als Gefahr für die Konsolidierung der jungen Demokratien in Lateinamerika (vgl. etwa De la Torre/Arnson 2013; De la Torre/Peruzzotti 2008). Sie bezieht sich in ihren Konzepten und historischen Bezugspunkten häufig auf die gleichen klassischen Studien (etwa Hofstadter 1955; Ionesco/Gellner 1969), die auch der europäischen oder US-amerikanischen Forschung zugrunde liegen. In den jün-

geren Studien zu den progressiven Regierungen spielt die Mittelklasse keine Rolle. Ebenso verstellt dieser Strang häufig –bedingt durch seinen Fokus auf politische Institutionen und seiner (impliziten) Defizitperspektive auf den Populismus – den Blick auf mögliche Handlungsrationalitäten der Akteure (Ansätze dieser Interpretationslinie werden im Detail in Kapitel 2.2 diskutiert).

Die gegenteilige Tendenz lässt sich für die zweite Interpretationslinie der lateinamerikanischen Debatte feststellen. Sie bezieht sich affirmierend auf den Begriff des Populismus und – wie wir später sehen werden – interpretiert diesen sogar als demokratisierenden Mechanismus. Erst in den letzten Jahren – bedingt durch den Populismus des 21. Jahrhunderts der Regierungen in Lateinamerika und die ›Übersetzung‹ dieser Erfahrung in den europäischen Kontext durch neue linke Formationen wie PODEMOS in Spanien (vgl. Boos/Schneider 2016; Schavelzon 2015; Schavelzon/Webber 2018) – hat diese lateinamerikanische Traditionslinie und somit die Frage nach einem Linkspopulismus Eingang in die europäischen Debatten gefunden. In der Wissenschaft in, aber vor allem auch außerhalb von Lateinamerika, erfuhr diese Interpretationslinie in Folge der Veröffentlichung von Ernsto Laclaus *On Populist Reason* im Jahr 2005 verstärkte Aufmerksamkeit. Dabei übernahm sie nicht nur Laclaus diskurstheoretische Lesart des maßgeblich durch Antonio Gramsci geprägten Hegemoniebegriffs (um Laclaus Begriffe, mögliche Einwände gegen seine Thesen und weiterführende Debatten wird es in Kapitel 2.3 des Buches gehen). Prägend für die Arbeiten dieser Linie ist auch, dass sie sich dem Populismus und der lateinamerikanischen national-popularen Politiktradition in affirmierender Weise nähern. Sie folgen Laclau in seiner Kritik an einem rationalistischen Politikbegriff, die er in *On Populist Reason* vorträgt, und interpretieren den Populismus als eigenständige politische Traditionslinie, die neben andere Linien – wie etwa der republikanischen oder liberalen Tradition – zu stellen sei (vgl. Biglieri/Perelló 2007; Rinesi et al. 2010). Der Begriff des Populismus fungiert innerhalb dieses Forschungsstrangs sowohl als positiver politischer Bezugspunkt als auch als analytische Kategorie, und seine VertreterInnen lesen die progressiven Regierungen in jener Region aus der Perspektive einer national-popularen Tradition (für eine der jüngsten Veröffentlichungen, die Beiträge vieler ProtagonistInnen der Debatte versammelt, vgl. Cadahia et al. 2018). Auch der Kirchnerismus wird zumeist jener Traditionslinie zugeordnet. Dem Erkenntnisinteresse Laclaus folgend, untersuchen viele der Studien die politischen Identitäten und die Integration sozialer Forderungen in das kirchneristische Projekt (Schuttenberg 2014; Retamozo et al. 2013; Barbosa 2012; für die Diskussion und Anwendung der laclauschen Theorie im argentinischen Kontext vgl. die Arbeiten von Retamozo 2011, 2014a, 2014b; Retamozo/Stoessel 2014). Allerdings existieren in diesem Forschungsstrang keine Arbeiten, die sich mit dem Kirchnerismus und dessen UnterstützerInnenbasis aus klassentheoretischer Perspektive beschäftigen. Letzteres ist aus zweierlei Gründen wenig überraschend. Politisch übernahm diese Interpretationslinie die Selbstbe-

schreibung des Kirchnerismus als Fortsetzung einer national-popularen Traditionslinie und als genuine Repräsentation der popularen Klassen. Auf theoretischer Ebene wiederum ist, wie sich in Kapitel 2.3 zeigen wird, »(Mittel-)Klasse« keine gültige Kategorie innerhalb des laclauschen Theorierahmens. Die Dekonstruktion von Klasse ist der Ausgangspunkt und das Movens der laclauschen Theorieunternehmung.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Mittelklasse keine Rolle in den Debatten, die sich ausgehend vom Begriff des Populismus dem Kirchnerismus und ganz allgemein den progressiven Regierungen nähern, spielt. Doch wie ist es um die wissenschaftliche Literatur über die lateinamerikanische Mittelklasse in jenen Jahren bestellt?

In Bezug auf die Mittelklasse lässt sich feststellen, dass die Forschung – ähnlich der zum Populismus – in den letzten zwei Jahrzehnten enorm gewachsen ist. Der Anstieg der wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema in den letzten Jahren ist beachtlich. Ein Großteil der Publikationen nimmt eine wirtschaftswissenschaftliche Perspektive ein. Laut Publikationsarchiv der Weltbank wurden zwischen 2010 und 2019 allein von der Institution selbst 145 Publikationen zu Thema veröffentlich, während es zwischen 2000 und 2009 immerhin 82 waren. Die zahlreichen Bücher, Paper und Studien im Speziellen von internationalen Entwicklungsorganisationen, die sich mit der lateinamerikanischen Mittelklasse beschäftigen (Birdsall 2012; Ferreira et al. 2013; Kapsos/Bourmpoula 2013; OECD 2010; Ravallion 2010), schreibt sich dabei in die Diskussion rund um den Aufstieg einer globalen Mittelklasse ein (etwa Milanović 2016).

Dieser Forschungsstrang fokussiert zumeist auf die (gestiegenen) Einkommen der Bevölkerung während der 2000er Jahre und attestiert Lateinamerika den Aufstieg zu einer Mittelklassen-Region. Ferreira et al. (2013: 1) diagnostizieren ein Anwachsen der Mittelklasse in Lateinamerika und der Karibik von 103 auf 152 Millionen zwischen 2003 und 2009, was einem Anstieg um knapp 50 % gleichkommt. Laut der Studie war der Anteil der Angehörigen der Mittelklasse an der Gesamtbevölkerung in der Region 2008 beinahe genauso groß wie der Anteil der Armen (158 Mio.). Die Studie prognostiziert, dass 2030 42 % der LateinamerikanerInnen der Mittelklasse angehören werden. 2009 waren es lediglich 29 %. In Argentinien stieg der Anteil der Mittelklasse im betrachteten Zeitraum um über 10 %, womit es zu den lateinamerikanischen Ländern gehört, die die höchsten Wachstumsraten aufweisen können. Ein argentinischer Mittelklassehaushalt verfügt im Durchschnitt über US$54,30 pro Tag (Ferreira et al. 2013: 146).

Nachdem es sich um ökonomische Studien handelt, sind vor allem die Einkommensschwellen, die für die Definition der Mittelklasse herangezogen werden, Schwerpunkt der Debatte. Unterscheiden lassen sich jene Ansätze, die Definitionen basierend auf einer absoluten Einkommensgrenze vorschlagen (etwa Banerjee Duflo 2008) und solche, die das relative Einkommen heranziehen (etwa Castellani

et al. 2015; für einen guten Überblick vgl. Dayton-Johnson 2015). Die oben zitierte Studie der Weltbank arbeitet beispielsweise mit einer absoluten Einkommensdefinition, in der sie die Mittelklasse als jene Bevölkerungsteile definiert, denen pro Kopf zwischen 10 und 50 PPP-US$ zur Verfügung stehen. Die Probleme der Definition von »Mittelklasse«, die dieser Forschungsstrang vorschlägt, habe ich an anderer Stelle diskutiert (Boos 2017; Boos/Seidl 2017) und werde ich in Kapitel 3 erneut aufgreifen. Darüber hinaus treten in der wirtschaftswissenschaftlichen Perspektive auf die Mittelklasse politikwissenschaftliche und soziologische Fragen in den Hintergrund. Auffällig ist, dass, obwohl die genannte Literatur die rezente Debatte über die lateinamerikanische Mittelklasse dominiert, sie hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen und des Verhältnisses der Mittelklasse zu den populistischen Regierungen wenig zu sagen hat (eine Ausnahme stellt diesbezüglich der Fall der Regierungen der *Partido dos Trabalhadores* vgl. Neri 2010, 2014 dar). Das gilt auch im Hinblick auf die argentinische Mittelklasse und den Kirchnerismus.

Während die ÖkonomInnen überwiegend aus quantitativer Perspektive argumentieren, waren viele der qualitativen Studien zur lateinamerikanischen Mittelklasse lange Zeit vor allem in den Geschichtswissenschaften angesiedelt. Dabei handelt es sich um historiografische Arbeiten zu einzelnen lateinamerikanischen Ländern und mit einem Fokus auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts.[1] Klassische Studien sind Owensby (2001) für Brasilien, Parker (1998) für Peru und Barr-Melej (2002) in Bezug auf Chile.

Im Falle von Argentinien ist die 2009 erstmalig erschienene Studie *Historia de la clase media Argentina. Apogeo y decadencia de una ilusión, 1919-2003* (Geschichte der argentinischen Mittelklasse. Blütezeit und Niedergang einer Illusion, 1919-2003) von Ezequiel Adamovsky nicht nur in den Geschichtswissenschaften zum Standardwerk geworden. Es unterscheidet sich dahingehend von anderen Werken, dass es einerseits auch Teile der zeitgenössischen Geschichte in den Blick nimmt. Andererseits formuliert Adamovsky in seinem Werk eine allgemeine These, die – trotz dessen relativ rezenten Erscheinen – als einer der dominierenden Analyserahmen Eingang in die Sozialwissenschaften gefunden hat. In seinem Buch argumentiert er, dass es sich bei der Mittelklasse in Argentinien anfänglich um einen Begriff und ein politisches Projekt handelte, das von den herrschenden Eliten vorangetrieben wurde. Als politische Identität spielte »Mittelklasse« in jenen Sektoren der Sozialstruktur, die Anfang und Mitte des 20. Jahrhunderts starken Umwälzungen unterworfen waren und die häufig als Kern der argentinischen Mittelklasse ausgemacht werden, keine Rolle (Adamovsky 2012: 19-27). Erst mit dem ersten Peronis-

1 Einer der wenigen Versuche einer allgemeinen Reflexion über die Mittelklasse in der Region erschien 2019. In ihr führt Parker (2019) die fehlende Forschung zur lateinamerikanischen Mittelklasse auf die Begriffsgeschichte und der vom Kolonialismus geprägten Selbstwahrnehmung zurück.

mus (1946-1955) fanden sehr heterogene gesellschaftliche Gruppen und Selbstverständnisse in ihrer antiperonistischen Haltung zusammen und verschmolzen in einer Identität, die sich selbst als »argentinische Mittelklasse« verstand (in Kapitel 4.4 wird es im Detail um das Werk Adamovskys gehen). Adamovskys Werk ist ein wichtiger Bezugspunkt für das vorliegende Buch. Allerdings, wie sein Titel bereits verrät, umfasst es keine Analyse der jüngsten Entwicklungen während des Kirchnerismus, sondern endet just 2003, als Néstor Kirchner die Präsidentschaft antritt. Der Historiker merkt lediglich in einer Randnotiz an, dass Kirchner zu Beginn seiner Amtszeit die Mittelklasse wie keiner seiner Vorgänger zu umwerben schien (Adamovsky 2012: 472f.). An einige der von Adamovsky entworfenen Fluchtpunkte versucht die vorliegende Studie anzuknüpfen und einen Beitrag zur Analyse der argentinischen Mittelklasse für die Periode des Kirchnerismus von 2003 bis 2015 zu liefern.

Bezüglich der kirchneristischen Periode erscheinen gegen Ende der zweiten Amtszeit von Cristina Fernández de Kirchner die ersten Bilanzierungsversuche. Kurz zuvor waren erste Retroperspektiven der Krise von 2001-2003 erschienen (Latin American Perspectives 2015a, 2015b; Levey et al. 2014). Die umfassendste Zusammenschau der Forschung zum Kirchnerismus, die ökonomische und institutionelle Analysen mit Untersuchungen zu spezifischen Aspekten (beispielsweise zur Sozialpolitik und zu den Eliten) vereint, wurde jüngst von Pucciarelli/Castellani (2017) herausgegeben. Ein sehr früher Versuch, eine Zwischenbilanz aus politikwissenschaftlicher Sicht zu ziehen, findet sich in Malamud/de Luca (2011). Kulfas (2016) wiederum analysiert die »drei Kirchnerismen« aus politökonomischer Perspektive. Ähnlich der These Modonesis (2014: 153-176, 2017), der die progressiven Regierungen der Region als passive Revolution interpretiert, diskutiert Bonnet (2015) den Kirchnerismus aus hegemonietheoretischer Perspektive und als Restauration der kapitalistischen Akkumulation im Anschluss an die Krise von 2001. Gleichwohl hat keine der genannten Retroperspektiven die Mittelklasse zum Gegenstand.

Einige kleinteiligere soziologische Arbeiten jener Jahre beschäftigen sich explizit mit der argentinischen Mittelklasse. Sautu (2016) fokussiert auf die Genese der argentinischen Mittelklasse und mögliche Analyseaspekte wie Wohnverhältnisse oder Konsumverhalten. Letzteres ist Gegenstand der Forschung von Del Cueto/Luzzi (2016), die wertvolle Erkenntnisse im Hinblick auf das Verhältnis von Sozialstruktur und Konsumverhalten während der kirchneristischen Jahre liefert. Gleiches, wenn auch nur für die ersten Jahre des Kirchnerismus, gilt für die Studie von Wortman (2010). Gleichwohl ist bei diesen Arbeiten zwar die im vorliegenden Buch behandelte Zeitperiode Gegenstand der Untersuchung, allerdings stellen sie keine Verbindung zum Regierungshandeln des Kirchnerismus her. In den Debatten rund um das Konsumverhalten der argentinischen Mittelklasse wird diesem Aspekt lediglich am Rande Rechnung getragen.

Die wissenschaftliche Literatur schenkte dem Verhältnis zwischen argentinischer Mittelklasse und dem Kirchnerismus also lange Zeit kaum Beachtung. Ab der zweiten Amtszeit von Cristina Fernández de Kirchner finden sich allerdings einige Beiträge journalistischer und essayistischer Natur, die das genannte Verhältnis zu problematisieren beginnen (Adamovsky 2013c; Natanson 2011, 2012b, 2013; Rodríguez 2013). Die TeilnehmerInnen der Debatte beobachten als erste »den ambivalenten Diskurs gegenüber der Mittelklasse« vonseiten des Kirchnerismus (Adamovsky 2013b, Übers. T. B.). Aus dem Kreis dieser AutorInnen sind später einige essayistische Arbeiten über die kulturellen Repräsentationen der Mittelklasse zwischen 2003 und 2015 hervorgegangen, wie etwa die anekdotischen Beobachtungen im Hinblick auf Alltagspraktiken, Mythen und Imaginarien der argentinischen Mittelklasse von Rodríguez (2014). In einem vom *Le Monde diplomatique* herausgegeben Buch mit dem Titel *¿Qué quiere la clase media*? (Was will die Mittelklasse?) – ihm entstammt auch das Epigraf zu Beginn dieses Buches – finden sich Überlegungen zur Repräsentation der Mittelklasse im argentinischen Film während des Kirchnerismus (Vanoli 2016) oder im Genre des *Standup* (Semán 2016). Allerdings handelt es sich bei diesen Arbeiten um Essays, die keine systematische Untersuchung vornehmen.

Erstmalig im Sinne einer soziologischen Diagnose spricht 2013 Carlos Altamirano – ausgewiesener Experte der Forschung zum Peronismus – in einem Interview davon, dass »der Kirchnerismus […] der Peronismus der Mittelklassen [ist]« (Altamirano 2013, Übers. T. B.). Dass die Mittelklasse wieder verstärkt in den Fokus rückt, hat, wie wir in Kapitel 7 sehen werden, auch mit der strategischen Neuausrichtung des Kirchnerismus zu tun. Altamirano begründet sein Argument nicht mit der sozialen Basis des Kirchnerismus, sondern mit den Narrativen und politischen Identitäten, die der Kirchnerismus mobilisiere. Der Kirchnerismus rufe einen Teil der radikalisierten Mittelklasse und der Linken an, die einen emanzipatorischen Kern im Peronismus sähen: »In diesem Sinne repräsentiert der Kirchnerismus die Kontinuität dieses Peronismus der Mittelklasse, der in den 60er Jahren aufkommt« (Altamirano 2013, Übers. T. B.).

In demselben Jahr stellt Svampa (2013, Übers. T. B.) ihre These, dass der Kirchnerismus ein »Populismus der Mittelklassen« sei, vor. Während Altamiranos Argument auf den historischen Narrativen, Imaginarien und politischen Identitäten, die der Kirchnerismus aufgreift, gründet, argumentiert Svampa mit der UnterstützerInnenbasis und dem Führungspersonal des Kirchnerismus. In ihrer Einschätzung der populistischen Regierungen in Lateinamerika stellt sie einem »plebejischen Populismus« in Ländern wie Bolivien und Venezuela einen »Populismus der Mittelklassen« in Argentinien und Ecuador gegenüber (Svampa 2016: 443-486). Anders als in seiner plebejischen Spielart sei es im Populismus der Mittelklasse weder zu einer Umverteilung sozialer Macht von oben nach unten gekommen, noch besäße dieser einen anti-elitären Charakter. Vielmehr habe eine Machtumverteilung

zugunsten von Führungspersonen und Eliten aus den Mittelklassen stattgefunden (Svampa 2016: 467f.). Die dem Populismus eigene Polarisierung gesellschaftlicher Kräfte habe sich folglich nicht zwischen oben und unten, sondern innerhalb der argentinischen Mittelklasse vollzogen:

> Der Kirchnerismus verwandelte sich schließlich in einen Populismus der Mittelklassen, der danach strebt, die Sprache des Progressismus im Namen der populären Klassen zu monopolisieren, womit er gleichzeitig versucht, andere Sektoren der mobilisierten Mittelklassen zu disqualifizieren (Svampa 2016: 468, Übers. T. B.).

Ein dritter wissenschaftlicher Beitrag, der sich explizit dem Verhältnis zwischen argentinischer Mittelklasse und Kirchnerismus annimmt, ist die Arbeit Pivas (2015; eine frühere Version findet sich in Piva 2013). Jedoch argumentiert dieser entgegengesetzt zu Svampa. Seine These zum Verhältnis von Kirchnerismus und argentinischer Mittelklasse lautet, dass es aufgrund der verstärkten neopopulistischen[2] Hegemonie-Strategie des Kirchnerismus zu einer zunehmenden Distanzierung zwischen beiden kommt (Piva 2015: 232).

Mitte 2019 erschien dann die bisher ausführlichste politikwissenschaftliche Studie zur argentinischen Mittelklasse. Ozarow (2019) untersucht in seinem Buch die Mobilisierung im Zuge des Staatsbankrotts 2001, die er als »Revolte der Mittelklasse« bezeichnet. Ebenso analysiert er in einem Kapitel die auf die Krise folgenden Jahre des Kirchnerismus. Bereits im Titel *The mobilization and demobilization of the middle class* seiner hervorragenden Studie deutet der Autor seine Kernthese an: Ozarow untersucht, wie die Rebellion von 2001-2002, die durch eine starke Klassensolidarität zwischen der Mittelklasseklasse und den populären Klassen gekennzeichnet war, allmählich erlosch und einem anderen Typus von konservativen und sogar reaktionären Mobilisierungen wich, in denen Themen wie »(Un-)Sicherheit« oder die »Ablehnung staatlicher Interventionen« die Oberhand gewannen.

Die genannten Studien sind die einzigen, die das Verhältnis des Kirchnerismus zur Mittelklasse zum Gegenstand ihrer Analyse machen. Allerdings stehen sich in ihnen zwei Thesen diametral gegenüber: Bei Piva (2015) und Ozarow (2019) kommt es zu einer zunehmenden Distanzierung zwischen Mittelklasse und Kirchnerismus aufgrund dessen populistischer Strategie. Svampa (2013, 2016) skizziert demgegenüber eine Wandlung des Kirchnerismus hin zu einem »Populismus der

2 Piva (2013) verwendet den Begriff nicht im Sinne einer Fusion aus »Populismus« und »Neoliberalismus«, wie sie in den 1990er Jahren diskutiert wurde (vgl. Knight 1998; Weyland 1996), sondern – unter Rückgriff auf die Arbeiten René Zavaleta Mercados – im Sinne einer zweiten Inkorporation einer verfügbaren Masse (»masa disponible«), die über eine ursprüngliche Inkorporation der historischen Populismen in Lateinamerika operiert.

Mittelklassen«. Dass es zu diesen unterschiedlichen Interpretationen kommt, ist, meiner Einschätzung nach, vor allem dem jeweiligen Fokus der Studien geschuldet. Piva bleibt eine tiefergehende Analyse darüber schuldig, um welche Teile der Mittelklasse es sich handelt, die den Kirchnerismus anfänglich unterstützten. Auch präzisiert er nicht, welche Aspekte der kirchneristischen Strategie zu einer Distanzierung führen. Mit seiner Perspektive lassen sich die ersten Jahre des Kirchnerismus erfassen, allerdings kann er nicht erklären, warum ein Teil der Mittelklasse den Kirchnerismus auch in späteren Jahren noch unterstützte. Ozarows Fokus auf die Mobilisierung der Mittelklasse, beziehungsweise jene ihrer Teile, die sich selbst als Mittelklasse identifizieren, bringt wiederum andere Leerstellen mit sich. Erstens wird die Selbstbeschreibung der mobilisierten Akteure teilweise unhinterfragt übernommen. Mittelklasse als Selbstzuschreibung fungiert, wie wir eingangs gesehen haben, auch als Legitimitätsressource: Wer den Platz in der »Mitte der Gesellschaft« für sich selbst reklamiert, behauptet für die eigene Position, dass diese vernunftgeleitet, rational, auf gesellschaftlichen Ausgleich bedacht sei, und grenzt diese gegenüber vermeintlich irrationalen oder extremen Positionen ab (s. im Detail Boos 2020). Die Selbstzuschreibung der Akteure zu übernehmen, führt im Falle Argentiniens dazu, dass jener Teil der Mittelklasse in den Fokus rückt, der für sich – ausgehend von einem historischen Anti-Peronismus – reklamiert, »demokratisch« zu sein, während er der Gegenseite, respektive dem Kirchnerismus, vorwirft, nicht demokratisch, sondern populistisch oder gar autoritär zu sein. Zweitens besteht das Problem, dass vor allem jene außergewöhnlichen Momente, in denen sich die Mittelklasse mobilisiert, in den Blick kommen. Gesamtgesellschaftlich betrachtet sind es allerdings die Ausnahmefälle, in denen politische Positionen in dieser Form öffentlich artikuliert werden. Es scheint eine wenig gewagte These, dass sich politische Meinungen häufiger in Form von stillschweigendem Konsens ausdrücken, als dass sie in Form von öffentlicher und aktiver Unterstützung/Ablehnung artikuliert werden. Diese ›lautlosen‹ Prozesse bleiben in Perspektiven, die auf soziale Mobilisierung und Bewegungen fokussieren, zumeist außen vor.

Während Piva und Ozarow mit ihren Perspektiven also Gefahr laufen, die klassische These einer anti-peronistischen und anti-popularen Mittelklasse zu reproduzieren, finden wir die gegenteilige Problematik bei Svampa (2016). Ihr Argument reproduziert in Teilen ein Narrativ, welches die dem Kirchnerismus zugewandte Mittelklasse von sich selbst konstruierte. Die kirchneristische Erzählung von einer progressiven Agenda in den Jahren 2009 bis 2011 (Kapitel 7.3), mit der es gelang, die Mittelklasse für sich zu gewinnen, ist eine der zentralen Selbstrepräsentationen der AnhängerInnen des Kirchnerismus aus der Mittelklasse. Unbestritten handelt es sich um ein Kernelement des Verhältnisses zwischen Mittelklasse und Kirchnerismus, allerdings verliert Svampas Argument die ersten Jahre des Kirchnerismus aus den Augen. Dadurch entsteht auch die Gefahr, dass der Topos einer Mittelklasse als Träger einer emanzipatorischen und demokratisierenden Agenda durch die

Hintertür wieder eingeführt wird. Denn, wie bereits in einer früheren Studie gezeigt, besteht ein Kernelement der Selbstbeschreibung eines Teils der Mittelklasse in dem Narrativ einer selbstlosen Unterstützung der progressiven Agenda in dieser Phase des Kirchnerismus (Boos 2013). Zu guter Letzt trägt Svampas Fokus auf die spätere Entwicklung schließlich auch den materiellen Aspekten der Integration der Mittelklasse nicht hinreichend Rechnung, insofern man annehmen darf, dass die materiellen Initiativen des Kirchnerismus vor allem in seine frühen Jahre fallen.

1.3 Fragestellung und Aufbau des Buches

Wie die gegenteiligen Thesen der AutorInnen bereits andeuten, scheint die Verbindung zwischen Mittelklasse und Kirchnerismus durchaus widersprüchlich und einem Wandel im Laufe der Zeit unterworfen gewesen zu sein. Genau für diese Ambivalenzen und Umkämpftheit interessiert sich das vorliegende Buch, indem danach gefragt wird, welches Verhältnis das kirchneristische Regierungsprojekt während der drei Amtszeiten von Néstor Kirchner (2003-2007) und Cristina Fernández de Kirchner (2007-2015) zur argentinischen Mittelklasse konstruierte.

Zur Beantwortung dieser Frage werden folgende Aspekte im Detail untersucht: (1) Die wechselnden gesellschaftlichen Akteure und Allianzen, die das kirchneristische Regierungsprojekt konstituierten, und welche Rolle die argentinische Mittelklasse in den unterschiedlichen Phasen spielte, werden analysiert. (2) Untersucht werden die sozialstrukturellen Veränderungen, die sich in der argentinischen Mittelklasse beobachten lassen. (3) Darüber hinaus werden materielle und institutionelle Einbindungsmechanismen in das kirchneristische Projekt betrachtet. (4) Die politischen Identitäten der Mittelklasse und deren (neue) Artikulation mit dem Kirchnerismus werden analysiert.

Die Darstellung ist in zwei Teile gegliedert. Teil I des Buches trägt den Titel *Theorie und Geschichte*. In ihm entwickle ich die zwei zentralen theoretischen Begriffe von »Populismus« und »Mittelklasse«. In beiden Fällen argumentiere ich, dass die unterschiedlichen theoretischen Annäherungsversuche an die Begriffe in Hinsicht auf ihre jeweilige Problematik und ihren jeweiligen historischen Kontext diskutiert werden müssen. Kapitel 2 systematisiert deshalb die zahlreichen Populismustheorien entlang dreier Debattenstränge und diskutiert sie vor dem Hintergrund der Fragestellung, der sie umtreibt. Neben ökonomischen Ansätzen und dem idealtypischen Debattenstrang diskutiere ich ausführlich die Populismustheorie Ernesto Laclaus. Im Anschluss formuliere ich fünf Einwände und Anschlüsse, die die Basis für den in Kapitel 5 vorgeschlagenen Begriff des Populismus legen. Kapitel 3 widmet sich dem Begriff der Mittelklasse. Nachdem der relationale Charakter von Klasse als Kern eines marxistischen Klassenverständnisses herausgearbeitet wurde, widme ich mich unterschiedlichen Theoretisierungsversuchen der

Mittelklasse innerhalb dieser Tradition. Hierbei arbeite ich die Stärken und Schwächen der unterschiedlichen Ansätze heraus, um im Anschluss zu argumentieren, dass ein integraler Mittelklassenbegriff sowohl die sozialstrukturelle Dimension von Klasse als auch jene Dimension der politischen Identität fassen muss. Kapitel 4 diskutiert die Geschichte und Analysen der argentinischen Mittelklasse entlang dieser beiden Dimensionen. Kapitel 5 formuliert, aufbauend auf den Erkenntnissen der vorangegangenen Kapitel, einen Vorschlag, wie sich »Mittelklasse« und »Populismus« als theoretische Kategorien auf eine Weise, die es ermöglicht, sozialstrukturelle Ansätze und die Analyse von politischen Identitäten miteinander zu vereinen, fassen lassen. Kapitel 6 legt Methodik und Datenmaterial der vorliegenden Studie dar.

In Teil II, *Die argentinische Mittelklasse und der Kirchnerismus*, widme ich mich dann der konkreten Analyse des hier untersuchten Zeitraums zwischen 2003 und 2015. In Kapitel 7 nehme ich eine politische Konjunkturanalyse vor, in der ich die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen während des Kirchnerismus analysiere. Ich entwerfe – basierend auf den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Allianzen – eine Periodisierung des kirchneristischen Regierungsprojekts in vier Perioden. In Kapitel 8 analysiere ich dann die argentinische Sozialstruktur für den Zeitraum des Kirchnerismus und untersuche im Detail die Dynamiken innerhalb der argentinischen Mittelsektoren. In Kapitel 9 analysiere ich dann die politische(n) Identitäte(n) und die Position der Mittelklasse innerhalb des kirchneristischen Diskurses. Neben den unterschiedlichen Forderungen und Narrativen, die aufgegriffen und (neu) artikuliert werden, identifiziere ich darüber hinaus drei unterschiedliche Diskurskonstellationen, in denen sich das Angebot an eine Identität der Mittelklasse sowie deren Artikulation mit dem kirchneristischen Projekt verändert. Die Analyse der Sozialstruktur und des kirchneristischen Diskurses liefert die Grundlage dafür, dass ich in Kapitel 10 ein Politikfeld noch einmal im Hinblick auf die allgemeinen Forschungsfragen im Detail betrachte. Aufgrund seiner Geschichte und der Ergebnisse aus den vorangegangenen Kapiteln analysiere ich dort den Bildungssektor und im Speziellen die Einbindung der LehrerInnen in das kirchneristische Projekt. Neben den Gesetzen des Kirchnerismus und deren materiellen und institutionellen Effekten identifiziere ich darüber hinaus beispielhaft zwei konkurrierende Identitäten in diesem Sektor, an denen ich noch einmal aufzeige, wie diese das Ringen um Hegemonie auf dem Feld der politischen Identitäten repräsentieren. Kapitel 11 fasst dann die Ergebnisse noch einmal zusammen, diskutiert diese in ihrer Zusammenschau und gibt einen Ausblick für die Forschungsfelder in denen sich die Studie bewegt. Im jüngst ergänzten Nachwort skizziere ich kurz die politischen Entwicklungen der letzten Jahre in Argentinien.

Teil I des Buches behandelt unterschiedliche Zugänge zu den Begriffen des Populismus und der (Mittel-)Klasse. Bei beiden Begriffen offenbart sich ein allgemeines Problem der Begriffsarbeit. Der italienische Marxist Antonio Gramsci, der im weiteren Verlauf einer der zentralen theoretischen Bezugspunkte sein wird, hat dieses Problem einmal metaphorisch mit einem Hut umschrieben (GH 11: 1407). Ganz unterschiedliche Köpfe würden häufig unter dem gleichen Hut stecken. Nur vordergründig lässt der ›Begriffshut‹ ganz unterschiedliche Inhalte gleich erscheinen. Betrachtet man lediglich die Begriffe, ohne ihrem Ursprung und Entstehungskontext nachzugehen, besteht die Gefahr, Debatten zu initiieren oder weiterzuführen, die unter die gleiche Terminologie gänzlich andere Inhalte und Annahmen subsumieren. Sowohl für den Begriff des Populismus als auch den der Mittelklasse – so wird sich im weiteren Verlauf meiner Argumentation zeigen – lassen sich solche Missverständnisse beobachten. Sie treten häufig so offen zutage – und wurden in der Vergangenheit von ForscherInnen als solche bereits benannt –, dass es doch verwundert, wie häufig über sie hinweggegangen wird. Beispielsweise benennen viele Populismustheorien bis heute als erste Populismen die im späten 19. Jahrhundert aufkommenden russischen *Narodniki* und die zeitgleich entstehende US-amerikanische Farmerbewegung, die 1891 in die Gründung der *People's Party* mündete. Eine genauere Betrachtung offenbart allerdings umgehend, dass beide Bewegungen inhaltlich wenig verband. Gleichwohl werden sie bis heute unter dem gleichen Begriff subsumiert, was sich nur schwerlich rechtfertigen lässt (Boos 2018c).

In wissenschaftstheoretischer Hinsicht betrifft dieses Problem nicht nur abweichende Begriffsinhalte und -definitionen, sondern weitergehende erkenntnis- und gesellschaftstheoretische Grundannahmen, die hinter Terminologien stehen. Im Sinne Louis Althussers liegen ihnen unterschiedliche Problematiken zugrunde, die die »systematische Konfiguration der wesentlichen Begriffe einer spezifischen (Gesellschafts-)Theorie [bestimmen]« (Pühretmayer 2017: 106). Werden einzelne Begriffe unter Nichtbeachtung inkompatibler Grundannahmen in ein anderes Begriffsuniversum überführt, sind ihre inhaltliche Bestimmung und ihre Funktion häufig Fehlinterpretationen ausgesetzt.

Auch hier liefert die Debatte zum Populismus gutes Anschauungsmaterial. Hawkins (2009) etwa verortet den laclauschen Ansatz in der Kategorie der diskursiven Erklärungsansätze. Im Anschluss macht er sich daran, die Diskurse von PopulistInnen quantitativ zu messen. Er arbeitet dabei explizit in einem positivistischen Framework, das mit einem Diskursbegriff operiert, der konträr zu jener postpositivistischen politischen Theorie (vgl. Wullweber 2015) steht, in die Laclau einzuordnen ist.

Ein ähnliches Missverständnis lässt sich im Hinblick auf die dichotomisierende Logik, die häufig als Wesensmerkmal des Populismus definiert wird, beobachten. KritikerInnen des Populismus ziehen nicht selten Laclau selbst als Kronzeugen

heran, um ihre These zu untermauern, dass der Populismus autoritär und undemokratisch sei (vgl. etwa Müller 2016). Es wird darauf verwiesen, dass selbst sein bekanntester Verfechter zugestehe, dass der Populismus einer binären Logik gehorche. Unbeachtet bleibt in dieser Argumentation, dass die Logiken von Äquivalenz und Differenz bei Laclau immer koexistieren und der Antagonismus für ihn kein Alleinstellungsmerkmal des Populismus ist, sondern jedwede politische Identität konstituiert.

Was für Theorien des Populismus gilt, lässt sich auch hinsichtlich des Begriffs der Mittelklasse feststellen. Bei ihm wird noch deutlicher, wie sehr der Inhalt des Begriffs vom jeweiligen Kontext und der Geschichte abhängt. Schon Gramsci merkte an, dass der Begriff zwar aus dem Englischen übernommen worden war, im italienischen »Kontext« allerdings nicht auf die Bourgeoisie, sondern vor allem auf Intellektuelle und Staatangestellte angewendet wurde (GH: 26: 2209f.). Wiederum für Lateinamerika zeigt Parker (2019), wie positivistische und marxistische Geschichtsvorstellungen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Etablierung des Mythos einer »fehlenden Bourgeoisie« in der Region beitrugen– ein Mythos, der sich dann in den Begriffen, die zur Beschreibung der dortigen Klassenstrukturen zur Anwendung kamen, niederschlug. Darüber hinaus änderte sich, wie in Kapitel 3 deutlich werden wird, die Bedeutung des Begriffs nochmals im Laufe des 20. Jahrhunderts.

Die Liste dieser (unbeabsichtigten) Missverständnisse ließe sich fortsetzen, entscheidender scheint mir allerdings, die entsprechenden Konsequenzen für die nachfolgende Theoriediskussion unterschiedlicher Ansätze zu ziehen. Um den unterschiedlichen Ansätzen gerecht zu werden, erscheint es notwendig, statt eine rein definitorische Perspektive einzunehmen, die Ansätze innerhalb ihrer Problematik zu betrachten. Das bedeutet, sie daraufhin zu befragen, »ob und in welcher Weise ein bestimmter Begriff oder ein bestimmtes Argument in der Problematik einer bestimmten Autor_in ›funktioniert‹« (Pühretmayer 2017: 106). Ebenso, und das gilt speziell für den Begriff der Mittelklasse, lassen sich die theoretischen Konzepte nur schwerlich von der Geschichte und den gesellschaftlichen Verhältnissen, die sie zu beschreiben und zu analysieren versuchen, lösen. Theorie und Geschichte – so die in dieser Studie vertretene Auffassung – sind intrinsisch miteinander verbunden und keine zwei voneinander trennbare Domänen.

Im nachfolgenden Kapitel 2 werde ich deshalb zunächst unterschiedliche Populismustheorien vor dem Hintergrund ihrer Problematik diskutieren. Ähnlich verfahre ich mit dem Begriff der Mittelklasse in Kapitel 3. Kapitel 4 behandelt die Geschichte der argentinischen Mittelklasse. In Kapitel 5 führe ich beide Diskussion zusammen. Hierzu schlage ich einen relational-historisch-materialistischen Mittelklassenbegriff vor. Ebenso definiere ich »Populismus« als antogonistische Konstruktionslogik auf dem Feld der politischen Identitäten.

2 Populismus

In Medien und Wissenschaft boomt derzeit die Debatte über ›den‹ Populismus. In der wissenschaftlichen Literatur beginnt der Begriff »Populismus« vermehrt nach dem zweiten Weltkrieg aufzutauchen. Ab den 1990er Jahren steigert sich seine Verwendung exponentiell (D'Eramo 2013; für detaillierte Publikationszahlen vgl. Rovira Kaltwasser et al. 2017).

Beinahe süffisant seziert der argentinische Politologe Gerado Aboy Carlés (2001: 2) die akademische Literatur zum Thema als eigenes Subgenre, das ungeschriebenen Regeln gehorchte. Zum Mitspielen Gewillte müssten zunächst die Unschärfe des Populismusbegriffs diagnostizieren; im Anschluss würden existierende Definitionsversuche vorgestellt, um daraufhin deren Unzulänglichkeiten zu monieren; schließlich, und den Regeln des Genres folgend, unterbreite der/die AutorIn eine eigene Definition, die ein für alle Mal sämtliche Unklarheiten über den Populismus beseitigen soll.

Genau darum soll es im Nachfolgenden nicht gehen. Stattdessen wird für die drei zentralen Stränge der lateinamerikanischen Auseinandersetzung mit dem Populismus und im Hinblick auf die leitende Fragestellung herausgearbeitet: Vor welchem Hintergrund wird der Populismusbegriff diskutiert? Wie wird »Populismus« definiert und welche Funktion erfüllt der Begriff? Was sind die Akteure, gesellschaftlichen Kräfte oder Dynamiken, die ihn konstituieren? Wie werden die Mechanismen von populistischer Einbindung und das Verhältnis zur UnterstützerInnenbasis konzipiert?

Als Erstes werden ökonomische Ansätze im weiten Sinne vorgestellt. Ihre Problematik ist der Zusammenhang zwischen Populismus und Entwicklung Sie repräsentieren die frühesten Studien zu den Populismen Mitte des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika. Zweitens werden die Grundannahmen idealtypischer Ansätze vorgestellt, welche die Forschung zum Populismus vor allem im europäischen Kontext derzeit dominieren. Im dritten Teil werde ich die hegemonietheoretische Perspektive vorstellen. Deren Protagonist ist Ernesto Laclau. Sein Populismusbegriff ist zentraler Bezugspunkt der vorliegenden Studie, weshalb ich diesen tiefergehend diskutieren werde. Hierzu werde ich zunächst Laclaus frühe Populismusdefinition aus den 1970er Jahren skizzieren und fragen, inwieweit in ihr bereits seine spä-

tere Fragestellung sowie zentrale Elemente der Theorie angelegt sind. Das Nachzeichnen der Genese des laclauschen Begriffsuniversums ermöglicht mir, dessen sich verändernden Grundannahmen und Ausgangsfragen aufzuzeigen sowie erste theoretische Leerstellen aufzuspüren. Daran anschließend werden die grundlegenden Begrifflichkeiten des laclauschen Begriffsuniversums einer postfundationalistischen[1] politischen Ontologie eingeführt, um aufbauend darauf die Populismustheorie zu skizzieren, die in *On Populist Reason* (von hier an zitiert als OPR) entworfen wird. Im Anschluss daran werde ich fünf Einwände gegen die Theorie diskutieren.

2.1 Populismus und Entwicklung

Der erste wichtige Strang der Populismus-Debatte umfasst strukturfunktionalistische Ansätze und solche, die die ökonomischen Grundlagen des Populismus in den Vordergrund stellen. Sie repräsentieren die frühesten Studien zu den Populismen Mitte des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika. Heutzutage spielen diese Ansätze nur noch eine geringe Rolle. Allerdings bleiben sie insofern relevant, als vor ihrem Hintergrund bis heute argumentiert wird, dass die populistische Konstellation eine spezifische historische Phase der kapitalistischen Modernisierung darstellte. VerfechterInnen diese Position erachten es nicht für sinnvoll, den Begriff auf heutige Phänomene zu übertragen. Trotzdem ist die Relektüre dieser ersten Populismus-Studien überaus wertvoll, da sie die Wurzeln vieler Annahmen, die bis heute über Populismen existieren, offenlegt.

2.1.1 Strukturfunktionalismus und ökonomische Ansätze

Zu Beginn der 1960er Jahre legte Gino Germani, der als Gründervater der argentinischen Soziologie gilt, die ersten systematischen Studien zum Populismus in Argentinien vor.[2] Seine persönliche Biografie prägte die wissenschaftliche Arbeit des italienischen Soziologen zeitlebens. 1934 war er aus dem Italien unter Mussolini nach Argentinien ausgewandert, nachdem er dort im faschistischen Gefängnis gesessen hatte (Germani 2010a, 2017). Vor diesem Hintergrund müssen auch einige Gesichtspunkte seiner Studien zum Populismus in Argentinien gelesen werden. Denn die persönlichen und politischen Erfahrungen jener Jahre sensibilisierten Germani gegenüber autoritärer Gesellschaftstendenzen. Durch sein gesamtes Leben hinweg engagierte er sich gegen den Faschismus.

1 Zur Übersetzung des Begriffs des *post-foundationalism* ins Deutsche s. Fußnote 10, Kapitel 2.

2 Zur Geschichte der argentinischen Soziologie und der Rolle Gino Germanis vgl. Blanco (2006).

Germani diskutiert den Populismus im Hinblick auf die Frage nach der Transition von einer traditionellen hin zu einer modernen Gesellschaft. Wie diese heute zurecht in die Kritik geratene Unterscheidung bereits andeutet, bewegen sich seine makrosoziologischen Untersuchungen in dem damals vorherrschenden strukturfunktionalistischen Paradigma (Murmis 2010). Germani diagnostiziert für jene Jahre eine »Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit« (Braig 1999: 53), die dadurch charakterisiert sei, dass die politisch-institutionelle Ordnung mit den rapiden Umwälzungen der ökonomischen Strukturen nicht Schritt halten könne. Aspekte einer traditionellen Gesellschaft träfen auf die einer modernen Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund verortet er in der politischen Integration der Massen »das zentrale Problem der historischen Periode, die unser Land durchläuft« (Germani 1965: 235, Übers. T. B.).

Argentinien ist für Germani (1978: 129) kein Sonderfall. Vielmehr sieht er das Land als Beispiel für ein allgemeingültiges und auf Lateinamerika anwendbares Stufenschema politischer Entwicklungen in der Transition hin zu einer modernen Gesellschaft. Nach einem ersten gesellschaftlichen Mobilisierungszyklus (im Anschluss an das Ende des argentinischen Bürgerkrieges 1880) repräsentiert der Populismus für Germani (1978: 129f.) einen zweiten Mobilisierungszyklus im Zeitraum zwischen 1937 und 1945.

Mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 und der sogenannten *década infame* (1930-1943) (Infame Dekade) führt er sowohl internationale als auch nationale Ursachen an. Auf nationaler Ebene wurde die Krise durch den von José Félix Uriburu angeführten Militärputsch 1930 eingeläutet. Die Dekade erhielt ihren Namen aufgrund der Skrupellosigkeit, mit der die Eliten versuchten, mittels Wahlbetrug und militärischen Interventionen ihre Macht zu erhalten.[3] Diese Konstellation aus ökonomischen und politischen Umständen führten für Germani (1978: 130f.) zu jenem zweiten Mobilisierungszyklus zwischen 1937 und 1945, in dem er vier Faktoren als zentral ansah: erstens das rasante Wachstum der argentinischen Gesellschaft; zweitens die Säkularisierung und Modernisierung der gesellschaftlichen Strukturen, mit der einerseits die Entstehung einer Mittelklasse und eines urbanen Industrieproletariats einherging und sich, andererseits, auf psychosozialer Ebene, die Modernisierung und Säkularisierung der Lebensstile vollzog; drittens die hohe Zahl von EinwanderInnen; und viertens die beschränkten politischen Partizipationsmöglichkeiten in Zusammenspiel mit dem systematischen Untergraben bereits bestehender Möglichkeiten.

3 Grundsätzlich wurde das allgemeine Wahlrecht (sic!) in Argentinien mit dem *Ley Sáenz Peña* im Jahr 1912 vergleichsweise früh eingeführt. Es galt zur damaligen Zeit nur für volljährige männliche Staatsbürger. Im Anschluss daran wurden die Wahlen allerdings systematisch verfälscht oder das Militär intervenierte und installierte ihm gewogene Regierungen, wenn das Ergebnis nicht dem Wunsch der Eliten entsprach.

Die Thematik der Modernisierung ist bei Germani immer mit der Frage der Demokratie verknüpft. Undemokratische Verhältnisse und Totalitarismus sind für ihn Ausdruck einer fehlgeleiteten Transition. Das Leitmotiv, das sich durch seine Texte zieht, ist die politische Frage, was in der argentinischen Transition der Grund für diese Fehlleitung und somit für die Entstehung eines Totalitarismus gewesen war.

»Totalitarismus« ist der Überbegriff, unter dem Germani sowohl die europäischen Faschismen als auch den ersten Peronismus (1946-1955) subsumiert. Allerdings ist er weit davon entfernt, beide gleichzusetzen, sondern ist darum bemüht, die aus seiner Sicht entscheidenden Unterschiede herauszuarbeiten.[4] Die strukturellen Transformationen – konkret die Proletarisierung – brächten in beiden Fällen »masas disponibles« (»verfügbare Massen«) hervor (Germani 1965: 242). Im Falle des europäischen Faschismus, speziell dem deutschen Nationalsozialismus, sei es die sich bedroht fühlende Mittelklasse, während es sich in Argentinien um die neu entstehende ArbeiterInnenklasse handle, auf die sich der Totalitarismus stütze (Germani 1965: 240).

Die Unterstützung der Massen brauche es für jedes politische Regime, argumentiert Germani. Im Gegensatz zur genuinen Demokratie biete der Totalitarismus allerdings nur »un *ersatz* de participación« (»einen Partizipationsersatz«) beziehungsweise eine »seudoparticipación« (»Pseudopartizipation«) an (Germani 1965: 239, Herv. i. O.). Der Unterschied bemisst sich für ihn nach dem Verhältnis zwischen der Mobilisierung[5] gesellschaftlicher Strukturen und der Integration sozialer Gruppen. Integration beinhaltet dabei zwei Dimensionen: einerseits eine institutionelle Kanalisierung der politischen Partizipationsforderungen der Massen und andererseits ein Gefühl der Legitimität, das den mobilisierten Gruppen zuteilwird (Germani 1965: 151).

---

4 Gleichwohl hält Germani die klare Unterscheidung begrifflich nicht konsequent durch, sondern spricht immer wieder auch vom Peronismus als Faschismus (vgl. etwa Fußnote 5 in Germani 1965: 240).

5 Germani hat bei dem Begriff »Mobilisierung« nicht Proteste, Demonstrationen, o.Ä. vor Augen, sondern eine Mobilisierung im Sinne aufbrechender traditioneller Gesellschaftsstrukturen und Normen. »[Mobilisierung] korrespondiert mit dem psycho-soziologischen Prozess, durch den Gruppen, die in der ›Passivität‹ verharren, was dem traditionellen normativen Muster entspricht […], eine gewisse Fähigkeit an deliberativen Verhaltensweisen erwerben, andere Niveaus an Ambitionen als jene im zuvor existierenden Muster erreichen und in Konsequenz aus diesen Entwicklungen im politischen Feld nun aktiv werden.« (Germani 1965: 151, Herv. i. O., Übers. T. B.). Die strukturfunktionalistische Perspektive Germanis ist in dieser Definition unverkennbar. Auch wenn diesem Zusammenhang hier nicht nachgegangen werden kann, sind nicht nur an dieser Stelle die Parallelen zu Laclaus Populismustheorie nicht zu übersehen. Übersetzt man Germanis Überlegungen in ein postfundationalistisches Theoriegerüst, sind die Ähnlichkeiten zwischen dem Mobilisierungsbegriff bei Germani und Laclaus Idee der aufbrechenden Sedimentierungen erstaunlich.

Entlang dieser Linie von gesellschaftlicher Mobilisierung und Integration der Massen zieht Germani seine Grenzen zwischen modernen und den lateinamerikanischen Gesellschaften. In entwickelten Gesellschaften korrespondierten beide, d.h., existierten die entsprechenden institutionellen Kanäle etwa in Form von Parteien, Gewerkschaften und sozialen Institutionen, um die gesellschaftliche Mobilisierung absorbieren und somit politische Integration gewährleisten zu können (Germani 1965: 154). In Lateinamerika hingegen blieben die politischen Partizipationsmechanismen unterentwickelt, die Gesellschaft differenziere sich aufgrund der fehlenden Parteien und Wahlen auf politischer Ebene nicht entsprechend aus (Germani 1978: 146). Stattdessen werde die Einbindung über die national-popularen Regierungen beziehungsweise deren FührerIn vollzogen. Für Germani ist die Mobilisierung der unorganisierten Massen im Populismus eine Art minderwertige Form der politischen Partizipation, die sich in ›unterentwickelten‹ Demokratien findet. Sie ermöglicht politisches Handeln, aber eben nicht über institutionelle Kanäle, wie sie in entwickelten Demokratien anzutreffen seien. Stattdessen werde die institutionelle Bindung durch die emotionale Bindung zum Führer ersetzt (Braig 1999: 56).

Wie bereits erwähnt, analysiert Germani den Peronismus im Vergleich zum europäischen Faschismus. Trotz seiner radikalen Ablehnung der in seinen Augen argentinischen Form des Totalitarismus, gesteht er den UnterstützerInnen eine gewisse Handlungsrationalität zu. Der Grad der Irrationalität der argentinischen ArbeiterInnenklasse sei bei Weitem nicht so groß, wie jener der europäischen Mittelklasse, die entgegen ihrer realen Interessen den Faschismus unterstützt habe (Germani 1965: 45). Denn wenngleich der Peronismus strukturell notwendige Transformationen verweigert und der argentinischen ArbeiterInnenklasse keine materiellen Vorteile verschafft habe, habe er, argumentiert Germani (1965: 244), ihr eine »dignidad personal« (»persönliche Würde«) und das Gefühl, ihre Freiheit erobert zu haben, zuteilwerden lassen.

Germani steht beispielhaft für die damals dominante strukturfunktionalistische Perspektive. Erwähnenswert erscheint noch die Erklärung Torcuato di Tellas (1965), da sich bei ihm besonders deutlich zeigt, dass die europäischen Länder stets als Blaupause für die strukturfutionalistischen Ansätze dienten. Ebenfalls in Italien geboren und nach Argentinien ausgewandert, fokussiert er verstärkt auf politische Ideologien. Di Tella (1965: 393, Übers. T. B.) analysiert die bei Germani als *Demonstrationseffekt*[6] beschriebene Verbreitung von modernen Normen, Lebensstilen und

6 Auf psychosozialer Ebene spricht Germani (1965: 69-126) von einem Demonstrations- und einem Fusionseffekt. Mit »Demonstrationseffekt« beschreibt er die Ausbreitung neuer und. moderner Normen, Vorstellungen, Ideologien und Verhaltensweisen. Diese träfen in den Ländern Lateinamerikas wiederum auf traditionelle Gesellschaften und vermischten sich mit diesen. Diese Vermengung nennt Germani »Fusionseffekt«.

Verhaltensweisen und argumentiert, dass sie zu einer »Revolution der Ansprüche« (*aspiraciones*) führe. In der Bearbeitung dieser spielen politische Ideologien für Di Tella eine entscheidende Rolle, die in Lateinamerika aber defizitär gewesen seien. Einerseits habe der Liberalismus in Lateinamerika der Absicherung der Interessen der Herrschenden gedient und sei nicht wie in Europa eine Anti-Status-quo-Ideologie gewesen. Andererseits habe es den ArbeiterInnen im Vergleich zu Europa an Enthusiasmus und Organisierungserfahrung gefehlt. Die Folge sei ein Mangel an Intellektuellen der Eliten und Führungsfiguren für die ArbeiterInnenklassen und Mittelklasse gewesen (Di Tella 1965: 395f.). All dies führe dazu, dass sich weder eine liberale Bewegung noch eine ArbeiterInnenbewegung ausbilde, sondern stattdessen andere Allianzen, wie der Populismus, die gesellschaftlichen Reformen oder Revolutionen vorantrieben (Di Tella 1965: 397).

2.1.2 Dependencia und makroökonomischer Populismus

Auch andere Ansätze, die nicht dem strukturfunktionalistischen Paradigma folgten, nahmen den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Populismus in den Blick. Zu nennen sind hier VertreterInnen der *Latin American School of Development* (Kay 1989)[7], die ihre Begriffe ausgehend von ihrer Kritik an der eurozentrischen Perspektive entwickelten. Die prominentesten Vertreter jener Schule, die trotz der Heterogenität ihrer Ansätze häufig unter der Bezeichnung »Dependenztheorie« subsumiert werden, sind Fernando Cardoso und Enzo Faletto. In ihrem erstmalig 1969 auf Spanisch erschienen Werk *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*, das heute ein Klassiker der Entwicklungssoziologie ist, wenden sie sich explizit gegen jene Ansätze, die annehmen, dass »die Zukunft der unterentwickelten Länder durch die in Westeuropa und den USA herrschenden Muster des politischen, sozialen und ökonomischen Systems vorgezeichnet sei […]« und Entwicklung »in der zwanghaften Wiederholung, ja Imitation der verschiedenen Stadien, die für den sozialen Wandel jener ›entwickelten‹ Länder kennzeichnend waren [besteht]« (Carodos/Faletto 1976: 18).

Ihr Fokus liegt dabei auf den importsubstituierenden Entwicklungsmodellen im Kontext der globalen Abhängigkeitsverhältnisse. Auch Cardosos und Falettos (1976: 19f.) Erkenntnisinteresse richtet sich auf die ökonomischen Transformationenprozesse, sie plädieren allerdings für eine Analyse, welche die »spezifischen

7 Kay (1989) fasst unter die *Latin American School of Development* die unterschiedlichen Strömungen der lateinamerikanischen Dependenztheorie und strukturalistischer Ansätze, die ab den späten 1940er Jahre in Erscheinung traten und welche die politische Verfasstheit der Länder in Lateinamerika und deren Entwicklung im Kontext globaler Abhängigkeiten und Modernisierung thematisierten. Ihr Ausgangspunkt war eine Kritik an der Neoklassik und den Modernisierungstheorien.

Bedingungen der lateinamerikanischen Situation und den Typ der sozialen Integration von Gruppen und Klassen als wichtigste Bedingungsfaktoren des Entwicklungsprozesses hervorhebt«. In dieser Hinsicht lehnen sie jene Entwicklungstheorien ab, die traditionelle und moderne Gesellschaft gegenüberstellen und sozialen Wandel lediglich aus den strukturellen Umwälzungen erklären. Das Entwicklungsmodell einer importsubstituierenden Industrialisierung wird vielmehr als Ergebnis eines politischen Aushandlungsprozesses zwischen unterschiedlichen Klassen und gesellschaftlichen Gruppen sichtbar, ein Modell, das für sie auf zwei zentralen Dynamiken beruht: erstens dem Ausbau eines Binnenmarktes und die damit einhergehende Industrialisierung; und zweitens dem Druck durch die neu entstehenden ArbeiterInnenmassen, die auf ökonomische, soziale und politische Anerkennung drängten. Als Folge dieser beiden Dynamiken gewinne der Staat und seine Institutionen als regulierende Instanz an Bedeutung – es entstehe ein »entwicklungsorientierter Populismus« (Cardoso/Faletto 1976: 154).

Das Wirtschaftsmodell der importsubstituierenden Industrialisierung ist auch das Merkmal, an dem Carlos M. Vilas (1992, 2004) die Definition des Populismus aufhängt. Er kritisiert die Ausweitung des »Populismus«-Begriffs, der für ihn nur für eine spezifische Phase des unterentwickelten Kapitalismus Gültigkeit hat (Vilas 1992: 391). Für ihn korrespondiert Populismus mit »einem Moment und spezifischen Charakteristika der Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie, die heute der Vergangenheit angehört« (Vilas 2004: 137, Übers. T. B.). Vilas schlägt deshalb zunächst einen Ansatz vor, der auf die materiellen Bedingungen abhebt und »Populismus« als spezifische Strategie der Kapitalakkumulation im Kontext der importsubstituierenden Industrialisierung in Lateinamerika definiert (Vilas 1992: 390). Konkret charakterisiert sich »Populismus« aus dieser Perspektive durch die Ausweitung des Binnenkonsums, die Privilegierung städtischer Kleinindustrieproduktion sowie eine partielle Einkommensumverteilung (Vilas 1992: 393-398).

Ebenso lässt sich das stark rezipierte Argument von Dornbusch und Edwards (1990) in diesen Strang einordnen. Sie definieren »macroeconomic populismus« als die makroökonomischen Policies jener ersten Populismen, die zu Zeiten volkswirtschaftlichen Wachstums Umverteilungspolitiken und Lohnsteigerung vorantrieben, wobei sie gleichzeitig die Risken von steigenden Inflationsraten und einem Haushaltsdefizit vernachlässigten (Dornbusch/Edwards 1990). Unter ökonomischen Ansätzen handelt es sich bei Dornbusch/Edwards um diejenige Definition, die bis heute noch am meisten Anwendung findet. Allerdings lassen sich die populistischen Regierungen – mit Ausnahme von Venezuela und im Speziellen der Fall des Kirchnerismus – unter diesen Gesichtspunkten nur schwerlich als »Populismus« qualifizieren (Fritz 2019; Schamis 2013). Im Vergleich mit den klassischen lateinamerikanischen Populismen weist ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten auf.

Zusammenfassend und im Hinblick auf die eingangs gestellten Leitfragen kann für die Ansätze dieses Debattenstrangs festgestellt werden: Das Erkenntnisobjekt der vorgestellten Ansätze ist eine spezifische historische Periode Mitte des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika. Dabei diskutieren sie den Zusammenhang von Populismus und Entwicklung. »Populismus« beschreibt unter der Maßgabe strukturfunktionalistischer Annahmen eine deviante Entwicklungsstufe gesellschaftlicher Modernisierung. Bei VertreterInnen der Dependenztheorie wie Cardoso/Faletto (1976) stellt der Populismus ebenfalls ein Entwicklungsmodell dar, allerdings ist dieser keine defizitäre Entwicklungsform und -stufe, sondern ein ökonomisches Modell, das das Ergebnis politischer Prozesse ist.

Als zentraler Akteur – hier im Sinne einer UnterstützerInnenbasis – wird die neue und unorganisierte ArbeiterInnenklasse ausgemacht, die mit den Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozessen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Argentinien entstand. Als spannend erweist sich vor allem der Begriff der Integration bei Germani, der – wenn auch in einer radikal anderen Perspektive – erstaunliche Ähnlichkeiten mit der laclauschen Idee von »Integration« besitzt, wie sich im weiteren Verlauf des Buches zeigen wird: »Integration« ist für Germani der Prozess politischer Einbindung von durch die Mobilisierung gesellschaftlicher Strukturen ›losgelöster‹ Gruppen. In den westlichen Demokratien habe sich die Integration in beiden ihrer Dimensionen von institutioneller (Kanalisierung über Parteien, Gewerkschaften, Verbände) und psychosozialer Integration (Gefühl einer Legitimität) vollzogen. Im Falle des Peronismus habe erstere nicht stattgefunden, sondern es sei zu einer Pseudopartizipation gekommen, die über die persönlich-emotionale Bindung der unorganisierten Massen zum/zur FührerIn vermittelt worden sei. In der Diskussion über Laclaus Populismustheorie wird sich zeigen, dass eine ganz ähnliche Vorstellung von aufbrechenden gesellschaftlichen Strukturen seiner Idee einer populistischen (Re-)Politisierung zugrunde liegt.

Alle diskutierten Ansätze eint, dass sie den Begriff des Populismus auf die historische Erfahrungen Mitte des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika beschränken. Ihre Erklärkraft für heutige Populismen, im Speziellen jene strukturfunktionalistischen Perspektiven, ist begrenzt. Gleichwohl haben die Ansätze Germanis und Di Tellas Paradigmen etabliert, die bis heute in der lateinamerikanischen Debatte zum Populismus von Bedeutung sind. Vor allem die Idee einer unorganisierten Masse, die vom Populismus manipuliert wird, ist bis heute wirkmächtig. Allerdings ist die empirische Grundlage dieser Annahme bereits relativ früh infrage gestellt worden. Im 1971 erschienenen und zum Klassiker gewordenen *Estudios sobre los orígenes del Peronismo* durchleuchten Miguel Murmis und Juan Carlos Portantiero (2004) Germani die Unterscheidung in eine neue und alte ArbeiterInnenklasse. Ausgehend von der Analyse der politischen Positionen und Kämpfe innerhalb der organisierten ArbeiterInnenklasse argumentieren sie, dass die alte, d.h. bereits organisierte Ar-

beiterInnenklasse, entscheidend für den Aufstieg des Peronismus war. Sie zeigen, dass die Basis des Peronismus weit davon entfernt war, eine unpolitisierte und unorganisierte Masse zu sein. Vielmehr war die Unterstützung Peróns eine bewusste strategische Entscheidung eines Teils der organisierten ArbeiterInnenbewegung, die in ihm ein Möglichkeitsfenster erkannte, ihre Forderungen durchzusetzen.

2.2 Idealtypische Ansätze und *ideational-approach*

Ansätze des zweiten Debattenstrangs sind in den Sozialwissenschaften derzeit am häufigsten anzutreffen. Kreiste die zuvor vorgestellte Perspektive um die Themen »Entwicklung« und »Transformation gesellschaftlicher Strukturen«, steht bei ihnen die Frage im Vordergrund, wie sich bestimmte politische Kräfte innerhalb der Sphäre (repräsentativer) Politik charakterisieren lassen. Die Ansätze dieses Debattenstrangs versuchen unterschiedliche Populismustypen zu entwickeln und diese zu kategorisieren. Als erster Versuch in diese Richtung lässt sich Peter Wiles' (1969) Aufsatz *A Syndrome, Not a Doctrine: Some Elementary Theses on Populism* identifizieren, in dem er vierundzwanzig Merkmale des Populismus auflistet. Unbenommen der teilweise recht unterschiedlichen Definitionsmerkmale der verschiedenen Ansätze innerhalb des Strangs, eint sie ihre positivistische Perspektive.

Dass dieser Ansatz gerade in Europa prominent ist, hat auch mit der hiesigen Geschichte der Populismusforschung zu tun. In den europäischen Sozialwissenschaften spielte der Begriff »Populismus« lange Zeit kaum eine Rolle. Wenn er verwendet wurde, wurde er zumeist mit rechten Kräften des politischen Spektrums verknüpft. Deshalb hat die europäische Forschung zum Thema ihre Wurzeln primär in der Parteien- und Rechtsextremismusforschung.[8]

Im Falle von Lateinamerika wurde der Begriff immer schon sehr unterschiedlichen Phänomenen zugeschrieben. Als exemplarisch für die idealtypische Perspektive lässt sich die Definition Kurt Weylands heranziehen. Sie listet jene Merkmale

8 Mudde (2016) periodisiert die Forschung zum Thema in drei Wellen: (1) eine Phase historischer Kontinuitätsstudien (1945-1980); eine (2) Periode (1980-2000), in der vor allem die sogenannte Nachfrageseite unter einem modernisierungstheoretischen Axiom im Kontext der Globalisierungsprozesse und der Transformationen in Osteuropa analysiert wurden; und (3) eine Phase (seit 2000), die sich stärker mit der Angebotsseite, d.h. internen Parteidynamiken und den Effekten von rechtspopulistischen Parteien auseinandersetzt. Während die ersten beiden Phasen vorwiegend von qualitativen Arbeiten geprägt waren, dominieren mittlerweile quantitative Studien der Parteienforschung. Vor diesem Hintergrund ist auch ersichtlich, warum in diesen Studien der Begriff »Populismus« häufig ähnlich des »Extremismus«-Begriffs verwendet wird oder sich Wortkombinationen finden wie »populist radical right parties« (vgl. Mudde 2007).

auf, die viele der Ansätze dem Populismus klassischerweise zuschreiben. Für Weyland (2001: 14) ist »Populismus« folgendermaßen definiert:

> [P]opulism is best defined as a political strategy through which a personalistic leader seeks or exercises government power based on direct, unmediated, uninstitutionalized support from large numbers of mostly unorganized followers. This direct, quasi-personal relationship bypasses established intermediary organizations or deinstitutionalizes and sub-ordinates them to the leader's personal will. Most followers lack institutionalized ties to the leader and therefore constitute an unorganized mass in the political arena (for example, the nation-state) in which the leader appeals to them (although they may participate in local organizations). A charismatic leader wins broad, diffuse, yet intense support from such a largely unorganized mass by ›representing‹ people who feel excluded or marginalized from national political life and by promising to rescue them from crises, threats, and enemies.

Weylands Definition enthält mit dem charismatischen Führer, der unorganisierten und persönlichen Bindung zwischen FührerIn und Masse sowie der Zerstörung der politischen Institutionen all jene Versatzstücke, auf denen die meisten Ansätze innerhalb des Debattenstrangs basieren. Ihr jeweiliger Fokus variiert dabei, wobei die Auswahl an Definitionen unendlich scheint. Einige prominente Beispiele seien im Folgenden trotzdem kurz erwähnt.

Paul Cammack (2000) fokussiert auf das Verhältnis zwischen Institutionen und Populismus und argumentiert, dass der Populismus einen Bruch mit den bestehenden politischen Institutionen vor dem Hintergrund einer Reorganisierung der kapitalistischen Reproduktion vollziehe. Dieser Bruch sei auch die Gemeinsamkeit zwischen den klassischen Populismen und späteren populistischen Phasen. Kenneth Roberts (1995: 113) argumentiert ähnlich und sieht Populismus als »perpetual tendency where political institutions are chronically weak«. Ob populistische Regierungen Institutionen aufbauen oder nicht, hängt für ihn davon ab, ob sie die (ökonomischen) Eliten herausfordern und somit auf eine alternative Institutionalisierung ihres Verhältnisses zur UnterstützerInnenbasis angewiesen sind (Roberts 2006). Ludolfo Paramio (2006) wiederum sieht, dass der Populismus aufgrund seiner Abwertung der politischen Eliten das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen zerstöre. An der Regierungsmacht schwäche er dann zumeist Legislative und Judikative systematisch, und das Institutionensystem würde dahingehend ausgerichtet, dass die Exekutive unbehelligt walten könne.

Carlos de la Torre (2000) teilt die idealtypische Perspektive. In seinen Arbeiten, die sich schwerpunktmäßig mit Ecuador befassen, betrachtet er deshalb das Verhältnis zwischen populistischen *lider* und dessen AnhängerInnen, allerdings zieht er das Paradigma der verführten Masse in Zweifel. Auch die Annahme, dass es sich bei der populistischen UnterstützerInnenbasis um eine unorganisierte Masse

handle, sei in dieser Weise verkürzt (De la Torre 2007). Zurecht bemängelt er, dass die Rezeptionsseite, d.h., wie populistische Diskurse und Politiken von der UnterstützerInnenbasis aufgenommen und interpretiert werden, in fast allen Studien keine Beachtung findet (De la Torre 2003).

Ebenso finden sich innerhalb der Debatte zahlreiche Arbeiten, die sich mit der Ideologie – gemeint sind die konkreten politischen Inhalte – des Populismus beschäftigen. Paul A. Taggart (2003, 2000) macht als ideologischen Kern des Populismus die Referenz auf ein »heartland« aus. Dieses *heartland* sei eine utopische Konstruktion, die sich aber im Gegensatz zu anderen Utopien nicht auf die Zukunft richte, sondern auf die Vergangenheit – eine bereits gelebte Erfahrung.

In Lateinamerika entwickelte sich im Zuge der 1990er Jahre zudem eine Diskussion rund um das Verhältnis zwischen Populismus und den neoliberalen Regierungen jener Jahre (beispielsweise Carlos Menem in Argentinien oder Alberto Fujimori in Peru). Ausgangspunkt waren die diagnostizierte »unexpected affinities« (Weyland 1996) zwischen Populismus und Neoliberalismus, welche die DiskutantInnen dazu brachte, von einem Neopopulismus zu sprechen. Der Begriff »Neopopulismus« findet heute gelegentlich Verwendung in Bezug auf die progressiven Regierungen, allerdings mit gegenteiligem Bedeutungsinhalt als in den 1990er Jahren. Während das »neo-« im ersten Fall eine Neuauflage der national-popularen Erfahrungen und eine Kontinuität zwischen den historischen Populismen in Lateinamerika und den Regierung ab den 2000er Jahren behauptet, sind die Diskontinuitäten zwischen den historischen Populismen und den Regierungen der 1990er Jahre sowie die »compatibility of political populism and economic liberalism« (Weyland 1999: 379) für letztere der Grund den Begriff des Neopopulismus vorzuschlagen. Für Weyland (1996) entsprechen sich Neoliberalismus und Neopopulismus hinsichtlich ihrer sozialen Basis (die unorganisiertem und im informellen Sektor tätigen Massen), ihres Top-down-Ansatzes sowie ihrer Ausrichtung gegen organisierte zivilgesellschaftliche Akteure und Gruppen. Knight (1998) wiederum sieht Parallelen zwischen den neoliberalen Regierungen der Neunziger und dem klassischen Populismus hinsichtlich ihres Politikstils.

Obwohl der Begriff des Neopopulismus sich nie durchsetzen konnte, lassen sich an ihm ganz grundlegende Probleme in Bezug auf den idealtypischen Debattenstrang aufzeigen. Vilas (2004: 147, Übers. T. B.) urteilt »viel neo und wenig Populismus« in seiner Polemik gegen den Begriff und tatsächlich subsumiert die Verwendung von »Neopopulismus« grundlegend andere Politiken unter der gleichen Kategorie. Wie Vilas (2004) in seiner Analyse zeigt, bestehen zwischen den beiden Phänomenen kaum Ähnlichkeiten im Hinblick auf ihre soziale oder wirtschaftliche Basis, den implementierten Politiken oder der diskursiven Anrufung. Trotzdem werden zwei unterschiedliche Phänomene unter den gleichen Begriff versammelt.

Die Brandbreite der Definitionsversuche innerhalb des idealtypischen Strangs ist dabei nicht enden wollend. Verstärkt wird das nochmals durch die jüngste Ausweitung des Populismusbegriffs im europäischen Kontext auf alle politischen Lager. Diese vollzog sich aufgrund neuerer politischer Kräfte in Europa wie PODEMOS in Spanien oder Syriza in Griechenland, aber auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen der progressiven Regierungen in Lateinamerika. Die Bandbreite des Spektrums an politischen Kräften, die im idealtypischen Ansatz unter den Begriff des Populismus subsumiert werden, ist dabei durchaus erstaunlich. Auf die Gründe für die Ausdehnung des Begriffs hin befragt, unterstellen manche Beiträge vor allem politische Absichten. »Populistisch« sei primär negativ konnotiert und die Zuschreibung habe deshalb vor allem eine delegitimierende Funktion.[9] Doch obwohl dem Argument in der politischen Debatte einiges abzugewinnen ist, stellt sich die Frage, ob es auch einen wissenschaftlichen Grund für die Unschärfe des Begriffs innerhalb des idealtypischen Debattenstrangs gibt.

Die Wurzeln einiger Probleme des idealtypischen Ansatzes lassen sich in der bis heute ungeklärten Frage nach dem Definitionskriterium der eigenen Kategorie verorten. Dabei handelt es sich um keine Einzelfälle, sondern um ein grundlegendes methodisches Problem, auf das in der Populismus-Debatte bereits mehrfach hingewiesen wurde (vgl. etwa De la Torre 2017; Gebhard 2016): Einzelne Elemente, die einigen Populismen zweifelsohne zu eigen sind, werden nebeneinandergestellt, ohne ihr Verhältnis zueinander zu bestimmen (Vilas 2004: 138f.). Grund hierfür ist unter anderem der kaum vorhandene theoretische Abstraktionsgrad. Zudem ist ganz grundsätzlich nach dem Mehrwert solcher phänotypischen Beschreibungen zu fragen. Oder wie Panizza (2005: 2) feststellt:

> But while typologies have a useful role to play in political analysis, if they are not built up around a conceptual core they cannot account for the common element that binds together their otherwise heterogeneous elements. Most observers assume the common element to exist when they use the term populism but, for the most part, they do so implicitly and intuitively rather than explicitly and analytically.

9 In der medialen Debatte fungiert der Begriff derzeit häufig ganz unverblümt als Delegitimierungsinstrument gegenüber politischer Alternativen, was einer notwendigen Begriffsschärfung nicht zuträglich ist. Wie Oliver Marchart (2017) argumentiert, zeichnet diesen »liberalen Antipopulismus« die gleiche Inhaltsleere aus, die er dem Populismus zum Vorwurf macht. D'Eramo (2013) sieht in der Unschärfe sogar den politischen Sinn und Zweck des Begriffs. Wie er zeigt, ist der Aufstieg des Begriffs mit dem Projekt eines liberalen Revisionismus in den USA und dem Kalten Krieg verknüpft. Im Zuge dieser Revision würden die frühen populistischen Bewegungen zur Jahrhundertwende zunehmend als protofaschistisch dargestellt. Die Bezeichnung »populistisch« – argumentiert D'Eramo (2013) – fungiere in diesem Zusammenhang als begriffliches Bindeglied zwischen Faschismus und Kommunismus.

Aufgrund dieser Vorgehensweise werden alltagsverständlich als »populistisch« kategorisierte Phänomene unter den gleichen Begriff subsumiert, um dann gemeinsame Charakteristika zu destillieren. Die Bestimmung als »Populismus« erfolgt also bereits vorweg. Die Mängel einer solchen ›Ad-hoc-Methode‹ regten Laclau (2007b: 5-7) dazu an, einen anderen Weg der Definition einzuschlagen.

Interessanterweise könnte das Problem bereits ganz zu Beginn der Populismusforschung begonnen haben (ausführlich findet sich das nachfolgende Argument in Boos 2018c). Als die ersten historischen Phänomene, die unter den Begriff »Populismus« zu subsumieren sind, werden innerhalb dieses Strangs zumeist die russischen *Narodniki* und die US-amerikanische *People's Party* angeführt. Allerdings drängt sich die Frage auf, durch welches Kriterium sich eine solche gemeinsame Kategorisierung rechtfertigen lässt. Bereits 1971 stellte Allcock (1971: 372) in seiner »Biografie« des Populismus fest, dass der Begriff »Populismus« zunächst von HistorikerInnen verwendet wurde, die vollkommen unbedacht das russische »Narodnichestvo« als »populism« übersetzten, ohne allerdings einen gemeinsamen inhaltlichen Kern zwischen der US-Bewegung und den russischen *Narodniki* behaupten zu wollen. Selbst Margaret Canovan (1981: 96) kommt in ihrer viel zitierten Studie zu dem Schluss, dass sich die beiden als »populistisch« bezeichneten Phänomene in Russland und den USA ganz offenkundig stark voneinander unterscheiden. Und auf der berühmten Konferenz im Jahr 1967 an der *London School of Economics* (vgl. Ionescu/Gellner 1969) mutmaßte Peter Worsley (1969: 248): »It is probably a verbal coincidence (narod: people, nation etc.), but one which may (as we must consider to be a distinct possibility at this stage) have generated a complete pseudoproblem for comparative analysis.«

Ein weiterer Ansatz, der vor allem in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen hat, ist der sogenannte »ideational approach« (etwa Mudde 2004; Mudde/Rovira Kaltwasser 2017, 2012). Obwohl er sich teilweise von den oben genannten Ansätzen abgrenzt, koinzidiert er mit ihnen in seiner positivistischen Wissenschaftsauffassung. Der Ansatz wird mittlerweile von einigen der prominentesten WissenschaftlerInnen der Populismusforschung vertreten. Zunächst war der Ansatz vorrangig in Europa präsent. Mittlerweile haben seine VertreterInnen jedoch das explizite Ziel, Vergleiche zwischen unterschiedlichen Regionen und einem breiten Spektrum an politischen Phänomenen, die sie als populistisch betrachten, anzustellen (Rovira Kaltwasser 2012). Hierzu schlagen sie eine minimalistische Definition vor, die seine Ideen – deshalb die Selbstbeschreibung als *ideational* – zum definitorischen Kern des Populismus erklärt (Hawkins/Kaltwasser 2019: 2). Populismus lässt sich ihnen zufolge am besten definieren als eine *thin-centered ideology*:

> [W]e define populism as a thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic camps, ›the pure peo-

> ple‹ versus ›the corrupt elite,‹ and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people (Mudde/Rovira Kaltwasser 2017: 6, Herv. i. O.).

Mit ihrem Konzept einer *thin-centered ideology* stellen sie sich gegen die Annahme, dass der Populismus keinerlei ideologischen Kern besitze, und definieren diesen stattdessen über die Dreieckskonstellation von *people, elite* und *general will* (Mudde/Rovira Kaltwasser 2017: 9-11). In dieser Konstellation sei das Element *people* nicht vollkommen inhaltlich entleert (wie etwa von Laclau angenommen), sondern Populismen würden immer auf einer moralischen Spaltung beruhen, die das Volk als rein imaginiere (Mudde 2017). Der Ansatz knüpft dabei an die Arbeiten Canovans (1981, 1999) an, die die Dichotomie zwischen Volk und Elite als zentralen Angelpunkt des Populismus bereits relativ früh ausmachten. Gleichwohl argumentieren VertreterInnen des *ideational approach*, dass es sich bei der ideologischen Bestimmung um eine minimale handle, weshalb Populismen immer in Kombination mit Fragmenten anderer Ideologien aufträten.

Zusammenfassend lässt sich für den idealtypischen Debattenstrang festhalten: Erkenntnisobjekt der idealtypischen Ansätze sind politische Kräfte, die sie als populistisch begreifen. »Populismus« ist eine Kategorie innerhalb des Spektrums politischer Kräfte, die zu charakterisieren versucht werden. Welche Elemente als Kern des Populismus ausgemacht werden, variiert je nach Ansatz, zumeist sind aber ein populistischer *lider* und eine verführte Masse Bestandteil der Merkmalsliste. Die Integration und Einbindung der AnhängerInnen der populistischen Kraft wird häufig über falsche Versprechen, simplifizierende politische Antworten oder klientelistische Netzwerke erklärt.

An dieser Stelle wird deutlich, warum sich ausgehend von meiner Fragestellung nur schwerlich an jene Ansätze anknüpfen lässt. Die UnterstützerInnengruppen populistischer Projekte – im Sinne von handelnden Subjekten, deren Motive und ihre Identitäten – sind entweder keine Fragen, die jene Ansätze an ihren Untersuchungsgegenstand richten oder sie haben diese im Vorfeld bereits (implizit) beantwortet. De la Torre (2003) hat mit seiner Kritik an der Vorstellung einer passiven Rezeption durch die Massen auf dieses Problem verwiesen und diese Lücke in der Literatur offengelegt.

In diesem Sinne bezeichnet »Populismus« in idealtypischen Ansätzen häufig ebenfalls eine deviante Form. Anders als im Fall des Strukturfunktionalismus sind es jedoch keine Entwicklungsstufen auf dem Weg hin zu einer modernen Gesellschaft, sondern spezifische Vorstellungen demokratischer Prozesse, die als Norm definiert werden. »Populismus« fungiert in idealtypischen Ansätzen als Charakterisierung von tendenziell undemokratischen Prozessen, Politikstilen oder Akteuren und wird somit als Kraft eingeschätzt, die liberal-demokratische Institutionen un-

terminiert. Aufgrund des vergleichenden Anspruchs vernachlässigen sie darüber hinaus häufig Geschichte und Kontext der analysierten Populismen.

Trotz dieser Defizitperspektive gilt es auch festzuhalten, dass es fast ausschließlich Ansätze des idealtypischen Debattenstrangs sind, die das Verhältnis zwischen politischen Institutionen und dem Populismus in den Blick nehmen. Dadurch, dass die hier versammelten Ansätze zumeist mit einem empirischen Demokratiebegriff (Demokratie als Prozess) arbeiten, kommen die Institutionen und Prozesse gesellschaftlicher Aushandlung in den Blick, die in den anderen Debattensträngen kaum eine Rolle spielen. Gerade innerhalb des hegemonietheoretischen Strangs, der vorwiegend mit einem normativen Demokratiebegriff (Demokratie als Idee) arbeitet, führt dies, wie ich in Kürze zeigen werde, zu erheblichen Problemen.

Der *ideational-approach* scheint auf den ersten Blick Überschneidungen mit dem Ansatz Laclaus, der nachfolgend Thema sein wird, aufzuweisen. Ein genauerer Blick offenbart jedoch entscheidende Unterschiede. VetreterInnen wie Mudde insistieren darauf, dass es einen letzten inhaltichen Kern des Populismus gibt (die moralische Spaltung). Im Besonderen bestehen aber gröbere Differenzen zwischen den beiden Ansätzen bei ihren epistemologischen und gesellschaftstheoretischen Grundannahmen. Das Erkenntnisinteresse des *ideational-approach* charakterisiert Mudde wie folgt: »[I]t ist empirically oriented, positivist, and aimed at developing mid-range theoretical levels.« (Mudde 2017: 40)

2.3 Hegemonietheoretischer Ansatz

Im folgenden Kapitel soll es ausführlich um den dritten Debattenstrang gehen, der sich innerhalb einer hegemonietheoretischen Tradition verortet. Der Strang ist unweigerlich mit dem Namen Ernesto Laclau verknüpft. Das Phänomen des Populismus stellt in gewisser Weise den Start- und Endpunkt des Werkes des 2014 verstorbenen argentinischen Philosophen dar. Bereits während der 1970er Jahre trieb Laclau die Frage nach einer Theorie des Populismus in seiner Aufsatzsammlung *Politik und Ideologie im Marxismus* (von hier an zitiert als PIM) um. 2005, fast dreißig Jahre später, erscheint schließlich *On Populist Reason* (OPR), in dem er versucht eine kohärente Theorie des Populismus vorzulegen.

Das Œuvre Laclaus lässt sich nicht auf seine Populismustheorie verengen. Die größte Aufmerksamkeit hat sicherlich das gemeinsam mit Chantal Mouffe 1985 veröffentlichte Werk *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics* (von hier an zitiert als HSS) erfahren. Erst seit wenigen Jahren im Zusammenhang mit der lateinamerikanischen Erfahrung der letzten zwei Jahrzehnte sowie dem ›Übersetzungsversuch‹ eines linken Populismus für Europa (vgl. Boos/Schneider 2016) ist seine Populismustheorie verstärkt in den Vordergrund gerückt. Ob-

wohl es Brüche in den Problematiken und den zentralen Referenzen Laclaus gibt, werde ich im Laufe meiner Darstellung zeigen, dass der Versuch, dem Populismus theoretisch Herr zu werden, die Hintergrundfolie ist, vor der Laclau seine postfundationalistische[10] politische Ontologie (vgl. Marchart 2008) entwickelt.[11]

Mein Ziel im folgenden Kapitel ist es nicht, eine umfassende Einführung in das Gesamtwerk Laclaus vorzunehmen.[12] Im Zentrum steht vielmehr die Diskussion seiner Populismustheorie. Notwendige Bestimmungen aus den anderen Wer-

10 Marchart (2010, 2013) übersetzt die englische Bezeichnung *post-foundationalism* als Postfundamentalismus. Marchart (2010: 16) – Schüler und Übersetzer Laclaus und selbst Vertreter des Ansatzes – stellt zwar klar, dass sich im Deutschen bisher keine einheitliche Sprachregelung durchgesetzt hat, mir erscheint sein Vorschlag jedoch aus zweierlei Gründen nicht schlüssig, sondern problematisch: Erstens ist im deutschen Begriff »Postfundamentalismus« das zentrale Argument der Theorieströmung, nämlich die Infragestellung und das Fehlen eines letztgültigen Fundamentes nur bedingt aufgehoben. Zweitens beinhaltet der Begriff »Fundamentalismus« auf politischer Ebene spezifische Konnotationen. Er ist nicht nur eine Fremdzuschreibung, sondern wird vor allem nicht als analytischer, sondern politischer Begriff verwendet. Als »fundamentalistisch« werden Positionen markiert, die für Argumente nicht (mehr) zugänglich sind, sondern auf Emotionen, gesetzten Überzeugungen und (religiösen) Glaubenssätzen beruhen, d.h., fundamentalistische Positionen sind eben jene Positionen, die für eine rationale Debatte (nicht mehr) zugänglich sind. Ob gewollt oder nicht, suggeriert diese Begriffswahl somit einen Fundamentalismus aller anderen Ansätze. Es drängt sich die Frage auf, welche Positionen und theoretischen Traditionslinien hier als »fundamentalistisch« markiert werden und ob diese Art der Übersetzung nicht vor allem den Effekt hat, den eigenen Ansatz als jenen Ansatz zusetzen, der alle anderen ›fundamentalistischen‹ Ansätze transzendiert, indem er deren Irrationalität überwindet. Aus diesem Grund werde ich im Folgenden für das Englische *postfoundational* den Begriff »postfundationalistisch« statt dem von Marchart vorgeschlagenen »postfundamentalistisch« verwenden.

11 Typischerweise wird das Werk Laclaus in drei Schaffensphasen eingeteilt (Howarth 2004: 258 ff): erstens eine Phase in den 1970er Jahren, in der Laclau der Frage des Stellenwerts der Ideologie innerhalb des Marxismus nachgeht – zentrale Referenzpunkte sind hier Louis Althusser und in Teilen bereits Antonio Gramsci; zweitens eine stark poststrukturalistisch beeinflusste Phase, die in der Veröffentlichung von HSS 1985 mündet; drittens eine Phase, die an die zweite theoretisch anschließt und die stark Bezug auf psychoanalytische Referenzen in Form von Sigmund Freund und Jacques Lacan nimmt und ihren Ausdruck in OPR aus dem Jahr 2005 findet. (Howarth 2004: 272)

12 In der Sekundärliteratur finden sich zahlreiche Einführungswerke und -aufsätze, die zentrale Gedanken und Begriffe seines Werkes präzise erläutern. Für eine deutschsprachige Einführung in die, zusammen mit Chantal Mouffe erarbeitete, Hegemonietheorie vgl. Opratko (2012b); für eine Einschätzung unterschiedlicher Aspekte der Theorie vgl. Nonhoff (2007). Wullweber (2015) gibt einen kompakten Überblick über die ontologischen und epistemologischen Grundannahmen der Theorien, die er als »postpositivistische« Ansätze zusammenfasst. Marchart (2010) liefert eine Darstellung der postfundationalistischen politischen Ontologie im Kontext anderer sogenannter Linksheideggerianer. Eine erste Bestandsaufnahme für das Wirken der laclauschen Hegemonietheorie in unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Feldern ist wiederum jüngst erschienen (vgl. Marchart 2017).

ken werden dort eingeholt, wo sie erforderlich für das Verständnis der Theorie sind. Eine Schwierigkeit ist, dass Laclaus Begriffe auf unterschiedlichen ›Ebenen‹ operieren, beziehungsweise die Dynamiken des Sozialen ontische Ausdrücke einer grundlegenden ontologischen Logik sind (was damit genau gemeint ist, werde ich in Kürze darlegen). Dabei werden diese Ebenen und die ihnen zugrundeliegenden Fragestellungen nicht immer klar voneinander getrennt. Viele der Begriffe lassen sich für die Logiken von gesellschaftlicher Ordnung, politischer Konflikte bis hin zur Ebene der einzelnen Zeichen denken. Genau diese Vermengung führt auch zu einem der zentralen Probleme des laclauschen Populismusbegriffs, den ich im Anschluss an die Darstellung seiner Theorie im Detail thematisieren werde: die zunehmende Deckungsgleichheit seines Populismusbegriffs mit dem Begriff der Hegemonie. Letzterer steht hier, wie bereits angemerkt, nicht im Zentrum. Laclaus und Mouffes (1991) poststrukturalistische Lesart Gramscis wird deshalb – ausgehend von ihrem Verhältnis zur laclauschen Populismustheorie – thematisiert.[13]

2.3.1 Politik und Ideologie im Marxismus: Populismus als Artikulationsweise von popular-demokratischen Kämpfen und Klassenkämpfen

Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus (PIM) erschien erstmalig 1977 in englischer Sprache und spielt in der heutigen Rezeption der laclauschen Populismustheorie kaum noch eine Rolle. Das mag nicht zuletzt daran liegen, dass es der Phase Laclaus zugerechnet wird, in der dieser noch innerhalb eines marxistischen Frameworks argumentiert (s. Fußnote 11, Kapitel 2). An dem Unterfangen, die Grundannahmen des Marxismus als für überkommen zu erklären, hat der Autor selbst entschieden mitgewirkt. Sind die Erkenntnisse aus PIM deshalb obsolet? Bei einer genaueren Lektüre zeigt sich, dass die entscheidenden Elemente von Laclaus zukünftiger Fragestellung bereits in PIM angelegt sind.

13 Soweit mir bekannt, steht ein systematischer Vergleich der theoretischen Begriffe von HSS und OPR noch aus. Meiner Einschätzung nach lässt sich jedoch argumentieren, dass die Begriffsinhalte und Argumente aus HSS in OPR grundsätzlich die gleichen bleiben, beziehungsweise analog funktionieren und lediglich (teilweise) neue (psychoanalytische) Bezeichnungen erfahren (etwa zur Analogie zwischen den Begriffspaaren »Diskurs«/»Feld« der Diskursivität und »Ontik«/»Ontologie« s. Fußnote 15, Kapitel 2). Das ist natürlich nicht verwerflich, bringt aber Probleme im Hinblick auf die Differenzierung von Hegemonie und Populismus mit sich. Im Speziellen aus theoriegeschichtlicher Sicht wäre ein solcher Vergleich spannend. So lässt sich bis heute in der Rezeption Laclaus folgende Spaltung wahrnehmen: Eine Rezeptionslinie, die ausgehend von HSS Laclau als Theoretiker der Differenz und Pluralisierung von Kämpfen wahrnimmt, und eine andere, die Laclau als Denker der Äquivalenz und der populistischen Dichotomisierung rezipiert. Aus meiner Sicht lässt sich allerdings begründet argumentieren, dass die von ihm in OPR affirmierte populistische Logik in seinem Werk von Beginn an präsent war.

Sie werden von Laclau allerdings nicht nur im vierten Kapitel (*Zu einer Theorie des Populismus*) des Werkes argumentiert, sondern bereits im vorherigen Kapitel (*Faschismus und Ideologie*), in dem er sich mit der Faschismusanalyse Nicos Poulantzas' auseinandersetzt.

Für Poulantzas ist der Faschismus die Folge zweier Prozesse. Einerseits ist er die Zuspitzung der Widersprüche im herrschenden Block. Andererseits folgt er aus der falschen strategischen Ausrichtung der ArbeiterInnenklasse, die dem Ökonomismus jener Jahre geschuldet sei (PIM: 79-82). Laclau pflichtet Poulantzas in seiner Kritik an einer ökonomistisch verengten Faschismusanalyse der Kommunistischen Internationalen bei, allerdings – so der Einsatzpunkt Laclaus – sei diese wertlos, insofern als Poulantzas einen Klassenreduktionismus beibehalte (PIM: 108). Stattdessen ist die These Laclaus, »dass der Faschismus nur möglich war, weil die Arbeiterklasse, in ihrem reformistischen wie in ihrem revolutionären Flügel, das Feld des popular-demokratischen Kampfes preisgegeben hat« (PIM: 108). Anstatt die popular-demokratischen Forderungen der Mittelklassen, welche zentral für den Faschismus an der Macht waren, mit dem sozialistischen Diskurs zu artikulieren, habe die ArbeiterInnenklasse keinen »Willen zur Hegemonie« (PIM: 112) gehabt und dieses »Terrain *par excellence* für den politischen Klassenkampf« (PIM: 99, Herv. i. O.) dem Faschismus überlassen.

Laclau markiert in diesem frühen Text nicht nur bereits die popular-demokratischen Kämpfe als den Gegenstand seiner späteren theoretischen Überlegungen, sondern deutet bereits seine zweite zentrale Fragestellung durch die Kritik an Poulantzas' Ideologiebegriff an. Poulantzas ordne bestimmte ideologische Inhalte spezifischen Klassen zu, was jedoch immer eine willkürliche Zuordnung sei (PIM: 82-86). Laclau zufolge sei die exakt gegenteilige Vorgehensweise notwendig, nämlich

> anzunehmen, dass ideologische ›Elemente‹, isoliert betrachtet, keine notwendige Klassen-Konnotation haben, und dass diese Konnotation erst das Resultat der Artikulation dieser Elemente in einem konkreten ideologischen Diskurs ist. Die Analyse des Klassencharakters einer Ideologie setzt daher voraus, zu untersuchen, was die spezifische Einheit eines ideologischen Diskurses begründet (PIM: 87).

Wie deutlich wird, stellt Laclau bereits zu diesem Zeitpunkt den Zusammenhang zwischen spezifischen gesellschaftlichen Akteuren und spezifischen ideologischen Inhalten infrage. Dass ein solcher Zusammenhang zustande komme, ist aus seiner Sicht nicht garantiert, sondern das Ergebnis von Artikulation.

Dem Problem des Populismus wendet sich Laclau dann explizit im vierten Kapitel des Buches *Zu einer Theorie des Populismus* zu. Hierzu arbeitet er sich zunächst an existierenden Ansätzen ab und kritisiert an ihnen jene Vorgehensweise, die ich im Hinblick auf den idealtypischen Debattenstrang als ›Ad-hoc-Methode‹ bezeichnet habe. Zu diesem Zeitpunkt widmet sich Laclau (PIM: 146-158) schwerpunktmä-

ßig noch den Ansätzen von Germani und Di Tella (Kapitel 2.1). Diese Referenzen auf die lateinamerikanischen Debatten werden sukzessive im Laufe seines Schaffens verschwinden. Denen von ihm kritisierten Ansätzen stellt er ein »theoretisches System […], in dessen Zentrum der Begriff der *popular-demokratischen Anrufung* steht« (PIM: 124, Herv. i. O.) entgegen.

Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Nicht-Entsprechung von Klasse und einer spezifischen Ideologie. Klassen seien zwar »die Pole antagonistischer Produktionsverhältnisse, [hätten aber] auf der ideologischen und politischen Ebene keine *notwendige* Existenzform« (PIM: 139, Herv. i. O.). D.h., »[W]enn man von der Klassendetermination der Überbauten ausgeht, bedeutet das nicht, die *Form*, in der diese Determination stattfindet zu bestimmen« (PIM: 138, Herv. i. O.). Das zentrale Argument Laclaus ist demzufolge, dass der Klassencharakter einer Ideologie nicht durch seinen Inhalt, sondern seine Form bestimmt wird, wobei »Form« für ihn ein »spezifische[s] Artikulationsprinzip« beschreibt (PIM: 139). Laclau ›schwimmt‹ mit dieser Argumentation die politische und ideologische Ebene von einer inhaltlichen Klassendetermination frei, ohne dabei die Produktionsverhältnisse als gesellschaftsordnendes Prinzip endgültig aufzugeben.

Das Auflösen der Verbindung zwischen den beiden Ebenen hat entsprechende Folgen. Geht man von einer Nicht-Entsprechung zwischen Klasse (auf Ebene der Produktionsverhältnisse) und spezifischen ideologischen Inhalten (auf politischer und ideologischer Ebene) aus, so bedeutet das konsequenterweise, dass die ideologischen Elemente zunächst klassenunspezifisch sind. Die (temporäre und stets umkämpfte) Verknüpfung dieser Inhalte –Laclau (PIM: 140) spricht von »Rohmaterial« – mit dem Klassendiskurs ist jener Prozess, den Laclau »Artikulation« nennt. Hierbei handelt es sich für ihn um nichts Geringeres als den ideologischen Kampf (PIM: 140f.).

In welcher Verbindung stehen diese Argumente mit dem Populismus? Die Analyse von Populismen, so Laclau (PIM: 144), lege den Bezug auf das Volk als gemeinsamen Nenner (»analoge Basis«) offen. Eine präzise inhaltliche Bestimmung von »Volk« aber sei zunächst nicht möglich. Das begründet die Vagheit des Populismusbegriffs. Bei genauerer Betrachtung zeige sich jedoch, dass im Volksbegriff, trotz jener Vagheit, ein spezifischer Widerspruch, nämlich der zwischen Volk und Machtblock aufgehoben sei. Dieser abstrakte Widerspruch konkretisiere sich in den historischen Erfahrungen von Volkskämpfen und -traditionen und ihren popular-demokratischen Forderungen. Im Gegensatz zu den Klassenkämpfen seien diese popular-demokratischen Kämpfe indes nicht auf Ebene der Produktionsverhältnisse, sondern auf Ebene des Politischen und Ideologischen angesiedelt, so Laclau (PIM: 144-146).

Wir finden bei Laclau also folgende Begriffsanordnung: Klassen und Klassenkämpfe sind auf Ebene der Produktionsverhältnisse konstituiert, Volkskämpfe hingegen auf Ebene der konkreten Gesellschaftsformation und des Politischen und

Ideologischen. Während Letztere eine längere historische Tradition und Kontinuität aufwiesen, komme den Produktionsverhältnissen ein qualitativ höheres Gewicht zu, da sie die historischen Prozesse entscheidend bestimmen würden (PIM: 145).

Allerdings stellt Laclau (PIM: 171f.) die beiden Ebenen nicht unverbunden nebeneinander, sondern sieht Volk und Klasse in einem dialektischen Verhältnis, weshalb beide Ebenen stets auf ihr Gegenüber als ›Artikulationsmedium‹ angewiesen seien. Das Ringen der Klassen um Hegemonie sei das Ringen darum, ihren Klassendiskurs mit dem zunächst klassenunspezifischen Rohmaterial – respektive den popular-demokratischen Elementen – auf Ebene des Politischen und Ideologischen zu artikulieren. Die zuvor von Laclau eingeführte Nicht-Entsprechung zwischen »Klasse« und »Ideologie« gibt das Politische und Ideologische also frei für den ideologischen Klassenkampf d.h. den Versuch, diese mit einem Klassendiskurs zu artikulieren. Gleichzeitig könne umgekehrt in diesem dialektischen Verhältnis zwischen beiden Ebenen, »[d]er Widerspruch ›Volk‹/Machtblock nicht ohne Klassen entwickelt werden« (PIM: 172).

Gleichwohl reicht für Laclau der Bezug auf popular-demokratische Element noch nicht aus, um von »Populismus« zu sprechen. Vielmehr müsse der in ihnen enthaltene Widerspruch von Volk/Machtblock in einer spezifischen Weise, nämlich in einer antagonistischen artikuliert werden. Zusammengefasst in Laclaus Worten (PIM: 151): »Unsere These ist, dass der Populismus die popular-demokratischen Anrufungen als synthetischen, der herrschenden Ideologie antagonistisch gegenüberstehenden Komplex präsentiert.«

In OPR wird Laclau den Populismus inhaltlich vollkommen entleeren. Zu diesem Zeitpunkt unterscheidet er hingegen noch zwischen einem »Populismus der herrschenden Klassen« und einem »Populismus der beherrschten Klassen« (PIM: 151). Sein ideologietheoretisches Argument ist dabei, dass der Klassencharakter einer Ideologie nicht in ihrem Inhalt, sondern ihrer Form aufgehoben ist. Konsequenterweise muss der Unterschied zwischen verschiedenen Klassenideologien auch in ihrer abweichenden Form begründet werden, wobei »Form« für ihn – wie oben argumentiert – gleichbedeutend mit einem spezifischen Artikulationsprinzip ist. Dieser Logik folgend argumentiert Laclau, dass die Ideologie der herrschenden Klassen zwar in der Lage sei, popular-demokratische Elemente zu integrieren, allerdings über eine Abschwächung des ihnen innenwohnenden Antagonismus von Volk/Machtblock operiert. Der Antagonismus werde zu einem bloßen Unterschied modifiziert (PIM: 151).

Später in OPR beschreibt Laclau diesen Einbindungsprozess als differentielle Integration von *demands* und identifiziert ihn als die Logik der Differenz und Administration. Während sein Argument zu einem späteren Zeitpunkt jedoch auf die Einbindung von gesellschaftlichen Anliegen in die bestehende institutionelle Ordnung im Allgemeinen abzielt, richtet sich sein Erkenntnisinteresse in PIM ›nur‹

auf die Artikulation politischer Ideologien. Gleichwohl entsteht für ihn bereits zu diesem Zeitpunkt die Möglichkeit eines Populismus mit einer ausbleibenden Integration popular-demokratischer Elemente. Allerdings nimmt Laclau in seinem frühen Populismusbegriff noch die bereits genannte Kategorisierung zwischen einem »Populismus der herrschenden Klassen« und einem »Populismus der beherrschten Klassen« vor (PIM: 151). Worin besteht für ihn der Unterschied zwischen beiden?

Im Zuge eines »Populismus der Herrschenden« greife eine Fraktion der Herrschenden den Antagonismus Volk/Machtblock mit dem Ziel auf, Modifikationen im Machtblock voranzutreiben. Statt allerdings das revolutionäre Potenzial des Antagonismus Volk/Machtblock mittels der Artikulation mit einem Klassendiskurs auszuschöpfen, leite der »Populismus der Herrschenden« dieses Potenzial auf ›Ersatzantagonismen‹, wie etwa rassistische oder antisemitische Spaltungslinien um. Deshalb bewege sich der »Populismus der Herrschenden« immer in einem Spannungsverhältnis, das dazwischen schwankt, den »Antagonismus zu *entwickeln* und ihn trotzdem in gewissen Grenzen zu halten« (PIM: 152, Herv. i. O.).

Demgegenüber versuche ein »Populismus der beherrschten Klassen« eben jenes revolutionäre Potenzial durch die Artikulation der popular-demokratischen Elemente mit einem Klassendiskurs voranzutreiben. Die Gemeinsamkeit zwischen popular-demokratischen Elementen und Klassendiskurs sei, dass sie in ihrer radikalsten Form auf die Abschaffung des Staates abzielten: »*Im Sozialismus fallen daher die höchste Form des ›Populismus‹ und die Lösung des letzten und radikalsten Klassenkonflikts zusammen*.« (PIM: 173, Herv. i. O.)

Das letzte Argument ist aus heutiger Perspektive bemerkenswert, nachdem Laclau sich im Anschluss an PIM daran begibt, die Bedeutung von »Klasse« für ein emanzipatorisches Projekt zu dekonstruieren. Nicht zuletzt deshalb wird PIM zumeist einer ersten Schaffensphase zugerechnet, in welcher Laclau ›noch‹ innerhalb eines materialistischen Theorierahmens operiere (Howarth 2004). Gleichwohl lässt sich diese allgemeine Unterteilung in Schaffensphasen nun im Hinblick auf seine Populismustheorie präzisieren.

Die Zuordnung von PIM in eine marxistische Schaffensphase scheint sich zunächst dahingehend zu bestätigen, dass Laclau zu diesem Zeitpunkt am Primat der Klassenkämpfe festhält. Auch steht im Zentrum seines Erkenntnisinteresses das Verhältnis zwischen Sozialismus und Populismus. In der heutigen Rezeption weitestgehend unbeachtet, war jenes Verhältnis eine zentrale Auseinandersetzung in der lateinamerikanischen Linken in den 1970er Jahren. Nach den Militärputschen in vielen lateinamerikanischen Ländern diskutierten die Intellektuellen im Exil die Fehler der Linken (vgl. Gago 2012; Tula et al. 2009). Wie ich in Kapitel 4 zur Geschichte der argentinischen Mittelklasse genauer nachzeichnen werde, verhandelten diese Diskussionen auch die eigenen Fehleinschätzungen im Hinblick auf den Peronismus. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die Intervention Laclaus lesen. Sie adressiert unter anderem die analytische ›Sprachlosigkeit‹ des Marxis-

mus in Bezug auf die national-popularen Regierungen in Lateinamerika während jener Jahre.

Auch bestätigt sich die Einordnung von PIM in eine frühere Schaffensphase im Hinblick auf die zugrundeliegende Fragestellung. Laclaus Hinwendung zu einer universellen politischen Ontologie des Sozialen hatte sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollzogen. Demzufolge steht der Populismus als gesellschaftliches Phänomen zur Debatte und nicht als spezifische soziale Logik. Vereinfacht gesagt, verfolgt PIM im Gegensatz zu späteren Schriften noch ein gesellschaftsanalytisches und weniger ein gesellschaftstheoretisches Interesse.

Die klare Trennung zwischen PIM und seinen späteren Werken gilt es allerdings dahingehend zu relativieren, dass Laclaus zentraler Einsatzpunkt hier bereits die Kritik an einem Klassenreduktionismus ist, der jegliche Logik sozialer Kämpfe auf jene der Klassenkämpfe reduziert. Auch sind in seiner Analyse bereits all jene Elemente angelegt, die er gemeinsam mit Chantal Mouffe in HSS vollends ausarbeiten wird. Allerdings versucht Laclau in PIM noch das Verhältnis zwischen popular-demokratischen Kämpfen und Klassenkämpfen zu bestimmen. Dieses Verhältnis spielt in HSS keine Rolle mehr. Die Klassenkämpfe sind dort nur noch ein Typus von Kämpfen unter zahlreichen anderen, weil Laclau und Mouffe jegliche Privilegierung aufgeben und stattdessen argumentieren, dass alle Kämpfe der gleichen universellen politischen Logik des Sozialen gehorchen – der Logik der Hegemonie (HSS: 35). Ab diesem Zeitpunkt verdrängt der Unterschied zwischen popularen (Logik der Äquivalenz) und demokratischen Kämpfen (Logik der Differenz) das Verhältnis zwischen Klassenkämpfen und popular-demokratischen Kämpfen aus dem Zentrum des Erkenntnisinteresses. Angelegt ist die Unterscheidung selbst jedoch bereits in PIM. In einem der deutschen Ausgabe hinzugefügten Vortrag von 1979 findet sie sich sogar explizit ausformuliert. In diesem Vortrag unterscheidet Laclau zwischen einer »demokratisch diskursiven Position« und einer »popular diskursiven Position« (PIM: 176-185).

Ein entscheidendes Problem der späteren Populismustheorie in OPR, welches ich am Ende des Kapitels noch einmal im Detail diskutieren werde, deutet sich in PIM ebenfalls bereits an. Der Vergleich dieses frühen Definitionsversuchs mit jenem in OPR legt offen, dass Laclau in seiner späteren Definition eine Art ›ungleiche Entleerung‹ der beiden Pole des Antagonismus vornimmt. Während er in OPR weiterhin auf die Konstruktion eines Volkes beharrt, wird der Pol des Machtblocks zu einem unbestimmten Gegenüber (einer institutionalisierten Ordnung im abstrakten Sinn). Auch wenn diese Frage hier nicht abschließend gelöst werden kann, gibt diese Beobachtung Hinweise darauf, warum Laclaus Populismusdefinition in OPR zu universell ist und deshalb deckungsgleich mit dem Begriff der Hegemonie wird: Begreift man »Hegemonie« als eine politische Logik ab dem Zeitpunkt der Begründung und auf dem Terrain der modernen bürgerlichen Gesellschaft, zeigt sich, dass das ungleiche Auflösen der Pole von Volk/Machtblock diese politi-

sche Konstitutionslogik aus dem Feld des Staates – im Sinne der sich als legitimer Souverän verstehenden Subjekte – zu einem allgemeinen Prinzip des Sozialen ausweitet. Das Volk wird beibehalten, der Pol des Machtblocks aber aufgelöst in ein allgemeineres institutionelles Setting, welches dem Existierenden gleichkommt.

Zusammenfassend lässt sich für den frühen Populismusbegriff Laclaus also feststellen: Ist der Populismus für den Strukturfunktionalismus der Ausdruck einer spezifischen Entwicklungsstufe, für die idealtypischen Ansätze eine (wenn auch sehr unscharfe) Kategorie innerhalb des politischen Spektrums, bezeichnet Populismus für Laclau zu diesem Zeitpunkt eine spezifische Artikulationsform zwischen gesellschaftlichen Akteuren (Klassen) und Ideologie. Im Gegensatz zu den anderen beiden großen Debattenlinien konzipiert er diesen nicht als defizitäre Abweichung. Im Gegenteil: Seine Intervention richtet sich gegen die, aus seiner Sicht, strategischen Defizite einer sozialistischen Strategie, die, so ließe sich sagen, ›zu wenig Populismus wage‹.

2.3.2 Populismus und postfundationalistische Ontologie

In OPR hat sich Laclaus Erkenntnisinteresse bedeutend verschoben. Javier Balsa (2007) vergleicht Laclaus Populismustheorie(n) mit einer Parabel. OPR repräsentiert in dieser Parabel den Endpunkt einer in den 1970ern begonnen Reflexion über den Populismus, die an einer anderen (theoretischen) Stelle und mit einem anderen Erkenntnisinteresse ihren Ausgang nahm, als sie endete. Der laclausche Populismusbegriff am Ende dieser ›Reise‹ erschließt sich nur vor dem allgemeinen Hintergrund der postfundationalistischen politischen Ontologie, die Laclau auf dem Weg dorthin entwickelt. Die zentralen Überlegungen werden im Nachfolgenden erläutert, damit verständlich wird, auf welchen ontologischen Grundannahmen sein Populismusbegriff aufsetzt. Auch lassen sich so häufig zu beobachtende Missverständnisse verhindern, die in der Gegenüberstellung seines Ansatzes mit anderen bereits genannten Populismustheorien zu beobachten sind.

Laclau reiht sich mit seinem postfundationalistischen Unterfangen in eine Generation an TheoretikerInnen ein, deren Überlegungen um einen Zusammenhang kreisen, den Marchart *die politische Differenz* (2008) nennt. Den VertreterInnen ist gemein, dass sie Unterscheidungen wie jene zwischen »dem Politischen« und »der Politik« in ihre politische Theorie einführen (müssen), um ein »ontological weakening« (Marchart 2008: 14) von Konzepten wie Universalität, Gesellschaft, oder eben auch Politik betreiben zu können.

Doch was ist mit »ontologischer Schwächung« gemeint? Die postfundationalistischen Ontologien behaupten die Unmöglichkeit einer endgültigen Fundierung von (gesellschaftlicher) Totalität. Alle Fundierungsversuche sind für sie immer prekär und kontingent, da es keinen letzten ontologischen Grund gibt, auf dem sie errichtet werden könnten. Allerdings behaupten VertreterInnen einer solchen

Perspektive zwar die Unmöglichkeit eines ultimativ letzten Grundes, nicht jedoch die Abwesenheit jedweder Fundierungen (Marchart 2008: 14). Im Gegenteil: Die permanenten, aber immer zum Scheitern verurteilten Versuche der Fundierung sind gleichsam unmöglich wie notwendig. In dem Wechselspiel von Versuch und Scheitern ermöglicht die ihm vorgängige ontologische Unmöglichkeit eines letzten Grundes erst die Pluralität an Fundierungsversuchen (Marchart 2008: 15).

Aus dieser ersten Überlegung entspringen in einem zweiten Schritt die bereits erwähnten Unterscheidungen. Denn nimmt man die Unmöglichkeit eines letztgültigen Grundes zeitgleich mit der Existenz und Pluralität möglicher kontingenter Fundierungen an, müssen die beiden Annahmen einen anderen theoretischen Status haben (nachdem erstere Annahme, der letzteren vorgängig ist, d.h., gewissermaßen deren ›Funktionsweise‹ bestimmt) (Marchart 2008: 17). Deshalb führen die postfundationalistischen Perspektiven jene Differenzierung zwischen »dem Politischen« und »der Politik« in Anlehnung an Heideggers »ontologische Differenz«, d.h. seiner Unterscheidung zwischen »Sein« auf ontologischer Ebene und »Seiendem« auf ontischer Ebene ein.[14] Die Differenzierung zielt dabei ab auf »the difference between (ontic) actuality and its (ontological) possibility, i.e. that surplus of possibility which gets lost the moment possibility actualizes itself.« (Žižek 1994: 74). Die ontologische Möglichkeit ist, den postfundationalistischen Theorien nach, erst die Möglichkeitsbedingung für die ontische ›Erscheinung‹. Gleichzeitig subvertiert sie diese ontische Konkretisierung permanent – und ist in ihr als Mangel präsent, indem sie verunmöglicht, dass sich diese als letztgültig gründet, da sie permanent anzeigt, dass diese nur eine Möglichkeit unter anderen ist (Laclau/Zac 1994: 29f.).[15]

---

14 Diese Unterscheidung hat ihre Wurzeln in Heideggers Chiasmus von Grund und Ab-Grund. Mit ihm beschreibt Heidegger das Verhältnis zwischen Grund und Ab-Grund, von dem er behauptet, dass beide ineinander präsent sind, ohne ident zu sein. In Ersterem ist Letzterer in Form eines permanenten Entziehens des Grundes präsent und somit dessen untrennbarer Bestandteil. (Marchart 2008: 19f.)

15 Wie erwähnt, entlehnt Laclau die Unterscheidung zwischen »ontologisch« und »ontisch« bei Martin Heidegger. Meines Wissens nach taucht sie bei Laclau das erste Mal in einem gemeinsam mit Lilian Zac (1994) veröffentlichten Aufsatz auf und findet in weiterer Folge zunehmend Eingang in seine Theorie. Ihre inhaltliche Bedeutung scheint allerdings deckungsgleich mit jener Unterscheidung zwischen dem »Feld der Diskursivität« und »Diskurs« zu sein, die Laclau und Mouffe bereits in HSS vornehmen. Dort schreiben sie: »Demgemäß ist also weder absolute Fixiertheit noch absolute Nicht-Fixiertheit möglich. Wir wollen nun diese beiden zusammenhängenden Momente betrachten und beginnen mit der Nicht-Fixiertheit. Auf den ›Diskurs‹ haben wir uns als ein System differenzieller Entitäten, also von Momenten, bezogen. Wir haben jedoch gerade gesehen, dass solch ein System nur als partielle Begrenzung eines ›Bedeutungsüberschusses‹ existiert, der es untergräbt. Da dieser ›Überschuss‹ jeder diskursiven Situation inhärent ist, ist er das notwendige Terrain für die Konstitution jeder sozialen Praxis. Wir werden es das Feld der Diskursivität nennen. Dieser Begriff gibt die

Soweit die Zusammenfassung des postfundationalistischen Grundgedankens, allerdings geht Laclaus postfundationalistische politische Ontologie gewissermaßen über die seiner MitstreiterInnen hinaus. Sie ist eine »politische« Ontologie, weil das Soziale die Sedimentierungen des Politischen für Laclau sind – seine Ontologie kehrt das Verhältnis zwischen dem Sozialen und dem Politischen um. Laclaus politische Ontologie behauptet ein Primat des Politischen gegenüber dem Sozialen, d.h., Ersteres wird hier nicht als ein Teilbereich oder Ausdruck von Letzterem verstanden, sondern das Politische instituiert das Soziale überhaupt erst (Marchart 2008: 134f.).[16] An dieser Stelle wird die Tragweite des laclauschen Vorschlags offensichtlich: Für ihn geht jeglicher Form (Sedimentierung) des Sozialen ein politischer Akt voraus (Marchart 2008: 149).

Somit ist die postfundationalistische Unterscheidung zwischen dem Politischen und der Politik bei Laclau in der Unterscheidung zwischen dem Politischen und dem Sozialen aufgehoben (Marchart 2008: 135). Das Soziale sind für ihn die sedimentierten diskursiven Praktiken, d.h., die ontischen Spuren von (vergangenen) Versuchen, eine Totalität zu instituieren, welche jenen Momenten gleichkommen, in dem die ontologische Kategorie des Politischen auf den Plan tritt (Marchart 2008: 138-142). Der Begriff »Gesellschaft« drückt in diesem Setting somit den permanent vollzogenen, aber letztendlich immer zum Scheitern verurteilten Versuch der letztgültigen Instituierung einer Totalität aus. Da aber die Vorstellung einer geschlossenen gesellschaftlichen Totalität für Laclau überkommen ist (weil es niemals einen letzten ontologischen Grund geben kann), deklariert er die »impossibility of society« (Laclau 1990a) und spricht statt von »Gesellschaft« von »dem Sozialen«: »The social only exist as the vain attempt to institute that impossible object: society.« (Laclau 1990a: 92)

»Das Soziale« sind für Laclau also Sedimentierungen des Politischen. Anders als der Begriff zunächst suggerieren mag, wohnt den sozialen Sedimentierungen allerdings stets das Potenzial inne, repolitisiert zu werden – der Moment des Politischen ist nicht nur jener Moment ihrer Instituierung, sondern auch ihrer Re-

---

Form seiner Beziehung zu jedem konkreten Diskurs an: Er bestimmt zugleich den notwendigerweise diskursiven Charakter jedes Objekts und die Unmöglichkeit jedes gegebenen Diskurses, eine endgültige Naht zu bewerkstelligen.« (HSS: 163, Herv. i. O.)

16 Die politischen Konsequenzen dieser Perspektive sind weitreichender, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Iñigo Errejón (2014), glühender Laclauianer und einer der Köpfe hinter der populistischen Strategie von PODEMOS in Spanien, benennt als Ausgangspunkt dieser Strategie einen Tabubruch mit dem (Handlungs-)Paradigma der Linken, das besagt, dass zunächst soziale Kräfte gesammelt werden müssten, um diese Kräfte dann in politische Mehrheiten umsetzen zu können. Die politische ›Wette‹ von PODEMOS sei es hingegen gewesen, die eine politische Konstruktion von oben ermöglicht habe.

aktivierung (Marchart 2008: 142).[17] – oder wie Marchart (2008: 148) anschaulich formuliert: »Das Soziale« ist bei Laclau eine Art »›sleeping mode‹ of the political«.

Wie sich im weiteren Verlauf der Darstellung zeigen wird, sind »Reaktivierung« oder »Repolitisierung« in diesem Zusammenhang gleichbedeutend mit der ›Einführung‹ eines Antagonismus, wobei Letzteres seinerseits nichts anderes heißt, als die latente Dislokation, die einer jeden Konstellation innewohnt, zu thematisieren/repolitisieren (Thematisieren/Repolitisieren lässt sich innerhalb des laclauschen Theorieuniversums wiederum als »Verweis auf Kontingenz« übersetzen).

An diesem Punkt sei bereits eine erste Einordnung der späten Populismustheorie Laclaus vorweggenommen. Im vorangegangenen Unterkapitel habe ich dargelegt, warum viele idealtypische Ansätze den Populismus als Gefahr für die Demokratie sehen. Demgegenüber ist der Populismus für Laclau von seinem Wesen her demokratisierend. Er (re-)politisiert die bestehenden Verhältnisse, exponiert deren Kontingenz und eröffnet dadurch die Möglichkeit für Alternativen. Die beiden kontradiktorischen Einschätzungen sind somit darin begründet, dass sie mit unterschiedlichen Demokratiebegriffen operieren. Während viele idealtypische Ansätze mit einem empirischen Demokratiebegriff arbeiten, d.h., die Verfahren, Aushandlungsprozesse und politischen Institutionen im engen Sinne diskutieren, verortet sich der laclausche Ansatz in einer polittheoretischen Debatte normativer Demokratiebegriffe, d.h. dem Wettstreit unterschiedlicher Ideen, darum, was die ›gute‹ Ordnung ist, die sich eine Gemeinschaft gibt. Viele zu Beginn des Unterkapitels geschilderten Missverständnisse beruhen auf einer Vermengung der beiden Ebenen. Laclau selbst hat aufgrund seines Desinteresses an Institutionen (s. Einwand II und III) wenig zur ersten Debatte beizutragen. Der normative Demokratiebegriff hinter vielen idealtypischen Ansätzen hat wiederum seine Wurzeln in einem liberalen Politikbegriff, was dazu führt, dass die Ansätze den Populismus als antidemokratisch charakterisieren (vgl. etwa Müller 2016; Urbinati 1998; differenzierter Arditi 2005). Wie ich an anderer Stelle gezeigt habe (Boos 2018c; Boos/Opratko 2016), ist eines der Ziele Laclaus in OPR jedoch genau die Kritik an einem liberalen Politikbegriff, der stets annehmen muss, dass »die schon konstituierten Verfahren ausreichende Spielräume für Einspruch und Kritik erlauben« (Möller 2017: 254). Solchen Demokratisierungsvorstellungen stellt Laclau die »negativ-kontestatorische Funktion« (Möller 2017: 247) des Populismus entgegen.

Im Laufe der Diskussion der laclauschen Populismustheorie werden diese abstrakten Einlassungen verständlicher werden. Sie sind insofern wesentlich, als eben jenes Wechselspiel zwischen der Unmöglichkeit einer endgültigen Fundierung und

17 Marchart (2008: 141f.) argumentiert zudem, dass – obwohl von Laclau selbst nicht immer eindeutig differenziert – dieser ebenfalls eine Unterscheidung zwischen dem Politischen und Politik andeutet: »[T]he difference seems to lie between the ontological moment of the political and the latter's ontic enactment (which is termed ›politics‹).«

dem gleichzeitigen und permanenten Versuch, eine solche zu begründen, die unterschiedlichen Elemente der laclauschen Theorien und deren Verhältnis zueinander informiert. Der Grund hierfür verbirgt sich im theoretischen Stellenwert, den Laclau dem Populismus mittlerweile zugesteht und der zu seinem eigentlichen Erkenntnisinteresse geworden ist. Laclaus Erkenntnisinteresse hat sich im Vergleich zu PIM weg von einem gesellschaftsanalytischen hin zu einem gesellschaftstheoretischen Interesse verschoben – die in PIM beginnende Parabel der laclauschen Populismustheorie findet in OPR ihren Abschluss.

2.3.3 Grundbegriffe des laclauschen Theorieuniversums

Gemeinsam mit Chantal Mouffe erarbeitet Laclau viele der Grundbegriffe von OPR bereits in HSS und in jenen Schriften, die man als ›Zwischenwerke‹ bezeichnen kann. In der Phase zwischen HSS und OPR publiziert Laclau zahlreiche Beiträge, in denen er einerseits versucht, das entworfene Theoriegebäude gegen grundlegende Einwände an einer post-marxistischen Perspektive (Geras 1987, 1988; Mouzelis 1988) zu verteidigen. Andererseits füllt er theorieimmanente Leerstellen, indem er seine Begriffe sukzessive weiter ausdefiniert. Die meisten dieser vertiefenden Beiträge sind in *New Reflections on the Revolution of Our Time* (1990) und *Emancipation(s)* (1996) versammelt. In diesen beiden Aufsatzsammlungen spielt der Populismus als expliziter Untersuchungsgegenstand keine Rolle, allerdings wenden sich Laclaus Überlegungen zunehmend der in HSS erstmals angedeuteten Fragestellung nach der Formierung von kollektiven Identitäten zu. Explizit benannt wird diese im 1994 von Laclau herausgegebenen *The Making of Political Identities*. Bis zu seinem Tod 2014 bleibt das Feld der politischen Identitäten Laclaus primäres Untersuchungsobjekt. Im Nachfolgenden werden deshalb die zentralen Theoriebausteine des laclauschen Theorieuniversiums erörtert.

2.3.3.1 Signifikat, Signifikant und Artikulation

Die Logik des Sozialen entnimmt Laclau der Diskurstheorie. Seine postfundationalistische politische Ontologie entwickelt Laclau ausgehend von Begriffen, die er der Linguistik entlehnt. Allerdings umfasst sein Begriff von »Diskurs« nicht nur Sprache im eigentlichen Sinne, sondern er wird auf die sozialen Verhältnisse insgesamt angewandt: »[Discourse] compromises all forms of (relatively) stabilized social actions. […] Hence discourse is another word for a spatially and temporally sedimented horizon of truth. In this sense, it refers to the whole social constitution of a specific society« (Wullweber 2015: 5). Ein solches Verständnis ›ontologisiert‹ den Begriff des Diskurses, d.h., bezogen auf die oben dargelegten postfundationalistischen Grundannahmen, findet eine Übertragung auf das Soziale im Allgemeinen statt: »[T]he nature of ›being‹ changes from the perspective of discourse theory

– the field of objectivity is now understood in terms of the discursive. The theory of ›being‹ turns into a theory of the production of meaning.« (Marchart 2008: 149)

Ausgangspunkt dieser Ontologisierung ist die strukturalistische Sprachtheorie Ferdinand de Saussures, mithilfe derer Laclau und Mouffe das Verhältnis zwischen verschiedenen Elementen als relational begreifen:

> Saussures Analyse betrachtete Sprache als ein System von Differenzen ohne positive Bestimmungen. Der Schlüsselbegriff ist der des Werts, demzufolge die Bedeutung eines Begriffs rein relational ist und nur durch seinen Gegensatz zu allen anderen bestimmt wird. (HSS: 164).

Der Begriff des Wertes ist zentral, weil er – wie sich im weiteren Verlauf des Kapitels zeigen wird – auf Ebene der Zeichen jenen Erkenntnisgegenstand benennt, um den die laclauschen Überlegungen kreisen: die politischen Identitäten.

Ausgehend von diesem Grundgedanken der Relationalität greifen Laclau und Mouffe drei Argumente von Saussures Theorie auf. Erstens die Unterscheidung zwischen Signifikat und Signifikant für die zwei Bestandteile eines jeden Zeichens. Mit Ersterem ist das Bezeichnete selbst gemeint, mit Letzterem das Bezeichnende, d.h. jener Begriff, der das Bezeichnete beschreibt. Zweitens ist für Saussure der Inhalt eines Begriffs immer nur durch das Verhältnis zu anderen bestimmt, d.h., der Begriff selbst hat keine Essenz, sondern ist rein negativ und relational bestimmt – Sprache wird zu einem System aus Differenzen. Und drittens ist die Zuordnung eines Signifikanten zu einem Signifikat insofern ›zufällig‹, als es keinen logischen Grund für sie gibt. (Wullweber 2010: 58-61)

In der poststrukturalistischen Lesart Saussures wird allerdings eine Inkohärenz innerhalb der strukturalistischen Theorie sichtbar. Die Annahme, dass innerhalb eines geschlossenen Differenzsystems einem Signifikat immer genau ein Signifikant zugeordnet ist, sei, so die Kritik, inkompatibel mit der Theorie selbst: Beide – Bezeichnetes und Bezeichnendes – würden deckungsgleich (Laclau 2007a: 542). Unterschiedliche poststrukturalistische Strömungen haben entgegen dieser Annahme die Vieldeutigkeit und Dynamik eines Textes (Barthes), das ›Gleiten‹ von Bezeichneten und Bezeichnenden (Lacan) oder die Unentscheidbarkeit jeder Struktur (Derrida) versucht zu zeigen (Laclau 2007a: 544). Entscheidend für das Verständnis der postfundationalistischen Theorie Laclaus ist allerdings der gemeinsame Einsatz der unterschiedlichen Strömungen: die Unmöglichkeit der Schließung und endgültigen Fixierung einer Struktur.

Im Falle Laclaus ist diese Struktur der Diskurs, der, gleich der Sprache, für ihn nichts anderes als ein Feld aus Differenzen ist. Doch, bevor ich auf den Begriff des Diskurses zurückkomme, sollen die Begriffe des Antagonismus und der Kontingenz geklärt werden, die das Verhältnis unterschiedlicher Elemente zueinander bestimmen.

2.3.3.2 Antagonismus und Kontingenz

Den Begriff des Antagonismus arbeitet Laclau speziell in *New Reflections on the Revolution of our Time* aus. In ihm sind wie in keinem anderen seiner Begriffe die postfundationalistischen Grundannahmen aufgehoben. Laclau entwickelt diesen basierend auf der Unterscheidung zwischen »Widerspruch« und »Antagonismus«. Ausgehend von Marx' *Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie* argumentiert er, dass dort das Verhältnis zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen als widersprüchlich konzipiert worden sei, wohingegen das Verhältnis zwischen ArbeiterInnenklassen und KapitalistInnen im *Manifest der Kommunistischen Partei* ein antagonistisches sei. Während Ersteres ein logischer Widerspruch sei, d.h., zwei miteinander unvereinbare und sich ausschließende Optionen darstelle – der Fortbestand der existierenden Produktionsverhältnisse und die voranschreitende Entwicklung der Produktivkräfte –, sei der Konflikt zwischen ArbeiterInnenklasse und KapitalistInnen nicht in ihrem Verhältnis zueinander inhärent angelegt, sondern es brauche etwas, das außerhalb dieses Verhältnisses stehe und das dieses als konfliktives Verhältnis politisiere. Es handele sich um kein widersprüchliches, sondern (lediglich) um ein antagonistisches Verhältnis. (Laclau 1990b: 9)

Dieses Argument überführt Laclau im Zusammenhang mit den oben beschriebenen zeichentheoretischen Überlegungen in eine abstrakte Logik. Das Verhältnis zwischen zwei Elementen ist demzufolge immer ein relationales Verhältnis. A wird erst bestimmt durch das Verhältnis zu B. Dabei ist das Verhältnis zwischen den beiden Elementen ein zweifaches: Einerseits bestimmt B A, gleichzeitig aber blockiert es A, indem es verhindert, dass A sich als letztgültige Objektivität konstituiert, d.h., sich absolut setzt. Dies ist nicht möglich, weil B permanent präsent hält, dass es immer noch etwas anderes als A gibt: »[A]ntogonism is the limit of all objectivity« (Laclau 1990b: 17).

Diese Form der Negierung ist also eine konstitutive Negation. B negiert A und konstituiert es damit zeitgleich – es ist sein »konstitutives Außen« (HSS: 18). Negativität kann für Laclau aber nicht im Sinne einer hegelschen Dialektik verstanden werden, in der A und B im Sinne von These und Antithese einander in eine höhere Ordnung (Synthese) aufheben und somit eine andere Objektivität ergeben würden. Da eine solche Operation aus Laclaus (1990: 16) Perspektive keine gültige ist, muss die Nicht-Reduzierbarkeit von B und somit dessen konstitutiver Charakter für die gegenüberstehende Objektivität (A) eingeräumt werden: »[T]his *constitutive outside* is inherent to *any* antagonistic relationship.« (Laclau 1990b: 9, Herv. i. O.) Die zentrale Bedeutung des Begriffs des Antagonismus bei Laclau wird an dieser Stelle deutlich: Er beschreibt das negativ-konstitutive Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Elementen.

Bereits in HSS hatten Laclau und Mouffe den Begriff des Antagonismus eingeführt (HSS: 176-183). Allerdings ist Laclau gezwungen, das Konzept des Antagonismus nach der Veröffentlichung von HSS zu modifizieren beziehungsweise zu spezifizieren. Das in HSS vorgestellte Konzept widerspricht der gerade skizzierten Unterscheidung Laclaus zwischen »Widerspruch« und »Antagonismus«. Diese Unterscheidung trifft Laclau, um zu argumentieren, dass es etwas Zusätzliches brauche, welches ein Verhältnis politisiert, d.h., wir begegnen dort der Idee einer (noch nicht aktivierten) Latenz. Anfänglich fasst Laclau mit »Antagonismus« jedoch sowohl diese Latenz als auch deren ›Aktivierung‹. D.h., einerseits wird »Antagonismus« explizit für das politische Identitäten konstituierende Verhältnis verwendet, indem »[d]ie Präsenz des ›Anderen‹ mich daran [hindert] gänzlich Ich selbst zu sein« (HSS: 180). Andererseits ist der Antagonismus ganz allgemein »als Zeuge der Unmöglichkeit einer endgültigen Naht die ›Erfahrung‹ der Grenzen des Sozialen.« Antagonismen konstituieren die Grenzen der Gesellschaft und deren Unmöglichkeit, sich vollständig zu konstituieren« (HSS: 181).

Der Grund für diese Ungenauigkeit liegt im, zu Beginn des Kapitels erwähnten, Springen Laclaus zwischen unterschiedlichen Ebenen, welches auch im Falle des Antagonismus zu Unklarheiten führt. Der Antagonismus fungiert als Begriff sowohl auf ontologischer Ebene, wo er die Unmöglichkeit der letztgültigen Schließung und Fundierung einer Totalität darstellt, als auch auf Ebene der politischen Identitäten, wo er einerseits das Verhältnis zu einem anderen konstituierenden Außen beschreibt, und andererseits die Erfahrung, dass die letztgültige Fundierung nicht möglich ist (Camargo 2013: 174f.).

Retamozo/Stoessel (2014) argumentieren, dass der Begriff auf den drei Ebenen von (1) sozialer Ordnung, (2) politischem Konflikt und (3) Konstitution von Identitäten operiere. Diese würden aber nicht sauber getrennt und führten schlussendlich zu einer »›ontologischen These‹ des Antagonismus« (Retamozo/Stoessel 2014: 17, Übers. T. B.). Diese These steht im Einklang mit seinen postfundationalistischen Grundannahmen im Sinne einer unmöglichen letztgründlichen Fundierung, widerspricht aber seinen Überlegungen hinsichtlich des Unterschieds zwischen Widerspruch und Antagonismus.

Diese Ungenauigkeit versucht Laclau (1990b: 39-41) in *New Reflections* auszuräumen und den letzten »dialektischen Nachgeschmack« (Laclau 1997: 125, Übers. T. B.) im Konzept des Antagonismus zu beseitigen. Dieser bestehe darin, dass in HSS noch eine unmittelbare Übersetzung der Erfahrung der Unmöglichkeit einer letztgültigen Fundierung angenommen werde: Die immer dislozierte gesellschaftliche Ordnung übersetze sich auf Ebene der politischen Auseinandersetzung und der Identität automatisch in einen Antagonismus. Auf die Kritik von Žižek (1990) hin folgt Laclau der Unterteilung in einen »radical/pure antagonism« und einen »antagonistic fight« und verwahrt den Begriff des Antagonismus von diesem Zeitpunkt an für die diskursive Konstruktion der Erfahrung des Mangels der Subjekte,

d.h. für die Ebenen der politischen Identitäten (3) und des politischen Kampfes (2), während er den Begriff der Dislokation für die Ebene der sozialen Ordnung (1) verwendet (Laclau 1997: 125-132).

Unter Maßgabe der genannten Präzisierungen ist demnach jede soziale Ordnung immer dislozierd, ein Umstand[18], der aber nicht zwingendermaßen zu einem Antagonismus führen muss. Die ontologische Dislokation ist die notwendige (und latent stets vorhandene), aber nicht hinreichende Bedingung für einen Antagonismus auf den anderen Ebenen. Dort muss der Antagonismus politisch erst konstruiert werden. Wie weiter unten klar werden wird, geschieht dies in Laclaus Vorstellung durch die Thematisierung/Politisierung der latenten Dislokation, die auf die Kontingenz eines jeden Elements verweist.

Mit »Kontingenz« ist damit bereits ein weiterer Grundbegriff des laclauschen Theoriekonstrukts eingeführt. Dieser beschreibt letztlich nichts anders als die »radical undecidability« (Laclau 1990b: 21) einer jeden Objektivität, ein Umstand, der sich aus den oben stehenden Überlegungen ergibt. Das radikale Außen blockiert einerseits das ›Ganzwerden‹/'Absolutsetzen‹ und die endgültige Konstituierung der Objektivität, andererseits affirmiert es die Objektivität, da diese nur relational, d.h. über eben jenes Verhältnis zum antagonistischen Gegenüber, bestimmt ist. Der Antagonismus zeigt damit die Kontingenz einer jeden Objektivität an, weil er offenlegt, dass ihre Existenz und Gründungsbedingungen nicht in ihr selbst (im Eigenen), sondern außerhalb von ihr selbst liegen. Somit ist jede Objektivität einem permanenten Wechselspiel zwischen Notwendigkeit und Kontingenz ausgesetzt.

2.3.3.3 Artikulation, Diskurs und Hegemonie

Die bis hierhin skizzierten Begriffe verweisen auf die tendenzielle Brüchigkeit, Subversion oder Negativität von Entitäten. »Tendenziell«, da, wie bereits deutlich geworden sein sollte, diese Charakteristika in der laclauschen Theorie immer als Wechselspiel konzipiert sind und gleichzeitig auch eine konstituierende Wirkung haben. Antworten darauf, wie trotzdem temporär und partiell Kohäsion konstruiert werden kann, geben die Begriffe der Artikulation und Hegemonie.

»Artikulation« ist in diesem Zusammenhang nicht im Sinne von »artikulieren« als sprachliche Äußerung zu verstehen. Stattdessen entwickeln und radikalisieren Laclau und Mouffe den Begriff ausgehend von den Überlegungen Antonio Gramscis und Louis Althussers. »Artikulation« ist nach diesem Verständnis ein Verhält-

18 Auch wenn der Frage an dieser Stelle nicht weiter nachgegangen werden kann, so drängt sich doch die Vermutung auf, dass sich hinter den Begriffen »Dislokation« und »Kontingenz« ein eigener Fundationalismus der postfundationalistischen Theorien verbirgt. Sie müssten erklären, was die als »quasi-transcendental« (Marchart 2008: 17) deklarierte Annahme der immerwährenden Unmöglichkeit eines letzten Grundes von anderen transzendentalen Annahmen unterscheidet, gegen die sie sich wenden.

nis zwischen Elementen, welches über ein Nebeneinanderstellen, Summieren oder Kombinieren hinausgeht. Vielmehr wirkt das Verhältnis auf die einzelnen Elemente zurück, die Teil von ihm sind, d.h., »Artikulation« ist ein Verhältnis, das die ›teilnehmenden‹ Elemente transformiert (HSS: 155). Es handelt sich um eine »transformative combination of two or more discursive elements.« (Smith 1998: 87)

Wie schon die vorangegangenen Begriffe überführen Laclau und Mouffe das Konzept der Artikulation zu einer abstrakten Logik, indem sie ein ontologisches Prinzip aus ihm ableiten. Denkt Gramsci die Frage von Hegemonie und die Artikulation von unterschiedlichen Klasseninteressen unter der Führung einer hegemonialen Klasse ›noch‹ im Hinblick auf Klassenallianzen, hebt Althusser das Prinzip der Artikulation bereits auf eine abstraktere Ebene, nämlich auf jene der Gesellschaftsformation (Slack 1996: 117f.). Laclau und Mouffe gehen nun noch einen Schritt weiter, indem sie das Prinzip der Artikulation zu einer ontologischen Kategorie erheben. Ausgedrückt in jener heideggerschen Unterscheidung zwischen »Ontologie« und »Ontik«, die Laclau ab Mitte der 1990er Jahre zu verwenden beginnt, lässt sich feststellen: Bei Althusser stellt Artikulation vorwiegend einen Begriff auf ontischer Ebene dar, bei Laclau (und Mouffe) fungiert er hingegen auf ontologischer Ebene (Laclau 2005: 33f.). Ausgehend von dieser Verschiebung kommen Laclau und Mouffe in ihrer vielzitierten Definition zu folgender Begriffsanordnung:

> Im Kontext dieser Diskussion bezeichnen wir als *Artikulation* jede Praxis, die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, dass ihre Identität als Resultat einer artikulatorischen Praxis modifiziert wird. Die aus der artikulatorischen Praxis hervorgehende strukturierte Totalität nennen wir *Diskurs*. Die differentiellen Positionen, insofern sie innerhalb eines Diskurses artikuliert erscheinen, nennen wir *Momente*. Demgegenüber bezeichnen wir jede Differenz, die nicht diskursiv artikuliert ist, als *Element*. (HSS: 155, Herv. i. O.)

Wie Laclau und Mouffe an derer Stelle schreiben, ist in dieser Begriffsanordnung der Begriff der Artikulation jenem der Hegemonie vorgängig, insofern als »der Begriff der Hegemonie ein theoretisches Feld voraussetzt, das durch die Kategorie der Artikulation bestimmt wird« (HSS: 139). Die Logik der Artikulation beschreibt das konstituierende Prinzip der politischen Praxis. Hegemonie wiederum bezeichnet die erfolgreiche Etablierung eines Diskurses, d.h. eine erfolgreiche artikulatorische Praxis. Letzteres ist seinerseits nichts anders als die zeitweise/partielle Institutionierung einer gesellschaftlichen Formation oder, abhängig von der Fragestellung Laclaus, einer politischen Identität. (Zurücküberführt auf den zeichentheoretischen Ausgangspunkt Laclaus handelt es sich um die temporäre Verknüpfung eines Bezeichnenden mit einem Bezeichneten).

Das letzte Argument sei hier noch einmal im Detail ausgeführt: Wenn die Hegemonie unter der Maßgabe der oben stehenden Definition eine erfolgreiche artiku-

latorische Praxis beschreibt, so stellt sich die Frage, worüber dieser Erfolg definiert ist? Die Antwort von Laclau und Mouffe fällt hier eindeutig aus: Eine erfolgreiche artikulatorische Praxis bestehe in der partiellen Beherrschung des Feldes der Diskursivität, dem Vermögen, »das Fließen der Differenzen aufzuhalten, ein Zentrum zu konstruieren«, d.h., Bedeutungen partiell zu fixieren (HSS: 164). Für diese partielle Fixierung wählen Laclau und Mouffe den Begriff der »Knotenpunkte« (HSS: 164). Dass diese Fixierung indes immer nur partiell möglich ist, »*geht aus der Offenheit des Sozialen hervor, die ihrerseits wieder ein Resultat der beständigen Überflutung eines jeden Diskurses durch die Unendlichkeit des Feldes der Diskursivität ist*« (HSS: 165, Herv. i. O.). Hegemonie besteht also in der Praxis des Etablierens von Knotenpunkten, die das Fließen von Bedeutungen zeitweise beschränkt.

Vor diesem Hintergrund sollte deutlich werden, dass das hier beschriebene Verhältnis zwischen Diskurs und Feld der Diskursivität schlussendlich nichts anderes ist als die Beschreibung dessen, was Marchart (2008) »die Politische Differenz« nennt. Hegemonie wird in diesem Zusammenhang zu einer Operation, die im Stande ist, den Folgen dieser Differenz zeitweise Herr zu werden, indem ein Element totalisiert wird und somit den immer präsenten Mangel füllt. Unklarheit entsteht hingegen erneut dadurch, dass dem Begriff der Hegemonie mehrere Funktionen im laclauschen Theoriegebäude zukommen. Der Begriff der Hegemonie fungiert erstens im Sinne der gerade beschriebenen artikulatorischen Praxis; zweitens beschreibt er deren Effekt, d.h. die erfolgreiche Instituierung einer Formation; darüber hinaus fasst er drittens auch die Logik des Sozialen als solche (Opratko 2012b: 139f.).

An dieser Stelle schließt sich der Kreis zu den anfänglichen Ausführungen hinsichtlich der postfundationalistischen Grundgedanken. Schon in HSS, wenn auch noch in anderen Begrifflichkeiten, argumentieren Laclaus und Mouffe:

> Wir müssen folglich die Offenheit des Sozialen als konstitutiven Grund beziehungsweise als ›negative Essenz‹ des Existierenden ansehen sowie die verschiedenen ›sozialen Ordnungen‹ als prekäre und letztlich verfehlte Versuche, das Feld der Differenzen zu zähmen. (HSS: 142)

Diese »Offenheit des Sozialen« ist also Ausdruck der ontologischen Unmöglichkeit eines letzten Grundes. Diese Unmöglichkeit hat wiederum ein permanentes Wechselspiel zwischen dem Versuch der Fundierung und deren Unmöglichkeit zur Folge. Andersherum formuliert: Das Wechselspiel auf ontischer Ebene macht die ontologische Unmöglichkeit sichtbar. Für den konkreten Fall des Populismus, um den es im Folgenden gehen soll, kann Laclau somit konstatieren: »[P]opulism is the royal road to understanding something about the ontological constitution of the political as such.« (OPR: 67)

2.3.4 On Populist Reason: Populismus als Konstruktionslogik politischer Identitäten

Im eingangs aufgerufenen Bild der Parabel, mit dem sich die theoretische Entwicklung Laclaus beschreiben lässt, findet sein Werk in OPR den Abschluss. Start- und Endpunkt sind der Populismus, allerdings hat sich das zugrundeliegende Erkenntnissinteresse entscheidend verschoben. Laclaus Untersuchungsgegenstand in OPR ist nun, wie er im ersten Satz seiner Monografie offenlegt, »the nature and logics of the formation of collective identities« (OPR: ix). Sein dahinterliegendes Erkenntnisinteresse und die Fragen, die er an sein Erkenntnisobjekt den Populismus richtet, gehen aber weit darüber hinaus. Der Grund hierfür ist der theoretische Stellenwert, den Laclau dem Populismus mittlerweile einräumt: Der Populismus gilt ihm als privilegierter Einstiegspunkt, um die ontologische Konstitution des Politischen zu ergründen (OPR: 67).[19] Ermöglicht wird dies dadurch, dass er den Populismus nicht (mehr) auf ontischer, sondern auf ontologischer Ebene ansiedelt, weil er in ihm eine spezifische Artikulationsweise des Politischen sieht, deren soziale, politische oder ideologische Inhalte nicht festgelegt sind (Laclau 2005: 34). Ausgedrückt in den zuvor eingeführten Begriffen: Sein Erkenntnisinteresse dreht sich nicht mehr darum, eine politische Bewegung oder einen Akteur, d.h. einen spezifischen (ontischen) Inhalt – in diskurstheoretischen Begriffen: einen Diskurs – zu analysieren, sondern das (ontologische) Terrain – in diskurstheoretischen Begriffen: das Feld der Diskursivität – zu ergründen, auf dem die Akteure operieren. Folglich präzisiert Laclau sein Vorhaben für OPR, wie folgt:

> My attempt has not been to find the true referent of populism, but to do the opposite: to show that populism has no referential unity because it is ascribed not to a delimitable phenomenon but to a social logic whose effects cut across many phenomena. Populism is, quite simply, a way of constructing the political. (OPR: ix)

19 Interessanterweise nimmt Laclau sein Argument, welches fast dreißig Jahre später zu heftigen Diskussion führen wird (der Populismus sei der Königsweg zum Verständnis des Politischen als solches), im letzten Satz von PIM bereits vorweg. Er schreibt: »Der einzige sichere Ausgangspunkt zum wissenschaftlichen Studium politischer Ideologien liegt im Gegenteil darin, die relative Kontinuität der popularen Anrufung im Gegensatz zu den diskontinuierlichen Artikulationen der Klassendiskurse zu betonen.« (PIM: 175) Einher mit dieser Suche nach dem ›Politischen als Solches‹ geht dabei auch eine explizite Geringschätzung dessen, was bereits in HSS despektierlich als »naive[r] Positivismus des ›wissenschaftlichen‹ Sozialismus« (HSS: 154) betitelt wird. Die Probleme, die sich aus dieser Geringschätzung ergeben, sowie den resultierenden Politizismus, werde ich weiter unten diskutieren. Den Hinweis auf das Zitat in HSS verdanke ich Marc Saint Upéry.

Laclau geht es in OPR also im Vergleich zu PIM primär um eine gesellschaftstheoretische Fragestellung. Diese Verschiebung offenbart sich bereits unmittelbar zu Beginn des Werkes in dessen Bezugspunkten, denn – bedingt durch eine »basic dissatisfaction with sociological perspectives« (OPR: ix) – spielen die für PIM zentralen Abarbeitungsfolien und Referenzen keinerlei Rolle mehr. Gino Germanis Ansatz etwa, dem sich Laclau immerhin zehn Seiten lang in PIM (127-137) widmet, findet zu Beginn des Buches noch exakt einmal Erwähnung. Und selbst dies geschieht nicht im Zuge einer inhaltlichen Auseinandersetzung, sondern lediglich, um Germani exemplarisch für die zum Scheitern verurteilten soziologischen Annäherungsversuche anzuführen (OPR: 4). Diese Verschiebung ist die abschließende Konsequenz des veränderten Erkenntnisinteresses Laclaus. Die soziologischen Theorien des Populismus sind aufgrund des dem Populismus eingeräumten Status für das Unterfangen Laclaus bedeutungslos geworden.

In Konsequenz dieser Umorientierung verlagert Laclau auch den Ausgangspunkt seiner Analyse. Das Individuum als Ausgangspunkt zu wählen und somit in einen methodologischen Individualismus zu verfallen, lehnt Laclau (OPR: ix) weiterhin ab, nachdem es im Widerspruch zum postpositivistischen Wissenschaftsverständnis (vgl. Wullweber 2015) seiner Perspektive stehe. Nach dem Loslösen spezifischer ideologischer Inhalte von einer Klasse beziehungsweise einer gesellschaftlichen Gruppe in PIM und der in HSS vollzogenen Dekonstruktion dieser Gruppen beziehungsweise deren politischen Identitäten, drängt sich die Frage auf, welcher Ausgangspunkt noch legitim innerhalb des laclauschen Theorieuniversums wäre? Aufschluss darüber geben die bereits angestellten Überlegungen.

Sind gesellschaftliche Gruppen nicht präkonstituiert, müssen sie politisch konstruiert werden. Wie oben dargelegt, geht dieser Konstruktion jene Praxis der Artikulation voraus, die bei Laclau letztendlich nichts anderes als die politische Praxis selbst ist. Somit ist der Ausweg, den Laclau auf die Frage nach einem möglichen Ausgangspunkt präsentiert, nur konsequent. Als Ausgangspunkt seiner Analyse wählt er das ›Rohmaterial‹ dieser Artikulation, über die sich Gruppen konstituieren: die »social demand« (OPR: 73).[20]

Die Ambivalenz des englischen Begriffs der *demand* ist dabei ein erstes wichtiges Argument, das Laclau einführt. Seine Bedeutung oszilliert zwischen *request*, was sich mit »Bitte« oder »Ansuchen« übersetzen ließe, und *claim*, was dem deutschen Begriff »Forderung« nahekommt (Laclau 2005: 35-37). Diese Differenz ist

20 Bereits hier wird eine Leerstelle in Laclaus Ansatz deutlich, den ich unter 2.3.5.4 genauer diskutieren werde. Unmittelbar drängt sich die Frage auf, woraus sich diese *demands* speisen? Alleine die Negativität kann die *demands* nicht erklären, denn wenn, wie Laclau argumentiert, *demands* entstehen, weil gesellschaftliche Forderungen unerfüllt bleiben, so bleibt trotzdem die Frage bestehen, was diese Negativität informiert. Hierzu braucht es einen positiven Bezugspunkt, durch den in weiterer Folge eben jene Negativität erfahren werden kann.

bedeutend, weil sie den Übergang von einem Ansuchen an die bestehende institutionelle Ordnung hin zu einer Forderung markiert, die diese Ordnung als Ganze infrage stellt – ein Übergang, der für Laclau den Moment des Populismus repräsentiert. Während Erstere isoliert bleibt (als unerfülltes Ansuchen oder differenziell integriert in die institutionelle Ordnung), besteht für Letztere die Möglichkeit einer äquivalenten Artikulation mit anderen Forderungen. Ersteres bezeichnet Laclau als *democratic demand*, Letzteres als *popular demand* (OPR: 72-74).

Für Laclau stellt jede *demand* in Teilen die existierende institutionelle Ordnung in einem ersten Schritt infrage. »Institutionelle Ordnung« ist an dieser Stelle im abstraktest möglichen Sinn zu verstehen, d.h. als gesellschaftliches Arrangement (respektive Diskursformation). Es gibt zwei Möglichkeiten, wie mit einer *demand* verfahren werden kann. Entweder wird sie von der bestehenden institutionellen Ordnung aufgenommen (sie wird zu einer weiteren differenziellen Position innerhalb des Diskurses, respektive zu einem Moment) (OPR: 73). Hierbei handelt es sich um die Logik der Differenz. Die *demand* wird in ihrer Partikularität (d.h. in ihrer Differenz zu anderen *demands*) anerkannt und erfüllt, wodurch sie Teil des bestehenden Differenzsystems wird (OPR: 77f.). Oder, so die zweite Möglichkeit, sie bleibt unerfüllt und die *demand* wandelt sich von einem Ansuchen (*request*) zu einer Forderung (*claim*), weil ein Äußeres (die bestehende Ordnung) ihre Erfüllung verhindert (OPR: 74).

Soweit Laclaus Überlegungen hinsichtlich seiner kleinsten Analyseeinheit der *demand*. Bis zu diesem Punkt sind sie beinahe deckungsgleich mit Laclaus Argument im Hinblick auf den ideologischen Kampf zwischen unterschiedlichen Klassen in PIM (s. Teil 0). Zwei wichtige Nuancen gilt es jedoch hervorzuheben. Erstens ist die differenzielle Integration von *demands* (in PIM: popular-demokratische Elemente) in die bestehende Ordnung in PIM der Ideologie der herrschenden Klasse vorbehalten. Eben jene ›Umwandlung‹ einer *demand* in ein Ansuchen macht dort per Definition das Wesen der Ideologie der herrschenden Klassen aus. Anders formuliert: Die Logik der Differenz ist ein Definitionskriterium für den Klassencharakter von Ideologien – wohlgemerkt, nicht das einzige: Ebenfalls ist ein *Populismus der Herrschenden* basierend auf ›Ersatzantagonismen‹ möglich). Zweitens geht es Laclau in PIM darum, die Artikulation zwischen popular-demokratischen Elementen und Klassendiskursen zu untersuchen. Letztere hat Laclau auf dem Weg hin zu OPR aber aufgegeben, so dass bereits konstituierte Akteure für ihn keine gültige Kategorie mehr darstellen. Stattdessen interessiert er sich für die Logik des Konstitutionsprozesses dieser Akteure, die für ihn schlussendlich nichts anders sind als politische Identitäten.

Wie kommt Laclau nun zur Frage der kollektiven politischen Identitäten? Da es sich um kollektive Identitäten handelt, ist mehr als eine *demand* von Nöten.[21] Damit eine populare Identität entstehen kann, bedarf es für Laclau dreierlei Dinge. Erstens die Vereinigung mehrerer Forderungen in einer Äquivalenzkette. Zweitens das Entstehen einer »internal antagonistic frontier« (OPR: 74), die den sozialen Raum zweiteilt. Und drittens die Konsolidierung der Äquivalenzkette in einer positiven Identität, wozu ein leerer Signifikant notwendig ist. Diese drei Schritte sollen im Folgenden genauer erläutert werden.

Gesellschaftlich existiert eine Vielzahl von *demands*, für die die beiden Möglichkeiten von Erfüllung (in Form einer differenziellen Integration) oder Nicht-Erfüllung (Letzteres, so wird sich gleich zeigen, ermöglicht demgegenüber eine äquivalente Artikulation) bestehen. Bleibt nun eine Vielzahl an *demands* unerfüllt und stellen sie daher das Gegenüber, welches der Erfüllung im Wege steht, sprich die bestehende Ordnung, infrage, vollzieht sich an diesem Punkt die zweite der laclauschen Voraussetzungen: Es entsteht eine »internal antagonistic frontier« (OPR: 74), d.h. eine unvereinbare, antagonistische Frontstellung zwischen eben jenen *demands*, die unerfüllt bleiben und der bestehenden institutionellen Ordnung, die ihrer Erfüllung im Wege steht. Als Konsequenz dieser Frontstellung wird der soziale Raum entlang dieser Grenze dichotomisiert.

Die Dichotomisierung schafft wiederum eine weitere Voraussetzung, die Laclau für die Entstehung populärer Identitäten benennt. Die unerfüllten *demands*, respektive Forderungen, können in einer Äquivalenzkette miteinander artikuliert werden. Das Verbindende zwischen ihnen kann dabei allerdings nicht ihr (positiver) partikularer Inhalt sein. Dieser wäre in Laclaus Definitionsversuch einer formalen Konstruktionslogik eine unzulässige Bestimmung. Bar jeglicher inhaltlichen Bestimmung bleibt als vereinendes Element zwischen den *demands* nur die Nicht-Erfüllung und jene Frontstellung zum bestehenden institutionellen System: »[I]n an equivalential relation, demands share nothing positive, just the fact that they all remain unfulfilled. So there is a specific negativity which is inherent to the equivalential link« (OPR: 96).

An dieser Stelle ›blitzen‹ deutlich die Logiken des konstituierenden Außens und des Antagonismus' als inhärenter Bestandteil einer jeden Entität auf. Das antagonistische Gegenüber (die bestehende institutionelle Ordnung) ist zeitgleich Blockade (Nicht-Erfüllung der *demands*) und konstitutives Außen (äquivalente Negativität) der Äquivalenzkette.

Die Forderungen können also äquivalent miteinander artikuliert werden. So entsteht eine Äquivalenzkette, in der die Artikulation vollkommen heterogener For-

21 Die nachfolgende Argumentation funktioniert jedoch auch analog für den Prozess der Subjektivierung. Die Erfahrung der nicht gänzlich realisierbaren Fülle durch ein Außen ist für Laclau der Moment des Subjekts.

derungen miteinander möglich ist. Allerdings basiert diese Verbindung bisher lediglich auf der geteilten Negativität, aus der sich die gemeinsame Frontstellung zum konstitutiven Gegenüber speist. Die Äquivalenzkette, das Eigene, ist folglich überaus instabil, weil sie ausschließlich negativ bestimmt ist. »Negativ« ist in diesem Zusammenhang kein normativer Begriff, sondern zeigt an, dass das Eigene alleine dadurch definiert ist, was es nicht ist. D.h. im Umkehrschluss, dass es, um Stabilität zu erzeugen, es einer »positiv symbolic expression« (OPR: 82) des Eigenen bedarf, die eine symbolische Einheit, eine positive Identität, herstellt.

Für eine solche Positivität ist ein gemeinsamer ›Benenner‹[22] notwendig, der die Gesamtheit der Äquivalenzkette repräsentiert. Diese fällt in Laclaus Theorie einem »empty signifier« (OPR: 95) zu. Dieser leere Signifikant ist selbst ein Glied der Äquivalenzkette, als solches ist er aber innerlich gespalten, weil er einerseits die Partikularität der eigenen Forderung enthält, andererseits aber die Gesamtheit der Kette repräsentiert und dadurch zur Inskriptionsfläche der anderen Forderungen wird. Infolgedessen wird er zunehmend der eigenen Partikularität entleert (OPR: 95). Allerdings ist der leere Signifikant keine passive Inskriptionsfläche der anderen Forderungen. Im Gegenteil, so Laclau, kommt ihm eine konstitutive Rolle für das Gemeinsame zu. Das Gemeinsame, abseits der Negativität, zwischen den einzelnen Kettengliedern ist nicht von vorneherein vorhanden, sondern werde erst durch die positive Benennung konstituiert: »[T]he name becomes the ground of the thing« (OPR: 100).

Dieses Argument Laclaus bedarf einer genaueren Erklärung. Bis zu diesem Zeitpunkt argumentiert Laclau mit sozialen *demands*. An dieser Stelle führt er in seine Argumentation ein, was er »signifying operations« (OPR: 101) nennt. Der Akt der Bezeichnung wird von dem Bezeichneten abgelöst und ins Zentrum seines Arguments gestellt: »[T]he identity and unity of the object result from the very operation of naming. This, however, is possible only if naming is not subordinated either to description or to a preceding designation.« (OPR: 104)

22 Dieser etwas merkwürdig anmutende Neologismus unterstreicht noch einmal, dass es sich, erstens, nicht um einen gemeinsamen Nenner, der in der Äquivalenzkette artikulierten *demands* handelt, d.h., nicht im Sinne einer gemeinsamen inhaltlichen Schnittmenge zu verstehen ist. Laclau insistiert darauf, dass »Leere« nicht mit »Abstraktion« verwechselt werden darf. Der leere Signifikant ist gerade kein »ultimate positive feature shared by all the links in the chain« (OPR: 69), sondern zu verstehen als ein Prozess der Überdeterminierung, indem sich vollkommen heterogene Elemente kondensieren. Die psychoanalytischen Wurzeln der Konzepte Laclaus deuten sich an dieser Stelle an. Zweitens verweist der Begriff auf die aktive Rolle des ›Benenners‹. Wie Barros (2006) argumentiert, wirkt dieser einerseits unmittelbar auf die einzelnen Glieder selbst zurück und bringt andererseits neue *demands* hervor beziehungsweise lässt diese erst als artikulationswürdig erscheinen. Dieses Argument wird in meiner Analyse der PräsidentInnenreden (Kapitel 9) noch von Bedeutung werden.

In dieser Pointe liegt die größte Neuerung von OPR im Vergleich zu HSS und Laclaus Auseinandersetzung mit psychoanalytischen Theorien tritt zutage. Deren Bedeutung für die eigenen Theorie begründet sich in dem, was Laclau (OPR: 115) als die wichtigste freudsche Erkenntnis ausmacht. Laclau folgend liegt Freuds Entdeckung darin, dass das Unterbewusste (die Repräsentation) nicht lediglich Abbild einer ihm vorgängigen Realität, sondern für diese konstitutiv ist (OPR: 115). Diese Erkenntnis überträgt er auf das Verhältnis von Repräsentation und Repräsentiertem (analog: Bezeichnende und Bezeichnete).

Als entscheidenden Einfluss auf seine Populismustheorie nennt Laclau die lacansche Psychoanalyse in Anschluss an Freud und deren Lesart durch Slavoj Žižek. Sie hätten eine »increasing emancipation of the order of the signifier« beziehungsweise eine »progressive autonomy of naming« (OPR: 104) theoretisch vorangetrieben. Lacans Intervention in Bezug auf das Verhältnis zwischen Signifikat und Signifikanten bestehe darin, auf das permanente ›Gleiten‹ des ersten unter dem zweiten zu insistieren (OPR: 104f.). Mit ›Gleiten‹ ist gemeint, dass nicht von einem vorkonstituierten Bezeichneten ausgegangen werden kann, sondern dieses erst durch das Bezeichnende mitkonstituiert wird. Die Einheit und Identität des Bezeichneten konstituieren sich erst als retroaktiver Effekt des Benennungsprozesses (OPR: 104). Konsequent weitergedacht folgt aus dieser Annahme, dass, wenn es keine dem Bezeichnungsprozess vorgängige Existenz des Bezeichneten gibt, das Bezeichnende weder eine reine Beschreibung noch von vorneherein festgelegt sein kann. Das Bezeichnende muss tendenziell leer sein (OPR: 104).

Übertragen auf die vorherigen Überlegungen hinsichtlich der Rolle des leeren Signifikanten innerhalb der Äquivalenzkette wird deutlich, dass mit der Bezeichnung nicht etwas Vorgängiges lediglich einen Namen erhält. Vielmehr konstituiert sich die gemeinsame positive Identität der in der Äquivalenzkette artikulierten Forderungen erst mit und durch den Akt der Benennung.

Bis zu diesem Punkt folgt Laclau den lacanschen Argumenten. Jedoch insistiert er darauf, dass es stets eines Zu-Bezeichnenden bedarf. Übertragen auf den leeren Signifikanten bedeutet das, dass die Partikularität des Kettenglieds, welches diese Rolle übernimmt, nie endgültig verschwinden kann. Stattdessen befindet es sich in einem permanenten Spannungsverhältnis zwischen seiner Partikularität (Differenz) und Entleerung (Äquivalenz) (OPR: 105f.).

Dieses Spannungsverhältnis von Äquivalenz und Differenz erzeugt eine Dynamik, die die kollektive Identität durchzieht. Je größer die Äquivalenzkette wird, d.h., je mehr *demands* Kettenglieder werden, desto entleerter wird jenes Glied (der leere Signifikant), das durch eine positive Repräsentation die Gesamtheit der Kette stabilisiert. Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Logik des Benennungsprozesses, nach der der Akt der Bezeichnung das Bezeichnete in Teilen erst konstituiert, erschließt sich auch, dass jene Dynamik nicht nur von den einzelnen *demands* ausgeht, sondern der leere Signifikant wiederum auf die Glieder zu-

rückwirkt. Der oben beschriebene Prozess vollzieht sich somit in jedem einzelnen Glied. Die mit ihm einhergehende tendenzielle Entleerung wirkt wiederum zurück auf die gesamte Kette. Überträgt man diese Überlegungen auf die Herausbildung einer popularen Identität bedeutet das:

> [P]opular identity becomes increasingly full from an *extensional* point of view, for it represents an ever-larger chain of demands; but it becomes *intensionally* poorer, for it has to dispossess itself of particularistic contents in order to embrace social demands which are quite heterogeneous. (OPR: 96)

Die bis hierhin beschriebene Herausbildung einer popularen Identität lässt sich somit zusammenfassen als die Artikulation von nicht-erfüllten Forderungen in einer Äquivalenzkette – äquivalent in ihrer Negativität –, die sich basierend auf einem Antagonismus – in Abgrenzung zu einem konstituierenden Außen – negativ konstituiert, die jedoch eine positive Identität erfährt, indem eines ihrer Glieder – der leere Signifikant – ihre Repräsentation als Ganzes übernimmt. Dieser letzte Schritt beinhaltet dabei ein »radical investment«, d.h., ein Teil wird zum »embodiment of a mythical fullness« (OPR: 215) – »mythisch«, weil diese Fülle letztgültig nie erreicht werden kann.

Diesen letzten Argumentationsschritt – die Repräsentation des Ganzen durch einen Teil – vollzieht Laclau in OPR mithilfe psychoanalytischer Affekttheorien, er kann jedoch auch mit dem zuvor eingeführten Begriff der Hegemonie erklärt werden (OPR: 210-214). In Bezug auf die laclauschen Grundbegriffe habe ich bereits gezeigt, dass die Operation der Hegemonie bei Laclau nichts anderes ist als die Totalisierung eines Elements, die es vermag, dem immer präsenten Mangel zeitweise Herr zu werden. Bei Gramsci ist »Hegemonie« die Universalisierung des eigenen Interesses einer Klasse hin zu einem gesamtgesellschaftlichen Interesse. In HSS erheben Laclau und Mouffe die Hegemonie dann zur allgemeinen Logik des Sozialen. In OPR argumentiert Laclau diesen Prozess für den Populismus und die Konstitution politischer Identitäten: Ein Teil der Bevölkerung, dessen Forderungen unerfüllt bleiben, die Plebs, wird zur Verkörperung des Ganzen, dem Populus, dessen vollständige Realisierung im Sinne eines universellen Populus jedoch immer versagt bleibt (OPR: 94).

Nun räumt Laclau selbst ein, dass die hierher beschriebene ›Versuchsanordnung‹ unterkomplex ist (OPR: 130). Bis hierhin wurde »das Soziale« von Laclau als ein aus zwei Lagern bestehendes Feld entworfen, das lediglich die zwei oben beschriebenen Optionen eröffnet. Entweder eine *demand* wird absorbiert und in die bestehende Ordnung integriert (Logik der Differenz) oder sie bleibt unerfüllt und kann negativ artikuliert mit anderen in die Äquivalenzkette eingegliedert werden, die durch einen retroaktiven Prozess der Bezeichnung und durch einen leeren Signifikanten zu einer neuen positiven Identität verdichtet wird (Logik der Äquiva-

lenz). Die Anordnung geht somit von zwei Lagern aus. Das Feld des Sozialen ist hingegen komplexer.

Auf dem Feld des Sozialen besteht die Möglichkeit, dass *demands* von unterschiedlichen Lagern umkämpft werden, d.h., dass sie in unterschiedlichen Äquivalenzketten ›eingehängt‹ sein können (OPR: 131-133). Das ist möglich aufgrund der äquivalenten Komponente einer jeden *demand*, die ja nicht inhaltlich, sondern lediglich negativ (durch ihre Nicht-Erfüllung) bestimmt ist. Die *demand* ist unterschiedlichen ›Bedeutungsversuchen‹ ausgesetzt, die wiederum rückwirken auf ihre partikulare Komponente. Anders ausgedrückt: Es kämpfen unterschiedliche Versuche (Projekte) der Etablierung von Hegemonie um die Fixierung der Bedeutung des Signifikanten (die jedoch immer nur temporär sein kann). Laclau (OPR: 131) spricht deshalb von »floating signifiers« in Bezug auf eben jene Elemente, die von unterschiedlicher Seite umkämpft sind.

Der Unterschied zwischen leerem Signifikanten und flottierendem Signifikanten ist nicht sehr trennscharf, sondern gradueller Natur und begründet sich eher mit unterschiedlichen Analysefokussen (OPR: 133). Der Begriff des leeren Signifikanten in OPR ist dabei deckungsgleich mit dem Begriff »Knotenpunkt«, den Laclau und Mouffe in HSS (164) verwenden, d.h., er beschreibt die artikulatorische Praxis von Hegemonie.[23] Übersetzt in die Fragestellung nach der Konstruktion von politischen Identitäten heißt das, dass der Begriff des leeren Signifikanten versucht, die Entstehung beziehungsweise Konstruktion von politischen Identitäten zu fassen. Der Begriff des flottierenden Signifikanten ist hingegen darauf ausgelegt, Grenzverlagerungen und damit Bedeutungsverschiebungen einzufangen (OPR: 133). Der flottierende Aspekt eines Signifikanten kommt demzufolge vor allem in Krisenzeiten zum Vorschein, wenn die zuvor vorhandenen Einbindungen und Artikulationen brüchig geworden sind (OPR: 32).[24]

Bevor ich zu den Einwänden gegenüber Laclaus Populismustheorie komme, möchte ich die vorangegangenen Seiten kurz resümieren. Der Begriff des Populismus wird von Laclau vor dem Hintergrund der Frage nach der Konstitution politischer Identitäten diskutiert. Dabei sind viele seiner späteren Fragen bereits in PIM

23 Befragt nach dem Unterschied zwischen beiden Begriffen, betont Laclau: »[t]hey have exactly the same referent and the distinction is that ›nodal point‹ makes allusion to the articulating function, while its empty character points to the direction of its universal signification« (Laclau 2004: 322).

24 Interessanterweise verwenden Laclau und Mouffe den Begriff des leeren Signifikanten in HSS nicht, sehr wohl aber jenen des flottierenden Signifikanten. Ein Umstand, der im Hinblick auf die Frage nach den Kontinuitäten und Brüchen zwischen HSS und OPR einen weiteren Hinweis darauf liefert, in welche Richtung sich das Erkenntnisinteresse Laclaus verschoben hat. Ging es ihm in HSS überwiegend um die Dezentrierung einer politischen Tradition, scheint OPR auf die Frage der Möglichkeiten von Kohäsion abzuzielen.

angelegt, allerdings verschiebt sich die Fragestellung von einem gesellschaftsanalytischen Interesse hin zur grundlegenden Frage der Konstitution des Sozialen. In PIM wird der Populismus von Laclau ausgehend von der Nicht-Entsprechung zwischen einem gesellschaftlichen Akteur (Klassen) und dessen Ideologie thematisiert. Der Populismus ist für ihn zu diesem Zeitpunkt ein spezifisches Artikulationsprinzip, das den Widerspruch zwischen Volk und Machtblock, der in den popular-demokratischen Kämpfen enthalten ist, in einer antagonistischen Form artikuliert. Weil dieser Widerspruch im Klassendiskurs aufgehoben ist, der in seiner radikalsten Form auf die Abschaffung des Staates abziele, ist für Laclau zu diesem Zeitpunkt die höchste Form des Populismus der Sozialismus.

Gegen diese Privilegierung eines sozialen Akteurs wendet sich Laclau im weiteren Verlauf seiner Arbeiten. Statt diese sozialen Akteure als gegeben anzunehmen, fragt er nach deren Konstitutionsprozess. Ausgehend von dieser Frage definiert er den Populismus als allgemeine Konstitutionslogik politischer Identitäten. Einbindung und Integration bezieht sich hier nicht mehr auf soziale Gruppen, sondern auf *social demands* als die kleinstmögliche Analyseeinheit, durch die sich Gruppen erst konstituieren.

2.3.5 Einwände und Anschlüsse an Laclaus Populismustheorie

Im Anschluss werde ich zentrale Einwände und Anschlussmöglichkeiten an die laclausche Populismustheorie formulieren, die sich als relevant für das Thema des vorliegenden Buches erweisen. Im Zentrum steht dabei nicht eine Generalkritik an den Grundannahmen der laclauschen Theorie, sondern ich fokussiere auf Inkohärenzen, Leerstellen und Widersprüche, infolge derer Probleme auftreten, will man die laclausche Theorie für die empirische Analyse fruchtbar machen.

2.3.5.1 Einwand I: Deckungsgleichheit zwischen Populismus und Hegemonie (und Politik)

In der Werksrezeption stand lange Zeit Laclaus (gemeinsam mit Mouffe entwickelte) Hegemonietheorie im Vordergrund. Dies gilt im Speziellen für den europäischen Rezeptionskontext. Im Zusammenhang mit dem progressiven Zyklus in Lateinamerika (Brand 2016), aber auch durch den expliziten Bezug von neuen linken Kräften wie PODEMOS auf jene lateinamerikanische Erfahrung (Boos/Schneider 2016) rückte auch die laclausche Populismustheorie in Europa zunehmend in den Vordergrund. Beigetragen dazu haben auch die jüngsten politischen und theoretischen Interventionen von Mouffe (2013, 2018; Errejón/Mouffe 2015), in denen sie vor dem Hintergrund des Aufstiegs rechtsextremer Kräfte in Europa einen Linkspopulismus als Gegenstrategie vorschlägt. Diese Rezeptionsgeschichte ist mitursächlich dafür, dass eine systematische Klärung des Verhältnisses zwischen HSS und OPR

noch am Anfang steht. Das wiederum führt zu Unklarheiten bei der laclauschen Defintion des Populismus.

Wie an einigen Stellen bereits angedeutet, bleibt bisweilen unklar, worin die Unterschiede zwischen denen in HSS und OPR entwickelten Begriffen bestehen. Diese Frage drängt sich deshalb unmittelbar auf, weil sie keine peripheren Theorieelemente betrifft, sondern jene Begriffe, die im Zentrum der laclauschen Überlegungen stehen: seine Begriffe von »Hegemonie« und »Populismus«. Die Theoriekonstrukte ähneln sich stark, ja sie sind sogar beinahe deckungsgleich. Das brachte Laclau den Vorwurf ein, dass es sich bei seiner Konzeption des Populismus schlussendlich um seine Hegemonietheorie in einem neuen Gewand handle, und er bei letzterer immer schon den Populismus vor Augen gehabt habe (Arditi 2010).

Führt man sich den Stellenwert von Hegemonie bei Laclau neuerlich vor Augen, offenbaren sich zahlreiche Probleme. »Hegemonie« ist für Laclau (und Mouffe) die Logik des Sozialen schlechthin, in der sich die ontologische Logik des Politischen ausdrückt. Konsequent zu Ende gedacht, würde dies bedeuten, dass »Populismus« nicht nur gleich »Hegemonie« ist, sondern ebenfalls mit dem Politischen und der Politik gleichzusetzen ist.[25] Tatsächlich argumentiert Laclau, mit diesem Einwand konfrontiert, dass er genau dieser Überzeugung sei, und Politik und Populismus schlussendlich das gleiche wären. Seiner Auffassung nach besteht lediglich ein gradueller Unterschied (Laclau 2005: 47; OPR: 154).[26]

Aus diesem Argument Laclaus resultieren jedoch zahlreiche Dilemmata. Erstens müsste gefragt werden, welche (theoretische) Daseinsberechtigung der Begriff des Populismus hat (oder umgekehrt jener von Hegemonie oder gar der Politik), wenn dieser deckungsgleich mit dem Begriff von »Hegemonie« beziehungsweise von »Politik« wäre (Borón 2012).

---

25 Zur Unterscheidung zwischen dem Politischen und der Politik bei Laclau s. Fußnote 17, Kap. 2.

26 Interessanterweise scheint Laclau an anderer Stelle vorsichtiger, was diese Gleichsetzung betrifft. Die bereits mehrfach zitierte Textstelle zum ontologischen Charakter des Populismus in OPR scheint hier differenzierter als die diesbezüglichen Aussagen Laclaus. Dort schreibt er: »If this is so, the conclusion would be that populism is the royal road to understanding something about the ontological constitution of the political as such.« (OPR: 67) So verstanden, ließe sich der Populismus auch lediglich als die ontische ›Erscheinung‹ der ontologischen Differenz begreifen. Ähnliches gilt für folgende Aussage: »My attempt has not been to find the true referent of populism, but to do the opposite: to show that populism has no referential unity because it is ascribed not to a delimitable phenomenon but to a social logic whose effects cut across many phenomena. Populism is, quite simply, a way of constructing the political.« (OPR: ix) Hier ließe sich der Populismus lesen als eine, jedoch nicht die einzige Möglichkeit, das Politische zu konstruieren. Allerdings verwehrt sich Laclau explizit gegen diese Interpretationen und beharrt auf der Deckungsgleichheit von »Politik« und »Populismus«.

Zweitens ist diese Erwiderung Laclaus mit seinem eigenen Theoriekonstrukt inkohärent, nachdem es sich beim Populismus um eine antagonistische Logik handelt und diese somit eben nicht graduell sein kann (Balsa 2010b). Der disruptive Charakter sowie die klare Grenzziehung – beides Bestandteile definitorischen Ranges des laclauschen Populismuskonzepts – würden verschwinden. Deutlich wird das Problem, wenn man sich die oben diskutierte – und von Laclau selbst eingeführte – Unterscheidung zwischen »Dislokation« und »Antagonismus« noch einmal vor Augen führt. Erstere beschreibt den latenten und dislozierten Charakter einer jeden Totalität, während Letzterer die Politisierung dieser Dislokation ist. Der Antagonismus ist somit immer eine Konstruktion – er muss politisch hergestellt werden. Es existieren jedoch auch nicht-populistische Antagonismen und auf diesen basierende Identitäten, d.h. Identitäten, die nicht versuchen, die gesamte Gemeinschaft zu repräsentieren (Aboy Carlés 2015: 186). Die von Laclau vorgenommene Gleichsetzung der Begriffe »Hegemonie« und »Populismus« scheint letzteren in illegitimer Weise auszuweiten.

Wie lässt sich dieser »Spitzbubenstreich« (Aboy Carlés 2015: 186, Übers. T. B.) Laclaus interpretieren? Handelt es sich bei dieser Gleichsetzung primär um eine politische Intervention oder lässt sich die Gleichsetzung von Hegemonie und Populismus vonseiten Laclaus auch theoretisch einschätzen?[27] Wie bereits angemerkt, steht – nach meinen Kenntnissen – ein systematischer Vergleich der Begriffe von HSS und OPR noch aus (s. auch Fußnote 15, Kapitel 2). Meiner Einschätzung nach lässt sich begründeterweise argumentieren, dass wir in beiden größtenteils die gleiche Begriffskonstellation vorfinden, innerhalb derer sich zwar einige Begriffe verändern und es sich lediglich um eine strategische Fokusverschiebung handelt. Im Zentrum des Disputs darüber, wie diese Verschiebung einzuschätzen ist, stehen die Begriffe »Knotenpunkt« und »leerer Signifikant« sowie deren Rolle im theoretischen Gesamtkonstrukt. Laclau selbst argumentiert, dass die beiden Begriffe deckungsgleich sind und einzig andere Aspekte desselben Theorieelements betonen würden. »Knotenpunkt« hebe auf die Artikulationsfunktion ab, wohingegen »leerer Signifikant« den Bezeichnungsprozess in den Mittelpunkt rücke (Laclau 2004: 322).

Gleichwohl lässt sich darüber streiten, wie weitreichend die Folgen dieser Verschiebung sind. Manche MitstreiterInnen von Laclau interpretieren sie dahingehend, dass durch sie autoritäre Tendenzen in die Theorie eingeführt würden,

27 An anderer Stelle habe ich argumentiert, dass die politische Stoßrichtung von OPR in der hiesigen Rezeption häufig unterbelichtet bleibt. Neben seinem Theorievorschlag zielt OPR auch darauf ab, einen liberalen Begriff von Politik zu dekonstruieren, der ein rationales und vernunftbegabtes Individuum respektive ein weißes, männliches und europäisches Subjekt als Träger der Politik im Gegensatz zur emotionsgeleiteten und irrationalen Masse konzipiert (Boos/Opratko 2016).

die eine vertikale Dynamik gegenüber einer horizontalen privilegiere: Nicht mehr der (kollektive) Konstruktionsprozess – das kleinteilige ›Zusammenweben‹ unterschiedlicher Elemente, um im Bild des Knotenpunktes zu bleiben –, sondern der Akt der Benennung und damit die Rolle des *liders* würde ins Zentrum gerückt (Aboy Carlés 2015: 184-186; Aboy Carlés/Melo 2014; De Ipola 2009).[28]

Darüber hinaus weisen Melo (2011) und Aboy Carlés (2010b) darauf hin, dass Laclau eine aus ihrer Sicht illegitime Privilegierung eines spezifischen leeren Signifikanten vornimmt. Hegemonie als Konstruktionslogik des Sozialen, so ihr Argument, sei jeglichem soziologischen und historischen Inhalt entleert. Dementsprechend könne es keinen im Vorfeld privilegierten leeren Signifikanten geben, welcher die Repräsentation der Gesamtheit der Äquivalenzkette übernimmt. Beim Populismus hingegen existiere ein solcher, nämlich jener Signifikant des *pueblo* beziehungsweise die spezifische antagonistische Logik, die in diesem aufgehoben ist. Auch wenn der Inhalt von *pueblo* historisch und geografisch sehr unterschiedlich gewesen sei/bis heute ist und sich stetig wandle, finde sich in diesem eine antagonistische Logik, bei der ein Teil reklamiert, der einzige legitime Repräsentant der gesamten Gemeinschaft zu sein (im Falle des *pueblo*, das einfache Volk, die Plebs, welches beansprucht, die Gesamtheit der Bevölkerung, Populus, zu repräsentieren) (Aboy Carlés 2010b: 24-26).

Aus meiner Sicht sind die Argumente von Aboy Carlés und Melo stichhaltig und helfen in weiterer Folge, den laclauschen Begriff des Populismus produktiv zu nutzen, ohne ihn äquivalent mit dem Hegemoniebegriff zu verwenden. Wie ich den ›Ausweg‹ aus dieser Gleichsetzung von »Hegemonie« und »Populismus« konzipiere, werde ich am Ende des Kapitels skizzieren. Zunächst drängt sich aber die Frage auf, was die Beweggründe Laclaus für die Privilegierung eines spezifischen Signifikanten gewesen sein mögen. Er selbst bleibt eine Antwort schuldig. Sein nach OPR erschienener Artikel *Why Constructing a ›People‹ Is The Main Task of Radical Politics* ist eine eloquente Verteidigung seines Populismusbegriffs gegen die Kritik Žižeks, sie liefert aber keine Antwort auf die selbstgestellte Frage (Laclau 2014). Stattdessen kritisiert Laclau erneut eine »strategic vision of traditional Marxism« und deren Privilegierung der ArbeiterInnenklasse und stellt dieser seinen Begriff der *people* entgegen (Laclau 2014: 171f.). Es scheint sich die Vermutung zu bestätigen, dass mit seinem Populismusbegriff ›durch die Hintertür‹ eine eigene Privilegierung (das Volk) wieder eingeführt wird.

---

28 Spannend ist diesbezüglich auch eine Anekdote Aboy Carlés' (2010b: 24), in der er berichtet, dass er und andere MitstreiterInnen der postfundationalistischen Theorieunternehmung das Erscheinen von *On populist reason* damals mit leichter Verwunderung zur Kenntnis nahmen. Sie hätten erwartet, dass der Titel des Werkes aufgrund des theoretischen Vorhabens von Laclau eigentlich *On political reason* hätte lauten müssen.

Abschließend werde ich diese Frage hier nicht klären können. Allerdings können die anfänglich eingeführten Grundüberlegungen, vor deren Hintergrund Laclaus postfundationalistische politische Ontologie operiert, Hinweise auf eine mögliche Antwort geben, die über ein Versehen oder eine polit-strategische Absicht hinausweisen. In den Ausführungen zu Laclaus postfundationalistischer Ontologie habe ich mit Marchart (2008) dargelegt, dass diese politisch ist, weil sie annimmt, dass das Politische dem Sozialen vorgängig ist. Jeder Form der sozialen Sedimentierung geht nach Laclau ein politischer Akt voraus. Bringt man diese Überlegungen in Zusammenhang mit Laclaus Konstruktionslogik des Populismus und politischer Identitäten, so lässt sich argumentieren, dass das *pueblo* für ihn eine Art ursprünglichste Form der politischen Identität darstellt und dessen Konstruktion für ihn »the political act *per exellence*« (OPR: 154, Herv. i. O.) ist: Es ist die Gemeinschaft, die erstmalig für sich reklamiert, souverän zu sein. »Erstmalig« verstanden im zeitlichen Sinne (s. Einwand V) aber auch topografisch, d.h., erst aufbauend auf der Annahme einer Souveränität ist jegliche politische Identität begründbar.

2.3.5.2 Einwand II: Ontologisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und ontische Leere

Der zweite Einwand gegen die laclausche Populismustheorie zielt auf deren Ontologisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese führt in weiterer Folge zu dem, was ich an anderer Stelle als »ontische Leere« (Boos 2015b) bezeichnet habe.[29] Zunächst soll es allerdings um den Punkt der Ontologisierung gehen.

Auf dem Weg hin zu einer politischen Ontologie des Sozialen wird das Theoriegebäude Laclaus zunehmend zu einem in sich kohärenten Begriffsuniversum. Dies führt allerdings auch dazu, dass es zunehmend in einen abstrakten Formalismus verfällt, der seine Kategorien rein endogen aus sich selbst heraus entwickelt (Beasley-Murray 2006). Finden Aussagen über konkrete gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungen Eingang in seine Theoriebildung, so beschränken sich diese zumeist auf banale Feststellungen – wie die Aussage, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse komplexer geworden seien (Demirović 2007: 66f.) – oder die Verhältnisse fungieren lediglich als Ad-hoc-Illustrationen der eigenen theoretischen Kategorien.

Grund für diesen zunehmenden Formalismus und die Entleerung der theoretischen Begriffe ist, dass das primäre Unterfangen Laclaus mittlerweile die Begründung einer postfundationalistischen Ontologie des Politischen ist. Aus postfundationalistischer Perspektive ist dieser Schritt der Endpunkt einer theoretischen Entwicklung. Wie der Begriff »postfundationalistisch« bereits anzeigt, geht es um die Überwindung zuvor angenommener letztgültiger Fundamente.

29 Für eine frühe Kritik an der Ontologisierung des Hegemoniebegriffs vgl. Opratko (2012a).

Während die PostfundationalistInnen hierin die Grundbedingung für eine emanzipatorische politische Agenda sehen, argumentiert Bosteels (2011: 42-72), dass dieser »ontological turn« realiter theoretischer Ausdruck der existierenden Herrschaftsverhältnisse ist und sich zentralen Herausforderungen emanzipatorischer Politik verweigert. Der Rückzug auf die Frage der Ontologie sei zumindest in Teilen ein Rückzug ins Deskriptive, der der Herausforderung ausweiche, eine linke Antwort auf die kapitalistischen Verhältnisse in ihrer heutigen Form zu finden, Verhältnisse in denen die Logiken von Universalisierung und Entgrenzung mit der Betonung von Differenzen und dem Partikularen neu verknüpft würden (Bosteels 2011: 64f.). Bosteels (2011: 58) argumentiert explizit politisch gegen diese Ontologisierung: »The quest for a leftist ontology, in other words, risks producing an ontologization of leftism that is as radical as it is empty.«

Zu dieser politischen Einschätzung mag man stehen, wie man will, aus analytischer Perspektive verweist sie aber auf ein theoretisches Problem, das die laclausche Ontologisierung mit sich bringt. Soll die laclauschen Theorie für die konkrete Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse herangezogen werden, führt diese Ontologisierung zu einer Art inhaltlichen Leere oder – wie man in den Begriffen des Postfundationalismus sagen könnte – zu einer »ontischen Leere« (Boos 2015b). Auf der Ebene der konkreten ontischen Ausdrucksformen der allgemeingültigen ontologischen Funktionsweisen, liefern die laclauschen Begriffe häufig nur begrenzt neue Erkenntnisse.

Diesen Umstand leugnen VertreterInnen einer laclauschen Perspektive nicht zwingendermaßen, wenn sie mit dieser Kritik konfrontiert werden. Im Gegenteil, der Kritik wird entgegengehalten, dass die konkrete Ebene des Ontischen nicht das Erkenntnisinteresse Laclaus darstelle, sondern es ihm explizit um eine politische Ontologie gehe (Marchart 2010; 2014; Howarth 2004). Und tatsächlich verschiebt sich das Erkenntnisinteresse Laclaus, wie ich am Beispiel seiner Populismustheorie herausgearbeitet habe. Im Vergleich zu früheren Arbeiten sind nicht mehr die populistischen Phänomene selbst sein Erkenntnisinteresses, sondern das ontologische Terrain, auf dem diese stattfinden. Dadurch verändert sich auch der Status seiner Theorie. Marchart (2008: 14) formuliert dies folgendermaßen: »This shift in the analysis from ›actually‹ existing‹ foundations to their status – that is to say, to their conditions of possibility – can be described as a quasi-transcendental move.«

Gleichwohl diese Entgegnung richtig sein mag, handelt es sich insofern um ein schwaches Argument, als es sich auf das Terrain der Ontologie zurückzieht, ohne eine befriedigende Antwort auf die Frage nach Konzepten auf ontischer Ebene zu liefern. Stattdessen werden konkrete gesellschaftliche Phänomene mit Begriffen kurzgeschlossen, die vorgeblich auf ontologischer Ebene angesiedelt sind.

Am deutlichsten wird diese Leere in Bezug auf die unzulänglichen Strukturbegriffe der laclauschen Theorie. Wullweber (2015: 4) weist zurecht die falsche Annahme zurück, dass postfundationalistische Ansätze die Existenz sozialer Struk-

turen negieren würden. Vielmehr bezweifelten sie nur die Möglichkeit letztgültiger Fundierungen und proklamierten, dass jedwede Fundierung Veränderungen unterworfen sei. Laclau (1990b: 33-36) selbst schlägt den Begriff der »Sedimentierungen« für die Strukturen des Sozialen vor. Allerdings schafft dieser aus meiner Sicht ebenfalls keine Abhilfe für das geschilderte Problem. Einerseits bleibt der Begriff ahistorisch und gibt keine Antworten auf Fragen nach den inneren Logiken, strukturellen Notwendigkeiten oder Determinierungen dieser Ablagerungen (Pühretmayer 2010).[30] Damit ebnet er auch jedweden Unterschied zwischen verschiedenen Sedimentierungen ein. Anderseits führt die laclausche Betonung des Politischen in diesem Zusammenhang zu einer Art »Panpolitizismus« (Jessop 2017), der davon ausgeht, dass diese Sedimentierungen ohne weiteres repolitisierbar seien:

> Es ist eine Sache zu beobachten, dass Strukturen eine Geschichte haben und Produkte sozialer Praktiken sind und sich anders hätten entwickeln können; eine ganz andere hingegen ist es, zu suggerieren, dass die Strukturen einfach dadurch transformiert werden können, indem ihre historische Kontingenz aufgedeckt wird und die mit ihr verbundenen Diskurse dekonstruiert werden. (Jessop 2017, Übers. T. B.)

Darüber hinaus erscheint es mir kontraintuitiv, einen neuen und unterbestimmten Begriff einzuführen, um eben jene Strukturlogiken zu untersuchen, anstatt sich der reichhaltigen historisch-materialistischen Tradition zu bedienen, die eben jene Problematik – die Analyse gesellschaftlicher Strukturen und Strukturierungen, die die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse absichern – zum Gegenstand hat.

Die Gründe für diese Vorgehensweise lassen sich nicht abschließend klären. Mit Sicherheit spielt auch der theoretische Werdegang Laclaus eine Rolle. Die ersten Auseinandersetzungen rund um Laclaus Begriffe standen vor allem im Zeichen einer politischen Verteidigung der marxistischen Tradition (Geras 1987, 1988; Meiksins/Meiksins Wood 1985). Abseits der teilweise sehr unproduktiven Polemik, mit der die Debatte geführt wurde, förderte sie doch zutage, dass Laclau und Mouffe in ihrer Transition zum Post-Marxismus das immer existierende Spannungsverhältnis zwischen (struktureller) Notwendigkeit und Kontingenz genau anders herum als ›der‹ Marxismus, d.h., in Richtung der Kontingenz auflösen (Mouzelis 1988). Bereits sehr früh macht Mouzelis (1978) ein eklatantes Desinteresse Laclaus für die Prozesse von politischer Organisierung aus, welches sich auf theoretischer Ebene

30 Eine Vermutung meinerseits, der an dieser Stelle nicht weiter nachgegangen werden kann, ist, dass sich das Verhältnis zwischen den Strukturbegriffen des Marxismus und des Postfundationalismus so lange nicht klären lassen wird, bis letzterer nicht die historische Reichweite seiner Begriffe und Aussagen konkretisiert hat (s. Einwand V weiter unten).

in eben jene Absenz von Strukturbegriffen übersetzt. Jüngst argumentierte Anderson (2016a: 82f.) in eine ähnliche Richtung und zeigt am Beispiel der Erfahrung mit PODEMOS in Spanien die Probleme einer solchen Leerstelle auf. So gehe mit dem alleinigen Blick auf die Konstruktion von popularen Identitäten die Reichhaltigkeit eines gramscianischen Begriffsinstrumentariums verloren. Eine präzise Analyse der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen und eines historischen Blocks weiche der nebulösen Bezeichnung einer *casta* (Kaste) bei PODEMOS. Ein solches Vorgehen bringt aus strategischer Sicht zwar den Vorteil mit sich, dass es für die Artikulation sehr heterogener Anliegen offen ist, verliert aber aus analytischer Perspektive an Präzision und Erklärungspotenzial.

2.3.5.3 Einwand III: Politizismus der Instituierung

Die Kritik an der Ontologisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse fördert zudem weitere Erkenntnisse im Hinblick auf die Deckungsgleiche von »Hegemonie« und »Populismus« zutage. Wie bereits argumentiert, ergibt sich diese Deckungsgleichheit dadurch, dass Laclau dem Populismus den Stellenwert einer ontologischen Kategorie einräumt (Laclau 2005: 33f.). Doch lässt sich dieser Rang rechtfertigen? Meiner Meinung nach zeigt sich an dieser Stelle der Politizismus der laclauschen Theorie auf zweierlei Weise. Einerseits im Hinblick auf eine zeitliche Dimension und andererseits in Bezug auf das Verhältnis zwischen Struktur und Handlung.

Erstens kennzeichnet sich Laclaus Populismustheorie durch einen immerwährenden Überhang des Moments der Instituierung, d.h., sie nimmt lediglich den Moment der Begründung (oder Reaktivierung) in den Blick. Dieser Fokus ist kohärent mit dem Ziel Laclaus, insofern als es sich um diejenigen Momente handelt, in denen die ontologische Kategorie des Politischen auf den Plan tritt und das Ontologische Laclaus primäres Erkenntnisinteresse ist. Problematisch ist dieser Fokus aber, weil Politik (hier verstanden im alltagsgebräuchlichen Sinne) auf diesen Moment reduziert wird. In dieser Konzeption von Politik und dem Politischen verbirgt sich eine zeitliche Komponente: Politik wird nur noch als Moment des Bruchs und als Akt der Instituierung denkbar. Interessanterweise trifft sich an dieser Stelle Laclaus Konzeption des Populismus mit einer liberalen Perspektive, gegen die er eigens anschreibt (Boos/Opratko 2016). Obwohl die beiden Perspektiven mit einem anderen Begriff von Institutionen operieren, teilen sie die (implizite) Annahme einer Frontstellung zwischen Populismus und Institutionen (Aboy Carlés 2010a).[31]

31 Melo (2012b, 2012a) zieht diese Annahme in Zweifel und zeigt am Beispiel der argentinischen Provinzen, wie der Peronismus territoriale Institutionalisierungsprozesse stark vorantrieb. Gleiches ließe sich in weiten Teilen für die Regierungen des progressiven Zyklus in Lateinamerika sagen. Viele repräsentierten für die Region außergewöhnlich lange Perioden an institutioneller Stabilität und des Ausbaus an politischen Institutionen. Trotzdem argumentiert ein Großteil der im zweiten Debattenstrang vorgestellten idealtypischen Ansätze, dass

Zweitens bleibt die Frage offen, warum im Speziellen der Populismus einen privilegierten Einstiegspunkt ›hinein‹ in die ontologische Konstitution des Politischen bieten solle. Im Grunde genommen müsste jeglicher ontischer ›Ausdruck‹ diesen Einstieg bieten können. Dass Laclau jedoch den Populismus und die Konstitution politischer Identitäten als »Königsweg« ausmacht, verweist auf die »voluntaristische Schieflage« (Opratko 2012b: 143) seiner Theorie. Meiksins Wood (1998: 47-74) kritisierte schon früh, dass Laclaus Perspektive eine Tendenz innewohnt, Gesellschaft aus einer Art ›Kommandozentrale der Intellektuellen‹ zu betrachten.[32] Diese Tendenz verstärkt sich nochmals in OPR und seinen späteren Schriften, in denen die Formierung (neuer) politischer Identitäten zur prioritären politischen Aufgabe erhoben wird. Die anfängliche polit-strategische Fragestellung Laclaus schreibt sich tief in seine politische Theorie und sein Begriffsuniversum ein, und infolgedessen wird die Logik der Konstruktion politischer Identitäten zur allumfassenden Gesellschaftstheorie verallgemeinert. Meiksins Wood (1998: 47-74) kritisiert die politischen Implikationen einer solchen Perspektive, die Institutionen und Klassenfragen als Felder der politischen Auseinandersetzung verabschiedet, ihre Implikation für die Gesellschaftsanalyse ist unter anderem eine soziologische Unterkomplexität, die ich im vorherigen Einwand herausgearbeitet habe.

2.3.5.4 Einwand IV: Diktatur des Zeichens und das Imaginäre

Ein dritter Einwand richtet sich auf das Entstehen der *demands*, die Laclau als Ausgangspunkt seiner Theorie wählt. Es geht um die Frage, worauf sich *demands* gründen und aus welchen positiven Referenzen sie sich speisen, nachdem Laclau deren Entstehung ausschließlich negativ bestimmt. Dabei lässt sich argumentieren, dass diese Leerstelle in einer von Laclaus Grundannahmen angelegt ist, die darüber hinaus mitursächlich für die eben dargelegte ontische Leere ist. Aibar (2014: 24, Übers. T. B.) sieht in Laclaus linguistischer Grundannahme eine »Diktatur des Zeichens« am Werk. Wie auch im Laufe der Darstellung deutlich geworden sein sollte, lässt sich ein Großteil der Argumente Laclaus bis auf die Ebene der saussureschen Zeichentheorie abstrahieren, mit der er das negativ-relationale Verhältnis zweier Elemente begründet. Diese Eigenschaft gilt in Laclaus Theoriekonstrukt für alle Verhältnisse – die negativ-relationale Beziehung zwischen Signifikat und Si-

---

der Populismus die politischen Institutionen unterminiere. Ob dem Populismus ein anti-institutioneller Charakter nachgesagt wird oder nicht, ist mithin eine Debatte darüber, welche Institutionen und Prozesse als legitim angesehen werden und welche nicht.

32 Aus einer solchen Perspektive läuft man aus ihrer Sicht Gefahr, dass die Konstruktion von linker Politik zu einer intellektuellen Übung am ›Diskurs-Reißbrett‹ verkommt. Tatsächlich zeigen die jüngsten Erfahrungen wie etwa jene von PODEMOS in Spanien, dass der Ebene der Repräsentationen ein enormer Stellenwert eingeräumt wird (s. auch Fußnote 18, Kapitel 2).

gnifikanten wird universalisiert. Allerdings ist das Problem mit dieser Konzeption, dass andere mögliche Verhältnisformen nicht konzeptionalisierbar sind.

Wie sich diese Leerstelle ausdrückt, lässt sich mithilfe eines von Slavoj Žižek vorgebrachten Einwands aufzeigen. In *Beyond Discourse Analysis* kritisiert Žižeks 1987 die Subjektkonzeption in HSS (der Text findet sich wiederabgedruckt in *New Revolutions*). Trotz der Innovation fielen Laclau und Mouffe in eine strukturalistische Subjektkonzeption zurück, in der die Subjekte als Strukturpositionen betrachtet würden (Žižek 1990: 249). Das Problem mit ihrer Subjektkonzeption sei, dass B, die Blockade von A, eine positive Entität außerhalb von A sei. Genau diese Vorstellung kritisiert Žižek und schlägt eine lacansche Konzeption des Antagonismus vor. »Antagonismus« ist in dieser keine äußerliche Beziehung, sondern eine negative Beziehung zu sich selbst. Das Gegenüber (B) ist eigentlich die Inkarnation und Externalisierung einer Selbstblockade von A. B ist die Positivierung eben jener immer vorhandenen Unmöglichkeit der endgültigen und mythischen Fülle. Für diese Form des Antagonismus schlägt er den Begriff des puren Antagonismus vor, um ihn zu unterscheiden vom antagonistischen Kampf zwischen zwei Subjektpositionen (Žižek 1990: 253f.). Der Einwand Žižeks führte zu der späteren Unterscheidung Laclaus zwischen »Dislokation« und »Antagonismus« für die unterschiedlichen Ebenen. Gleichwohl gibt diese Modifikation keine Antwort auf die Frage, wie sich andere Verhältnisse denken lassen. Das Argument Žižeks ist hier hilfreich, weil es verdeutlicht, dass die Selbstblockade und das ›Projektionsverhältnis‹ in den laclauschen Begriffen nicht gänzlich gefasst werden können. Zudem verweist es auf etwas Äußeres, dass nicht rein negativ bestimmt sein kann.

Es lässt sich festhalten, dass die Universalisierung des negativ-relationalen Verhältnisses zwischen Signifikat und Signifikanten einen blinden Fleck im Hinblick auf eine imaginäre Dimension produziert. Laclau adressiert diese Frage zwar, allerdings bleibt seine Antwort unbefriedigend. In *New Reflections* diskutiert Laclau das Verhältnis zwischen Subjekt und Struktur und nimmt die Unterscheidung zwischen *myth* und *social/collective imaginaries* vor. Laclaus Argumentation bezieht sich auf die Konstitution des Subjekts, funktioniert aber analog im Hinblick auf kollektive Identitäten. Der Mythos entstehe, um die Dislokation auf Ebene der sozialen Ordnung zu füllen und sei eine Erzählung, die versuche, diese Lücke zu schließen und eine neue Objektivität zu begründen:

> By myth we mean a space of representation which bears no relation of continuity with the dominant ›structural objectivity‹. Myth is thus a principle of reading of a given situation, whose terms are external to what is representable in the objective spatiality constituted by the given structure. The ›objective‹ condition for the emergence of myth, then, is a structural dislocation. The ›work‹ of the myth is to suture that dislocated space through the constitution of a new space of representation. Thus, the effectiveness of myth is essentially hegemonic: it involves

> forming a new objectivity by means of rearticulation of dislocated elements. Any objectivity, then, is merely a crystallized myth. (Laclau 1990b: 61)

Die strukturelle Dislokation ist die objektive Bedingung für die Entstehung eines Mythos. Genau an diesem ›Ort‹ und im Versuch der Konstitution einer Objektivität tritt das Subjekt zum Vorschein, welches somit immer ein mythisches Subjekt ist. Das Subjekt ist »a metaphor of an absent fullness« (Laclau 1990b: 63). Hat dieser Mythos eine gewisse (soziale) Akzeptanz erreicht, wird er Einschreibungsfläche respektive Erklärung für alle möglichen Dislokationen, d.h. Erfahrungen von Mangel durch eine »absent fullness« (Laclau 1990b: 63). In diesem Prozess der Einschreibung weitet sich der Mythos aus:

> [I]t becomes the unlimited horizon of inscription of any social demand and any possible dislocation. In such an event, myth is transformed into an imaginary. The imaginary is a horizon: it is not one among other objects but an absolute limit which structures a field of intelligibility and is thus the condition of possibility for the emergence of any object (Laclau 1990b: 64).

Laclau vergleicht diesen Prozess mit dem Übergang bei Gramsci von einer ökonomisch-korporativen zur hegemonialen Phase, welcher sich vollzieht, wenn eine Klasse es vermag, ihre Interessen gesamtgesellschaftlich zu universalisieren.

Wie Norvall (2000: 227f.) anmerkt, ist diese Unterscheidung zwischen »Mythos« und »Imaginarium« hilfreich. Ersterer lässt sich hierbei konzeptualisieren als das Interesse (oder kleinteiliger, die *demand*) einer Gruppe, während »Imaginarium« dessen Verallgemeinerung ist, die es zu einem gesamtgesellschaftlichen Horizont werden lässt. Gleichzeitig kritisiert Norvall bereits zu diesem Zeitpunkt, dass genau diese Dimension unterbestimmt bleibt. Denn, wie aus dem oben stehenden Zitat deutlich geworden sein sollte, bestimmt Laclau zwar die Bedingung für die Entstehung des Mythos (die Dislokation jedweder Ordnung), aber nicht, woraus sich dieser speist.

An dieser Stelle schließt sich der Kreis zur eingangs konstatierten »Diktatur des Zeichens« (Aibar 2014: 24, Übers. T. B.). Der Antagonismus als alleiniger Konstitutionsmechanismus ist nicht ausreichend, um die Dimension des Imaginären zu erfassen.[33] Laclau selbst kann die Entstehung einer *demand* lediglich aus de-

33 Aibar (2014) argumentiert unter Bezug auf die lacansche Psychoanalyse, dass Laclau das Imaginäre in seiner Theoriekonstruktion vernachlässigt, obwohl es in Lacans Werk neben dem Real und dem Symbolischen eine gewichtige Rolle spiele. Den Grund sieht er darin, dass diese Dimension letztendlich inkompatibel mit der laclauschen Theorie ist und Defizite in Laclaus Konzeption des Realen offenlegen würde. In seiner Rekonstruktion der Rolle des Imaginären bei Lacan argumentiert er, dass dieser zwar die Ebene des Symbolischen als Ebene der Analyse sieht, das Imaginäre jedoch eine Art »Rohmaterie« darstelle, die in das Symbolische transformiert werde (Aibar 2014: 31, Übers. T. B.).

ren Nicht-Erfüllung erklären. Wie die Formulierung bereits nahelegt, liegt hier jedoch ein Zirkelschluss vor. Es bleibt die Frage offen, was der positive Bezugspunkt (das Imaginäre) sein könnte, aus dem sich ein wahrgenommener Mangel speist. Es kann nicht aus dem Verhältnis von A und B konstruiert werden. Am Beispiel, das Laclau in OPR anführt, lässt sich dies gut veranschaulichen. Er schreibt:

> Think of a large mass of agrarian migrants who settle in the shantytowns on the outskirts of a developing industrial city. Problems of housing arise, and the group of people affected by them request some kind of solution from the local authorities. (OPR: 73)

Der wahrgenommene Mangel, aus dem eine *demand* sich bildet, ist nur möglich, wenn es ein Imaginäres gibt (eine adäquate Unterkunft), die Vorstellung eines Anspruchs auf dieses Imaginäre (das Recht auf eine adäquate Unterkunft) sowie die Idee einer Autorität (die lokalen Autoritäten), die Adressat des Anspruchs sein könnten. Darüber hinaus und noch viel grundlegender bedarf es einer Vorstellung von Kommunikation, denn ohne diese kann es keine Idee eines Adressaten oder auch der Artikulation zwischen den verschiedenen Gliedern der Äquivalenzkette geben (Aibar 2014: 34). Diese Fragen werden in OPR nicht geklärt, und auch andere Texte, in denen Laclau (2005) sich ausführlich der Konstitution von *demands* widmet, liefern keine ausreichende Antwort.

Auch an dieser Stelle bleibt die Frage unbeantwortet, wie sich die positiven Bezugspunkte im Sinne eines Imaginären in Laclaus Theoriekonstruktion erklären lassen. Sowohl Aibar (2014) als auch Žižek (1990) konzipieren dieses Imaginäre psychoanalytisch. Letzterer greift in dem bereits zitierten Text auch auf Lacan zurück und führt die Begriffe der *fantasy* und *social fantasy* als »necessary counterpart of the concept of antagonism, a scenario filling out the voids of the social structure, masking its constitutive antagonism by the fullness of enjoyment« (Žižek 1990: 254) ein. Diese psychoanalytische Konzeption fragt nach der Ursache des Imaginären im Sinne des abstrakten Mechanismus, der hinter diesem steht. Mein Erkenntnisinteresse hier ist indes ein anderes. Diesem folgend lässt sich das Imaginäre auch historisch herleiten. Mir geht es nicht um die (psychoanalytischen) Möglichkeitsbedingungen des Imaginären, sondern um dessen konkrete Inhalte und wie sich diese (historisch) transformieren. Wie ich zu Beginn von Kapitel 9 argumentieren werde, lässt sich das Imaginäre deshalb auch als historische Narrative und Horizonte gesellschaftlicher Gruppen operationalisieren, auf die sie mit ihren *demands* referenzieren.

2.3.5.5 Einwand V: Ahistorizität

Mein fünfter Einwand zielt auf die historische Reichweite der Begriffe Laclaus. Wie Opratko (2012b: 148-150) im Hinblick auf die laclausche Hegemonietheorie argumentiert, übersetzt sich die beschränkte historische Reichweite seiner Begriffe, die

Laclau zwar einräumt, nicht in sein theoretisches Konstrukt. Wullweber (2010: 102) spricht von einem »methodologischen Ontologismus«, der »den historisch-kulturellen Status« der Theorie verschleiere. Andere sehen sogar eine gewollte Ahistorizität am Werk (Almeyra 2009; Žižek 2013: 140f.)

An diesem Punkt zeigen sich die Probleme, die durch die Leere der laclauschen Begriffe hervorgerufen werden. Die Enthistorisierung des Begriffs des Politischen führt dazu, dass Hegemonie als die für alle Zeiten das Soziale konstituierende Logik erscheint (Demirović 2007: 69). Historisch gesehen wird »Hegemonie« jedoch erst ab der Französischen Revolution, welche das Terrain des Deutungshorizonts von Freiheit und Gleichheit, auf dem die gesellschaftlichen Kämpfe stattfinden, setzt und fixiert, zur dominierenden Form von Politik (Demirović 2007: 59f.). Somit

> spricht vieles dafür, dass die moderne Gesellschaft der gelungene Versuch einer sozialen Gruppe, des modernen Bürgertums, ist, seine eigene Existenzgrundlagen auf Dauer zu stellen und den Raum zu schaffen für eine Vielzahl von sich überkreuzenden Versuchen, sich durch Politik zu totalisieren und allgemein zu setzen (Demirović 2007: 76).

Wir rufen uns in Erinnerung, dass Laclau und Mouffe ihren Hegemoniebegriff von Gramsci ausgehend entwickeln und zu einer allgemeinen Theorie des Sozialen ausbauen. Der italienische Marxist war jedoch sehr deutlich im Hinblick auf die historische Reichweite seines Begriffs, den er vorschlug, um die zeithistorischen Veränderungen zu analysieren:[34]

> In der Zeit nach 1870 verändern sich mit der europäischen Kolonialexpansion alle diese Elemente, die internen und internationalen Organisationsverhältnisse des Staates werden komplexer und massiver, und die achtundvierziger Formel der ›permanenten Revolution‹ wird in der politischen Wissenschaft in der Formel der ›zivilen Hegemonie‹ umgearbeitet und aufgehoben. In der politischen Kunst findet statt, was auch in der Kriegskunst stattfindet: der Bewegungskrieg wird immer mehr zum Stellungskrieg […]. Die massive Struktur der modernen Demokratien, sowohl als staatliche Organisationen als auch als Komplex von Vereinigungen im zivilen Leben, bilden für die politische Kunst so etwas wie die ›Schützengräben‹ und die dauerhaften Befestigungen der Front im Stellungskrieg: sie machen das Element der Bewegung, das vorher der ›ganze Krieg‹ war, zu einem ›partiellen‹ usw. (GH 13: 1545)

Das Zeitalter der Hegemonie beginnt für Gramsci also mit dem Ende der »permanenten Revolution« und der langsamen Einhegung des »›Einbruchs der Massen‹ in die Politik« (Sieder/Langthaler 2010: 25) und der daran anschließenden langsamen

34 Den Hinweis auf die exakte Stelle in den Gefängnisheften verdanke ich Stefan Pimmer.

Herausbildung einer modernen und bürgerlichen Demokratie. Für den Hegemoniebegriff heißt das, dass dieser fernab davon ist, ein ahistorisches Konzept der (politischen) Macht zu sein, sondern eine spezifische Form der Herrschaft ist, die sich ab dem Zeitpunkt und als Antwort auf die »Politisierung des Sozialen und der Sozialisierung der Politik« (Acanda 2007: 38, Übers. T. B.) herausbildet.

Das überzeugendste Argument in Bezug auf das Erkenntnisinteresse Laclaus an der Konstitution politischer Identitäten und gegen eine ahistorische Lesart des Hegemoniebegriffs liefert indes Verónica Gago (2014: 296f.). Die von Laclau ausgemachte Konstruktionslogik ist erst ab dem Zeitpunkt denkbar, ab dem sich die Subjekte als TrägerInnen von Rechten ansehen. Unter Rückbezug auf Einwand IV ließe sich sagen, dass diese Selbstwahrnehmung Teil des Imaginären sein muss. Historisch gesehen ist das erst mit der bürgerlichen Form der Vergesellschaftung der Fall. Ein Teil kann erst für sich reklamieren, das Ganze zu repräsentieren, wenn das Volk als der Souverän anerkannt ist. Vor diesem Hintergrund lassen sich die von Laclau untersuchten Konstruktionslogiken politischer Identitäten nur schwerlich als universelle, ahistorische und allgemein gültige soziale Logiken begreifen, sondern sie können lediglich für ein spezifisches Terrain und eine bestimmte zeitliche Periode geltend gemacht werden: die moderne bürgerliche – und hinzuzufügen wäre darüber hinaus: kapitalistische – Gesellschaft.

2.4 Zwischenfazit

Im voranstehenden Kapitel wurden die drei (in Lateinamerika) dominanten Debattenstränge rund um den Populismus diskutiert. Die unterschiedlichen Ansätze wurden auf ihr Erkenntnisinteresse, welche Fragen sie an ihr Erkenntnisobjekt richten sowie der Funktion und Position des Begriffs des Populismus innerhalb ihrer Begriffsanordnung hin befragt. Wie sich gezeigt hat, nähern sich strukturfunktionalistische und ökonomische Perspektiven dem Populismus ausgehend von der Frage nach gesellschaftlicher Entwicklung. Für sie repräsentiert der Populismus eine historische Periode, die Ausdruck einer fehlgeleiteten gesellschaftlichen Modernisierung ist. Im Zentrum stehen die ökonomischen Entwicklungen. Die strukturellen Umbrüche bringen jene Massen hervor, die dann aufgrund von Manipulation und »Pseudopartizipation« (Germani 1965: 239, Übers. T. B.) zur UnterstützerInnenbasis des Populismus werden.

Diese Defizitperspektive ist auch großen Teilen der Ansätze des zweiten Debattenstrangs gemein. Sie versuchen, den Populismus innerhalb des politischen Spektrums zu typisieren. Als Kennzeichen populistischer Kräfte wird hierbei häufig deren potenziell undemokratisches Vorgehen oder Verhältnis zu den politischen Institutionen ausgemacht. Während Letztere häufig im Zentrum der Ansätze ste-

hen, bleiben die den Populismus konstituierenden Akteure hingegen nicht selten eine opake Masse.

Im Detail wurde der dritte Ansatz diskutiert, der aus einer hegemonietheoretischen Perspektive heraus argumentiert. Im Gegensatz zu den anderen beiden Strängen wird Populismus hier nicht als defizitäre Abweichung (von Entwicklung oder demokratischen Prozessen) besprochen. Stattdessen erscheint der Populismus positiv konnotiert. In Laclaus frühem Werk *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus* ist der Populismus eine spezifische Artikulationsform von Ideologie und gesellschaftlichen Akteuren respektive Klassen. Ein »Populismus der beherrschten Klassen« (PIM: 151) artikuliert für ihn einen Klassendiskurs auf Ebene der Produktionsverhältnisse mit dem National-Popularen auf Ebene der Ideologie, sodass die höchste Form des Populismus für Laclau im Sozialismus zusammenkommt. Ein spezifischer Populismus ist in diesem Kontext also positiv konnotiert, weil er eine erfolgreiche politische Strategie (im Gegensatz zur Strategie der Kommunistischen Internationalen) darstellt.

In seinem späteren Werk *On Populist Reason* zielt Laclaus Intervention in eine andere Richtung und kritisiert eine liberale Konzeption von Politik. Der Populismus erscheint hier ebenfalls positiv konnotiert, weil er das Politische in das Soziale (wieder) einführt. »Populismus« ist in OPR die allgemeine Konstitutionslogik des Politischen. Dieser Logik geht Laclau mithilfe der Frage nach der Konstruktion von politischen Identitäten nach. In diesem Sinne grenzt sich die laclausche Perspektive von den vorherigen Strängen ab, da sie es ermöglicht, nicht nur nach der Integration, sondern auch nach der Konstitution der Akteure eines politischen Projekts zu fragen. Gleichwohl habe ich fünf Einwände gegen die laclausche Theorie vorgebracht (Deckungsgleichheit zwischen »Populismus« und »Hegemonie«; »Ontologisierung«; »Politizismus«; »zeichentheoretische Reduktion«; »Ahistorizität«).

Wie sich die laclausche Perspektive unter Maßgabe einiger Einschränkung fruchtbar machen lässt, wird in Kapitel 5.2 diskutiert. Zunächst soll jedoch der Begriff der Mittelklasse diskutiert werden. Diese Diskussion legt erste Fährten, wie die sich eine klassentheoretische Perspektive mit der Frage nach politischen Identitäten integrieren lässt.

3 Mittelklasse

Mit dem Begriff der Mittelklasse verhält es sich ähnlich wie mit dem Terminus »Populismus«: So oft er auch Verwendung findet, so unklar scheint seine genaue Definition. Demgegenüber steht eine umso stärkere politische Aufladung des Begriffs. Wie in der Einleitung erörtert, verbirgt sich hinter dem Begriff der Mittelklasse eine topografische Metapher, die permanent eine politische Konnotation mittransportiert. »Mitte« ist im Gegensatz zu »ArbeiterInnen(-Klasse)« oder »KapitalistInnen(-Klasse)« kein qualitatives Definitionsmerkmal (die, die ihre Arbeitskraft verkaufen; jene, die über die Produktionsmittel verfügen), sondern eine mehrdeutige Ortbestimmung innerhalb dieser topografischen Metapher von Gesellschaft (Adamovsky 2005, 2013a). Der Begriff proklamiert diejenigen zu umschreiben, die sich in der Mitte der Gesellschaft befinden (Adamovsky 2005: 303f.). So formuliert wird die Problematik der Metapher augenscheinlich. Gesellschaft hat erstens keine Mitte und zweitens gibt die Metapher keinen Aufschluss darüber, worin die Pole der Gesellschaft bestehen sollen, in deren Mitte die Mittelklasse anzusiedeln wäre. Die Möglichkeiten an Gegensatzpaaren wären theoretisch unendlich, tatsächlich kommt es jedoch regelmäßig zur Vermengung von der Mitte zwischen einem Unten und Oben und einem Rechts und Links, was eben jene politische Konnotation der Mittelklasse zur Folge hat: Die sozialstrukturelle Mitte wird zur politischen Mitte erklärt.

Die performative Dimension des Begriffs ist kein Zufall, sondern hat eine lange Tradition innerhalb der politischen Philosophie. Wie Adamovsky (2005) argumentiert, ist diese Annahme stark in einer liberalen Denktradition verwurzelt, reicht aber noch weiter zurück. Schon Aristoteles sah in der goldenen Mitte den gesellschaftlichen Ort der Tugenden, die gute Verfassung der Gesellschaft. Später dann setzte auch Diderot diese metaphorische Operation ein, um eine gesellschaftliche Gruppe als ausgeglichen, gemäßigt und somit schlussendlich als vernünftige politische Mitte zu konstruieren. Dabei beruhten diese Konzeptionen einer ›guten Mitte‹ auf spezifischen Vorstellungen und Setzungen über die gute Gesellschaft, die durch den Begriff der Mittelklasse transportiert wird.

Diese performative Dimension des Begriffs ist bis heute politisch folgenreich, was sich gerade auch im entwicklungspolitischen Kontext zeigt. Obwohl historisch

betrachtet nur schwerlich aufrechtzuerhalten, wird die (globale) Mittelklasse bis heute nicht selten als Garant für Demokratie und stabile politische Institutionen ausgerufen oder ihr werden spezifische Werte nachgesagt (vgl. etwa Birdsall 2012; Huntington 1991; Lipset 1960; Lu 2005; Popp 2014; spez. für Lateinamerika Johnson 1964). Wer diese Mittelklasse genau ist, bleibt dabei häufig unklar oder beruht, wenn expliziert, oft auf einer willkürlichen Grenzziehung (Adamovsky 2013a).

Allerdings lässt sich die ungenaue Definition der Mittelklasse nicht auf eine politische Dimension beschränken, weitere Verwirrung stiftet der sprachliche Kontext. Vor allem HistorikerInnen haben auf dieses Problem verwiesen (Kocka 1995). Auch schon Antonio Gramsci beobachtete hinsichtlich des Begriffs der Mittelklasse: »Die Bedeutung des Ausdrucks ›Mittelklasse‹ wechselt von Land zu Land […] und gibt deshalb häufig Anlass zu sehr seltsamen Missverständnissen.« (GH 26: 2209) Der Grund ist dabei ein historischer und kein rein semantischer: Wie Gramsci erläutert, rühren diese Unterschiede zum Beispiel daher, dass die Bourgeoisie in England nie als Teil des Volkes angesehen und deshalb als *middle class* bezeichnet wurde (GH 26: 2209).[1] In Italien hingegen wurde der Begriff vor allem für Intellektuelle, Staatsangestellte oder AkademikerInnen verwendet (GH 26: 2209f.).

Somit entspricht das englische *middle class* aus einer historiografischen Perspektive häufig dem deutschen »Bürgertum« (Osterhammel et al. 2019 diskutieren die Herausforderungen für eine globale Perspektive auf die Mittelklasse). Gleichwohl existiert im Deutschen auch der Begriff der Mittelklasse. Und wie sich in Kürze zeigen wird, haben Autoren wie Weber und Marx, den Begriff nicht nur verwendet, um jene aufsteigende Klasse zwischen dem alten Adel und den Besitzlosen zu benennen. In der spanischen Sprache hingegen wird *clase media* in Abgrenzung zu *burgesía* verwendet. Am bedeutendsten ist hingegen, dass sich speziell in den Sozialwissenschaften eine weitere Verwendungsweise durchgesetzt hat. Hier geht es nicht mehr um die Entstehungszeit des Kapitalismus, sondern der Begriff »Mittelklasse« wird zumeist verwendet, um Positionen in den Produktions- und Arbeitsverhältnissen zu bezeichnen, die sich weder Kapital noch Arbeit eindeutig zuordnen lassen.

Eine weitere Herausforderung sind unterschiedliche theoretische Konnotationen in den verschiedenen Sprachen. Im Deutschen scheint der Begriff »Klasse« heutzutage mit einer marxistischen Denktradition verknüpft. (Dem war nicht immer so, wie sich gleich zeigen wird). (Für einen kurzen Überblick der deutschen

1 Der ebenfalls in den Gefängnisheften enthaltene ursprüngliche Textentwurf Gramscis (A-Stelle) ist diesbezüglich noch deutlicher als die finale Version. In seiner ursprünglichen Skizze schreibt Gramsci: »Der Terminus ist aus der englischen politischen Literatur gekommen und bezeichnet in dieser Sprache das industrielle Bürgertum, das zwischen Adel und Volk steht: in England ist das Bürgertum niemals als ein Ganzes mit dem Volk zusammen aufgefasst worden, sondern steht getrennt von diesem.« (GH 5: 663)

Debatte vgl. Thien 2014). Das englische *class* hingegen umfasst sowohl Klasse als auch ein Verständnis, das dem deutschen Begriff der Schicht näherkommt. Mit dem spanischen Begriff *clase* verhält es sich ähnlich wie im Englischen. Darüber hinaus scheinen im englisch- und spanischsprachigen Raum die Berührungsängste gegenüber einer marxistischen Tradition bei weitem nicht so groß wie im deutschsprachigen Kontext, wo diese politisch weitgehend delegitimiert ist. Der Bedarf einer expliziten Abgrenzung besteht im englisch- und spanischsprachigen Raum offensichtlich weniger. Die Folge ist eine umgekehrte Benennungspolitik: Erscheint die Verwendung von *class* oder *clase* unverfänglich und *strata* oder *capas* als explizite Abgrenzung gegenüber eines marxistischen Klassenbegriffs, stellt man sich im Deutschen mit der Verwendung des Begriffs »Klasse« explizit in eine solche Tradition.

Zu guter Letzt ist der Begriff »Klasse« selbst definitionsbedürftig. In zahlreichen Disziplinen spielt die Kategorie »Klasse« und ihre empirische Untersuchung eine Rolle. Klassenanalysen sind Forschungsgegenstand der Sozial-, Wirtschafts- und Geschichtswissenschaften, wobei theoretische Traditionslinien quer zu diesen Disziplinen liegen, in denen unterschiedliche Ansätze sich verorten lassen. Verschiedene Klassentheorien lassen sich als Annahmen darüber begreifen, in welcher Verbindung die Akteure mit der gesellschaftlichen Totalität stehen. Divergieren diese Annahmen grundlegend, entstehen folgenreiche Fehlinterpretationen, wenn aufgrund des gleichen Begriffs über Inkompatibilitäten unterschiedlicher Ansätze hinweggegangen wird. Die Folge sind nicht selten soziologische Pseudo-Debatten (Crompton 2010).

Die Auswahl an Klassentheorien ist dabei schier unendlich, allerdings lassen sich zwei Haupttraditionen ausmachen: eine marxistische und eine weberianische Linie. Wie ich in weiterer Folge argumentieren werde, sind die ihnen zugrundeliegenden Annahmen allerdings nur schwerlich miteinander in Einklang zu bringen. Ihnen liegen in Teilen nicht kompatible erkenntnis- und gesellschaftstheoretische Grundannahmen zugrunde. Hinsichtlich ihres Klassenbegriffs sind zwei Unterschiede ausschlaggebend. Sie finden sich in ihrem divergierenden Verständnis der Theorien von Individuum und Kollektivakteuer und in ihrer Konzeption des relationalen Charakters von »Klasse«. Dieser relationale Charakter ist der Kern des marxistischen Klassenbegriffs, nach dem Klassen »nur in ihrem konfliktiven Verhältnis zueinander begriffen werden können, was in Begriffen wie Klassenkampf und Hegemonie zum Ausdruck kommt« (Kaltmeier 2015a: 429). Genau dieser Aspekt der Relationalität, bietet meiner Einschätzung nach, einen fruchtbaren Ausgangspunkt für die ›Versöhnung‹ des laclauschen Theorieunternehmens und dem Klassenbegriff. Hier sei nochmals an die Vorbemerkungen zu Beginn von Teil I verwiesen. Dort habe ich auf mögliche Missverständnisse hingewiesen, die durch das Herauslösen theoretischer Begrifflichkeiten aus ihrer Problematik entstehen können. Für das Übertragen in einen anderen Kontext sollten sich grundlegende ge-

sellschaftstheoretische Grundannahmen ähneln (Pühretmayer 2010). Im Beharren auf dem Verhältnischarakter und der Konzeption einzelner Entität als relational stimmen Laclau und der marxistische Klassenbegriff überein, weshalb sich dieser für die vorliegende Untersuchung besonders zu eigenen scheint.

Um deutlich zu machen, dass sich in eben diesem Kernpunkt eine marxistische Perspektive von einem weberianischen Klassenbegriff unterscheidet, werde ich zunächst in aller Kürze auf Webers Klassenbegriff eingehen. Im Anschluss daran werde ich den Begriff der Mittelklasse bei Marx diskutieren. Neben »Mittelklasse« sind »Mittelstand«, »KleinbürgerInnentum« und »Bourgeoisie« Begrifflichkeiten, die von ihm in diesem Zusammenhang verwendet werden, jedoch permanenten Modifikationen unterworfen sind – Modifikationen, die der konkreten Analyse von Geschichte und Gesellschaft entspringen. Aus dieser Diskussion ergibt sich bereits eine erste entscheidende methodologische Erkenntnis, der zufolge »Klasse« im Sinne eines marxistischen Klassenbegriffs nur als dynamischer Prozess und historisches Verhältnis denkbar ist. Im Anschluss werde ich die wichtigsten Interventionen innerhalb der marxistischen Debatte im Hinblick auf die Frage der Mittelklasse vorstellen. Während einige der vorgestellten Beiträge auf die ökonomische Konstitution der Mittelklasse fokussieren (Carchedi, Poulantzas, Wright), stehen bei anderen die politischen Identitäten im Vordergrund (Mallet, Gorz, Belleville, Ehrenreich/Ehrenreich). Wie ich zeigen werde, müssen beide Perspektiven für sich allein unbefriedigend bleiben. Denn während die eine trotz ihrer Bemühungen innerhalb einer marxistischen Denktradition zu arbeiten, den relationalen Charakter von Klasse letztendlich doch in statische Strukturpositionen bindet, vernachlässigt die andere die ökonomische Konstitution von Klasse. Diese Erkenntnis aus der Diskussion der beiden Perspektiven liefert die Grundlage für die spätere Zusammenführung der theoretischen Ansätze (Kapitel 5.1), in der ich einen relational-historisch-materialistischen Klassenbegriff vorschlage.

3.1 Klasse bei Weber

In Bezug auf die weberianische Tradition ist zunächst die Heterogenität an Ansätzen auffällig. Wie sich umgehend zeigen wird, ist diese Heterogenität in der Offenheit der ursprünglichen Definition von Weber angelegt. Denn »Klasse« soll laut Weber »jede in einer gleichen Klassenlage befindliche Gruppe von Menschen heißen« (Weber 1926: 177). Doch wie kommt es zu diesen Klassenlagen innerhalb seiner Gesellschaftskonzeption?

Weber leitet den Klassenbegriff von seinem Machtbegriff ab. Dabei sind für ihn nicht nur Klassen, sondern auch Stände oder Parteien Ausdruck der gesellschaftlichen Machtverteilung (Weber 1926: 631). Klasse verortet er in weiterer Folge dort, wo:

> 1. einer Mehrzahl von Menschen eine spezifische ursächliche Komponente ihrer Lebenschancen gemeinsam ist, soweit 2. diese Komponente lediglich durch ökonomische Güterbesitz- und Erwerbsinteressen und zwar 3. unter den Bedingungen des (Güter- oder Arbeits-)*Markts* dargestellt wird (›Klassenlage‹) (Weber 1926: 632, Herv. i. O.).

»Klasse« bei Weber definiert sich also über gleiche Lebenschancen von Individuen. Diese Lebenschancen sind zunächst einmal ökonomisch definiert, wobei »die Art der Chance auf dem *Markt* diejenige Instanz ist, welche die gemeinsame Bedingung des Schicksals der Einzelnen darstellt«, weshalb Weber konsequent schlussfolgert: »›Klassenlage‹ ist in diesem Sinn letztlich: ›Marktlage‹« (Weber 1926: 632, Herv. i. O.).

Die Mittelklasse selbst spielt bei Weber eine untergeordnete Rolle. In seinem Schema unterschiedlicher »Klassenlagen« (Weber 1926: 178-179), tritt sie als Kategorie der »Mittelstandsklassen« oder »Mittelklassen« auf. Ersterer bezeichnet eine Mittelposition zwischen »Besitzklassen« und »Erwerbsklassen«. Letztere Kategorie schreibt er Bauern, Handwerkern oder auch teilweise Beamten zu, die er innerhalb der Erwerbsklassen in einer Zwischenposition von positiv privilegierten und negativ privilegierten Erwerbsklassen verortet. Wiewohl bleiben Webers Ausführungen diesbezüglich marginal.

Klassentheorien implizieren immer Annahmen darüber, in welcher Verbindung die Akteure zur gesellschaftlichen Totalität stehen. Anhand der Definition bei Weber lassen sich bereits die substanziellen Unterschiede zwischen einem weberianischen und einem marxistischen Klassenbegriff herausarbeiten. Bei Weber stellt »Klasse« nicht den privilegierten Ort dieser Verbindung dar. Stattdessen handelt es sich um eine Verbindung unter weiteren, weshalb Weber Stände und Parteien als äquivalente Phänomene für die Bereiche des Sozialen und des Politischen benennt, die sich durch die gesellschaftliche Machtverteilung ergeben. Die Zugehörigkeit der Begriffe zu den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen definiert er wie folgt: »Während die ›Klassen‹ in der ›Wirtschaftsordnung‹, die ›Stände‹ in der ›sozialen Ordnung‹, also in der Sphäre der Verteilung der ›Ehre‹, ihre eigentliche Heimat haben […], sind ›Parteien‹ primär in der Sphäre der ›Macht‹ zu Hause.« (Weber 1926: 639)

Auf den ersten Blick bestimmt Weber seinen Klassenbegriff ähnlich eines marxistischen Verständnisses ökonomisch. Jedoch wird bei genauerer Betrachtung ein erster entscheidender Unterschied deutlich. Bei Weber ist der Markt und der Tausch zentral und nicht, wie bei Marx, die Stellung in den Produktionsverhältnissen. In diesem Sinne lässt sich argumentieren, dass ökonomische Studien, die Klassen entlang des Einkommens definieren (vgl. jüngst etwa Milanović 2016), tendenziell eher einer weberianischen Tradition zuordenbar sind.

Der zweite und grundlegendste Unterschied in Abgrenzung zu einem marxistischen Klassenbegriff ist in Webers Machtbegriff angelegt. Wie gerade beschrieben, baut Webers Klassenbegriff auf seinem Machtbegriff auf, und Klassen sind für ihn der Ausdruck der gesellschaftlichen Machtverteilung in der Sphäre der Wirtschaftsordnung. »Macht« definiert Weber (1926: 28) folgendermaßen: »Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eignen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.« »Macht« wird hier definiert als eine Ressource, die von Individuen besessen wird.

Die impliziten Annahmen des Machtbegriffs fließen in zweierlei Weise in Webers Klassenbegriff ein. Erstens begründen sie Webers Fokus auf das Individuum und seinen methodologischen Individualismus (Crompton 2009: 29). »Klasse« im weberianischen Sinne zu analysieren, heißt demzufolge, die Attribute des Individuums zu bestimmen, welche in der Zusammenschau die Klassenlage des Einzelnen ergeben. Hieraus resultiert die bereits erwähnte Heterogenität an weberianischen Klassendefinition in logischer Folge. »Klasse« ist letztendlich »the summation or weighed combination of a variety of positional effects on partly orthogonal scales or divides – of property, occupation, authority, education, and prestige« (Wacquant 1991: 47). Unter diesen Effekten wird keine Variable als privilegiert für den Klassenbegriff bestimmt, weshalb der Variantenreichtum an Ansätzen theoretisch grenzenlos ist – welche Effekte, Faktoren oder Variablen herangezogen werden, ist schlussendlich offen.

Zweitens finden wir bei Weber einen Klassenbegriff, der nicht primär relational bestimmt ist. Dem marxistischen Klassenbegriff hingegen liegt genau diese Annahme zugrunde. In einem marxistischen Verständnis leitet sich »Klasse« aus einem antagonistischen Verhältnis zueinander, einem Konflikt (zwischen Kapital und Arbeit) ab. Was damit genau gemeint ist, werde ich weiter unten im Detail diskutieren. Bereits zu diesem Zeitpunkt wird jedoch deutlich, dass ein solch relationales Verständnis nicht im weberianischen Klassenkonzept angelegt ist. Die Entitäten können auch unabhängig von ihrem Gegenüber existieren. Exakt diese Grundannahmen lassen die weberianische Perspektive inkommensurabel mit einem marxistischen Klassenbegriff erscheinen. Um diesen und die Diskussion rund um den Begriff der Mittelklasse soll es nun in weiterer Folge gehen.

3.2 Mittelklasse in der marxistischen Debatte

Die marxistische Debatte über die Mittelklasse erreichte in den 1970ern ihren Höhepunkt. Mit den strukturellen Veränderungen der kapitalistischen Verhältnisse im Fordismus der Nachkriegszeit drängte sich zunehmend die Frage auf, wie beispielsweise Büroangestellte, BeamtInnen, ExpertInnen oder koordinierende Funktionen klassentheoretisch zu fassen sind. Allerdings machte sich bereits Marx Ge-

danken über jene Gruppen, die weder Proletariat noch Bourgeoisie anzugehören schienen.

3.2.1 Mittelklasse bei Marx

Marx selbst hat keine systematische Klassentheorie entworfen. Das mit *Die Klassen* überschriebene zweiundfünfzigste Kapitel in Band III endet nach kaum zwei Seiten mit der berühmten Anmerkung Friedrich Engels' »Hier bricht das Ms. ab« (MEW 25: 893). Marx' Schriften selbst lassen widersprüchliche Schlüsse darüber zu, welche Definition er vor Augen gehabt haben mag und welche er im Begriff war, auf den nachfolgenden Seiten darzulegen. Was bleibt, sind unzählige Rekonstruktionsversuche.

Bis heute herrscht die Annahme vor, dass Marx und der Marxismus ganz allgemein von einer zunehmenden Polarisierung der Klassenverhältnisse im Zuge der voranschreitenden Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse während des 20. Jahrhunderts ausgegangen seien. Die Grundlage für diese Annahme liefert zumeist jene Textstelle im *Manifest der Kommunistischen Partei,* an der Marx und Engels proklamieren, dass sich im Kapitalismus die Klassengegensätze zunehmend vereinfachen würden, bis sich am Ende lediglich zwei Klassen – Proletariat und Bourgeoisie – gegenüberstünden (MEW 4: 463). Diese Polarisierungsthese werde ich weiter unten noch einmal kritisch befragen. Die Lektüre anderer Schriften, aber auch die des *Manifests* selbst zeigt jedoch schnell, wie zweifelhaft die Annahme ist, dass Marx und Engels die These in dieser Form geteilt hätten. Tatsächlich ergeben die Schriften ein überaus komplexes und widersprüchliches Bild davon, wie Marx den Begriff der (Mittel-)Klasse verwendete.

Erik Olin Wright (1985) unterscheidet zwischen einer Klassenkonzeption in den politökonomischen Schriften und einer Konzeption in den politischen Schriften von Marx. In den politökonomischen Arbeiten tritt »Klasse« vor allem als gesellschaftliche Struktur in Erscheinung. »Klasse« definiert sich über ihren relational antagonistischen Charakter basierend auf der ökonomischen Ausbeutung, dem die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zugrunde liegen (Wright 1985: 239f.). »Klasse« korreliert hier mit den Positionen innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. In den politischen Schriften tritt »Klasse« hingegen als kollektiver Handlungsakteur in politischen Kämpfen in Erscheinung. Ist Marx in diesen Schriften weit davon entfernt, lediglich von zwei Klassen zu sprechen, wurde basierend auf seinen politökonomischen Schriften oft die angesprochene Polarisierungstendenz hin zu zwei Klassen argumentiert. Wie sich später zeigen wird, lassen sich diese zwei divergierenden Fluchtpunkte auch innerhalb der späteren Diskussion über die Mittelklasse ausmachen. Denn während einige der weiter vorne im Buch diskutierten Ansätze versuchen, eine Bestimmung der Mittelklasse

über eine Strukturposition vorzunehmen, debattieren andere schwerpunktmäßig die Frage von Identität und politischem Wirken der Mittelklasse.

Die von Wright (1985) vorgeschlagene Unterteilung ist hilfreich, um unterschiedliche Ansinnen hinter der Verwendungsweise des Klassenbegriffs aufzuzeigen. Gleichwohl lässt sie sich nicht in eine eindeutige Zuordnung, der in unterschiedlichen Schriften auftauchenden Begriffe, übersetzen. Die Termini »Bourgeoisie«, »KapitalistInnen«, »Mittelklasse«, »KleinbügerInnentum« oder »Mittelstände« verändern ihren Bedeutungsinhalt, der vom jeweiligen Kontext ihrer Verwendung abhängig scheint. Beginnen wir mit den unmissverständlichsten Begriffen.

Mit »Mittelstand« und »KleinbürgerInnentum« sind zwei der genannten Begriffe in Marx' Schriften relativ eindeutig beschrieben. »Mittelstand« bezeichnet bei Marx Berufsstände, die im Zuge der Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse zunehmend ökonomischen Verdrängungstendenzen ausgesetzt waren und proletarisiert wurden (MEW 4: 469). Konfrontiert mit der kapitalistischen Konkurrenz und den damit einhergehenden Konzentrationsprozessen, würden sie sich gegen die neue kapitalistische Ordnung zur Wehr setzen, da ihr Wissen und Kleinkapital zunehmend entwertet werde (MEW 4: 472). Viele der Vorschläge für eine Theoretisierung der Mittelklasse, die ich weiter unten diskutieren werde, haben diese Gruppe vor Augen, wenn sie von einer »alten Mittelklasse« sprechen. Die alte Mittelklasse ist ihnen ein Relikt aus vergangenen Jahren und gehört einer anderen Produktionsweise an, da die unmittelbaren ProduzentInnen noch nicht von den Produktionsmitteln geschieden wurden und zu doppelt freien LohnarbeiterInnen geworden sind.

Hier reiht sich auch Marx' Begriff des KleinbürgerInnentums ein. Über das KleinbürgerInnentum spricht er in der oft bemühten Stelle aus *Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*, in der er es zu einer »Übergangsklasse« (MEW 8: 144) erklärt. Es sei eine Erscheinung der neuen Gesellschaftsordnung und auf lange Sicht im Verschwinden begriffen. Das »Klein« in KleinbürgerInnentum transportiert dabei zweierlei Bedeutungen. Einerseits wird es schon bei Marx im Sinne einer geistigen Borniertheit verwendet. Andererseits repräsentiert es ökonomisch den/die lokale/n KleinunternehmerIn in Abgrenzung zur sich internationalisierenden Bourgeoisie (Barfuss 2008: 960). Beide Dimensionen hängen bei Marx miteinander zusammen. Während die Bourgeoisie für ihn im Übergang zum Kapitalismus Trägerin der gesellschaftlichen Veränderung ist und »sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde [schafft]« (MEW 4: 466), repräsentiert das KleinbügerInnentum nur lokale Interessen und versucht den Status quo zu bewahren, weshalb es zumeist konservativ sei. Letztere Bedeutung transportiert der Begriff bis heute, wenn despektierlich von »kleinbürgerlich« die Rede ist.

Komplexer als im Falle der Begriffe von »Mittelstand« und »KleinbürgerInnentum« verhält es sich mit dem Begriff der Bourgeoisie. Dabei kommt ihm eine

exzeptionelle Bedeutung bei Marx zu. Steht er in den Frühwerken noch in Abgrenzung zum Citoyen, wo der egoistische Bourgeois dem am Gemeinwesen teilnehmenden Bürger gegenübergestellt wird, bekommt er im weiteren Verlauf der Schriften zunehmend den Bedeutungsinhalt im Gegensatzpaar von Bourgeoisie und ArbeiterInnenklasse als Klasse der Besitzenden (Wallerstein 1995: 303). In den ökonomischen Schriften findet sich der Begriff dann kaum noch und es setzt sich »KapitalistInnen(klasse)« als Bezeichnung durch, die auf die strukturelle Funktion abhebt, d.h. die Stellung und Rolle im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Dementsprechend grenzt Engels den Begriff der Bourgeoisie später (1888) im englischen Vorwort zum *Manifest der Kommunistischen Partei* explizit ein. Dort definiert er die Bourgeoisie als »die Klasse der modernen Kapitalisten […], die Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen« (MEW 4: 462 zit.n. Wallerstein 1995: 304).

Diese definitorisch klare Unterscheidung zwischen »Bourgeoisie als Großkapital«, das Mehrarbeit abpresst, und einem Verständnis ganz allgemein als »Klasse der Besitzenden« wird von Marx nicht immer konsequent durchgehalten. Das ist kein Zufall, würde ich argumentieren, sondern der Sache selbst geschuldet. Marx beschreibt und analysiert dynamische gesellschaftliche Prozesse, für die starre Kategorien unzureichend wären. In Marx' historischer Analyse bildet sich die Bourgeoisie aus jener Gruppe, die weder Bauern/Bäuerinnen oder Leibeigene noch Adel waren. Marx und Engels sehen die ersten Ursprünge der Bourgeoisie in den sogenannten Pfahlbürgern. So wurde eine Person bezeichnet, die »das Bürgerrecht einer Stadt hat, aber nicht innerhalb ihrer Mauern, sondern bei den das Außenwerk bildenden Pfählen wohnt« (Dudenredaktion o.J.). Zumeist handelte es sich hierbei um relativ wohlhabende, handeltreibende Personen, HandwerkerInnen oder KleinproduzentInnen, also in Teilen um jene Gruppe, die später als »KleinbügerInnentum« bezeichnet wurden. Verschwimmen die genannten Begriffe und fließen immer wieder ineinander über, lässt sich in der Zusammenschau der Schriften trotzdem eine Unterscheidung zwischen großer und kleiner Bourgeoisie, ›moderner‹ Bourgeoisie und ›überkommenem‹ KleinbürgerInnentum (im ökonomischen Sinne) sowie zwischen universeller und lokaler Verankerung erkennen. Die räumlichen und zeitlichen Zuschreibungen zeigen dabei an, wie sehr Marx im Kapital und seinem sozialen Träger, der Bourgeoisie, eine die Welt radikal transformierende Kraft sah.

Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass der Begriff der Mittelklasse bei Marx mehrdeutig ist. In *Der Bürgerkrieg in Frankreich* bezeichnet er als Mittelklasse »die große Masse der Pariser Mittelklasse – Kleinhändler, Handwerker, Kaufleute –, die reichen Kapitalisten allein ausgenommen« (MEW 17: 344). In anderen Schriften wiederum spricht Marx von der »industrielle[n] und kommerzielle[n] Mittelklasse, also [der] Bourgeoisie« (MEW 8: 344), d.h., »Mittelklasse« be-

zeichnet hier die Klasse zwischen dem alten Adel und dem Proletariat.[2] Genau das ist der Grund, warum er von der Bourgeoisie als Mittelklasse spricht. Sie ›lag‹ zwischen Adel und Bauern/Leibeigenen. Hinzu kommt die zu Beginn des Kapitels erläuterte Problematik der sprachlichen Übersetzung. Durch den geschichtlichen Kontext Englands bedingt, übersetzen Marx und Engels den Begriff der *middle-class* zumeist als »Bourgeoisie«, ein Vorgehen, dem auch die HerausgeberInnen der Marx-Engels-Werke (MEW) gefolgt sind (Wallerstein 1995: 302f.).

Obwohl auch die Bourgeoisie als »Mittelklasse« bei Marx auftaucht, herrschte ein Verständnis vor, das unter den Begriff der Mittelklasse KleinhändlerInnen, HandwerkerInnen und Kaufleute subsumiert, d.h. jene Gruppen, die noch in früheren Produktionsweisen verwurzelt sind. Die geschichtsphilosophische Annahme war, dass es zu einer zunehmenden Polarisierung der Klassen komme und mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise die Mittelklasse zunehmend verschwinde. Als Ausgangspunkt dieser Polarisierungsannahme des Marxismus gilt zumeist folgende Stelle im *Manifest der Kommunistischen Partei:*

> Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat. (MEW 4: 463)

Abgeleitet wurde hieraus die Annahme, dass es im Kapitalismus zu einer zunehmenden Polarisierung der gesellschaftlichen Klassen komme, an deren Ende sich

2 Eingangs von Teil I habe ich die Metapher habe ich Gramscis Metapher des gleichen (Begriffs-)Huts für unterschiedliche (inhaltliche) Köpfe hinsichtlich des Populismusbegriffs angeführt. Ähnliches lässt sich für den Begriff der Mittelklasse feststellen. Als ähnlich folgenreich erweist sich auch hier das Überstülpen des gleichen Begriffs über unterschiedliche Inhalte. In einer jener Stellen aus dem *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte*, in denen Marx die Mittelklasse explizit erwähnt, charakterisiert er diese als die »Stärke dieser bürgerlichen Ordnung« (MEW 8: 204). In politischen Debatten hört man dieses Zitat bisweilen als Polemik gegen den Konservatismus des KleinbügerInnentum. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch klar, dass Marx an dieser Stelle »Mittelklasse« als Begriff für die Bourgeoisie verwendet. Das gesamte Zitat liest sich wie folgt: »Bonaparte als die verselbständigte Macht der Exekutivgewalt fühlt seinen Beruf, die ›bürgerliche Ordnung‹ sicherzustellen. Aber die Stärke dieser bürgerlichen Ordnung ist die Mittelklasse. Er weiß sich daher als Repräsentant der Mittelklasse und erläßt Dekrete in diesem Sinne. Er ist jedoch nur dadurch etwas, daß er die politische Macht dieser Mittelklasse gebrochen hat und täglich von neuem bricht. Er weiß sich daher als Gegner der politischen und literatischen Macht der Mittelklasse. Aber indem er ihre materielle Macht beschützt, erzeugt er von neuem ihre politische Macht. Die Ursache muß daher am Leben erhalten, aber die Wirkung, wo sie sich zeigt, aus der Welt geschafft werden.« (MEW 8: 204) Das zentrale Argument von Marx ist hier, dass im Zuge der Februarrevolution 1848 und dem nachfolgenden Staatsstreich die Bourgeoisie für den Erhalt ihrer ökonomischen Macht bereit ist, ihre politische Macht an Louis Napoleon Bonaparte abzutreten, nicht etwa der Konservatismus eines KleinbürgerInnentums.

lediglich Bourgeoisie und ProletarierInnen gegenüberstünden. Die Mittelklasse – hier verstanden als jene KleinhändlerInnen und -unternehmerInnen – würde zusehends verschwinden.

Doch haben Marx und Engels eine solche Entwicklung tatsächlich angenommen? Unterschiedliche Textstellen in ihren Schriften lassen Zweifel an dieser Annahme aufkommen, selbst das *Manifest*, mit dem die Polarisierungsthese zumeist argumentiert wird, ist diesbezüglich nicht eindeutig. So schreiben Marx und Engels wenige Seiten nach dem oben stehenden Zitat:

> In den Ländern, wo sich die moderne Zivilisation entwickelt hat, hat sich eine neue Kleinbürgerschaft gebildet, die zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie schwebt und als ergänzender Teil der bürgerlichen Gesellschaft stets von neuem sich bildet, deren Mitglieder aber beständig durch die Konkurrenz ins Proletariat hinabgeschleudert werden, ja selbst mit der Entwicklung der großen Industrie einen Zeitpunkt herannahen sehen, wo sie als selbständiger Teil der modernen Gesellschaft gänzlich verschwinden und im Handel, in der Manufaktur, in der Agrikultur durch Arbeitsaufseher und Domestiken ersetzt werden. (MEW 4: 484)

Marx und Engels beschreiben hier, wie zwischen Proletariat und Bourgeoisie eine weitere Gruppe existiert. Trotz der Tendenz zur Proletarisierung (sie werden »hinabgeschleudert«) konstatieren sie, dass sich diese Gruppe permanent aufs Neue herausbildet. Zudem sehen sie bereits jene neu entstehenden Funktionen, deren Einordnung später Gegenstand der Debatte über die Mittelklasse werden sollte.

Bei der zitierten Stelle aus dem *Manifest* handelt es sich keineswegs um einen Einzelfall. Im eingangs erwähnten Kapitel über *Die Klassen* argumentiert Marx auf gleiche Weise. Selbst in England, wo der Kapitalismus am weitesten vorangeschritten sei, »tritt diese Klassengliederung […] nicht rein hervor. Mittel- und Übergangsstufen vertuschen auch hier (obgleich auf dem Lande unvergleichlich weniger als in den Städten) überall die Grenzbestimmungen« (MEW 25: 892). Weitere Stellen finden sich in anderen Schriften, sodass sich schlussendlich berechtigte Zweifel anmelden lassen, ob Marx tatsächlich von einer solchen Polarisierung und dem Verschwinden der Mittelklasse ausgegangen ist (Burris 1986).

Trotzdem setzte sich die Lesart durch, dass Marx von einer zunehmenden Vereinfachung der Klassenstruktur ausgegangen sei. Nachdem es jedoch nicht zu einer Vereinfachung, sondern zu einer Komplexisierung der Klassenstrukturen im Laufe des 20. Jahrhunderts kam, sahen nicht wenige Marx' These widerlegt, weshalb Erik Olin Wright auch vom »embarrassment of the middle classes« (Wright 1985: 13) des Marxismus sprach.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wandelte sich die Bedeutung des Begriffs der Mittelklasse innerhalb der marxistischen Debatte weiter. Deckt sich der Begriff der alten Mittelklasse für KleinunternehmerInnen bis heute mit jener, die sich schon bei Marx findet, wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts zunehmend über die Entste-

hung einer neuen Mittelklasse diskutiert. Zu deren Beschreibung blieb der Begriff der Mittelklasse, wie er sich bei Marx findet, nur noch als topografische Metapher erhalten. Noch immer wird er verwendet beim Versuch, jene Gruppen zu charakterisieren, die ›in der Mitte‹ zwischen Bourgeoisie und ArbeiterInnenklasse angesiedelt sind. Einige dieser Versuche werde ich im nächsten Abschnitt diskutieren.

Allerdings hat sich bereits zu diesem Zeitpunkt gezeigt, dass der historische Kontext ganz entscheidend für die Bestimmung des Begriffs der Mittelklasse und Klasse ganz allgemein ist. Klassenbegriffe haben andere Bedeutungen in unterschiedlichen Ländern und historischen Kontexten. Dabei handelt es sich nicht bloß um Übersetzungs- oder Begriffsfragen, es geht vielmehr um das Wesen der Sache selbst: »Klasse« ist ein soziales Verhältnis, welches sich aus der Geschichte und existierenden Verhältnissen konstituiert. Diese Einsicht lässt sich bereits aus Marx' Schriften gewinnen, in denen die Konstitution und Wandlung von Klassen als dynamische Prozesse beschrieben werden. Diese Erkenntnis ist theoretisch und methodisch folgenreich, denn sie bedeutet nichts Geringeres, als dass der Versuch, den Begriff »Klasse« in eine statische, ahistorische und kontextlose Kategorie zu verwandeln, zwangsläufig scheitern muss.

3.2.2 Mallet, Gorz, Belleville: Die neue Arbeiterklasse

Einige französische Marxisten waren in den 1970er Jahren die ersten, die sich des Problems der Mittelklasse intensiv annahmen. Sie plädierten dafür, von einer »neuen Arbeiterklasse« zu sprechen. Dabei ging es ihnen nicht um eine klare sozialstrukturelle Definition des Begriffs, vielmehr stand eine polit-strategische Fragestellung der damaligen Jahre und die Kritik an der Orthodoxie der französischen Kommunistischen Partei im Vordergrund. Das Kernargument von Serge Mallet, André Gorz und Pierre Belleville lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Ausgehend von der These einer zunehmenden Automatisierung und Informatisierung verliere die alte ArbeiterInnenklasse an Bedeutung, wohingegen die neue Arbeiterklasse an Wichtigkeit hinzugewinne. Diese setze sich aus proletarisierten Angestellten, IngenieurInnen und Verwaltungskräften zusammen. Nicht nur beobachteten die drei ein Anwachsen neuer Formen der Lohnabhängigkeit, sie sahen darin auch eine Proletarisierung von Anstellungsverhältnissen, bedingt durch die technischen Transformationen in der Produktion. Die Proletarisierung vollziehe sich durch die zunehmende Mechanisierung der Kopfarbeit und deren Zerteilung in Teilaufgaben, was dazu führe, dass diese Angestellten nicht mehr über das Wissen und den Überblick über die Gesamtproduktion verfügen würden. Weil sich ihre Arbeit durch diese Form der Enteignung immer mehr der Handarbeit angleiche, sei es plausibel, sie als »(neue) ArbeiterInnenklasse« zu klassifizieren.

Serge Mallet (1970) lehnt dabei den Begriff der Mittelklasse explizit ab. Der Begriff klammere zahlreiche Lohnabhängige (vorsätzlich) aus der ArbeiterInnenklasse aus. Den Grund hierfür sieht er politisch begründet.

> In Wirklichkeit spiegelt das Übergehen der neuen Arbeiterschichten, der Techniker, Forscher und Facharbeiter in den automatisierten Betrieben, nur die Unfähigkeit der traditionellen Arbeiterorganisationen [wider], ihre Aktion den neuen Organisationsformen des Kapitalismus anzupassen und eine Angriffsstrategie für den Übergang zum Sozialismus in den wirtschaftlich entwickelten Ländern auszuarbeiten. (Mallet 1970: 111)

Dementgegen sei es sogar so, dass mit der wachsenden Bedeutung der Überwachung und wissenschaftlichen Erfassung des Produktionsprozesses diesen Sektoren eine immer wichtigere Rolle zukomme und diese ArbeiterInnen daher eine potenzielle Avantgarde darstellen würden (Mallet 1970: 112).

In der gleichen Linie argumentiert André Gorz (1997), der von einem »newpost industrial proletariat« oder »neo-proletariat« spricht. Bei ihm wird die politstrategische Fragestellung als eigentlicher Ausgangspunkt des Begriffs der Neuen Arbeiterklasse am augenscheinlichsten. Für Gorz führen die Veränderungen der Produktivkräfte zu einem voranschreitenden *deskilling* der ArbeiterInnen, sodass die neuen ArbeiterInnen keinerlei positiven Bezug mehr zur Arbeit hätten. »Whether they work in a bank, the civil service, a cleaning agency or a factory, neoproletarians are basically non-workers temporarily doing something that means nothing to them.« (Gorz 1997: 70f.) Sie würden zwischen unterschiedlichen Berufen hin und her wechseln, weshalb es bedeutungslos sei, wie sie zu klassifizieren sind. Wie der Titel seines Buches *Abschied vom Proletariat* bereits anzeigt, handelt es sich um eine Abrechnung mit einer marxistischen Orthodoxie, die aus seiner Sicht weiterhin einem Proletariats- und Arbeitskult anhänge. Daraus zieht Gorz die strategische Konsequenz, dass nicht mehr die Übernahme und Selbstverwaltung der Produktion durch die ArbeiterInnenklasse, sondern die Abschaffung der Arbeit als Forderung im Zentrum der politischen Organisierung der Linken stehen müsse (Gorz 1997: 1-13).

Die empirisch detaillierteste Analyse der neuen Beschäftigungsfelder in den französischen Fabriken jener Jahre liefert Pierre Belleville (1967). In *Una nueva Clase Obrera. Neocapitalismo y Enajenación*[3] spricht er zunächst ganz allgemein von »lohnabhängigen Produzenten« und beobachtet im Anschluss die veränderten Tätigkeiten der Angestellten. Wurden diese früher als KollaborateurInnen des Kapitals angesehen, steige ihr Anteil mittlerweile rapide an und ihre klassenspezifische Ein-

3 Es handelt sich um die spanische Übersetzung des Originals *Une nouvelle classe ouvrière.* Eine Übersetzung ins Deutsche liegt nicht vor.

ordnung sei nicht mehr eindeutig (Belleville 1967: 24). Diese Uneindeutigkeit leitet er aus der zunehmenden Proletarisierung ihrer Arbeitsbedingungen her:

> Heutzutage hat die Mehrheit (Buchhalter, Qualifizierte, Ingenieure) nicht mehr als eine spezialisierte Tätigkeit. Sie haben keinen Überblick mehr über die Gesamtheit des Betriebs. […] Auch, wenn sie höflicherweise weiterhin Kollaborateure genannt werden, werden sie abgelehnt und verwechselt mit der Masse der Produzenten ohne Verantwortung. (Belleville 1967: 23, Übers. T. B.)

Auch wenn ihre Lebensrealitäten, Entlohnung und Tätigkeitsfelder weit entfernt von jenen der traditionellen ArbeiterInnenklasse sind, seien sie in diese zu inkludieren, argumentiert Belleville (1967: 23, Übers. T. B.):

> Können wir folgern, dass ihre Gleichsetzung mit den lohnabhängigen Produzenten künstlich ist? Ich denke nicht: Sie gehören potenziell zu dieser Klasse. Trotzdem versucht das Patronat, ihre Unterstützung zu behalten; generell sehen sie sich selbst als eine intermediäre Gruppe zwischen Arbeitern und Leitung. Das wahre Problem liegt darin, zu wissen, ob gewerkschaftliches Handeln, ob eine dynamische Haltung der Arbeiterbewegung ihnen gegenüber dazu führen kann, dass sie Bewusstsein über ihre Situation erlangen.

Wie sich hier zeigt, ist bei Belleville das Verhältnis zwischen sozialstrukturellen Veränderungen und Identitäten (etwa als Mittelklasse oder ArbeiterInnenklasse) am präzisesten ausdefiniert. Er benennt explizit, dass Letztere politisch hergestellt sei. Seine Intervention ist – wie schon jene von Mallet und Gorz – auch eine polit-strategische. Diese Intention zeigt sich bereits in der Einleitung, in der er die französische Kommunistische Partei ganz ähnlich wie Mallet unmittelbar kritisiert und ihr vorwirft, die strukturellen Veränderungen und ihre Folgen für die Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse zu ignorieren (Belleville 1967: 15).

3.2.3 Barbara und John Ehrenreich: Professional-Managerial Class

Ein weiteres Konzept, das auch auf die Frage von politischen Identitäten abhebt, schlugen Barbara und John Ehrenreich 1979 vor. Auch bei ihnen steht eine politische Frage am Anfang. Ausgangspunkt ihres Begriffs der *Professional-Managerial Class* war der Erklärungsversuch, die damalige Verwurzelung der amerikanischen Linken in der Mittelklasse zu verstehen (Ehrenreich/Ehrenreich 2013).

Mit ihrem Konzept vertreten sie die Position, dass im Monopolkapitalismus keine Polarisierung zwischen zwei, sondern nunmehr drei Klassen existiere: die KapitalistInnen, die ArbeiterInnen und die »Professional-Managerial Class« (PMC) (Ehrenreich/Ehrenreich 1979: 41f.). Dabei argumentieren sie ausdrücklich, dass es sich bei der PMC um eine eigene Klasse handle, die nicht als Fraktion oder Schicht

der ArbeiterInnenklasse verhandelt werden könne, da zwischen beiden ein objektiver Antagonismus bestehe (Ehrenreich/Ehrenreich 1979: 9).

Die PMC entsteht für Ehrenreich/Ehrenreich (1979: 25) mit den progressiven Reformen zwischen 1890 und 1910, kann ihre kulturelle Hegemonie schließlich im Laufe des 20. Jahrhunderts etablieren und erlebt ihrer Hochzeit in den 1960er Jahren mit der Expansion des Staates und der Wissenschaft. Ihr Argument, dass es sich um eine genuin neue Klasse handle, stützen sie auf zwei Bestimmungskriterien. Erstens auf das Verhältnis der Klasse zur Ökonomie und zweitens auf ihre »real social existence« (Ehrenreich/Ehrenreich 1979: 11). Ersteres bestimme sich durch den Platz, den eine Gruppe innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einnimmt, in der Aneignung des Mehrwerts und der Kontrolle über den Zugang zu den Produktionsmitteln (Ehrenreich/Ehrenreich 1979: 11). Letzteres – die »real social existence« – beschreiben sie als »coherent social and cultural existence; members of a class share a common life style, educational background, kinship networks, consumption patterns, work habits, beliefs« (Ehrenreich/Ehrenreich 1979: 11).

Ausgehend von diesen zwei Kriterien machen sie nun drei Antagonismen aus. Während zwischen PMC und KapitalistInnen ein solcher Antagonismus entlang der gleichen Linie wie zwischen KapitalistInnen und ArbeiterInnen bestehe (Eigentum an den Produktionsmitteln), entspinne sich durch die gesellschaftliche Reorganisierung unter monopolkapitalistischen Verhältnissen ein weiterer Antagonismus zwischen PMC und ArbeiterInnen. Die Zuspitzung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit habe nicht nur erstens zur Neustrukturierung des Produktionsprozesses geführt, sondern zweitens Masseninstitutionen zur sozialen Kontrolle und drittens die Zersetzung der Kultur der ArbeiterInnenklasse nach sich gezogen. Weit davon entfernt, ›naturgegebene‹ Entwicklungen zu sein, sei dieser Zersetzungsprozess Teil des Klassenkampfes, in dem die PMC eine zentrale Rolle einnehme. Die PMC mediiere den Klassenkonflikt und helfe dabei, Klassenverhältnisse, die soziale Reproduktion – im Speziellen: die soziale Arbeitsteilung – und die kapitalistische Kultur aufrechtzuerhalten. Konkret: Während es auf Produktionsebene durch die Verwissenschaftlichung zu einer Enteignung des Wissens der ArbeiterInnen über die Produktion komme, geschehe Ähnliches auf den anderen Ebenen. Durch die PMC in Form von Staatsangestellten, LehrerInnen, Kulturschaffenden oder auch JournalistInnen vollzögen sich der Zugriff und die Kontrolle auf die ArbeiterInnenklasse und die Enteignung sowie Zerstörung ihrer Kultur (Ehrenreich/Ehrenreich 1979: 14-18). Die PMC konstituiert sich also aus folgenden Gruppen:

> [The Professional-Managerial Class] consist of salaried mental workers who do not own the means of production and whose major function in the social division

> of labor may be described broadly as the reproduction of capitalist culture and capitalist class relations (Ehrenreich/Ehrenreich 1979: 12).

Ihre Rolle im Klassenkampf – die Absicherung der kapitalistischen Reproduktion – könne dabei offensichtliche und weniger offensichtliche Formen annehmen:

> Their role in the process of reproduction may be more or less explicit, as with workers who are directly concerned with social control or with the production and propagation of ideology (e.g., teachers, social workers, psychologists, entertainers, writers of advertising copy and TV scripts etc.). Or it may be hidden within the process of production, as is the case with the middle-level administrators and managers, engineers, and other technical workers whose functions […] are essentially determined by the need to preserve capitalist relations of production. (Ehrenreich/Ehrenreich 1979: 12)

3.2.4 Guillermo Carchedi: Die neue Mittelklasse

Eine weitere einflussreiche Intervention innerhalb der marxistischen Debatte wurde von Guillermo Carchedi (1975a, 1975b) in Form des Begriffs »neue Mittelklasse« vorgetragen. Bei ihm stehen im Gegensatz zu den vorherigen Ansätzen Strukturfragen im Vordergrund, sodass er explizit nur auf ökonomischer Ebene argumentiert. Das Phänomen der neuen Mittelklasse erklärt er mit den Veränderungen des Produktionsprozesses im Monopolkapitalismus (Carchedi 1975a: 51). Das entscheidende Definitionskriterium von »Klasse« ist für ihn die Funktion, die innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse erfüllt wird. Auf dieser Ebene ist die Klassenposition über das Eigentum an den Produktionsmitteln definiert, aus der sich die zwei möglichen Positionen von »ArbeiterIn« (kein Eigentum an den Produktionsmitteln) und »KapitalistIn« (Eigentum an den Produktionsmitteln) ergeben. Folglich existieren hier zwei Funktionen, die von Arbeit (Produktion des Mehrwerts) und die von Kapital (Aneignung des Mehrwerts), wobei im Normalfall die jeweilige Position mit der Funktion korrespondiert (Carchedi 1975b: 361). Für Carchedi (1975a: 1) zeichnet sich die neue Mittelklasse nun genau dadurch aus, dass eine »non-correspondence« zwischen Position und Funktion vorliege.

Um sein Argument zu fundieren, analysiert er die Veränderungen bis hin zur Phase des Monopolkapitalismus und kritisiert Vorstellungen des Produktionsprozesses, wie sie sich beispielsweise bei Poulantzas finden, die er für schematisch und unzeitgemäß hält (Poulantzas' Ansatz werde ich weiter unten diskutieren). Die zunehmende Verwissenschaftlichung und Zersplitterung des Produktionsprozesses (und die damit einhergehenden erhöhten Planungserfordernisse) seien die reelle Subsumption der Arbeit unter das Kapital, sodass der Begriff der produktiven Arbeit nicht auf Handarbeit und jene unmittelbar an der Schaffung von Gebrauchswert Beteiligte reduzierbar sei (Carchedi 1975a: 16f.). Qualitätskontrollen

oder Planungstätigkeiten seien mittlerweile unabdingbar an der Produktion von Waren beteiligt. »The relation producer/product within the labour process is not an individual relation anymore but becomes a collective relation« (Carchedi 1975a: 17).

Diese ›Kollektivierung‹ des Arbeitsprozesses wirke nun auch auf die Funktionen zurück, die von den ArbeiterInnen erfüllt werden. Ausgeführt würden nun nicht mehr unmittelbar die Funktionen von Kapital und Arbeit, sondern jene des »collective worker« und einer »global function of capital« (Carchedi 1975a: 20). D.h. konkret: Während die Arbeit zunehmend in Teilaufgaben oder -tätigkeiten, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Produktion der Ware stehen, aufgesplittet ist, globalisiert sich auch die Funktion des Kapitals dahingehend, dass Überwachungstätigkeiten, Kontrollfunktionen usw. zunehmend verteilt sind. Die neue Mittelklasse definiert sich für Carchedi (1975a: 51, Herv. i. O.) darüber, nicht im Besitz der Produktionsmittel zu sein, sondern zu einem Teil an der Arbeit des »collective worker« beteiligt zu sein, gleichzeitig aber auch jene »global function of capital« auszufüllen:

> [T]he function of capital (now a global function) is performed not only by the capitalist class (at this level of abstraction, the managers) but also by another class the characteristics of which are: (1) it does not own either legally or economically the means of production (2) it performs both the global function of capital and the function of the collective worker (3) is therefore both the labourer (productive or unproductive) and the non-labourer and (4) is both exploiter (or oppressor) and exploited (oppressed). It is this class which I call the *new middle class*.

Die neue Mittelklasse charakterisiert sich für Carchedi also durch eine ambivalente Position innerhalb der Produktionsverhältnisse im Hinblick auf ihr Verhältnis zu Kapital und Arbeit. Ihr Lohn setze sich somit auch nicht nur aus dem Lohn selbst zusammen, den sie für den Verkauf ihrer Arbeitskraft erhält, sondern beinhalte auch eine Komponente von Einkünften, die für das Ausführen der Funktion des Kapitals gezahlt würden. Eine andere Spielart dieses Arguments findet sich bei Erik Olin Wright und seinem Ansatz der widersprüchlichen Klassenpositionen, den ich im Folgenden diskutieren werde.

3.2.5 Von Nicos Poulantzas' Neuem Kleinbürgertum zu Erik Olin Wrights widersprüchlichen Klassenpositionen

Den wohl prominentesten Beitrag innerhalb der Debatte über die Mittelklasse lieferte Erik Olin Wright mit seinem Begriff der »widersprüchlichen Klassenpositionen«. Sein Ausgangspunkt ist Nicos Poulantzas' Vorschlag, die neuen Formen der Lohnabhängigkeit als »Neues KleinbürgerInnentum« zu klassifizieren. Dieser sah trotz einer divergierenden ökonomischen Konstitution eine Interessenseinheit

zwischen Neuem KleinbürgerInnentum und einem altem KleinbürgerInnentum aufgrund von politischen und ideologischen Faktoren. Wright (1979) diskutiert den Vorschlag von Poulantzas und entwirft, ausgehend von seiner anschließenden Kritik, das Konzept der »objectively contradictory locations within class relations«, kurz »contradictory class locations«.[4]

Poulantzas entwickelt seinen Begriff des Neuen KleinbürgerInnentum entlang von drei Kriterien: einem ökonomischen Kriterium (Eigentum/Nicht-Eigentum an den Produktionsmitteln), einem politischen Kriterium (Aufsichtsfunktion im Produktionsprozess und soziale und technische Arbeitsteilung) und einem ideologischen Kriterium (Trennung von Kopf- und Handarbeit). Die Bourgeoisie definiert er auf Ebene des ökonomischen Kriteriums. Hier unterscheidet Poulantzas zwischen ökonomischem Eigentum und juristischem Eigentum. Diese fielen häufig zusammen, es komme aber zunehmend zu einer Trennung der beiden. Ökonomisches Eigentum ist dabei umfassender und beinhaltet nicht nur das Verfügen über das mit den Produktionsmitteln produzierte Produkt, sondern auch die Kontrolle darüber, für welchen Zweck die Produktionsmittel eingesetzt werden. Von Eigentum zu unterscheiden, sei zudem Besitz, der sich definiere als »the capacity to put the means of production into operation« (Poulantzas zit.n. Wright 1979: 41). Hohe Manager, die nicht unbedingt über das ökonomische Eigentum an den Produktionsmitteln verfügen, nehmen für Poulantzas trotzdem real die Position des Kapitals ein, weshalb sie Teil der Bourgeoisie seien (Wright 1979: 41-43).

Das Kriterium, welches Poulantzas zur Unterscheidung von ArbeiterInnenklasse und Neuem KleinbürgerInnentum einführt, ist die Trennung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit. Erstere fasst er im engen Sinn als jene Arbeit, die direkt an der materiellen Produktion von Mehrwert beteiligt ist. Lohnarbeit als solche ist für ihn also kein ausreichendes Kriterium, sondern die Beteiligung an der Warenproduktion muss für Poulantzas ebenfalls gegeben sein. Diese restriktive Definition rechtfertigt er unter Bezug auf Marx und dessen Fokus auf die Warenproduktion. Lohnabhängige, die etwa im Verkauf oder der Logistik tätig sind, sind für Poulantzas somit nicht Teil der ArbeiterInnenklasse (Wright 1979: 33-35).

Hinsichtlich des angelegten politischen Kriteriums sieht Poulantzas Unterschiede zu denjenigen, die produktive Arbeit verrichten. ArbeiterInnen mit Aufsichtsfunktionen haben für Poulantzas eine andere Position als normale ArbeiterInnen. SupervisorInnen etwa nähmen zwar hinsichtlich der technischen

4 Die nachfolgende Beschreibung folgt der Darstellung Wrights (1979), da dieser Poulantzas' Argumente, meinem Dafürhalten nach, korrekt wiedergibt und systematisiert. Nachdem ich im Anschluss den Begriff der widersprüchlichen Klassenpositionen diskutieren werde, wird durch dieses Vorgehen verständlicher, wie Wright seinen eigenen Begriff aus Poulantzas' Kategorien entwickelt. Für die Primärtexte des griechischen Marxisten vgl. Poulantzas (1973, 1975).

Arbeitsteilung eine ähnliche Position ein, denn auch sie werden vom Kapital ausgebeutet, bei der sozialen Arbeitsteilung träten sie jedoch an die Stelle des Kapitals. Letztere sei es, die sie von der ArbeiterInnenklasse unterscheide, nachdem sie durch ihre Kontrollfunktion die Rolle des Kapitals stellvertretend einnähmen. Auf Ebene der technischen Arbeitsteilung seien sie somit Ausgebeutete, auf Ebene der sozialen Arbeitsteilung würden sie an der Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse mitwirken (Wright 1979: 36f.).

Auf ideologischer Ebene zieht Poulantzas eine weitere Trennlinie entlang von Kopf- und Handarbeit. Anders als die Begriffe suggerieren, geht es ihm hier nicht um die Trennung zwischen geistiger oder körperlicher Arbeit, sondern um die Organisierung des Produktionsprozesses: »[T]he mental/manual division excludes the working class from the ›secret knowledge‹ of the production process« (Wright 1979: 38). ExpertInnen oder Ingenieure seien anders als die ArbeiterInnenklasse in jenes Geheimnis eingeweiht und würden somit an der ideologischen Beherrschung der ArbeiterInnenklasse mitwirken. (Wright 1979: 37-39).

Das Neue KleinbürgerInnentum definiert Poulantzas folglich auf ökonomischer Ebene über die unproduktive Arbeit. Auf politischer und ideologischer Ebene charakterisiert es sich für ihn dadurch, dass es an der Ausbeutung und Beherrschung der ArbeiterInnenklasse mitwirkt. Die Einheit zwischen altem und Neuem KleinbürgerInnentum liegt für Poulantzas somit auch auf der politischen und ideologischen Ebene, wo sich beide annähern. Die Folge seien große Konvergenzen bei ihren Interessen und der ideologischen Haltung (hier verstanden als politische Überzeugung) (Wright 1979: 39-41).

Wright (1979: 43-61) kritisiert zahlreiche Aspekte an Poulantzas' Vorschlag. Speziell die Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit, die in Konsequenz bedeutet, dass er große Teile der ArbeiterInnenklasse dem Neuen KleinbürgerInnentum zuordnet, weist Wright zurück. Diese Trennung war schon zu Zeiten Poulantzas' kritikwürdig, heutzutage erscheint sein Argument vor dem Hintergrund der Bedeutung von immateriellen Waren unhaltbar.

Obwohl Wright Poulantzas' Argumentation einer rigorosen Kritik unterzieht, bilden dessen Kategorien die Grundpfeiler seines Vorschlags, von »objectively contradictory locations within class relations« auszugehen (Wright 1979). Statt die neuen Positionen in den Produktionsverhältnissen bereits existierenden Kategorien eindeutig zuzuschlagen, entwickelt er den Begriff der widersprüchlichen Klassenpositionen.[5] Drei solcher widersprüchlichen Positionen macht Wright (1979) aus. Eine erste zwischen Bourgeoisie und Proletariat (z.B. Manager und Vorarbeiter); eine weitere zwischen Bourgeoisie und KleinbürgerInnentum (z.B. Kleinunterneh-

5 Hilfreich für ein besseres Verständnis darüber, wie Wright zu seinen Kategorien gelangt, ist seine Darstellung der Genese und des Forschungskontextes (vgl. Wright 1997: 19-63).

merInnen); und eine dritte zwischen KleinbürgerInnentum und Proletariat (z.B. Teilselbstständige).

Die erste Position (Bourgeoisie – ArbeiterInnenklasse) zeichne sich durch Unterschiede auf politischer Ebene aus. Sie betrifft unter anderem Managerpositionen. Während alle ihre Arbeitskraft verkaufen müssten, d.h., kein Eigentum an den Produktionsmitteln hätten, gebe es starke Unterschiede hinsichtlich der Kontrolle über die Arbeitskraft. Während einfache Lohnabhängige keine Kontrolle über diese hätten, sei das bei Aufsichtsfunktionen in unterschiedlichen Abstufungen sehr wohl der Fall. Dies könne an dem einen Ende des möglichen Spektrums in dieser widersprüchlichen Klassenposition ein/e ›einfache/r‹ VorarbeiterIn sein oder ein/e SpitzenmanagerIn am anderen. In der Mitte befänden sich FacharbeiterInnen, AkademikerInnen und mittlere ManagerInnen (Wright 1979: 78).

Hinsichtlich der zweiten widersprüchlichen Klassenposition (Bourgeoisie – KleinbürgerInnentum) sei die ökonomische Ebene entscheidend. Beide sind EigentümerInnen an den Produktionsmitteln und besitzen diese. Während beide jedoch Kontrolle über diese hätten, habe das KleinbürgerInnentum kaum Kontrolle über die Arbeitskraft anderer. Selbst wenn Familienangehörige Arbeit leisten, handle es sich hierbei zumeist nicht um Lohnarbeit im engen Sinne. Auch wenn hin und wieder die Arbeitskraft anderer hinzugekauft wird, verfügt das KleinbürgerInnentum nicht permanent über die Arbeitskraft anderer. Gleichwohl, so räumt Wright ein, lässt sich schwerlich eine Linie ziehen, ab wann beziehungsweise wie vielen Angestellten der Übergang zur Bourgeoisie stattfindet.[6] (Wright 1979: 79f.)

Die dritte widersprüchliche Klassenposition (KleinbürgerInnentum – ArbeiterInnenklasse) definiert er über die Frage der Kontrolle über den eigenen Arbeitsprozess. Während alle halb-autonomen Klassenpositionen Lohnabhängige des Kapitals sind, gebe es starke Unterschiede darin, inwieweit sie Kontrolle darüber haben, was sie produzieren und wie sie produzieren. Wright (1979: 80-83) bemüht das Beispiel des Wissenschaftlers, der zwar Lohnabhängiger ist, aber einen hohen Grad an Autonomie besitze.

3.3 Zwischenfazit: Zwischen politischer Identität und Strukturposition

Welche Stärken und Schwächen lassen sich nun in den vorgestellten Ansätzen im Hinblick auf die in dieser Arbeit verfolgte Fragestellung ausmachen? Mallet (1970),

6 Theoretisch lässt sich diese Frage hier nicht auflösen. Fehlende Trennschärfe ist aber nicht nur ein Problem beim Kriterium der Kontrolle über die Arbeitskraft, sondern auch den anderen Definitionsmerkmalen (Kontrollfunktion, Trennung von Kopf- und Handarbeit) des Schemas. Diese theoretischen Probleme finden sich schon bei Poulantzas, setzen sich bei Wright fort. Sie sind letzten Endes Folge eines strukturfixierten Klassenbegriffs.

Gorz (1997) und Belleville (1967) sahen mit ihrem Begriff der »neuen ArbeiterInnenklasse« als Erste, dass die tiefgreifenden Transformationen, die der Kapitalismus in jenen Jahren vollzog, Konsequenzen für das Verständnis von »Klasse« haben mussten. Ihre erste Intuition, dass die neuen heterogenen Erscheinungen weder analytisch noch polit-strategisch aus der ArbeiterInnenklasse auszunehmen sind, ist plausibel. Ebenso ist ihre Kritik an dem Begriff der Mittelklasse als primär politisch-funktionale Kategorie im damaligen Kontext bereichernd. Tatsächlich besteht auch heute noch die Gefahr, den Begriff der Mittelklasse als residuale Kategorie zu verwenden und notwendigen Klärungen aus dem Weg zu gehen. Während so mancher Vorschlag – wie etwa jener von Poulantzas – u.a. von dem Versuch getrieben scheint, klassische Vorstellungen einer ArbeiterInnenklasse zu verteidigen, öffnet ihr Vorschlag den Begriff der Klasse in produktiver Weise.

Die Breite ihres Begriffs ist jedoch gleichzeitig auch seine Schwäche. »ArbeiterInnenklasse« wird zu einer allumfassenden Kategorie. Das Problem ist augenscheinlich: Jegliche Form der Lohnarbeit qualifiziert sich als »ArbeiterInnenklasse« und ist somit wenig aufschlussreich für eine strukturelle Klassenanalyse. Mitursächlich für die mangelnde Präzision ist dabei, dass sie mit ihrem Begriff selbst eine polit-strategische Intention verfolgen und keine genaue Definition vorlegen, vor allem aber verschwimmen die zwei Ebenen von struktureller Bestimmung und politischer Identität miteinander. Als sozialstruktureller Begriff ist »Neue ArbeiterInnenklasse« zu unpräzise. Auf Ebene der politischen Identitäten lässt sich wiederum fragen, ob dieser nicht im Widerspruch zur eigenen Analyse steht und brauchbar ist, um die von den Autoren ausgemachten neuen Identitäten einzufangen. Gorz legt nahe, dass den neuen Lohnabhängigen jegliche Identifikation mit der Arbeit abhandengekommen sei. Eine politische Organisierung rund um den Begriff der Neuen ArbeiterInnenklasse mutet somit wenig aussichtsreich an. Gorz (1997: 10) scheint dieses Problem sogar bewusst, weshalb er auch von einer »non-class of non-workers« spricht. Hier zeigt sich allerdings deutlich, welches Problem durch das Vermengen der beiden Ebenen von Sozialstruktur und Identität entsteht. Auf sozialstruktureller Ebene lassen sich Veränderungen in den Produktionsverhältnissen feststellen, die Nicht-Identifikation mit der Arbeit, Individualisierung, Entfernung von der alten ArbeiterInnenklasse selbst ist aber bereits ein ideologischer Effekt auf der Ebene der Identitäten, der politisch hergestellt wird.[7]

7 Hierzu passt, dass Gorz (1997), wie man fast vier Jahrzehnte später feststellen muss, die Wirkung der Automatisierung und Informatisierung vollkommen falsch einschätzt. Die Berufsfelder und Bereiche, die der Neuen ArbeiterInnenklasse zugerechnet werden, haben sich im Vergleich zu den 1980er Jahren ausgeweitet. Vor allem aber überschätzt Gorz – vermutlich bedingt durch die Erfahrungen des Fordismus – den Entfremdungseffekt dieser Prozesse. Anders als von ihm vermutet, scheint es mir zweifelhaft, dass es zu einem solchen in den letzten Jahrzehnten gekommen ist. Vielmehr zeichnen sich heute viele dieser Arbeitsberei-

Barbara Ehrenreich und John Ehrenreich (1979) schlagen den Begriff der *Professional-Managerial Class* vor, um Veränderungen in der Klassenzusammensetzung zu fassen, die für sie eine neue Qualität haben. Sie verwenden den sperrigen Begriff der PMC ganz bewusst, um zu verdeutlichen, dass es sich um ein genuin eigenständiges Phänomen handelt und die PMC aus ihrer Sicht nicht als Teil einer ›Gesamtmittelklasse‹ zu verstehen ist, die sich aus einer alten und neuen Mittelklasse zusammensetzt (Ehrenreich/Ehrenreich 1979: 10). Ehrenreich/Ehrenreich geht es nicht so sehr um die strukturelle Bestimmung der neuen Formen von Lohnabhängigkeit, sondern sie sind interessiert am Wirken spezifischer politischer Kräfte – vermittelt über diese neuen Formen – und deren Funktion auf kultureller und ideologischer Ebene, die für die soziale Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse unabdingbar geworden sind.

Obwohl sie postulieren, dass die Stellung in der Ökonomie ein Definitionskriterium von »Klasse« sei, bleibt eine weitergehende Analyse diesbezüglich aus. Tatsächlich widmen sie sich vor allem ihrem zweiten Kriterium (die soziale und kulturelle Existenz von Klasse). Angelegt ist dieser Fokus bereits darin, dass sie die entscheidenden Elemente von Klasse auf ökonomischer Ebene stark ausweiten. Nach ihnen geht es dabei nicht nur um das Eigentum an den Produktionsmitteln im engen Sinne, sondern auch um die »socially organized patterns of distribution and consumption« (Ehrenreich/Ehrenreich 1979: 11). Ebenso stehen soziale Arbeitsteilung und Kontrolle über den Zugang zu den Produktionsmitteln (nicht das Eigentum an diesen) bei ihnen auf ökonomischer Ebene im Vordergrund. Ist bei Marx die ökonomische Ausbeutung im Sinne des Abpressens von Mehrarbeit das zentrale Kriterium auf dieser Ebene, treten bei Ehrenreich/Ehrenreich Kontrolle/Herrschaft, die soziale Arbeitsteilung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sowie in einem weiteren Schritt kulturelle Hegemonie an diese Stelle.

Die Stärke des Begriffs der PMC liegt hingegen in dem, was die Ehrenreichs (1979: 11) als »class as real social existence« bezeichnen. Anders als alle anderen Ansätze geht es den beiden US-ForscherInnen explizit um jene Gruppe, die sich mit der (sozial-)staatlichen Expansion und im Bildungs- und Kulturbereich herausbildet und die TrägerInnen der staatlichen Durchdringung der Gesellschaft sind. Sie sehen deren Entstehung, Etablierung sowie Institutionalisierung eng verknüpft mit dem aufkommenden Progressivismus[8] in den Vereinigten Staaten und ver-

---

che dadurch aus, dass von den Lohnabhängigen eine Identifikation mit der Arbeit erwartet wird und diese als Form der Selbstverwirklichung begriffen wird.

8 Im US-amerikanischen Kontext bezeichnet der Begriff des Progressivismus jene Reformbewegung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Antwort auf die rapiden gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse aufkam. Die sozialreformerische Bewegung war überaus heterogen, ihren VertreterInnen war jedoch gemein, dass sie für einen gesellschaftlichen Interessensausgleich, soziale Reformen und die Regulierung der zunehmenden Macht der Unternehmen via staatlicher Interventionen eintraten. Die Bewegung selbst hatte ihren Höhe-

orten hier auch die ideologischen Kernelemente der PMC (Ehrenreich/Ehrenreich 1979: 19f.). Somit können sie auf dieser Ebene auch Bruchlinien zwischen PMC und der ArbeiterInnenklasse aufzeigen. Darüber hinaus ermöglicht die von ihnen hergestellte Verbindung zwischen der Konstitution der PMC und der Expansion des Staates eine konzeptuelle Berücksichtigung der Ebene staatlicher Regulierung von Ökonomie und von Gesellschaft.

Die Stärken und Schwächen des Vorschlags von Guillermo Carchedi (1975a, 1975b) sind exakt umgekehrt gelagert zu den beiden vorherigen Ansätzen. Seine ökonomische Bestimmung der Neuen Mittelklasse ist extrem präzise hinsichtlich der sozialstrukturellen Veränderungen und den daraus resultierenden Klassenpositionen. Vor allem seine Beschreibung der Globalisierung der Funktionen von Kapital und Arbeit zeigt dabei einen Ausweg aus simplistischen Vorstellungen des Produktionsprozesses. Bereits in jenen Jahren waren diese Vorstellungen nicht mehr zeitgemäß und heutzutage ist schwerlich zu bestreiten, dass Fragen von Logistik, Werbung und Vertrieb nicht zu trennen sind von einer vermeintlichen Essenz der Warenproduktion. Neben seinem Versuch, diese Veränderungen in der Produktionssphäre zu bestimmen, macht er zudem den Unterschied zwischen Klassenposition und Lohnabhängigkeit auf abstraktester Ebene deutlich. Was zunächst wie marxistische Pedanterie erscheinen mag, erweist sich, konsequent zu Ende gedacht, als entscheidendes Argument gegenüber Ansätzen, die den Sprung in die Zirkulationssphäre vollziehen und die Klassenposition rein auf die Lohnabhängigkeit reduzieren. Das Klassenverhältnis drückt sich zwar im Lohnverhältnis aus, kann aber nicht darauf reduziert werden. Dies überginge den relationalen Charakter des marxistischen Klassenbegriffs, in dem die Ausbeutung – im Sinne des Abpressens des Mehrwerts – der einen Seite durch die andere Seite das zentrale Merkmal eines antagonistischen Verhältnisses ist, in dem beide Pole nicht unabhängig voneinander, sondern nur gemeinsam denkbar sind. Dieses antagonistische Verhältnis ist im Lohnverhältnis nicht aufgehoben. Entfernt man dieses entscheidende Charakteristikum, wäre der Schritt hin zu Ansätzen, die Klasse in Einkommensstufen auflösen, ebenfalls möglich. Diese beinhalten jedoch jenen antagonistischen Charakter des Verhältnisses zwischen Arbeit und Kapital nicht.

Ebenfalls eine Stärke des Ansatzes ist, dass er »Mittelklasse« nicht im Sinne einer topografischen Metapher bestimmt, sondern sich die Dimension »Mitte« auf die soziale Arbeitsteilung bezieht, d.h., im Sinne einer Nicht-Eindeutigkeit und Ambivalenz konzipiert ist (Carchedi 1975a: 54) oder – in den Begriffen Erik Olin Wrights (1979) – im Sinne einer widersprüchlichen Klassenposition.

---

punkt in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg, der Begriff wird heute jedoch häufig im Sinne von sozialreformerisch verwendet. Für einen prägnanten Überblick der Bewegung vgl. Nugent (2010).

Wrights Konzept der widersprüchlichen Klassenpositionen ist vermutlich der elaborierteste Versuch, dem Phänomen der Mittelklasse Herr zu werden. Auch bei ihm geht es um »Klasse« im Sinne einer Strukturposition. Wright erarbeitet in soziologische Variablen übersetzbare Kategorien, entlang derer er seine widersprüchlichen Klassenpositionen definiert. Diese Operationalisierbarkeit seiner Theorie ist sicherlich einer der Gründe, warum sein Ansatz der bis heute am breitesten rezipierte ist. In dieser Hinsicht ist er am zugänglichsten für eine Verbindung mit einer weberianischen Perspektive.

Das ist jedoch auch eine seiner Schwächen. Denn an der Entwicklung von Wrights Ansatz zeigt sich ein allgemeines Problem jener Ansätze, die versuchen, die Mittelklasse in einer Position zu ›fixieren‹, denn entgegen der eigenen Beteuerungen verteilen sie schlussendlich doch häufig Individuen auf vorgegebene Strukturpositionen. Bei Wright werden die Position in der Organisationsstruktur oder der Besitz bestimmter Fähigkeiten, schlussendlich zu Attributen der individuellen Beschäftigten (Piva 2017a: 201). Die ›soziologischen Symptome‹ des Klassenverhältnisses werden mit dem Verhältnis selbst verwechselt. Diese Definition über Attribute wie Kontrolle, Autorität, Wissen ist deckungsgleich mit der Herangehensweise einer weberianischen Perspektive. Lediglich die herangezogenen Attribute variieren, was dem marxistischen Begriff von »Klasse«, verstanden im Sinne eines sozialen Verhältnisses, nicht gerecht wird.

In der Zusammenschau ist deutlich geworden, dass die unterschiedlichen Ansätze spezifische Stärken und Schwächen aufweisen. Während Carchedi und Wright vor allem für die sozialstrukturelle Ebene brauchbare Ansätze liefern, werden in den Vorschlägen von Gorz, Mallet, Belleville und jenem der Ehrenreichs wichtige Aspekte auf Ebene der politischen Identitäten thematisiert. Beide Ebenen sind Gegenstand der vorliegenden Studie. Deshalb werden im Nachfolgenden die existierenden Analysen der (Geschichte der) argentinischen Mittelklasse entlang der beiden Dimensionen von sozialstruktureller Bestimmung und politischer Identität aufgearbeitet.

4 Historische Analysen der argentinischen Mittelklasse

Argentinien galt lange Zeit als einziges Land in Lateinamerika, das über eine Mittelklasse verfügt. Das Narrativ ein »Land der Mittelklassen« zu sein, gehört zu einem der tief verankerten Gründungmythen einer weitverbreiteten nationalen Identität (vgl. Grimson 2012a), hat bis heute Bestand, und ist im Alltag wirkmächtig. Zahlreiche Studien zeigen, dass sich überdurchschnittlich viele Personen in Argentinien selbst innerhalb der Mittelklasse verorten. Laut Daten (2014) des *World Value Survey* nehmen sich 57,8 % der ArgentinierInnen als Teil der Mittelklasse wahr. In einer Studie von 2012 sind es sogar 69,4 %, die sich den Kategorien von unterer, mittlerer und oberer Mittelklasse zuordnen (Jorrat 2012: 69f.). In beiden Fällen rangiert Argentinien damit unter den Spitzenländern im regionalen und internationalen Vergleich. Doch wie rechtfertigt sich diese Selbstidentifikation und wann und wie tritt die argentinische Mittelklasse in Erscheinung?

Es würde weit über den möglichen Rahmen der vorliegenden Studie hinausgehen, die Geschichte der argentinischen Mittelklasse aus den verschiedenen zuvor vorgestellten theoretischen Perspektiven zu schreiben. Deshalb beschränkt sich das nachfolgende Kapitel auf die Aufarbeitung der existierenden Forschung entlang der entwickelten Dimensionen von sozialstruktureller Positionierung und politischer Identität. Erstaunlich spät hat sich eine dezidierte und kontinuierliche Forschung über die Mittelklasse in Argentinien herausgebildet, stellt Sergio Visacovsky (2008) Leiter des Forschungsprogramms *Estudios Sobres Clases Medias* am *Centro de Investigaciones Sociales – Instituto de Desarrollo Económico y Social* (CIS-IDES) in Buenos Aires fest – ihre Institutionalisierung vollzog sich sogar erst im 21. Jahrhundert. Jedoch lassen sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts einige Momente ausmachen, in denen die argentinische Mittelklasse als gesellschaftlicher Akteur vermehr diskutiert wurde. Die vier zentralen Momente, in denen das der Fall war, werden im Nachfolgenden rekonstruiert.

4.1 Gino Germani und die Transition zur modernen Gesellschaft

Begibt man sich zu den Ursprüngen der wissenschaftlichen Literatur über die argentinische Mittelklasse, trifft man auf einen ›alten Bekannten‹: Es ist Gino Germani (dessen strukturfunktionalistische Populismustheorie ich bereits in Kapitel 2.1 diskutiert habe), der die frühesten und prägendsten Studien für die argentinische Debatte zur Mittelklasse im 20. Jahrhundert vorlegt.[1] Das mag allerdings nur auf den ersten Blick verwundern, denn in Anbetracht von Germanis Populismusbegriff als Periode fehlgeleiteter gesellschaftlicher Modernisierung und seiner Auffassung über die Mittelklasse, nach der der Mittelklasse eine entscheidende Rolle dabei zukommt, ob der Übergang zu einer ›modernen‹ Gesellschaft gelingt, rückt die Mittelklasse beinahe zwangsläufig in den Blickpunkt.

In seiner Studie *La clase media en la ciudad de Buenos Aires. Estudio preliminar* (1942) identifiziert er als einer der ersten SozialwissenschaftlerInnen die Mittelklasse als Untersuchungsgegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. Auf die genannte Studie folgten weitere zum Thema, die Germani ebenfalls im neu gegründeten *Boletín del Instituto de Sociología* publizierte (Blanco 2003: 48f.). In diesen Studien entwirft er ein empirisches Forschungsprogramm, das eine systematische Untersuchung von Größe, Lebensstandard sowie sozialer Mobilität der argentinischen Mittelklasse vorsieht (Germani 1942: 112). Hinsichtlich des Begriffs der Mittelklasse selbst unterscheidet er zwischen alter und neuer Mittelklasse. Ersterer ordnet er Selbständige und *professionales*[2] zu, während letztere jene Lohnabhängigen darstelle, deren Tätigkeit zum überwiegenden Teil aus geistiger Arbeit bestehe (Germani 1942: 109).

Auch wenn Germani zu diesem Zeitpunkt noch Vorsicht im Umgang mit den vorliegenden Zahlen anmahnt, findet sich in der Vorstudie von 1942 bereits sein Kernargument hinsichtlich der argentinischen Sozialstruktur, welches er in den darauffolgenden Jahren seiner Forschungstätigkeit weiter zu fundieren bemüht sein wird. Konkret: der rasante zahlenmäßige Anstieg der argentinischen Mittelklasse zwischen Ende des 19. Jahrhunderts und den 1930er Jahren. In seiner späteren Studie *La estratificación social y su evolución histórica en la Argentina* (1970) findet sich diese These – basierend auf aktualisierten Bevölkerungsdaten – resümiert in folgenden Zahlen wieder: Während 1869 nur 11 % der Bevölkerung der Mittelschicht (Germani spricht an dieser Stelle von »estratos medios«) angehörten, waren es 1895

1 Zur Figur Gino Germanis als Gründervater der argentinischen Soziologie s. Fußnote2, Kapitel 2.

2 Der Begriff des *professionel/profesional* ist im Deutschen nicht gebräuchlich, umfasst aber im Englischen und Spanischen Berufe wie Ärzte oder Rechtsanwälte, die ein Hochschulstudium erfordern. Gleichzeitig verweist es auf eine spezifische Berufsidentität, die im weiteren Verlauf der Arbeit noch relevant sein wird. AkademikerIn ist im Deutschen hingegen anders konnotiert. Aus diesem Grund habe ich die Bezeichnung *professional* beibehalten.

bereits 25,9 %. Dieser Anteil steigerte sich bis 1947, laut Germani, auf 40,2 %, um 1960 sein endgültiges Hoch von 44,5 % zu erreichen (Germani 2010c: 229).

Trotz dieser frühen systematischen Studien verschwand die argentinische Mittelklasse für lange Zeit als explizites Forschungsobjekt von der Agenda in Argentinien. Die Forschungsagenda Germanis greift explizit erst wieder Susana Torrado in den 1990ern auf. Dabei waren und sind Germanis Arbeiten zweifelsohne als Klassiker der argentinischen Soziologie anerkannt. Mit ihrer Studie *Estructura social de la Argentina: 1945-1983* trat Torrado (1992) *expressis verbis* an, um diese »Lücke für die Periode von 1945-83« in der Tradition Germanis zu füllen, wie sie am Klappentext des Buches ankündigt.

Unbenommen einer leicht veränderten Methodologie (Torrado 1992: 105-120) kommt die argentinische Soziologin für den von Germani analysierten Zeitraum auf ähnliche statistische Ergebnisse und detektiert den gleichen Trend: Die urbane Mittelklasse sei überdurchschnittlich im Vergleich zum Erwerbspersonenpotenzial und der ArbeiterInnenklasse gewachsen (Torrado 1992: 148-152). Ihre Studie führt die Untersuchung für die nachfolgenden zwei Dekaden weiter und konstatiert eine Fortsetzung dieses Trends. Konsequenterweise resümiert Torrado (1992: 186-189, Übers. T. B.): »Man beobachtet den stufenweisen und ununterbrochenen Anstieg der relativen Bedeutung der Mittelklasse (von 40,7 % im Jahr 1947 auf 47,8 % in 1980) auf entsprechende Kosten der Arbeiterklasse (von 59,3 % auf 52,2 % für den gleichen Zeitraum).«

Auch wenn sich nachfolgende Generationen empirischer SozialforscherInnen kaum mit der Mittelklasse beschäftigen sollten, begründete Germani mit seiner Studie und den nachfolgenden Werken eine spezifische Tradition innerhalb der argentinischen Soziologie. Seine – nicht nur in dieser Studie augenscheinliche – Insistenz auf die sozialwissenschaftliche Methodologie und klare Demarkationslinien erklärt sich vor allem vor dem Hintergrund seiner forschungspolitischen Agenda. Sein selbstgesetztes Ziel war die Etablierung einer »sociológia científica« (»wissenschaftlichen Soziologie«) in Argentinien, wie Germani die Soziologie nach seinem Ideal in einem programmatischen Text aus dem Jahr 1956 bezeichnete. Gemeint war damit eine sich an den USA anlehnende Forschungsagenda im Sinne einer empiriegeleiteten, anwendungsorientierten und induktiven Soziologie (Blanco 2006: 163-186). Seine Arbeiten orientierten sich somit an der damals vorherrschenden strukturfunktionalistischen Perspektive (Germani 2010b).[3] Im Sinne

3 Blanco selbst nuanciert diese Einschätzung dahingehend, dass Germani ebenfalls die Gefahr eines »akritischen Empirismus« oder »ungeordneten Empirismus« sah (Blanco 2006: 168, Übers. T. B.). Zudem argumentiert er, ausgehend von Germanis Tätigkeit als Herausgeber, dass dessen Forschungsinteressen über ein solch enges Forschungsprogramm hinausgingen (Blanco 2003). Redlicherweise ist anzumerken, dass Germani auch ethnografische Aspekte in seinen Arbeiten einfließen ließ. So spricht er an anderer Stelle etwa von »tipo de existencia« (Existenzweise) (Germani 2010b: 122) als geteilte Lebensformen einer Klasse. Sautu et

einer solchen Anwendungsorientierung fungierte Germani in jenen Jahren auch als wissenschaftlicher Berater für den Nationalen Zensus von 1947 (Blanco 2003: 49). Die Studien Germanis begründeten jedoch nicht nur die Traditionslinie, die einen Ausschnitt aus der Sozialstruktur als Mittelklasse identifiziert, sondern verknüpfte diesen Teil immer auch mit einer Fortschritts- und Modernisierungserzählung einer egalitäreren und durchlässigeren Gesellschaft.

Während die statistischen Ergebnisse Germanis allerdings zumindest fragwürdig sind, stellen die von ihm abgeleiteten gesellschaftlichen Implikationen eine äußerst eigensinnige Interpretation dar, wie Adamovsky (2012: 45-51) anhand der von Germani verwendeten Zahlen aufzeigt. Folgende Gründe lassen seine Ergebnisse in einem anderen Licht erscheinen. Erstens definiert Germani die neue Mittelklasse extrem breit, indem er alle Lohnabhängigen, die keine Handarbeit verrichten, in diese inkludiert. Es ist genau dieser Teil, der für das starke Wachstum der Mittelklasse in der Statistik verantwortlich ist. Nachdem es sich jedoch ebenfalls um Lohnabhängige handelt, gibt es zunächst einmal keinen ersichtlichen Grund, diese nicht ebenfalls als Teil der ArbeiterInnenklasse zu kategorisieren, wie es etwa andere AutorInnen getan haben. Einen kategorialen Unterschied hier einzuziehen, ist zumindest diskussionswürdig (Adamovsky 2012: 51).

Zweitens ist Germanis Schlussfolgerung, dass es zu einem sozialen Aufstieg weiter Bevölkerungsteile gekommen sei, nach einer genaueren Überprüfung zu bezweifeln. Häufig handelte es sich weniger um eine vertikale Aufwärtsmobilität als um eine horizontale Bewegung. Ein Großteil der (europäischen) MigrantInnen, der Germani zufolge in die neue Mittelklasse aufstieg, war bereits vor seiner Einwanderung in Argentinien in ähnlichen Sektoren tätig (Adamovsky 2012: 45). Für den lokalen Kontext hingegen bedeuteten diese Entwicklungen teilweise sogar eine Vergrößerung der Ungleichheit. Durch die zunehmende Zentralisierung in Buenos Aires oder auch durch die steigenden ausländischen Importe gerieten in jenen Jahren die lokalen Ökonomien zunehmend unter Druck und regionale Ungleichheiten – insbesondere unter der Bevölkerung im Landesinneren – stiegen statistisch an (Adamovsky 2012: 51).

Dies ist, drittens, verkoppelt mit einer weiteren fragwürdigen Schlussfolgerung, die Germani zieht. Rein statistisch gesehen, verdeutlichen die Zahlen zunächst lediglich eine Vertiefung kapitalistischer Verhältnisse und die Durchsetzung des Lohnverhältnisses. Die von Germani abgeleitete Modernisierung und der gesellschaftliche Fortschritt hin zu einer gleicheren und sozial durchlässigeren Gesellschaft ist seine eigensinnige und keinesfalls evidente Interpretation der empirischen Daten. Im Gegenteil: Die Durchsetzung des Lohnverhältnisses verlief auf

---

al. (2010) führen diese Einflüsse auf die damals prominenten Arbeiten der Chicagoer Schule zurück. Gleichwohl ist es jene an Talcott Parson orientierte strukturfunktionalistische Forschungslinie, für deren Etablierung Germani maßgeblich war.

Kosten anderer Reproduktionsformen, was die Ungleichheit außerhalb der Hauptstadt sowie zwischen den einzelnen Landesteilen sogar teilweise vergrößerte (Adamovsky 2012: 49). Insofern erscheint es adäquater, diese Prozesse als »Veränderung der Art, wie Ungleichheit umorganisiert wurde« zu erfassen – die sie zunächst einmal darstellte –, anstatt eine Transition zu einer gleicheren und ›modernen‹ Gesellschaft zu konstatieren (Adamovsky 2012: 50, Übers. T. B.). Der hergestellte Zusammenhang zwischen Anwachsen und Aufstieg einer Mittelklasse und der Verringerung von sozialer Ungleichheit sowie die daraus abgeleitete Schlussfolgerung eines gesellschaftlichen Fortschritts funktioniert nur, wenn die über das Modernisierungsparadigma eingeführten, normativen Annahmen ebenfalls akzeptiert werden. Heutzutage – und vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Lateinamerika im Laufe des 20. Jahrhunderts – muss die Annahme, dass Modernisierung und Entwicklung zu einer Verringerung sozialer Ungleichheit führen würden, bezweifelt werden (Kaltmeier 2015b: 758). Die neuerliche Lektüre der Zahlen Germanis durch Adamovsky zeigt allerdings, dass die Befunde des italienischen Soziologen auch schon zu dessen Zeiten fragwürdig waren.

Die kritische Betrachtung von Germanis Interpretation der statistischen Befunde bedeutet jedoch nicht, dass es in jenen Jahren nicht zu weitreichenden Transformationen der argentinischen Sozialstruktur und Gesellschaft gekommen wäre. Fragwürdig sind allerdings die aus ihnen abgeleiteten politischen Schlüsse. Hinweise auf die Motive für diese einseitige Betrachtung sowie die positive Aufladung der Mittelklasse liefert Germani selbst bereits im ersten Absatz seiner Studie, in dem er die Dringlichkeit des »Problems der Mittelklasse« begründet. Den Blick nach Europa gerichtet, erkennt er in der Mittelklasse einen entscheidenden Stabilitätsfaktor der dortigen Gesellschaften und führt den Aufstieg des Faschismus in Europa auf die wachsende Ungleichheit in ihren Reihen zurück (Germani 1942: 105). Wie auch in seiner Analyse des Peronismus schlägt in dieser Interpretation der biografische Hintergrund des italienischen Soziologen sowie seiner Sorge um autoritäre Entwicklungen durch. In der Unterstützung des Faschismus sah Germani den »großen historischen Fehler der Mittelklassen« (Murmis/Feldman 1992: 220, Übers. T. B.) in Europa, die ihre eigenen Interessen verraten hätten und stattdessen ein Bündnis mit den dominanten Eliten eingegangen wären. Auch wenn Germani die Mittelklasse nicht essentialistisch sah, kam ihr aus seiner Sicht eine entscheidende Rolle in der Transition zu einer modernen Gesellschaft zu, weshalb er sich die Frage stellte, warum sie diese Aufgabe verraten hatte – eine Frage, die viele der wissenschaftlichen Arbeiten Germanis durchzieht (Murmis/Feldman 1992: 219-221).

4.2 Selbstkasteiung und Buße: Die Mittelklasse nach dem Peronismus

In den nachfolgenden Jahren standen weniger die sozialstrukturellen Transformationen im Mittelpunkt der Debatte als die politische Rolle der Mittelklasse in der argentinischen Politik. Innerhalb der marxistischen Diskussion waren in Lateinamerika wie auch auf internationaler Ebene entsprechende Paradigmen noch nicht aufgebrochen. »Aus unserer Sicht existiert keine ›Mittelklasse‹«, schrieb Norbert Lechner (2012: 48, Übers. T. B.) noch 1970. Eine Diskussion über die Mittelklasse schien vielen MarxistInnen überflüssig. In Argentinien selbst war man zudem zur Genüge damit beschäftigt, die eigenen Fehleinschätzungen in Bezug auf den Peronismus nach- und aufzuarbeiten. Eben diese Revision in den Kreisen von Intellektuellen und WissenschaftlerInnen bildete den Kontext, in dem die Mittelklasse in jenen Jahren indirekt diskutiert wurde. Anstelle einer klassentheoretischen Bestimmung arbeitete man sich an der politischen Rolle, die die argentinische Mittelklasse in den Vorjahren gespielt hatte, ab. Diese Arbeit kam in großen Teilen einer Selbstreflexion des eigenen Verhältnisses zum Peronismus gleich.

Das noch von Germani gezeichnete Bild der Mittelklasse als Triebkraft des Fortschritts und Gleichheit schien vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen der vorangegangenen Jahre zunehmend fragwürdig. Am prägnantesten stellte das Paradigma einer modernen und demokratischen Mittelklasse José Nun mit seinem Aufsatz *The Middle Class Military Coup* infrage. Zwar sei die Mittelklasse in Lateinamerika ein Subjekt der Veränderung gewesen, allerdings konträr zur modernisierungstheoretischen Annahme. Sie sei äußerst pragmatisch in der Auswahl ihrer Mittel gewesen, um ihre Interessen durchzusetzen, und hätte sich auch bereitwillig des Militärputsches bedient, wenn der Druck der popularen Klassen zu groß geworden wäre. Dem zufolge sei ein Großteil der Militärcoups aus »the connexion (sic!) between the army and the interests and values of the middle class« zu erklären (Nun 1967: 104 zit.n. Zirker 1998: 70). Und tatsächlich unterstütze in Argentinien ein Großteil der Mittelklasse sowohl den Putsch gegen Perón 1955 als auch jenen in den 1960er Jahren gegen die gewählten Regierungen aus den Reihen der *radicales*.

Die These Nuns steht paradigmatisch für einen Wandel im Verhältnis zwischen Mittelklasse und Peronismus in jenen Jahren. Am Ende dieses Prozesses sympathisierten nicht nur Teile dieser mit dem Peronismus, sondern seine radikalsten Gruppen rekrutierten sich aus ihr. Jener Wandel lässt sich nur vor dem geschichtlichen Hintergrund nachvollziehen. Während der Regierungszeit Perons wurde die argentinische Mittelklassen-Identität geschmiedet, deren Grundstein ein vehementer Antiperonismus bildete. Sowohl konservative als auch linke Kräfte hatten den Peronismus, ausgehend von der These, es handle sich um eine faschistische Regierung, abgelehnt. Nach dem Coup 1955 setzte eine Revision dieser Position vor allem im studentischen Milieu ein, welche die eigene Rolle in den vorangegangenen Jahren als »bürgerlich« oder »Anti-ArbeiterInnen« zu reinterpretieren begann.

> Die Basis dieser Infragestellung leitet sich aus der ›positiven‹ Reinterpretation von Perón sowie des Peronismus ab, und der Taktik einiger Gruppen, die versuchen, Allianzen mit der urbanen Arbeiterklasse zu schmieden, die in großen Teilen von der peronistischen Gewerkschaften dominiert wird. (Graciarena 1971: 88, Übers. T. B.)

Somit kam es in jenen Jahren zu einem regelrechten Boom an einer Art »Selbstkasteiungs- und Bußeliteratur« (Altamirano 2011: 107, Übers. T. B.). Carlos Altamirano (2011: 113) sieht in diesen – wie er sie nennt – »sozialpsychologischen« Texten ein Zusammenspiel despektierlicher Zuschreibungen, die dem Marxismus entstammten und einer spezifisch argentinischen Spielart, welche die Distanzierung der Mittelklasse von den peronistischen Massen anprangerte. Entscheidend waren dabei nicht nur Selbstkasteiung und abzulegende Buße, sondern dass diese Literatur zugleich Erlösung für die Mittelklasse versprach. Diese finde sie, wenn sie sich dem Proletariat und dessen historischer Mission (die der Marxismus ihm vorsah) anschließe (Altamirano 2011: 125). Im Falle Argentiniens bedeutete dies den Zusammenschluss mit den peronistischen Massen.

Schon in den Jahren zuvor war es notwendig geworden, den Widerspruch auszubalancieren, dass Perón zwar in die Universitäten intervenierte, diese aber zugleich für die breite Bevölkerung öffnete und dass darüber hinaus vor allem Teile der Mittelklasse einen sozialen Aufstieg erfahren hatten (Graciarena 1971: 87). Dieser Widerspruch spitzte sich in den Folgejahren noch weiter zu und ab den späten 1950er begann sich in linken studentischen Kreisen und dem Umfeld der UCR jenes Milieu zu bilden, das später die *Izquierda Peronista* formieren sollte (Gillespie 2011: 65). Befeuert wurde diese Entwicklung, nachdem die Erwartungen an die Regierungen unter den *radicales* von Arturo Frondizi (1958-1962) und Arturo Umberto Illia (1963-1966) enttäuscht wurden. Den letztendlichen Ausschlag für die Hinwendung zum Peronismus in Teilen der Mittelklasse gab aber schließlich die erneute, autoritäre Wende mit der Militärjunta unter Juan Carlos Onganía (1966-1968), die ihren symbolischen Ausdruck in der *noche de los bastones largos* (Nacht der langen Stöcke) fand.

Wie Gillespie (2011: 114-116) argumentiert, ging es der Mittelklasse in jenen Jahren wirtschaftlich kaum schlechter, weshalb die Gründe für ihre ›Peronisierung‹ vielmehr in politischen und kulturellen Faktoren zu verorten seien. Nach seinem Staatsstreich intervenierte Onganía in den Universitäten, Zeitschriften wurden verboten, StudentInnen verfolgt und AkademikerInnen wanderten aus. Als die Polizei mit Schlagstöcken am 29. Juli 1966 StudentInnen und Universitätsangehörige niederprügelte und die Gebäude der Universität Buenos Aires besetzte, vollzogen Teile der Mittelklasse endgültig eine politische Kehrtwende. In einer Mischung aus Schuldgefühlen über die Rolle der studentischen Bewegung in den Jahren zuvor und der Repressionserfahrung einer neuen, politisch unerfahrenen Generation

wandten sie sich dem Peronismus zu und radikalisierte sich. Ein Großteil der bewaffneten Gruppen der darauffolgenden Jahre, wie etwa die *montoneros*, rekrutierte sich aus dieser Gruppe der urbanen und akademischen Mittelklasse (Gillespie 2011: 132).

So fand in jenen Jahren weniger eine explizite Forschung zur Mittelklasse statt, sondern ein Teil dieser Mittelklasse – vornehmlich das studentische und universitäre Milieu – reflektierte die eigene politische Position. War diese zwischen studentischer Bewegung und Mittelklasse in den Jahren zuvor zumeist deckungsgleich gewesen, wurde sie nun komplexer und vielschichtiger (Graciarena 1971: 95f.). Die Debatte über die Mittelklasse transportierte dabei statt wissenschaftlichen Analysen vor allem politische Kampfrhetorik, die dazu diente, die politische Rolle der Mittelklasse in den Vorjahren zu missbilligen und ihren Lebensstil als prätentiös zu kritisieren (emblematisch in dieser Hinsicht ist Jauretche 1967).

Auch in den nachfolgenden Dekaden spielte die Mittelklasse als wissenschaftlicher Forschungsgegenstand eine geringe Rolle. Das galt allerdings nicht nur für die Forschung zur Mittelklasse in Argentinien, sondern ganz allgemein für Klassenanalysen, die in jenen Jahren in Lateinamerika stark an Bedeutung verloren (Kaltmeier 2015a: 429). Wie auch im Rest Lateinamerikas war in Argentinien ein wesentlicher Grund für diesen Trend die institutionelle Situation während der repressivsten Militärdiktaturen. Unter der letzten Militärdiktatur Argentiniens (1976-1983) standen die Sozial-, Gesellschafts- und Kulturwissenschaften aufgrund ihrer politischen Gesinnung und im Zusammenhang mit der Intervention der Universitäten unter permanenter Beobachtung. Nichtsdestotrotz werden in den 1970er Jahren erste anthropologische Studien veröffentlicht, welche die Mittelklasse thematisieren. Allerdings handelt es sich bei diesen Studien um wenige Ausnahmen, die darüber hinaus eher unbeabsichtigt und im Laufe der Forschung auf die Mittelklasse als Untersuchungsobjekt gestoßen zu sein scheinen (Visacovsky 2008).

4.3 *Nuevos pobres* und die Vorläufer der Krisenliteratur

Auch mit der Rückkehr zur Demokratie war die Mittelklasse für die Wissenschaft zunächst nicht von Interesse, obwohl der erste Präsident Raúl Ricardo Alfonsín, Kandidat der UCR, wie kein Präsident zuvor als Repräsentant der Mittelklasse galt. Es dauerte bis in die 1990er Jahre, bis die Mittelklasse wieder explizites Thema der Wissenschaft wurde. Den Debattenkern stellten die sogenannten *nuevos pobres* (neuen Armen) oder eben auch die *clase media empobrecida* (verarmte Mittelklasse) dar. Nach der Forschung Germanis kann das Konvolut an Arbeiten jener Jahre als zweiter Moment in der argentinischen Debatte über die Mittelklasse des Landes betrachtet werden, in dem die sozialstrukturelle Dimension der Mittelklasse zunächst im Zentrum stand. Nicht zufällig erschien die bereits erwähnte Studie

Torrados (1992) in diesem Zeitraum. Abseits der sozialstrukturellen Veränderungen während der 1980er und 1990er Jahre, die einen gewichtigen Teil der Debatte ausmachten, traten nun jedoch auch erstmalig ethnografische und kultursoziologische Aspekte hinzu, die den Grundstein für die Institutionalisierung eines breiteren Forschungsprogramms ab den 2000ern legen sollten.

Worum ging es also bei den *nuevos pobres*, den neuen Armen?[4] Aus der Armutsforschung entspringend, nahm diese Debatte die Leidtragenden der sozialen Polarisierungs- und Desintegrationsprozesse der 1990er in den Blick. Bei ihnen handelte es sich in großen Teilen um jene Mittelklasse, die erwartungsvoll die Wahl Alfonsíns gefeiert hatte. Die Hoffnungen wurden jedoch rasch enttäuscht. (Bis heute spricht man in Argentinien von der *década perdida* – der verlorenen Dekade.) Auf politische und kulturelle Fragen fand man keine Antworten und obwohl die Regierung es kurzzeitig vermochte, die wirtschaftliche Lage in den Jahren 1985/86 durch den *Plan Austral* zu stabilisieren, setzte in den Folgejahren eine Hyperinflation ein. In Folge kam es zu wirtschaftlichen Abstiegen in allen Bevölkerungsteilen. So stieg etwa im Großraum Buenos Aires die Armutsrate in den 1980ern um 67 %, wobei die verarmende Mittelklasse, die *nuevos pobres*, die vergleichsweise stärksten Deprivationsprozesse erlitt (Kessler/Di Virgilio 2008: 32; Minujin 1997). Nach einer kurzen wirtschaftlichen Erholung zu Beginn vertieften sich diese Prozesse im Laufe der 1990er Jahre weiter. Waren in den 1980ern vor allem Lohneinbußen durch (Hyper-)Inflation, Prekarisierung der Lohnabhängigen und einsetzende Unterbeschäftigung die Verarmungsursachen, traten in den 1990ern die systematische Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und eine rasant ansteigende Arbeitslosigkeit hinzu (Kessler/Di Virgilio 2008: 38f. Svampa 2010: 139-144). Lapidar formuliert: Während das Einkommen in den 1980er zunehmend nicht mehr bis zum Ende des Monats ausreichte, verlor man in den 1990ern den Arbeitsplatz.

In der Debatte um die Folgen der neoliberalen Politiken jener Jahre wurden als *nuevos pobres* oder *empobrecidos* also jene Teile der Mittelklasse beschrieben, die in den 1980ern und speziell den 1990ern rasante Abstiegserfahrungen machten. Die Begriffskomponenten »neu« oder »verarmt« zeigen dabei analytisch an, dass es sich nicht um vererbte Armut handelt und dass dieser Sektor ein höheres Ausbildungs- und Qualifikationsprofil aufwies. (Minujin 1997: 29)

Neben den sozialstrukturellen Veränderungen stimmen die Diagnosen unterschiedlicher Arbeiten darin überein, dass das zu diesem Zeitpunkt vorherrschende gesellschaftliche Integrationsmodell – basierend auf dem Versprechen einer sozialen Aufwärtsmobilität, die der nachfolgenden Generation eine Besserstellung zu garantieren schien – eine historisch gewachsene Lebensweise und, damit einhergehend, ein spezifisches Imaginarium der Mittelklasse in jenen Jahren kollabier-

4 Zur Genese des Begriffs in der Soziologie Europas, den USA sowie einzelnen Ländern Lateinamerikas vgl. Kessler/di Virgilio (2008: 22-38).

ten (Kessler/Di Virgilio 2008; Minujin/Anguita 2004; Minujin/Kessler 1995; Svampa 2010). Es kam aufgrund der neoliberalen Politiken jener Jahre zu einer »Pulverisierung und Fragmentierung der Sozialstruktur« (Kaltmeier 2015a: 430). Der Begriff *nuevos pobres* erlangte in weiterer Folge somit eine performative Dimension und fand Eingang in die Alltagsprache. Obwohl zunächst in einem wissenschaftlichen Kontext entstanden, begann die verarmte Mittelklasse sich zunehmend selbst als solche zu betiteln. So zeigte etwa eine Studie von 2005, dass sich ein weitaus höherer Anteil, als es der Statistik entsprach, als »clase media empobrecida« deklarierte (Kessler/Di Virgilio 2008: 43). Die Selbstbeschreibung als »neu« oder »verarmt« ermöglichte eine sprachliche Abgrenzung von den ›richtigen‹ Armen.

Gleichwohl hatten diese Entwicklungen durchaus unterschiedliche Auswirkungen innerhalb der Mittelklasse. Der Abstieg eines Teils der Mittelklasse ging mit der Bereicherung eines anderen einher. Den VerlierInnen dieser Polarisierung standen *los que ganaron* (Svampa 2001) gegenüber, die sich zunehmend in ihren Privatvierteln und *countries* abschotteten und den Unterschied zur Gegenseite umso deutlicher durch ihre Konsum- und Lebensweise ausdrückten. Auf der ›VerlierInnen-Seite‹ versuchte man hingegen, durch individuelle beziehungsweise kleinfamiliäre Kompensationsstrategien weiterhin eine Lebensweise der Mittelklasse nach außen hin zu repräsentieren. Kessler/di Virgilio (2008: 40, Übers. T. B.) berichten von einer »Verzerrung klassischer Strukturen der Bedürfnishierarchien«, die bei Hausbesuchen im Rahmen ihrer Feldforschung unmittelbar ersichtlich wurde – Symptome des Versuchs, den materiellen Verlust durch soziales und kulturelles Kapital zu kompensieren. Kollektive Strategien dieser Bevölkerungsteile gab es bis 2001 kaum oder sie wurden wie im Falle der Proteste von LehrerInnen und DozentInnen (Kapitel 10) zunächst nicht mit der eigenen privaten Realität artikuliert. So dominierten die individuellen Adaptionsstrategien, deren zentralen Triebkräfte von Scham und dem Versuch, die eigene materielle Deprivation nach außen hin nicht sichtbar werden zu lassen, charakterisiert waren (Svampa 2010: 143). In diesem Sinne diskutierte die Literatur zur argentinischen Mittelklasse jener Jahre das erste Mal sozialstrukturelle Veränderungen und die Frage von Identitäten gemeinsam.

4.4 Krisen: Protest, Organisierung und Identität

Dieser Umstand erklärt das erwachende Interesse der Kultur- und Sozialanthropologie sowie der Soziologie an der Mittelklasse während jener Jahre, was eine üppige Wissensproduktion an ethnografischen Studien (Fava 2014; Guano 2004; Tevik 2003; Visacovsky 2012; Zenobi 2006), Untersuchungen über neue Protest- und Organisationsformen (Ozarow 2014; Schuster et al. 2005; Svampa 2008, 2009) oder Arbeiten zur Geschichte der argentinischen Mittelklasse (Adamovsky 2007, 2009; Cosse 2014; Garguin 2007) nach sich zog. All das führte zur Etablierung und In-

stitutionalisierung der Forschung zur Mittelklasse in Argentinien (Adamovsky et al. 2014; Visacovsky 2014; Visacovsky/Garguin 2009), was seinen Ausdruck ab 2004 zunächst in einer Arbeitsgruppe und später dann in Form des *Programa de Estudios sobre Clases Medias* (2011-2017) am CIS-IDES fand.

Die Gründe für das jähe wissenschaftliche Interesse sind mannigfaltig. Ein wesentlicher Faktor war, dass die Mittelklasse in der öffentlichen Sphäre als Akteur und in organisierter Form – als *ahorristas* (Sparer) oder *vecinos* (Nachbarn) – in Erscheinung trat. Auch knüpfte die Mittelklasse in jenen Jahren Verbindungen zu AkteurInnen und Identitäten, wie etwa ArbeiterInnen oder Arbeitslose, die tradierte Gegenstände der argentinischen Sozialforschung sind. Zuletzt ist sicherlich eine biografische Dimension nicht zu vernachlässigen. Ähnlich der Debatte in den 1960er Jahren lässt sich die Debatte in den 2000ern Jahren auch als Beschäftigung der ForscherInnen mit dem eigenen Umfeld lesen, welches weitreichenden Veränderungen unterworfen war.[5]

Zweifelsohne ist dieser vierte Moment der Debatte zur Mittelklasse derjenige mit dem explizitesten Forschungsprogramm. Auch wenn sowohl die Ansätze als auch die disziplinären Hintergründe der Forschungen in diesem Kontext divers sind, lässt sich die Dominanz einer »konstruktivistischen und prozessualen Annäherung, basierend auf einer entsprechenden ethnografischen Herangehensweise« (Visacovsky 2008: o. S., Übers. T. B.) erkennen. »Mittelklasse« wird primär als Identität verstanden, die in alltäglichen Praktiken und in Abgrenzung zu anderen ständig konstituiert und reaffirmiert werden muss.[6]

In diesem Kontext ist auch das wohl wichtigste Werk zur argentinischen Mittelklasse zu verorten, das 2009 erstmals erschien. In *Historia de la clase media Argentina. Apogeo y decadencia de una ilusión, 1919-2003* argumentiert der Historiker Ezequiel Adamovsky (2012), dass die argentinische Mittelklasse eine spezifische Identität sei, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts herausbildet und zunächst ein politisches Projekt der herrschenden Eliten war. Die bahnbrechende Untersuchung stellt so manche Mythen und Narrative über die argentinische Mittelklasse infrage, vor allem aber zeigt sie auf, dass weder die sozialstrukturelle Konstitution, noch die

5 In manchen Forschungen werden diese Veränderungen explizit beschrieben und als Ausgangspunkt benannt (Visacovsky 2014), andere sprechen von »wir« in ihren Arbeiten über die Mittelklasse (Minujin/Anguita 2004).

6 Der deklarierte Konstruktivismus des Programms war dabei inhaltlich und personell sehr offen für andere Herangehensweisen, wie ich während eines Forschungsaufenthaltes 2016 erfahren habe. Es handelte sich dabei weniger um eine theoretische Engführung als eine Perspektive, die die Mittelklasse nicht als konstituierten Akteur setzte, sondern zunächst einmal infrage stellte, später aber durchaus materiell fundierte. Diese Perspektive ermöglichte es, scheinbar evidentes und in Argentinien sehr dominantes Alltagswissen über die Mittelklasse kritisch auf seinen empirischen Gehalt zu befragen.

Organisierung auf Basis einer Mittelklassen-Identität vor den 1940er vonstattenging. Noch Anfang des 20. Jahrhunderts schien es eine Selbstverständlichkeit, dass die argentinische Gesellschaft aus zwei Teilen besteht: die anständigen Leute und die Plebs. Weder in der wissenschaftlichen Literatur noch in Kulturwerken finden sich Referenzen auf eine Mittelklasse oder eine gesellschaftliche Gruppe, die sich auf Basis einer solchen Identität organisiert hätte (Adamovsky 2012: 19-27).

Was ist das zentrale Argument Adamovskys in seinem Werk? Mit den tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Veränderungen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts gewannen unter den Volksmassen auch zunehmend mehr politische Strömungen, wie etwa der Kommunismus oder der Anarchismus, an Einfluss, was von den Eliten mit Besorgnis wahrgenommen wurde. In den 1920er Jahren taucht der Begriff »Mittelklasse« erstmalig aber ausschließlich in den Diskussionen von Intellektuellen der Eliten auf, die über ihr Ideal einer geordneten argentinischen Gesellschaft nachdenken und versuchen, dieses Ideal zu verbreiten. Die Diffusion dieses Weltbildes mittels »operaciones de clasificación« (»Klassifizierungsoperationen«), wie Adamovsky (2012: 59) sie bezeichnet, dienten explizit dem politischen Ziel, soziale Gruppen, Lebensweisen, Verhalten oder Ideen als anständig und respektabel oder eben unzivilisiert und barbarisch zu qualifizieren und zu hierarchisieren. Die Idee einer Mittelklasse war genau eine solche Klassifikation, die eine Trennung zwischen den dezenten und kultivierten Leuten und dem ›Pöbel‹ einzog (Adamovsky 2012: 53-117).

Die Idee einer Mittelklasse ging zunächst also primär aus dem Kreis einiger weniger PolitikerInnen hervor, anstatt dass sie Identität eines Ausschnitts der argentinischen Sozialstruktur gewesen wäre, der sich als Mittelklasse organisiert hätte. Ganz im Gegenteil tendierten die herkömmlicherweise als solche identifizierten Sektoren – LehrerInnen, Bankangestellte oder *professionals* – in jenen Jahren eher dazu, die Nähe zu den ArbeiterInnen zu suchen und sich auf dieser Identität oder einer an sie angelehnten Identität zu organisieren (Adamovsky 2012: 135-216).

Es bedurfte der ersten Regierungszeit Peróns (1946-1955), dass sich die Mittelklasse als Identität und zwar in klarer Abgrenzung zu den popularen Klassen und ihrer Privilegierung durch Perón als symbolische Repräsentation der Nation konstituierte. Dabei war die Ausrichtung Peróns von Beginn an nicht so eindeutig, und so war dieser zunächst sehr bemüht, ebenso die Mittelklasse an sich zu binden. Auch aus einer ökonomischen Perspektive betrachtet, profitierte die Mittelklasse in jenen Jahren. Allerdings missfiel der Peronismus zunehmend dem Großkapital und so gelang es den Unternehmensverbänden, den aufkommenden Unmut unter ihrer Führung zu hegemonisieren (Adamovsky 2012: 259f.). Hinzu kam, dass etwa LehrerInnen oder UniversitätsdozentInnen durch Politiken wie die Einführung von Religionsunterricht oder die Interventionen der Universitäten zunehmend beunruhigt waren und um die Rechtsstaatlichkeit bangten (Adamovsky 2012: 257-260).

Der entscheidendste Aspekt für das Hervorbringen einer Mittelklassen-Identität in jenen Jahren scheint jedoch das Eindringen des ›Pöbels‹ in die politische und öffentliche Sphäre gewesen zu sein. Das öffentliche Auftreten der Volksmassen stieß jene Teile der Bevölkerung, die sich als ›anständig‹, ›zivilisiert‹ und ›manierlich‹ imaginierten, mit ihren Verhaltensweisen und Wertvorstellungen nicht bloß vor den Kopf. Die popularen Massen drangen in die öffentliche Sphäre mit Stolz und in dem Selbstbewusstsein vor, legitimer Repräsentant der argentinischen Nation zu sein, und disputierten somit Kernelemente einer nationalen Identität (Adamovsky 2012: 265-286).

Basierend auf diesem entstehenden Antiperonismus begann sich schließlich ein Teil der genannten Sektoren entlang einer Mittelklassen-Identität zu organisieren. Dabei wirkten nicht nur die herrschenden Eliten, sondern auch Teile der Kirche und des Militärs am ›Projekt Mittelklasse‹ mit. Dessen explizite Zielsetzung war es, dem Peronismus und dessen politischer Gravitationskraft etwas entgegenzusetzen. In den Worten Adamovskys: »[D]ie Identität der Mittelklasse wurde Fleisch innerhalb der bereits politisierten Argentinier und in einem sehr spezifischen Sinne: Sie war unbestreitbar antiperonistisch.« (Adamovsky 2012: 339f., Übers. T. B.) Wenig verwunderlich begrüßten große Teile der Mittelklasse folglich den Putsch gegen Perón 1955. Wie bereits beschrieben, revidierten diese unter den nachfolgenden Diktaturen in Teilen die eigene Position und vor allem studentische und intellektuelle Kreise entdeckten ihre Sympathien für den Peronismus. In den 1990er Jahren wiederum wurde ein anderer Teil durch die Politiken Carlos Menems zunächst angesprochen. Insgesamt wurde das Verhältnis zwischen Peronismus und Mittelklasse in den Folgejahren komplexer und vielschichtiger.

Trotzdem spielen Narrative der Mittelklassen-Identität, die mit ihrem Gründungsmoment verbunden sind, bis heute in Argentinien eine gewichtige Rolle. Die Konstitution einer ersten Identität der Mittelklasse fasst Adamovsky (2012: 477, Übers. T. B.) folgendermaßen zusammen:

> Die antiperonistische Reaktion brachte zum ersten Mal in fester Form die Interessen der Eliten mit denen eines großen Teils der Mittelsektoren zusammen. In den peronistischen Jahren war ›Mittelklasse‹ zu sein eine Form des Sich-Abgrenzens gegenüber der Identitäten, die der Peronismus ausgerichtet auf den ›Arbeiter‹ als Hauptfigur der neuen Nation vorschlug und die er zu konstruieren versuchte.

Zusammenfassend lässt sich in Bezug auf die argentinische Mittelklasse somit Folgendes feststellen: In vier Momenten im Laufe des 20. Jahrhunderts gerät die argentinische Mittelklasse als Akteur in den Fokus. Auch in diesen lassen sich die zwei Forschungsprogramme von sozialstruktureller Bestimmung der Mittelkasse und der Frage nach ihrer politischen Identität erkennen. Die ersten Arbeiten sind geprägt von einer sozialstrukturellen Perspektive, die die Entstehung einer argentinischen Mittelklasse mit der Modernisierung der argentinischen Gesellschaft ver-

koppelt. Erst nach dem Peronismus spielt die Frage der Identität der Mittelklasse eine wichtigere Rolle. Allerdings sind diese Arbeiten zur Mitte des 20. Jahrhunderts stark von politischen Debatten geprägt, in denen Teile der argentinischen Mittelklasse ihre eigene Rolle während des Peronismus hinterfragen. Nach einer längeren Absenz in den Sozialwissenschaften kehrt die Mittelklasse als Untersuchungsgegenstand dann in den 1990ern – vermittelt über die Diskussion zu den Folgen der neoliberalen Umstrukturierungen – zurück in den Fokus. Auch wenn hier die sozialstrukturelle Perspektive – mittlerweile von den strukturfunktionalistischen Annahmen, die noch die Arbeiten Germani prägten – dominiert, artikulieren diese Diskussionen die beiden Linien von Sozialstruktur und Identität zunehmend stärker. Die Literatur zur argentinischen Krise 2001 bringt dann in weiterer Folge zahlreiche Arbeiten hervor, die unterschiedlichste Aspekte der Mittelklasse untersuchen. Nachdem die Mittelklasse im Zuge der Krise auch als politischer Akteur sichtbar wird und sich zu organisieren beginnt, kreisen viele der Arbeiten um die neuen Protest- und Organisationsformen sowie die Identität der Mittelklasse. Im Zuge dieser Literatur erscheint wenige Jahre später (erstmalig 2009) das bisher umfassendste Werk zur Geschichte der argentinischen Mittelklasse, in dem Adamovsky (2012) diese als politische Identität identifiziert.

Diese aus der Empirie entspringenden Erkenntnisse haben für die vorliegende Arbeit weitreichende (theoretische) Konsequenzen. Sie legt einmal mehr offen, dass das Feld der politischen Identitäten auch im Falle der argentinischen Mittelklasse Terrain der politischen Auseinandersetzung ist. Anders und in Übereinstimmung mit der theoretischen Perspektive dieser Arbeit ausgedrückt: Es ist politisches Kampfterrain im Ringen um Hegemonie. Genau deshalb sind diese Erkenntnisse anknüpfungsfähig für eine hegemonietheoretische Perspektive, die versucht, sowohl materielle Bedingungen als auch die Ebene der Identitäten in den Blick zu bekommen.

5 Klassen und politische Identität: Versuch einer konzeptionellen Wiedervereinigung

In Teil I wurden die Stärken und Schwächen unterschiedlicher Zugangsweisen zu den Phänomenen des Populismus und der Mittelklasse sowie deren spezifisch historischen Ausprägungen im argentinischen Kontext diskutiert. Im nachfolgenden Kapitel werden die bisherigen Überlegungen nun zu einer theoretischen Perspektive zusammengeführt.

5.1 Mittelklasse als relational-historisch-materialistische Kategorie

Ich habe im oben stehenden Kapitel unterschiedliche (Mittel-)Klassenbegriffe vorgestellt und deren Stärken und Schwächen diskutiert. Während die einen auf Strukturpositionen abzielen, betonen andere die Fragen politischer Identität, Subjektivität oder Kultur. Theorien und Definitionen der Mittelklasse mangelt es nicht an Präzision oder methodischen Werkzeugen. Die Unzulänglichkeiten der vorgestellten Ansätze ist dem Untersuchungsgegenstand (Mittel-)Klasse selbst geschuldet. Wie ich argumentiert habe, handelt es sich bei Klasse(n) um ein dynamisches Verhältnis, dessen Erfassen in starren Kategorien gezwungenermaßen scheitern muss. Dabei handelt es sich nicht bloß um eine theoretische Willensbekundung, sondern um einen Grundpfeiler marxistischer Klassenanalyse, die Klasse als Verhältnis begreift. In der Konzeption von Klasse als Verhältnis liegen ihre Stärke und ihr Differenzierungsmerkmal gegenüber anderen theoretischen Ansätzen. Konsequenterweise ist einer adäquaten Definition der Mittelklasse nicht mittels statischer Grenzziehung beizukommen. Schon in den 1980ern und im Anschluss an die oben nachgezeichneten Debatten konstatierte Peter Meiksins (1986: 108): »[I]t may be that ›the boundary question‹, as it is posed in much of the Marxist literature, is not really the right one to be asking.« Doch während Definitionsversuche, die den Klassenbegriff auf eine individuelle Strukturposition verengen, unzureichend erscheinen, müssen jene Perspektiven, die lediglich auf die Frage von subjektiver Wahrnehmung und Identität abheben, ebenso unbefriedigend bleiben, da sie Fragen der materiellen Ungleichheit aus den Augen

verlieren. Deshalb schlage ich entgegen eines statischen Klassenbegriffs in seinen unterschiedlichen Spielarten oder der Aufgabe jeglicher ökonomischen Fundierung vor, »Mittelklasse« im Sinne eines relational-historisch-materialistischen Klassenbegriffs zu begreifen. Wichtiger Ausgangspunkt für einen solchen Klassenbegriff sind die Arbeiten des britischen Historikers Edward Palmer Thompson. In seinem *The Making of the English Working Class* zeichnet er die Entstehung, Organisierung und die Kämpfe der englischen ArbeiterInnenklasse und den permanenten Prozess eines *making* und *unmaking* von Klasse nach. Sowohl objektiv wirkende Struktur als auch subjektive Faktoren sind in diesem Prozess entscheidend:

> Wesentlich für seinen [E. P. Thompsons] historischen Materialismus ist, das ›Objektive‹ und das ›Subjektive‹ nicht als zwei getrennte Dinge aufzufassen (an denen sich ›Notwendigkeit‹ und ›Wirksamkeit‹ sehr leicht messen lassen), die nur äußerlich und mechanisch als aufeinander folgende miteinander verbunden sind, als objektiver Stimulus und subjektive Reaktion. Es ist notwendig, der gesellschaftlichen Analyse die Rolle von bewussten und historischen Subjekten einzuschreiben, die ›Subjekt‹ und ›Objekt‹ zugleich sind, sowohl Handelnde als auch materielle Kräfte in objektiven Prozessen. (Meiksins Wood 2010: 99)

Insofern bieten die Überlegungen Thompsons einen guten Ausgangspunkt für eine Konzeption der Mittelklasse, die ökonomische Konstitution mit der politischen Identität von Klasse zu verbinden. Was unter die einzelnen Teilelementen dieser Bestimmung (»relational«, »historisch«, »materialistisch«) konkret gefasst wird, soll nun erläutert werden.

Der Verhältnischarakter von »Klasse« bildet den Kern eines marxistischen Verständnisses von »Klasse«, ohne den die Kategorie nicht denkbar ist (Kaltmeier 2015a). ArbeiterInnenklasse und KapitalistInnen konstituieren sich nur dadurch, dass sie zueinander in der Beziehung von AusbeuterInnen und Ausgebeuteten stehen – ohne dieses Verhältnis und unabhängig voneinander existieren die beiden Teile nicht. »I do not see class as a ›structure‹, nor even as a ›category‹, but as something which in fact happens (and can be shown to have happened) in human relationships«, schreibt Thompson (1966: 9) im viel zitierten Vorwort seines Werkes. Diese Grundprämisse unterscheidet einen marxistischen Klassenbegriff substantiell von anderen Theoretisierungsversuchen.

Gleichwohl sie diese Prämisse anerkennen, lösen viele marxistische Ansätze »Klasse« letztlich doch in statische Strukturpositionen auf, auf die die Individuen verteilt werden. Dieses Vorgehen wird weder dem kollektiven noch dem dynamischen und relationalen Charakter von »Klasse« gerecht – oder, wie Thompson schreibt:

> [T]he notion of class entails the notion of historical relationship. Like any other relationship, it is a fluency which evades analysis if we attempt to stop it dead

> at any given moment and anatomise its structure. The finest meshed sociological net cannot give us a pure specimen of class, any more than it can give us one of deference or of love. The relationship must always be embodied in real people and in a real context. (Thompson 1966: 9)

Mit einem Verständnis, das »Klasse« auf eine statische Struktur reduziert, verflüchtigt sich diese als Erkenntnisobjekt, ihr Verhältnischarakter geht verloren. Doch wie lässt sich dieser theoretisch fassen? Im oben stehenden Zitat ist bereits angedeutet, wie Thompson den dynamischen Charakter von »Klasse« in seine Definition einführen wird. Er nähert sich diesem mittels einer historischen Perspektive.

Ihr historischer Charakter ist auch die zweite wichtige Dimension des hier vorgeschlagenen Klassenbegriffs. »Historisch« ist dabei nicht ausschließlich in einem temporären Sinne zu verstehen. Erstens zeigt es den prozessuralen und dynamischen Charakter von »Klasse« an. Erkenntnistheoretisch – und in weiterer Folge auch methodologisch – wirft es die Frage der Erklärkraft von synchronen oder diachronen Analysen auf. Zweitens beinhaltet »historisch« im Sinne von Geschichtsschreibung eine räumliche Komponente. Es verweist auf den spezifischen Gesellschaftskontext der analysierten Verhältnisse. Diese Dimensionen zeigen sich auch beim Begriff der Mittelklasse.

Wie bereits erwähnt, sah Engels die Notwendigkeit, der englischen Ausgabe des Manifests eine Begriffsklärung voranzustellen, um möglichen Missverständnissen unter den englischen LeserInnen vorzubeugen. Mittlerweile sollte auch deutlich geworden sein, dass es sich hierbei nicht um ein Übersetzungsproblem handelt, das sich auf Sprache reduzieren lässt, sondern die Frage der Übersetzung von Konzepten in einem umfassenden Sinne im Raum steht. Die dargelegten Begriffsursprünge bei Marx führen einmal mehr vor Augen, dass eine Klassenanalyse sich nie ablösen lässt von dem jeweiligen historischen Kontext, der sich je nach Land oder Region unterschiedlich darstellt und Auswirkungen auf die theoretischen Konzepte hat, die diesen spezifischen Verhältnissen gerecht werden können (Camfield 2004). Diese Einsicht aus seiner historischen Analyse führte Thompson zu seiner berühmten Formulierung:

> If we stop history at a given point, then there are no classes but simply a multitude of individuals with a multitude of experiences. But if we watch these men over an adequate period of social change, we observe patterns in their relationships, their ideas, and their institutions. Class is defined by men as they live their own history, and, in the end, this is its only definition. (Thompson 1966: 11)

Will man »Klasse« untersuchen, muss ihren mannigfaltigen Spuren in der Geschichte und Gegenwart in Form von ihren Erfahrungen, aufkommenden Ideen, Organisationen usw. nachgespürt werden.

Die materielle Dimension von »Klasse« ist der dritte Gesichtspunkt, den es zu diskutieren gilt. Aus marxistischer Perspektive lässt sich »Klasse« nicht in subjektive Wahrnehmung, Erfahrung oder Identität auflösen. Der ökonomische Kern des Klassenbegriffs ist das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und die materiellen Ungleichheiten, die sich aus dem Besitz der Produktionsmittel ergeben.

Gerade Thompson wurde vorgeworfen, er löse »Klasse« in Identität oder Bewusstsein auf. (Für eine systematische Aufarbeitung der Kritik sowie Thompsons Polemik gegen den Althusserianismus vgl. Anderson 1980). Thompson (1966: 9) selbst stellt im viel zitierten Vorwort klar: »The class experience is largely determined by the productive relations into which men are born – or enter involuntarily.« Und tatsächlich lässt sich diese Behauptung, Thompson reduziere »Klasse« auf Erfahrung, nur schwerlich aufrechterhalten, betrachtet man *The Making of the English Working Class* in seiner Gesamtheit. Stattdessen gibt eine genaue Lektüre Aufschluss über potenzielle Annäherungs- und Verbindungsmöglichkeiten an die beiden Dimensionen des Klassenbegriffs. Das Werk enthält zahlreiche Analysen über die konkreten Veränderungen in den Produktionsverhältnissen und deren Folgen. Etwa in Kapitel *IX The Weavers* beschreibt Thompson (1966: 269-313) detailversessen, wie sich in Folge von Veränderungen in der Organisation der Woll- und Garnindustrie und der Einführung neuer Technologien im 18. und 19. Jahrhundert die Stellung der Weber wandelte und diese sich aufgrund ihrer verschlechterten Lebensbedingungen zu organisieren begannen. Wie subjektive Erfahrungen politisiert werden (oder welche Identitäten aus diesen entstehen), ist freilich eine andere Frage. Allerdings bedeutet Thompsons Perspektive weder, eine automatische Übersetzung der Erfahrung in ein Klassenbewusstsein anzunehmen noch Erfahrung als alleinige Kategorie für Klasse zu setzen. Vielmehr scheint die Einschätzung Ellen Meiksins Wood (2010: 88) treffend, wonach diese Perspektive

> die Prinzipien des historischen Materialismus und dessen Auffassung von materiell strukturierten historischen Prozessen ernst [nimmt] und [sie] behandelt den Prozess der Klassenbildung als einen historischen Prozess, der durch die ›Logik‹ materieller Determinationen geformt wird.

Objektiv wirkende Produktionsverhältnisse verteilen die Menschen in unterschiedliche Klassenlagen, deren Widersprüche und Ausbeutungsformen von den Menschen dann erfahren werden (Meiksins Wood 2010: 86f.). Einer solchen Perspektive folgt auch die vorliegende Studie: Sie rückt die Frage von Klassenidentitäten in den Fokus, ohne dabei jedoch die strukturierende Wirkung von ökonomischen Prozessen auszuklammern.

5.1.1 Ist die Mittelklasse eine Klasse?

Die Fragestellung, die dem Buch zugrunde liegt, birgt eine zusätzliche Herausforderung in Bezug auf die sozialstrukturelle Dimension von »Klasse«. Während Thompson die ArbeiterInnenklasse in den Blick nimmt, zielt mein Erkenntnisinteresse auf die Mittelklasse. Den strukturfokussierten Ansätzen ist insofern zu folgen, als sie richtigerweise darauf hinweisen, dass es eine qualitative Differenz zwischen ArbeiterInnenklasse und Mittelklasse geben muss, um eine strukturelle Unterscheidung zu rechtfertigen. Beharrt man nicht auf dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit auf abstraktester Ebene, wird der Klassenbegriff willkürlich. Im vorliegenden Fall würde die Untersuchung Gefahr laufen, »Klasse« – in diesem Falle »Mittelklasse« – tatsächlich auf eine Identität oder Selbstzuschreibung zu reduzieren. Im Sinne einer ökonomischen Perspektive ist denjenigen, die ausgehend von der Lohnabhängigkeit für einen breitangelegten Klassenbegriff argumentieren, der etwa *white-collar workers* als Teil der ArbeiterInnenklasse begreift stattzugeben (Meiksins 1987). Das Lohnverhältnis wird hier als empirischer fassbarer Ausdruck des Ausbeutungsverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit verstanden. Allerdings wirft diese Perspektive sowohl für die Theorie als auch in der konkreten Analyse Probleme auf.

Das gewichtigste Problem ist augenscheinlich: Der Begriff der Mittelklasse verliert seine Berechtigung. Stattdessen müsste man konsequenterweise alle Lohnabhängigen unter den Begriff der ArbeiterInnenklasse subsumieren. Allerdings wird schnell deutlich, dass auch dieses Vorgehen unbefriedigend bleiben muss, da es seinerseits dazu führt, bedeutende Unterschiede zwischen den Lohnabhängigen zu übergehen. Eine soziologische Differenzierung zwischen unterschiedlichen Sektoren innerhalb der Lohnabhängigen ist somit zwingend erforderlich, um eine differenzierte sozialstrukturelle Analyse betreiben zu können. Zweitens ist die Mittelklasse als Identität politisch wirksam. Wie also verfahren mit dem Begriff der Mittelklasse innerhalb einer marxistischen Klassentheorie?

Hilfreich ist hier Adrián Pivas (2008, 2017a) Systematisierung zwischen divergierenden theoretischen Stellenwerten unterschiedlicher Klassentheorien. Er argumentiert, dass zunächst zwischen einem »marxistischer Begriff von Klasse« und einem »soziologischen Begriff von Klasse« zu unterscheiden sei. Der Übergang von ersterem zu zweiterem bedeute einen Perspektivwechsel von der Frage nach den Verhältnissen unter der kapitalistischen Ausbeutung und wie sich diese an der Klasse manifestieren, hin zur Frage nach den Attributen einzelner Individuen und wie die kapitalistischen Verhältnisse deren Aktionsfreiheit ermöglichen oder einschränken (Piva 2017a: 202). Piva (2017a: 198, Übers. T. B.) differenziert die beiden deshalb folgendermaßen:

> Während die ›marxistische Vorstellung‹ von Klasse die eines objektiven sozialen Verhältnisses ist, das eine spezifische Art der Subjektivierung – artikuliert über das Lohnverhältnis – annimmt, stellt die ›soziologische Vorstellung‹ eine Verteilung und Klassifizierung der Individuen gemäß signifikanter Attribute dar.

Konkret heißt das, dass auch wenn der Begriff der Mittelklasse auf abstraktester ökonomischer Ebene keine Berechtigung hat, er im Sinne eines soziologischen Begriffs durchaus gewinnbringend sein kann. Die durch ein soziologisches Verständnis von »Klasse« gewonnen Erkenntnisse können wichtige Analyseelemente beitragen, wenn man das Missverständnis vermeidet, »den durch die genannten Indikatoren konstruierten theoretischen Raum mit den objektiven sozialen Verhältnissen, die sie als signifikant begründen, zu verwechseln« (Piva 2017a: 206, Übers. T. B.). Begeht man diesen Fehler nicht und hält den unterschiedlichen theoretischen Stellenwert präsent, ist diese soziologische Perspektive überaus fruchtbar, um Differenzen innerhalb der Lohnabhängigen herauszuarbeiten.

5.2 Populismus als antogonistische Konstruktionslogik der Hegemonie auf dem Feld der politischen Identitäten

Das vorgeschlagene Verständnis der Mittelklasse öffnet die marxistische Klassentheorie für einen nicht essentialistischen Klassenbegriff. Seinen relationalen und prozesshaften Charakter teilt ein solcher Klassenbegriff mit der laclauschen Theoretisierung politischer Identitäten, ausgehend von seiner poststrukturalistischen Lesart des Hegemoniebegriffs. Innerhalb einer breiteren Debatte rund um den Begriff der Hegemonie werden schon lange die Herausforderungen diskutiert, die mit dem Begriff verbunden sind (Balsa 2006a; 2006b; Bonnet 2007; Brand 2013; Buckel et al. 2012; Scherrer 2007). Hegemonie läuft als theoretisches Konzept immer Gefahr, auf eine statische Zustandsbeschreibung reduziert zu werden. Zum Zentrum der Debatte wird dann die Frage – zugegebenermaßen spitze ich hier zu –, ob Hegemonie besteht und wer diese innehat. Demgegenüber liegt der vorliegenden Untersuchung ein hegemonietheoretisches Verständnis zugrunde, das den prozesshaften Charakter von Einbindung und Konstruktion politischer Identitäten betont. Weder ist dieser Prozess je abgeschlossen, noch kann er als undirektionale Top-down-Logik begriffen werden. Statt einem Monolog gleicht Hegemonie in diesem Sinne eher einen Dialog zwischen Ungleichen (Balsa 2006a). In diesem Sinne gilt es nicht, Hegemonie festzustellen, sondern nach den operierenden Mechanismen zu fragen. In Bezug auf politische Identitäten bietet die laclausche Populismustheorie hier ein nützliches Begriffsinstrumentarium an. Gleichwohl bedarf es – ausgehend von der Diskussion in Kapitel 2 – einiger Präzisierungen. Hierzu sei

kurz seine Argumentationslinie im Hinblick auf den Klassenbegriff in Erinnerung gerufen.

Laclau und Mouffe sehen im Klassenbegriff den letzten ökonomistischen Kern des Hegemoniebegriffs. Der für sie unvollendete »gramscianische Wendepunkt« vollzieht sich bei ihnen mit Gramscis Konzept einer moralischen und intellektuellen Führung (HSS: 110). Hegemonie wird nicht mehr errungen durch die Interessenskonvergenz beziehungsweise das Bündnis zwischen zweier oder mehr Klassen, sondern gesellschaftliche Akteure werden erst durch die Artikulation zu einem Kollektivwillen auf Ebene der Ideologie hervorgebracht (HSS: 109-116). Laclau versucht mit seiner Populismustheorie noch einen Schritt weiter zu gehen, indem er nach der Konstitution von Identitäten – ausgehend von dem, was er als deren »Rohmaterial« ausmacht, den *social demands* – fragt. D.h. Laclau lehnt nicht nur eine vordeterminierte Artikulation zwischen einem bestimmten Akteur und einer Identität oder Ideologie ab (dieses Argument steht im Zentrum seiner frühen Populismustheorie in PIM), sondern ganz allgemein die Idee von vorkonstituierten Akteuren.

Laclaus und Mouffes Verdienst ist es, darauf hingewiesen zu haben, dass erstens eine solche Artikulation nicht angenommen werden kann, sondern politisch hergestellt werden muss. Zweitens lassen sich relevante gesellschaftliche Akteure und existierende Identitäten nicht auf Klassen beschränken. Somit wird das Repertoire an gesellschaftlichen Akteuren und möglichen Identitäten erweitert. Mit seiner Populismustheorie entwirft Laclau dabei nützliche Begriffswerkzeuge, um die Konstruktion dieser Identitäten zu analysieren, die allerdings die als Einwände diskutierten Probleme mit sich bringen (Kapitel 2.3). Trotzdem lässt sich unter Maßgabe einiger Einschränkungen, die vor allem die Reichweite des Populismusbegriffs betreffen, die laclausche Theorie für die vorliegende Untersuchung fruchtbar machen.

Erstens habe ich aufgezeigt, wie Laclau seine Populismustheorie zu einer umfassenden Ontologie des Sozialen ausweitet. Die Auseinandersetzung um eine solche postfundationalistische politische Ontologie lässt sich weiterführen und wird auch in Zukunft weitergeführt werden. Im konkreten Fall der vorliegenden Studie ist diese jedoch nicht Hauptgegenstand des Erkenntnisinteresses. Vielmehr verfolgt sie ein konkretes gesellschaftsanalytisches Interesse, d.h. mir geht es weniger um die hinter ihnen operierenden ontologischen Logiken als um die Analyse der konkreten Inhalte, Dynamiken und Mechanismen selbst.

Auf dieser Ebene der konkreten Verhältnisse – in Laclaus Begriff der Ontik – ist es auch innerhalb der laclauschen Theorie legitim, spezifische Bestimmungen einzuholen. Insofern läuft es auf dieser Ebene der theoretischen Kohärenz nicht zuwider, »Populismus« als einen der Hegemonie untergeordneten Begriff zu behandeln, d.h. ihm nicht den gleichen ontologischen Status einzuräumen, sondern »Populismus« als eine spezifische Form von Hegemonie zu begreifen.

In eine ähnliche Richtung argumentiert Íñigo Errejón (2012), für den der Populismus eine Art der Hegemonie ist, die sich über die konfliktive Zweiteilung des sozialen Feldes und die radikale Inklusion gesellschaftlicher Teile, die zuvor ausgeschlossen waren, definiert. Seinen Ausführungen folgend, lässt sich also folgende Begriffsanordnung festhalten: »Der Populismus ist ein spezifischer – konfliktiver – Modus von Hegemonie, während die Hegemonie eine Form unter anderen möglichen Konstruktionsformen der Politik ist.« (Errejón 2012: 215, Übers. T. B.) Populismus ist somit eine Form von Hegemonie, aber nicht, wie von Laclau nahegelegt, jede Hegemonie populistisch. Dieser theoretischen Unterscheidung folge ich im weiteren Verlauf der Untersuchung.

Zweitens beschränke ich den Begriff des Populismus auf das Feld der politischen Identitäten. Der Annahme, dass sich im Populismus eine universelle und ahistorische Logik des Politischen finden lässt, stehe ich skeptisch gegenüber. Dabei habe ich in Kapitel 2.3 gezeigt, dass der Grund dafür, dass seine Theorie über das eigentliche Ziel ›hinausschießt‹, unter anderem im polit-strategischen Gehalt seiner Theorie begründet ist, der darin besteht, eben jene genannten statischen und deterministischen Klassenbegriffe zu dekonstruieren. Laclau, und in weiterer Folge sein gesamtes Theorieuniversum, treiben letzten Endes die politische Frage um, wie neue politische Identitäten ›fabriziert‹ (der strategisch-voluntaristische Überhang des Worts ist hier bewusst gewählt) werden können. In Folge dieser polit-strategischen Frage im Hintergrund löst er jedoch – so mein Argument – gesellschaftliche Akteure in Identitäten auf. Ob sich aus dem Untersuchungsgegenstand der politischen Identitäten weitergehende Schlüsse für andere gesellschaftliche Logiken – und wenn ja, auf welche – ziehen lassen, sei hier dahingestellt. Sicher scheint, dass sie sich nicht auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausweiten lässt. Die vorliegende Studie limitiert den Begriff des Populismus somit auf einen antagonistischen und konfliktiven Modus der Konstruktionslogik der Hegemonie auf dem Feld der politischen Identitäten.

Das führt mich drittens zum Desinteresse Laclaus an Strukturen, deren Dynamiken und Geschichte. Die Folgen dieses Desinteresses sind, dass die Unterschiede zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen eingeebnet werden. Bei Laclau folgen alle der gleichen Logik des Diskurses. Ist das Rätsel des Diskurses einmal ›geknackt‹, wird die laclausche Theorie zum »theoretischen Universalschlüssel« (Opratko 2012a) im Sinne eines ›one theory fits all‹. Ein solcher Universalschlüssel, der sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche anwenden lässt, mag verlockend sein. Allerdings sollte evident sein, dass die entscheidende Herausforderung für eine Sozialwissenschaft, die an einer präzisen Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse interessiert ist, darin bestünde, herauszuarbeiten, worin die Differenzen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen/Diskursen bestehen (interne Konstitution), wie sich die Bereiche zueinander verhalten (Anordnung und Wechselwirkungen) und wie sie sich verändern (zeitliche Dimension). Das gilt auch

für das Feld der politischen Identitäten. Ihre Konstruktion vollzieht sich weder in einem historischen Vakuum noch lässt sie sich auf abstrakte und universell gültige Mechanismen reduzieren (die mit Begriffen der Psychoanalyse zu erschließen wären). Vielmehr greift sie zurück auf historisch gewachsene Erfahrungen und Identitäten von gesellschaftlichen Gruppen. Um also die konkreten ›Inhalte‹ der Identitäten bestimmen zu können – und nicht nur zu konstatieren, dass diese entstehen und Ausdruck einer immerwährenden Logik sind – bedarf es einer Analyse ihrer Geschichte und der sie konstituierenden Imaginarien.

An diesem Punkt laufen die beiden Diskussion der zwei zentralen Kategorien für die vorliegende Studie zusammen. Der vorgeschlagene relational-historisch-materialistische Mittelklassenbegriff versucht, sowohl der Dimension von politischer Identität als auch deren materiellen Konstitutionsbedingungen Rechnung zu tragen. Während es Laclaus Ansatz ermöglicht, die Konstruktion politischer Identitäten zu analysieren, führt der Klassenbegriff die historische und materielle Dimension wieder in das laclausche Begriffsuniversum ein (ohne dabei einen Determinismus zu behaupten) und bildet somit ein Gegengewicht zum ausgemachten Politizismus und der Ahistorizität.

Die Operationalisierung der entwickelten theoretischen Begriffe wird im Detail jeweils zu Beginn der Kapitel von Teil II dargestellt. Im nachfolgenden Kapitel erläutere ich die allgemeine methodische Vorgehensweise und das verwendete Datenmaterial.

6 Methodik der Studie

Die entwickelten Begriffe von »Mittelklasse« im Sinne einer relational-historisch-materialistischen Kategorie und »Populismus« als antagonistischer Konstruktionsmodus der Hegemonie auf dem Feld der politischen Identitäten sind zunächst theoretische Abstraktionen. Diese Abstraktionen bedürfen stets einer Anpassung an den geschichtlichen und gesellschaftlichen Kontext. Sie dienen somit nicht als geschlossene Kategorien, sondern als Fluchtpunkte, die die Analyse in Teil II orientieren. Jeweils zu Beginn der Kapitel von Teil II wird erläutert, wie die Kategorien in der empirischen Analyse konkret operationalisiert wurden.

Doch mittels welcher Daten ist eine empirische Annäherung möglich und wie lässt sich das Wechselverhältnis zwischen Strukturen und den Identitäten der Akteure konzipieren? Selbstredend scheint, dass Ansätze zu problematisieren sind, die aus den strukturellen Bedingungen unmittelbare Schlussfolgerungen über Identitäten oder gar Handlungen ableiten. Gleichwohl bleiben die materiellen Bedingungen und strukturellen Veränderungen weiterhin ein zentraler Baustein jeder materialistischen Analyse. Im Sinne des marxschen Diktums, dass die Menschen »ihre eigene Geschichte [machen], aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen« (MEW 8: 115), geht es darum, die Artikulation zwischen strukturellen Bedingungen und Identitäten der Akteure zu analysieren. Wie Meiksins Wood (2010: 86) argumentiert, besteht eine erkenntnistheoretische Differenz zwischen einer statischen Perspektive, die Klasse als Struktur definiert, und der hier vertretenen Perspektive, die versucht, »strukturierte Prozesse« in den Blick zu nehmen. Eine solche Perspektive vertritt eine »Auffassung von Erkenntnis, die Struktur und Geschichte nicht als Gegensatz betrachtet und in der Theorie historische ›Kategorien und Begriffe anwenden kann, die der Erforschung von Prozessen und ›Fakten‹ angemessen sind‹« (Thompson 1980: 89 zit.n. Meiksins Wood 2010: 86). Beinhaltet der Begriff der »strukturierten Prozesse« die gesellschaftstheoretische Annahme, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse und Akteure sich innerhalb existierender struktureller Bedingungen herausbilden, diese aber einem permanenten Wandel (durch das Handeln der Akteure) unterworfen sind, so zieht diese gesellschaftstheoretische

Annahme die erkenntnistheoretische Konsequenz nach sich, dass Begriffe und Kategorien, die Struktur und Wandel dieser gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Akteure adäquat erfassen wollen, einer solchen prozessualen Logik ebenfalls folgen müssen.

Doch was sind die konkreten Manifestationen dieser strukturierten Prozesse, die einen empirischen Zugriff erlauben? Politische Identitäten können sich etwa artikulieren, indem eine Gruppe sichtbar in die Öffentlichkeit tritt und eine spezifische Identität für sich explizit reklamiert (»Wir sind…«). Allerdings ist dies lediglich die offensichtlichste Möglichkeit. Konstitutionsprozesse können sich auch subtiler vollziehen, bevor sie unter Umständen an die Oberfläche treten. Organisierungsversuche, empirische Zeugnisse von Erfahrungen (Schriften, kulturelle Artefakte) oder verbale Äußerungen können somit diese Klassenformierungsprozesse anzeigen.

Hinsichtlich des materiellen Charakters der Mittelklasse ist festzustellen: Es lässt sich keine deterministische Verbindung zwischen den beiden Dimensionen von sozialstruktureller Bedingung und Identität herstellen. In diesem Sinne sollte eine sozialstrukturelle Bestimmung als Analyse des Terrains verstanden werden, auf dem sich gesellschaftliche Gruppen potenziell herausbilden und Identitäten formieren können. Die Konstitution dieser politischen Identitäten ist hingegen ein politischer Akt der Konstruktion, dessen Ausgang offen ist und der stark vom gesellschaftlichen Kontext abhängt.

Übertragen auf die hier untersuchte Periode von 2003-2015 in Argentinien bedarf es somit einer Analyse des Kontextes, der Sozialstruktur und der politischen Identitäten der Mittelklasse. Diese drei Teilaspekte bedürfen sowohl quantitativer als auch qualitativer Daten, die methodisch kombiniert werden müssen (Behnke et al. 2010; Flick 2014). Dabei wurden die Mikrodaten des nationalen Statistikinstituts Argentiniens (*Instituto Nacional de Estadística y Censos de la República Argentina* – INDEC) sowie entsprechender Ministerien verwendet. Neben makroökonomischen Statistiken handelt es sich vor allem um die Mikrodaten der permanenten Haushaltsbefragung (*Encuesta Permanente de Hogares* – EPH).[1] Der Datenkorpus, der vor

1 Ein schwerwiegendes methodisches Problem betrifft die offiziellen Statistiken des INDEC ab 2007. 2007 intervenierte die Regierung in das nationale Statistikinstitut, indem sie Leitungspersonen austauschte und die Methodologie einzelner Indikatoren veränderte. Ziel war es unter anderem, die Statistik über die steigenden Inflationsraten niedrig zu halten. Mit dem Regierungswechsel 2015 verhängte die Regierung Mauricio Macris einen »statistischen Ausnahmezustand« und begann die Zahlen des INDEC sukzessive zu überarbeiten und zu revidieren sowie neue Berechnungsmethoden zu implementieren. Aus diesem Grund sind viele Indices des INDEC nur für bestimmte Perioden verfügbar oder nicht mit vorherigen Zeitabschnitten vergleichbar. Auch fehlen einige Mikrodaten der EPH, weil diese Ende 2015 nicht erhoben wurden. Für die existierenden Statistiken und ihre Verwendung in der vorliegenden Arbeit gilt: Ab dem Jahr 2007 sind die offiziellen Statistiken des INDEC nur teilweise und

allem bei der qualitativen Analyse zur Anwendung kam, umfasst erstens 2881 Transkripte von Reden und Verlautbarungen von Néstor Kirchner und Cristina Fernández de Kirchner während ihrer Amtszeiten zwischen 2003 und 2015. Der Materialkorpus wurde auf Basis des Onlinearchivs der *Casa Rosada* erstellt. Zweitens beinhaltet er Regierungsdokumenten, Gesetzestexten, Zeitungsartikel und Pressemitteilungen sowie achtzehn ExpertInneninterviews (Gläser/Laudel 2006; Meuser/Nagel 2009). Eine detailliertere Darstellung der Aufarbeitung der Daten findet sich in den jeweiligen Kapiteln.

Eine allgemeine methodische Anmerkung im Hinblick auf die erhobenen Daten erscheint mir noch geboten: Zum Zeitpunkt der Durchführung der Interviews war die letzte Amtszeit Cristina Fernández de Kirchner bereits beendet. Die Periode zwischen April und Juli 2016 war von zahlreichen Protesten und ersten Widerständen gegen die neue Regierung von Mauricio Macri geprägt. Der neue wirtschaftspolitische Kurs der Regierung begann sich ab April bemerkbar zu machen. Beispielsweise erhöhte die Regierung am 8. April 2016 die Preise für den öffentlichen Nahverkehr um 100 %, die Subventionen für Strom und Gas wurden gekürzt, was Rechnungserhöhungen von bis zu 400 % zur Folge hatte, und es kam zu zahlreichen Entlassungen im öffentlichen und privaten Sektor (s. Nachwort). Die politische und wirtschaftliche Situation zeigte sich auch in den Interviews.

Im Sinne Laclaus lässt sich dieser Zeitraum als Periode eines Aufbrechens existierender Sedimentierungen interpretieren. Meinen Beobachtungen nach wirkte sich dieses Aufbrechen in den Interviews folgendermaßen auf die Erzählungen über den Kirchnerismus aus: Im Einklang mit der laclauschen Annahme, dass die Thematisierung ihrer Kontingenz gesellschaftliche Strukturen repolitisiere, führten die Maßnahmen der Regierung Macris teilweise dazu, dass Politiken des Kirchnerismus wieder verstärkt als Errungenschaften wahrgenommen wurden. In mehreren Interviews vergleichen die GesprächspartnerInnen die aktuelle Situation mit den Jahren zuvor und heben hervor, dass sie sich bereits an die Verbesserungen gewohnt hatten. In diesem Sinne ist es sogar möglich, dass der Zeitpunkt der Datenerhebung einen Vorteil darstellte, da die Politisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse den Interviewten aufzwang, sich zu diesen Prozessen zu verhalten.

---

unter Vorbehalt verwendbar. Etwa im Falle der Arbeitsmarktstatistiken scheinen die Zahlen glaubwürdig und können für eine seriöse Analyse verwendet werden. Der Preisindex (und somit auch die Möglichkeit, preisbereinigte Löhne, Verkaufsstatistiken usw. zu vergleichen) ist hingegen unbrauchbar. Deshalb begannen unterschiedliche Organisationen und Agenturen ab 2007, eigene Indices herauszugeben (erst gegen Ende der zweiten Amtszeit von Cristina Fernández de Kirchner näherten sich die offiziellen Zahlen wieder anderen Berechnungen an). Das Institut CIFRA/CTA berechnete ab 2007 auf Basis unterschiedlicher Preisindices einzelner Provinzen den IPC-9 Provincias (zur Methodologie vgl. CIFRA/CTA 2012). Soweit nicht anders vermerkt, habe ich diesen für den Zeitraum von 2007-2015 in der vorliegenden Arbeit herangezogen.

Dementgegen schien vielen der InterviewpartnerInnen der Rückblick auf die vorangegangen zwölf Jahre schwierig, da verfrüht. Viele waren vor allem besorgt um die aktuellen Entwicklungen, sodass die Jahre zuvor rückblickend vermutlich verhältnismäßig positiv wahrgenommen wurden.

Abseits der Wahrnehmung der InterviewpartnerInnen führte der Regierungswechsel auch dazu, dass der Zugang zu Dokumenten oder früheren FunktionsträgerInnen erschwert wurde. Dokumentationen oder Personen standen nicht (mehr) zu Verfügung, die neue Regierung zeigte wenig Interesse daran, diese zugänglich zu machen, oder Zuständigkeiten waren unklar. Ein gutes Beispiel ist der Nationale Zensus des Personals in Bildungseinrichtungen 2014 (*Censo Nacional del Personal de los Establecimientos Educativos 2014* – CENPE), von dem bis heute nur eine vorläufige Auswertung vorliegt.

Die letztgenannten Vorgänge sind ein anschauliches Beispiel für die bereits vorgebrachte Kritik an Laclaus Begriff der Sedimentierungen (Kapitel 2.3). In Folge des Regierungswechsels kam es zu systematischen Umstrukturierungen von Ministerien und Institutionen, wodurch zahlreiche Informationen, Wissensbestände beabsichtigt und unbeabsichtigt verloren gingen. Zwar ließe sich gegebenenfalls argumentieren, dass es dadurch zu einer kurzfristigen Politisierung kam, jedoch zielten viele der Maßnahmen genau auf das Gegenteil, nämlich die langfristige Depolitisierung, ab. Es wurden die materiellen Bedingungen (Informationen, ExpertInnenwissen usw.) der Möglichkeit einer (späteren) Politisierung beseitigt. Diese Beobachtung bestätigt noch einmal die Notwendigkeit, den thereotischen Blick über die laclausche Perspektive hinaus auszuweiten.

7 Politische Konjunkturen des Kirchnerismus[1]

Das nachfolgende Kapitel analysiert die politische Konjunktur für die Jahre des Kirchnerismus (2003-2015). Einerseits liefert es einen Überblick für diejenigen, die nicht im Detail mit der argentinischen Politik vertraut sind. Andererseits holt die politische Konjunkturanalyse den Kontext in die Untersuchung ein. Insofern unterscheidet sie sich von einer bloßen Chronologie im Sinne einer Ereignisgeschichte. Es handelt sich um eine analytische Perspektive, bei der die Stellung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure zueinander für unterschiedliche Phasen untersucht wird.

Grundlage für die politische Konjunkturanalyse sind die Überlegungen Antonio Gramscis (GH 13: 1556-1565) in seinen Notizen zur *Analyse der Situation: Kräfteverhältnisse*. In ihnen beschreibt Gramsci die Notwendigkeit, Struktur und Handlung gemeinsam zu analysieren. Gramsci begreift das Verhältnis zwischen (ökonomischer) Struktur und Handlung nicht als mechanisch, sondern seine Überlegungen zielen darauf ab, »[d]en dialektischen Zusammenhang zwischen beiden Arten der Bewegung« auszuloten:

> Der Fehler, in den man bei der politisch-historischen Analyse oft verfällt, besteht darin, dass man das rechte Verhältnis zwischen dem Organischen und dem Gelegenheitsbedingen nicht zu finden vermag: dadurch kommt man entweder dazu, Ursachen als unmittelbar wirkend darzustellen, die stattdessen mittelbar wirken, oder zu behaupten, die unmittelbaren Ursachen seien die einzigen wirkenden Ursachen; in dem einen Fall gibt es ein Übermaß an ›Ökonomismus‹ oder doktrinärer Pedanterie, in dem anderen ein Übermaß an ›Ideologismus‹; in dem einen Fall werden die mechanischen Ursachen überschätzt, in dem anderen wird das ›voluntaristische‹ und individuelle Element hervorgehoben. (GH 13: 1557)

Die politische Konjunkturanalyse begreift Strukturen also nicht als determinierend für die Handlungen der Akteure, sondern als jene Grenzen, die die Handlungsmöglichkeiten der Akteure abstecken. Umgekehrt können die Handlungen der Akteure langfristig die Strukturen transformieren. Die Konjunktur lässt sich wiederum

1 Teile des Kapitels basieren auf früheren Analysen, vgl. Boos (2013, 2015a, 2016, 2017, 2018b).

definieren als »Manifestation der Kämpfe der unterschiedlichen Akteure, Gruppen in einer spezifischen Gesellschaft und zu einem bestimmten Zeitpunkt« (CEDIB 2006: 5, Übers. T. B.). Gleichzeitig ermöglicht eine solche Analyse in Abgrenzung zu Ereignisgeschichten zwischen alltäglichen Ereignissen (*hechos/actions*) und Ereignissen (*acontecimientos/events*), »die eine spezielle Bedeutung für ein Land, eine soziale Klasse, eine soziale Gruppe oder eine Person [erlangen]« (CEDIB 2006: 11, Übers. T. B.) zu unterscheiden. Letztere zeichnen sich dadurch aus, dass sie die politische Konjunktur sowie die Konstellation der unterschiedlichen Kräfte zueinander nachhaltig modifizieren.

Die politischen Kräfteverhältnisse präsentieren sich bei Gramsci als Ringen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen um Hegemonie. Jenes Moment, in dem gesellschaftliche Gruppen über ihre »korporativ-ökonomischen Interessen« hinaus es vermögen, andere Gruppen einzubinden, Kohäsion auf intellektueller und moralischer Ebene herzustellen und die eigenen Interessen zu universalisieren, ist für Gramsci die politische Phase und der Moment der Hegemonie (GH 13: 1561). Hinsichtlich dieses Moments der Hegemonie sei nochmals auf den Prozesscharakter von Hegemonie verwiesen (Kapitel 5). Hegemonie wird in der vorliegenden Studie nicht als Zustandsbeschreibung begriffen, sondern als permanenter Prozess. In diesem Sinne lassen sich die Bestrebungen unterschiedlicher Akteure, ihre Interessen zu verallgemeinern, als Projekte im Ringen um Hegemonie verstehen (Buckel et al. 2012). Die kirchneristischen Regierungen zwischen 2003 und 2015 werden deshalb im Nachfolgenden als Regierungsprojekte gefasst. Der Begriff »Regierungsprojekt« lehnt sich an den Begriff »Hegemonieprojekte« von Buckel et al. (2012) und Jessops (2016) Begriff »state project« an. Erstere begreifen Hegemonieprojekte als das Ringen zwischen Taktiken und Strategien unterschiedlicher politischer Projekte rund um eine gesellschaftliche Problemlage oder in einem Politikfeld (Buckel et al. 2012: 20f.). Letzterer sieht ein *state project* als Versuch, eine gemeinsame (rechtliche) Rahmung zwischen den verschiedenen Staats- und Regierungsapparaten zu schaffen, der die unterschiedlichen staatlichen Politiken koordiniert und als nach außen repräsentiertes nationales Interesse kombiniert (Jessop 2016: 85). In diesem Sinne ist der Begriff des Regierungsprojekts zwischen den beiden Begriffen angesiedelt: Einerseits zielt er nicht in erster Linie – wie der Begriff des *state project* – auf das (institutionelle) Innenleben des kirchneristischen Projekts, sondern nimmt dessen Verhältnis zu den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren und Kräften in den Blick. Andererseits ist der Begriff insofern weniger ambitioniert, als er lediglich auf ein spezifisches Hegemonieprojekt fokussiert, wohingegen Buckel et al. (2012) das Ringen zwischen verschiedenen Hegemonieprojekten analysieren. Allerdings hat der Begriff des Regierungsprojekts eine stärker strategische Konnotation, d.h. er versucht, die Konstruktion politischer Allianzen und Identitäten vonseiten der Regierung zu fassen.

Die politische Konjunkturanalyse leistet somit Folgendes: Erstens bietet sie einen Überblick über die wichtigsten gesellschaftlichen Entwicklungen. Zweitens werden die allgemeinen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen des betrachteten Zeitraums beleuchtet. Drittens werden die Kräfteverhältnisse zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren und ihr Verhältnis zum kirchneristischen Regierungsprojekt analysiert. Aus der Zusammenschau ergibt sich, viertens, die von mir vorgeschlagene Periodisierung, mit der ich versuche, die gesellschaftlichen Tendenzen für unterschiedliche Phasen des Kirchnerismus abzubilden. In dieser versuche ich, sowohl den ökonomischen als auch den politischen Ereignissen Rechnung zu tragen.[2]

Vier Perioden des Kirchnerismus schlage ich im Nachfolgenden vor. Erstens eine Periode von 2003 bis 2008, welche die wirtschaftlichen Boomjahre des Kirchnerismus in Kombination mit einer transversalen politischen Strategie umfasst. Zweitens eine Periode der kirchneristischen Krisenjahre von 2008 bis 2009. Der Versuch der Regierung, eine ökonomische Offensive zu starten, schlug in dieser Periode in eine politische Niederlage um, die das Ende der transversalen Strategie zur Folge hatte. Der Agrarkonflikt in dieser Periode repräsentiert ein Ereignis (*acontecimiento*), das die politische Konjunktur entscheidend modifizierte. Die dritte Periode von 2009 bis 2011 bezeichne ich als fundationalen Moment des Kirchnerismus. In dieser Phase erlangt die Regierung die Initiative zurück, indem sie auf politischer Ebene in die Offensive geht, ihre Bündnispartnerschaften neu ausrichtet und das Fundament für das Imaginarium des heute existierenden Kirchnerismus legt. Die vierte und letzte Periode reicht von 2012 bis 2015 und ist gezeichnet von einer zunehmenden Desintegration auf wirtschaftlicher und politischer Ebene, in der die antagonisierende Strategie der Regierung zunehmend in die Defensive gerät.

7.1 2003-2008 Wirtschaftliche Boomjahre und transversale Strategie

In seiner Antrittsrede umschrieb Néstor Kirchner das wichtigste Ziel des eigenen politischen Projekts als »den Wiederaufbau eines nationalen Kapitalismus, der Al-

2 Periodisierungen ergeben sich schlussendlich aus den angelegten Kriterien und dem Untersuchungsgegenstand. Während ich aufgrund meiner Fragestellung versuche, die ökonomischen und politischen Entwicklungen miteinzubeziehen, schlägt Piva (2017b, 2018) eine Periodisierung – basierend auf der Akkumulationsweise, d.h. mit einem Fokus auf den ökonomischen Prozess – vor. Porta et al. (2017) und Kulfas (2016) periodisieren ausgehend von der politischen Ebene entlang der drei Amtszeiten des Kirchnerismus. Rocca Rivarola (2017) wiederum legt die politischen Identitäten der kirchneristischen AktivistInnen als Kriterium an.

ternativen hervorbringt, die eine Wiederimplementierung der sozialen Aufwärtsmobilität ermöglichen.«[3] In derselben Rede führte er später aus:

> Der Inlandskonsum wird im Zentrum unserer Wachstumsstrategie stehen. Gerade um dieser Idee eines permanent wachsenden Konsums gerecht zu werden, soll die Kaufkraft unserer Bevölkerung schrittweise mittels der Löhne, der Anzahl der Erwerbstätigen und der geleisteten Arbeitsstunde progressiv anwachsen.[4]

Diese wenigen Worte des Präsidenten in seiner ersten Rede beschreiben rückblickend relativ präzise das kirchneristische Projekt. In den nächsten Jahren sollte der Kirchnerismus versuchen, die Wiederbelebung der kapitalistischen Akkumulation durch die Stärkung der Binnennachfrage mithilfe eines Staates, der durch aktive Interventionen als Vermittler agiert, voranzutreiben.

Die Wirtschaftszahlen für diese erste Periode des Kirchnerismus sind überaus positiv. Nach dem Einbruch der Wirtschaft während der Krise in den Vorjahren erholte sich die Wirtschaft nicht nur, sondern wuchs kontinuierlich auf hohem Niveau (s. Abbildung 1). Der Kirchnerismus nahm dabei eine vermittelnde Rolle zwischen den unterschiedlichen Kapitalfraktionen ein. Nach den Krisenjahren waren diese auf der Suche nach Stabilität und Planungssicherheit. Der Kirchnerismus vermochte diese Stabilität mit seiner staatsgetriebenen Entwicklungsstrategie zu gewährleisten. Teil dieser *Neo-Developmentalist*-Agenda (vgl. Féliz 2012; Ferrer 2010; Webber 2010) war es, einerseits den Binnenmarkt zu stärken, indem das Konsumniveau vieler Sektoren erhöht wurde. Andererseits profitierte der Kirchnerismus während der Anfangsjahre von den steigenden internationalen Rohstoffpreisen, welche dem Agrarkapital große Gewinne einbrachten. Neben der Akzeptanz durch diese Kapitalfraktion ermöglichten die Gewinne dem Kirchnerismus, die materielle Basis für seine Verteilungspolitik zu sichern und sich dadurch politischen Handlungsspielraum zu verschaffen. Der Kirchnerismus verstärkte diese neo-extraktivistische Säule seiner Entwicklungsstrategie darüber, dass er den Primärsektor – im Speziellen die Expansion von genverändertem Sojaanbau und Großminenprojekten – weiter vorantrieb (Brand/Dietz 2014; Grigera 2017; Svampa 2012). Die strategisch wichtige Bedeutung des Agrarsektors für die Entwicklungsstrategie in dieser ersten Periode erklärt, warum er in der zweiten Periode Ort einer der entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Teilen des Kapitals und dem Kirchnerismus werden sollte.

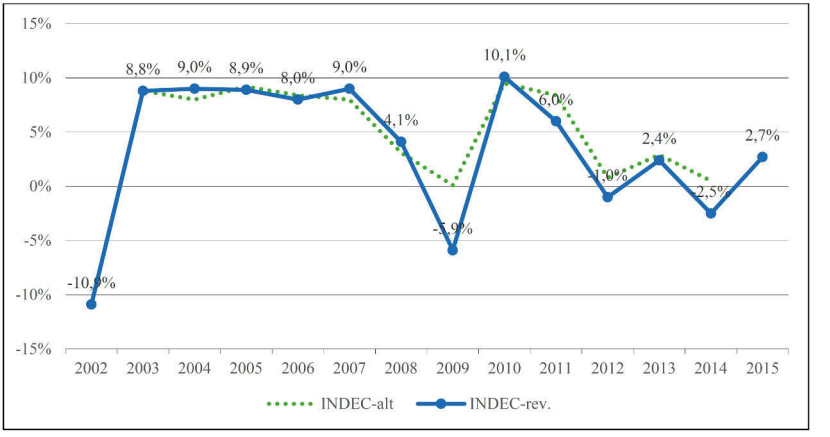
Neben den Agrarexporten wurden nach der Krise erfolgreich existierende Produktionskapazitäten reaktiviert. Versuche, (regional-)integrierte Cluster von klei-

---

3 *Discurso del senor presidente de la nacion, doctor Néstor Kirchner, ante la honorable asamblea legislativa*, 25.5.2003.

4 *Discurso del senor presidente de la nacion, doctor Nestor Kirchner, ante la honorable asamblea legislativa*, 25.5.2003.

Abbildung 1: Variation BIP im Vergleich zum Vorjahr, 2002-2015



Quelle: INDEC, eigene Darstellung

nen und mittelständischen Unternehmen zu etablieren, um die abhängige Weltmarktintegration aufzubrechen, waren allerdings nur eingeschränkt erfolgreich (Sztulwark 2010). Ab dem Amtsantritt von Cristina Fernández de Kirchner war dies zudem kaum noch Priorität der Regierungsagenda (Interview mit ehemals hochrangigem Regierungsfunktionär, 6.7.2016). Abseits von Spekulationen über die Intentionen der kirchneristischen Regierungen zeichnet die Analyse der Veränderungen der Produktionsstrukturen ein klares Bild: Die Kapitalkonzentration und der Anteil an ausländischem Kapital stieg zwischen 2003 und 2015 stark an; argentinisches Kapital hingegen investierte vorwiegend in Sektoren, die aufgrund ihrer räumlichen Verortung weniger Konkurrenzdruck ausgesetzt sind: in den Abbau natürlicher Rohstoffe, in Teile des Dienstleistungssektors sowie in den Bausektor (Gaggero et al. 2014). Zudem vertiefte sich die Zweiteilung (*dualización*) der argentinischen Ökonomie, im Speziellen der Industrie, zwischen einem modernen und extrem konzentrierten Teil, dessen Produktivitätsraten auf internationaler Ebene konkurrieren können, und einem Teil, der aufgrund seiner niedrigen Produktivitätsraten nicht konkurrenzfähig ist (Piva 2017b: 67f.).

Im Hinblick auf das Finanzkapital bedarf es eines kurzen Rückblicks in die 1990er Jahre. Von 1991 an hatte die Regierung Carlos Menems den sogenannten *plan de convertibilidad* (Konvertibilitätsplan) genutzt, um der Hyperinflation entgegenzuwirken. Der 1:1-Wechselkurs zwischen dem argentinischen Peso und dem US-Dollar sorgte dafür, dass Importe durch den überbewerteten Peso billig waren und Druck auf die einheimischen Löhne und Preise ausgeübt wurde. Dieses Modell

wurde über einen permanenten Zufluss von Auslandskapital finanziert, das durch hohe Zinssätze und die Privatisierung von staatlichen Unternehmen ins Land geholt wurde (Becker 2002). Ende der 1990er Jahre änderte sich das internationale Szenario und die Investitionen ausländischen Kapitals nach Argentinien stoppten. Nachdem das Modell allerdings vom stetigen Zufluss an ausländischem Kapital abhängig war, führte der Investitionsstopp zum Staatsbankrott von 2001 und dem Ende der Wechselkursparität. Übrig blieben nicht nur die während der 1990er Jahre stark angestiegene Staatsverschuldung, sondern auch Kredite der argentinischen Mittelklasse, die teilweise in US-Dollar notiert waren.

Als Néstor Kirchner 2003 die Regierung übernahm, stand diese vor der Herausforderung, die Auslandsschulden mit Gläubigern und internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) neu zu verhandeln. 2004 bot die Regierung den Gläubigern deshalb einen Schuldenrestrukturierungsplan an. Bedingt durch die Heterogenität an Gläubigern und Kreditformen, die gemeinsam verhandelt wurden, gestaltete sich der Prozess als schwierig. Trotzdem konnte die Regierung eine Übereinkunft mit 76 % der Gläubiger erzielen, wodurch die Schulden um 43 % reduziert wurden (Musacchio/Becker 2007: 128). Später dann (2010) wurde ein weiterer Teil der Gläubiger in die Übereinkunft integriert, sodass diese 93 % aller Gläubiger abdeckte.

Diese Neuverhandlungen senkten den Druck auf die Staatsfinanzen und ermöglichten die wirtschaftlichen Entwicklungen der nachfolgenden Jahre. Somit lässt sich die Restrukturierung der Auslandsverschuldung als Erfolg des Kirchnerismus begreifen. Doch obwohl die Regierung sich darauf verstand, die nationale und internationale politische Situation sowie die schwache Position des IWF auszunutzen – der IWF war durch seine Rolle während der neoliberalen Politiken der 1990er Jahre stark diskreditiert –, stellte sie weder die zugrundeliegenden finanzpolitischen Regelungen noch die Legitimität der akkumulierten Auslandsverschuldung infrage (Musacchio/Becker 2007: 128). Somit wurde die Schuldenhöhe als legitim akzeptiert, während der Ausgleich mit den internationalen Finanzinstitutionen gegenüber dem Ausgleich mit Privatgläubigern priorisiert wurde. Ebenfalls wurde am *Ley de Entidades Financieras* (Finanzinstitutionengesetz) von 1977 weitgehend festgehalten. Bereits von der Militärdiktatur konzipiert mit dem Ziel die Finanzmärkte zu dezentralisieren, garantiert es dem Finanzkapital Freiheiten in maximalem Ausmaß.

In den letzten beiden Perioden des Kirchnerismus sollte die Geld- und Finanzpolitik in der öffentlichen Debatte stark an Bedeutung gewinnen und zunehmend in die Kritik geraten. Unmittelbar nach 2003 war die Regierung Néstor Kirchners jedoch überaus erfolgreich mit der von ihr gewählten Strategie, die darauf abzielte, einen kompetitiven und stabilen Wechselkurs sowie eine niedrige Inflationsrate zu garantieren. Über Sterilisierungsoperationen auf dem Währungsmarkt schaffte es die Regierung, die Inflation niedrig und gleichzeitig den Peso leicht unterbewer-

tet zu halten. Dieser Wechselkurs hatte positive Effekte auf die Substitution von Importen und förderte den Binnenkonsum. Aufgrund des niedrigen Pesos waren Exporte relativ preiswert und international konkurrenzfähig, während die einheimische Produktion durch die verteuerten Importe geschützt wurde. Darüber hinaus verfolgte die Regierung eine expansive Geldpolitik mittels niedriger Zinsen.

Von 2005 an entschied sich die Regierung, weiter an dem konkurrenzfähigen Wechselkurs festzuhalten, statt niedrige Inflationsraten zu priorisieren (Frenkel/Rapetti 2007). Die Regierung führte kleinere Kapitalflusskontrollen wie eine Mindestdauer für Investitionen ein (Piva 2015: 55). Letzteres stand im Einklang mit dem Hauptziel der Regierung, Beschäftigung und Wachstum durch Anreize auf dem Binnenmarkt zu stimulieren.

Bis Ende 2006 war die Regierung in der Lage, die Inflation niedrig zu halten (10,3 %). Ab diesem Zeitpunkt begannen die Inflationsraten zu steigen und die Wechselkursstrategie zu unterlaufen (2007: 18,3 %). Wie Damill/Frenkel (2015) analysieren, verpasste es die Regierung, ihre Wirtschaftspolitik anzupassen und ihre Maßnahmen liefen einander zunehmend zuwider. Die beiden Ökonomen mutmaßen, dass die nicht erfolgte Anpassung auch der anstehenden Präsidentschaftswahl 2007 geschuldet war. Die Regierung hielt an ihrer Strategie fest und intervenierte in das Nationale Statistikinstitut (*Instituto Nacional de Estadistica y Census* – INDEC), um die Inflationsraten den eigenen politischen Zielen anzupassen.[5] Während die Wechselkursstrategie der Regierung zu Beginn ein entscheidender Baustein für die erfolgreiche wirtschaftspolitische Strategie des Kirchnerismus war, kehrte sich deren Ausrichtung im weiteren Verlauf zu einem zentralen Problem um.

Die gute wirtschaftliche Lage in den Anfangsjahren machte sich auch in einer schnellen Erholung des Arbeitsmarkts, die dem Kirchnerismus eine breite Unterstützung in der Bevölkerung einbrachte, bemerkbar. Lag der Anteil der Erwerbslosen[6] 2001 bei über 18 % und die Quote der informell Beschäftigten 2002 bei beinahe 44 %, konnte die Regierung die Erwerbslosigkeit schnell verringern und den Anteil der informell Beschäftigten ab 2005 kontinuierlich absenken (s. Abbildung 2).[7] Umgekehrt stieg der Anteil der Erwerbstätigen sukzessive an. Zu diesem Zeitpunkt sei bereits vorweggenommen, dass die Erfolge des Kirchnerismus im Hinblick auf den Arbeitsmarkt vor allem in dieser ersten Periode zu verorten sind – eine Tendenz,

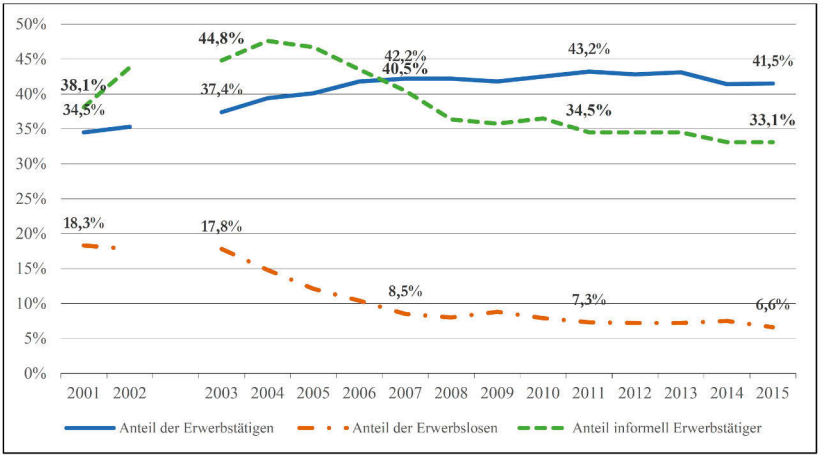
5 Für Details bezüglich der INDEC-Daten s. Fußnote 1, Kapitel 6.

6 Die Definition von Personen ohne regelmäßiges Arbeitseinkommen des INDEC (2011) nähert sich jener der ILO an, die im Deutschen mit erwerbstätig/erwerbslos übersetzt wird. Deshalb wird diese Bezeichnung hier verwendet und nicht der im Deutschen gebräuchlichere Begriff der Arbeitslosigkeit.

7 Dass der Anteil der informell Erwerbstätigen in den Jahren 2003 und 2004 zunächst anstieg, erklärt sich aus der Erholung der Wirtschaft, die zunächst prekäre Arbeitsverhältnisse, die dann sukzessive formalisiert wurden, schuf

die sich in vielen Bereichen der kirchneristischen Wirtschaftspolitik zeigt. In den Folgejahren 2007/2008 verblieben die Quoten auf ungefähr gleichem Niveau.

Abbildung 2: Anteil der Erwerbstätigen, Erwerblosen und informell Erwerbstätigen 2003-2015



Quelle: EPH (INDEC), eigene Darstellung (die Unterbrechung zeigt die veränderte Methodologie der EPH ab dem dritten Quartal 2003 an)

Diese Erfolge ermöglichten es der Regierung, Allianzen mit den Gewerkschaften zu knüpfen. Die wissenschaftliche Literatur stimmt größtenteils darin überein, dass die kirchneristischen Jahre zu einer Wiederbelebung der argentinischen Gewerkschaften führten. (Für einen Überblick der Entwicklungen vgl. Delfini/Ventrici 2016.) Dass die Gewerkschaften wieder zu ProtagonistInnen wurden, lag neben ihrer Rolle in den 1990er Jahren auch daran, dass sich eine neue Generation an AktivistInnen aus den Krisenjahren in die Gewerkschaften integrierte. Neben der wiedererstarkten Bedeutung der Gewerkschaftsbürokratie innerhalb des neo-developmentalistischen Entwicklungsmodells des Kirchnerismus sorgte diese Generation an AktivistInnen für eine Revitalisierung an der Gewerkschaftsbasis (Varela 2016; Ventrici et al. 2012).

Obwohl es in dieser Periode zur Institutionalisierung von Verhandlungskanälen zwischen der Regierung und der organisierten ArbeiterInnenbewegung kam (kritisch im Hinblick auf deren Ad-hoc-Charakter äußert sich Wylde 2011), lässt sich gleichzeitig eine zweifache Fragmentierung feststellen. Erstens fragmentierte sich der Arbeitsmarkt selbst aufgrund der ungleichen Verteilung der Gewinne aus dem wirtschaftlichen Aufschwung weiter. Die Löhne stiegen in dieser Phase an und die ArbeiterInnenklasse konnte sich einen gesteigerten Anteil an der

wirtschaftlichen Rekonsolidierung sichern, sodass die Lohnquote von 31,3 % (2003) auf 40,4 % (2009) anstieg (CIFRA/CTA 2015: 21). Die Erwerbstätigen im informellen Sektor hingegen profitierten weitaus weniger vom wirtschaftlichen Aufschwung. Während die Löhne in formalisierten Arbeitsverhältnissen und dem Privatsektor überdurchschnittlich anstiegen, steigerten sie sich im öffentlichen und im informellen Sektor nur leicht und knapp unter der Inflationsrate (Basualdo 2006: 170). Die ungleichen Entwicklungen der Löhne im öffentlichen und privaten Sektor sowie zwischen formellen und informellen Arbeitsverhältnissen vertieften demnach eine bereits zuvor vorhandene Fragmentierung des Arbeitsmarktes. Vor diesem Hintergrund prägten Etchemendy/Collier (2007) den Begriff des »segmented neocorporatism«, um die Wiedererstarkung des formellen Arbeitsmarkts zu verbesserten Konditionen bei gleichzeitigem Fortbestand eines hohen Anteils an informellen Arbeitsbeziehungen zu beschreiben.

Der zweite Fragmentierungsprozess in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse vollzog sich innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen selbst. Eine der Hauptursachen waren die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Gewerkschaften gegenüber der kirchneristischen Regierungen. 2012, in einer späteren Periode, existierten schließlich fünf unterschiedliche gewerkschaftliche Dachverbände. In diesen ersten Jahren deuteten die Entwicklungen allerdings noch in eine andere Richtung.

Nach der Fragmentierung der Gewerkschaften, aufgrund der Unterstützung der Regierung Menems durch einen Teil der Gewerkschaftsbürokratie in den 1990er Jahren, drängte die Regierung Kirchners auf eine Vereinigung des argentinischen Gewerkschaftsdachverbandes der *Confederación General del Trabajo de la República Argentina* (CGT). 2005 wurde Hugo Moyano schließlich Generalsekretär des wiedervereinigten Dachverbandes. In den folgenden Jahren war die CGT unter der Führung Moyanos der bevorzugte Gesprächs- und Verhandlungspartner der Regierung bei der Re-Institutionalisierung von Tarifverhandlungen. Diese Re-Institutionalisierung zeigt sich etwa in der steigenden Zahl an Verhandlung sowie erzielten Ergebnissen während des Kirchnerismus, aber auch in steigenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften (Varela 2016: 15).

Diese neuerliche Wertschätzung auf wirtschaftlicher Ebene ließ bei den Gewerkschaften Erwartungen dahingehend entstehen, dass man die politische Rolle, die in Argentinien den Gewerkschaften historisch zukommt, zurückerlangen könne (Natalucci 2016). In einer späteren Periode sollten diese Ambitionen eines Teils der Gewerkschaftsbürokratie zum Bruch zwischen der Regierung und der von Moyano angeführten Fraktion führen. Zunächst aber gehörte eben jene Fraktion der CGT rund um Moyano zu den engsten Verbündeten der Regierung.

Das Verhältnis der Regierung mit dem zweiten Dachverband, der *Central de los Trabajadores Argentinos* (CTA), entwickelte sich anders, obwohl sich auch diese später entlang der Positionierung gegenüber dem Kirchnerismus aufspaltete. Die CTA organisiert größtenteils ArbeiterInnen aus dem Dienstleistungssektor, öffentliche

Angestellte und LehrerInnen. Sie wurde 1991 aus Ablehnung der Unterstützung der neoliberalen Agenda durch die CGT-Führung gegründet. Gemeinsam mit weiteren politischen Akteuren und den sozialen Bewegungen entwickelte sie sich zu einem der wichtigsten organisierten Akteure im Widerstand gegen die neoliberale Reorganisierung der argentinischen Gesellschaft. Die CTA war somit logischer Bündnispartner für die Regierung Néstor Kirchners. Wie ich in Kapitel 10 im Detail analysieren werde, drückte sich dieses Bündnis in der Erfüllung historischer Forderungen der CTA speziell im Feld der Bildungspolitik aus, wie etwa dem *Ley de Financiamiento Educativo* (26.075) (Bildungsfinanzierungsgesetz), das im Dezember 2005 verabschiedet wurde. Auch die Wiederverstaatlichung der Vorsorgekassen, die im Jahr 2008 vollzogen wurde, war eine historische Forderung der CTA. Die von Néstor Kirchner verfolgte Strategie kooptierte aber auch Teile der CTA und ihrer BündnispartnerInnen, die Teil des sozialen und politischen Raumes, den die CTA in den 1990er Jahren zu kreieren vermocht und angeführt hatte, gewesen waren (Retamozo/Morris 2015: 72f.). Trotzdem oder deshalb unterstützte die CTA die Regierung bis 2010.

Während die organisierte ArbeiterInnenbewegung wieder an Bedeutung gewann, hatte die Bewegung der Arbeitslosen (*piqueteros*) eine zentrale Rolle während der 1990er Jahre und in den Krisenjahren um 2001 innegehabt (Svampa/Pereyra 2003). Teile der Bewegung wurden mit Beginn des Kirchnerismus in dessen politisches Projekt integriert, während die radikaleren Teile, die auf weitreichendere gesellschaftliche Veränderungen drängten, von der Regierung marginalisiert wurden (Svampa/Pandolfi 2004). Diese Strategie stellte sich als erfolgreiche Antwort auf eine widersprüchliche »doppelte Forderung« der Bevölkerung während der Krisenjahre heraus, die einerseits den Wunsch nach grundlegenden Veränderungen artikulierte, aber andererseits eine Rückkehr zur Normalität herbeigesehnt hatte (Svampa 2007, Übers. T. B.). Obwohl es zu einer Marginalisierung von Teilen der Bewegungen und popularen Klassen kam, profitierten diese ebenfalls von der wirtschaftlichen Erholung. Neben den oben genannten Lohnsteigerungen im informellen Sektor (wenngleich diese geringerer ausfielen als jene Steigerungen in formalisierten Arbeitsverhältnissen) gingen auch Armut und absolute Armut zurück. Der Kirchnerismus führte die Sozialprogramme, die teilweise noch von der Vorgängerregierung entworfen worden waren, weiter, vertiefte oder weitete diese aus. Allerdings begann die Regierung im Gegensatz zu den 1990er Jahren, in denen die Programme hauptsächlich auf Ebene der Provinzen administriert worden waren, die Transferleistungen zu universalisieren und deren Verwaltung auf nationaler Ebene zu zentralisieren. Deshalb und anschließend an die oben eingeführte Charakterisierung von Etchemendy und Collier spricht Piva (2015: 243, Übers. T. B.) von einem »segmentierten Neokorporatismus plus zentralisierter öffentlicher Fürsorge«.

Im Hinblick auf die argentinische Mittelklasse lässt sich ebenfalls eine breite Allianz mit dem kirchneristischen Projekt in dieser ersten Periode feststellen. Die Mittelklasse hatte während der 1990er Jahre und im Speziellen durch die Krise 2001 einen rasanten sozialen und wirtschaftlichen Abstieg erfahren. Obwohl alle Teile der argentinischen Gesellschaft von der Krise betroffen waren, traf diese die sogenannten *nuevos pobres*, die neuen Armen (Kessler/Di Virgilio 2008), vergleichsweise stark (Kapitel 4). Die VerliererInnen der Hochzeit des Neoliberalismus erlebten nun während der ersten Periode des Kirchnerismus einen »Konsumboom«, der es ihnen nicht nur erlaubte, das Konsumniveau aus früheren Jahren zurückzuerlangen, sondern dieses zu steigern (Wortman 2010: 147-157).

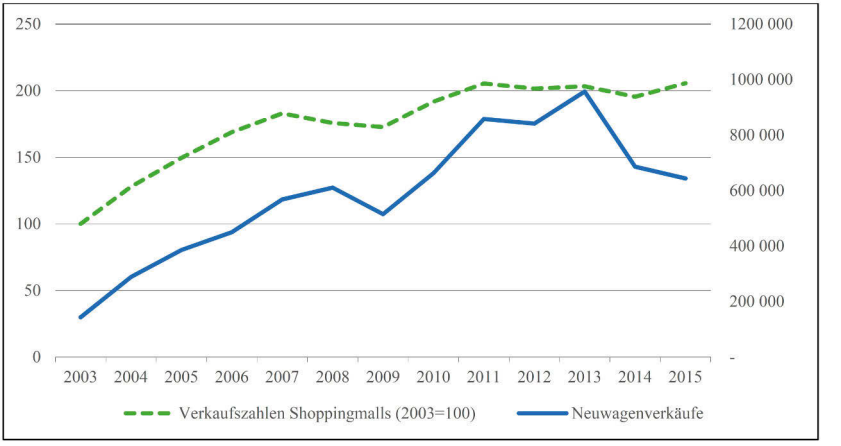
In Kapitel 8 werde ich die Veränderungen der argentinischen Sozialstruktur während des Kirchnerismus im Detail und mit einem Fokus auf die Mittelklasse analysieren. Bereits hier sei vorweggenommen, dass vor allem die untere Mittelklasse verhältnismäßig anwuchs. Eine Steigerung der eigenen Konsummöglichkeiten erfuhr hingegen nicht nur diese, sondern erfuhren auch andere Teile der Mittelklasse. Beispielsweise stiegen die Verkaufszahlen in Shoppingmalls – hauptsächlich von den Eliten und der oberen Mittelklasse frequentiert[8] – in diesen ersten Jahren stark an (der Höchstwert lag bei einem Anstieg von 27,8 % für 2003) und deuten auf eine schnelle Erholung dieser Teile der Sozialstruktur hin (s. Abbildung 3). Ein anderes Indiz sind die Verkaufszahlen von Neuwagen, die sich zwischen 2003 (143.273) und 2008 (610.650) vervierfachten (ACARA 2015).

Bereits an dieser Stelle sei vorweggenommen, dass der Kirchnerismus der argentinischen Mittelklasse zu diesem Zeitpunkt auch auf diskursiver Ebene überaus offen gegenüberstand. Die Geschichte der argentinischen Mittelklasse, wie sie in Kapitel 4 dargestellt wurde, hat gezeigt, dass das Verhältnis zwischen argentinischer Mittelklasse und dem Peronismus über lange Phasen des 20. Jahrhunderts überaus konfliktiv war. Die Idee einer anti-popularen Mittelklasse ist deshalb ein festverankertes Narrativ innerhalb der peronistischen Tradition. Speziell in dieser ersten Phase findet sich die Mittelklasse in den kirchneristischen Erzählungen jedoch nicht als oppositionelle Kraft, sondern wird als Teil eines gemeinsamen Projekts angerufen (Kapitel 9).

Überaus relevant war in diesem Zusammenhang auch die sogenannte Erinnerungs- und Aufarbeitungspolitiken der kirchneristischen Regierungen

8 Die (lateinamerikanische) Marktforschung klassifiziert die Bevölkerung zumeist in die ›Klassen‹ A, B, C1, C2, C3, D und E (Mora y Araujo 2002). In Argentinien frequentieren speziell die Gruppen A, B, und C1 die Shoppingmalls. Klarerweise liegen meiner Forschung und jenen Marktstudien grundverschiedene Klassenbegriffe zugrunde, trotzdem lässt die Klassifizierung soziologische Schlüsse darüber zu, welche Orte von welchem Ausschnitt der Sozialstruktur zu Konsumzwecken frequentiert werden.

Abbildung 3: Entwicklung der Verkaufszahlen ShoppingMalls (2003=100, linke y-Achse) und Neuwagenverkäufe (rechte y-Achse), 2003-2015.



Quelle: INDEC, ACARA, eigene Darstellung

(vgl. Andriotti Romanin 2012; Lessa 2013: 49-130). In dieser ersten Phase repräsentierten sie eine Neuerung und bewusst gewählte Abgrenzung zu den vorherigen Regierungen seit der Rückkehr zu Demokratie. Vor allem bei Menschenrechtsorganisationen wie den *madres de la plaza de mayo* und Intellektuellen erhielt diese Politik viel Zuspruch.

Bei den *madres* handelt es sich um eine Gruppe von Müttern, die während der Militärdiktatur durch ihre wöchentlichen Spaziergänge vor dem Präsidentenpalast gegen die Diktatur demonstrierten und Aufklärung über den Verbleib ihrer verschwundenen Kinder forderten. Die Mütter und ihre Kopftücher sind mittlerweile zu einem internationalen Symbol für die Aufarbeitung der Verbrechen von Militärdiktaturen geworden.

Raúl Alfonsin, der erste Präsident Argentiniens (1983 –1989) nach der letzten Militärdiktatur, hatte sich aufgrund der damals herrschenden Kräfteverhältnisse nicht gegen die Militärs durchsetzen können. Carlos Menem setzte dem Versuch der Verbrechensaufarbeitung dann mit dem Schlusspunktgesetz (*Ley de Punto Final*, Nr. 23.492, 1986) und dem Gesetz über die Gehorsamspflicht (*Ley de Obediencia Debida*, Nr. 23.521, 1987) ein Ende. Die Regierung unter Néstor Kirchner begann hingegen wieder mit den Prozessen gegen die Verantwortlichen des staatlichen Terrors der 70er und 80er Jahre und versammelte damit bedeutende Teile von Or-

ganisationen wie den *madres* hinter sich (für eine Aufarbeitung unterschiedlicher Linien innerhalb der Organisation vgl. Andriotti Romanin 2014).[9]

Zusammenfassend wird die erste Periode des Kirchnerismus aufgrund der fraktions- und klassenübergreifenden Allianzen auf ökonomischer und politischer Ebene häufig als *transversalidad* (Transversalität) bezeichnet. Während die exportorientierte Agraroligarchie vom globalen Rohstoffboom und den hohen Weltmarktpreisen profitieren konnte, nutzte die Regierung die zusätzlichen Staatseinnahmen für Zugeständnisse an die populären Klassen und die organisierte ArbeiterInnenbewegung. Die Mittelklasse profitierte einerseits von der Reaktivierung des Privatsektors und andererseits von den wachsenden Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Der wirtschaftliche Abstieg der Vorjahre konnte dadurch rückgängig gemacht werden. In dieser ersten Periode ermöglichte ein »pact of consumption« zwischen der kirchneristischen Regierung und den subalternen Klassen (Boos 2017), die kapitalistische Akkumulation wieder in Gang zu setzen.

Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass sich die Kräfteverhältnisse innerhalb des Machtblocks verschoben. Das ›produktive‹ Kapital in Form des Industriekapitals, aber vor allem das exportorientierte Agrarkapital, ersetzte das Finanzkapital als dominante Fraktion im Block an der Macht (Lucita 2012; Piva 2011: 14). Trotzdem bestanden wichtige Charakteristika der makroökonomischen Strukturen weiterhin fort (als Beispiel sei noch einmal das Gesetz für Finanzinstitutionen genannt). Auf politischer Ebene versuchte Néstor Kirchner eine Allianz zu schmieden, die über den peronistischen Parteiapparat hinausging. Emblematisches Beispiel sind hier die sogenannten *radicales-K*: (frühere) Parteimitglieder der zweiten historischen Partei Argentiniens, der *Unión Cívica Radical* (UCR), die die Regierung unterstützten. Die Allianz ging so weit, dass der frühere Gouverneur Julio Cobos im Jahr 2007 zum Vize-Präsident von Cristina Fernández de Kirchner ernannt wurde. Allerdings sollte diese Allianz – und ganz allgemein das transversale Projekt des Kirchnerismus – bereits wenig später zerbrechen.

9 Einer der symbolträchtigsten Akte jener Jahre, mit dem die Regierung bereits früh ihre Agenda kundtat, war die Entschuldigung Néstor Kirchners am 24. März 2004 im Namen des Argentinischen Staates bei den Opfern des Staatsterrors. Im Zuge dieser Entschuldigung erteilte er den Militärs vor den anwesenden JournalistInnen die Anweisung, die Porträts der beiden Diktatoren Reynaldo Bignone und Jorge Rafael Videla aus der Ehrengalerie der Militärakademie zu entfernen. Eine Videoaufzeichnung dieses Aktes findet sich unter http://www.youtube.com/watch?v=ALOvEo6emvc [01.02.2019].

7.2 2008-2009 Wirtschaftliches Interregnum und Niederlage der transversalen Strategie

Die zweite Periode umfasst 2008 und 2009, welche sich als die Krisenjahre des Kirchnerismus bezeichnen lassen. Infolge der verlorenen Auseinandersetzungen in dieser Periode sah sich die Regierung gezwungen, innerhalb ihrer Hegemoniestrategie den Modus der Einbindung zu verändern.

2007 wurde Cristina Fernández de Kirchner mit 45,3 % der Stimmen zur neuen Präsidentin Argentiniens gewählt. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise machten sich zu Beginn ihrer Amtszeit in einem geringeren Ausmaß bemerkbar, als zuvor befürchtet worden war. 2008 verringerte sich das Wirtschaftswachstum zwar im Vergleich zu den hohen Steigerungsraten der Vorjahre, das BIP wuchs aber trotzdem um 4,1 % an (INDEC-alt: 3,1 %) (s. Abbildung 1). Erst 2009 zeichnete sich die globale Wirtschaftskrise deutlich ab, und die Wirtschaft schrumpfte um – 5,9 %. Allerdings sei angemerkt, dass diese drastische Verringerung erst mit den revidierten INDEC-Zahlen durch die Regierung Macris nach 2015 statistisch sichtbar wurde (s. Fußnote 1, Kapitel 6). Zum Zeitpunkt selbst diagnostizierte der INDEC eine Stagnation der Wirtschaft bei 0,1 %. Diese Differenz – es handelt sich um das Jahr mit der größten Abweichung zwischen den alten Zahlen des INDEC und den revidierten Zahlen – ist aus hegemonietheoretischer Perspektive und im Hinblick auf die Wahrnehmung der Regierung in der Bevölkerung zu jenem Zeitpunkt bedeutsam. Vor allem in der nachfolgenden Periode von 2009 bis 2011 herrschte ein Gefühl der wirtschaftlichen Stabilität vor und es dominierte die Wahrnehmung, dass die Regierung trotz aller Kritik den Folgen der Weltwirtschaftskrise vergleichsweise gut ausgewichen sei (Grüner 2011).

Das Ereignis in dieser zweiten Periode, dass das kirchneristische Projekt entscheidend rekonfigurieren sollte, war hingegen der *conflicto con el campo* (Konflikt mit dem Land). Der Konflikt zwischen dem Agrarsektor und der Regierung im Jahr 2008 lässt sich als eines der entscheidenden *acontecimientos* (Ereignisse) während des Kirchnerismus ausmachen. Rückblickend betrachtet, kündigte er die sich verkleinernden wirtschaftlichen Umverteilungsspielräume der Regierung an. Er wurde aber vor allem zu einer Schlüsselkonfrontation des Kirchnerismus, weil er dessen Allianzen mit einem Großteil der gesellschaftlichen Akteure modifizierte.

Hervorgerufen wurde der Konflikt vom Versuch der Regierung, flexible Ausfuhrzölle für Agrarprodukte zu implementieren (vgl. Arceo et al. 2009; Bonnet 2010; Giarracca/Palmisano 2012). Mit der Resolution 125/2008 zielte die Regierung darauf ab, den Anteil des Staates an den Gewinnen aus dem globalen Rohstoffboom zu vergrößern. Allerdings widersetzten sich die großen Agrarverbände diesem Versuch, kündigten den seit 2003 geschmiedeten Klassenkompromiss auf und stellten offen die Rolle der Regierung als Vermittler in diesem Kompromiss infrage. Hatte das Agrarkapital in den Vorjahren bereitwillig politische Macht im Austausch für die

hohen Gewinne durch die steigenden Rohstoffpreise abgegeben, war es nicht bereit, ökonomische Macht aufzugeben. Beide Seiten mobilisierten in dem Konflikt historische Narrative eines ländlichen Ursprungs der argentinischen Nation. Die Agraroligarchie rekurrierte auf den Slogan »*el campo somos todo*« (»wir alle sind der ländliche Raum«) und das Bild des/der Kleinbauern/Kleinbäuerin, der/die sein/ihr eigenes Land bearbeitet, während die Regierung die GroßgrundbesitzerInnen als die historischen EigentümerInnen und HerrInnen Argentiniens zeichnete.[10]

Nach monatelangen Verhandlungen, Straßenblockaden durch die AgrarproduzentInnen und Lieferboykotten, die zu Versorgungsengpässen in den Städten führten, ging der Agrarsektor als Sieger aus dem Konflikt hervor (eine genau Analyse unterschiedlicher Fraktionen und deren Positionierung findet sich in Cotarelo 2008; für eine Chronologie der Ereignisse vgl. OSAL 2008e, 2008a, 2008d, 2008c, 2008b). Symbolisch und politisch folgenreich war hierbei, dass der Vize-Präsident Julio Cobos mit seiner entscheidenden Stimme die Mehrheit gegen die Resolution 125/2008 sicherte. Cobos war Teil der oben erwähnten *radicales-K*, die die Regierung bis zu diesem Zeitpunkt unterstützt hatten und symbolisch für das transversale Projekt des Kirchnerismus standen. Sein negatives Votum markierte das Ende der transversalen Phase.

Die Niederlage des Kirchnerismus war Ergebnis davon, dass die großen Agrarverbände erfolgreich ihre Interessen über den eigenen Sektor hinaus verallgemeinern konnten. Sie führten während des Konflikts nicht nur den Agrarblock an, sondern hegemonisierten auch andere gesellschaftliche Gruppen. In diesem Sinne war das Großkapital in der Lage, sein ökonomisch-korporatives Interesse nicht nur innerhalb des Agrarblocks durchzusetzen, sondern auch als gesamtgesellschaftliches Interesse zu universalisieren. Die Gründe hierfür waren mannigfaltig.

Erstens besitzt das Agrarkapital – bedingt durch die strukturelle Abhängigkeit Argentiniens von den Staatseinnahmen aus Agrarexporten – eine Art ökonomische Vetomacht, die es im Agrarkonflikt einsetzte (CIFRA/CTA 2015: 19-21). Wie für die vorherige Periode analysiert, war der Agrarsektor eine entscheidende Säule der Entwicklungsstrategie des Kirchnerismus. Die Regierung scheiterte mit dem Versuch, den Agrarblock durch Zugeständnisse an die KleinproduzentInnen zu spalten. Stattdessen war das Großkapital in der Lage, andere Agrarfraktionen, bestehend aus kleinen und mittleren ProduzentInnen, zu hegemonisieren – und

10 Das emblematischste Beispiel für diesen Kampf um Diskurshoheit ist die Rede von Fernández de Kirchner vom 25. März 2008, in der sie die Landbesitzer kritisierte und dabei ein bekanntes Folklorelied Atalhualpa Yupanquis, einem der berühmtesten Folkloresänger Argentiniens, mit den Worten »las vaquitas para ellos y las penitas para los demás« (»die Kühe für sie, die Leiden für die anderen«) paraphrasierte (*Discurso de Cristina Fernández en el acto de firma de convenios entre aysa y municipios bonaerenses*, 25.03.2008).

das obwohl letztere sich durch die Neuregelung einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den GroßproduzentInnen hätten verschaffen können (Basualdo/Arceo 2009).

Zweitens übernahmen die großen Agrarverbände nicht nur die Führung innerhalb des Agrarblocks, sondern zogen auch die urbane Mittelklasse auf ihre Seite. Sowohl die Regierung als auch die Verbände versuchten während des Konflikts, Unterstützung in den Städten zu mobilisieren und riefen zu Demonstrationen auf. Bei diesem ›Kräftemessen auf der Straße‹ konnte die Seite des Agrarkapitals deutlich mehr Unterstützung mobilisieren als die Regierung (Bonnet 2015: 73f.). Die Unterstützung der Agrarverbände durch die urbane Mittelklasse war dabei Ausdruck einer wachsenden Kritik am Kirchnerismus. Diese hatte sich bereits zuvor etwa durch die Wahl Mauricio Macris zum Bürgermeister von Buenos Aires Mitte 2007 angedeutet (Bonnet 2015: 94). Die mittlerweile schnell ansteigende Inflation (2008: 27,1 %) ließ Erinnerungen an die Krisenjahre wach werden, und das allgemeine Lohnniveau stagnierte erstmals seit 2003, beziehungsweise schrumpfte im Privatsektor sogar (s. Tabelle 1). Darüber hinaus artikulierte sich der Agrarkonflikt mit einer zunehmenden Kritik an der Regierung im Hinblick auf deren Umgang mit den politischen Institutionen. Neben der Intervention des INDEC gab es Gerüchte um eine mögliche Verfassungsänderung, die eine uneingeschränkte Wiederwahl des/der PräsidentIn ermöglichen sollte (Bonnet 2015: 94). Der konfliktive Modus, den die Regierung in der Auseinandersetzung mit der Agraroligarchie forcierte, bestärkte diese Wahrnehmung noch. Die urbane Mittelklasse sah in dem Agrarkonflikt die Chance, die Regierung für ihre Unachtsamkeit gegenüber ihren Forderungen abzustrafen.

Ein dritter entscheidender Faktor war die mediale Berichterstattung, die sich zunehmend gegen die kirchneristische Regierung wandte. Der permanente Konflikt zwischen Kirchnerismus und den Medien in den nachfolgenden Jahren, im Speziellen der Gruppe *Clarín*, hat seinen Ursprung in dieser Periode. Die Zeitung *Clarín* ist (neben *La Nación* und *Pagina12*) eine der drei großen Tageszeitungen des Landes. Die dahinterstehende Mediengruppe *Clarín* ist der größte Medienkonzern des Landes, besitzt zahlreiche Fernsehkanäle und ist auch in anderen Branchen wie etwa der Telekommunikation tätig. Dass sich *Clarín* in den nachfolgenden Jahren zu einer der wichtigsten oppositionellen Kräfte des Kirchnerismus entwickeln sollte, war allerdings zu Beginn des Kirchnerismus nicht zu erwarten gewesen.

Bis zu diesem Zeitpunkt war das Verhältnis zwischen Kirchnerismus und *Clarín* von beidseitigem Wohlwollen geprägt gewesen. Die transversale Strategie hatte auch die Medien umfasst. Aufgrund der instabilen Lage war Néstor Kirchner nach seiner Wahl 2003 um gute Beziehungen zu den Medien und *Clarín* bemüht gewesen (Kitzberger 2011: 180-182). Die Regierung bevorteilte den Konzern etwa bei der Vergabe und Verlängerung von Kanallizenzen 2004 und 2005 und ermöglichte ihm eine Expansion auf dem Fernseh- und Internetmarkt (Kitzberger 2016: 455). *Clarín* seinerseits unterstützte Kirchner und dessen Regierung. Sivak (2016) und Blanck

(2016) sprechen für die ersten Jahre sogar von der »empathischsten« und nachhaltigsten Allianz, die *Clarín* je mit einer Regierung seit der Rückkehr Argentiniens zur Demokratie unterhalten habe.

Als *Clarín* während des Konflikts anfing, die Regierung zu kritisieren, begann diese wiederum, gegen die Medien und *Clarín* im Speziellen zu polemisieren. Emblematisch drückte sich dies in dem Slogan »*Clarín miente*« (»Clarín lügt«) aus, der eine wichtige Losung an der kirchneristischen Basis wurde. *Clarín* blieb auch in den Jahren danach ein wichtiger Antagon des kirchneristischen Projekts. Die Zeitung begann ab diesem Zeitpunkt ihrerseits – wie sein damaliger Chefredakteur Julio Blanck (2016) nach dem Ende des Kirchnerismus erklärte –, einen »*periodismo de guerra*« (»Kriegsjournalismus«) gegen den Kirchnerismus zu betreiben. Ab Ende 2009 begann die Regierung schließlich, an einem neuen Mediengesetz zur Dekonzentration der Medien zu arbeiten, von dem die *Clarín*-Gruppe besonders stark betroffen war und das sie zu Teilverkäufen gezwungen hätte. Im gleichen Jahr erwarb die Regierung die Fußballübertragungsrechte der argentinischen *Primera División* und ließ die Spiele im staatlichen Fernsehkanal übertragen. Seit 1991 hatte *Clarín* die Rechte mitbesessen und die Gewinne aus den Übertragungen im Pay-TV waren einer der entscheidenden wirtschaftlichen Faktoren für die Expansion der Mediengruppe in den Jahrzehnten zuvor gewesen (Kitzberger 2016: 463).

Doch nicht nur im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Kirchnerismus, der Mittelklasse und den Medien führte der Agrarkonflikt zu Spannungen. Auch innerhalb der Gewerkschaften verstärkte er bestehende Auseinandersetzungen. Innerhalb der CTA unterstützte die Fraktion um Hugo Yasky mit ihrer Basis in der LehrerInnengewerkschaft *Confederación de Trabajadores de la Educación de la República Argentina* (CTERA) (s. Exkurs s. 229) die Regierung in ihrer konfrontativen Strategie. Andere Teile rund um Pablo Michelli plädierten dafür, mit dem Agrarsektor zu verhandeln. Entlang dieser Linie sollte sich dann in der nächsten Periode der Bruch innerhalb der CTA vollziehen. Und auch innerhalb der CGT kam es zu internen Auseinandersetzungen in Bezug auf die eigene Positionierung gegenüber der Regierung. Allerdings blieb die Fraktion rund um Moyano in dieser Periode wichtiger Allianzpartner des Kirchnerismus (Delfini/Ventrici 2016: 32f.).

Neben den Konflikten innerhalb des Landes deuteten sich zum Ende der Periode dann auch erste Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise für Argentinien an. Privatinvestitionen begannen abzufließen. Allerdings waren diese Folgen zunächst noch vergleichsweise gering, weil Argentinien, bedingt durch die Schuldenumstrukturierung in den Vorjahren, von den internationalen Finanzmärkten relativ abgetrennt gewesen war (Damill/Frenkel 2015: 17f.). Entscheidender für den beginnenden Abschwung der Wirtschaft scheinen interne Faktoren gewesen zu sein, allen voran der Agrarkonflikt, aber auch steigende Inflationsraten sowie die Nutzung der Zentralbankreserven für die Zahlung der Auslandsverschuldung (Damill/Frenkel 2015: 18). Ab 2009 gab es erste Befürchtungen einer Abwertung des Pesos, die

sich 2010 und 2011 weiter verstärkten, aber bereits zu diesem Zeitpunkt den Kapitalabfluss beschleunigten (Damill/Frenkel 2015: 25).

Aus der vorangegangenen Analyse wird deutlich, dass der Agrarkonflikt die Allianzen zwischen der Regierung und den unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren neu konfigurierte. Die Niederlage der Regierung in dieser Auseinandersetzung fand Ausdruck in den Ergebnissen der Kongresswahlen von 2009, bei denen der Kirchnerismus starke Verluste erlitt. Allerdings, so wird sich in der nächsten Periode zeigen, gelang es dem Kirchnerismus aufgrund politischer Maßnahmen, wieder in die Offensive zu gelangen und den heute existierenden Kirchnerismus (neu) zu begründen.

7.3 2009-2011 Wirtschaftlicher Rückenwind und antagonisierende Offensive: der fundationale Moment des heute existierenden Kirchnerismus

Die Periode zwischen 2009 und 2011 wird von manchen als die »politisch produktivste Phase des Kirchnerismus« (Natanson 2012a: 138, Übers. T. B.) angesehen. Nach dem Agrarkonflikt und der daraus resultierenden Niederlage bei den Kongresswahlen schaffte es der Kirchnerismus in dieser Phase, die politische Initiative zurückzuerlangen, indem er einige seiner emblematischsten Politiken implementierte. Aus meiner Sicht lässt sich diese Periode deshalb als fundationaler Moment des heute existierenden Kirchnerismus charakterisieren. Ein Großteil der heute dominierenden Narrative und Imaginarien des Kirchnerismus (über sich selbst) haben ihre Wurzeln in dieser dritten Periode.

Auf wirtschaftlicher Ebene kam es zu einer beachtlichen Erholung. Sowohl 2010 (10,1 %) als auch 2011 (6 %) konnte man an die Steigerungsraten der Jahre von 2003 bis 2007 wieder anknüpfen (s. Abbildung 1). Ab 2010, aber vor allem aber 2011, wuchsen die Reallöhne wieder (s. Tabelle 1) und sorgten dafür, dass die privaten Konsumausgaben in dieser Periode wieder anstiegen. In der letzten Periode des Kirchnerismus werden sich an dieser Stelle die Grenzen des Wirtschaftsmodells zeigen, und die staatlichen Konsumausgaben dominieren die allgemeine Nachfrage zunehmend (s.Tabelle 2). Auf eine positive Wahrnehmung der Eliten und oberen Mittelklasse deuten auch die erneut stark steigenden Verkaufszahlen der Shoppingmalls und Neuwagenverkäufe hin (s. Abbildung 3). Letzteres war in Teilen allerdings auch den steigenden Inflationsraten geschuldet (der CIFRA/CTA-Index beziffert diese für 2010 auf 25,9 % und für 2011 auf 22,6 %), die dazu führten, dass in langlebige Gebrauchsgüter investiert wurde (diese Tendenz verstärkte sich in der nächsten Periode des Kirchnerismus noch).

Tabelle 1: Lohnentwicklung allgemein, im Privatsektor und informellen Sektor (2001=100), 2001-2014

	Index allgemeine Lohnentwicklung (2001=100)	**Index Lohnentwicklung im Privatsektor (2001=100)**	**Index Lohnentwicklung im informellen Sektor (2001=100)**
2001	100	100	100
2002	76,29	82,88	67,19
2003	82,53	92,74	71,62
2004	85,03	97,02	75,50
2005	91,08	108,79	75,70
2006	98,77	118,52	83,29
2007	96,70	113,56	82,29
2008	96,23	109,47	92,24
2009	97,72	111,73	97,41
2010	97,93	114,54	95,29
2011	103,41	126,87	103,06
2012	104,01	127,88	111,24
2013	100,96	123,44	109,55
2014	98,50	118,40	111,80

Quelle: Piva (2018)

Während sich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf ökonomischer Ebene noch verzögerten, initiierte die Regierung auf politischer Ebene einen Strategiewechsel und begann, ein national-populares Imaginarium als gesellschaftlichen Horizont wiederzubeleben (Svampa 2014). Die Regierung implementierte in dieser Phase einen Großteil der heute für den Kirchnerismus als emblematisch geltenden Politiken wie die *Asignación Universal por Hijo para Protección Social* (AUH), ein Kindergeld für Arbeitslose, GeringverdienerInnen oder Menschen mit Behinderung; sie beschloss das neue Mediengesetz (*Ley de Servicios de Comunicación Audiovisual*, Gesetz Nr. 26.522, 2009); die Möglichkeit einer gleichgeschlechtlichen Ehe (Gesetz Nr. 26.618, 2010) wurde verankert; die nationale Fluggesellschaft *Aerolineas Argentinas* wurde wieder verstaatlicht ebenso wie die seit 1993 privat verwalteten Vorsorgekassen (*Administradoras de Fondos de Jubilaciones y Pensiones* – AFJP) (Letzteres noch Ende 2008). Zudem fanden in dieser Periode symbolträchtige Ereignisse, wie die Zweihundertjahrfeier der Republik Argentiniens (2010), statt. Ebenfalls trug der Tod Néstor Kirchners im gleichen Jahr zur Mythenbildung rund um die historische Mission des Kirchnerismus bei (Kapitel 9.3 analysiert eine der bedeutendsten Reden in dieser Hinsicht).

Tabelle 2: Anteil der privaten und staatlichen Konsumausgaben am BIP und Variation zum Vorjahr zu konstanten Preisen (2004) in %, 2004-2015

	Private Konsumausgaben		**Staatliche Konsumausgaben**	
	Anteil am BIP	**Var. im Vergleich z. Vorjahr**	**Anteil am BIP**	**Var. im Vergleich z. Vorjahr**
2004	64,3	-	11,1	-
2005	63,5	7,4	11,2	9,9
2006	65,2	11,0	10,8	3,7
2007	65,4	9,3	10,7	7,8
2008	67,4	7,2	10,7	5,0
2009	67,8	- 5,4	12,1	5,6
2010	68,4	11,2	11,6	5,5
2011	70,6	9,4	11,4	4,6
2012	72,1	1,1	11,9	3,0
2013	73	3,6	12,2	5,3
2014	71,6	- 4,4	12,9	2,9
2015	72,2	3,7	13,4	6,9

Quelle: INDEC, eigene Darstellung

Ab dieser Phase wurde ein Teil der Mittelklasse eine wichtige Säule des kirchneristischen Projekts. Der Kirchnerismus hatte aus den Fehlern während des Agrarkonflikts gelernt, in dem die urbane Mittelklasse der entscheidende Faktor gewesen war, der die Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der Regierung verschoben hatte. In Kapitel 9.3 wird sich zeigen, wie sich diese veränderte Strategie diskursiv bemerkbar macht. Auf der einen Seite antagonisierte die Regierung einen Teil der Mittelklasse durch das Wiederbeleben des national-popularen Narrativs zunehmend. Emblematisch für diesen konfliktiven Modus der Politisierung steht die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der *Clarín*-Mediengruppe, die sich nach dem Agrarkonflikt weiter verstärkte. *Clarín* legte Rechtsbeschwerde gegen das im Oktober beschlossene Mediengesetz (Gesetz Nr. 26.522, 2009) ein. Der Rechtsstreit zog sich vier Jahre lang, bis – im Oktober 2013 – der Oberste Gerichtshof die Beschwerde zurückwies. Begleitet wurde er von einem beidseitigen diskursiven ›Aufrüsten‹. Während *Clarín* den erwähnten »Kriegsjournalismus« (Blanck 2016, Übers. T. B.) gegen die Regierung betrieb, attackierte die Regierung die Mediengruppe und deren BesitzerInnen, indem sie beispielsweise deren Rolle während der Diktatur thematisierte. Darüber hinaus entstanden Fernsehprogramme sowie zahlreiche Kultur- und Medienproduktionen, die sich als meinungsbildendes Gegengewicht zu den großen Medien verstanden.

Auf der anderen Seite trieb der Kirchnerismus die eingangs genannten Politiken voran, die von jenen, die sich selbst als progressiv begriffen, begrüßt wurden, und band diesen Teil der Mittelklasse systematisch an sich. Er reaktivierte zudem historische Narrative der radikalen peronistischen Jugendorganisationen und deren Widerstand gegen die Diktatur in den 1970er Jahren (Kapitel 4) – Narrative, die eng verknüpft mit einer spezifischen Identität eines Teils der Mittelklasse sind, die vor allem unter Studierenden und (linken) Intellektuellen Anklang fand. Das Rekurrieren auf diese Narrative brachte Altamirano (2013) dazu, den Kirchnerismus ganz allgemein als »Peronismus der Mittelklassen« zu bezeichnen. Aber auch in der konkreten Zusammensetzung des kirchneristischen Bündnisses fand die Rekonfiguration einen Ausdruck. So stütze sich der Kirchnerismus zunehmend auf die (Jugend-)Organisationen, die diesen Teil der Mittelklasse gruppierten und in Teilen von diesem selbst, mit dem Ziel die UnterstützerInnenbasis zu organisieren und Kader für die staatlichen Institutionen zu formen, gegründet worden waren. Mitglieder von Organisationen wie *La Cámpora* besetzten zunehmend politische Positionen in den Staatsapparaten, weshalb Rocca Rivarola (2017) von einer »militancia estatal« (»staatlichen Aktivismus«) spricht.[11]

Diese neue ProtagonistInnenrolle der Mittelklasse ging einher mit einem Bedeutungsverlust der Gewerkschaften innerhalb des kirchneristischen Projekts. Die Konflikte innerhalb der CTA vertieften sich und führten 2010 zur endgültigen Aufspaltung der Organisation. Die Liste von Pablo Michelli, der seit 2003 bereits Vorbehalte gegenüber der von der Gewerkschaft vertretenen Position gehabt hatte, gewann in den internen Wahlen gegen den eher kirchneristischen Kandidaten Yasky. Letzterer reklamierte Wahlbetrug, woraufhin das Arbeitsministerium intervenierte und der Konflikt zugunsten von Yasky entschieden wurde. Die Fraktur der CTA wurde endgültig institutionalisiert, als 2014 die zwei aus dem Streit hervorgegangen Organisationen (die *CTA de los trabajadores* und die *CTA autónoma*) jeweils eigene interne Wahlen abhielten (Retamozo/Morris 2015: 76). Damit reduzierte sich auch ein wichtiger gewerkschaftlicher Bündnispartner des Kirchnerismus auf die *CTA de los trabajadores* rund um Yasky, die vor allem Teile der Mittelklasse, wie LehrerInnen und staatliche Angestellte organisiert (Svampa 2016: 468).

In Bezug auf den anderen Dachverband, die CGT, führte wiederum der Unwille der Regierung, die politischen Ambitionen des Gewerkschaftsflügels rund um

11 Obwohl sie Gegenstand der öffentlichen und medialen Debatte war und ist, liegt über *La Cámpora* bis heute keine umfassende wissenschaftliche Studie vor. Die journalistischen Arbeiten zum Thema von di Marco (2012) und im Speziellen jene von Russo (2013) sind stark von den (offen) parteiischen Standpunkten der Autorinnen geprägt (für eine Rezension der beiden Bücher auf ihren wissenschaftlichen Gehalt hin vgl. Rocca Rivarola 2014). Die wenigen existierenden wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit der Organisation beschäftigen, führen das Fehlen weitergehender Forschung auf die nach außen hin beinahe hermetisch abgeschirmte Struktur der Organisation zurück (Rocca Rivarola 2014; Vázquez/Vommaro 2012).

Moyano Raum innerhalb des kirchneristischen Projekts gewähren zu lassen, zum Bruch. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Moyano-Fraktion eine tragende Säule des kirchneristischen Projekts gewesen. Der endgültige Bruch wurde schließlich 2012 vollzogen, als die Regierung gegen Moyano darauf drängte, Antonio Caló zum Generalsekretär der CGT zu machen, was zu einer erneuten Spaltung derselben Ende 2012 führte. Nach dem Tod von Kirchner 2010 hatte sich das Verhältnis zwischen der Moyano-Fraktion und der Regierung zunehmend verschlechtert. Wie Natalucci (2015: 17) argumentiert, sah die vom Kirchnerismus verfolgte Strategie eine wichtige Rolle für die Gewerkschaften im Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit vor, allerdings nicht auf der repräsentativen Ebene des politischen Projekts. Stattdessen setzte der Kirchnerismus zunehmend auf Figuren aus kirchneristischen (Jugend-)Organisationen, die der argentinischen Mittelklasse entstammten. Obwohl der Moyano-Fraktion vonseiten der Regierung eine bedeutendere politische Rolle verwehrt wurde, schaffte sie es, einige Abgeordnete für die Provinz Buenos Aires bei den Wahlen 2011 im Kongress zu platzieren (u.a. den Sohn Hugo Moyanos, Facundo Moyano). Das wiederum sorgte dafür, dass die Regierung auf eine andere Führung innerhalb der CGT drängte, was ein wichtiger Faktor für die erneute Spaltung des Dachverbandes im Jahr 2012 war (Natalucci 2015: 18f.).[12]

Trotz der zahlreichen Verwerfungen führte die vom Kirchnerismus vorgenommene Rekonfiguration der Allianzen zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften zum historischen Wahlsieg von Cristina Fernández de Kirchner im Jahr 2011, als diese mit 54,11 % der Stimmen im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde – der höchste Stimmenanteil, den je ein/e KandidatIn auf sich vereinen konnte. Stellte der Agrarkonflikt in der vorangegangenen Periode ein Ereignis (*acontecimiento*) im negativen Sinne dar, lässt sich der Zeitraum zwischen 2009 und 2011 als Periode begreifen, in der es dem Kirchnerismus gelang, positive Ereignisse zu kreieren und somit die politische Initiative zurückzuerlangen. Die Regierung schaffte es dabei, nicht nur ihre Politiken durchzusetzen, sondern diese mit Narrativen zu verknüpfen, die das heute existierende kirchneristische Imaginarium begründeten und bis heute prägen.

12 Auch wenn das Regierungshandeln gegenüber der Gewerkschaft ein entscheidender Faktor bei der Spaltung war, spiegelte diese auch unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Gewerkschaft über die eigene Rolle und Bedeutung im argentinischen Staat wider. Die Moyano-Fraktion drängte darauf, die politische Macht der Gewerkschaften innerhalb des Staates und des Peronismus zurückzuerlangen. Andere hingegen verteidigten ein begrenzteres Verständnis bezüglich der Rolle der Gewerkschaften und sahen diese in einer Integration im korporatistischen Sinne als privilegierten Verhandlungspartner der Regierung (Lucca 2014: 44).

7.4 2012-2015 Desintegration und antagonistische Defensive

Die letzte Periode ist gekennzeichnet von einer sich verstärkenden Desintegration des politischen und wirtschaftlichen Modells des Kirchnerismus, dessen Grenzen zunehmend sichtbar wurden. Innerhalb der kirchneristischen Erzählung wird diese Phase häufig als »*sintonía fina*« (»Feinabstimmung«) oder »*profundización*« (»Vertiefung«) des Modells bezeichnet. Tatsächlich bearbeitete die Regierung vor allem die Symptome von strukturellen Problemen und versuchte ab 2013, das kirchneristische Projekt in die Präsidentschaftswahlen von 2015 zu retten.

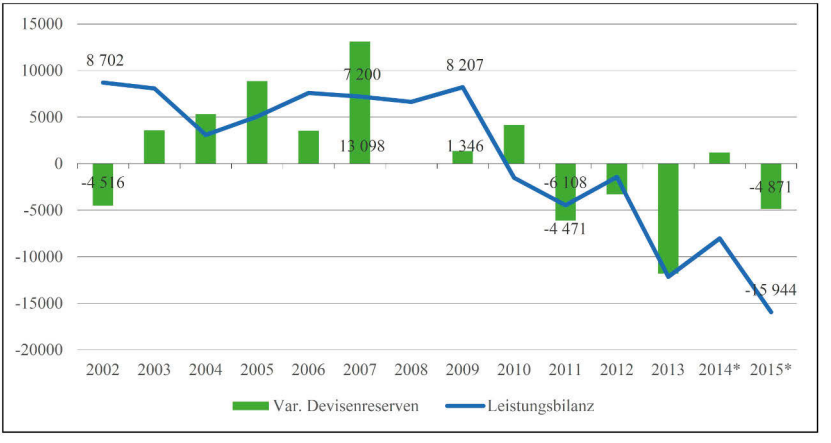
Während dieser Periode stagnierte die Wirtschaft oder begann zu schrumpfen. Die überarbeiteten Zahlen des INDEC indizieren ein Schrumpfen der Wirtschaft um – 2,5 % für 2014 (s. Abbildung 1). Der Privatkonsum sank und die hohen Inflationsraten führten zu weiteren wirtschaftlichen Problemen. Wie Tabelle 2 zeigt, musste der Staat ab 2012 die Nachfrage zunehmend über öffentliche Ausgaben aufrechterhalten. War das allgemeine Lohnniveau bis zu diesem Zeitpunkt, wenn auch mit Phasen der Stagnation, angestiegen, zeigen sich in den Jahren 2013 und 2014 erstmalig deutliche Verluste bei den Reallöhnen (s. Tabelle 1). Der Mindestlohn hatte seinen Höhepunkt bereits 2011 erreicht und begann ab 2012 zu schrumpfen. Während dieser Jahre büßten große Teile der argentinischen Bevölkerung die materiellen Zugewinne der Vorjahre in Teilen wieder ein (für eine vertiefende Analyse vgl. Boos 2017).

Die Regierung versuchte, den sinkenden Privatkonsum zu kompensieren, indem sie Kreditprogramme schuf, die den Konsum mittels Privatverschuldung anregen sollten. Das wichtigste dieser Programme war das *Programa de Fomento al Consumo y a la Producción de Bienes y Servicios – Ahora12* (Programm zur Förderung des Konsums und der Produktion von Gütern und Dienstleistungen – Jetzt12), welches den Erwerb von nationalen Produkten (etwa Haushaltswaren oder Kleidung) in zwölf Raten ohne zusätzliche Zinsen ermöglichte (für mehr Details zu diesem und anderen Programmen vgl. Boos 2017: 45-48). Zeitgleich lässt sich auf diskursiver Ebene ab 2013 eine starke Präsenz des Themas »Konsum« in den Reden von Cristina Fernández de Kirchner feststellen, in denen die Präsidentin beginnt, das Konsumieren als BürgerInnenrecht darzustellen (Diaz Rosaenz 2017).

Mit diesen Konsumprogrammen via Privatverschuldung versuchte die Regierung darüber hinaus, einen weiteren Problemkomplex zu adressieren, der sich in den Jahren zuvor entwickelt hatte. Dieser ergab sich aus dem Zusammenspiel der argentinischen Leistungsbilanz, einem wachsenden Energiedefizit und den schwindenden Devisenreserven in dieser Periode. Die Strategie, mit der die Regierung versuchte, den Problemen Herr zu werden, führte allerdings zu einer Vertiefung des Bruchs zwischen Kirchnerismus und Teilen der Mittelklasse, da sie deren »Sein- und Lebensweise« (GH 22: 2083) zunehmend störte.

Zum Ende der vorherigen Periode hatte sich die argentinische Leistungsbilanz erstmalig in ein Defizit umgekehrt (s. Abbildung 4). Ein Grund für das steigende Volumen der Importe im Vergleich zu den Exporten waren die Weltwirtschaftskrise und der Einbruch der globalen Rohstoffpreise 2013, der das Volumen der Exporte verringerte. In Bezug auf die Importe lassen sich zwei Faktoren ausmachen. Erstens war Argentinien aufgrund eines Energiedefizits 2011 zu einem Energie-Importland geworden. Dieses Defizit verstärkte sich in den nachfolgenden Jahren noch weiter (s. Abbildung 4). 2012 wurde als Antwort auf dieses Problem das nationale Erdgas- und Öl-Unternehmen *Yacimientos Petrolíferos Fiscales* (YPF) in Teilen rückverstaatlicht. Zu diesem Zeitpunkt war das Energiedefizit allerdings bereits zu einem Problem für die gesamte argentinische Wirtschaft geworden und zehrte zunehmend die Devisenreserven der Zentralbank auf, aus denen die Energie-Importe bestritten werden mussten. In den Jahren zuvor hatte man aufgrund der guten Handelsbilanzen Reserven in Fremdwährungen aufbauen können, die nun kontinuierlich schwanden (s. Abbildung 4).

Abbildung 4: Leistungsbilanz und Veränderung der Devisenreserven in Mio. US$, 2002-2015

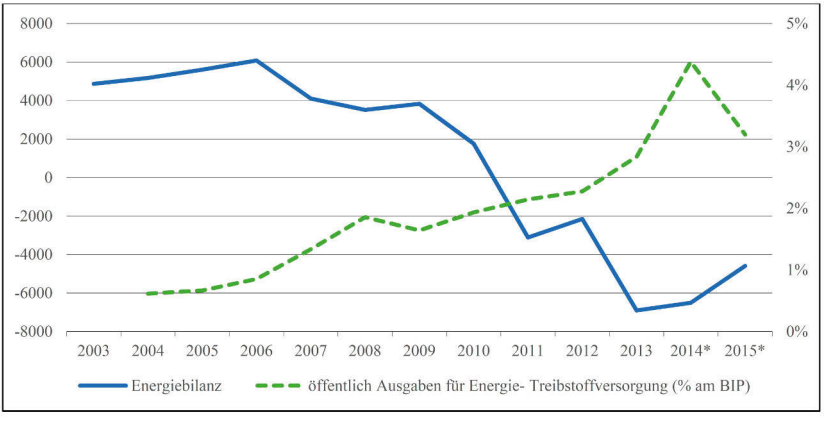


Quelle: INDEC, eigene Darstellung, * vorläufige Daten

Gleichzeitig waren die Energie- und Gaspreise seit 2002 stark subventioniert worden und stellten eine wichtige Säule der materiellen Zugeständnisse des Kirchnerismus an die urbane Mittelklasse dar. Dabei blieben Produktionskapazitäten, aber auch die Preise für EndverbraucherInnen, während des gesamten Zeitraums beinahe gleich. Die Differenz wurde durch staatliche Subventionen, die einen immer größeren Teil des öffentlichen Haushalts ausmachten, beglichen (s. Abbildung

5) (für eine vertiefende Analyse des Energiekonsums und der Subventionspolitik vgl. Boos 2017: 49-54). Im Sommer 2013/2014 kam es dann zu zahlreichen Stromausfällen und die urbane Mittelklasse mobilisierte gegen die kirchneristische Regierung in Form von *cacerolazos*. Diese Protestform, bei der sich die Protestierenden, auf Kochtöpfe und Pfannen schlagend, an Straßenecken ihres Stadtteils versammeln, ist seit der Krise von 2001 symbolisch stark aufgeladen und mit der Identität einer empörten Mittelklasse artikuliert. Während der *piquete* (Straßenblockade) die emblematische Protestform der Arbeitslosenbewegung wurde, gilt der *cacerolazo* seitdem als politische Ausdrucksform einer aufgebrachten Mittelklasse, die ihre Ablehnung gegenüber der Regierung in den öffentlichen Raum trägt.

Abbildung 5: Energiebilanzsaldo (in Mio. US$, linke y-Achse) und öffentliche Ausgaben für Energie- und Treibstoffversorgung (% am BIP, rechte y-Achse), 2003-2015



Quelle: INDEC, Dirección Nacional de Política Macroeconomica (CCNN), eigene Darstellung, * vorläufige Daten

Der zweite entscheidende Faktor neben den Energieimporten war der Import von Konsumgütern, im Speziellen von Elektrowaren und Haushaltsgeräten. Während das Energiedefizit in den argentinischen Medien aufgrund der Proteste, der Rückverstaatlichung der YPF sowie der Energieausfälle stark präsent war, spielte dieser Faktor in der öffentlichen Debatte eine geringere Rolle. Kejsefman (2018) zeigt allerdings, dass das Volumen der Importe im Bereich der Elektrowaren einen ähnlichen Anteil ausmachte wie die Energieimporte und somit zusätzlichen Druck auf die Leistungsbilanz ausübte. Mit den oben genannten Konsumprogrammen versuchte die Regierung, den Kauf von nationalen Produkten anzuregen. Allerdings kennzeichnet sich die argentinische Wirtschaft wie viele in der Region unter anderem durch »the intense and persistent addiction to foreign consump-

tion goods – European until World War I; mixed U.S. European since – of the affluent classes in Latin America« (Felix 2015: 152). Neben dem Mangel an nationaler Produktionskapazitäten spielen auch internationalisierte Konsumnormen und Lebensweisen eine entscheidende Rolle (vgl. Boos 2018a; Brand/Wissen 2017). Die Regierung versuchte, den steigenden Importen durch verstärkte Regulierungen entgegenzusteuern. Schon 2011 hatte sie die Liste der Güter erweitert, für deren Import gesonderte Genehmigungen notwendig waren. 2012 wurde ein neues und restriktiveres System eingeführt, das direkt vom Außenhandelsministerium verwaltet wurde.

Im Zusammenspiel der bereits genannten Faktoren wendete sich schließlich auch die währungspolitische Strategie der Vorjahre gegen die Regierung. 2011 hatte es aus Angst vor einer Abwertung des Pesos eine erste große Kapitalflucht gegeben, weshalb die Regierung den sogenannten *cepo cambiario* (Wechselkurskralle) implementierte, um diesen Trend zu stoppen (Schorr/Wainer 2017: 165). Dieser regulierte den Erwerb von Auslandswährungen im Land. Während der *cepo* zu Beginn nur wenige Personen direkt betraf, wurde dieser 2012 verschärft, und auch die argentinische Mittelklasse spürte die Erschwerungen beim Erwerb von US-Dollars zunehmend (Porta et al. 2017: 126). Aufgrund der historischen Erfahrungen ist es diese gewohnt, in US-Dollar zu sparen, und einige Wirtschaftszweige, wie etwa der Immobiliensektor, werden in US-Dollar abgewickelt (zur »Kultur des Dollar« in Argentinien vgl. Bercovich/Rebossio 2013; Grimson 2012b). Hinzu kam, dass sich die Differenz zwischen dem offiziellen Wechselkurs des Pesos und dem inoffiziellen Wechselkurs zunehmend vergrößerte. 2013 betrug der Unterschied im Jahresdurchschnitt 60 % (Porta et al. 2017: 129f.). Das wiederum machte neben den Importen beispielsweise auch Urlaubsreisen billig, die deshalb in dieser Periode ebenfalls stark anstiegen (Del Cueto/Luzzi 2016). Der Kirchnerismus reagierte darauf mit einer weiteren Verschärfung der Restriktionen und einer 30 % Steuer auf Kreditkartenausgaben und Flugtickets.

Diese unmittelbaren Eingriffe, die die argentinische Mittelklasse in ihrem Alltag spürte, sorgten für eine weitere Distanzierung von der Regierung. 2012 und 2013 mobilisierte die Mittelklasse erstmalig seit dem Konflikt mit dem Agrarsektor 2008 gegen die Regierung. Obwohl die wichtigsten Mobilisierungen am 13. September 2012 (»13-S«), 8. November 2012 (»8-N«) und 18. April 2013 (»18-A«) sehr heterogene Forderungen artikulierten, war ihnen ein individualistisches Framing gemein und die TeilnehmerInnen und OrganisatorInnen insistierten auf ihre Unabhängigkeit von und Distanz zu etablierten Parteien (Gold 2015). Darüber hinaus handelte es sich um Mobilisierungen »ausgehend von der Negativität«, d.h., die TeilnehmerInnen mobilisierten gegen einzelne Maßnahmen des Kirchnerismus oder diesen als Ganzes (Gold 2015: 190, Übers. T. B.). Gleichzeitig wurden die kirchneristischen Politiken als Eingriff in die persönlichen Freiheiten gerahmt (et-

wa die individuelle Freiheit, US-Dollar zu erwerben), die Ausdruck eines autoritären Regimes seien (Gold 2015: 194).

Aus hegemonietheoretischer Perspektive lässt sich sagen, dass sich die urbane Mittelklasse zunehmend in ihrer alltäglichen »Seins- und Lebensweise« (GH 22: 2083) beeinträchtigt fühlte. Dies führte zu einer Vertiefung der gesellschaftlichen Polarisierung. Während der Bruch zwischen Kirchnerismus und dem von ihm antagonisierten Teil immer größer wurde, verschrieb sich ein anderer Teil der Mittelklasse immer vehementer der Aufgabe, das kirchneristische Projekt zu verteidigen. Während die ausgegebene Losung in ökonomischer Hinsicht ein »*profundizar el modelo*« (»das Modell vertiefen«) war, sprach man auf politischer Ebene von der Notwendigkeit, die Errungenschaften und das Modell zu verteidigen (»*defender el modelo*«). Zeitgleich gewannen Organisationen wie *La Cámpora* weiter an Gewicht, deren Führungskreise nicht nur Abgeordnetenposten besetzten, sondern bis in die obersten Positionen innerhalb der Regierung vorrückten. Emblematisch ist hier die Figur Axel Kicillof, der ab 2011 zunächst den Posten als Staatssekretär für Wirtschaft und Planung (*Secretario de Política Económica y Planificación del Desarrollo de la Nación Argentina*) inngehabt hatte. Als solcher war er durch die Rückverstaatlichung von YPF 2012, die er geplant und angeleitet hatte, in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Ende 2013 stieg Kicillof dann zum Wirtschaftsminister auf.

Die Gewerkschaftsdachverbände blieben während der letzten Jahre des Kirchnerismus gespalten. 2015 gab es indes bereits erste Gerüchte über eine mögliche Wiedervereinigung (vollzogen wurde diese schließlich im August 2016), nachdem sich abzeichnete, dass das politische Szenario sich mit den Wahlen im Oktober 2015 stark verändern könnte (Morris/Natalucci 2016).

7.5 Schlussfolgerungen

Das vorangegangene Kapitel analysierte die politische Konjunktur für die Zeit des Kirchnerismus von 2003 bis 2015. Neben einem Überblick über die wichtigsten politischen und ökonomischen Entwicklungen, ging es mir in der Analyse darum, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sowie die Stellung der unterschiedlichen Akteure im und zum Kirchnerismus zu untersuchen. Hierauf basierend habe ich vier Perioden definiert. Eine erste Periode in den Jahren zwischen 2003 und 2007, die gekennzeichnet ist von einer schnellen Erholung der argentinischen Wirtschaft, die materielle Zugeständnisse an fast alle gesellschaftlichen Akteure ermöglichte. Auf politischer Ebene integrierte der Kirchnerismus eine breite Allianz an Kräften in sein transversales Projekt.

Eine zweite Periode umfasst die Jahre 2008 und 2009 und ist von der Krise des Kirchnerismus geprägt. Zwar stagniert und schrumpft die Wirtschaft zu diesem Zeitpunkt, allerdings ist die entscheidende Krise des Kirchnerismus auf politi-

scher Ebene zu verorten. Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Erfolge lässt sich der Konflikt mit dem Agrarsektor rund um die Resolution 125/2008 als Versuch interpretieren, auf ökonomischer Ebene in die Offensive zu gelangen. Weil die Agrarverbände es aber vermochten, die Frage zu einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung, d.h. über eine sektorale Frage hinaus, zu universalisieren, und der Kirchnerismus den Kampf auf Ebene der gesamtgesellschaftlichen Hegemonie annahm, war die Niederlage der Regierung entsprechend folgenreich. Insofern verhinderte das Scheitern der Initiative nicht nur die kirchneristische Offensive auf ökonomischer Ebene, sondern hatte auch eine Art ›Bumerangeffekt‹ auf politischer Ebene und führte zum Auseinanderbrechen der in den Vorjahren konstruierten Allianz. Aus diesem Grund hebt sich der Agrarkonflikt als *acontecimiento* (Ereignis) innerhalb der untersuchten Periode zwischen 2003 und 2015 hervor, da er die politische Konjunktur entscheidend veränderte.

Die dritte Periode von 2009 bis 2011 lässt sich als fundationaler Moment des heute existierenden Kirchnerismus bezeichnen. Wider Erwarten konnte sich der Kirchnerismus von der Niederlage auf ökonomischer und politischer Ebene in der Periode zuvor erholen und die politische Initiative zurückerlangen. Die kurzzeitige wirtschaftliche Erholung 2010 und 2011 war dabei unterstützend, entscheidend war allerdings die Offensive auf politischer Ebene, über die die Regierung die Initiative zurückerlangen konnte. Der Kirchnerismus implementierte nicht nur zahlreiche seiner emblematischsten Politiken und rekonfigurierte die Allianz mit seinen BündnispartnerInnen, sondern veränderte auch die dominante Form der politischen Auseinandersetzung. Von diesem Zeitpunkt an setzte er verstärkt darauf, ein national-populares Imaginarium zu (re-)konstruieren, wodurch er seine BündnispartnerInnen an sich band, aber gleichzeitig einen anderen Teil der Bevölkerung antagonisierte. Das galt im Speziellen für die Mittelklasse, die zunehmend an Bedeutung innerhalb des kirchneristischen Projekts gewann.

Die vierte Periode von 2012 bis 2015 war von einer zunehmenden Desintegration des kirchneristischen Wirtschaftsmodells bei einer gleichzeitigen Vertiefung der politischen Polarisierung geprägt. Anders als in der Periode zuvor lässt sich die antagonistische Strategie in dieser Phase jedoch nicht im Sinne einer Offensive interpretieren, die dem Kirchnerismus politische Initiative verschaffte, sondern repräsentierte vor allem eine Verteidigungsstrategie. »*Defender el modelo*« (»das Modell verteidigen«) war in jenen Jahren das Paradigma unter kirchneristischen AktivistInnen. Gleichwohl unterliefen die strukturellen Probleme die politische Konstruktion zunehmend. Anders als etwa in der Periode 2008/2009 machten sich die wirtschaftlichen Probleme immer deutlicher auf der Ebene des Alltags und der Lebensweise bemerkbar und unterlagen somit einer permanenten Politisierung, die die gesellschaftliche Dichotomisierung zunehmend verstärkte.

8. Sozialstruktur und Mittelklasse in Argentinien während des Kirchnerismus

Das nachfolgende Kapitel liefert eine Sozialstrukturanalyse Argentiniens für die Jahre 2003 bis 2015. Mithilfe der Sozialstrukturanalyse können dabei jene Teile der argentinischen Gesellschaft identifiziert werden, in denen es zu strukturellen Veränderungen gekommen ist. Dies kann wiederum anzeigen, auf welche Teile der Sozialstruktur die Politik des Kirchnerismus besonderen Einfluss hatte. Darüber, wie die strukturellen Veränderungen in den betroffenen Sektoren erfahren oder politisch bearbeitet wurden, kann diese Analyse natürlich keine Aussagen treffen. Vielmehr zeigen jene Veränderungen die materiellen und strukturierenden Prozesse an, die ich in Kapitel 5 als eine entscheidende Dimension von Klasse ausgemacht habe. Das Kapitel analysiert somit das Terrain, auf dem die Konstruktion politischer Identitäten in einem weiteren Schritt analysiert werden kann (Kapitel 9 und 10). Sprachlich folge ich deshalb der Unterscheidung Adamovskys (2012: 13) zwischen Sektor und Klasse. Mit ersterem Ausdruck bezeichne ich die sozialstrukturelle Dimension von Klasse, während letzterer auf die Gesamtheit der Konstitution von Klasse (Sozialstruktur, Identität) abzielt. Obwohl sich die Unterscheidung zwischen Sektor und Klasse sprachlich bisweilen schwerfällig ausnimmt, soll im Folgenden daran festgehalten werden, da sie deutlich macht, dass es sich bei der analysierten Sozialstruktur lediglich um einen Teilaspekt von Klasse (ihre sozialstrukturelle Konstitution) handelt.

Die Analyse basiert auf den Mikrodaten der offiziellen argentinischen Haushalthaltbefragung des INDEC.[1] Die konkrete Operationalisierung orientiert sich

1 Die EPH wird vier Mal im Jahr in den großen urbanen Ansiedlungen Argentiniens durchgeführt und deckt ca. 70 % der urbanen Bevölkerung sowie 62 % der Gesamtbevölkerung ab. Für die Analyse habe ich die Mikrodaten für das dritte Quartal von 2003 sowie jeweils das zweite Quartal von 2007, 2011 und 2015 herangezogen. Die Auswahl der herangezogenen Quartale ergibt sich auch aus forschungspragmatischen Gründen. Im dritten Quartal 2003 wurde die Methodologie der EPH – mit dem Ziel, neuen Phänomenen auf dem Arbeitsmarkt Rechnung zu tragen – modifiziert. Diese Neufassung der EPH wurde mit kleinen Modifikationen (2006, 2009) bis zum zweiten Quartal 2015 beibehalten, so dass für den Zeitraum von 2003 bis 2015 vergleichbare Daten vorliegen (für Details vgl. INDEC 2003).

an den jüngst erschienenen Studien von Palomino/Dalle (2012) und Dalle/Stiberman (2017).[2] Bei der Operationalisierung der theoretischen Kategorien gilt es allerdings strukturelle Differenzen zwischen dem argentinischen Arbeitsmarktes und Ökonomien des globalen Nordens. Erstens ist der Anteil der Selbstständigen in Lateinamerika bedeutend höher. Etwa Wrights (1979) Schema der widersprüchlichen Klassenpositionen wertet Selbstständigkeit als Form der Autonomie der/des Lohnabhängigen. In Argentinien hingegen ist das selbstständige Arbeiten häufig die aufgezwungene Form, um das für die eigene Reproduktion Notwendige zu erwirtschaften. Die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen nimmt auch im globalen Norden zu und bringt dort vermehrt Formen wie Scheinselbstständigkeit hervor. In Lateinamerika hingegen sind solche Formen schon lange strukturelles Merkmal.

Zweitens zeichnet sich der lateinamerikanische Arbeitsmarkt durch einen hohen Grad an Informalität aus. Im Falle Argentiniens trifft das im Speziellen für die Zeit während und nach der Krise zu, d.h. für den Zeitraum vom 2001 bis 2003. Auch wenn ihre Anzahl in den Folgejahren wieder zurückging, sind informelle Arbeitsverhältnisse weiterhin ein zentrales Merkmal des argentinischen Arbeitsmarkts. Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 38 % der Angestellten und ca. 58 % der Selbstständigen in informellen Dienstverhältnissen stehen (für Details vgl. Bertranou/Casanova 2013). Wichtige Entwicklungen werden deshalb in den offiziellen Statistiken nicht erfasst, trotzdem sind die Daten der EPH die präzisesten verfügbaren Daten, weshalb sie hier herangezogen werden.

Basierend auf den Mikrodaten der EPH wird in einem ersten Schritt allgemein die Beschäftigungsstruktur jener Jahre analysieren. Dies geschieht mit einem Fokus auf die Mittelsektoren. Es wird sich zeigen, dass während des betrachteten Zeitraums ihr unterer Teil am stärksten wächst, weshalb ich diesen in einem zweiten Schritt im Detail analysiere. In einem dritten Schritt werde ich mithilfe des entwickelten Theoriewerkzeugs versuchen, weitere Charakteristika dieses Teils herauszuarbeiten, die Aufschluss darüber geben können, welches die entscheidenden Triebkräfte hinter der Dynamik innerhalb dieser Sektoren waren. Abschließend werden die Ergebnisse der Analyse zusammengeführt und interpretiert.

2 Sie kombinieren in ihrem Vorschlag unterschiedliche theoretische Ansätze. Zentral sind dabei die Kategorien Kapitaleigentum, Autorität und Qualifikation, die sie entlang des von Wright (1979) entwickelten Schemas verwenden. Palomino/Dalle (2012) legen eine Analyse für die Jahre 2003 und 2011 vor, Dalle/Stiberman (2017) vergleichen die Jahre 1998, 2003 und 2015. In der Kategorisierung unterschiedlicher Sektoren bin ich diesen Autoren in weiten Teilen gefolgt. Allerdings fehlen in ihren Studien Zahlen für das Jahr 2007, d.h., sie ermöglichen es nicht, die Entwicklung der analysierten Periode kontinuierlich nachzuverfolgen. Auch sind die Zahlen nur bedingt vergleichbar und die Studien haben die Beschäftigungsstruktur ganz allgemein im Blick, wohingegen hier die Mittelsektoren im Speziellen von Interesse sind.

8.1 Entwicklungen der Sozialstruktur zwischen 2003 und 2015

Bei der Analyse der Erwerbstätigenstruktur ist zunächst der Rückgang der Erwerbslosenquote augenscheinlich (s. Tabelle 3).[3] Diese sinkt kontinuierlich, wobei sie den größten Sprung zwischen 2003 und 2007 vollzieht. Der Sprung ist auf die unmittelbare wirtschaftliche Erholung nach der Krise zurückzuführen, allerdings sinkt die Quote auch in den Folgejahren weiter, wenn auch in einem verlangsamten Tempo.

Tabelle 3 (Teil 1): Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials und Erwerbstätigenstruktur in Argentinien, 2003-2015

	2003	**Anteil an Erwerbstätigen**	**2007**	**Anteil an Erwerbstätigen**
Inaktive	**12.302.207**		**12.941.547**	
Erwerbspersonenpotenzial	**10.597.681**		**11.188.709**	
Arbeitgeber	323.622	3,6 %	453.189	4,4 %
Selbstständige	1.860.936	20,9 %	1.878.077	18,3 %
Lohnabhängige	6.549.665	73,7 %	7.836.072	76,4 %
unbezahlt mitarbeitende Familienangehörige	149.921	1,7 %	94.014	0,9 %
Beschäftigte Total	**8.884.144**	**100 %**	**10.261.352**	**100 %**
		Erwerbslosenquote		**Erwerbslosenquote**
Erwerbslose	**1.711.204**	**16,1 %**	**927.296**	**8,3 %**

3 Die Definition des INDEC (2011) kommt jener der ILO näher, die dem Deutschen »erwerbslos«/»erwerbstätig« entspricht.

Tabelle 3 (Teil 2): Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials und Erwerbstätigenstruktur in Argentinien, 2003-2015

	2011	**Anteil an Erwerbstätigen**	2015*
Inaktive	**13.371.368**		
Erwerbspersonen-potenzial	**11.681.917**		
Arbeitgeber	513.502	4,7 %	3,9 %
Selbstständige	1.921.391	17,8 %	18,7 %
Lohnabhängige	8.295.269	76,6 %	76,8 %
unbezahlt mitarbeitende Familienangehörige	93.293	0,9 %	0,6 %
Beschäftigte Total	**10.823.455**	**100 %**	**100 %**
		Erwerbslosen-quote	
Erwerbslose	**858.462**	**7,3 %**	**5,60 %**

Quelle: EPH (INDEC), eigene Darstellung; * für 2015 fehlen die absoluten Zahlen der Erwerbstätigen in den Daten des INDEC, die relativen Zahlen wurden aus den Mikrodaten der EPH konstruiert.

In der Struktur der Erwerbstätigen steigt der Anteil der ArbeitgeberInnen (*patrones*) zunächst stark an, geht dann aber wieder zurück. Auch hier spiegelt sich die wirtschaftliche Konjunktur in unmittelbarer Weise wider. Diese Kategorie umfasst auch UnternehmerInnen mit mittleren und kleinen Unternehmen. Wie sich weiter unten genauer zeigen wird, ist das allgemeine Anwachsen der Anzahl der ArbeitgeberInnen hauptsächlich auf das Wachstum in dieser Kategorie zurückzuführen. Die Zahl der unbezahlt mitarbeitenden Familienangehörigen nimmt hingegen ab. Die größten Verschiebungen ergeben sich allerdings unter den Lohnabhängigen und Selbstständigen. Letztere verlieren zunächst bis 2011, um dann wieder anzusteigen, schrumpfen allerdings in der Gesamtschau. Die Lohnabhängigen hingegen wachsen kontinuierlich an. Machen sie 2003 73,3 % aller Erwerbstätigen aus, sind es 2015 76,8 %. Ausgehend von diesem ersten Überblick lässt sich vermuten, dass zwischen 2003 und 2015 eine Bewegung raus aus der Selbstständigkeit hinein in feste Lohnverhältnisse stattfand. Tabelle 4 zeigt die Entwicklungen aufgeschlüsselt für die einzelnen Gruppen.

Tabelle 4 (Teil 1): Entwicklung der Erwerbstätigenstruktur in Argentinien, 2003-2015

	2003 (Q3)	**2007 (Q2)**	**2011 (Q2)**	**2015 (Q2)**
GroßunternehmerInnen (> 40 Angestellte)	0.1 %	0.1 %	0.1 %	0.1 %
Hohe Funktionäre	0.6 %	0.6 %	0.6 %	0.5 %
Manager und GeschäftsführerInnen gr. Unternehmen	0.2 %	0.2 %	0.2 %	0.0 %
Eliten total	**0.8 %**	**0.9 %**	**1.0 %**	**0.6 %**
Obere Mittelsektoren	**11.4 %**	**11.1 %**	**11.7 %**	**12.1 %**
Mittlere UnternehmerInnen (6-40 Angestellte)	0.8 %	1.0 %	0.9 %	0.8 %
Selbstständige *profesionales*	1.6 %	1.2 %	1.3 %	1.6 %
KleinunternehmerInnen (1-5 Angestellte)	2.4 %	3.0 %	3.4 %	2.9 %
Manager und GeschäftsführerInnen mittlerer Unternehmen	0.3 %	0.3 %	0.2 %	0.3 %
Angestellte *Professionals*	3.7 %	3.4 %	4.1 %	4.1 %
BüroleiterInnen (Chefs in allen Berufszweigen)	2.6 %	2.1 %	1.9 %	2.4 %
Untere Mittelsektoren	24.7 %	26.9 %	28.8 %	28.8 %
Manager und GeschäftsführerInnen kleiner Unternehmen	0.1 %	0.3 %	0.0 %	0.1 %
Selbstständige mit eigenem Lokal oder Fachausbildung	6.4 %	5.1 %	5.5 %	5.4 %
FacharbeiterInnen, Erwerbstätige im Bildungs- und Gesundheitsbereich und in der Forschung	9.3 %	10.5 %	11.0 %	11.0 %
Erwerbstätige in Verwaltung und Administration	8.9 %	11.0 %	12.3 %	12.3 %
Mittelsektoren total	**36.1 %**	**38.0 %**	**40.5 %**	**40.9 %**
Qualifizierte populare Sektoren	30.0 %	33.3 %	33.7 %	35.3 %
ArbeiterInnen mit Berufsausbildung und registriertem Arbeitsverhältnis	9.0 %	13.9 %	15.4 %	15.6 %
Selbstständige mit Berufsausbildung	11.5 %	9.5 %	9.8 %	11.5 %
ArbeiterInnen mit Berufsausbildung und nicht-registriertem Arbeitsverhältnis	9.4 %	9.9 %	8.4 %	8.2 %

Tabelle 4 (Teil 2): Entwicklung der Erwerbstätigenstruktur in Argentinien, 2003-2015

	2003 (Q3)	**2007 (Q2)**	**2011 (Q2)**	**2015 (Q2)**
Unqualifizierte populare Sektoren	32.6 %	27.9 %	24.8 %	23.2 %
Unqualifizierte ArbeiterInnen in registrierten Arbeitsverhältnissen	5.3 %	6.6 %	6.5 %	6.9 %
Unqualifizierte ArbeiterInnen in nichtregistriertem Arbeitsverhältnis oder Selbstständige	13.0 %	10.8 %	9.3 %	7.5 %
DienstleisterInnen in Privathaushalten	7.3 %	7.7 %	7.6 %	7.4 %
Personen in Beschäftigungsprogrammen	7.0 %	2.5 %	1.1 %	1.1 %
Nicht zuordenbar	0.4 %	0.3 %	0.3 %	0.3 %
Populare Sektoren total	**62.6 %**	**61.1 %**	**58.5 %**	**58.4 %**
Total	**100.0 %**	**100.0 %**	**100.0 %**	**100.0 %**

Quelle: EPH (INDEC), Dalle/Stiberman (2017), eigene Ergänzungen und Anpassungen

Auf den ersten Blick zeigt sich, dass der Anteil der Eliten während des betrachteten Zeitraums beinahe gleich bleibt beziehungsweise sogar leicht schrumpft. Allerdings sind klare Aussagen hier schwierig. Wie bei allen Haushaltsbefragungen führen unterschiedliche Gründe dazu, dass sozioökonomisch Bessergestellte zumeist unterrepräsentiert sind (für unterschiedliche Faktoren vgl. Groves/Couper 1998). Demgegenüber zeigt sich, dass jene Sektoren, die sozialstrukturell als Mittelsektoren operationalisiert wurden, stark anwachsen (von 36,1 % auf 40,9 %), während die popularen Sektoren in einem ähnlichen Volumen abnehmen (von 62,6 % auf 58,4 %). Dabei vollziehen beide während des betrachteten Zeitraums eine nahezu deckungsgleiche Bewegung. Bereits zwischen 2003 und 2007 steigt der Anteil der Mittelsektoren stark an, um dann zwischen 2007 und 2011 den größten Sprung zu machen (2,5 %). In der letzten Periode, d.h. von 2011 bis 2015, stagniert der Anteil beinahe. Die Dynamik in popularen Sektoren folgt einer ähnlichen Bewegung, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen. Diese ersten Beobachtungen stehen im Einklang mit der Analyse der wirtschaftlichen Konjunktur (Kapitel 7) sowie anderen Studien zur Mittelklasse wie jene Erhebungen der Weltbank, die einkommensbasiert argumentieren (Ferreira et al. 2013). Jedoch zeigen sie nicht nur die Jahre nach der Krise, sondern ebenso die erste Amtszeit von Cristina Fernández de Kirchner zwischen 2007 und 2011 als entscheidende Periode an.

Bevor ich mich im Detail den Mittelsektoren widme, zunächst ein Blick auf die Entwicklungen innerhalb der popularen Sektoren. Diese verkleinern sich in ihrer Gesamtheit während des betrachteten Zeitraums, allerdings wird bei genauerer

Betrachtung deutlich, dass die popularen Sektoren mit Qualifikation sogar stark dazugewinnen (29,9 % auf 35,3 %). Die Zahl der Unqualifizierten nimmt hingegen stark ab, d.h., während sie beinahe 10 % verlieren, gewinnen die Qualifizierten über 5 % hinzu. Geht man weiter ins Detail, zeigt sich, dass dieses Wachstum ausschließlich dem Anstieg der qualifizierten und registrierten Lohnabhängigen geschuldet ist. Der Anteil aller weiteren Gruppen geht leicht zurück. Das Schrumpfen des unqualifizierten popularen Sektors ist primär auf die drastische Verringerung der Zahl der Personen in Beschäftigungsprogrammen (*perceptores de planes de trabajo*) und auf das Ausmaß unqualifizierter Arbeitnehmer in nicht-registrierten Arbeitsverhältnissen zurückzuführen. Die anderen Gruppen wachsen während der analysierten Phase leicht an.

Diese Zahlen lassen somit eine Entwicklung vermuten, die in erster Linie auf eine Zunahme registrierter Arbeitsverhältnisse und in zweiter Linie auf einen Zuwachs von Arbeitsverhältnissen, die eine Qualifizierung erfordern, hindeutet. Dabei ist allerdings zu beachten, dass es sich um ›anonyme‹ Zahlen handelt, d.h., die Zahlen lassen keine Rückschlüsse auf die Bewegung der Individuen innerhalb der Struktur zu. Vielmehr handelt es sich um eine Strukturbewegung, die lediglich konstatieren lässt, dass der jeweilige Anteil der unterschiedlichen Sektoren zugenommen beziehungsweise abgenommen hat. Über die individuellen Bewegungen und deren Gründe lässt sich basierend auf der EPH also nichts aussagen. Wenn die Anzahl der formellen Arbeitsverhältnisse steigt, so ist dies im Einzelfall nicht notwendig auf eine Formalisierung eines zuvor informellen Arbeitsverhältnisses zurückzuführen, sondern kann seinen Grund beispielsweise auch in der Registrierung eines neuen Arbeitsplatzes haben, der mit einem Erwerbstätigen, der zuvor in keinem Arbeitsverhältnis stand, besetzt wurde. Ähnliches gilt hinsichtlich der Qualifizierung. Deren Anstieg bedeutet nicht unbedingt, dass zwischen 2003 und 2015 zuvor Unqualifizierte Qualifizierungen erwarben. Ebenso ist es möglich, dass Unqualifizierte aus dem Arbeitsmarkt ausschieden, während qualifizierte Arbeitskräfte in diesen eintraten. Es ist folglich präziser, von dem Anstieg registrierter beziehungsweise nicht registrierter Arbeitsverhältnisse auf der einen und dem Zuwachs von Arbeitsplätzen, die eine Qualifizierung erfordern beziehungsweise nicht erfordern, auf der anderen Seite zu sprechen.

Wenden wir uns nun den Mittelsektoren im Detail zu. Diese nehmen kontinuierlich zu, den stärksten Zuwachs haben sie zwischen 2007 und 2011. Geht man ins Detail, zeigen sich auch hier interessante Aspekte. Die oberen Mittelsektoren wachsen zwar an, dieses Wachstum (0,7 %) ist aber im Vergleich zum unteren Teil (4,1 %) und dem Gesamtzuwachs von 4,8 % sehr gering. Das stärkste Wachstum innerhalb der oberen Mittelsektoren verzeichnen die angestellten *profesionales*. Der Anteil an KleinunternehmerInnen steigt ebenfalls an, vor allem zwischen 2003 und 2011. Ausgehend von der wirtschaftlichen und politischen Konjunktur lässt sich vermuten, dass das KleinunternehmerInnentum eine Bearbeitungsstrategie war,

mit den Folgen der Krise von 2001 bis 2003 umzugehen. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, der zweiten Amtszeit von Cristina Fernández de Kirchner und den zunehmenden Problemen des Wirtschaftsmodells scheint dieser Weg zunehmend schwieriger zu werden, sodass der Anteil an KleinunternehmerInnen wieder zurückgeht. Dies deckt sich auch mit unsystematischen Beobachtungen und Gesprächen meinerseits, in denen diese Gruppe zunehmend über Schwierigkeiten klagte, etwa notwendige Ersatzteile zu erwerben, und unklare Importregulierungen bemängelte, die ihnen Probleme verursachten.

Während die oberen Mittelsektoren nur ein kleines Wachstum verzeichnen, wächst der untere Teil stark an (von 24,7 % auf 28,8 %). Allerdings stagniert dieses Wachstum zwischen 2011 und 2015, also in jenen Jahren, in denen auch das Wirtschaftsmodell des Kirchnerismus zunehmend unter Druck gerät. Am stärksten steigt der Anteil der Erwerbstätigen in Verwaltung und Administration sowie im Bildungs- und Gesundheitssektor (mehr dazu unten). Beide steigen kontinuierlich, wenn auch mit der bereits beobachteten Verlangsamung zwischen 2011 und 2015. Ebenso steigt zwischen 2003 und 2007 der Anteil der ManagerInnen und GeschäftsführerInnen kleiner Unternehmen stark an. Weil sich der Anteil später wieder einpendelt, ist jedoch zu vermuten, dass der Ausschlag eher einer veränderten Erhebung oder Klassifizierung in der EPH im Jahr 2007 geschuldet ist als einer realen Entwicklung. Der Anteil der Selbstständigen wiederum verringert sich, was dafür spricht, dass der Anteil der festen Lohnverhältnisse zwischen 2003 und 2015 anteilig anstieg.

Diese Entwicklung zeigt sich auch in den beiden Sektoren, die am meisten wachsen. Sowohl im Bereich der FacharbeiterInnen und Angestellten im Bildungs- und Gesundheitsbereich als auch der Verwaltungskräfte verändert sich die Beschäftigungsstruktur dahingehend, dass der Anteil der Angestellten zunimmt (FacharbeiterInnen und Angestellte im Bildungs- und Gesundheitsbereich verzeichnen einen Zuwachs von 4,1 %, Verwaltungskräfte von 2,9 %), während der Anteil der Selbstständigen abnimmt (FacharbeiterInnen, Angestellte im Bildungs- und Gesundheitsbereich reduzieren sich um 3,6 %, Verwaltungskräfte verzeichnen ein kleines Plus von 1,0 %).

Schaut man sich die Berufsqualifizierung an, so wird deutlich, dass der Anteil der qualifizierten Tätigkeiten unter den Verwaltungskräften sehr stark zunimmt (+ 22 %), während der Anteil derer unter ihnen mit ›lediglich‹ einer Fachausbildung abnimmt. Im Bereich der FacharbeiterInnen und Angestellten im Bildungs- und Gesundheitsbereich hingegen steigt zwar auch der Anteil qualifizierter Tätigkeiten (+ 3,9 %), die größte Dynamik findet sich aber eine Stufe ›höher‹, d.h., der Anteil der Arbeitenden mit Fachausbildung nimmt am stärksten zu (+ 6,6 %).[4]

4 Der Unterschied hängt offenkundig auch mit den jeweiligen Eintrittsanforderungen der verschiedenen Tätigkeitsfelder zusammen.

8.2 Dynamiken innerhalb der unteren Mittelsektoren

In der Gesamtschau lässt sich festhalten, dass die unteren Mittelsektoren und der qualifizierte populare Sektor die am stärksten wachsenden Teile der Sozialstruktur für den Zeitraum von 2003 bis 2015 sind. Zudem handelt es sich auch insofern um den dynamischsten Ausschnitt der Sozialstruktur, als die Zahlen mutmaßen lassen, dass es zu Profilveränderungen hinsichtlich von Qualifizierung und Anstellungsverhältnis gekommen ist. Auch wenn hier keine Untersuchung der Einkommen vorgenommen wird, ist zu vermuten, dass dieser Teil der Sozialstruktur jene Gruppe repräsentiert, die etwa die Weltbankstudie (Ferreira et al. 2013) als Lateinamerikas neue Mittelklasse interpretiert. Diese definiert die Mittelklasse als diejenigen mit einem Prokopfeinkommen von 10 PPP-$ bis 50 PPP-$ pro Tag (Ferreira et al. 2013: 36). Laut den AutorInnen stieg der Anteil der Mittelklasse in Argentinien zwischen 2000 und 2010 um über 10 % an (Ferreira et al. 2013: 137).

Die oben stehende Analyse lässt noch weitere Schlussfolgerungen zu. Die Entwicklungen in der Sozialstruktur sind vor allem auf den gesteigerten Anteil der Erwerbstätigen (Lohnabhängige und Selbstständige) in Verwaltung und Administration, der FacharbeiterInnen und der Erwerbstätigen im Gesundheits- und Bildungsbereich zurückzuführen. Dieser Teil der unteren Mittelsektoren deckt sich mit jenen Gruppen der Sozialstruktur, die Ehrenreich/Ehrenreich (1979) als »Professional-Managerial Class« (PMC) bezeichnen und die sie für den US-amerikanischen Kontext beschreiben: eine Gruppe von Angestellten, die mit der Expansion staatlicher Politiken anwächst und in staatlichen Programmen, Sozial- und Kultureinrichtungen sowie der Verwaltung tätig ist. Die Entwicklungen dieses Teils der Sozialstruktur und ihr Verhältnis zum öffentlichen Sektor sollen deshalb im Detail diskutiert werden.

Hierzu wurden die Gruppen, die in der EPH als FacharbeiterInnen, Erwerbstätige im Bildungs- und Gesundheitsbereich und in der Forschung, Erwerbstätige in Verwaltung und Administration sowie angestellte *profesionales* geführt werden, als PMC zusammengefasst, um diese genauer zu analysieren.[5] Tabelle 5 zeigt die Tätigkeitsprofile der PMC mit den auffälligsten Entwicklungen.[6] Aus der vorangegangen Diskussion ergibt sich bereits, dass der Anteil der PMC zwischen 2003

5 Die angestellten *profesionales* rangieren zwar innerhalb der oberen Mittelsektoren, wurden von mir aber trotzdem inkludiert, da dies stärker mit der Definition der PMC übereinzustimmen scheint. Gleiches ließe sich für die autonomen *profesionales* argumentieren. Ehrenreich/Ehrenreich (1979: 28f.) inkludieren diese zwar in die PMC, schwanken aber in ihrer Einschätzung (zunächst betonen sie Unterschiede zwischen den zwei Gruppen, später revidieren sie diese wieder). Vor dem Hintergrund der übergeordneten Fragestellung dieser Arbeit habe ich mich dazu entschieden, die autonomen *profesionales* nicht zu inkludieren.

6 Die Veränderungen sind prozentual niedrig, weil sie sich auf die Gesamtheit der Erwerbstätigen beziehen, von denen nur ca. ein Viertel in die Kategorie der PMC fällt.

und 2015 ansteigt. Ebenso erscheint es plausibel, dass den stärksten Zuwachs die Administrations- und Planungsverwaltung sowie deren Kontrolle verzeichnen. Zusammen mit der Budget- und Rechtsverwaltung sind dies die Tätigkeitsbranchen, die in der Gesamtschau die Erwerbstätigen in Verwaltung und Administration umfassen.

Die Gruppe der FacharbeiterInnen sowie der Erwerbstätigen im Bildungs- und Gesundheitsbereich und in der Forschung umfasst hingegen sehr unterschiedliche Kategorien. Am stärksten steigt hier der Anteil der Erwerbstätigen in ebenjenem Bildungs- und Gesundheitsbereich, aber auch in der Direktvermarktung.

Der Anteil der Beschäftigten in der Direktvermarktung in den popularen Sektoren geht im betrachteten Zeitraum zurück (- 0,2 %), was darauf hindeutet, dass es in diesem Feld zur Qualifizierung der Erwerbstätigen hin zu FacharbeiterInnen gekommen ist. Sieht man sich die internen Entwicklungen der PMC an, so zeigt sich, dass der Anstieg derjenigen, die in der Administrations- und Planungsverwaltung tätig sind (+ 8,3 %), alle anderen Entwicklungen dominiert.

Tabelle 5: Tätigkeitsprofile Professional-Managerial Class in Argentinien, Vergleich 2003 und 2015

	Anteil an Erwerbstätigen		
	2003	**2015**	**Steigerung 2003-2015**
Total	21,9 %	27,4 %	5,5 %
Beschäftigungszweige mit den stärksten Steigerungen/Rückgängen			
Administrations- und Planungsverwaltung und Kontrolle	5,9 %	9,7 %	3,8 %
Gesundheitssektor	5,5 %	6,1 %	0,6 %
Bildungssektor	2,4 %	2,9 %	0,5 %
Direktvermarktung	0,6 %	0,9 %	0,3 %
Rechtsverwaltung	0,5 %	0,7 %	0,2 %
Sport	0,1 %	0,3 %	0,2 %
Budget- und Finanzverwaltung	3,3 %	3,0 %	- 0,3 %
Forschung	0,4 %	0,2 %	- 0,2 %
Industrie und handwerkliche Produktion	0,4 %	0,2 %	- 0,2 %

Quelle: EPH (INDEC), eigene Darstellung

Neben den spezifischen Tätigkeitsbranchen, die die PMC umfasst, ist die These der Ehrenreichs eng mit dem Argument eines expandierenden Staates verknüpft. Ihr Argument zielt allerdings nicht nur auf die wachsende Anzahl der Staatsange-

stellten, sondern auch auf Erwerbstätigkeiten, die sich im Kontext der Staatsexpansion (wie etwa im Kulturbereich) entwickeln. Ihrem Argument folgend ist hier auch die Entwicklung der Beschäftigungsstruktur im Hinblick auf den staatlichen und privaten Sektor von Interesse. Bevor ich mir diese Sektoren jedoch im Detail anschaue, gilt es, eine methodische Anmerkung zu machen, vor deren Hintergrund die Zahlen zu interpretieren sind. Ein Problem der EPH ist, dass sie die Sozialversicherung und Steuerkategorie von Selbstständigen nicht erfasst. Verdeckte Anstellungsverhältnisse unter Staatsangestellten waren in den betrachteten Jahren weiterhin eine dominante Form der Scheinselbstständigkeit. Personen, die eigentlich ein festes oder befristetes Anstellungsverhältnis haben müssten, wurden außergesetzlich als VertragsnehmerInnen verpflichtet, sodass sie selbst für ihre Sozialabgaben in Form des *monotributo* aufkommen mussten. Diese Form des Arbeitsverhältnisses ist nur zeitlich begrenzt oder innerhalb des formalen Rahmens eines Werkvertrages legal. Werden jedoch Arbeiten routinemäßig und/oder über einen längeren Zeitraum ausgeübt, handelt es sich um ein verdecktes außergesetzliches Arbeitsverhältnis, wie argentinische Gerichte in unterschiedlichen Urteilen festgestellt haben. Lohnabhängige, die in solchen Verhältnissen beschäftigt sind, werden von der EPH als Selbstständige erfasst, effektiv besteht aber ein Anstellungsverhältnis.

In Tabelle 6 ist der Anteil der staatlichen Angestellten für alle großen Sektoren zu sehen. Auf den ersten Blick scheint der Anteil der Staatsangestellten gleich zu bleiben oder gar leicht zu sinken. Tatsächlich ist dieses Absinken vor allem auf den Rückgang der über Beschäftigungsprogramme beschäftigten Personen zurückzuführen (sie fallen in den unqualifizierten popularen Sektor). Dieser Faktor erklärt auch die sonstigen Entwicklungen innerhalb der popularen Sektoren. Nimmt man die Personen in Beschäftigungsprogrammen aus, steigt der allgemeine Anteil der Staatsangestellten unter den Erwerbstätigen von 18,4 % auf 21,4 %.

Tabelle 6: Anteil staatlich Angestellter in Argentinien, 2003 und 2015

	Anteil staatlich Angestellter	
	2003	**2015**
Eliten	**64,8 %**	**68,6 %**
Mittelsektoren	**34,1 %**	**37,9 %**
Obere Mittelsektoren	26,1 %	27,5 %
Untere Mittelsektoren	37,8 %	42,3 %
Populären Sektoren	15,9 %	9,9 %
Qualifizierte populare Sektoren	9,4 %	9,8 %
Unqualifizierte populare Sektoren	21,8 %	10,2 %
Total	22,8 %	21,7 %

Quelle: EPH (INDEC), eigene Darstellung

Innerhalb der Mittelsektoren steigt der Anteil hingegen von 34,1 % auf 37,9 % an. Der allgemeine Zuwachs innerhalb der mittleren Sektoren ist dabei erneut vor allem auf die Dynamik innerhalb des unteren Teils zurückzuführen. Hier steigt der Anteil der staatlich Beschäftigten von 37,8 % auf 42,3 %.

Tabelle 7: Anteil staatlich Angestellter innerhalb der Professional-Managerial Class in Argentinien, Vergleich 2003 und 2015

	Anteil staatlich Angestellter		
	2003	**2015**	**Differenz 2003-2015**
Professional-Managerial *Class* total	52,3 %	52,9 %	0,6 %
Angestellte *profesionales*	57,4 %	57,2 %	- 0,2 %
Erwerbstätige in Verwaltung und Administration	46,9 %	49,7 %	2,7 %
FacharbeiterInnen, Erwerbstätige im Bildungs- und Gesundheitsbereich und in der Forschung	55,3 %	54,9 %	- 0,4 %

Quelle: EPH (INDEC), eigene Darstellung

Für die Gruppe der PMC ergibt sich das in Tabelle 7 sichtbare Bild. Es handelt sich um den Anteil der staatlich Beschäftigten innerhalb einer Gruppe. Der Anteil derjenigen, die vom Staat angestellt sind, steigt in der PMC leicht an. Wieder einmal ist dies auf die Erwerbstätigen in Verwaltung und Administration zu-

rückzuführen, bei denen der Anteil der staatlich Angestellten 2,7 % dazugewinnt. Die anderen beiden Gruppen verlieren leicht. Desaggregiert man die dritte Gruppe noch einmal kleinteiliger in Bezug auf die Erwerbszweige, zeigt sich jedoch, dass ihr Anteil im Gesundheitsbereich (+ 4,9 %) und Bildungsbereich (+ 3,1 %) bedeutend zunimmt. Dass sich trotzdem ein weitaus höheres Wachstum der staatlich Angestellten im unteren Mittelsektor ergibt, hängt mit der Größe dieser Sektoren zusammen, da die PMC 2015 gut zwei Drittel aller Mittelsektoren ausmacht.

8.3 Auswertung und Schlussfolgerungen

Die Analyse der Entwicklung der Sozialstruktur Argentiniens zwischen 2003 und 2015 lässt die folgenden Rückschlüsse auf die argentinische Mittelklasse für die Zeit des Kirchnerismus zu. Die Mittelsektoren werden im betrachteten Zeitraum tatsächlich größer, während die popularen Sektoren kleiner werden. Bei genauerer Betrachtung ist diese Aussage aber insofern zu präzisieren, als das Wachstum vorwiegend vom unteren Teil der Mittelsektoren ausgeht, während der obere relativ konstant bleibt. Das Wachstum dieses Teils ist zudem auf die Jahre 2003-2011 beschränkt. Zwischen 2011 und 2015 hingegen stagniert er, was auf seine starke Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Konjunktur verweist. Die zunehmenden Probleme des kirchneristischen Modells spiegeln sich gerade in diesem Sektor wider.

In dem Ausschnitt der Sozialstruktur, der untere Mittelsektoren und popular Sektoren umfasst, lassen sich zwei dominante Bewegungen erkennen. Einerseits nimmt der Anteil der qualifizierten Tätigkeiten innerhalb der popularen Sektoren zu, weshalb es eine Verschiebung zwischen unqualifizierten und qualifizierten popularen Sektoren gibt. Andererseits steigt der Anteil der unteren Mittelsektoren. Qualitativ vollziehen sich hier ähnliche Entwicklungen wie in anderen Bereichen der Sozialstruktur. Während sich in den popularen Sektoren die Formalisierung eines Arbeitsverhältnisses in seiner Registrierung ausdrückt, scheint es hier zu festen Anstellungsverhältnissen zu kommen, die die Selbstständigkeit ersetzen. Was die Qualifikation angeht, kommt es auch hier zu einem Sprung: Verwaltungskräfte mit Qualifikation nehmen zu; Erwerbstätige im Gesundheits- und Bildungsbereich haben zunehmend eine Fachausbildung.

Unter Bezugnahmen auf das wrightsche Schema widersprüchlicher Klassenpositionen (1979) lässt sich sagen, dass jener Sektor wächst, der strukturell zwischen ArbeiterInnenklasse und KleinbürgerInnentum anzusiedeln wäre. Der ›Aufstieg‹ in die Mittelklasse bestünde – gemäß der Logik dieses Schemas – darin, dass es zu einem Zugewinn an Autonomie (durch eine höhere Qualifizierung) und einer verbesserten Erwerbssituation, d.h. zu einer Bewegung heraus aus einer (Schein-)Selbstständigkeit und hinein in ein Lohnverhältnis, kommt.

Bei genauerer Analyse zeigt sich, dass die größte Triebkraft in den unteren Sektoren der Mittelklasse das Anwachsen der Zahl der Erwerbstätigen in Verwaltung und Administration ist. Ebenfalls steigt der Anteil der Erwerbstätigen im Gesundheits- und Bildungsbereich während des betrachteten Zeitraums. Bei diesen Branchen handelt es sich um solche, die traditionell einen hohen Anteil an Angestellten des öffentlichen Sektors aufweisen. Tatsächlich scheint das Wachstum der Mittelsektoren an die Expansion staatlicher Politiken gekoppelt gewesen zu sein. Damit ist nicht gemeint, dass lediglich Erwerbsmöglichkeiten geschaffen wurden, in denen der Staat als Arbeitgeber fungiert. Deren Anteil steigt zwar um 3 % (schließt man die in Arbeitsprogrammen Beschäftigten aus der Statistik aus), darüber hinaus scheint das sichtbare Wachstum dieses Sektors jedoch auch durch eine Dynamik oder ein Klima bedingt, das neue Erwerbstätigkeit im Umfeld von staatlichen Politiken und Programmen ermöglichte. Trotzdem ist das Wachstum der Mittelsektoren eine stark staatsgetriebene Entwicklung.

Ebenjene Gruppen der unteren Mittelsektoren, die sich im Umfeld staatlicher Durchdringung herausbilden, haben Ehrenreich/Ehrenreich als PMC beschrieben. Die Analyse, die sie für die PMC in Bezug auf die USA geliefert haben, scheint auch für die Entwicklung der unteren Mittelsektoren im Rahmen des Kirchnerismus zuzutreffen. Ehrenreich/Ehrenreich leiten aus der Geschichte und Strukturposition der PMC eine bestimmte politische Ideologie ab und sehen einen objektiven Antagonismus dieser Gruppe gegenüber der ArbeiterInnenklasse. Dies habe ich auf theoretischer Ebene bereits kritisiert (Kapitel 3.3). Soziostrukturell gesehen sind die Individuen der unteren Mittelsektoren zunächst einmal auch Lohnabhängige. In Bezug auf die Dimension der politischen Identität bei der Klassenanalyse stellt sich hingegen die Frage, welche Identitäten sich in dem anwachsenden Mittelsektor herausbilden. Diese Identitäten können aber nicht aus soziostrukturellen Veränderungen abgeleitet werden, sondern sind Gegenstand einer hegemonialen Auseinandersetzung. Deshalb werden die politischen Identitäten der Mittelklasse in den nachfolgenden Kapiteln analysiert.

9 Identitätsangebote im Kirchnerismus

Im Nachfolgenden werden unterschiedliche Identitätsangebote an die argentinische Mittelklasse untersucht. Hierzu dienen die Reden von Néstor Kirchner und Cristina Fernández, die daraufhin untersucht werden, welche Identität(en) der argentinischen Mittelklasse sie (neu) artikulieren und in das kirchneristische Projekt einbinden.[1] Die theoretische Grundlage hierfür liefert die laclausche Populismustheorie. Dabei gilt es zu beachten, dass es sich um Kommunikationsakte handelt, die – ebenso wie der Konstruktionsprozess von Hegemonie – nie unidirektional sind. Entgegen einer häufig anzutreffenden Annahme in der Populismusforschung kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Verlautbarungen des/der AdressantIn eins-zu-eins von den AdressatInnen übernommen würden (allgemein zum Wechselverhältnis in der Hegemonietheorie vgl. Balsa 2010a). Panizza (2008: 91f.) weist auf die ›Unkontrollierbarkeit‹ der populistischen Kommunikation hin. Er schlägt deshalb vor, diese als ein widerhallendes Echo zu denken, dessen Rezeption durch die existierenden Identität der AdressantInnen abgelenkt und verzerrt wird.[2] Das bedeutet in weiterer Konsequenz, »dass der Macht des *liders*, einen politischen Diskurs mit einer univoken Bedeutung gegenüber einer sehr vielfältigen Zuhörerschaft durchzusetzen, Grenzen gesetzt sind durch die multiplen Interpretationen der Botschaft des *liders* durch diese Zuhörerschaft« (Panizza 2008: 91, Übers. T. B.). Diesen Sachverhalt gilt es, heutzutage noch einmal besonders Rechnung zu tragen, da die Gesellschaften strukturell noch heterogener sind als in den Jahren der ersten lateinamerikanischen Populismen (Panizza 2008: 92). In diesem Sinne werden sie als Identitätsangebote an die Mittelklasse verstanden.

Für die Analyse der politischen Identitäten wird auf die laclausche Populismustheorie zurückgegriffen. Die zentralen theoretischen Kategorien sind hier *demand*,

1 Der Materialkorpus der Inhaltsanalyse besteht dabei aus 2881 Reden aus dem Onlinearchiv der *casa rosada*, von denen schlussendlich 390 Reden genauer untersucht wurden.

2 Klassisch diesbezüglich ist die Studie von Taylor (1981), in der sie für den Fall von Evita Perón zeigt, dass viele der dominanten Vorstellungen über ihr Verhältnis zu der armen Bevölkerung vor allem Repräsentationen der Mittelklasse waren, und ihre AnhängerInnen dieses Verhältnis ganz anders wahrnahmen.

Äquivalenzkette, Antagonismus und leerer Signifikant. Hinsichtlich dieser theoretischen Begriffe gilt: Laclau dekonstruiert die Vorstellung von »already constituted group« (OPR: 72f.) auf Ebene der Ontologie. Demgegenüber habe ich argumentiert, dass es wiederum nie einen Moment der Tabula rasa geben kann. Politische Identitäten sind zweifelsohne permanent im Fluss und spezifische Teilaspekte einer historisch gewachsenen Identität werden mal stärker mal weniger stark mobilisiert/angerufen oder neu artikuliert. Gleichzeitig handelt es sich aber auch um kein ahistorisches Spiel zwischen diesen Teilaspekten, das vollkommen kontingenten Artikulationen unterworfen wäre. Für den Fall der argentinischen Mittelklasse heißt das, dass sich in unterschiedlichen Momenten des 20. Jahrhunderts verschiedene dominante argentinische Mittelklassen-Identitäten konstituieren (Kapitel 4). Wann diese mobilisiert wurden und werden, welche ihrer Facetten tragend in unterschiedlichen Phasen sind und welche neuen Elemente mit bereits bestehenden Elementen (neu) artikuliert werden, ist im Vorfeld nicht festgelegt. Es gibt jedoch historische Erinnerungen, Narrative und Imaginarien, die wirkmächtig sind. Als *demand* werden deshalb in weiterer Folge nicht nur Forderungen im engen Sinne verstanden, sondern Anliegen und Narrative, die historisch mit den Identitäten der argentinischen Mittelklasse verknüpft sind. Die Narrative müssen nicht zwangsweise mit einer empirischen Realität korrespondieren (etwa der Idee einer unternehmerischen Mittelklasse, die ihren Erfolg durch harte Arbeit verdient hat), sind aber die »Rohmaterie« (*materia prima*) (Aibar 2014: 31), die mögliche Forderungen und Anliegen informiert. In einem nächsten Schritt muss dann gefragt werden, wie der Kirchnerismus versucht, diese aufzugreifen und (neu) zu artikulieren.

Die theoretische Kategorie, die Laclau für diesen Artikulationsprozess verwendet, ist jene der Äquivalenzkette. In der konkreten Analyse lässt sich mit ihr die Konstruktion eines gemeinsamen »Wir« beziehungsweise mit dem Horizont das gemeinsame Projekt operationalisieren, das sich entlang eines antagonistischen Gegenübers konstituiert, welches der Umsetzung dieses Projekts, der Realisierung der eigenen Identität im Wege steht. Der leere Signifikant übernimmt in der Theorie Laclaus die symbolische Repräsentation der Äquivalenzkette. Gleichwohl geht diese Annahme, argumentiert Laclau (OPR: 129-138), noch von einer vereinfachten Konstellation aus, d.h. einer klaren dichotomen Grenze. Deshalb führt er zu einem späteren Zeitpunkt in seinen Arbeiten den Begriff des flottierenden Signifikanten ein. In diesem Sinne lässt sich der leere Signifikant als Element der Konstitution und Stabilisierung einer politischen Identität fassen, während der Bedriff des flottierenden Signifikanten auf Ebene des politischen Konflikts und des Ringens um Hegemonie angesiedelt ist.

Das nachfolgende Kapitel geht dabei folgendermaßen vor: In einem ersten Analyseschritt werde ich quantitative Auffälligkeiten thematisieren, die eine erste Differenz und einen Bruch zwischen den Reden von Néstor Kirchner und Cristina

Fernández de Kirchner anzeigen.[3] In einem zweiten Schritt gehe ich in die vertiefende qualitative Analyse der Reden. In einem dritten Schritt greife ich drei Reden heraus, die drei emblematische Diskurskonstellationen der Anrufung der Mittelklasse repräsentieren und analysiere diese im Hinblick auf die Identität und Position, die in ihnen angeboten werden. Die Ergebnisse der Analyse werden abschließend zusammengeführt.

9.1 Eine Heimat für alle nach dem Kriseninferno: Néstor Kirchners Reden

Der Vergleich zwischen den Amtszeiten von Néstor Kirchner und Cristina Fernández de Kirchner zeigt, dass die Mittelklasse in den Reden des Präsidenten deutlich häufiger Erwähnung findet als in denen der Präsidentin (die quantitative Analyse für die Einzeljahre fördert hingegen keine Auffälligkeiten zutage (s. Tabelle 8). Dieses Bild konkretisiert sich bei einer genaueren Betrachtung dahingehend, dass die Erwähnungen in beinahe 90 % der Fälle in Form einer Aufzählung geschehen, in der die Mittelklasse zusammen mit anderen Gruppen aufgelistet wird. Diese typische enumerative Bezugnahme findet etwa folgendermaßen statt:[4]

> Wir wollen jenes Argentinien aufbauen, wo seine Arbeiterklasse, seine Mittelklasse und die nationalen Unternehmer ein nationales Projekt aufbauen können, das alle uns Argentinier zusammenfasst und das uns Hoffnung und Freude zurückgibt. Das ist das Argentinien, das wir konstruieren wollen.[5]

Die Mittelklasse taucht hier als eine Gruppe unter vielen auf, erfährt jedoch keine inhaltliche Bestimmung. Gleichwohl aus dieser Form der Erwähnung selbst inhaltlich wenig abzuleiten ist, lassen sich anhand der Zahlen für die gesamte Zeit des Kirchnerismus zwei Dinge bereits festhalten. Erstens wird die Mittelklasse als Gruppe explizit als Teil des kirchneristischen Projekts benannt. Zudem ist – wie weiter unten in der inhaltlichen Analyse deutlich wird – das Imaginarium, d.h. der gesellschaftliche Horizont des kirchneristischen Projekts, speziell zu diesem frühen Zeitpunkt von einer konsensualen Formel geprägt, die mit Formulierungen

3 An diesem Punkt scheint sich die Kritik Krippendorffs (2004: 15-18) zu bestätigen, der die scharfe Trennung zwischen quantitativer und qualitativer Inhaltsanalyse zurückweist. Tatsächlich lieferten die quantitativen Tendenzen in den Reden erste Anhaltspunkte für die inhaltliche Auswertung.

4 Zum Zweck einer verbesserten Lesbarkeit des Textes werden die Reden und Interviewpassagen in den nachfolgenden Kapiteln in Form von Fußnoten zitiert. Titel und Datum sind aus dem Archiv des Präsidentenpalasts übernommen, die Übersetzungen stammen von mir.

5 *Palabras del presidente de la nación, Néstor Kirchner, al recibir los atributos de mando del ex presidente hector josé cámpora*, 28.12.2006

wie »unidad nacional« (»nationale Einheit«) oder »patria que nos contenga a todos« (»Heimat, die uns alle umfasst«) beschrieben wird. Zweitens verwendet Néstor Kirchner diese Form der unspezifischen Aufzählung auffällig oft. Das wird ersichtlich, wenn man die Anzahl der Erwähnungen mit jener der analysierten Dokumente vergleicht. Die 194 Erwähnungen der Mittelklasse in den Reden Néstor Kirchners finden sich in insgesamt 922 Dokumenten. Ihnen steht die beinahe gleiche Anzahl an Erwähnungen (196) in beinahe doppelt so vielen Dokumenten (1899) bei Cristina Fernández de Kirchner gegenüber. Ebenfalls finden bei Néstor Kirchner viel häufiger einmalige Erwähnungen in Reden statt, während in den Reden von Cristina Fernández de Kirchner die Mittelklasse, sofern sie genannt wird, mehrmals vorkommt. Das deutet wiederum daraufhin, dass bei Fernández eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Mittelklasse stattfindet. Diese ersten Indizien zeigen eine unspezifische Verwendung des Begriffs bei Néstor Kirchner und einen relativ ›ungerichteten‹ Diskurs in Richtung Mittelklasse an. Mit »ungerichtet« meine ich in diesem Zusammenhang, dass Identität und die Positionen, die der Mittelklasse angeboten werden, noch äußerst unspezifisch sind.

Tabelle 8: Reden des/der PräsidentIn mit Bezügen auf die Mittelklasse

	Anzahl Reden mit Treffer	**Erwähnung der Mittelklasse (Aufzählung/inhaltliche Auseinandersetzung)**	**Anteil inhaltliche Auseinandersetzung**
1. Amtszeit (2003-07)	148	194 (174/20)	10,3 %
2. Amtszeit (2007-11)	63	83 (10/73)	88 %
3. Amtszeit (2012-15)	65	113 (10/103)	91,2 %
Total	276	390	

Quelle: basierend auf Archiv *casa rosada*, eigene Darstellung

Weitere Erkenntnisse lassen sich durch eine tiefergehende qualitative Analyse der Reden zutage fördern. Findet die Mittelklasse abseits der aufzählenden Formel Erwähnung, geschieht dies meist im Kontext der unmittelbaren Vergangenheit respektive der Krisenjahre und den 1990ern. Die Mittelklasse taucht hier als »clase media golpeada« (»gebeutelte Mittelklasse«) oder »clase media empobrecida« (»verarmte Mittelklasse«) der 1990er auf. Dieser negativ konnotierten Vergangenheit wird eine Zukunftsvision des eigenen Imaginariums entgegengestellt, das wie folgt gezeichnet wird:

> Deshalb wünsche ich mir wie ihr, dass die Arbeit zurückkehrt, dass unsere Mittelklasse wiederauflebt, dass unsere nationalen Unternehmer wiederaufleben, dass die Freude wieder auflebt und das Denken, dass es uns jeden Tag ein bisschen besser geht; dass ihr daran nicht den geringsten Zweifel habt, dass dies der Fall sein wird.[6]

Zentral ist hier die Idee eines »resurgir« (»wieder aufleben«), die in verschiedenen Reden immer wieder auch in Formulierungen wie »recuperación« (»Erholung«) oder »consolidación« (»Konsolidierung«) auftaucht und die für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen jeweils spezifisch gezeichnet wird. Im Falle der Mittelklasse ist »movilidad ascendent«, d.h. die Idee einer sozialen Aufwärtsmobilität, der zentrale Begriff, mit dem diese attribuiert wird, wie etwa an folgender Stelle ersichtlich:

> Wir wollen starke nationale Unternehmer, eine Mittelklasse mit Aufwärtsmobilität und mit vielen Möglichkeiten und wir wollen, dass sich die Renaissance der Arbeiterklasse konsolidiert.[7]

Hin und wieder tauchen neben diesem auch Begriffe wie eine »clase media dinamica« (»dynamische Mittelklasse«) oder »transformadora« (»transformatorische«) auf. Trotz der häufigeren Erwähnung der Mittelklasse bei Néstor Kirchner sind aus seinen Reden allein relativ wenige Schlüsse über spezifische Inhalte, die mit dieser verknüpft werden, möglich. Nichtsdestotrotz lassen sich bereits einige Aspekte entlang der operationalisierten Theoriebegriffe herausarbeiten.

Das von Néstor Kirchner konstruierte »Wir« ist sehr breit aber auch unspezifisch angelegt und wird zumeist benannt als »argentinische Mittelklasse, die nationalen Unternehmer und die argentinische Arbeiterklasse«.[8] Diese Auflistung zieht sich in Variationen kontinuierlich durch die Reden, Brüche lassen sich keine feststellen. Gleichwohl ist auffällig, dass immer wieder der Pluralismus betont wird und dass Néstor Kirchner hervorhebt, dass divergierende Interessen dieser Akteure miteinander vereinbar sind. Sie stellen laut ihm keinen Widerspruch dar – im Gegenteil:

> Wir glauben, dass der Industrialisierungsprozess dafür sorgen wird, dass Argentinien ein Land wird, das Entwicklung im Agrarsektor mit der Industrie verbindet. Dass es in der Lage ein wird zu beweisen, dass man eine Mittelklasse mit Aufwärtsmobilität haben kann, dass man eine würdige Arbeiterklasse haben kann,

---

6 *Palabras del presidente Néstor Kirchner en el acto realizado en el club de gimnasia y esgrima de ituzaingo, provincia de buenos aires*, 03.09.2003.

7 *Palabras del presidente Néstor Kirchner en el acto de firma del convenio entre la federación argentina de municipios y la secretaría de defensa del consumidor*, 30.11.2005.

8 *Palabras del presidente Néstor Kirchner en el acto de presentación de los préstamos para adquisión y renovación del parque taxímetro*, 01.09.2004.

> dass man ein nationales Unternehmertum mit Investitionen von Auslandskapital konsolidieren kann, ohne dass diese Dinge in Widerspruch zueinander stünden. Es wurde Zeit mit diesen falschen Widersprüchen aufzuräumen, die wenig mit dem Aufbau der neuen Modelle zu tun haben, die dieses Land braucht.[9]

Das leitet über zu der Frage, welches Projekt, welches Imaginarium als gesellschaftlicher Horizont entworfen wird und was das Andere ist, falls vorhanden, gegen das es errichtet wird. Über die Reden hinweg betitelt Néstor Kirchner dieses Projekt wahlweise als »proyecto nacional« (»nationales Projekt«), »unidad nacional« (»nationale Einheit«), »patria que nos contenga a todos« (»Heimat, die uns alle umfasst«) oder »alianza policlasista« (»polyklassistische Allianz«). Konstruiert wird es im Kontrast zu einer »angustia década de '90« (»beklemmende Dekade der 90er«), dem »2001 angustioso« (»beklemmenden 2001«), »el infierno« (»den Inferno«) oder die »proyectos neoliberales« (»neoliberalen Projekte«) der Jahre vor dem Kirchnerismus. Hin und wieder tauchen auch Personifizierungen jener Periode auf, etwa in Form der »defensores« (»Verteidiger«) oder »dirigentes« (»Führungskräfte«) jener Jahre, sowie den »intereses de siempre« (»üblichen Interessen«), die den Reichtum in den Händen weniger und die Ungleichheit verteidigten. Gleichwohl dominiert ein abstraktes Anderes, respektive eine Vergangenheit des Landes, demgegenüber das kirchneristische Projekt gezeichnet wird.

Gegen Ende seiner Amtszeit treten zudem im Kontext der Mittelklasse auch die Medien als Gegenspielerinnen stärker in Erscheinung. Gleichwohl dominiert auch hier weiterhin eine explizit pluralistische Konzeption. Emblematisch ist hier die Rede vom 28. Februar 2007, in der Néstor Kirchner Fernán Saguir, den damaligen Direktor der Zeitung *La Nación*, direkt anspricht. Obgleich er diesen stark kritisiert und herausstellt, dass er sich bewusst sei, »dass wir der ideologische Gegensatz der Tageszeitung *La Nación* sind, ich denke, von einem ideologischen Standpunkt aus unterscheiden wir uns radikal in der Mehrheit der Themen«[10], betont er in dieser Rede immer wieder, dass er genau diese Meinungsverschiedenheit in einer Demokratie schätze und diese als notwendig betrachte.

9 *Firma de convenio con CAF*, 05.10.2007.

10 *Palabras del presidente de la nación, dr. Néstor Kirchner durante el acto de presentación del programa »guardapolvos«, en casa de gobierno*, 28.02.2007.

9.2 Historisierung und autobiografisches Erzählen: Cristina Fernández de Kirchners Reden

9.2.1 *Proyecto de bicentenario* und *demands*

Die Analyse der Reden Néstor Kirchners förderten im vorherigen Abschnitt bereits einige spannende Aspekte hinsichtlich der Rolle, die im kirchneristischen Diskurs für die argentinische Mittelklasse entworfen wird, zutage. Die Reden von Cristina Fernández de Kirchners sind diesbezüglich noch ergiebiger. Das »Wir«, zu dem gesprochen wird, scheint sich zunächst nicht zu verändern. Auch in ihren Reden findet sich die aufzählende Form, allerdings inkludiert Cristina Fernández de Kirchner explizit StudentInnen, LehrerInnen und Intellektuelle:

> Aber unsere Arbeiter, unsere Mittelklasse, unsere Studenten, unsere Dozenten, unsere Wissenschaftler, unsere Unternehmer, Händler, wissen, dass wir nur so lange weiter wachsen können, wie wir weiterhin eine Politik betreiben, die unsere Unternehmen, unsere Arbeit und unsere Arbeiter schützt.[11]

Dass diese Gruppen eine Nennung erfahren, ist kein Zufall, sondern ist darauf zurückzuführen, dass das Narrativ einer öffentlichen Bildung und der Bildungssektor – wie ich weiter unten herausarbeiten werde – einen zentralen Platz, in dem von Cristina Fernández de Kirchner gezeichneten gesellschaftlichen Horizont einnehmen. Zudem spielen diese Gruppen eine zunehmend gewichtigere Rolle als AdressatInnen. Das gemeinsame Projekt erhält dabei unterschiedliche Namen, wie »proyecto de bicentenario« (»Projekt des zweihundertjährigen Jubiläums«[12]), ist aber ebenfalls durchgehend von einem polyklassistischen Charakter geprägt. Wie sich die Präsidentin dieses gemeinsame Projekt konkret vorstellt, hält sie resümierend in einer Rede, die sie am 22. Juni 2009 in ihrer Heimatstadt La Plata hielt, fest:

> Ich werde euch darum bitten, dass ihr mir für einen Moment erlaubt zu vergessen, dass ich die Präsidentin der Argentinier bin und dass ich euch als eine in La Plata geborene Frau erzähle, wie La Plata, Ensenado, Berisso waren, als ich noch sehr jung war. Die Stadt La Plata war, wie jede Provinzhauptstadt, der Ort der öffentlichen Verwaltung, aber gleichzeitig auch der Ort der Universität, der Ort der tausenden Männer und Frauen, der Jugendlichen und jungen Menschen, die aus unterschiedlichen Teilen des Landes und sogar aus Lateinamerika zum Studieren nach La Plata kamen; eine Stadt der Studenten, der *profesionales*, der Mittelklasse. Umgeben von Berisso und Ensenada, Arbeitern, Kühlhäusern, der emblematischen Erdölfabrik General Mosconi, an jener Stelle, wo wir gerade stehen. Viel-

11 *Acto por el 196º aniversario de la declaración de la independencia: palabras de la presidenta de la nación*, 12.07.2012.

12 Argentinien feierte 2010 sein zweihundertjähriges Bestehen als Republik.

> leicht war es diese Hauptstadtregion, das Modell des Landes, das es möglich gemacht hat, dass eine Frau wie ich, aus einem Arbeiterhaushalt aus La Plata, Zugang zu einem Hochschulstudium hatte und von dort aus etwas erreichen konnte. Es war eine Stadt, eine Region der Arbeiter, der qualifizierten Arbeiter, der Studenten, der *profesionales*, die ein wenig das Symbol für dieses florierende Argentinien der Mittelklasse war, [ein Argentinien] der Träume, der Illusionen und des Fortschritts.[13]

Der Redenauszug zeichnet ein Argentinien, das eine exponierte Rolle in der Region einnimmt, das Wirtschaftsmotor und zugleich Ort von Modernisierung und Entwicklung ist. Vor allem aber ermögliche das Wirtschaftsmodell den sozialen Aufstieg von ArbeiterInnen in die Mittelklasse. Die *demand* nach sozialem Aufstieg in die Mittelklasse steht auch bei Cristina Fernández de Kirchner im Zentrum, allerdings wird dieses Narrativ, anders als bei Néstor Kirchner, stark historisiert. Dies ist ein zentrales Charakteristikum der Reden Cristina Fernández de Kirchners: Die argentinische Geschichte wird von der Präsidentin öffentlich interpretiert und, in einem nächsten Schritt, aus dieser Interpretation Konsequenzen für die Gegenwart und das kirchneristische Projekt abgeleitet. Welche Effekte hiermit erzeugt werden, werde ich später analysieren, die Historisierung selbst erfolgt vorwiegend in zwei Arten: Wie in der zuvor angeführten Textstelle wird entweder die Entstehung einer argentinischen Mittelklasse mit der Zeit des ersten Peronismus und dessen Politiken verknüpft. Oder die Präsidentin autobiografisiert das Narrativ einer sozialen Aufwärtsmobilität an der eigenen Aufstiegsgeschichte folgendermaßen:

> Sei es, weil ich aus einem ursprünglich einfachen Haushalt komme, der später prosperieren und sich in einen Mittelklassehaushalt verwandeln konnte, und dass ich diese Erfahrung der sozialen Aufwärtsmobilität gemacht habe, des Aufstiegs, des etwas erreichen durch das Studium, [sei es] deshalb, dass ich diese Logik in der Republik Argentinien wieder installieren möchte […].[14]

Diese Spielart der individuellen Aufstiegsgeschichte – eine Art ›Von der Tellerwäscherin zur Präsidentin‹ – kommt häufig in ihren Reden vor. Das traditionelle US-amerikanische Narrativ – in fünf Reden erwähnt Cristina Fernández de Kirchner den »american way of life« in diesem Zusammenhang sogar explizit – bekommt in ihrer Erzählung jedoch eine andere Wendung. Im tradierten US-Narrativ ›Vom Tellerwäscher zum Millionär‹, wird der eigene Aufstieg den individuellen Anstrengungen zugeschrieben. In ihren Reden betont Cristina Fernández de Kirchner jedoch explizit das Gegenteil. Als Grund für die Möglichkeit zu einer solchen Karrie-

13 *Palabras de la presidenta en ensenada, provincia de buenos aires*, 22.06.2009.

14 *Discurso de Cristina Fernández en Moreno*, 10.11.2009.

re werden öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur benannt – im Speziellen die öffentliche (Hoch-)Schulbildung.

> Öffentliche Krankenhäuser und öffentliche Schulen waren es, die uns dieses florierende Profil unserer Mittelklasse geschaffen haben, diesen Fortschritt, der immer die Hoffnung derjenigen war, auch wenn sie Kinder eines Arbeiters waren – so wie etwa diejenige, die gerade zu euch spricht oder so wie der vorherige Präsident –, [die Hoffnung], dass sie es bis zu den höchsten Ehren für jedweden Argentinier schaffen können, jenen von seinen Mitbürgern gewählt zu werden, um das Schicksal der Nation zu lenken.[15]

Diese Verbindung zweier traditioneller Mittelklassen-Narrative von Bildung und sozialer Aufstiegsmobilität ist in den Reden von Cristina Fernández de Kirchner das dominierende Motiv in Bezug auf die Mittelklasse. Die historischen Wurzeln der argentinischen Mittelklasse werden im Wesentlichen in der öffentlichen Bildung verortet. Zusammengefasst findet sich dies in einer Rede von 2008:

> Die Merkmale einer öffentlichen, universellen und kostenlosen Bildung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und die soziale Aufwärtsmobilität – typische für eine üppige und zahlreiche Mittelklasse – positioniert uns innerhalb von Lateinamerika in eine mehr als interessante Lage, was die Qualifizierung der Humanressourcen anbelangt.[16]

Neben der genannten Artikulation zwischen dem Entstehen der argentinischen Mittelklasse und ihren Wurzeln in der öffentlichen und kostenlosen Bildung ist das oben stehende Zitat jedoch auch deshalb von Interesse, weil es auch auf ein weiteres, in Argentinien weitverbreitetes, Narrativ Bezug nimmt: die Singularität Argentiniens in Lateinamerika als einziges Mittelklasseland, einer Mittelklasse, »die ebengenau unser Land vom Rest Lateinamerika unterschieden hat«.[17]

Dieses Narrativ ist mit der Erinnerung an prosperierende Zeiten und einer herausragenden Stellung Argentiniens in der Region zu Beginn und Mitte des 20. Jahrhunderts verknüpft. Historisch eng verbunden mit der These einer argentinischen Singularität, ist jedoch auch das Narrativ von den ArgentinierInnen als die EuropäerInnen Lateinamerikas. Auch wenn in den Reden nicht explizit benannt, lässt sich diese Erzählung über die Mittelklasse in Argentinien nur schwerlich von den weiteren, mit ihr verknüpften, häufig klassistischen und rassistischen Konnotationen trennen.

---

15 *Palabras de la presidenta en anuncio obras en berazategui*, 15.01.09.

16 *Palabras de la presidenta de la nación en council of (sic!) foreing relations*, 22.09.2008.

17 *Palabras De La Presidenta En Acto De Entrega De Honoris Causa En Universidad De Beijing*, 12.07.2010.

Alltagssprachlich drückt sich das in häufig zu hörenden Affirmationen wie »los argentinos decendemos de los barcos« oder der Beschreibung Argentiniens als »grisol de razas« (»Rassenschmelztiegel«) aus. Damit wird eine Abstammung von europäischen MigrantInnen suggeriert, während gleichzeitig andere Wurzeln negiert werden. Die als europäischstämmig markierte Mittelklasse konstruiert sich in dieser Erzählung in Opposition zu den unzivilisierten Massen, die häufig aus dem Norden Argentiniens stammen, keine europäischen Vorfahren haben und auch andere, zumeist dunklere Gesichtszüge aufweisen. Bis heute ist etwa »negro de mierda« (»scheiß Schwarzer«) eine typische Beleidigung in Argentinien, mit der dem Gegenüber ›unzivilisiertes‹ Verhalten vorgeworfen wird. Diese klassistisch-rassistische Dimension innerhalb des Narrativs der argentinischen Mittelklasse über die argentinische Gesellschaft wurde unter der Regierung Peróns zementiert und wirkt bis heute fort (Garguin 2007).[18]

Ab Ende 2012 tritt dem Narrativ über die Singularität Argentiniens noch ein weiterer Aspekt hinzu. Als Beleg, die damals veröffentlichte Weltbankstudie (Ferreira et al. 2013) zitierend, aktualisiert die Präsidentin das Narrativ über Argentinien als einziges Mittelklasse-Land in Lateinamerika und artikuliert es mit dem eigenen kirchneristischen Projekt. Die Studie diagnostiziert das Anwachsen der Mittelklasse in Argentinien während des letzten Jahrzehnts. Von nun an spricht Cristina Fernández de Kirchner nicht mehr nur von der Geschichte und einer Logik, die es wieder zu installieren gelte, sondern führt das Anwachsen der Mittelklasse als Erfolg der eigenen Politik an:

> Der Präsident der Weltbank, Jim Yong Kim – entschuldigt, wenn ich das falsch ausspreche, er ist Koreaner – verkündet in der ganzen Welt, dass sich in ganz Lateinamerika, in diesem, unserem Land, meinem Land, unser aller Land: die Republik Argentinien hat ihre Mittelklasse verdoppelt in diesem Jahrzehnt.[19]

Der Bezug auf die Weltbankstudie und die daraus abgeleitete Legitimität der eigenen Politik findet sich in mehreren Reden, in denen auch jenes Narrativ von Argentinien als einziges Mittelklasse-Land Lateinamerikas aktualisiert wird. So hebt

---

18 Anhand dieses Narrativs lassen sich beispielhaft zwei der oben angesprochenen Probleme der Diskurs- und Populismusforschung hervorragend aufzeigen. Die rassistische Dimension des Narrativs ist, erstens, nicht unmittelbar ersichtlich, weil auf Ebene des Textes nicht explizit artikuliert. Gleichwohl wird sie durch Kontextwissen und vor dem historischen Hintergrund evident. Allerdings wäre es falsch zu behaupten, dass Cristina Fernández de Kirchner (absichtlich) rassistische Bilder bedienen würde (tatsächlich gibt es Reden, in denen sie sich explizit gegen solche verwehrt). Das wiederum bedeutet jedoch nicht, dass, zweitens, bei den RezipientInnen des Diskurses nicht genau diese Dimension aktiviert wird oder dieser dahingehend interpretiert wird.

19 *Acto de entrega del botiquín número 1.500.000, en el marco del programa »remediar más redes«. Palabras de la presidenta de la nación*, 14.11.2012.

Cristina Fernández de Kirchner den komparativen Erfolg sogar gegenüber anderen Staatschefs aus Bolivien oder Brasilien in gemeinsamen Auftritten hervor.

Während sich diese Narrative durch die Reden der gesamt Regierungszeit Cristina Fernández de Kirchners ziehen, findet sich ab Mitte der zweiten Amtszeit mit der Idee eines Eigenheims eine weitere typischerweise mit der Mittelklasse assoziierte *demand* – in diesem Fall weniger ein Narrativ als eine tatsächliche Forderung –, die aufgegriffen und im Zusammenhang mit dem kirchneristischen Projekt neu artikuliert wird. Verknüpft wird sie mit dem Zugang zu Krediten und staatlichen Programmen wie dem PRO.CRE.AR, für »die Mittelschichten, die weder Zielgruppe des *Plan Federal de Vivienda* [ein nationales Sozialbauprogramm, Erl. T. B.], weil das Sozialbauprogramme sind, noch Zielgruppe von Bankkrediten waren«.[20] Interessant ist die Form der Einbindung dieser *demand* vor allem deshalb, weil sie unter expliziter Bezugnahme auf den Vorwurf aus der Mittelklasse, die Regierung bedienemit ihren Politiken vor allem die popularen Klassen, geschieht.

> Und es gab gewisse Vorwürfe uns gegenüber aus Sektoren der Mittelklasse, der unteren Mittelklasse, der mittleren Mittelklasse, dass, wenn sie nicht arm sind, sie keinen Zugang zu Krediten haben bei den Konditionen, die die Privatbanken anbieten. Und so haben wir mit Hilfe der zurückerlangten Sozialversicherungsfonds der Arbeiter ein Programm lanciert, das PRO.CRE.AR, das es genau ermöglicht, dass die Mittelklasse über die *Banco Hipotecario* und mittels zugänglicher Kredite wieder Zugang zu ihrem Eigenheim hat.[21]

Zwar taucht die Forderung der *vivienda* bereits zuvor in den Reden auf, wird dann aber vor allem im Kontext des Programms PRO.CRE.AR thematisiert. Worum handelt es sich bei dem Kreditprogramm genau? Das *Programa de Crédito Argentino para Vivienda Única Familiar* (PRO.CRE.AR)-Programm wurde am 12. Juni 2012 angekündigt und per Dekret 902/2012 erlassen (Verón 2012). Zugangsbedingung zu den staatlichen Krediten von bis zu ARG$ 350.000 und mit deutlich niedrigeren Zinsen als bei Privatbanken war ein Lohn unter $ARG 30.000 (Capello et al. 2012). Ziel des bis heute existierenden Programms ist es, jungen Erwachsenen aus der Mittelklasse den Zugang zu Krediten für den Bau eines Eigenheims zu ermöglichen. Gleichzeitig sollte so der Bausektor in Zeiten, in denen die Privatnachfrage rückläufig war (Kapitel 7), gestützt werden. Die Ankündigung und der Zeitpunkt des Programms sind auch insofern von Bedeutung, als sich gerade in jenen Jahren die Spaltung zwischen Mittelklasse und Kirchnerismus zunehmend vertiefte. Neben dem Narrativ des Eigenheims und dem Vorwurf der Bevorteilung der popularen Sektoren greift diese Politik auch eine Post-2001-Erfahrung der Mittelklasse auf. Nach dem

20 *Palabras de la presidenta en la cena por el día de la industria*, 03.09.2015.

21 *Inauguración de la universidad metropolitana para la educación y el trabajo: palabras de la presidenta de la nación*, 16.05.2013.

Staatsbankrott war es ungemein schwierig, (Privat-)Kredite von Privatbanken zu erhalten. Wurden diese gewährt, so waren sie mit hohen Zinsen verbunden.

9.2.2 Antagonismus und die Mittelklasse mit falschem Bewusstsein

Im Anschluss an die Analyse des entworfenen Imaginariums und den *demands*, die von Cristina Fernández de Kirchner aufgegriffen und (neu) artikuliert werden, stellt sich die Frage, ob und wie diese im Kontrast zu einem Gegenüber oder Antagon konstruiert werden. Hier finden sich in den Reden auf allgemeiner Ebene zunächst ähnliche Figuren wie bei Néstor Kirchner. Vor allem die 1990er Jahre und 2001 treten in Erscheinung: »2001, die Tragödie der Arbeitslosigkeit, der Repression, der Verschuldung, die Tragödie der Konfiszierung der Sparguthaben der Mittelklasse«.[22] Dies geschieht gelegentlich auch in personalisierter Form als »diejenigen, die die institutionelle Verantwortung als Regierungsmitglieder oder als Opposition hatten.«.[23]

Die Medien gewinnen als Antagon zudem stark an Bedeutung. Rhetorisch geschieht dies häufig in Form eines von der Präsidentin ersonnenen »titular de mañana« (»Aufmacher von morgen«) in den Zeitungen. Den Medien unterstellt Cristina Fernández de Kirchner damit, ihre Aussagen falsch darzustellen und gegen das kirchneristische Projekt anzuschreiben. In der Gesamtschau des Kirchnerismus war dieser Antagonismus ab 2008 – verbalisiert im Slogan »Clarín miente« (»Clarín lügt«) – identitätsstiftend und repräsentiert sicherlich die offensichtlichste Form der Konstruktion eines kirchneristischen »Wirs« in Abgrenzung zu einem Anderen.

Gleichwohl handelt es sich hierbei um einen Antagonismus, der allgemein und ›ungerichtet‹ konstruiert wurde. Wie ich jedoch in Kapitel 5 argumentiert habe, sind für meine Forschungsfrage im Speziellen die partikularen Antagonismen, auf denen die Konstitution einer Mittelklasse-Identität basiert, von Interesse. Bei einer Analyse, die auf die Mittelklasse fokussiert, kommt hier eine Figur zum Vorschein, die sich im Sinne eines emischen Begriffs als *Mittelklasse mit falschem Bewusstsein* bezeichnen lässt. Sie taucht nur in den Reden Cristina Fernández de Kirchners auf, ist dort aber der dominante Antagon, der in Bezug auf die Mittelklasse in Erscheinung tritt. Diese Figur ist in der Beschreibung der Präsidentin durch zwei Merkmale charakterisiert. Erstens sitze diese Mittelklasse einem Trugschluss über die Wurzeln des eigenen Erfolges auf. Es handle sich bei dieser Mittelklasse, um eine »argentinische Mittelklasse, die, denkt sie, sei ausschließlich Produkt ihrer eigenen Anstrengung, ohne wahrzunehmen, dass sie das Produkt eines Wirtschaftsmodells

22 *Inauguración laboratorio de investigación forense en rio gallegos: palabras de la presidenta de la nación*, 10.07.2013.

23 *Visita a moreno, provincia de buenos aires*, 14.10.2010.

ist, welches sie als solche geschaffen hat«.[24] Die Präsidentin zieht hier abermals die Idee einer individuellen Anstrengung als Ursprung des sozialen Aufstiegs in Zweifel. Hierbei artikuliert sie diese Figur mit jenem Narrativ des sozialen Aufstiegs, welches ich weiter oben beschrieben habe. Demnach erkenne die *Mittelklasse mit falschem Bewusstsein* nicht, dass sie stark von staatlichen Institutionen und öffentlichen Infrastrukturen abhänge.

Zweitens führe das dazu, dass diese Mittelklasse gegen die Interessen der ArbeiterInnenklasse aber vor allem gegen die eigenen Interessen handeln würde. Irrationalerweise agiere sie gegen die Errungenschaften, die historisch mit dem Peronismus und dem damals etablierten Sozialstaat in Verbindung gebracht werden.

> Und am Ende schädigt sie auch andere Sektoren, die Mittelklassen, die obere Mittelklassen, die oft, ohne es zu bemerken, durch eine Art kulturelle Kolonisierung gegen ihre eigenen Interessen gehandelt haben und handeln – wir können nicht nur im Präteritum sprechen, sondern häufig passiert das auch in der Gegenwart – aufgrund dieser Form der kulturellen Kolonisierung.[25]

Im Speziellen aufschlussreich ist diese Figur der *Mittelklasse mit falschem Bewusstsein*, weil Fernández de Kirchner sie mit ihrer eigenen Autobiografie verknüpft. In zahlreichen Reden identifiziert sich die Präsidentin explizit als Teil der Mittelklasse und ist folglich der Gefahr solcher Trugschlüsse selbst ausgesetzt:

> Vor allem wir. Und wenn ich von »wir« spreche, erlaube ich mir, im persönlichen Sinne zu sprechen, als typische Hochschulabsolventin aus der Mittelklasse. Wie viel Vorurteil, wie viel eingetrichterter Kram, wie viel Zeugs, um sie glauben zu machen, dass sie es alleine schaffen können, ohne die Arbeiter, ohne die nationalen Unternehmer, ohne die nationale Industrie, ohne den Export. Wie viel Dummheit? (Applaus)[26]

Die Präsidentin beschreibt sich also selbst zunächst als potenziellen Teil der sich irrenden Mittelklasse. Die eigene Geschichte wird dann jedoch in einem weiteren Schritt gegen jenen Teil der Mittelklasse kontrastiert, die den ›falschen‹ Weg gewählt hat. Immer wieder beschreibt sie die eigene »militancia« (»Aktivismus«) in der Jugendzeit als Teil der Mittelklasse.

Es lässt sich also hinsichtlich des partikularen Antagonismus, der sich auf die Mittelklasse richtet, sagen, dass dieser im Inneren des Projekts selbst verortet wird. Dieser wird basierend auf der Abgrenzung zu einer *Mittelklasse mit falschem Bewusstsein* errichtet. Gleichzeitig macht das biografische Erzählen der Präsidentin einen handlungsanleitenden Vorschlag: Einerseits wird es zu einer Willensentscheidung

---

24 *Entrega de becas universitarias para carreras tecnológicas*, 24.07.2008.
25 *Inauguración de la muestra día de la lealtad, 17 de octubre*, 09.10.2009.
26 *Palabras de la presidenta en su visita a la provincia de córdoba*, 06.04.2011.

(für die Mittelklasse), sich dem kirchneristischen Projekt anzuschließen. Andererseits ergibt sich die Notwendigkeit für die bereits überzeugten AktivistInnen, »docencia« (»Lehren«/»Aufklärungsarbeit«) zu betreiben, d.h., der Gesellschaft das kirchneristische Projekt näher zu bringen und zu erklären.

> Deshalb glaube ich, dass viel Aufklärung (*docencia*), viel Arbeit zu leisten ist, den wisst ihr was, einige reden, weil sie immer reden werden, die haben eine tiefe Verachtung für die Übrigen […]. Aber das ist egal, ich glaube, dass die große Mehrheit oft in Wahrheit nicht versteht, wie sie das erreicht hat, wo sie jetzt steht. Ich glaube, dass das die Aufklärung ist, die wir Argentinier alle machen müssen und speziell diejenigen, die in der Politik arbeiten, wir, die wir in der Politik tätig sind und diese Aufgabe uns zu eigen gemacht haben, weil sie schon immer unsere Berufung war. Ich habe es immer geliebt zu diskutieren, ins Viertel zu gehen, plaudern, das ist es, was wir machen müssen: Erklären, erklären damit alle verstehen, dass, um gemeinsam voranzuschreiten, es notwendig ist, dass alle Argentinier voranschreiten, und dass wir die Interessen des Landes verteidigen.[27]

Generell lässt sich daraus schlussfolgern, dass die historisierende und autobiografische Dimension in den Cristina Fernández-Reden mehrere Funktionen erfüllen. Erstens stellt die Präsidentin sich als Beleg für die von ihr behaupteten Zusammenhänge dar (z.B. der soziale Aufstieg durch Zugang zur öffentlichen Bildung). Das Imaginarium einer Gesellschaft, in der ein Aufstieg aus der Mittelklasse zur Präsidentin möglich ist, wird an ihr als Person exemplifiziert. Zweitens ist der Rekurs auf die eigene Geschichte und Geschichte des Landes eine Legitimitätsressource. Mit dem Rekurs werden fest in der argentinischen Mittelklasse verankerte Narrative aufgegriffen, aktualisiert und mit dem Kirchnerismus artikuliert. Letzteres geschieht, indem Fernández de Kirchner die Reinstallation gesellschaftlicher Prinzipien, die mit diesen Narrativen verbunden sind, behauptet und diesen Verdienst dem Kirchnerismus zuschreibt. Drittens führt diese Operation vor dem Hintergrund der politischen Konjunktur dazu, dass die Mittelklasse angerufen wird, eine Entscheidung für oder gegen den Kirchnerismus zu treffen. Ab 2008/2009 wurden Jugendorganisationen, die sich aus Teilen der sich selbst als progressiv verstehenden Mittelklasse rekrutierten, zu einer wichtigen Säule des Kirchnerismus (Boos 2013). Die Figur der Präsidentin als *militante* in ihrer eigenen StudentInnenzeit fungiert somit, viertens, als *role model* für die Selbstverpflichtung und Verbundenheit mit dem national-popularen Projekt. Sie appelliert an einen »deseo de transformar« (»Sehnsucht/Wunsch zu verändern«) und dient als autobiografischer Beleg dafür, dass es an den Angehörigen der Mittelklasse liegt, die Entscheidung zu treffen, Teil dieses gemeinsamen Projekts zu werden.

---

27 *Acto de entrega del botiquín número 1.500.000, en el marco del programa »remediar más redes«. Palabras de la presidenta de la nación*, 14.11.2012.

An dieser Stelle erscheint mir eine theoretische Reflexion notwendig. Häufig begibt sich die von Laclau inspirierte Literatur auf die Suche nach den *demands*, die das analysierte politische Projekt aufgreift und versucht, miteinander zu artikulieren. Laclau denkt die konstituierten Forderungen als gegebene, die dann aufgegriffen werden. Barros (2006) argumentiert allerdings, dass dieses Modell und die aus ihm resultierende analytische Vorgehensweise von einem unidirektionalen Verhältnis ausgeht. Demgegenüber argumentiert Barros (2006: 152f., Übers. T. B.): »Der Populismus ist eine Art der hegemonialen Artikulation, die die Artikulation unerfüllter Forderungen impliziert, die bis zu diesem Moment nicht als artikulationswürdig empfunden wurden.« In dieser Interpretation findet nicht nur eine Integration und Artikulation existierender *demands* statt, sondern der Populismus ruft neue *demands* hervor, macht diese sprechbar oder reinterpretiert diese.[28]

Diese Dynamik finden wir in dem von Cristina Fernández de Kirchner artikulierten »deseo de transformar« (»Sehnsucht/Wunsch zu verändern«), die ganz explizit in dem nachfolgenden Zitat wird.

> Wenn sich jemand mit gerade einmal 18 Jahren dazu entscheidet, in die Politik zu gehen, macht er das nicht, weil er einen Posten sucht, er macht das nicht, weil er einen persönlichen Vorteil sucht, noch weniger jene Generation, die wir alle Kinder der argentinischen Mittelklasse waren, in ihrer großen Mehrheit Studenten, das was uns bewegte und noch heute bewegt, ist jener Wunsch zu verändern/transformieren, der Wunsch, dem andren zu helfen, demjenigen, der es braucht, demjenigen, der nicht kann, allen. Der Industrie, den ländlichen Gebieten, den Arbeitern, den Erziehern/Lehrern, den Studenten, den Intellektuellen – allen.[29]

Die Mittelklasse wird hier angerufen, dieses Bedürfnis des Transformierens zu verspüren. Gleichzeitig bietet die Erzählung der Präsidentin eine Identität für dieses Bedürfnis innerhalb des kirchneristischen Projekts an. Konkret handelt es sich um eine Identität als *progressive Mittelklasse*, die eine gerechtere Gesellschaft für alle, d.h. auch für die ärmeren Teile, anstrebt und sich in ihrem Aktivismus dem kirchneristischen Projekt verpflichtet. Wenn die Präsidentin über ihre eigene Militanz spricht, wird diese Position an ihr exemplifiziert. Genau dieser Transformationswunsch wird auch von den LehrerInnen artikuliert, wie sich im nächsten Kapitel zeigen wird, und fungiert als eine Art Substitut für andere Unzulänglichkeiten und Widersprüche, wie etwa prekäre Arbeitsverhältnisse, die von ihnen im kirchneristischen Projekt identifiziert werden.

---

28 Dass Laclau dieses Wechselspiel kaum in den Blick nimmt, schreibt Barros seiner Ablehnung Hegels und dessen Dialektik zu, gegen die Laclau anargumentiert.

29 *Entrega de viviendas en la pampa*, 12.08.2008.

9.3 Diskurskonstellationen und Position der Mittelklasse im kirchneristischen Horizont

In weiterer Folge werden drei Reden im Detail analysiert, die für drei unterschiedliche Diskurskonstellationen stehen. Anders als die meisten Reden adressieren diese Reden die Mittelklasse in unmittelbarer Form. Dies geschieht entweder durch direkte Anrede oder ergibt sich durch den Kontext, d.h. das Publikum, das vor Ort ist. Vor allem aber verdichten sich einige der analysierten Elemente in ihnen in besonderer Weise. Die drei Reden folgen zwar einer chronologischen Abfolge, die auch die Dominanz einer Konstellation widerspiegelt, gleichwohl existieren einzelne Elemente auch in den anderen Konstellationen.

Nicht zufällig fallen zwei dieser Reden in das Jahr 2010. Zu diesem Zeitpunkt sah sich der Kirchnerismus nach dem Agrarkonflikt und der Wahlniederlage von 2009 gezwungen, seine Strategie und das Verhältnis zu seinen BündnispartnerInnen neu zu konfigurieren (Kapitel 7.3). Vor allem die kirchneristischen Jugendorganisationen gewannen stark an Bedeutung. Ein gewichtiger Teil dieser bestand auch aus Personen der Mittelklasse, die sich selbst als progressiv begreifen und sich über diese Identität in ein Verhältnis zum kirchneristischen Projekt setzten. Deshalb ist in dieser Phase das Verhältnis zwischen Kirchnerismus und Mittelklasse als explizites Thema besonders präsent.

9.3.1 Protagonistin neben Anderen

Die erste Diskurskonstellation findet sich paradigmatisch repräsentiert in einer Rede vom 11. Oktober 2005. Der Anlass war die Unterzeichnung eines Abkommens mit einer Arbeitskooperative aus Buenos Aires. Über diese Art der Abkommen wurden viele der Arbeitskooperativen, die in jenen Jahren oder den Jahren zuvor gegründet wurden, offiziell anerkannt. Zahlreiche dieser Kooperativen, wie auch in diesem Falle, liegen in *villas miserias*[30] und beschäftigen vor allem Personen aus den popularen Klassen. Die Rede fand in der *casa rosada* (dem argentinischen PräsidentInnenpalast) statt und, obwohl die besagte Unterzeichnung der Anlass für den öffentlichen Akt war, wendet sich Néstor Kirchner in seiner Rede direkt an die Mittelklasse mit der Absicht, um deren Unterstützung und Solidarität beim Wiederaufbau Argentiniens zu werben. Nachdem er die Arbeit der Kooperativen gelobt hat, verweist er auf die unmittelbare räumliche Nähe zum Epizentrum der Proteste von 2001:

30 Als *villa miseria* werden in Argentinien Armutsviertel bezeichnet, die zumeist informelle Siedlungen sind oder aus solchen hervorgegangen sind.

> Sie ist direkt dort bei der Hauptstadt […], im Zentrum der Finanzgeschäfte, wenig Blöcke entfernt von den großen Geldwäschegeschäften, die unser Vaterland erlitten hat, wenige Blöcke weg von der Plünderung, die Argentinien erlitten hat, die Villa 20. Ein wahrer und konkreter Akt des Bewusstseins, der nicht bloß hinauswirkt ins Conurbano der Provinz Buenos Aires, sondern auch in der Hauptstadt selbst, wo wir diese großen Differenzen haben.[31]

Durch die von Néstor Kirchner benannte räumliche Nähe werden die Vergangenheit und das gefühlte Unrecht in jenen Jahren präsent gemacht. Die Arbeit der Kooperativen, – die der Grund für den öffentlichen Auftritt ist – und das Bewusstsein, in dem sie diese verrichten, werden als beispielhaft gelobt. Im Anschluss daran adressiert Néstor Kirchner die Mittelklasse der Hauptstadt:

> Auch in der Hauptstadt gibt es eine großartige Mittelklasse, die es nun endlich einmal verdient, einen Platz, eine Protagonistenrolle, an der Seite der Arbeiterklasse einzunehmen. Der Wiederaufbau einer Hauptstadt integriert im und vereint mit dem Rest des Landes, das wissen wir, wird sich langsam geben, langsam werden wir die Koordinaten finden. Und die allgemeine Erholung der guten Indikatoren in Bezug auf absolute Armut und Armut, die die Hauptstadt teilweise aufweisen kann, werden uns zu noch größeren Bemühungen um diejenigen ermutigen, die es am meisten brauchen. Aber definitiv braucht es eine große Anstrengung, um der Hauptstadt ihre Solidarität wiederzugeben.[32]

Die Betonung Néstor Kirchners, dass es auch in Buenos Aires eine großartige Mittelklasse gebe, greift das typische Narrativ der *clase media gorila*, d.h. einer antiperonistischen Mittelklasse, die in Buenos Aires lebt, auf. Ihren fundationalen Moment hat diese spezifische Mittelklassen-Identität im ersten Peronismus (Adamovsky 2012). Diese Identität wird nicht nur infrage gestellt, sondern der amtierende Präsident versucht explizit, die Trennlinien – und somit die Politisierung eines potenziellen Antagonismus – zwischen der Mittelklasse und den popularen Klassen aufzubrechen, wenn er postuliert, dass dieser Mittelklasse nun endlich auch einmal eine Protagonistenrolle gemeinsam mit der ArbeiterInnenklasse zustehe.

Gleichzeitig referiert er auf die räumliche Spaltung in Argentinien, die zwischen Buenos Aires und dem Rest des Landes besteht. Es existieren starke kulturelle Unterschiede zwischen den *porteños*, so die Bezeichnung für die BewohnerInnen von Buenos Aires, und dem Rest der Bevölkerung. Die Identität einer argentinischen Mittelklasse ist zumeist mit diesem geografischen Raum der Hauptstadt verknüpft, die sich selbst als europäisch(stämmig), weiß und kultiviert imaginiert.

---

31 *Palabras del presidente néstor kirchner, en el acto de firma de convenios con la cooperativa 25 de marzo*, 11.10.2005.

32 *Palabras del presidente néstor kirchner, en el acto de firma de convenios con la cooperativa 25 de marzo*, 11.10.2005.

Deshalb – und bedingt durch die starke räumliche Konzentration im Großraum Buenos Aires – wird die Hauptstadt vom Rest des Landes oft skeptisch betrachtet. Diese Konzentration führt dazu, dass ein Großteil der politischen Aufmerksamkeit, aber vor allem auch wirtschaftliche Ressourcen auf Buenos Aires gerichtet sind, woher der Vorwurf rührt, die BewohnerInnen Buenos Aires' würden bevorteilt. Hinsichtlich der Angehörigen der *clase media porteña* spielt Kirchner deshalb auf deren Ablehnung und Vorurteile gegenüber der popularen Klassen im *conurbano* dem Speckgürtel rund um die Hauptstadt an.

Während Néstor Kirchner jedoch einerseits diese historisch gewachsenen Bilder aufgreift, wirbt er andererseits um die Solidarität, der von ihm als privilegiert gezeichneten Mittelklasse Buenos Aires'. In dem entworfenen Imaginarium verspricht er der Mittelklasse zudem eine ProtagonstInnenrolle innerhalb des kirchneristischen Projekts. Diese räumliche Erzählung der Rückkehr der Solidarität in die Hauptstadt spinnt Néstor Kirchner noch weiter:

> Ich sage immer, ich bin einer aus dem Landesinneren, ich sage euch und den Brüdern aus der Hauptstadt, die auf mich schauen, dass für den Rest der Argentinier, die wir nicht in der Hauptstadt leben, es sehr wichtig wäre, dass man die Solidarität der Hauptstadt zurückerlangt, es wäre so wichtig, zu sehen, dass die Hauptstädter den Rest Argentiniens begleiten. Wir bewundern unsere Hauptstadt, die wir gemeinsam aufgebaut haben. Wie es mein Freund, der Präsident der Kooperativen, gut und deutlich ausgedrückt hat, die Hauptstadt wurde genährt von den Männern und Frauen aus dem Landesinneren, von unseren Eltern, die angesichts der sozial exkludierenden und in den Händen weniger konzentrierten Wirtschaft kamen, die auf der Suche nach einer besseren Perspektive waren, die nach Zuflucht gesucht haben und der Möglichkeit eine Familie zu gründen. Wir erwarten viel von der Hauptstadt; wir erwarten wirklich dieses Begleiten, diese Solidarität und dass wir uns umarmen können mit dieser Hauptstadt, die wir als eine der besten der Welt ansehen, dass wir stolz auf sie sein können. Eine der großartigsten Haupstädte der Welt wird sie aber an jenem Tag sein, an dem wir Bedingungen der Gleichheit schaffen, mit Chancengleichheit für alle, die in unserer geliebten Hauptstadt leben.[33]

Kirchner positioniert sich an dieser Stelle im Kontext der Raummetapher selbst als jemand von außerhalb der Hauptstadt. Das Bild des »hombre del interior« (»Mann aus dem Landesinneren« respektive aus dem Süden des Landes) ist am paradigmatischsten repräsentiert im Bild Néstor Kirchners als »Pinguin«, das vom Kirchnerismus vor allem nach dem Tod des Präsidenten stark gepflegt wurde. Dieses spielt einerseits auf dessen etwas tollpatschige Art an und stellt andererseits eine

33 *Palabras del presidente Néstor Kirchner, en el acto de firma de convenios con la cooperativa 25 de marzo*, 11.10.2005.

Verbindung zu seiner Heimatprovinz Santa Cruz im Süden des Landes her, in der er zuvor Gouverneur gewesen war. In späteren Jahren bekam die Figur des Pinguins noch eine zusätzliche Bedeutungsdimension, da sie eine Brücke zu der Generation der peronistischen Jugendorganisationen der 1970er herstellte. So besangen sich die kirchneristischen AktivistInnen als »soldados del pingüino« (»Soldaten des Pinguins«).[34] Der Name war an die Bezeichnung der *montoneros,* der linksperonistischen Stadtguerilla jener Jahre, als »soldados de Perón« (Soldaten Perons) angelehnt (mehr dazu im weiteren Verlauf des Kapitels).

Zum Zeitpunkt der Rede suggeriert das Bild des Mannes aus dem Landesinneren vor allem, dass Néstor Kirchner nicht zum politischen Establishment während der Krise 2001 gehört habe. Es positioniert ihn als nicht nur räumlich außerhalb der Ereignisse des Staatsbankrotts, auf die er zuvor angespielt hat. Sie nimmt ihn auch aus dem »¡Que se vayan todos!« (»Sie sollen alle abhauen«) gegenüber dem politischen Establishment aus, gegen das sich die Proteste in Buenos Aires richteten und an denen auch die Mittelklasse teilnahm. Diese Positionierung ermöglicht ihm wiederum, nachdem man das »infierno« (»Inferno«) hinter sich gelassen hat – ein Bild, das sich kontinuierlich durch die Reden Néstor Kirchner zieht (s. oben) –, um die Solidarität der Mittelklasse (der Hauptstadt) beim Wiederaufbau Argentiniens zu werben. Dabei betont er den Stolz des Restes des Landes auf die Hauptstadt und deren gesonderte Stellung, leitet hieraus aber auch eine Verpflichtung dieser ab.

Dabei handelt es sich um eine der wenigen Reden, in denen die Mittelklasse direkt adressiert wird. In ihr verdichtet sich exemplarisch die Anrufung der Mittelklasse durch den Kirchnerismus zu diesem Zeitpunkt. Kirchner wirbt nachdrücklich um die Unterstützung der Mittelklasse und stellt vor allem Bezüge zu den Ereignissen von 2001 her. Liest man den hier verwendeten Populismusbegriff, verstanden als Konstruktion politischer Identitäten auf seine zeitliche Dimension, lässt sich sagen, dass der Versuch des Kirchnerismus einer neuen Artikulation nur vor dem Hintergrund der Krise zwischen 2001 und 2003 möglich erscheint. Die unterschiedlichen Identitäten der Mittelklasse, die sich historisch herausgebildet haben, sind zwar latent vorhanden, jedoch (noch) nicht wieder verfestigt, sodass neue Formen der Artikulation möglich sind. Der entworfene gesellschaftliche Horizont des Kirchnerismus wird vor dem Hintergrund der Erfahrungen von 2001 konstruiert, in der die Mittelklasse in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren eine wichtige Rolle gespielt hatte. In dem entworfenen Horizont kommt der Mittelklasse endlich die wohlverdiente Protagonistenrolle in den Schickungen des Landes zu, wohlgleich ihre Solidarität mit anderen Gesellschaftsteilen erforderlich ist.

34 Vgl. beispielsweise https://www.youtube.com/watch?v=u5AgLgewYjc[01.10.2018]

9.3.2 Zwischenkonstellation: Die *progressive Mittelklasse* im Werden

Die zweite Konstellation der Anrufung zeigt sich exemplarisch an einer Rede, die Cristina Fernández de Kirchner am 7. April 2010 vor den einunddreißig Rektoren der Universitäten hielt. Anlass war die öffentliche Debatte über die wirtschaftspolitische Maßnahme der Regierung, Teile der Devisenreserven für die Tilgung der Auslandsschulden zu verwenden. Mittels einer öffentlichen Anzeige in den großen Tageszeitungen des Landes hatte der *Consejo Interuniversitario Nacional*, das Gremium der Rektoren und Vizerektoren der nationalen Universitäten, das Vorhaben gegen Kritik verteidigt. In der Anzeige, die in den nationalen Tageszeitungen geschaltet wurde, argumentierten die Rektoren nicht nur, dass es sich hierbei um ein legitimes wirtschaftspolitisches Argument handle, sondern unterstrichen zugleich die positiven Effekte (Vervierfachung des Universitätsbudgets seit 2003; Qualitätsverbesserungen; Anstieg der Stipendienvergabe), die die wirtschaftspolitische Ausrichtung des Kirchnerismus während der letzten Jahre gehabt hatte. Die Rede repräsentiert einen Übergangsmoment im Hinblick auf die Position der Mittelklasse innerhalb des kirchneristischen Horizonts. In jener Phase konfigurierte sich der Kirchnerismus nach den politischen Niederlagen im Agrarkonflikt von 2008 und den Parlamentswahlen 2009 neu (Kapitel 7.2).

Zunächst beschreibt Cristina Fernández de Kirchner das eigene »modelo inclusivo« (»inklusive Modell«), welches sogar jene integriere, »que lo critican y que no están de acuerdo« (»die kritisieren und nicht einverstanden sind«). Gleich an mehreren Stellen affirmiert die Präsidentin diesen inklusiven und offenen Charakter des eigenen Projekts mit Nachdruck. Die Ereignisse von 2008 schwingen hier noch deutlich mit, auf die sie dann in weiterer Folge explizit Bezug nimmt.

> [D]ass unser Modell auch jene inkludiert, die es kritisieren und die ihm widersprechen. Weil sie zum Beispiel, als es damals 2008 die große Debatte um die Ausfuhrzölle gab…, heute sah ich dieses grüne Meer in Vedia, diese wunderschöne Ernte, die argentinische Produzenten eingeholt haben, und da sage ich: Das ist der große Unterschied. Wenn ich einen Unterschied benennen müsste zwischen dem Modell, das wir wollen, und jenem [Modell], das während unterschiedlichen Phasen unserer Institutionen, diesen 200 Jahren, herrschte, würde ich sagen, dass unser Modell essenziell auf der Solidarität und dem Verständnis basiert, dass es nicht für einige wenige gut laufen und den Rest schlecht laufen kann. Das inkludiert auch jene, die unser Modell kritisieren und es bekämpfen, die vielleicht sogar höhere Rentabilitätsraten und Gewinne gemacht haben als in jenen Projekten, die sie ausgehend von einer gewissen kulturellen oder ideologischen Unterwerfung, oder, wenn Sie mir erlauben, kulturellen Kolonisierung würde ich sagen, verteidigen. Denn das gibt es auch, oder nicht? Sie kolonisieren dir das Denken, und am Ende handelst du gegen deine eigenen Interessen. Das ist eine alte Geschichte, an

> der die Universität zu bestimmten Zeiten ihren Anteil hatte, als eine Universität, die aus den Mittelschichten besteht.[35]

Die oppositionelle Haltung der GegnerInnen des Kirchnerismus wird also auf ein falsches Bewusstsein, eine »kulturelle Kolonisierung« zurückgeführt, die ich bereits beschrieben habe und die sich in der dritten Diskurskonstellation noch stärker herauskristallisieren wird. Im Anschluss folgt erneut das Motiv der eigenen Biografie und des eigenen Aufstiegs, dank des Zugangs zur öffentlichen und kostenlosen Bildung. In auffälliger Weise wendet sich Cristina Fernández de Kirchner in weiterer Folge gleich mehrmals direkt an die Rektoren und bedankt sich bei diesen. Die Begründung liefert sie im Anschluss:

> Aber gut, in Argentinien sind wir ein Land, in dem einige Schichten fast dazu verurteilt sind, offensichtliche Dinge zu diskutieren. Ich will Ihnen aber wirklich danken. Dass dieses Milieu diese Politik unterstützt, die, Sie wissen das besser als ich, unterstützt wird durch die Mehrheit der argentinischen Gesellschaft, weil das eine Frage des gesunden Menschenverstandes ist, aber auch die Tatsache, dass die unterschiedlichen akademischen Kontexte mit unterschiedlichen Ideologien, unterschiedlichen Zugehörigkeiten, zu diesem Schluss, zu diesem Dokument gekommen sind, das stellt mich persönlich sehr zufrieden. Zu einem anderen Zeitpunkt der Geschichte, im vergangenen Jahrhundert, wäre dieses Milieu vielleicht eines gewesen, das auch dagegen gewesen wäre.[36]

Nachdem sie diese Allianz noch mehrmals gelobt hat, fordert sie in Folge dazu auf, den demokratischen und autonomen Geist der Universitäten zu bewahren beziehungsweise wiederherzustellen, was eine weitere Anspielung auf die Geschichte des Peronismus ist und den Versuch einer Revision alter Frontstellungen gegenüber der Mittelklasse darstellt. Genau dieser Revisionsversuch verleiht der Rede ihre außergewöhnliche Relevanz. Zunächst einmal wendet sich Cristina Fernández de Kirchner direkt an einen Teil der Mittelklasse – repräsentiert durch die RektorInnen – und bedankt sich für deren Unterstützung. Auch tauchen zentrale Motive wie Bildung und der eigene Aufstieg wieder auf, die ich bereits besprochen habe. Vor allem aber drückt sich im letzten Zitat eine Revision der klassischen Frontstellung zwischen Peronismus und einer spezifischen Mittelklassen-Identität, die das nationale Imaginarium prägt, emblematisch aus. Nicht nur kommt das hegemoniepolitische Wirken der kirchneristischen Politik im Bildungssektor zum Vorschein (s. im Detail Kapitel 10), vielmehr umwirbt Cristina Fernández de Kirchner den Sektor explizit. Der Fehler, auf den Cristina Fernández de Kirchner anspielt –

35 *Discurso de la presidenta de la nación en encuentro con rectores universidades públicas*, 07.04.2010.
36 *Discurso de la presidenta de la nación en encuentro con rectores universidades públicas*, 07.04. 2010.

Intellektuelle, StudentInnen und HochschulabsolventInnen in die Opposition getrieben zu haben, wie dies im ersten Peronismus der Fall war – soll, der Präsidentin nach, explizit nicht noch einmal begangen werden. Hier nimmt die Präsidentin Bezug auf einen spezifischen Teil der Mittelklasse, in dem eine antiperonistische Identität historisch durch die Interventionen des Peronismus in die Schulen und Universitäten vorhanden ist (Kapitel 4.2).

Noch einmal sei der Zeitpunkt der Rede in Erinnerung gerufen. In jener Phase des Kirchnerismus versuchte dieser, sich von den Niederlagen 2008/2009 zu erholen und neue Sektoren an sich zu binden. Während Teile der Mittelklasse in dieser Phase immer stärker eine ablehnende Haltung gegenüber dem Kirchnerismus einnahmen, begannen sich zeitgleich andere Teile in dessen Unterstützung zu mobilisieren. Bei der Rede handelt sich um eine Art ›Zwischenmoment‹, in dem ein Übergang in Bezug auf die adressierten Teile der Mittelklasse und die Art der Adressierung stattfindet. Ist dieses Adressieren bei Néstor Kirchner noch relativ ›ungerichtet‹ und sehr breit angelegt, ›spricht‹ Cristina Fernández de Kirchner an dieser Stelle bereits zu einem spezifischen Teil der Mittelklasse. Zu diesem Zeitpunkt formiert sich gerade die *progressive Mittelklasse* im Sinne einer Identität. Gleichzeitig ist zu diesem Zeitpunkt noch stärker ein Versuch des ›Sammelns‹, d.h. die Intention, möglichst breite Unterstützung zu finden und alte Linien aufzubrechen, erkennbar. Die Benennung der Gefahren durch frühere Fehler und Frontstellungen verweist auf das Bewusstsein über diesen Moment und den Versuch, die Konstellation offen zu halten.

9.3.3 Peronisierung und Anrufung als *militancia*

Die dritte Diskurskonstellation zeigt sich in der mittlerweile berühmten Rede von Cristina Fernández de Kirchner am 14. September 2010 vor der peronistischen Jugend und den kirchneristischen Organisationen. Die Rede hat viel Aufmerksamkeit erfahren, weil sie als paradigmatisch für einen Wechsel der Strategie beziehungsweise der politischen Basis des kirchneristischen Projekts gilt (Kapitel 7). Nach einem Schlaganfall und mehreren Operationen trat der Ex-Präsident gemeinsam mit Cristina Fernández de Kirchner auf, um die Mobilisierungsfähigkeit des Kirchnerismus zu demonstrieren. Zu der Veranstaltung mobilisierten die Basisorganisationen im Vorfeld unter dem Slogan »La juventud le habla a Néstor, Néstor le habla a la Juventud« (»Die Jugend spricht zu Néstor Kirchner, Néstor spricht zur Jugend«). Diese Organisationen und das Narrativ der Jugend gewannen in den Folgejahren zunehmend an Bedeutung. Dieser Zeitpunkt kann als zentraler Moment der Rekonfiguration des kirchneristischen Projekts gefasst werden.

In dieser Rede lobt Cristina Fernández de Kirchner zunächst erneut das eigene Projekt und dessen historische und peronistische Wurzeln, betont jedoch immer wieder die Differenz zu den Zeiten der früheren peronistischen Regierungen:

»Gleichzeitig machen wir das im Rahmen von Freiheit und Demokratie.«[37] Dabei negiert sie, in Funktion der Präsidentin zu sprechen, sondern reklamiert, »eine unter vielen […]« zu sein und dass die UnterstützerInnen »lediglich eine peronistische Aktivistin zu hören bekommen werden«.[38] Sie richtet sich im Anschluss direkt an »euch, die ich ›Peronistische Jugend des Zweihundertjährigem Jubiläum‹ nenne«[39], und vergleicht diese mit der eigenen peronistischen Jugend, der »juventud maravillosa« (»wundervolle Jugendgeneration«). Sie beschreibt die Zerstörung dieser Jugend und der von ihr angestrebten Gesellschaft durch die Diktaturen. Immer wieder kontrastiert sie den demokratisch, pluralistischen Kontext von heute mit der Repression während ihrer Jugend. Dann wendet sie sich direkt an die Mittelklasse:

> Was ist nur los mit uns! Und hier möchte ich unter uns sprechen – und das ist keine Frage von Klasse, ich bitte euch, ich bin Peronistin – zu uns selbst, zu dieser flatterhaften Mittelklasse, zu dieser universitären Mittelklasse, wie ich es bin, zu dieser Mittelklasse, die oft nicht versteht und glaubt, dass, wenn sie sich von den Hacklern, von den *morochos* abspaltet, dass es ihr besser gehen wird. Das ist uns allen so gegangen, das ist wie das Schicksal der großen Frustrationen in der argentinischen Geschichte. Ich glaube, dass gemeinsam mit all den Dingen, die wir geschafft haben, in diesen Jahren aufzubauen, eine der wichtigsten Dinge, wenn auch nicht das einzige war, die Arbeiter als ein wesentliches Element sichtbar zu machen und zu identifizieren. Wir glauben an eine polyklassistische, diverse Gesellschaft, an das Kulturelle, an das Plurale.[40]

Die Präsidentin kritisiert hier den ›Wankelmut‹ der Mittelklasse, inkludiert sich in diese und greift deren falsches Bewusstsein und Ablehnung der ArbeiterInnen an. Gleichzeitig hebt sie jedoch explizit hervor, dass die ArbeiterInnen wichtig, aber nicht das einzige Subjekt des gemeinsamen »Wirs« sind. Stattdessen schlägt sie ein poliklassistisches, diverses und plurales Imaginarium vor.

In Folge beschreibt Cristina Fernández de Kirchner die emblematischen Maßnahmen des Kirchnerismus wie die *Asignación Universal por Hijo* (AUH) (allgemeines Kindergeld), die Verstaatlichung der Pensionsfonds, das Mediengesetz und die Hochschulbildung als »Rückrat« des eigenen politischen Projekts. Aus ihnen ergebe sich für die Begünstigten jedoch, so fährt sie fort, eine Verpflichtung gegenüber dem eigenen Land:

> Deshalb beneide ich euch sehr, aber das bringt auch große Verantwortung für euch mit sich. Wir mussten uns, soweit es uns möglich war, uns mittels Ellenbo-

37 *Palabras de la presidenta en el acto de la juventud peronista en el luna park*, 14.09.2010.
38 *Palabras de la presidenta en el acto de la juventud peronista en el luna park*, 14.09.2010.
39 *Palabras de la presidenta en el acto de la juventud peronista en el luna park*, 14.09.2010.
40 *Palabras de la presidenta en el acto de la juventud peronista en el luna park*, 14.09.2010.

> gen entfalten, weil es keine Freiheiten gab, aber wenn man die Möglichkeit hat zu studieren, in eine öffentliche nationale und kostenlose Universität zu gehen, wenn man die Möglichkeit hat, seine Meinung frei zu äußern, dann hat man auch die Verpflichtung gegenüber seinem Vaterland, sich ganz besonders für dieses zu engagieren, für die, die weniger haben, für die, zu denen noch vorgedrungen werden muss. (Applaus)[41]

Zum Abschluss der Rede fordert Cristina Fernández de Kirchner die Jugend noch dazu auf, Utopien zu entwerfen, solidarisch zu sein und das Projekt weiterhin zu unterstützen:

> Ich rufe die Jugendlichen aus sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften, den Universitäten, den Jugendorganisationen in den Vierteln, alle, dazu auf, ein Massenkollektiv zu werden, das das Land durchreist, das dorthin geht, wo eine helfende Hand, wo solidarische Hilfe gebraucht wird. Dies ist das beste Zeugnis, das wir von unserem Engagement für den Nächsten und für die Geschichte ablegen können; das war es, was wir in aller Bescheidenheit versucht haben, als wir noch viel jünger waren. (Applaus)[42]

Wie oben bereits beschrieben, ist die Rede von enormer Bedeutung, weil sie eine spezifische Diskurskonstellation widerspiegelt, in der Teile der Mittelklasse als *militancia* (AktivistInnen) angerufen werden und ihnen eine sehr klar ausdefinierte Identität angeboten wird. Zudem speist sie sich auch aus Narrativen der Vergangenheit, die aktualisiert werden, und so wird eine immer explizitere Artikulation des Kirchnerismus mit dem Peronismus vorgenommen. Diese ›Peronisierung‹ des kirchneristischen Imaginariums ist eine allgemeine Tendenz, lässt sich aber auch im Falle der Mittelklasse in der oben dargestellten Form feststellen.

Anders als in der ersten und zweiten Diskurskonstellation wird in dieser Rede ein sehr klar definierter Teil der Mittelklasse angerufen. Dies geschieht primär durch eine Personalisierung des Verhältnisses der Präsidentin zu ihm. Die Präsidentin präsentiert sich als eine unter vielen und vergleicht ihre eigene Generation an JugendaktivistInnen mit der aktuellen. An einer Stelle erscheint die neue Generation sogar als Reinkarnation dieser, wenn die Präsidentin sagt »yo también los quiero mucho, no saben cuánto, es como si viera a miles que ya no están, están en la cara de todos su (sic!) ustedes« (»ich liebe euch auch sehr, ihr wisst nicht wie sehr, es ist, als würde ich Tausende, die nicht mehr da sind, in euren Gesichtern sehen«). Die Abwesenden – konkret: die AktivistInnen ihrer Generation, die aufgrund ihres Engagements ermordet wordet waren oder die man verschwinden hatte lassen – werden als zugegen in der Präsenz der neuen Generation deklariert.

---

41 *Palabras de la presidenta en el acto de la juventud peronista en el luna park*, 14.09.2010.

42 *Palabras de la presidenta en el acto de la juventud peronista en el luna park*, 14.09.2010.

Veranstaltung und Rede repräsentieren emblematisch diese spezifische Kommunikation zwischen Cristina Fernández de Kirchner und der Basis. Diese Form der Anrufung als AktivistInnen wurde später in Form der sogenannten *patios militantes* institutionalisiert. Hierbei versammelten sich unterschiedliche kirchneristische Jugendorganisationen in den Innenhöfen der *casa rosada*, in die die Präsidentin nacheinander über die Balkone trat und die unten versammelten UnterstützerInnen adressierte. Diese Praxis entstand zunächst Ende 2013 als eine Form der symbolischen Unterstützung der Präsidentin, nachdem sie sich einer Schilddrüsenoperation hatte unterziehen müssen, etablierte sich dann aber zunehmend als eigene Kommunikationsform. Die Regierung selbst framte die *patios militantes* als intergenerationellen Dialog zwischen der Präsidentin und der kirchneristischen Jugend. Diese Reden Cristina Fernández de Kirchners wurden später gesammelt unter dem Titel *Patios militantes: Diálogos de Cristina con los jóvenes* (Cirelli 2015) veröffentlicht.

9.4 Schlussfolgerungen

Im vorangegangenen Kapitel wurden die Identitätsangebote an die argentinische Mittelklasse und die kirchneristischen Imaginarien analysiert. Diese sind nicht mit der Praxis des Kirchnerismus gleichzusetzen. Vielmehr handelt es sich um Repräsentationen auf diskursiver Ebene (im engen Sinne), in denen sich Forderungen, Narrative und Bilder einer argentinischen Mittelklassen-Identität zeigen und die vom Kirchnerismus aufgegriffen und (neu) artikuliert wurden.

Im Zuge diese Identitätskonstruktion wird zunächst eine heterogene Allianz – repräsentiert durch Begriffe wie »unidad/proyecto nacional« (»nationaleS Einheit/Projekt«), »alianza policlasista« (»polyklassistische Allianz«) oder »patria que nos contenga a todos« (»Heimat, die uns alle umfasst«) – als gemeinsames »Wir« entworfen wird. Unterschiedliche Gruppen erhalten in diese Allianz spezifische charakteristische Zuschreibungen. Die Idee, die am stärksten mit der Mittelklasse verknüpft wird, ist jene einer sozialen Aufwärtsmobilität.

Während die Artikulation dieses Narrativs bei Néstor Kirchner sehr abstrakt bleibt, beinahe als wäre die Aufwärtsmobilität die gesellschaftliche Strukturfunktion der Mittelklasse, wird das Narrativ in den Reden von Cristina Fernández de Kirchner stark historisiert (mehr zu den daraus resultierenden Effekten weiter unten). Inhaltlich greift die Präsidentin das Narrativ der sozialen Aufwärtsmobilität jedoch nicht nur auf, sondern artikuliert dies insbesondere mit einem Bildungs-Narrativ. Interessant ist hierbei, dass die Erzählung des sozialen Aufstiegs mit dem Zugang zur öffentlichen und kostenlosen Bildung und der öffentlichen Infrastruktur verknüpft wird. Der Stolz auf die öffentliche Bildung des Landes ist kein Alleinstellungsmerkmal des Kirchnerismus, sondern in Argentinien weit verbreitet.

Das Besondere hier ist jedoch, dass im Kontext der Mittelklasse nicht eine individuelle Erfolgsgeschichte geschrieben, sondern das Narrativ des sozialen Aufstiegs mit den strukturellen Bedingungen artikuliert wird. Neben diesem werden auch andere, spezifischere *demands* der Mittelklasse von Fernández de Kirchner aufgegriffen, wie etwa jene nach einem Eigenheim. Letzteres ist insofern interessant, als die Präsidentin diese in einer Phase aufgreift, in der sich die Konflikte innerhalb der Mittelklasse zuzuspitzen beginnen und sie diese gegen den Vorwurf einer Bevorzugung der ärmeren Bevölkerungsteile in Stellung bringt.

In der Analyse des Antagonismus hat sich gezeigt, dass dieser zu Beginn stark entlang einer zeitlichen Abgrenzung zu den Krisenjahren rund um 2001 verläuft. Später dann, so mein Argument, findet sich in Bezug auf die Mittelklasse die Konstruktion eines »Wirs« in Form einer Identität als *progressive Mittelklasse* kontrastiert mit einer *Mittelklasse mit falschem Bewusstsein*. Diese Konstruktion geht mit einem ›Richten‹ des Diskurses einher, d.h., dass der Kirchnerismus zunehmend einen spezifischen Teil der Mittelklasse anruft und diesem eine zunehmend klarer definierte Identität anbietet. Dies habe ich im Detail anhand von drei Diskurskonstellationen für unterschiedliche Momente aufgezeigt. Während die erste Konstellation in die erste von mir definierte Periode des Kirchnerismus fällt, sind die Konstellationen zwei und drei in jener dritten Periode des Kirchnerismus verortet, bei der es sich um den fundationalen Moment des heute existierenden kirchneristischen Horizonts handelt (Kapitel 7.3). Auch die dominante politische Identität der Mittelklasse findet hier ihren Ursprung.

In der ersten Konstellation herrscht noch eine ›ungerichtetere‹ Anrufung als in den nachfolgenden vor, die um die Solidarität der Mittelklasse in Abgrenzung zu 2001 wirbt. Auch wenn der Mittelklasse eine ProtagonistInnenrolle zugesprochen wird, wird ihr noch keine differenzierte Rolle im kirchneristischen Projekt vorgeschlagen oder eine spezifische Identität angeboten. Dies ändert sich in der zweiten Konstellation teilweise. Die Anrufung ist bereits deutlicher ausdefiniert, scheint aber noch in der Sammlung begriffen, d.h., es werden Fehler der Opposition kritisiert, das Projekt scheint aber weiterhin offen. Die Gefahr der Schließung gegenüber Teilen der Mittelklasse (im Speziellen gegenüber Intellektuellen und StudentInnen) wird explizit als historischer Fehler benannt. In der dritten Konstellation lässt sich dann eine sehr klare Identität ausmachen, die der Mittelklasse angeboten wird. Diese Position einer *progressiven Mittelklasse* innerhalb des kirchneristischen Projekts wird dabei in Kontinuität zu den 1970ern gestellt und mit der Mittelklasse während des ersten Peronismus in Kontrast gesetzt, die als Antagon fungiert und in der Figur einer *Mittelklasse mit falschem Bewusstsein* aktualisiert wird.

Wie bereits angemerkt sind der Bezug auf die eigene Geschichte und die Geschichte Argentiniens ein herausstechendes Merkmal der Reden von Christina Fernández de Kirchner. Historisierung und Autobiografisierung der Narrative haben dabei dreierlei Effekte. Erstens funktionieren sie als Beleg und Legitimierung

des kirchneristischen Projekt, d.h., sie artikulieren dessen Politiken mit einem historischen Imaginarium Argentiniens als prosperierendes Mittelklasse-Land. Zweitens rufen sie die AdressatInnen in Form einer spezifischen Position und Identität innerhalb des Projekts, jener Figur einer *progressiven Mittelklasse* an. Und drittens stellen sie mit der Präsidentin ein *role model* zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund der Analyse erscheinen zwei grundlegende Einlassungen geboten. Wie häufig in der Populismusforschung angenommen, kommt Cristina Fernández de Kirchner als populistische *Lider*-Figur tatsächlich eine spezifische Funktion im Sinne einer Einschreibungsfläche zukommt. Sie und der von ihr eingeforderte »deseo de transformar« (»Sehnsucht/Wunsch zu verändern«) lassen sich in diesem Sinne der laclauschen Terminologie als leerer Signifikant beschreiben. Gleichwohl funktioniert diese im spezifischen Fall der Mittelklasse nicht als ›übermenschliche‹ Inkarnation aller, sondern als exemplarischer Lebenslauf.

Im Hinblick auf die laclausche Populismustheorie ließe sich argumentieren, dass der kirchneristische Horizont einer »unidad nacional« (»nationalen Einheit«) in den Reden Néstor Kirchners als flottierender Signifikant zu interpretieren ist, da er noch offener zu sein scheint. Dies würde auch mit der zeitlichen Dimension in meinem Argument des zunehmend ›gerichteteren‹ Diskurses übereinstimmen. Allerdings, würde ich argumentieren, lässt sich gleiches über das »proyecto bicentenario« (»Projekt des zweihundertjährigen Jubiläums«) in den Reden von Cristina Fernández de Kirchner sagen. Insofern ist es eventuell sinnvoll, die beiden Begriffe theoretisch klarer voneinander abzugrenzen.

Während das kirchneristische Imaginarium im Sinne eines flottierenden Signifikanten Einschreibungsfläche zahlreicher Identitäten und *demands* ist und auf einer globaleren Ebene operiert, scheint, so betrachtet, der leere Signifikant eines Veränderungswunsches bereits inhaltlich klarer bestimmt und in seiner ›Reichweite‹ eingeschränkter, d.h. nach innen gerichtet, zu sein.

Zweitens wird, wie in Kapitel 2 erwähnt, ›der‹ Populismus häufig als anti-demokratisch, weil anti-pluralistisch, charakterisiert (vgl. Müller 2016; für eine Kritik aus marxistischer Perspektive mit ähnlichen Argumenten vgl. Elbe 2018). Das Argument der KritikerInnen scheint zunächst dahingehend stimmig, dass Laclau behauptet, im Populismus herrsche die Logik der Äquivalenz vor – eine »frontier of exclusion divides society into two camps« (OPR: 81).[43] KritikerInnen übersetzen diese in der Analyse in den Versuch, ein Wir zu identifizieren, welches gegen ein

43 Bei genauere Betrachtung argumentiert Laclau jedoch differenzierter: »[I]t is clear that equivalence does not attempt to eliminate differences« (OPR: 79), schreibt er explizit. Im Gegenteil, ein Beseitigen der Logik der Differenz ist in seiner Konzeption sogar unmöglich, denn Äquivalenz und Differenz sind in dieser elementar aufeinander angewiesen und nur zusammen denkbar: »[E]quivalence and difference are ultimately incompatible with each other; none the less, they require each other as necessary conditions for the construction of the social. The social is nothing but the locus of this irreducible tension.« (OPR: 80) Äquivalenz

Anders errichtet wird, dem die Legitimität abgesprochen wird. Nicht selten wird sogar angenommen, dass der Populismus letztendlich die Auslöschung dieses Gegenübers anstrebe.

Auf diskursiver Ebene und im analysierten Fall lässt sich diese Behauptung jedoch so nicht bestätigen, sondern es ergibt sich viel mehr ein ambivalenteres Bild. Gerade die Reden von Néstor Kirchner sind extrem von einem »Wir«, das als plurale und heterogene definiert ist, geprägt. Dies findet sprachlich immer wieder direkten Ausdruck – etwa in Aufforderungen, die Pluralität zu »umarmen«. Das Gegenüber ist zudem häufig ein abstrakter Antagon wie »die Vergangenheit«. Zu einem späteren Zeitpunkt und in den Reden von Cristina Fernández de Kirchner werden dann konkretere Figuren benannt (*Mittelklasse mit falschem Bewusstsein*), die auch deutlicher als Antagon markiert werden. Gleichzeitig finden sich selbst in diesem Kontext ebenso viele Aussagen, die Pluralismus, Differenz und Demokratie positiv affirmieren.[44]

Vor diesem Hintergrund scheint sich die theoretische Einlassung Laclaus, dass die Logiken der Äquivalenz und der Differenz immer koexistieren, zu bestätigen. Folgt man zudem seinem Argument, dass der Unterschied zwischen Politik und Populismus lediglich ein gradueller ist (Laclau 2005: 47; OPR: 154), so ließe sich sagen, dass es zu einer zunehmenden ›Populisierung‹ des kirchneristischen Diskurses im Hinblick auf die Mittelklasse kommt. Das stünde auch im Hinblick auf die Gesamtkonstellation im Einklang mit Ergebnissen anderer ForscherInnen (vgl. Svampa 2014). Allerdings hat die empirische Analyse gezeigt, wie schwierig, wenn nicht gar unmöglich, es ist, eine der beiden Logiken als dominant zu bestimmen.[45]

Nichtsdestotrotz sei zum Abschluss noch einmal zugespitzt gefragt: Erlauben es diese Ergebnisse von einem Populismus der Mittelklasse auf diskursiver Ebene zu sprechen? Tatsächlich zeigt sich, dass die Mittelklasse als Teil des kirchneristischen Projekts konzipiert wird und sie als eines seiner Identitäten benannt und

---

und Differenz sind somit schlussendlich kein Nullsummenspiel: »[D]ifference continues to operate within equivalence« (OPR: 79).

44 Es ließe sich freilich argumentieren, dass es sich lediglich um Reden also die diskursive Ebene handelt und dass in der Praxis genau das Gegenteil der Fall sein könnte. Allerdings ziehen die KritikerInnen des Populismus genau diese sprachliche Ebene heran, um eben jenen Antipluralismus, den gewaltsamen Ausschluss, bis hin zum Wunsch nach der Auslöschung des Anderen zu ›belegen‹. Räumt man der diskursiven Ebene diese Stellung ein, muss festgestellt werden, dass die dargelegte Empirie hinsichtlich dieser Annahme nicht eindeutig ist oder diese gar widerlegt.

45 Die Notwendigkeit, eine der beiden Logiken als dominant zu bestimmen, entsteht jedoch aus der Argumentation Laclaus, in der er einerseits behauptet, dass immer beide Logiken in jeder politischen Konstruktion präsent sind, er gleichzeitig aber eine Unterscheidung zwischen einem populistischen und einem institutionellen Diskurs aufrechterhalten will (OPR: 80-82).

angerufen wird. War bei Perón die ArbeiterInnenklasse die herausgehobene Identität, spielt im Diskurs des Kirchnerismus auch die Mittelklasse eine wichtige Rolle. Auch zu Beginn der ersten Amtszeit von Perón war dies der Fall, wich aber bald einer Frontstellung zwischen Mittelklasse und den popularen Klassen (Adamovsky 2012: 244f.). Im Kirchnerismus findet sich der Versuch der Einbindung auf diskursiver Ebene nicht nur zu Beginn, sondern hat Bestand. Allerdings ändert sich der Modus, wie eine Mittelklassen-Identität mit dem kirchneristischen Projekt artikuliert wird. Der Zeitpunkt, an dem diese Veränderung stattfindet, koinzidiert mit der dritten Periode, die ich als fundationalen Moment des heute existierenden Kirchnerismus herausgearbeitet habe. Im Zuge dieser Veränderung wird die Mittelklasse als spezifische politische Identität im kirchneristischen Diskurs wichtiger und ihr wird eine klarer definierte Position innerhalb des entworfenen Horizonts angeboten. Diese Identität trägt insofern starke Bezüge zu einer Mittelklassen-Identität, als sie Bezug auf die Präsidentin nimmt, deren Werdegang zu einer typischen Mittelklassen-Autobiografie stilisiert und idealisiert wird. Hierbei reaktiviert und rekurriert der Kirchnerismus auf historische Narrative rund um die argentinische Mittelklasse. Es handelt sich hierbei um eine populistische Identität, insofern als sie sich zunehmend nicht mehr in der Summe mit, sondern in Abgrenzung zu einem anderen konstituiert, wobei diese Abgrenzung über einen internen Antagonismus innerhalb der Mittelklasse funktioniert, der entlang der Unterscheidung zwischen *progressiver Mittelklasse* und *Mittelklasse mit falschem Bewusstsein* konstruiert wird.

10 Hegemoniale Einbindung der Mittelklasse im Bildungssektors

Das nachfolgende Kapitel analysiert im Detail die Einbindung der Mittelklasse im Bildungssektor in das kirchneristische Projekt. Aus sozialstruktureller Perspektive (Kapitel 8) hat sich der Bildungssektor als einer derjenigen der Mittelklasse hervorgetan, der starken Veränderungen in den Jahren von 2003 bis 2015 unterworfen war. Dabei repräsentieren die Lohnabhängigen des Sektors einen Teil jener Klasse, die Ehrenreich/Ehrenreich (1979) als »Professional-Managerial Class« (PMC) bezeichnen und deren Entstehung sie als Produkt staatlicher Expansion und Durchdringung interpretieren. Mithilfe der Fallstudie können Einbindungsmechanismen dieses Sektors beispielhaft aufgezeigt werden. Mangelndes Interesse an der Kleinteiligkeit von Hegemonie und eine fehlende Analyse von institutionellen Prozessen waren zentrale Kritikpunkte an der laclauschen Theorie. Diesen Mängeln kann durch die nachfolgende Detailanalyse vorgebeugt werden.

Der Bildungssektor ist aber auch aufgrund seiner Geschichte für die vorliegende Studie interessant. Der argentinische Bildungssektor – wie LehrerInnen, StudentInnen oder DozentInnen – zeichnet sich historisch durch ein ambivalentes Verhältnis zum Peronismus aus. Wie im Teil zur Geschichte der argentinischen Mittelklasse beschrieben (Kapitel 4), standen sie dem Peronismus in seiner ersten Periode von 1946 bis 1955 ablehnend gegenüber. Mit dessen Sturz jedoch und in den nachfolgenden Jahren begannen Teile der genannten Gruppen, ihre anti-peronistische Haltung zu revidieren, und das Verhältnis zwischen Peronismus und Mittelklasse wurde ambivalenter. Dieses ambivalente Verhältnis wird in den Reden des Präsidenten/der Präsidentin nicht nur explizit thematisiert, sondern die öffentliche Bildung spielt eine hervorgehobene Rolle innerhalb des kirchneristischen Diskurses. Eine Revision existierender Arbeiten zum Sektor deutet darüber hinaus an, dass sich dieser als fruchtbares Untersuchungsterrain erweisen könnte. Wenn auch nur für Buenos Aires, untersucht Donaire (2008) quantitativ die subjektive Klassenzugehörigkeit der LehrerInnen und kommt zu dem Ergebnis, dass 77,4 % von ihnen sich selbst innerhalb der Mittelklasse verorten.

Aus den genannten Gründen werden im Nachfolgenden die hegemonialen Einbindungsversuche des Kirchnerismus gegenüber des Bildungssektors und der Leh-

rerInnen[1] untersucht. Dies geschieht basierend auf der Analyse von Regierungsdokumenten, Gesetzestexten und weiterer grauer Literatur sowie ExpertInneninterviews (Gläser/Laudel 2006; Meuser/Nagel 2009) aus dem Jahre 2016. Hierzu werde ich zunächst einen kurzen Überblick über die Vorgeschichte des Sektors in den 1990er Jahren geben. In einem zweiten Schritt werden die Gesetze des Kirchnerismus hinsichtlich des Bildungssystems dahingehend untersucht, ob und ggf. wie sie materielle, institutionelle und ideologische Zugeständnisse an die DozentInnen beförderten. Drittens wird noch einmal kurz das ideologische Framing dieser Politiken vonseiten der Regierung betrachtet, bevor ich in einem vierten Schritt anhand von Interviews unterschiedliche Identitäten, die für die LehrerInnen bedeutsam sind, und ihren Zusammenhang mit dem kirchneristischen Projekt herausarbeiten werde.

10.1 Jüngste Geschichte des argentinischen Bildungssektors

Der argentinische Bildungssektor ist traditionell sehr kämpferisch, und die dort Beschäftigten führten in den 1990er Jahren den Widerstand gegen die neoliberalen Politiken der Regierung Carlos Menems mit an – ein Charakteristikum des Sektors, das auch in den Folgejahren Bestand hatte. Die anti-neoliberale Stoßrichtung in seiner politischen Orientierung erklärt sich aus dem starken Einfluss, den neoliberale Politiken auf diesen Sektor hatten. Sein kämpferischer Charakter zeigt sich auch in den Zahlen der Arbeitskonflikte der Jahre zwischen 1980 und 2003. 17 % aller Arbeitskonflikte wurden durch die gewerkschaftlichen Vertretungen der LehrerInnen und DozentInnen geführt, was der höchste Wert in diesen Jahren nach demjenigen für Konflikte mit den VertreterInnen der Staatsangestellten ist (Suárez 2005: 12f.).

Die Geschichte des Sektors der LehrerInnen und DozentInnen nach der Rückkehr zur Demokratie 1983 lässt sich grob in drei Phasen einteilen (Suárez 2005). Die erste Phase beginnt in den 1990er Jahren und ist durch jene Gesetze geprägt,

1 In Argentinien sind die Begriffe *maestro* und *docente* gebräuchlich. Dabei kennt das Bildungssystem zahlreiche Hilfstätigkeiten innerhalb der Bildungseinrichtungen, die ebenfalls unter diese beiden Begriffe subsumiert werden. Unter den Begriff »DozentIn« werden bei offiziellen Erhebungen folgende Tätigkeiten gefasst: Leitung und Verwaltung, Lehrtätigkeit vor SchülerInnen, Lehrunterstützung (Ministerio de Educación, Ciencia y Tecnología de la Nación 2004: 14). Allerdings verschwimmen diese klaren Trennlinien im konkreten Arbeitsalltag. Im Folgenden werden Begriffe wie »DozentIn«, »LehrerIn« und »Lehrkraft«, soweit nicht anders deklariert, von mir synonym für die Angestellten von Bildungseinrichtungen auf Ebene der Vor-, Primar-, Sekundar-, und nicht-universitären Hochschulen verwendet. Für eine genauere Definition unterschiedlicher Aufgabenprofile vgl. Ministerio de Educación, Ciencia y Tecnología de la Nación (2004: 12-17).

die das Feld der Auseinandersetzungen in den nachfolgenden Phasen bestimmen werden. Ab 1991 treibt die Regierung unter Carlos Menem systematisch eine Bildungspolitik weiter, die einen unter der letzten Militärdiktatur bereits begonnen Dezentralisierungsprozess des Bildungssystems fortsetzt und im Zuge dessen bildungspolitische Kompetenzen zunehmend auf Provinzebene verschoben werden. Das 1992 erlassene *Ley de Tranferencia de Servicios educativos de nivel medio y superior no universitarios* (24.049) (Transfergesetz der Bildungsangebote im Bereich der Mittelstufe und nicht-universitären Hochschulbildung) übertrug die Verantwortung und Finanzierung der Sekundar- und Hochschulen mit Ausnahme der Universitäten den Provinzen und der Stadt Buenos Aires. Die Primarschulen (*escuelas primarias)* waren unter der Diktatur dorthin transferiert worden.[2] 1993 wurde dann das *Ley Federal de Educación* (24.195) (Bundesbildungsgesetz) erlassen, mit dem das Bildungssystem neu organisiert und seine Privatisierung weiter vorangetrieben wurde, indem private Bildungseinrichtungen mit öffentlichen gleichgestellt wurden und somit der öffentliche Charakter des Bildungssystems infrage gestellt wurde. In eine ähnliche Richtung zielte das 1995 beschlossene *Ley de Educacion Superior* (24.521) (Hochschulgesetz). Zudem initiierte das Bildungsministerium die sogenannte *transformación educativa* (Bildungstransformation), die zahlreiche Maßnahmen vorsah, mithilfe derer die gesetzlich implementierte Umstrukturierung weiter vorangetrieben werden sollte.

Diese Föderalisierung des Bildungssystems hat bis heute starke Auswirkungen auf den Bildungssektor. Die Provinzen sind weiterhin für den Bildungsbereich verantwortlich und somit auch Adressat von Forderungen der Lohnabhängigen des Sektors und deren Interessensvertretungen. Das betrifft sowohl inhaltliche Fragen wie etwa die Gestaltung von Curricula, vor allem aber auch die Tarifverhandlungen.

Der Transfer der Bildungseinrichtungen auf Provinzebene stellte einen wichtigen Kristallisationspunkt der gewerkschaftlichen Kritik dar. Erstens kritisierten die Gewerkschaften die dadurch hervorgerufene systematische Unter- und Entfinanzierung der Bildungseinrichtungen, die insofern zustande kam, als den Provinzen die Bildungseinrichtungen übertragen wurden, ohne adäquate Finanzmittel bereitzustellen. Das wirkte sich negativ auf die Qualität der Bildungseinrichtungen, aber auch die Gehälter der LehrerInnen aus, die von den Provinzen bezahlt werden mussten. Zweitens führte die Dezentralisierung zur Zerstreuung des Widerstands des Sektors, da die Auseinandersetzungen nun auf Provinzebene stattfanden. Damit ging konsequenterweise auch eine Delegitimierung der nationa-

2 In kleinen Schritten beginnt diese Übertragung bereits ab Ende der 1950er Jahre, indem einzelnen Provinzen Schulen überantwortet werden. Die endgültige Föderalisierung vollzieht sich dann jedoch ab 1978 und wird mit den Gesetzen, die zwischen 1992 und 1994 erlassen werden, vollendet. Für eine Übersicht dieser Prozesse vgl. Alvarez (2010: 1-3).

len Gewerkschaftsvertretungen einher. Tatsächlich spiegelt sich diese Zerstreuung auch in der Gewerkschaftslandschaft des Bildungssektors wider. Alles in allem wurde die Politik der Regierung Menem von den Gewerkschaften als ein beabsichtigtes ›Aus-der-Verantwortung-Stehlen‹ interpretiert, welches zudem darauf abzielte, Widerstände zu vereinzeln (Suárez 2005: 38-44).

In der Tat sind die Durchgriffs- und Interventionsmöglichkeiten der nationalen Regierungen seitdem beschränkt, die Regierung kann lediglich die Rahmenbedingungen abstecken, in denen die Ausverhandlungen der Akteure auf Provinzebene stattfinden. Das muss etwa bei der Auswertung von Zahlen hinsichtlich der Streik- und Protestaktivitäten des Sektors berücksichtigt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese erste Phase also vom Widerstand gegen die skizzierten Gesetzgebungen geprägt ist. Dieser findet allerdings noch auf den unterschiedlichen Maßstabsebenen statt, ohne einen gemeinsamen Kohäsionspunkt schaffen zu können. Dies gelingt schließlich in Phase zwei, in der der Konflikt von den Interessensvertretungen erfolgreich auf die nationale Ebene gehoben wird.

Die zweite Phase der Auseinandersetzungen im Bildungsbereich lässt sich in der Zeit zwischen 1997 und 2000 verorten. Suárez (2010, 2005) spricht hier von einer Nationalisierung des LehrerInnenkonflikts. Ferner diagnostiziert er eine qualitative Veränderung der sozialen Konfliktivität ab 1995. Diese Veränderung bestand darin, dass sich die Auseinandersetzungen aus dem gewerkschaftlichen Feld im engen Sinne hinein in das Feld allgemeiner sozialer Auseinandersetzungen verschoben. Die Anzahl der Konflikte verringerte sich zwar; dafür bekamen diese aber eine neue Qualität hinsichtlich ihrer medialen Präsenz sowie der in ihnen zum Tragen kommenden Protestformen. Seinen emblematischsten Ausdruck fand der Widerstand in der von 1997 bis 1999 vor dem Kongress installierten *carpa blanca* (weißen Zelt) (Suárez 2005: 14f.).

Initiiert wurde die Installation der *carpa blanca* von der CTERA. Die weiße Farbe des Zelts war eine Referenz einerseits auf die *marcha blanca* (den weißen Marsch) von 1988, zu dem ebenfalls die CTERA im Anschluss an einen 40-tägigen nationalen Streik aufgerufen hatte. Andererseits bezog sich die Farbe des Zelts auf die weißen *guardapolvos* – eine Art weißer Kittel, der in Argentinien von den SchülerInnen öffentlicher Schulen getragen wird. Am 2. April 1997 installierte die CTERA das Zelt vor dem Kongress, wo es bis zum 30. Dezember 1999 stand. In ihm fasteten LehrerInnen rotativ für jeweils eine Woche. Während der zweieinhalb Jahre beteiligten sich 1500 LehrerInnen an diesem Fasten. Auch wurden in diesem Zeitraum zahlreiche politische, kulturelle und soziale Aktivitäten in dem Zelt und der näheren Umgebung durchgeführt. Delegationen von Schulen, Kunstschaffenden oder Fußballprofis besuchten die LehrerInnen; es fanden ferner Konzerte und andere Kulturveranstaltungen statt. Zu Beginn stand die Forderung der Gewerkschaft, dass die nationale Regierung einen im Staathaushalt verankerten Fond schaffe und

durch diesen die adäquate Finanzierung der öffentlichen Bildung und der LehrerInnengehälter garantiere (Suárez 2005: 53). Allerdings schuf die *carpa blanca* auch einen Debattenraum, in dem die Frage nach öffentlicher Bildung und darüber hinaus ganz grundlegend die neoliberale Politik der Regierung Menems thematisiert wurden (Suárez 2005: 23f.). Obwohl diese Kampfmaßnahme in der Retroperspektive ein zentraler Kristallisationspunkt des Widerstands gegen die Regierung war, erfolgte ihre Aufhebung erst mit der nachfolgenden Regierung unter Fernando de la Rúa.

Von 2000 bis 2003 kommt es in einer dritten Phase zur Reprovinzialisierung des Konflikts, in deren Verlauf die Teilkonflikte wieder stark die Charakteristika der jeweiligen Provinz annehmen (Suárez 2005: 88-170). Nach der Einigung mit der neuen Regierung hatte die CTERA die *carpa blanca* abgebaut. Mit der Allianz-Regierung unter Fernando de la Rúa war zunächst die Hoffnung aufgekommen, dass die Regierung eine andere Bildungspolitik verfolgen und sie ganz grundsätzlich eine Abkehr vom neoliberalen Paradigma einleiten würde. Einige Führungspersonen des Widerstands aus den Vorjahren beteiligten sich sogar aktiv an der Regierung. Allerdings wurde relativ schnell klar, dass die neue Regierung die neoliberale Einsparungs- und Arbeitsmarktpolitik fortsetzen würde (Suárez 2005: 88f.). Nachdem sich die soziale Lage allgemein, d.h. nicht nur im Bildungssektor, kontinuierlich zuspitzte, verschob sich die Rolle des Protagonisten auch zunehmend weg von der CTERA als Repräsentation eines Sektors hin zu den Dachverbänden der CTA und des dissidenten Teils der CGT (Suárez 2005: 99f.).

10.2 Materielle und institutionelle Einbindung des Bildungssektors

Bereits unmittelbar nach seiner Amtsübernahme markierte Néstor Kirchner symbolisch, dass seine Regierung den kämpferischen Bildungssektor in ihr Regierungsprojekt integrieren wolle. Am 25. Mai 2003 war der neue Präsident angelobt worden. Zwei Tage später reiste er – zunächst ohne die Öffentlichkeit zu informieren – mit einer sehr kleinen Delegation, zu der unter anderem der damalige Bildungsminister Daniel Filmus gehörte, nach Entre Rios, um den dortigen Konflikt zwischen DozentInnen und Provinzregierung beizulegen. Seit drei Monaten hatte dort kein Unterricht stattgefunden, weil die Provinz mit den Lohnzahlungen bis zu zwei Monaten im Verzug war. Am 27. Mai konnte der Konflikt schließlich beigelegt werden, da die Regierung der Provinz Mittel von 80 Millionen Peso (zu diesem Zeitpunkt ca. 24 Mio. Euro), für die sie bei der Weltbank einen Kredit aufgenommen hatte, sowie Unterstützung beim Aufholen der entfallenen Lehrinhalte zusagte. Vom Bildungsminister Filmus und den nationalen Medien wurde das Vorgehen Kirchners unisono als Zeichen interpretiert, dass die Bildung

und der Dialog mit den LehrerInnengewerkschaften eine Priorität der neuen Regierungsagenda sei (Obarrio 2003; Rodríguez 2003).

Diese Agenda zeigte sich dann auch in den nächsten Jahren. Vier Gesetze im Bereich der Bildungspolitik sind für den Zeitraum zwischen 2003 und 2015 auf nationaler Ebene zentral (in chronologischer Reihenfolge): das im Februar 2005 erlassene Dekret 137/2005, welches das 1991 erlassene Pensionsgesetz (24.016) wieder in Kraft setzte; das *Ley de Educación Tecnico Profesional* (LETP) (26.058) (Gesetz berufstechnischer Bildung), verabschiedet im September 2005; das *Ley de Financiamiento Educativo* (LFE) (26.075) (Bildungsfinanzierungsgesetz) des Dezembers 2005 und schließlich das *Ley de Educación Nacional* (LEN) (26.206) (Nationales Bildungsgesetz), das im Dezember 2006 verabschiedet wurde (s. Tabelle 9). Dabei sind vor allem die letzten beiden von besonderer Relevanz, da sie die 1992/93 etablierte Umstrukturierung des Bildungssystems in Teilen modifizierten und die nationale Regierung als (Verhandlungs-)Akteur im Feld der Bildungspolitik reetablierten.

Zu diesen Kerngesetzen kommen das ab 2004 wirksame Gesetz 25.864, welches ein Minimum von 180 Schultagen festlegt, und das im gleichen Jahr verabschiedete Gesetz 25.919 hinzu, das den Fortbestand des 1998 beschlossenen *Fondo Nacional de Incentivo Docente* (FONID) (Nationaler Anreizfond für Lehrkräfte) für weitere fünf Jahre garantierte. Der FONID dient dem Ausgleich von Unterschieden im Lohn von DozentInnen unterschiedlicher Provinzen und wird von der Nation bereitgestellt. Darüber hinaus wurde 2006 das Gesetz 26.150 über ein *Programa Nacional de Educacion Sexual Integral* (Nationales Programm integraler Sexualerziehung) beschlossen. Im Nachfolgenden werden diese Gesetze, die für die Zeit des Kirchnerismus maßgeblich sind, analysiert und an ihnen die materiellen und institutionellen Mechanismen der hegemonialen Einbindung aufgezeigt.

Tabelle 9 (Teil 1): Überblick zentrale Gesetze im Bildungssektor zwischen 1991 und 2006

Name/Nummer des Gesetzes	Datum	Zentrale Gesetzesinhalte
Während der Präsidentschaft Carlos Menems beschlossene Gesetze		
Regimen Especial de Prevision Docentes, Nr. 24.016 (Sondervorsorgesystem für Lehrkräfte)	1991	
Ley de Tranferencia de Servicios Educativos de Nivel Medio y Superior no Universitarios, Nr. 24.049 (Transfergesetz der Bildungsangebote im Bereich der Mittelstufe und nicht-universitären Hochschulbildung)	1992	
Ley Federal de Educación, Nr. 24.195 (Bundesbildungsgesetz)	1993	
Sistema Integrado de Jubilaciones y Pensiones, Nr. 24.241 (Integriertes Renten- und Pensionssystem)	1993	
Ley de Solidaridad Previsional, Nr. 24.463 (Gesetz der Vorsorgesolidarität)	1995	
Ley de Educacion Superior (LES), Nr. 24.521 (Hochschulgesetz)	1995	
Fondo Nacional de Incentivo Docente, Nr. 25.053 (FONID) (Nationaler Anreizfond für Lehrkräfte)	1998	
Während des Kirchnerismus beschlossene Gesetze		
Gesetz Nr. 25.864	beschlossen: 04.12.2003 verkündet: 08.01.2004	gesetzliches Minimum von 180 Schultagen
Gesetz Nr. 25.919	beschlossen: 11.08.2004 verkündet: 31.08.2004	Fortsetzung FONID für weitere fünf Jahre
Dekret 137/05	erlassen: 21.02.2005	setzt das im Gesetz Nr. 24.016 (*Régimen Especial de Jubilaciones y Pensiones*) beschlossene Pensionssystem für Lehrpersonal wieder in Kraft

Tabelle 9 (Teil 2): Überblick zentrale Gesetze im Bildungssektor zwischen 1991 und 2006

Während des Kirchnerismus beschlossene Gesetze		
gesetzliches Minimum von 180 Schultagen	beschlossen: 07.09.2005 verkündet: 08.09.2005	- führt technische Schulen als gesonderten Bildungszweig wieder ein - designiert spezielle Mittel von min. 0,2 % des BIP für technische Schulen
Ley de Financiamiento Educativo (LFE), Nr. 26.075 (Bildungsfinanzierungsgesetz)	beschlossen: 21.12.2005 verkündet: 09.01.2006	- Steigerung der Bildungsausgaben auf 6 % bis zum Jahr 2010 (40 % Provinzregierungen; 60 % Nationalregierung) - Kompensationsfond zum Ausgleich von Lohnunterschieden und Verlängerung des FONID - Einführung Nationaler Tarifverhandlungen durch die *Paritaria Nacional Docente* (PND)
Programa Nacional de Educacion Sexual Integral, Nr. 26.150 (Nationales Programm integraler Sexualerziehung)	beschlossen: 04.10. 2006 verkündet: 23.10.2006	- beschließt die Sexualerziehung als Bestand des Curriculums aller Bildungseinrichtungen
Ley de Educación Nacional (LEN), Nr. 26.206 (Nationales Bildungsgesetz)	beschlossen: 14.12.2006 verkündet: 27.12.2006	- bestätigt LETP, LFE, LES - Ziel einer einheitlichen Schulstruktur wird festgelegt - Verankerung der Interessensvertretungen in zahlreichen Institutionen und Aushandlungsgremien - sozialpädagogische Politiken werden gestärkt - ideologisch-programmatische Dimension

Quelle: InfoLEG, eigene Darstellung

10.2.1 *Régimen Especial Para Docentes*

Zum Verständnis des Dekrets 137/2005, mit dem das gesonderte Vorsorgesystem für DozentInnen eingeführt wurde, bedarf es noch einmal einer kurzen Rückschau in die 1990er Jahre. 1991 war das Gesetz Nr. 24.016 beschlossen worden, welches verfügte, dass das bereits im DozentInnen-Statut (Gesetz Nr. 14.473) von 1958 vorgesehene *Régimen Especial de Jubilaciones y Pensiones para el Personal Docente* (Sondersystem von Renten und Pensionen für Lehrpersonal) eingerichtet werden sollte.[3]

3 Im Nachfolgenden geht es lediglich um die Veränderungen im Vorsorgesystem, die für die Lehrkräfte relevant waren. Zeitgleich kam es zu grundsätzlichen Veränderungen im argentinischen Pensionssystem. Für Details dazu vgl. Bertranou et al. (2011).

Das Sondersystem betrifft laut Artikel 1 alle Lehrkräfte, die laut Statut auf den Bildungsniveaus Kindergarten und Vorschule (*nivel inicial*), Primarschule (*primaria*), Sekundar- und technische Schule oder nicht-universitäre Hochschule im öffentlichen oder privaten Bereich tätig sind. Auch wenn es zuvor aufgrund unterschiedlicher Gesetze (Gesetz Nr. 18.037 aus 1969 und Gesetz Nr. 23.895 aus 1990) und Anwendungsproblemen nie dazu kam, ist im Statut eigentlich eine Pension von 82 % des Lohns im Moment des Rentenantritts vorgesehen. Allerdings wurden kurz nach Gesetzbeschluss 1991 die Bildungseinrichtungen den Provinzen unterstellt. In einem weiteren Schritt erließ die Regierung Carlos Menems 1993 per Dekret zunächst das Gesetz Nr. 24.241, welches ein allgemeines *Sistema Integrado de Jubilaciones y Pensiones* (Integrales Renten- und Pensionssystem)[4] implementierte, und dekretierte in weiterer Folge (Dekret 78/1994) die Aufhebung des Sondersystems für Lehrpersonal.

Diese Situation hatte in den nachfolgenden Jahren weitestgehend Bestand; eine radikale Veränderung brachte dann das Dekret 137 im Jahr 2005. Noch bevor die Regierung Cristina Fernández de Kirchner Ende 2008 ganz allgemein das Pensionssystem wieder verstaatlichte und das *Sistema Integrado Previsional Argentino* (SIPA) (Integrale argentinische Vorsorgesystem) implementiert wurde (Gesetz 26.425), dekretierte (137/2005) die Regierung Néstor Kirchners, das vorgesehene Sondersystem für Lehrkräfte einzusetzen. Konkret hatte das zur Folge, dass zum existierenden Gesetz Nr. 24.241 ein Supplement geschaffen wurde. Von speziellem Interesse ist Artikel 4 des Dekrets, in dem festgehalten ist, dass der Kabinettschef entsprechende Anpassungen des Budgets vorzunehmen hat, um die entstehenden Kosten zu tragen, d.h., die Nationalregierung nahm sich hinsichtlich der Finanzierung des Vorsorgesystems selbst in die Verantwortung.

Trotz dieses Versuchs, eine klare gesetzliche Grundlage im Bereich der Vorsorge der LehrerInnen zu schaffen, sorgte die Vielzahl an existierenden Gesetzen und Dekreten weiterhin für Unklarheiten. Die Auslegung einzelner Artikel war umstritten, sodass in weiterer Folge der Oberste Gerichtshof intervenieren musste. Streitpunkt war, ob es sich bei den erneut vorgesehenen 82 % um eine *pensión móvil* (mobile Pension) handelte. *Móvil* bedeutet in diesem Zusammenhang, dass sich der Pensionssatz nach der Lohnhöhe der aktuell Beschäftigten des Sektors richtet. Unklarheit über diese Frage entstand, weil das *Ley de Solidaridad Previsional* (Nr. 24.463) (Gesetz der Vorsorgesolidarität) 1995 beschlossen worden war, d.h. nach

4 Ganz im Zeichen der neoliberalen Hegemonie während der 1990er Jahre wurde mit dem Gesetz ein Mischsystem aus staatlicher und privater Rentenkasse implementiert, das sich am chilenischen Modell orientierte. In den Folgejahren sank der Prozentsatz der Versicherten beträchtlich. Für die Geschichte des argentinischen Vorsorgesystems sowie detaillierte Zahlen vgl. CIFRA 2009.

dem Beschluss des nie wirklich funktionierende Sondersystems für das Lehrpersonal. Ersteres hatte allgemein die Anpassung der Renten außer Kraft gesetzt. 2005 entschied der Oberste Gerichtshof, dass das Gesetz im Sinne von 82 % *móvil* zu interpretieren sei. Nachdem im Verlauf der 1990er Jahre die Pensionskassen der Provinzen in Teilen wieder an das nationale System übertragen worden waren, bedeutete das einen erheblich höheren finanziellen Aufwand, als die nationale Regierung ursprünglich eingeplant hatte (Página/12 2005; Sanchez et al. 2007: 43-46).[5]

10.2.2 *Ley de Educación Tecnico Profesional* (LETP)

Das *Ley de Educación Tecnico Profesional* (LETP) (Nr. 26.058) (Gesetz berufstechnischer Bildung) wurde ebenfalls 2005 beschlossen und zeigt exemplarisch die Veränderung der politischen und ideologischen Ausrichtung der Bildungspolitik im Vergleich zu den 1990er Jahren auf. Im Einklang mit der neoliberalen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik sah das *Ley Federal de Educación* (Bundesbildungsgesetz) von 1993 keine gesonderte Rolle mehr für die technischen Schulen vor und hatte den Bildungstitel des Technikers abgeschafft. Das Wiedereinrichten einer technischen Bildung während des Kirchnerismus steht hingegen im Einklang mit dem Versuch, ein anderes Produktionsmodell zu etablieren. Wie Néstor Kirchner bei der Verabschiedung des Gesetzes 2005 verkündete, sollte das Gesetz die Abkehr von der Vorstellung von Argentinien als »bloßes Dienstleistungsland«[6] repräsentieren.

Das LETP von 2005 führte die technische Schule wieder ein und unterstützt die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Privatsektor und den Schulen in der technischen Ausbildung. Auch sieht es die pädagogische Ausbildung und die Aktualisierung des technischen Wissens der Lehrenden vor. Besonders wichtig sind die Artikel 52 und 53. Diese verfügen die Gründung eines Fonds (*Fondo Nacional para la Educación Técnico Profesional*) (Nationaler Fond berufstechnischer Bildung), der mit jährlich mindestens 0,2 % des BIP ausgestattet wird und Ausrüstung, Instandhaltung und Projekte der technischen Schulen finanziert. Sara Garcia, die Gene-

5 Nachdem die Vorsorgekassen auf Provinzebene verwaltet worden waren, kam es im Zuge der 1990er und 2000er Jahre zu einem teilweisen Rücktransfer auf die nationale Ebene. In anderen Fällen finanzierte die nationale Regierung die Defizite auf Provinzebene, wenn diese im Austausch dafür ihr System mit dem nationalen harmonisierte. Übertragung und Harmonisierung, die jeweils einzeln mit den Provinzen ausgehandelt wurden, geschahen in Etappen und im Rahmen der sogenannten *Pacto Fiscales I & II* (1992; 1993) sowie des *Compromiso Federal* (1999-2000). Zum Zeitpunkt der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes befanden sich die Vorsorgekassen somit sowohl in der Hand von Provinzen (13) als auch der Nation (11). (Sanchez et al. 2007: 49-53)

6 *Palabras del Presidente Néstor Kirchner en el acto de promulgación de la Ley de Educación Técnica y Formación Profesional*, 08.09.2005.

ralsekretärin der Gewerkschaft im Bereich der technischen Schulen, *Asociación de Magisterio de Enseñanza Técnica* (AMET), beschreibt den Fond wie folgt:

> Wir wachsen. Der Stopp, der Stillstand, den wir für einen wichtigen Zeitraum hatten, hatte in Wahrheit weniger mit der Krise 2001 zu tun, sondern mit den 90ern, als sie die Schulen von der nationalen Ebene an die Provinzen transferiert haben […]. Von 2005 an – das ist für mich ein wichtiger Orientierungspunkt, weil in diesem Jahr das Gesetz der technischen Schulen geboren wird. Also von 2005 an, erfahren wir einen neuen Impuls, wir fangen an, die Möglichkeit zu haben, von jeder Provinz zu fordern, dass sie einem nationalen Gesetz nachkommt, was bedeutete, dass jede Provinz ihr eigenes Gesetz der technischen Schulen herausgeben musste – eines, das klarer Weise dem nationalen Gesetzes nicht zuwiderlaufen konnte. Das hat dann wiederum dem nationalen Gesetz weiteres Gewicht verliehen. Aber weißt Du, wodurch der eigentliche Schub kam? Das war nicht wegen des Gesetzes oder der Notwendigkeit einer technischen Bildung, sondern weißt Du, warum? Weil das Gesetz festlegte, dass 0,2 % des BIP für Ausrüstung, für den Kauf von Maschinerie, für Schulung ausgegeben werden muss – an diesem Punkt beginnt die wichtige Verschiebung.[7]

Neben den monetären Mitteln (0,2 % des BIP) spielt für die Interviewte also auch der Durchgriff vonseiten der nationalen Regierung eine wichtige Rolle. Auch wenn diese nur den nationalen Rahmen vorgeben kann, sorgte das Gesetz dafür, dass auf Ebene der Provinzen entsprechende Gesetze verabschiedet und technische Schulen eingerichtet wurden. Laut Garcia waren die Mittel sogar so attraktiv, dass einige Schulen versuchten, sich zu technischen Schulen umzuorientieren, um Infrastruktur und technische Ausstattung zu verbessern.

> Was passiert also in vielen Provinzen? Es gab Mittelschulen, normale Mittelschulen, an denen die Kinder mit normaler Reifeprüfung abschließen, die sagten, »Wir wollen eine technische Schule sein«. Weil sie sahen, dass die nationale Regierung Geld für Ausstattung und den Kauf von Materialien schickte. Das war der Grund …das ist aber kurzlebig, weil die technische Schule sehr speziell ist.[8]

10.2.3 *Ley de Financiamiento Educativo* (LFE)

Das *Ley de Financiamiento Educativo* (LFE) (26.075) (Bildungsfinanzierungsgesetz) ist neben dem *Ley de Educación Nacional* (LEN) (Nationales Bildungsgesetz) das bedeutendste Gesetz des Kirchnerismus im Bildungsbereich. Seine Bedeutung erlangt es dadurch, dass es die Bildungsausgaben für die nächsten fünf Jahre auf bis zu 6 %

7 Interview Sara Garcia, 12.05.2016.
8 Interview Sara Garcia, 12.05.2016.

mit dem Ziel erhöhte, die Anzahl und Vergütung des Lehrpersonals zu verbessern. Entscheidendes Mittel hierzu war die Einführung nationaler Tarifverhandlungen.

Am 21. Dezember 2005 beschlossen, sind in ihm elf Ziele für die Bildungspolitik für einen Zeitraum von fünf Jahren, d.h. bis Ende 2010, formuliert. Darunter finden sich Zielsetzungen, wie eine Einschulungsrate von 100 % für Kinder ab fünf Jahren, eine universelle Schulausbildung von mindesten zehn Jahren oder Argentinien zu einem Land ohne Analphabetismus zu machen. Ferner sind hier bereits folgende Ziele formuliert: den Einsatz von Kommunikationstechnologien in der Schulbildung kontinuierlich zu steigern, die technische Bildung zu stärken sowie SchulabbrecherInnen auf Ebene der Sekundarschule wieder in den Bildungsbetrieb zu inkludieren. Diese Ziele wurden später im LEN weiter ausgearbeitet und in einen allgemeinen ideologisch-programmatischen Rahmen gegossen. Für die hier verfolgte Fragestellung ist vor allem Artikel 2 i) von Bedeutung und die Mittel, mit deren Hilfe die in ihm definierten Ziele erreicht werden sollen. Der Artikel hält als eine zukünftige Priorität für den Bildungsbereich fest: »Die Arbeits- und Lohnbedingungen der Dozenten auf allen Ebenen des Bildungssystems, die Hierarchisierung der Dozentenlaufbahn sowie die Qualität der Aus- und Weiterbildung der Dozenten zu verbessern.« (Artikel 2 i)·

Das Gesetz definiert drei Werkzeuge, mit deren Hilfe die festgelegten Ziele erreicht werden sollen: erstens eine allgemeine Steigerung der Bildungsausgaben, zweitens das Fortführen und Einrichten von Kompensationszahlungen durch die nationale Regierung an die Provinzregierungen und drittens jährliche nationale Tarifverhandlungen.

Hinsichtlich der Bildungsausgaben sieht das Gesetz eine stetige Steigerung in den nachfolgenden fünf Jahren (bis 2010) auf bis 6 % des BIP vor (Art. 3), wobei im Falle eines sinkenden BIP diese Quote niemals unter den Wert von 2005 fallen dürfe (Art. 12).

Diese 6 % sollen dabei allerdings nicht allein durch die nationale Regierung aufgebracht werden, vielmehr übernimmt sie, wie das Gesetz definiert, 40 % der Finanzierung, während 60 % durch die Provinzregierungen und die *Ciudad Autónoma de Buenos Aires* (CABA) (Autonome Stadt Buenos Aires) aufgebracht werden müssen (genaue Kalkulation Art. 4, 5)[9]. Während das Gesetz relativ unpräzise festlegt, dass die 40 % vonseiten der nationalen Regierungen dem universitären Bereich und der Forschung zukommen sollen, definiert es für die vorgesehenen 60 % der Provinzen und der CABA die Prämissen:

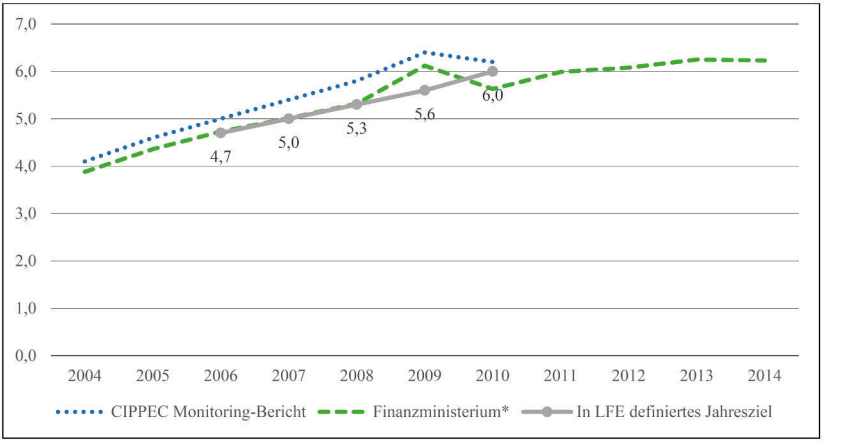
> Diese Erhöhung wird prioritär aufgewendet, um i) die Entlohnung der Dozenten zu verbessern, ii) die jeweiligen existierenden Organigramme anzupassen, mit

9 Das Gesetz definiert in Art. 4 folgende Zielsetzungen für die nachfolgenden Jahre: 2006: 4,7 %; 2007: 5,0 %; 2008: 5,3 %; 2009: 5,6 %; 2010: 6,0 %.

dem Ziel, der wachsenden Schülerzahl gerecht zu werden, iii) die Dozentenlaufbahn zu hierarchisieren, um die Aus- und Weiterbildung zu garantieren, mit dem Ziel, die Qualität der Bildung zu verbessern. (Art. 5)

Konkret definiert der Artikel also, dass die zusätzlichen Mittel dahingehend verwendet werden sollen, die Vergütung der Lehrkräfte zu verbessern, ihre Anzahl zu erhöhen sowie die LehrerInnen-Laufbahn und ihre Weiterbildung auszubauen und zu garantieren. Soweit die gesetzlichen Festlegungen, die das LFE einführte. Wie schlug sich dieses konkret nieder?

Abbildung 6: Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP (in %), 2004-2014



Quelle: Bezem et al. 2012, Finanzministerium, LFE, eigene Darstellung, *nach INDEC-Revision 2015

Analysiert man die Bildungsausgaben, zeigt sich, dass der Anteil am BIP für Bildungsausgaben in den Jahren von 2003 bis 2015 eine klare Steigerung erfährt (s. Abbildung 6). Das Monitoring des LFE kommt in seinem abschließenden Bericht von 2012 zu dem Schluss, dass die gesetzten Ziele erreicht worden seien (Bezem et al. 2012). Revidierte Zahlen nach dem Regierungswechsel 2015 zeigen zwar einen kleinen Einbruch für die Jahre 2010 und 2011, bestätigen aber den kontinuierlichen Anstieg und die Tendenzen, die auch der vorherige Bericht des Monitorings konstatiert. Ebenfalls zeigt die Analyse, dass ein Großteil der Ausgaben (ca. 80 %) wie vorgesehen für Personalkosten aufgewendet wurde (Ministerio de Educación y Deportes de la Nación 2015).

Hinsichtlich der Anzahl der Lehrkräfte können der *Censo Nacional Docente* 2004 (CND) (Nationaler Dozentenzensus 2004) sowie die jüngsten Zahlen aus dem *Censo Nacional del Personal de los Establecimientos Educativos* 2014 (CENPE) (Nationaler Zen-

sus des Personals in Bildungseinrichtungen 2014) für die Analyse herangezogen werden. Nicht immer sind die Zahlen der beiden Studien vergleichbar, da in ihnen unterschiedliche Kategorien definiert und erhoben wurden. Trotzdem lässt sich im Zeitraum von 2004 bis 2014 ein Anstieg der absoluten Zahlen der in Bildungseinrichtungen Beschäftigten feststellen.[10] Wurden beim Zensus von 2004 noch 825.250 Beschäftige gezählt, waren es 2014 bereits 1.181.872.[11] Allerdings erfasst der Zensus von 2014 alle in den Bildungseinrichtungen Beschäftigte, d.h. auch rein administratives Personal sowie Reinigungs- und Hilfskräfte.[12] Die Anzahl an DozentInnen lag bei 953.275[13], womit die Zahl der DozentInnen um 15,5 % in der Zeit zwischen den beiden Erhebungen anstieg.

Der Anteil an Frauen liegt dabei gleichbleibend leicht über drei Vierteln (77,7 %) der Angestellten in diesem Sektor. 79,2 % arbeiteten 2014 in staatlichen Bildungseinrichtungen, während 27,3 % in privaten tätig waren, was eine gleichbleibende Verteilung im Vergleich zu 2004 anzeigt. Was die Altersstruktur betrifft, so ist der Großteil der DozentInnen im Alter zwischen 35 und 54 Jahren. Den größten Zuwachs in der betrachteten Periode hat die Gruppe der 45- bis 54-Jährigen (s. Tabelle 10).[14] InterviewpartnerInnen berichten von den Effekten des, weiter oben bereits beschriebenen, 2005 beschlossenen Vorsorgesystems (Gesetz 24.016): Die Möglichkeit der Pensionierung habe für jüngere Leute die Möglichkeit geschaffen, in den Laufbahnstrukturen des Bildungswesens vorzurücken, und diese damit wieder attraktiver gemacht. Die Zahlen scheinen diese Wahrnehmung zunächst nicht zu bestätigen. Allerdings fehlt es hier an einer genaueren Aufschlüsselung für den CENPE 2014 (s. Fußnote 14, Kapitel 10). Auffällig hinsichtlich der gestiegenen Zahl an Lehrkräften ist in jedem Fall, dass vor allem der Anteil der im Bereich der *educación inicial* (Vorschule sowie Kindergarten bis zum Alter von fünf Jahren) und der

10 Wie sich in Kapitel 8 gezeigt hat, gilt dies jedoch nicht für ihren Anteil an der Gesamtheit der Lohnabhängigen. Dieser geht minimal zurück.

11 Es handelt sich nicht um die absolute Anzahl, da Personen, die in mehreren Einrichtungen tätig sind, doppelt gezählt wurden. Gleiches gilt hinsichtlich ihrer Funktionen und der Schulniveaus, auf denen sie tätig sein. Da die beiden Zensus hier allerdings gleich verfahren, lassen sich durch den Vergleich Tendenzen ausmachen.

12 Für eine genaue Definition der unterschiedlichen Funktionen, Niveaus und Anstellungsverhältnisse vgl. Ministerio de Educación (2004: 12-17).

13 Unter den Begriff der DozentInnen fassen die Zensus das Personal, das in folgenden Bereichen tätig ist: Leitung und Verwaltung, Lehrtätigkeit vor SchülerInnen, Lehrunterstützung (Ministerio de Educación, Ciencia y Tecnología de la Nación 2004: 14).

14 Für den CENPE 2014 liegen bis heute nur vorläufige Ergebnisse vor. Auf mehrfache Anfrage an die*Dirección Nacional de Información y Estadistica Educativa* hin wurden mir zwar vorläufige Ergebnisse und Berichte übermittelt, diese enthalten aber keine endgültigen Zahlen. Sie ermöglichen einen Vergleich mit 2004, sind aber bei weitem nicht so detailreich wie der ausgewertete CND von 2004 (vgl. Ministerio de Educación, Ciencia y Tecnología de la Nación 2004).

Primarschule (seit der Reform durch das LEN bis inklusive des 11. Ausbildungsjahres) Beschäftigten gestiegen ist (s. Tabelle 11).

Tabelle 10: Altersstruktur der LehrerInnen, 2004 und 2014 (in %)

Alter	CND 2004	CENPE 2014
< 25 Jahre	4,2 %	4,3 %
25-34 Jahre	23,8 %	21,1 %
35-44 Jahre	33,5 %	34,0 %
45-55 Jahre	19,9 %	29,1 %
55-64 Jahre	8,5 %	10,0 %
> 64 Jahre	1,4 %	1,6 %
Keine Information	8,7 %	0,0 %

Quelle: Ministerio de Educación 2004, CENPE 2014 Segundo Informe

Tabelle 11: Anteil an Lehrkräften in den vier Bildungsstufen, 2004 und 2014 (in %)

	Vorschule	Primarschule	Sekundarschule	Hochschule
CND 2004	11,4 %	37,8 %	44,5 %	7,5 %
CENPE 2014	17,1 %	42,1 %	46,4 %	9,7 %
Veränderung	5,7 %	4,3 %	1,9 %	2,2 %

Quelle: CENPE 2014 Segundo Informe

Das Gesetz etabliert zudem ein Kompensationsprogramm (*Programa Nacional de Compensación Salarial Docente*) der nationalen Regierung mit dem Zweck, einerseits die Lohnunterschiede zwischen Einstiegsgehältern und den Löhnen von Lehrkräften in höherem Dienstalter (*antigüidad*) auszugleichen und andererseits den Differenzen zwischen unterschiedlichen Provinzen entgegenzusteuern. Durch die wirtschaftliche Ungleichheit liegt in wirtschaftlich schwächeren Provinzen das Einstiegsgehalt mancher Lehrkräfte sogar unter dem gesetzlichen Mindestlohn. Das Kompensationsprogramm sieht die Aufstockung der Löhne im Falle jener Provinzen vor, die Finanzierungsprobleme haben. Um welche Provinzen es sich dabei handelt, wird jährlich bestimmt. 2016 waren es beispielsweise sieben Provinzen (Corrientes, Jujuy, Missiones, Formosa, San Juan La Rioja, Santiago del Estero), an die der Fond ausgezahlt wurde.

Ebenso verlängert das LFE den Fortbestand des *Fondo Nacional de Incentivo Docente* (FONID) (Nationaler Anreizfond für Lehrkräfte). Der FONID geht auf das Gesetz 25.053 aus dem Jahr 1998 zurück und ist eines der erkämpften Ergebnisse der in Kapitel 10.1 beschriebenen Mobilisierungen. Die Gewerkschaften konnten da-

mals durchsetzen, dass der FONID von der nationalen Regierung geschaffen wurde, um auch nach dem Transfer der Bildungsinstitutionen an die Provinzregierungen die LehrerInnengehälter zu garantieren. Über den FONID wird eine Extrazahlung an die DozentInnen pro Posten (jedoch max. zwei Extrazahlungen) finanziert. Zu Beginn legte das Gesetz die Finanzierung des Fonds durch eine Steuer auf Automotoren fest, diese Art der Finanzierung wurde jedoch bereits im Jahr nach seiner Einführung zurückgenommen, sodass der FONID seitdem aus dem Staatshaushalt finanziert wird. Ursprünglich als Ad-hoc-Antwort konzipiert,[15] wurde seine Existenz in den Folgejahren immer wieder verlängert (letztmalig 2004, Gesetz Nr. 25.919). Auch blieb er nach dem LEN bestehen, das den FONID in Artikel 117c regelt.

10.2.4 *Paritaria Nacional Docente* (PND)

Einige der weitreichendsten Folgen hatte Artikel 10 des Gesetzes. Er bietet die Grundlage für die nationalen Tarifverhandlungen. Im Detail legt der Artikel fest:

> [Dass] das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie gemeinsam mit dem Bundesrat für Kultur und Bildung sowie den Dozentengewerkschaften mit nationalem Vertretungsanspruch eine Rahmenvereinbarung vereinbart, die allgemeine Richtlinien beinhalten wird in Bezug auf: a) Arbeitsbedingungen, b) Schuljahr, c) Mindestlohn von Dozenten und d) Dozentenlaufbahn.

Das Gesetz legt also fest, dass das entsprechende Ministerium der nationalen Regierung (Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie) mit den anerkannten gewerkschaftlichen Repräsentationsorganen der Beschäftigten des Sektors die Rahmenbedingungen hinsichtlich ihrer Arbeitsbedingungen, des Schuljahrs, des Mindestlohnes sowie die Gestaltung der LehrerInnenlaufbahn ausverhandelt.

Diese Fragen wurden ab 2008 in den nationalen Tarifverhandlungen den *Paritaria Nacional Docente* (PND) verhandelt. Allerdings bedurfte es, nachdem das LFE beschlossen worden war, weiterer Auseinandersetzungen, bis die Tarifverhandlungen schließlich mittels des Dekrets 457/2007 reguliert und für 2008 erstmalig einberufen wurden. Im Dekret werden seine nationale Reichweite, seine Modalitäten und die berechtigten VerhandlungsteilnehmerInnen definiert. Letztere setzten sich proportional aus VertreterInnen der fünf Gewerkschaften mit nationaler Rechtspersönlichkeit (CTERA, UDA; CEA; SADOP; AMET – s. Exkurs unten), VertreterInnen des Bildungsministeriums sowie der Provinzregierungen zusammen.

Tabelle 12 zeigt die jeweiligen Verhandlungsergebnisse für die Jahre zwischen 2005 und 2015. In den PND wird der Mindestlohn für DozentInnen festgelegt, der

15 Der Gesetzestext sah ursprünglich vor, dass der Fond »mit Notfallcharakter und für den Zeitraum von fünf (5) Jahren« geschaffen wird (Art.1 Gesetz Nr. 25.053, 1998).

eine Untergrenze (*piso*) bildet, von der ausgehend im Anschluss auf Provinzebene weiterverhandelt wird. Bereits ab 2005, d.h. vor der Verabschiedung des LFE, legte die Regierung in den Jahren 2005 bis 2007 eine solche Untergrenze fest; ab 2008 wurden dann die Verhandlungen zwischen denen im Gesetz vorgesehenen Akteuren aufgenommen. Allerdings kam es nicht immer zu Ergebnissen. Artikel 7 des Dekrets 457/2007 legt fest, dass die Partner in »gutem Glauben« verhandeln müssen und, nachdem 2012 und 2013 keine Verhandlungsabschlüsse erzielt werden konnten, schloss die Regierung die Verhandlungen per Resolution.

Tabelle 12 (Teil 1): Verhandlungsergebnisse nationale Tarifverhandlungen (Paritaria Nacional Docente – PND), 2005-2015

Jahr	Verhandlungsergebnis	Datum	Abschlussmodalität
2005	ARG$ 700 (inkl. FONID)		von Regierung festgelegte Untergrenze
2006	ARG$ 840 (inkl. FONID)		von Regierung festgelegte Untergrenze
2007	ARG$ 1.040		von Regierung festgelegte Untergrenze
2008	ARG$ 1.290 (ab 01.03.2008)	22.02.2008	Übereinkommen
2009	- ARG$ 1.490 (ab 01.03.2009); - 3 Extraquoten FONID zu ARG$ 110 (in 6 Quoten ab Juli); - Fortsetzung *Regimen Previsional Especial Para La Movilidad Docente*	23.02.2009	Übereinkommen
2010	- ARG$ 1.740 (ab 01.03.2010); - ARG$ 1.840 (ab 01.07.2010); - Erhöhung FONID von ARG $110 auf ARG$ 165 pro Lehrauftrag (ab 01.01.2010)	17.02.2010	Übereinkommen
2011	- ARG$ 2.250 (ab 01.03.2011); - Erhöhung FONID ARG$ 50 und Einmalzahlung FONID ARG$ 240 (in sechs Quoten); - *Plan de Vivienda Docente* (Eigenheimprogramm für DozentInnen); - Min. drei Versammlungen zwischen Regierung und Interessensvertretungen hinsichtlich der Arbeitskonditionen	22.02.2011	Übereinkommen

Tabelle 12 (Teil 2): Verhandlungsergebnisse nationale Tarifverhandlungen (Paritaria Nacional Docente – PND), 2005-2015

Jahr	Verhandlungsergebnis	Datum	Abschlussmodalität
2012	ARG$ 2.800 (ab 01.03.2012, inkl. FONID)	05.03.2012	Verhandlungen scheitern – per Resolution des Bildungsministeriums (229/2012) festgelegt
2013	- ARG$ 3.248 (ab 01.03.2013); - ARG$ 3.332 (ab 01.09.2013); - ARG$ 3.416 (ab 01.12.2013); - FONID bleibt bei ARG$ 255	15.02.2013	Verhandlungen scheitern – per Resolution festgelegt (Expedient Nr. 1243441/07 des Arbeitsministeriums) vgl. CGECSE (2014)
2014	- ARG$ 4.000 (ab 01.03.2014); - ARG$ 4.400 (ab 01.08.2014); - FONID bleibt bei ARG$ 255	31.03.2014	Übereinkommen
2015	- ARG$ 5.400 (ab 01.03.2015); - ARG$ 5600 (ab 01.08.2015); - Erhöhung des FONID auf ARG$ 510; - Beitrag für didaktisches Material, wenn Lohn unter ARG$ 5.400 liegt	27.02.2015	Übereinkommen

Quelle: InfoLEG, Ministerio de Educación, CGECSE-informes, eigene Darstellung

Dies ist wenig verwunderlich, handelt es sich hierbei doch um jene Jahre, in denen sich die wirtschaftliche Krise in Argentinien deutlich bemerkbar machte. Lag das Wirtschaftswachstum 2011 bei 6,0 % (INDEC-alt sogar 8,4 %), stellen 2012 und 2013 die Jahre mit dem niedrigsten BIP-Zuwachs während des gesamten Kirchnerismus dar. 2012 schrumpfte die Wirtschaft um – 1,0 %, und 2013 lag das Wachstum bei nur 2,4 % (s. Abbildung 1, Kapitel 7). Laut dem *Observatorio del Derecho Social* (2014) der CTA sind diese Jahre, in denen die Regierung die Verhandlungen einseitig beschloss, auch jene, in denen der Reallohn im Bildungssektor fiel (2012: –3,8 %; 2013: –6,6 %).

Die hegemoniepolitische Bedeutung der PND ist nicht zu unterschätzen. Aus Sicht der Lohnabhängigen des Sektors stellen sie die bedeutendste Errungenschaft der Jahre unter dem Kirchnerismus dar, wie sich in den Interviews zeigt:

> Also, die Sache mit den Tarifverhandlungen war für uns ein gigantischer Erfolg, dieses »Gut, die kommen mit einer Erhöhung«. Ja, die Inflation ist ein Frust, aber mein Lohn läuft mit […]. D.h., die Diskussion veränderte sich von »Gibt es eine Gehaltserhöhung oder nicht?« zu »Wie hoch ist die Erhöhung?« Und das ist eine gigantische Veränderung.[16]

16 Interview Luciana, 06.06.2016.

Wie Luciana berichtet, transformierte sich die Lohnfrage aus Sicht der DozentInnen von der Hoffnung auf eine Erhöhung in eine Diskussion über die Höhe. Der Umstand allein, dass es eine jährliche Lohnerhöhung geben werde, stand von nun an nicht mehr zur Diskussion, sondern war selbstverständlich: »Wir konnten die Höhen diskutieren, aber niemals stand die jährliche Erhöhung zur Diskussion.«[17] Die Erhöhungen machten sich für die Beschäftigten auch auf Ebene des Alltags – vor allem hinsichtlich ihrer Konsummöglichkeiten – bemerkbar.

> Du verlierst keine Kaufkraft, ganz konkret, du verlierst sie nicht. Wenn die Erhöhung kam […], das hast du gesehen und genossen, wenn die Erhöhung ab März kam. Ausgezahlt wurde im April. Das war schön, »Schau jetzt kann ich …«»[18]

Und auch Carolina resümiert ganz allgemein hinsichtlich der PND und deren Auswirkungen auf den Alltag der Lehrkräfte sowie der Entwicklungen des Sektors während des Kirchnerismus:

> Ich glaube, die größte Auswirkung gab es bei den Löhnen. Der Kirchnerismus hat darauf gesetzt, dass wir jedes Jahr, es gab viele Jahre, in denen wir eine Erhöhung von 24-26 % in den nationalen Tarifverhandlungen hatten und in unserer Jurisdiktion hatten wir 30 %. […] Also die Arbeiter haben eine zentrale Rolle gespielt, weil sie mit ihren Löhnen konsumieren konnten, sie konnten sich ein Auto kaufen, in Urlaub fahren – nicht bloß an die Küste, sondern andere Orte kennenlernen, in ein anderes Land auf Urlaub fahren, ein Apartment kaufen, ein Haus. Jeder Arbeiter, inklusive der Arbeiter im Bildungsbereich, inklusive jener, die, sagen wir mal, in einer bescheideneren wirtschaftlichen Situation sind, jeder hat seine Situation verbessert in diesen zwölf Jahren.[19]

Wie im Gesetz festgelegt, werden in den PND allerdings nicht nur Lohnfragen, sondern auch Arbeitsbedingungen und Aspekte der Laufbahn als DozentIn verhandelt. Diese neuen Regulierungen wurden ebenfalls als überaus positiv von den DozentInnen wahrgenommen, wie Carlos berichtet:

> Ich meine bei den Tarifverhandlungen geht es nicht nur ums Geld, sondern auch um die Arbeitsbedingungen […]. Du bekommst all diese Stunden zugeteilt und sagst dir »Du wirst in dieser Schule da sein«. Das sind Arbeitsbedingungen, die in den Tarifverhandlungen ausverhandelt werden. Das ist auch sehr wertvoll. Themen wie Arbeitssicherheit, die Frage der Kindergärtnerinnen, Fragen des Baus von Schulen, die sanitären Einrichtungen, die Treppen, Aufzüge. In den Tarifverhandlungen diskutiert man alles, nicht nur das Geld. Deshalb denke ich, dass das

17 Interview Luciana, 06.06.2016.
18 Interview Luciana, 06.06.2016.
19 Interview Carolina, 13.05.2016.

> irgendwie leiwand (*piola*) ist, und es sind nationale Tarifverhandlungen. Das ist auch wichtig, dass sie das ganze Land angleichen.[20]

Vorstöße in Bezug auf Fragen der Arbeitsbedingungen, Weiterbildung usw. wurden vor allem, nachdem das Prozedere der PND eingespielt war, speziell aber im Jahr 2011 gemacht, wie sich in den Verhandlungsergebnissen zeigt (s. Tabelle 12). Die wirtschaftliche und politische Situation in den Folgejahren scheint aber weitergehenden Schritten in diese Richtung im Wege gestanden zu haben. Noch einmal sei in Erinnerung gerufen, dass 2012 und 2013 die Verhandlungen per Dekret beendet wurden, weil keine Einigung erzielt werden konnte. Die Logik aus Sicht der Gewerkschaften beschreibt etwa die Generalsekretärin der AMET:

> Wenn wir uns dann auf ein Lohnminimum geeinigt hatten, war die Herausforderung, über dieses noch hinaus zu gehen. Und dabei ging es darum zu schauen, ob wir nicht nur den Lohn aller in den Tarifverhandlungen zum Thema machen können, sondern auch die Verpflichtung der Staaten aus- und fortzubilden.[21]

Gleichwohl berichtet sie, dass sich die Lohnfrage als Kern der PND etabliert hat, auch wenn die Gewerkschaften teilweise gerne weitergehende Fragen verhandelt hätten:

> Die Tarifverhandlungen loszulösen von der Lohnthematik allein, ist eine wahre Herausforderung. Und um ehrlich zu sein, werden wir ziemlich arbeiten müssen, es muss uns mehr als eine Idee in den Sinn kommen, die Neuronen müssen Synapsen bilden, sonst werden wir diesbezüglich nicht vorankommen.[22]

Wie wirkten sich die Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene tatsächlich auf das Lohnniveau des Sektors aus? Dabei ist vorrauszuschicken, dass das Lohnsystem in den argentinischen Bildungseinrichtungen überaus komplex ist und zudem je nach Provinz variiert. Es kennt unterschiedliche Anstellungshierarchien, aber auch verschiedene Entlohnungsformen (Anstellung oder Stunden) je nach Bildungsstufe. Zudem hängt der Lohn vom Dienstalter ab, das wiederum je nach Provinz unterschiedlich geregelt ist. Ein allumfassender Vergleich ist somit schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Um trotzdem Lohnentwicklung und grundsätzliche Tendenzen ermitteln zu können, zieht die offizielle Stelle des Bildungsministeriums (*Coordinación General de Estudio de Costos del Sistema Educativo* – CGECSE) die Kategorie *maestros de grados* mit einem Dienstalter von zehn Jahren heran, die sie als die repräsentativste Kategorie ansieht (CGECSE 2014: 3).

---

20 Interview Carlos, 10.05.2016.
21 Interview Sara Garcia, 12.05.2016.
22 Interview Sara Garcia, 12.05.2016.

Tabelle 13: Nominallohnentwicklung mastro de grado mit zehn Dienstjahren (in ARG$), 2003-2015

	2003	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**	**2009**
Nominallohn Santa Cruz	1.013	1.363	1.463	1.946	3.274	4.345	4.400
Durchschn. Nominallohn*	664	839	1.048	1.268	1.652	2.129	2.445
Nominallohn Santiago del Estero	752	877	965	1.202	1.429	1.584	1.939
	2010	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**Durchschn. jährliche Wachstumsrate**
	5.193	6.540	6.540	8.919	13.814	17.802	24,7 %
	2.946	3.815	4.623	5.875	7.908	10.572	23,7 %
	2.459	2.908	3.674	4.150	5.053	6.569	18,1 %

Quelle: CGECSE-informes, eigene Darstellung, * Alle Provinzen und Autonome Stadt Buenos Aires

Tabelle 13 zeigt beispielhaft die extremen Lohnunterschiede zwischen den argentinischen Provinzen. Santa Cruz steht dabei für die Spitzengruppe, während Santiago del Estero jene Provinzen repräsentiert, die sich am unteren Ende der Lohnskala befinden. Alle Provinzen konnten während der betrachteten Jahre indes zwischen 18,1 % (Santiago del Estero) und 25,9 % (Misiones) an Nominallohnzuwachs verzeichnen. Vergleicht man die Zuwächse mit den Inflationsraten der entsprechenden Jahre (Kapitel 7) lässt sich feststellen, dass die Lohnzuwächse diese in den meisten Jahren übersteigen und somit für den gesamten Zeitraum zwischen 2003 und 2015 eine Steigerung bei den Löhnen der Lehrkräfte stattgefunden hat.

Exkurs: Die Fünf Gewerkschaften in der PND

Der Bildungssektor ist wie große Teile der argentinischen Gewerkschaftslandschaft durch eine starke Fragmentierung gekennzeichnet. Neben den zahlreichen Organisationen überlagern sich darüber hinaus unterschiedliche räumliche, d.h. nationale und provinziale Logiken, sowie politische und innergewerkschaftliche Dynamiken, die häufig in einem Spannungsverhältnis zueinanderstehen (Perazza/Legarralde 2007b). Dies hat einerseits historische Gründe, ist andererseits aber auch Folge der beschrie-

benen neoliberalen Umstrukturierungen, die wichtige Kompetenzen im Bildungsbereich auf die Ebene der Provinzen verschoben haben.

Grundsätzlich sieht das argentinische Gewerkschaftsrecht keine Einschränkung bei der Bildung von Gewerkschaften vor, allerdings erteilt es derjenigen Gewerkschaft das Verhandlungsrecht, welche in ihrer Branche und Jurisdiktion die meisten Mitglieder repräsentiert. Das Gesetz, welches die gewerkschaftliche Organisierung regelt (23.551), sieht in Artikel 11 drei Ebenen der gewerkschaftlichen Organisierung vor: Gewerkschaften und Unionen (*sindicatios, uniones*) ersten Grades, in denen sich die einzelnen Mitglieder organisieren; Föderationen (*federaciones*) zweiten Grades, die wiederum Assoziationen ersten Grades gruppieren; und schließlich einen dritten Grad, Verbände (*confederaciones*), d.h. Gewerkschaftsverbände oder Branchendachverbände.[23]

Organisationen aller drei Grade finden sich im Bildungssektor. Hinzu kommt, dass auf Provinzebene Gewerkschaften unterschiedlichen Grades in konkreten Lohnverhandlungen gemeinsame *mesas* (Verhandlungstische) oder *frentes* (Fronten) bilden – wie etwa im Falle der Provinz Buenos Aires die *Frente Gremial Docente Bonaerense* (FGDB). Auf nationaler Ebene erkennt das Bildungsministerium fünf gewerkschaftliche Organisationen unterschiedlichen Grades als Verhandlungspartner an, die gemeinsam die gewerkschaftliche Interessensvertretung in den *Paritaria Nacional Docente* (PND) übernehmen. Dies sind die *Confederación de Trabajadores de la Educación de la República Argentina* (CTERA), die *Confederación de Educadores Argentinos* (CEA), die *Sindicato Argentino de Docentes Privados* (SADOP), die *Asociación de Magisterio de Enseñanza Técnica* (AMET) und die *Unión Docentes Argentinos* (UDA). SADOP und UDA sind Organisationen ersten Grades, AMET und CTERA[24] Organisationen zweiten Grades, während die CEA ein Verband, d.h. eine Organisation dritten Grades, ist, wobei sie seit 2011 Teil des Gewerkschaftsdachverbands CGT ist.

Confederación de Trabajadores de la Educación de la República Argentina (CTERA)
Die CTERA hat ihre Vorläufer in den Organisationen *Acuerdo de Nucleamiento Docente* (AND) und der *Central Unificadora de Trabajadores de la Educación* (CUTE), welche sich 1973 zur CTERA zusammenschlossen (Robles 2010: 33). Sie versammelt Organisationen in allen Provinzen Argentiniens und der Stadt Buenos Aires. Kohäsion auf nationaler Ebene verschafft ihr dabei vor allem ihr politisches Agieren (Perazza/Legarralde 2007a: 19). Sie ist eine Organisation zweiten Grades, auf dritter Ebene gehört sie der *CTA de los Trabajadores* an und ist auf internationalem Terrain Teil der *Confederación de Educadores Americanos* (CEA) und der *Internacional de la Educación* (IE) (Suárez 2005: 23). Seit einigen Jahren ist sie aus mehreren Gründen nicht nur die größte, sondern auch die wichtigste Gewerkschaft auf nationaler Ebene. Zum einen repräsentiert sie mit 286.365 (2007) Mitgliedern ein Drittel aller Lehrkräfte und damit gut 63 % aller Gewerkschaftsmitglieder des Bildungssektors.[25] Sie ist somit die deutlich größte Orga-

nisation auf nationaler Ebene und repräsentiert schwerpunktmäßig DozentInnen der Primar- und Sekundarschulen. Hinzu kommt, dass sie auf Provinzebene in ihren Reihen u.a. die *Sindicato Unificado de Trabajadores de la Educación de Buenos Aires* (SUTEBA) versammelt, die allein in der Provinz Buenos Aires 113.689 Mitglieder zählt (Eigendarstellung HP-SUTEBA 2017) und mit ihrem Generalsekretär Roberto Baradel medial stark präsent ist. Darüber hinaus speist sich ihre Bedeutung aus ihrer Rolle auf politischer Ebene. Der aktuelle Generalsekretär der *CTA de los Trabajadores* Hugo Rubén Yasky kommt aus der CTERA und ist gleichzeitig Präsident der Internationalen der Bildung (*Internacional de la Educación*) für die Region Lateinamerika. Die CTA ist neben der gewerkschaftlichen Interessensvertretung auch ein wichtiger (partei-)politischer Akteur auf nationaler Ebene. Zudem hat die CTERA historisch eine entscheidende Rolle bei der Organisierung des Bildungssektors und dem Widerstand gegen die neoliberalen Reformen der 1990er Jahre gespielt. Nicht einverstanden mit der Unterstützung der Politik Menems durch die CGT, war die CTERA aus dem Dachverband ausgetreten und bildete gemeinsam mit der Gewerkschaft der Staatsangestellten ATE (*Asociación Trabajadores del Estado*) die zentrale Kraft bei der Gründung des alternativen Dachverbandes CTA im Jahr 1991. Diese Geschichte des Widerstands prägt die CTERA-Identität bis heute (Perazza/Legarralde 2007a).

Confederación de Educadores Argentinos (CEA)
Die CEA ist die einzige Organisation dritten Grades unter den fünf VerhandlungspartnerInnen bei den PND. Sie wurde 1990 von der *Federación de Educadores Bonaerenses* (FEB), dem *Sindicato de Educadores de Buenos Aires* (SEDEBA) und der *Unión Argentina de Maestros y Profesores* (CAMyP) gegründet, blieb aber bis 2004 inaktiv (Robles 2010: 33). Sie versammelt Gewerkschaften aus zehn Provinzen. Bis 2012 waren unter ihrem Dach an die 100.000 Mitglieder organisiert, allerdings entschied sich die CEA im Jahre 2011 dazu, der CGT beizutreten, was dazu führte, dass sowohl die FEB als auch die CAMyP die CEA verließen. Da allein die FEB in ihren Reihen 58.000 Mitglieder versammelt (Eigendarstellung HP-FEB Stand 2017), verringerte sich die Mitgliederzahl der CEA beträchtlich. Auf internationaler Ebene ist sie ebenfalls Teil der *Internacional de Educación*.

Sindicato Argentino de Docentes Privados (SADOP)
Wie aus ihrem Namen bereits hervorgeht, versammelt die SADOP LehrerInnen und DozentInnen aus privaten Bildungseinrichtungen. Sie ist eine Organisation ersten Grades und hat ihre Ursprünge im Jahr 1947 und in der Gründung der *Sindicato Argentino de Docentes Particulares.* Nachdem sie von der letzten Militärdiktatur interveniert wurde, gelang 1989 die Rückgewinnung durch die DozentInnen. Unter dem Neoliberalismus der 1990er Jahre föderalisierte sie sich und gründete Niederlassungen in den

Jurisdiktionen, sodass sie heute in allen Provinzen sowie der CABA vertreten ist. Die SADOP ist Teil der CGT und hat 25.383 Mitglieder (2007).

Asociación de Magisterio de Enseñanza Técnica (AMET)
Die AMET hat ihre Vorläuferin in der *Federación Argentina del Personal de Enseñanza Técnica* (FAPET), die im Jahr 1946 gegründet worden war und die sich 1954 als *Asociación de Maestros de Enseñanza Práctica* (AMEP) reorganisierte, um schließlich 1973 zur AMET zu werden (Eigendarstellung HP-AMETregion1). Sie versammelt Lehrkräfte aus technischen Schulen, sowohl aus dem öffentlichen als auch dem privaten Sektor, und kommt auf eine Mitgliederzahl von 12.385 (2006).

Unión Docentes Argentinos (UDA)
Die UDA gründete sich im Jahr 1954. Sie ist eine Organisation ersten Grades, die in achtzehn Provinzen vertreten ist und 52.410 (2007) Mitglieder zählt. Auf Föderationsebene ist sie Teil der *Federación de Trabajadores de la Educación* (FETE), auf der Ebene der Dachverbände Teil der CGT, wobei ihr Generalsekretär Sergio Romero innerhalb der CGT Sekretär für Bildungspolitik ist (Eigendarstellung HP-UDA).

10.2.5 *Ley de Educación Nacional* (LEN)

Das *Ley de Educación Nacional* (26.206) (LEN) (Nationale Bildungsgesetz) wurde am 27. Dezember 2006 verabschiedet und ist zusammen mit dem LFE das zweite Kerngesetz des Kirchnerismus im Bildungsbereich. Es steht dabei am Ende eines 2004

23 In der konkreten Realität decken sich diese klaren Abgrenzungen nur bedingt mit den existierenden Organisationen. Obwohl die CTA als nationaler Dachverband agiert, gruppiert sie auch Einzelmitglieder. Grund hierfür ist ihre Gründungsgeschichte während der 1990er Jahre. Zentrales Gründungsmotiv war der Widerstand gegen die neoliberalen Politiken der Regierung Menems und die Unzufriedenheit darüber, dass diese von Teilen des gewerkschaftlichen Dachverbandes, der CGT, mitgetragen wurde.

24 Der Name CTERA ist insofern irreführend, als er den Begriff *confederación* (Verband) beinhaltet und somit nahelegt, dass es sich um eine Organisation dritten Grades handle. Der Name hat historische Gründe. Bei der Gründung 1973 entschied man sich bewusst für den Begriff der *confederación*. Sowohl die Möglichkeit einer Föderation als auch eines Verbandes im Sinne der *confederación* stand damals zur Debatte, allerdings konnte sich der Flügel durchsetzen, der die Differenz zur ArbeiterInnenbewegung markieren wollte. Durch den Namen und den dadurch reklamierten Status als Organisation dritten Grades erhoffte jener Flügel, die Inkorporierung in die CGT möglichst lange aufschieben zu können (Vázquez/Balduzzi 2000: 109f.). Auf der Ebene drei gehört sie trotz des Namens der *CTA de los Trabajadores* an. Bei deren Gründung in den 1990er Jahren war die CTERA gemeinsam mit der *Asociación Trabajores del Estado* (ATE) die zentrale Triebkraft.

25 Diese und die nachfolgenden Zahlen sind entnommen aus Donaire 2009: 141-143.

von der Nationalregierung via Gesetzgebung eingeleiteten Transformationsprozesses. Nach den oben beschriebenen schrittweisen Veränderungen setzte das LEN schließlich das *Ley Federal de Educación* von 1993 außer Kraft (Art. 132), inkorporierte zeitgleich das LETP (Art. 38) und LFE (Art. 9), bestätigte aber auch das noch unter Menem erlassene *Ley de Educación Superior* (24.521) (Art. 35).

Dabei gingen dem eigentlichen Gesetzesbeschluss verschiedene Konsultationsverfahren, öffentliche Debatten und Umfragen voraus. Im April 2006 war vom damaligen Bildungsminister Daniel Filmus (2003-2007) ein Grundlagendokument veröffentlicht worden, welches als Basis der öffentlichen Diskussion diente (vgl. Presidencia de la Nación Argentina 2006). Darin werden die Lehrkräfte als der »Schlüsselakteur« im Rahmen einer notwendigen Bildungstransformation bezeichnet. Ab Mai wurde dann der Diskussionsprozess eingeleitet, der andauerte, bis am Ende des Jahres das Gesetz schließlich verabschiedet wurde.

Den 145 Artikel umfassenden Gesetzestext durchzieht dabei eine starke ideologische Programmatik. Zusammen mit dem vorausgegangen Diskussions- und Konsultationsprozess stützt das die These von De Senén González (2008), dass das Bildungssystem während des Kirchnerismus wieder als eine politische statt einer administrativen Angelegenheit, wie es in den Jahren zuvor der Fall gewesen war, thematisiert wurde. Die ideologisch-programmatische Dimension des Gesetzes wird etwa in Artikel 92 deutlich, in dem die Ausbildungspolitik in eine lateinamerikanische Perspektive eingebunden (Art. 92a) und das Anliegen, die Malvinas vom Vereinigten Königreich zurückzuerlangen (Art. 94b), zum curricularen Inhalt gemacht wird.

Neben dieser Programmatik sieht das Gesetz vor allem auch strukturelle Veränderungen im Bildungssystem vor. Diesbezüglich sind folgende Inhalte herauszustreichen: Das Gesetz regelt die Struktur des Bildungssystems neu, indem es vier Bildungsstufen (*inicial, primario, secundario, superior*) (Anfangs-, Primar- und Sekundarstufe sowie Hochschule) (Art. 16) in acht möglichen Modalitäten (beispielsweise technische Bildung, künstlerische Bildung) festlegt (Art. 17)[26], wodurch sich die Schulpflicht von zehn auf dreizehn Jahren erhöht. Die dahinterstehende Intention war es, »eine einheitliche Struktur im ganzen Land, die seine [des Bildungssystems, Einf. T. B.] Ordnung und Kohäsion garantiert« (Art. 15) zu schaffen. Gleichwohl ist festzuhalten, dass das Gesetz hier inkohärent ist, da es an einer späteren Stelle im Text (Art. 134) den Provinzen verschiedene Modelle zur Auswahl stellt. Dies ist Ausdruck einer grundsätzlichen Spannung, die dem Gesetz innewohnt. Das LEN hebt zwar das *Ley Federal de Educación* auf, bestätigt aber die Provinzen als

26 Die acht vom Gesetz vorgesehenen Modalitäten sind: technisch-professionelle Bildung, künstlerische Bildung, Bildung für Personen mit besonderen Bedürfnissen, lebenslanges Lernen für Jugendliche und Erwachsene, Agrarschulen, bilinguale Bildung, Bildung im Kontext von Freiheitsentzug, Heim- und Krankenhausunterricht.

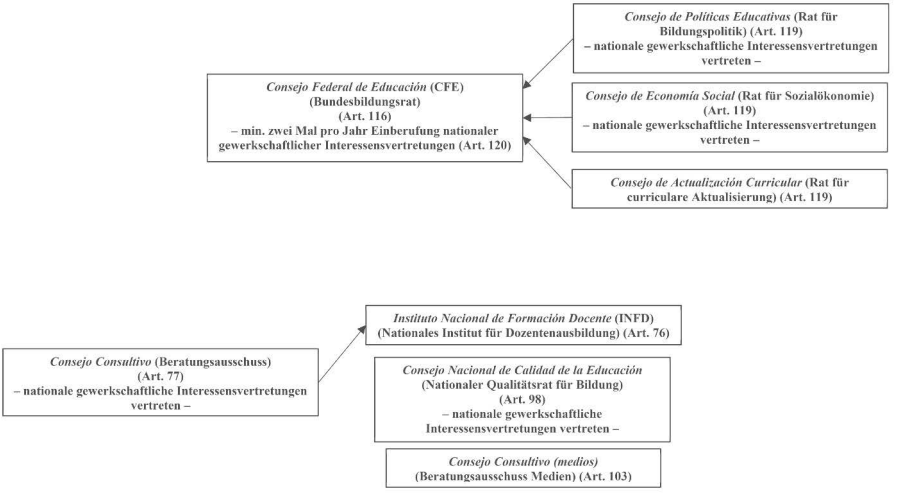
die für die Bildungspolitik zuständige Ebene. Das ist aufgrund der föderalen Verfassung Argentiniens zunächst nicht unbedingt verwunderlich, jedoch steht damit der hinter dem LEN stehende Versuch der nationalen Regierung, sich im Bildungsbereich wieder als Akteur zu etablieren und dort Vereinheitlichung zu schaffen, in einem Spannungsverhältnis mit den fortbestehenden gesetzlichen Zuständigkeiten, insofern, dass das Gesetz keinen Rücktransfer der unter der Diktatur und der Regierung Menems den Provinzen überstellten Bildungseinrichtungen vorsieht.

Aus Sicht der Lehrkräfte sind jene Maßnahmen zentral, die in Teil IV des Gesetzes (Rechte, Pflichten und Ausbildung des Lehrpersonals) festgelegt sind und die Arbeitsverhältnisse betreffen. Hier regelt das Gesetz die Grundausbildung der Lehrkräfte, deren Weiterbildung und Laufbahn. Lediglich eine Interviewte stand der auf vier Jahre verlängerten Grundausbildung (Art. 75) skeptisch gegenüber, weil sie befürchtete, dass die DozentInnenlaufbahn somit noch unattraktiver werden könne. Darüber hinaus werden vonseiten der Interviewten die neuen Weiterbildungsmöglichkeiten – neben den Lohnsteigerungen mittels der PND – fast immer als die wichtigste Verbesserung während des Kirchnerismus angeführt.

Mit der Zielsetzung, die Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals zu verbessern, beschließt das Gesetz die Gründung eines Instituts (*Instituto Nacional de Formación Docente*) (Art. 76), welchem die Planung, Ausführung und Evaluierung in diesem Bereich obliegt. Nosiglia (2007: 116f.) sieht hierin einen der innovativen Aspekte des LEN. Der Gründung waren seit 2004 Aushandlungsprozesse vorausgegangen. Der Vorläufer des Instituts findet sich in der *Comisión Federal para la Formación Docente Inicial y Continua* (Bundeskommission für die Aus- und Weiterbildung von Dozenten), welche 2005 gegründet wurde (Res. 241/05, C.F.C.Y.E.) und unter dem Vorsitz des späteren Bildungsministers (2007-2009) Juan Carlos Tedesco Richtlinien der DozentInnenbildung erarbeitete (Nosiglia 2007: 117).

Der vorherige Absatz leitet zur institutionellen Dimension des LEN über. Mit dem LEN werden zahlreiche institutionelle Räume im Bildungsbereich konstituiert, die (Weiter-)Bildung, Evaluierung und Koordination des Sektors steuern sollen. Nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch auf dieser institutionellen Ebene, so mein Argument, treten Mechanismen der hegemonialen Einbindung der DozentInnen in das kirchneristische Projekt zutage. Die nachfolgenden Institutionen werden allesamt durch das LEN (neu-)konstituiert (s. Abbildung 7): Das bereits erwähnte *Instituto Nacional de Formación Docentes* (INFD) entsteht durch Artikel 76; Artikel 98 schafft den *Consejo Nacional de Calidad de la Educación*; mit Artikel 116 wird der *Consejo Federal de Educación* (CFE) eingesetzt, der den seit 1979 etablierten *Consejo Federal de Cultura y Educación* (C.F.C.Y.E.) ersetzt (Art. 133); für den CFE wiederum sieht Artikel 119 die Einrichtung von drei *Consejos Consultutivos* vor (*Consejo de Políticas Educativas, Consejo Económico Social, Consejo de Actualización Curricular*); und Artikel 103 etabliert ein weiteres Gremium, welches Verbindlichkeiten und Verantwortung der Massenmedien bei der Bildung von Kindern und Jugendlichen befördern soll.

Abbildung 7: Im Nationalen Bildungsgesetz (26.206) vorgesehene Institutionen und Gremien



Quelle: Ley de Educación Nacional (26.206), eigene Darstellung

Analysiert man dieses per Gesetz etablierte Institutionengefüge im Detail, wird deutlich, dass die nationalen gewerkschaftlichen Interessensvertretungen der Lehrkräfte in allen Institutionen mit Ausnahme des Medienrates direkt oder indirekt vertreten sind. Im CFE – dem zentralen Organismus in den Verhandlungen zwischen nationaler Regierung und Provinzregierungen (ihm sitzt per Gesetz der/die amtierende BildungsministerIn vor) – sind sie über den *Consejo de Politicas Educativas* und *Economico Social* vertreten. Zudem legt der Artikel 120 fest, dass der CFE mindesten zweimal im Jahr die als nationale gewerkschaftliche Rechtspersönlichkeiten (*personería gremial nacional*) anerkannten Interessensvertretungen einladen muss, um seine Politik abzustimmen. Im neugegründeten INFD sind die nationalen Gewerkschaften über den Beratungsausschuss repräsentiert, der mit Artikel 77 etabliert wird. Direkt vertreten sind die Gewerkschaften per Gesetz im *Consejo Nacional de Calidad de la Educación* (Art. 98).

Hinsichtlich der eingangs erwähnten ideologisch-programmatischen Dimension des Gesetzes benennen die Lehrkräfte in den Interviews einige Aspekte, die sie ebenfalls als wichtig erachten, allerdings variieren die Einschätzungen hier stark. Einer der Interviewten betrachtet etwa die Inkorporierung von indigenen Sprachen (Art. 52-54) als positiven Aspekt des Gesetzes. Tatsächlich handelt es sich hierbei um einen Punkt, der erst gegen Ende der Redaktion des Gesetzestextes hinzugefügt wurde (Nosiglia 2007: 120). Ein Interviewter erklärt:

> Die Möglichkeit, dass die Kinder in den Provinzen ihre Muttersprache sprechen. Das ist sehr wichtig, Mapuche, Guaraní, es hat angefangen, dass es jetzt bilinguale Lehrer gibt […]. In manchen Fällen Spanisch zu lehren, wie man es immer gemacht hat, war furchtbar gewalttätig, die Muttersprache gilt es zu respektieren. Das war sehr wichtig.[27]

Einstimmig geteilt hingegen wird die Wertschätzung für die Bedeutung, die im Gesetz der Bildung im Bereich (neuer) Technologien beigemessen wird. Dieser Bereich wird häufig im Kontext der sozialpädagogischen Politiken (*politicas socio-educativas*) und den entsprechenden Programmen thematisiert. Technologische Bildung und sozialpädagogische Politiken sind im Gesetz zunächst nicht genauer spezifiziert, allerdings wird Technologie und Medien als Bestandteile heutiger Bildung eine wichtige Rolle zugestanden. Die Artikel 100 bis 103 schafften sogar eine staatliche Website zum Zwecke digitaler Erziehung (educ.ar) und einen Bildungskanal im Fernsehen (*Encuentro*). Diese sozialpädagogischen Politiken werden von den InterviewpartnerInnen einstimmig als äußerst positiv wahrgenommen. Zwei Programme stechen hier hervor: der *Plan de Finalización de Estudios Primarios y Secundarios* (FinES) (Programm zum Abschluss der Primar- und Sekundarbildung) und dessen Weiterführung als FinES2 sowie das Programm *Conectar Igualdad.com.ar* (etwa: Gleichheit verbinden).

Dieses Programm wird immer wieder als eine der wichtigsten Politiken des Kirchnerismus genannt und spielte auch in der breiten Öffentlichkeit eine gewichtige Rolle. Mittels des Dekrets 459/2010 erlassen, postuliert das Programm explizit noch einmal die Linie des LEN (Art. 88), indem es als eines der Ziele des nationalen Bildungssystems »die Entwicklung der notwendigen Kompetenzen zur Beherrschung der durch die Informations- und Kommunikationstechnologien produzierten neuen Sprachen/Ausdrucksformen« ausgibt. In Artikel 1 des Dekrets wird als Ziel festgelegt, dass allen SchülerInnen und LehrerInnen der öffentlichen Sekundarschulen, Sonderschulen und des INFD ein Computer sowie Schulungen und Infrastruktur an den Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Das Programm wurde unter der Leitung der *Administración Nacional de la Seguridad Social* (ANSES) (Nationale Verwaltung der Sozialversicherung) etabliert und von einem Budget bestritten, das laut Gesetz aus dem nationalen Staatshaushalt finanziert werden sollte (Art. 9). Laut Eigendarstellung wurden im Kontext des Programms bis 2014 4.277.612 Netbooks verteilt.[28] Das Programm schreibt sich damit in das Narrativ über die zentrale Bedeutung neuer Technologien in der Bildung ein und perpetuiert das Imaginarium einer Veränderung der Wirtschaftsstruktur durch neue Technologien und Modernisierung.

---

27 Interview Carlos, 10.05.2016.

28 http://portales.educacion.gov.ar/conectarigualdad/acciones/[27.11.2017].

Ein weiteres wichtiges sozialpädagogisches Programm, das häufig Erwähnung in den Interviews findet, ist das FinES. An ihm und dem FinES2 lassen sich exemplarisch einige Punkte der kirchneristischen Politik im Bildungsbereich verdeutlichen. Das LEN selbst hebt explizit die Bedeutung von Bildungs- und Sozialprogrammen für Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht zur Schule gegangen sind oder diese abgebrochen haben, hervor (Kap. IX). Ein Beispiel für ein solches Programm ist das FinES, welches 2008 implementiert wurde (Res. 66/08 CFE) und zwei Etappen vorsah. Dieser Route folgend, wurde es ab 2010 als FinES2 verlängert und auch auf die Ebene der Provinzen ausgeweitet. Die definierte Zielsetzung der ersten Etappe des FinES war es, Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeit zu geben, ihren Sekundarschulabschluss nachzuholen, zunächst unter der Voraussetzung, dass sie lediglich Fächer des letzten Schuljahres nicht abgeschlossen hatten. In der zweiten Etappe wurde diese Möglichkeit dann auf die gesamte Periode der Sekundarschule ausgeweitet. Die InterviewpartnerInnen stimmen darin überein, dass die sozialpädagogischen Programme ein positiver Aspekt der kirchneristischen Bildungspolitik waren und die Inklusion in das Bildungssystem vorangetrieben haben:

> Aber was sich mit dem *Ley Nacional* verändert hat, ist die Frage der Teilnahme, der Integration. Dass alle in die Schulräume zurückkehren – mit den ganzen neuen, ebenjenen Inklusions-Programmen, weil diese ermöglichen, dass ein Erwachsener zurückkehrt, dass die Kids (*pibes*) eines bestimmten Alters inkludiert werden. Anders gesagt, man hat bildungspolitische Designs für die unterschiedlichen Nachfragen, die es gab, entworfen, das ist das Gute.[29]

Gleichwohl zeigen sich am Beispiel des FinES die Widersprüchlichkeiten und die Folgen der Intervention durch die nationale Regierung. Im Falle des FinES führte diese etwa zur Prekarisierung der Lehrkräfte und klientelistischen Parallelstrukturen. Luciana, selbst im Programm – von dessen Beginn an bis 2013 – tätig, berichtet in einem vertiefenden Interview zur Thematik Folgendes:

> Zu Beginn war das Programm FinES etwas geradezu Revolutionäres, es war eine unglaubliche Sache. Ich beginne 2009 in dem Vorgängerprojekt zu arbeiten, in José C. Paz, was ähnlich der Arbeitskooperativen des *Ministerio de Desarrollo Social* (Sozialministeriums) war, in dem wir während der Arbeitszeit Einführungen in Arbeitsrecht gaben. […] Das war revolutionär. Ich erzähl dir, was deine Rechte sind, damit du da rausgehst und deine Rechte kennst. Was ein Problem war, dass wir den politischen *puntero* in der Tür vom Klassenzimmer stehen hatten und wir nicht viel sagen konnten. Aber egal. In diesem Kontext haben wir mit dem FinES-Programm begonnen. Wie genau? Während der Arbeitszeiten der Mitglieder der

29 Interview Carlos, 10.05.2016.

> Kooperativen haben wir ihnen erlaubt zu studieren. Und das ist supergut, weil jeder es vorziehen würde zu studieren, statt zu arbeiten.[30]

Das Einrichten des FinES in Bildungsträgern wie Arbeitskooperativen wurde möglich, weil das LEN auch »Gesellschaften, Kooperativen, soziale Organisationen, Gewerkschaften, Assoziationen, Stiftungen und Unternehmen mit Rechtspersönlichkeit und natürlichen Personen« (Art. 63) neben tradierten Akteuren wie der Kirche als mögliche private Bildungsträger anerkennt. Während einige erste Vorstudien des Programms seine positiven Effekte (Anpassung der Schulstrukturen an die Bedürfnisse der AbsolventInnen) hervorheben (González 2014; Lozano/Kurlat 2014), kritisieren andere Beiträge (Martino 2015) das Programm – vor allem das FinES2 – teilweise scharf, weil es zu einem Kontroll- und Qualitätsverlust gekommen sei. Zudem wird die Ausweitung der Bildungsträger aus politischer Sicht kritisch eingeschätzt. Luciana – die das Programm im oben stehenden Zitat noch als »revolutionär« bezeichnet hat – beschreibt die Problematiken, die mit der Ausweitung der Bildungsträger einhergingen, wie folgt:

> Schon 2011 oder 2012, sagen wir 2012, fangen die Gewerkschaften an, ihre FinES-Programme zu haben. Von da an gerät die ganze Situation außer Kontrolle. Gewerkschaften, soziale Bewegungen, alle haben ihre FinES-Niederlassung, die politischen Parteien, alle haben ihr Programm FinES, sodass es sich auf alle ausdehnt. Und das Ursprungsprojekt, das wirklich super war, verändert sich und endet im Chaos […]. Ich habe die Begleitung der ersten Kohorte gemacht, 300 Schüler und von den 300 habe ich 40 für die Möglichkeit abzuschließen anerkannt. Meine Diskussion innerhalb des Programms war, dass diese ganze Inklusionshaltung sehr gut ist, aber dass das [die massenhafte Anerkennung an Titeln, Einf. T. B.] die national-populare Bewegung schlecht aussehen lässt. Wir liefern da ein gefundenes Fressen, damit sie sagen: »Das ist fake«. Ich wollte die Dinge ordentlich machen und deshalb … Wenn sie die Möglichkeit für die Kids zu einer freien Prüfung, ohne am Unterricht teilgenommen zu haben, gewollt hätten, aber dass sie eine solche wenigsten ablegen [Luciana impliziert hier, dass an sie herangetragen wurde, den SchülerInnen ohne jegliche Prüfung einen Abschluss zu verleihen, Erl. T. B.]. Schlussendlich war das alles ein Chaos, ich bin im Streit mit der Referentin hier vor Ort gegangen, weil die eine Vollidiotin war.[31]

Neben denen von Luciana angesprochenen klientelistischen Strukturen, kam es – bedingt durch den Aufbau paralleler Bildungsstrukturen – auch zu einer Prekarisierung des Lehrpersonals. Die materiellen Zugewinne im Sinne eines Zuverdienstes oder dem Zugang zu einem Lohn gingen auf Kosten der arbeitsrechtli-

30 Interview Luciana, 06.06.2016.
31 Interview Luciana, 06.06.2016.

chen Absicherung und institutionellen Verankerung der Lehrkräfte im Bildungssektor. Die Lehrposten im FinES-Programm garantierten keinerlei Stabilität oder arbeitsrechtliche Absicherung und verstießen dementsprechend gegen das gesetzliche Statut für Lehrpersonal. Demgegenüber bot das Programm für StudentInnen, die gerade ihr Studium abschlossen hatten oder kurz vor dem Abschluss standen, Möglichkeiten des Berufseinstiegs. Auch wurde die Arbeit im Programm von bereits tätigen LehrerInnen zur Aufstockung von Stunden genutzt. Das FinES(2) lässt sich daher als eine Art Einbindung mit gleichzeitiger Prekarisierung verstehen.

Die analysierten Gesetze zeigen, mittels welcher Mechanismen der Kirchnerismus die LehrerInnen materiell und institutionell in sein Projekt einband. Dies geschah wesentlich über die gewerkschaftlichen Interessenvertretungen, die sich bereits in den Jahren vor dem Kirchnerismus als politischer Akteur auf nationaler Ebene konstituiert hatten. Der Bildungssektor scheint dabei eine anfängliche Priorität des Kirchnerismus gewesen zu sein. Sein Handlungsspielraum aber war stark bestimmt durch die allgemeine Konjunktur. Die verringerte Bereitschaft zu materiellen Zugeständnissen (vermittelt über die nationalen Tarifverhandlungen), deckt sich mit der allgemeinen Krise des kirchneristischen Modells. Die Gesetze, speziell das LEN, brachten indes nicht nur materielle und institutionelle Veränderungen mit sich, sondern beinhalten auch eine starke ideologisch-programmatische Dimension. Im Folgenden soll diese noch einmal genauer betrachtet werden.

10.3 Kirchneristische Erzählung und Identitäten

Neben den materiellen und institutionellen Zugeständnissen spielte die ideologisch-programmatische Einbindung der Lehrkräfte in das kirchneristische Projekt eine wichtige Rolle. Kapitel 9 hat die Identitäts-Angebote an die Mittelklasse im Allgemeinen analysiert. Diese können nun für den Bildungssektor spezifiziert werden.

Die Verabschiedung der Gesetze repräsentiert in diesem Sinne kleine *diskursive Ereignisse* (Jäger). Die Präsidentschaftsreden bei der Verkündung der Gesetze geben einerseits Aufschluss über die Anrufungen von oben. Andererseits kann durch Aussagen der Interviewten die Rezeptionsseite analysiert werden, die in der Populismusforschung zumeist unterbelichtet bleibt.[32]

32 Eingeflossen in die Analyse sind jeweils die Präsidentschaftsreden zur Verkündung der in Teil 0 analysierten Gesetze. Darüber hinaus habe ich die Reden, die Néstor Kirchner und Cristina Fernández de Kirchner in den Jahren 2003 bis 2009 zur Verleihung des Preises *Maestro Ilustre* am nationalen Tag des Lehrers (*Dia del Maestro*) (11. September) hielten, mitberücksichtigt.

10.3.1 Ein nationales Bildungssystem für eine nationale Identität

Bei der Analyse der Reden zeigt sich zunächst, dass auch in diesen Reden, die sich unmittelbar an die LehrerInnen richten, ähnliche Bilder bedient werden wie die, die ich bereits in der allgemeinen Analyse (Kapitel 9) herausgearbeitet habe. Auch in den Reden, mit denen sich Néstor Kirchner an LehrerInnen wendet, wird die Vergangenheit, d.h. die Krisen- und die 1990er Jahre, als »Inferno« und Gegenüber gezeichnet, dem die eigene Vision – in diesem Falle ein anderes Bildungssystem – entgegengesetzt wird. Allerdings lässt sich nun herausarbeiten, was Kirchner konkret für den Bildungsbereich als dieses Gegenüber konstruiert.

In den Reden zeigt sich, dass es weniger die Krisenjahre 2001-2003, sondern die neoliberalen Politiken der Regierung Menems sind, die als Abgrenzungsfolie dienen. Alle Unzulänglichkeiten des existierenden Bildungssystems werden immer wieder auf das *Ley Federal de Educación* projiziert, welches in den Reden als Repräsentation für die »Föderalisierung« des Bildungssystems fungiert. Diese »Föderalisierung« der Bildung in den 1990er Jahren und die aus ihr folgende Parzellierung des Systems werden von Néstor Kirchner nicht nur als falsche Politik, sondern gar als Problem für die nationale Einheit und Identität identifiziert:

> Ausgehend von diesem Anarchisierungsprozess, dem das Bildungssystem ausgesetzt wurde, und vor dem Hintergrund der stückweisen Zerrüttung der Möglichkeit zu einem nationalen Projekt mit einer nationalen Identität, die dadurch bedingt ist, dass in jeder Provinz mit Projekten, Konzepten und unterschiedlichen Philosophien die Bildungsrichtlinien partialisiert wurden. All das bedingt durch ein *Ley Federal de Eduación*, das nicht die Realitäten synthetisierte, die Argentinien benötigte.[33]

Interessant ist dabei, dass Néstor Kirchner in seinen Reden nicht nur den Neoliberalismus der 1990er Jahre als Abgrenzungsfolie verwendet, sondern eine explizite Linie vom Beginn der letzten Militärdiktatur bis zu jenen Jahren zieht, indem er sagt: »Heute seht ihr, dass diejenigen, die in der Dekade der 90er den Staat zerlegt haben, dieselben sind, wie die von ›76.«[34] Die Zerstörung des Bildungssystems sei nicht nur finanziellen Motiven geschuldet, sondern ein beabsichtigter politischer Akt gewesen, um das kritische Denken zu zerstören. In der Rede zum LFE stellt Kirchner das Schlusspunktgesetz (*Ley de Punto Final*, Nr. 23.492, 1986) und das Gesetz über die Gehorsamspflicht (*Ley de Obediencia Debida*, Nr. 23.521, 1987) sogar in direkten Zusammenhang mit der Zerstörung des Bildungssystems:

---

33 *Palabras del presidente Néstor Kirchner, en el acto de entrega de distinciones a »maestros ilustres«*, 11.09.2004.

34 *Palabras del señor presidente de la nación, doctor Néstor Kirchner, en el acto de firma del decreto de recuperación del regimen jubilatorio para docentes*, 21.01.2005.

> Dieses fehlende Geschichtsbewusstsein, das Fehlen von Gerechtigkeit und diese Straflosigkeit haben dazu geführt, dass das Recht zu denken, anderer Meinung zu sein, zu forschen, zu kreieren, das Recht, anders zu denken, absolut eingeschränkt waren. Das, daran habe ich keinerlei Zweifel, war einer der zentralen Pfeiler, die das argentinische Bildungssystem zerstört haben.[35]

Néstor Kirchner verwendet also nicht nur die 1990er Jahre als Abgrenzungsfolie, sondern im Hinblick auf das Bildungssystem auch die Jahre der Diktatur. Somit werden die Veränderungen im Bildungssystem nicht mehr nur als neoliberale, sondern ferner als Politiken interpretiert, die mit einer klaren undemokratischen Agenda vorangetrieben wurden. Die Metapher der Vergangenheit als »Inferno« spinnt Néstor Kirchner dabei noch weiter. Er stellt ihr ein Imaginarium gegenüber, in dem er darauf hofft, schrittweise bis zum Ende seiner Amtszeit dieser Hölle entkommen zu sein und sich nur noch im »Fegefeuer« zu befinden. Seine Hoffnung begründet er mit dem Umstand, dass »wir Argentinier dazu zurückkehren, die Bildung zu umarmen«.[36]

Inhaltlich definiert sich das von ihm angestrebte Projekt vor allem als Repolitisierung der Bildung, die Letztere als eine gesamtgesellschaftliche Fragestellung zu etablieren sucht. In den letzten zwanzig bis dreißig Jahren habe es grundsätzlich an einem strategischen Projekt im Bildungssystem gemangelt. Doch mit den neuen Gesetzen hoffe man, dass »Argentinien beginnen kann zu definieren, was für ein Bildungsprojekt notwendig ist, für jenes Land, das wir uns wünschen und das wir Argentinier brauchen«.[37] Das sei notwendig, um ein »proyecto de pais«, ein Projekt für das Land, zu definieren. Genauso resümiert Néstor Kirchner zur Verkündung des LEN auch den Prozess der letzten Jahre mit seinen unterschiedlichen Etappen und Gesetzen:

> [Der Prozess] ermöglicht es der Welt zu zeigen, dass wir Argentinier in der Lage sind, mit der Diskussion jener Themen zu beginnen, die den Staat politisch klar definieren werden, der den Aufbau des Argentiniens, das wir Argentinier anstreben, ermöglichen wird.[38]

Dieses Argentinien, das sich die ArgentinierInnen wünschen, wird als allgemeine Umkehr des ökonomischen und politischen Modells skizziert, welches statt des

---

35 *Palabras del presidente Néstor Kirchner en el acto de presentación del proyecto de ley de financiamiento educativo*, 09.09.2005.

36 *Palabras del presidente Néstor Kirchner, en el acto de entrega de distinciones a »maestros ilustres«*, 11.09.2004.

37 *Palabras del presidente de la nación, doctor Néstor Kirchner, en el acto de entrega de distinciones al »maestro ilustre del año 2006«, realizado en el salón blanco de la casa de gobierno*, 11.09.2006.

38 *Palabras del presidente de la nación, dr. Néstor Kirchner durante el acto de presentación del nuevo proyecto de la ley de educación nacional, que será enviado al honorable congreso de la nación, en casa de gobierno*, 16.11.2006.

Dienstleistungssektors Produktion und Industrie wieder in den Vordergrund stellen will. Durch diese Art eines »capitalismo social«[39], eines sozialen Kapitalismus, solle wiederum die soziale Integration gewährleistet werden.

Als zentrale Akteure für dieses Projekt für Argentinien werden – in diesem Kontext wenig verwunderlich – die LehrerInnen genannt. Sie werden beschrieben als die Triebkräfte der Veränderung und als diejenigen, welche die nachkommenden Generationen zu »Männern und Frauen mit Überzeugungen, die entschlossen, für diese Überzeugung zu diskutieren und zu debattieren«[40], erziehen sollen. Gesonderte Erwähnung finden hier die Gewerkschaften, im Speziellen die CTERA, als verlässliche Bündnispartner in der Konstruktion des Projekts und als Pioniere der 1990er Jahre.

Die Reden durchzieht dabei die Erzählung eines gemeinsamen Prozesses, welcher als Gründungsmoment den Konflikt in der Provinz Entre Rios von 2003 hatte. In mehreren Reden beschreibt Néstor Kirchner seine gemeinsame Erfahrung mit Daniel Filmus, dem damaligen Bildungsminister, und zeichnet in seiner Erzählung eine Linie, die das Ereignis von 2003 als Ausgangspunkt hat und in der Verabschiedung des LEN endet. Schon vor der Verabschiedung des Gesetzes, sprich in den Reden zwischen 2003 und Ende 2006, wird dieser Prozesscharakter deutlich. Etwa beim Beschluss des LFE (09.09.2005) verweist der damals amtierende Präsident auf das am Vortag verkündete LETP und ruft zum nächsten Schritt im Transformationsprozess des Bildungssektors auf:

> Ich hoffe, dass wir das mit all unseren Ideen und Diskussionsfähigkeiten in 2006 machen können. Vonseiten der Regierung möchte ich ermutigen und beginnen, diese große Debatte, die wir Argentinier uns verdienen, zu führen, sodass wir ein für alle Mal ein wirkliches *Ley de Educación* haben. Das ist das, was das Land ganz wesentlich braucht.[41]

In der Zusammenschau der Reden überwiegt die Betonung dieses Prozess- und Konstruktionscharakters im Vergleich zu jenen Momenten, in denen ein antagonistisches Gegenüber hervorgehoben wird. Dies deckt sich mit den Ergebnissen im Hinblick auf den allgemeinen Konstruktionsmodus für die Anfangsjahre des Kirchnerismus. Wird doch ein Gegenüber sprachlich konstruiert, ist dieses zumeist zeitlich definiert, d.h., das neue Bildungsprojekt des Kirchnerismus wird

---

39 *Palabras del presidente Néstor Kirchner en el acto de promulgación de la ley de educación técnica y formación profesional*, 08.09.2005.

40 *Palabras del presidente de la nación, dr. Néstor Kirchner durante el acto de presentación del nuevo proyecto de la ley de educación nacional, que será enviado al honorable congreso de la nación, en casa de gobierno*, 16.11.2006.

41 *Palabras del presidente Néstor Kirchner en el acto de presentación del proyecto de ley de financiamiento educativo*, 09.09.2005.

in Abgrenzung zur Föderalisierung des Bildungssystems in den 1990er Jahren profiliert. Letztere wird dabei als Politik beschrieben, die zur Zersetzung eines nationalen Projekts und einer gemeinsamen Identität beigetragen habe. Demgegenüber wird die Repolitisierung der Bildungsfrage, in der dem Staat eine zentrale Rolle zukommt, als entscheidender Bestandteil eines nationalen und demokratischen Projekts skizziert.

10.3.2 *Profesional* oder *trabajador de la educación*? Identitäten der LehrerInnen

Bevor ich auf diejenigen Identitäten, die sich als bedeutend für die LehrerInnen erweisen, eingehe, soll der Bildungssektor diesbezüglich noch einmal kurz eingeordnet werden. Donaire (2009, 2017, 2010) erforscht die Subjektivität der DozentInnen im Zusammenhang mit der Frage, ob von einer (materiellen und ideologischen) Proletarisierung der LehrerInnen während der letzten Jahrzehnte gesprochen werden kann. Auch wenn er Anhaltspunkte findet, die dafür sprechen, diese Frage im Allgemeinen zu bejahen, geben die von Donaire (2017: 84) ausgemachten (strukturellen und identitären) Widersprüchlichkeiten der Proletarisierungsprozesse Anlass, die Umkämpftheit der Identitäten im Bildungssektor genauer zu untersuchen. Hier kommen in den Interviews Figuren zum Vorschein, die historisch im Bildungssektor tief verwurzelt sind. Die rekurrenten Erzählungen von Konflikten in Bezug auf die Selbstwahrnehmung und -beschreibung als *profesional* oder *trabajador de la educación* lässt sich, so mein Argument, als hegemoniale Auseinandersetzung um die Mittelklassen-Identität in diesem Sektor interpretieren.

Wie ist das Terrain beschaffen, auf dem dieser Disput während des Kirchnerismus stattfindet? Wie zuvor gezeigt, nimmt die absolute Anzahl der Lohnabhängigen im Bildungssektor während der Jahre zwischen 2003 und 2015 zu. Deren materielle und institutionelle Einbindung habe ich weiter oben analysiert. Wie eingangs des Kapitels erwähnt, untersucht Donaire (2008) – wenn auch nur für die Stadt Buenos Aires – die subjektive Wahrnehmung der DozentInnen mit einer quantitativen Studie. In seiner Umfrage kommt er zu dem Schluss, dass 67,7 % der Befragten mit Lehrpflichten aus Primar- und Sekundarschulen davon ausgehen, dass LehrerInnen einer bestimmten Klasse angehören. Auf ihre eigene Positionierung hin befragt, klassifizieren sich 59,9 % der LehrerInnen als Mittelklasse, 16,4 % als untere Mittelklasse und 1,5 % als obere Mittelklasse, d.h., gut drei Viertel der DozentInnen verorten sich in der Mittelklasse. Gleichwohl gilt es, diese Selbsteinschätzung insofern zu relativieren, als dass sich in Argentinien auch in anderen Berufszweigen ein hoher Anteil selbst als Mittelklasse klassifiziert (Donaire 2008: 5f.). Hinzu kommt, wie Jorrat (2012) gezeigt hat, dass in Argentinien die Selbstidentifikation als Mittelklasse stark ausgeprägt ist. Die LehrerInnen identifizieren sich als Mittelklasse, obwohl 86 % der Befragten die Interessen und Probleme von

DozentInnen auf der einen und von ArbeiterInnen auf der anderen Seite als ähnlich oder sogar sehr ähnlich einschätzen (Donaire 2008: 10). Diejenigen, die große Unterschiede wahrnehmen, führen diese auf kulturelle Differenzen im Hinblick auf persönliche Ambitionen und Interessen zurück (49,6 %). Alles in allem deuten diese Zahlen die Widersprüchlichkeiten innerhalb der subjektiven Wahrnehmung der DozentInnen an und verweisen auf den Disput um und zwischen unterschiedlichen Identitäten in diesem Teil der argentinischen Mittelklasse.

Welche dominanten Identitäten finden sich also heute unter den Lehrkräften? Betrachtet man die heutige Selbstdarstellung der LehrerInnengewerkschaften, zeigt sich, dass diese ihre Geschichte selbst als Teil der ArbeiterInnenbewegung und nicht etwa als Teil der Mittelklasse schreiben. Das hat einerseits historische Wurzeln, muss aber auch im argentinischen Kontext gesehen werden, in dem dieser Bezug aufgrund des Peronismus eine starke gesamtgesellschaftliche Legitimitätsressource darstellt. Trotzdem wird in den Interviews deutlich, dass, auch wenn sich der Sektor nicht basierend auf einer Mittelklassen-Identität zu organisieren scheint, andere (Mittelklasse-)Figuren existieren, die die Identität als ArbeiterIn infrage stellen. In den Interviews ist dies die Figur des *profesional* oder *colega* (Kollege). Bevor sich diese allerdings etablierte, ging ihr eine weitere Identitätsfigur voraus.

Der Disput zwischen verschiedenen Identitäten der DozentInnen war seit der Einführung der allgemeinen Schulbildung in Argentinien immer präsent. Historisch taucht mit dem Gesetz 1420 im Jahr 1884 eine Figur auf, die Vázquez (2008: 7) als »apóstoles de la civilización« (»Apostel der Zivilisation«) bezeichnet. Das Gesetz legte fest, dass die Primarbildung sowohl obligatorisch als auch kostenlos und darüber hinaus laizistisch ausgerichtet sein sollte. Das Gesetz ist eingebettet in das liberale Projekt der Schaffung eines Nationalstaates und dessen Selbstbild einer zivilisatorischen Mission (sic!), welches der argentinische Präsident Domingo Faustino Sarmiento während seiner Amtszeit (1868-1874) vorantrieb. Das Werkzeug hierzu war die Ausweitung der allgemeinen Schulbildung. Die Arbeit der LehrerInnen wurde zu einer Mission im Sinn der Verbreitung der Zivilisation. Die Identität des *Apostels der Zivilisation* prädominierte im Bildungssektor bis Mitte des 20. Jahrhunderts (Vázquez 2008: 7f.).

Zu diesem Zeitpunkt taucht die Identität des *profesional* als Selbstbeschreibung auf. Sie entsteht zunächst im Bereich der höheren Bildung, findet dann aber auch Eingang in die Primar- und Sekundarbildung, nachdem sich die Strukturen in den unterschiedlichen Bildungsstufen anzupassen beginnen. Diese Identität ist institutionell mit der Verabschiedung des DozentInnen-Statuts von 1958 (14.473) verknüpft und konsolidierte sich ab der Bildungsreform von 1968 (Vázquez 2008: 9).

Disputiert wird diese Identität des *profesional* dann einige Jahre später. 1973 kommt es zur Gründung der CTERA, die den Zusammenschluss zahlreicher DozentInnen-Organisationen unter ihrem Dach besiegelt (für eine ausführli-

che Gründungsgeschichte bis Mitte des 20. Jahrhunderts vgl. Vázquez/Balduzzi 2000). Die Diskussion über den Namen der neuen Organisation illustriert das Ringen zwischen verschiedenen und um die Identitäten der DozentInnen. Die Namensfrage war eine der zwei zentralen Auseinandersetzungen während der Einigungskongresse in Huerta Grande (Córdoba) und Buenos Aires. Die Debatte spielte sich zwischen einem Flügel, der sich der historischen Identität im Sinne des *profesional* verschrieben sah, und dem gewerkschaftlichen Flügel, dessen AnhängerInnen sich als ArbeiterInnen begriffen, ab. Ersterer plädierte für den Begriff der »educadores« (Erzieher/Ausbilder), während letzterer für die Bezeichnung »trabajadores de la eduación« (Arbeiter der Bildung) argumentierte. Wie der Name der CTERA, *Confederación de Trabajadores de la Educación de la República Argentina,* deutlich macht, konnte sich letzten Endes der gewerkschaftliche Flügel durchsetzen. (Vázquez/Balduzzi 2000: 107-117)

War es der Gewerkschaftsführung in den 1970ern möglich, einen Namen per Abstimmung zu beschließen, entziehen sich die Identitäten, mit denen sich die LehrerInnen identifizieren, natürlich einer solchen Entscheidung oder Kontrolle. Und so ist im Bildungssektor selbst bis heute gerade die Identität des *profesional* sehr präsent, wie sich in den Interviews zeigt. Der Kampf um unterschiedliche Identitäten findet auch gegenwärtig statt und wird von den LehrerInnen als höchst relevant beschrieben. Selbst innerhalb der Gewerkschaft habe gerade die Figur des *profesional* noch heute eine »gigantische Bedeutung«, berichtet etwa Luciana:

> Innerhalb der Gewerkschaft ist das ziemlich verzwickt, weil es eine begriffliche Dimension gibt, die uns als SUTEBA, als Arbeiter der Bildung, definiert. Und dann gibt es diejenigen, die sagen, sie sind ›*profesionales* der Bildung‹, was ein Begriff ist, der für viele eine enorme Bedeutung hat. Für mich ist es exakt dasselbe, weil ein *profesional* ein Arbeiter ist, das ist dasselbe. Aber in der Begriffsdiskussion innerhalb der Gewerkschaft ist es das historisch gesehen.[42]

Darüber hinaus vertreten die verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen, die den Sektor repräsentieren, unterschiedliche Identitäten. Während sich beispielsweise die Mitglieder der CTERA als *trabajador de la educación* verstehen, gebe es andere Organisationen, die weiterhin versuchen, eine Identität zu repräsentieren, die sich am *profesional* orientiert, erzählt Carolina im Interview und berichtet von latenten innergewerkschaftlichen Debatten. Sara wiederum berichtet von der alltäglichen Arbeit, die die Gewerkschaft hinsichtlich des Disputs zwischen diesen Identitäten zu verrichten hat:

> Das ist eine tagtägliche Aufgabe, die die Gewerkschaften haben, die wir ausgehend von der Gewerkschaft haben. Dass die *compañeros* in der Schule verstehen,

42 Interview Luciana, 06.06.2016.

> dass sie Bildungsarbeiter sind, und dass Arbeiter sein, keine Definition ist, die der *profesionalización* [gemeint ist hier die Ausbildung der LehrerInnen an Hochschulen, Anm. T. B.] des Lehrpersonals widerspricht. Das ist überhaupt nicht der Fall. Aber nachdem unsere Lehrausbildung mit dieser zu tun hat [*profesionalización* Einf. T. B.], fällt es uns schwer, das zu internalisieren, und es fällt uns schwer anzunehmen, dass wir Arbeiter sind.[43]

Gleichwohl artikulieren die DozentInnen ganz deutlich, dass es weiterhin einen großen Unterschied zwischen jenen Identitäten gibt, die vonseiten der Gewerkschaftsorganisationen stark gemacht werden, und jenen, die in den Dynamiken unter den LehrerInnen selbst eine wichtige Rolle spielen.

> Was die Gewerkschaft sagt, ist die eine Sache, was die Lehrer sagen, eine andere. Und der Lehrer, sobald er sich den Lehrkittel angezogen hat, hört er auf, sich mit den Arbeitern zu identifizieren, und das ist ein großes Problem […]; die Klassenfrage, sagen wir mal so, zieht sich ein wenig durch den gesamten Diskurs der SUTEBA und der CTERA, selbstverständlich. Yaski, der Generalsekretär, hat einen Klassendiskurs. Aber das Diskursive und diejenigen, die Reden halten, sind, wie du wissen wirst, eine Sache. Eine andere Sache ist die Basis. Im Imaginarium der sozialen Basis der Gewerkschaft der Bildungsarbeiter Bonarense ist dieses »*profesional* der Bildung« fest verankert, deshalb ist es sehr hart, einer Lehrerin zu sagen, dass sie *maestra* [bloß Lehrerin – *maestra* fungiert hier als Gegenfigur zur Figur des *profesional*, Anm. T. B.] ist, obwohl ihr Mann Unternehmer ist und sie mit der Hilux [Pickup der Marke Toyota, Anm. T. B.] zum Arbeiten in die kleine Schule im Nirgendwo kommt, aber so ist es halt. Mit roten Fingernägeln, mit denen sie sich noch nicht mal den Kindern nähern kann, weil sie die kratzen würde, aber sie ist Lehrerin.[44]

Diese Figur einer Mittelklasse, die sich von den ArbeiterInnen differenzieren will, taucht immer wieder in den Berichten der Interviewten auf:

> Es gibt viele *compañeros*, die glauben, dass sie zur Mittelklasse gehören, und die sich nicht als Arbeiterklasse sehen. Und das führt dazu, dass man sich nicht als Teil der Arbeiterbewegung fühlt.[45]

Umgekehrt, und auf die eigene Klassenpositionierung angesprochen, empfinden manche der Befragten sogar einen gewissen Grad an Scham, dieser Mittelklasse anzugehören, deren Mitglieder sich nicht als Teil der ArbeiterInnenklasse begreifen wollen. Genau diese Ablehnung habe zunächst auch eine Rolle bei den PND, d.h. den neu eingerichteten nationalen Tarifverhandlungen, gespielt. Zu Beginn

43 Interview Sara Garcia, 12.05.2016.
44 Interview Luciana, 06.06.2016.
45 Interview Carolina, 13.05.2016.

sei es schwierig gewesen, dass die Tarifverhandlungen als legitim vonseiten der DozentInnen anerkannt werden. Viele hätten sich lieber auf das historische Statut stützen wollen, das für die DozentInnen immer noch eine enorme Bedeutung, gleich der Bibel, habe:

> Wie eine Bibel. Das hängt mit den Mittelklassen zusammen, die sich nicht als Arbeiter fühlen. […] Im Allgemeinen wurden die Tarifverhandlungen vom Lehrpersonal nicht akzeptiert. Ihnen erschien das als Sache der Arbeiter, der – wie man so sagte – »negros«, in Anführungsstrichen. »Wir führen keine Tarifverhandlungen.«[46]

Dass die Wurzeln der Identität des *profesional* in dem Statut von 1958 liegen, habe ich oben bereits erwähnt. Demgegenüber scheint die Identität des *trabajador de la educación* durch die PND eine neue Legitimierung erfahren zu haben. Mit der Zeit und der institutionellen Verankerung der PND sei die Ablehnung der LehrerInnen gegenüber den PND, die ihre Wurzeln in der Abgrenzung von den ArbeiterInnen haben, zunehmend gewichen: »Heute gibt es keine Diskussion mehr über die Tarifverhandlungen im Sinne von ›Tarifverhandlungen ja/Tarifverhandlungen nein‹ […], es gibt keine große Debatte mehr.«[47], berichtet Carlos. Und auch alltagssprachlich fände diese Veränderung einen Ausdruck:

> Früher waren wir *colegas*, [heute, Einf. T. B.] nennen wir uns *compañeros*, richtig? […] *[C]olega*, so wie es die Ärzte, die Anwälte sind, die nennen sich *colega*. Dieses Verständnis als Berufszweig (*profesión*), was gleichbedeutend war mit *docente* sein, haben wir in Richtung einer gewerkschaftlichen Organisierung verlassen.[48]

10.4 Schlussfolgerungen

In diesem Kapitel habe ich die Politiken des Kirchnerismus gegenüber dem Bildungssektor analysiert. Entlang der im Theorieteil skizzierten Fluchtpunkte lässt sich konstatieren: Die Geschwindigkeit, mit der der Kirchnerismus von Beginn an den Bildungssektor einband, und die ›Schlagzahl‹ der Gesetze, die im Zeitraum von 2004 bis 2006 verabschiedet wurden, sprechen für die zentrale Bedeutung, die die Regierung Kirchners diesem Sektor der Mittelklasse beimaß.

Wie De Senén Gonzáles (2008: 22) argumentiert, war die Etappe zwischen 2003 und 2006 in der Bildungspolitik davon geprägt, aufgeschobene Forderungen der 1990er Jahre und Jahrtausendwende in das kirchneristische Projekt zu integrieren.

46 Interview Carlos, 10.05.2016.
47 Interview Carlos, 10.05.2016.
48 Interview Carlos, 10.05.2016.

Viele der genannten Gesetze sind unmittelbare Antworten auf partikulare Forderungen aus jenen Jahren. Diese Antworten bedeuteten jedoch weniger einen radikalen Bruch mit den existierenden Strukturen, vielmehr handelte es sich um ein Reformieren dieser Strukturen im Zuge des Versuchs, die nationale Regierung als Akteur im Feld der Bildungspolitik zu reetablieren. Dieser Reformcharakter ist für die unterschiedlichen Dimensionen hegemonialer Einbindung (materiell, institutionell, identitär) sichtbar.

Alle Dimensionen der Einbindung sind in den unterschiedlichen Gesetzen stets präsent, grob lässt sich jedoch sagen, dass das LFE auf materieller Ebene für die Integration der DozentInnen in das kirchneristische Projekt sorgte. Das LEN wiederum steht am Ende des Transformationsprozesses des Bildungssektors zwischen 2003 und 2006 und lässt sich dahingehend interpretieren, dass es dem Gesamtprozess einen abschließenden programmatisch-ideologischen Rahmen gab. Die vom Kirchnerismus hierfür gewählten Kanäle und Ausverhandlungsformen institutionalisierten dabei auf Ebene der Identitäten die Figur des *trabajador de la educación*.

Auf materieller Ebene zeigt sich die Einbindung exemplarisch an den Lohnsteigerungen und verbesserten Arbeitsbedingungen. Wie aus der obigen Darstellung deutlich geworden ist, besteht aus Sicht der DozentInnen kein Zweifel daran, dass die neu eingeführten nationalen Tarifverhandlungen (PND) maßgeblich für diese Verbesserungen waren und sie einen konkreten Einfluss auf das individuelle Alltagsleben hatten. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass die Bedeutung dieser Tarifverhandlungen mittlerweile weit über den Bildungssektor hinausreicht, sodass Etchemendy (2011: 109, Übers. T. B.) die PND als »eine der wichtigsten Innovationen in dieser neuen Etappe des Sozialdialogs in Argentinien« während des Kirchnerismus bezeichnen kann. Die PND, die zu Jahresbeginn stattfinden, geben mittlerweile den Rhythmus und die Ziele der Tarifverhandlungen in anderen Branchen vor. Nicht zuletzt, weil sie dies befürchtet hatten, wehrten sich die Provinzgouverneure stark gegen die Einrichtung der PND (Chiappe 2014: 328). Zwar betreffen die PND für sich genommen bloß Kosten, die die nationale Regierung mitfinanziert, aber die Verhandlungsabschlüsse setzen dessen ungeachtet Orientierungspunkte für nachfolgende Tarifverhandlungen mit anderen öffentlich Angestellten, deren Kosten von den Provinzen allein getragen werden müssen. Trotz des Widerstands der Provinzen setzte sich die nationale Regierung durch und konnte sich so als zentraler Akteur im Bildungssektor (re-)etablieren. Den PND wird dadurch eine Sonderstellung innerhalb der Aushandlungsprozesse zwischen Regierung und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zuteil. Gleichwohl zeigen die PND auch die Grenzen der Strategie des Kirchnerismus an. So konnte die Vereinheitlichung des Bildungssystems nur begrenzt vorangetrieben werden und die äußerst komplexe Interessenslage führte in manchen Jahren (2012, 2013) dazu, dass kein Ergebnis erzielt werden konnte.

Auch Arbeitsbedingungen sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die über das LFE neu geregelt wurden, trugen zur materiellen Einbindung der LehrerInnen in das kirchneristische Projekt bei. Entscheidendes Werkzeug war dabei die Erhöhung der Bildungsausgaben bis auf 6 % des BIP. Die überaus positive Evaluierung des Gesetzes im abschließenden Monitoringbericht (Bezem et al. 2012) deckt sich mit den Einschätzungen der Betroffenen aus dem Bildungssektor selbst. In einem Zeitungsartikel von 2010 feiert die damalige Generalsekretärin der CTERA Stella Maldonado das Gesetz als vollen Erfolg und fordert ein Folgegesetz mit dem Ziel, dass »der Prozentanteil am BIP, der für Bildungsinvestitionen vorgesehen wird, bis 2016 schrittweise bis auf 10 Prozent, wenn wir die Universitäten inkludieren, steigen sollte« (Maldonado 2010, Übers. T. B.). Das ist bis heute eine zentrale Forderung des Bildungssektors.

Auf institutioneller Ebene schaffte es die nationale Regierung, (neue) Aushandlungsformen und -kanäle zu etablieren, die wichtige Akteure des anti-neoliberalen Widerstands einbanden und ihnen neue Rollen zuordneten. Die CTA beziehungsweise CTERA war der privilegierte Gesprächs- und Kooperationspartner der Regierung in diesem Prozess, den der Kirchnerismus als Transformation des Bildungssystems im Sinne eines gemeinsamen Projekts für das Land deutete. Dabei lässt sich am Beispiel der CTERA besonders gut verdeutlichen, wie die Regierung es schaffte, existierende anti-institutionelle Kräfte einzubinden oder – in Ernesto Laclaus Begriffen ausgedrückt – *popular demands* in *democratic demands* umzuwandeln. Das Einrichten von nationalen Tarifverhandlungen war, historisch gesehen, eine Forderung der CTERA. Nachdem die PND eingerichtet wurden, agierte die CTERA nach Abschluss der jeweiligen Verhandlungen des Jahres dann zumeist als Vermittlerin auf Ebene der Provinzen (nachdem sie auf nationaler Ebene zuvor Verhandlungsgegenüber der Regierung gewesen war), da sie ein Interesse daran hatte, dass die PND Legitimität erfahren werden und somit auch die institutionalisierte Position der CTERA gestützt wird (Etchemendy 2011: 104). Allerdings zeigen sich auch Grenzen der institutionellen Integration, wie sie für den Kirchnerismus prägend war, am Beispiel der beschränkten Funktionen der zahlreichen, neu eingerichteten Institutionen, wie den Räten, die den *Consejo Federal de Educación* (Bundesbildungsrat) zur Seite stehen (s. Abbildung 7). n ihnen waren die Gewerkschaften der DozentInnen vielzählig repräsentiert, hatten allerdings vor allem beratende Funktionen.

Abschließend versah das LEN die Vielzahl der ineinandergreifenden Umstrukturierungsprozesse mit einem ideologisch-programmatischen Rahmen. De Senén González (2008: 12) ist der Auffassung, dass die Verabschiedung des LEN in dieser Geschwindigkeit vonstattengehen konnte, weil sich in den Jahren zuvor eine Allianz zwischen der Nationalregierung und den Lehrergewerkschaften bereits eingespielt hatte. Ebendiese Allianz wurde mit dem LEN endgültig institutionalisiert; sie drückt sich unter anderem in den bereits angesprochenen neugeschaffenen

Institutionen aus, die sich durch eine mehr oder weniger ausgeprägte Gewerkschaftsbeteiligung auszeichnen. Programmatisch stehen die sozialpädagogischen Maßnahmen für eine sozial-integrative Vorstellung von Bildung, die hervorragend mit der progressiven Selbstwahrnehmung und Identität der DozentInnen korrespondierte. Die neue Wertschätzung technischer Aspekte in der Bildung schrieb sich wiederum ein in das Narrativ eines neuen Entwicklungsmodells, in dessen Rahmen die nationale Produktion priorisiert wurde.

Auf Ebene der Identitäten zeigt sich, wie die beiden Figuren des *profesional* und *trabajador de la educación*, die ihren historischen Ursprung in unterschiedlichen ›Identitätskonjunkturen‹ der Mittelklasse haben, in ihren Konnotationen bis heute von den politischen Konjunkturen geprägt werden. Die Auseinandersetzung um diese Identitäten während des Kirchnerismus lässt sich als hegemoniales Ringen um die Identität der Mittelklasse im Bildungssektor interpretieren. Hier deutet sich an, dass die Politiken von oben, d.h. der kirchneristischen Regierungen, einen positiven Bezug auf die Figur des *trabajador de la educación* oder des *compañero* ermöglichten und diese hegemonial einbanden. Die von der Regierung hergestellten institutionellen Kanäle zwischen ihr und den Lohnabhängigen des Bildungssektors – besonders deutlich wird dies im Falle der PND – und die von der Regierung privilegierten VerhandlungspartnerInnen beförderten eine solche Identität. In historischer Perspektive lässt sich im Hinblick auf das Verhältnis von dominanten Identitäten der LehrerInnen und deren Institutionalisierung wie folgt argumentieren: Wenn das Gesetz Nr. 1420 von 1882 der Identität der DozentInnen als *apósteles de la civilización* (Apostel der Zivilisation) eine staatliche Institutionalität verlieh, so lässt sich dasselbe für das bis heute gültige DozentInnen-Statut im Hinblick auf die Identität des/der *profesional* sagen. Mit den PND hingegen wurde während des Kirchnerismus die Identität der *trabajadores de la educación* als staatliche Sichtweise auf die LehrerInnen etablierte und erhielt institutionelle Legitimität.

11 Schlussfolgerungen

Zu Beginn des vorliegenden Buches stand die Frage nach der Entwicklung der argentinischen Mittelklasse während der kirchneristischen Regierungen zwischen 2003 und 2015. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass es trotz umfangreicher Forschung in dem Feld des lateinamerikanischen Populismus und zur Mittelklasse in der Region an Studien mangelt, die sich dem Zusammenhang zwischen den populistischen Regierungen des 21. Jahrhunderts und der Mittelklasse widmen. Zur Untersuchung dieses Zusammenhangs bedurfte es eines theoretischen Rahmens, der es – dem Vorhaben der Untersuchung entsprechend – ermöglicht, sowohl sozialstrukturelle Fragen als auch die Konstruktion politischer Identitäten zu analysieren.

Dieser Theorierahmen wurde in Teil I entwickelt. Im Anschluss an die Diskussion unterschiedlicher Zugänge zur Kategorie der Mittelklasse und existierender Populismustheorien habe ich – im Anschluss an Laclau – vorgeschlagen, »Populismus« als einen möglichen Modus von Hegemonie, der auf dem Feld der politischen Identitäten mittels einer antagonistischen Konstruktion operiert, zu definieren. In Bezug auf die Mittelklasse habe ich für einen relational-historisch-materialistischen Klassenbegriff plädiert, mit dessen Hilfe sich sowohl ihre strukturelle Dimension als auch die Dimension der politischen Identitäten fassen lässt. Teil II widmete sich der konkreten Analyse des Verhältnisses von argentinischer Mittelklasse und dem Kirchnerismus. Die empirischen Befunde lassen sich wie folgt zusammenführen.

Vier Perioden des Kirchnerismus sind für die Jahre 2003 bis 2015 zu unterscheiden. Für die Boomjahre (2003-2008) kam der Kirchnerismus zahlreichen Forderungen aus den Krisenjahren nach und konnte eine überaus heterogene Allianz konstruieren und als UnterstützerInnenbasis für sein Regierungsprojekt gewinnen. Mit ihrer transversalen Strategie vermochte es die Regierung sich als Vermittler zwischen unterschiedlichen Interessen und Akteuren zu etablieren. Das Interregnum während der zweiten Phase (2008 und 2009) stand im Zeichen des *conflicto con el campo* (Konflikt mit dem Agrarsektor) im Jahr 2008. Nicht nur verlor der Kirchnerismus die direkte Auseinandersetzung mit seinem Gegenüber des Konflikts (dem Agrarsektor), sondern die Niederlage hatte tiefgreifende Folgen, weil der Agrar-

sektor die gesamtgesellschaftliche Vermittlerrolle des Kirchnerismus grundsätzlich infrage stellte, indem er existierenden Unmut anderer Gruppen und Sektoren hegemonisieren konnte. Die Folge war eine Niederlage des kirchneristischen Projekts auf politischer Ebene – eine Niederlage, die das Ende der konstruierten Allianz, wie sie bis zu diesem Zeitpunkt bestanden hatte, nach sich zog. Zeitgleich zeigte sich ab diesem Zeitpunkt ein zunehmend konfliktiver Modus, über den der Kirchnerismus versuchte, Akteure in sein Projekt einzubinden, und dabei andere Teile der Gesellschaft antagonisierte.

Die darauffolgende dritte Periode zwischen 2009 und 2011 ist der fundationale Moment des heute existierenden Kirchnerismus. Nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht kam der Kirchnerismus kurzzeitig wieder in die Offensive, sondern die Regierung vermochte es in diesen Jahren auch, die von ihr geschmiedete Allianz neu zu konfigurieren. Vor allem aber begründete sie in dieser Periode ein kirchneristisches Imaginarium, welches bis heute die kirchneristische Identität bestimmt. Im Zuge dieser Neukonfiguration wurde die argentinische Mittelklasse als gesellschaftlicher Akteur zunehmend sichtbar. Dies geschah vor allem auch durch die Reaktivierung von national-popularen Narrativen aus den 1960/70er Jahren und der Neuartikulation spezifischer Identitäten der Mittelklasse mit dem kirchneristischen Projekt (mehr dazu weiter unten).

Für die vierte und letzte Periode (2012-2015) war stark von der Vertiefung der existierenden ökonomischen und politischen Probleme des kirchneristischen Projekts geprägt. Dieses geriet in weiterer Folge zunehmend unter Druck. Anders als in der vorangegangenen Phase wirkte der antagonisierende Konstruktionsmodus nicht mehr im Sinne einer politischen Offensive, sondern lässt sich als defensive Strategie interpretieren.

Die politischen und wirtschaftlichen Konjunkturen schrieben sich auch in die Sozialstruktur Argentiniens ein. Die Analyse der sozialstrukturellen Dynamiken jener Jahre zeigt, dass die unteren Mittelsektoren gemeinsam mit den qualifizierten popularen Sektoren jene Teile der argentinischen Gesellschaft repräsentieren, die am stärksten wuchsen und in denen es zu den stärksten Veränderungen kam. Verbleibt man in der Oben/Unten-Metapher, kam es – basierend auf eine Bewegung hinein in die Lohnabhängigkeit – zu einer Aufwärtsmobilität und einer Qualifizierung oder Fachqualifizierung dieses Ausschnitts der Sozialstruktur.

Jedoch zeigte sich auch, dass die Mittelsektoren am stärksten in den Jahren von 2007 bis 2011 anwuchsen, d.h. nicht in den wirtschaftlichen Boomjahren des Kirchnerismus unmittelbar nach der Krise, sondern in jener Periode, die ich als den fundationalen Moment des heute existierenden Kirchnerismus bezeichnet habe, und ab der sich das Regierungsprojekt zunehmend stärker auf die Mittelklasse stützte. Wie im Theorieteil argumentiert, ist aus solchen strukturellen Veränderungen keine unmittelbare Kausalität ableitbar, sehr wohl lässt sich aber von einem Ermöglichungsterrain der hegemonialen Einbindung sprechen. Auch decken sich die sozi-

alstrukturellen Entwicklungen mit der politischen Offensive jener Jahre. Letzteres ist ein weiterer Hinweis auf die Plausibilität der These, dass die progressive Agenda des Kirchnerismus im sozialpolitischen Bereich nicht nur eine politische, sondern auch eine materielle Einbindung eines spezifischen Sektors der Mittelklasse ermöglichte. Die ökonomische Situation dieses gesellschaftlichen Ausschnitts verbesserte sich. Die unteren Mittelsektoren im Bereich der Verwaltung und Administration sowie im Bildungs- und Gesundheitsbereich wuchsen in jenen Jahren am stärksten. Dabei handelte es sich nicht nur um staatliche Anstellungsverhältnisse. Stattdessen war der Anstieg einer allgemeinen Ausweitung dieser Sektoren im Rahmen der staatlichen Expansion geschuldet. Im Sinn von Barbara und John Ehrenreich (1979) können diese Sektoren als *Professional-Managerial Class* (PMC) gefasst werden. Ehrenreich/Ehrenreich (1979) beschreiben mit dem Konzept jene Sektoren und Tätigkeitsbereiche, die sich im Zuge der Expansion des US-amerikanischen Staates und der (sozial-)staatlichen Durchdringung der Gesellschaft ausweiteten. Sozialstrukturell ist dies dahingehend interessant, dass die wachsenden/entstehenden Mittelsektoren somit an die Expansion staatlicher Aktivitäten in diesen gesellschaftlichen Bereichen gekoppelt scheinen. Trotzdem habe ich im Einklang mit meinen theoretischen Annahmen in Bezug auf den Begriff der Mittelklasse und gegen das Konzept der PMC argumentiert – Ehrenreich/Ehrenreich postulieren einen objektiven Antagonismus zwischen PMC und ArbeiterInnenklasse –, dass aus der sozialstrukturellen Dynamik noch keine politischen Identitäten abgeleitet werden können. Die Identitäten müssen erst politisch hergestellt werden, d.h., sie werden auf dem Terrain der politischen Identitäten umkämpft.

Bei den politischen Identitäten und der Position der Mittelklasse innerhalb des kirchneristischen Imaginariums zeigt sich ein Bruch für die Zeit von Néstor Kirchner und Cristina Fernández de Kirchner. In der Anlage der vorliegenden Studie war eine klare Trennung zwischen den beiden AmtsträgerInnen zu Beginn nicht vorgesehen gewesen. Doch auf Ebene der Konstruktion politischer Identitäten wurden deutliche Unterschiede sichtbar. Bei Néstor Kirchner war der skizzierte Horizont des kirchneristischen Projekts von einer konsensualen Formel und einem relativ unspezifischen Identitäts-Angebot an die Mittelklasse geprägt. Erstere wird repräsentiert in Ausdrücken wie »unidad nacional« (»nationale Einheit«), oder »patria que nos contenga a todos« (»Heimat, die uns alle umfasst«). In diese »Einheit« wird die Mittelklasse über das Narrativ einer sozialen Aufwärtsmobilität eingebunden. Trotzdem habe ich von einem ›ungerichteten‹ Diskurs für diese Periode gesprochen, weil der Mittelklasse noch keine klar ausdefinierte Identität im kirchneristischen Imaginarium zuteilwird. Sie ist eine der Identitäten, die neben anderen als Teil eines gemeinsamen Aufbruchs angerufen wird. Beide, d.h., sowohl das allgemeine Projekt als auch die Artikulation einer Mittelklassen-Identität mit diesem, funktionieren dabei weniger über einen konfliktiven Modus, sondern, wie der Begriff »Einheit« bereits suggeriert, vor allem mittels der Erzählung einer notwendi-

gen kollektiven und pluralistischen Anstrengung. Begibt man sich trotzdem auf die Suche nach einem Gegenüber, das als konstitutives Außen des kirchneristischen Projekts fungiert, hat sich gezeigt, dass ein solches noch am ehesten in dem »Inferno« der Krisenjahre verortet werden kann und somit in einer zeitlichen Abgrenzung zur Vergangenheit besteht – konkret der Abgrenzung gegenüber der 2001er Krise und den 1990er Jahren. In den späteren Jahren und mit Cristina Fernández de Kirchner verändern sich die Identitäten, die für die Mittelklasse im kirchneristischen Diskurs artikuliert werden und ebenfalls der Modus, in dem dies geschieht. Die soziale Aufwärtsmobilität als ein typisches Mittelklassen-Narrativ bleibt über den gesamten Zeitraum zentral. In diesem Sinne lässt sich sagen, dass der Kirchnerismus die Mittelklasse durchgehend durch das klassische Mittelklasse-Narrativ des sozialen Aufstiegs anrief. Das Narrativ eines Mittelklasse-Landes ist in Argentinien bis heute allgegenwärtig. Der Kirchnerismus griff dieses auf und skizzierte den Horizont seines Projekts als Fortsetzung einer historischen Bestimmung des Landes. Dabei artikulierte er dieses Narrativ mit der öffentlichen Bildung und Infrastruktur. Dieser Aspekt erscheint insofern interessant, als er zur Präzisierung früherer Thesen nötigt.

An anderer Stelle habe ich argumentiert, dass es eine Schwachstelle der populistischen Strategien der progressiven Regierungen war, nicht mit den neoliberalen Subjektivitäten der 1990er Jahre gebrochen zu haben (Boos/Schneider 2016). Die Ergebnisse stellen diese Analyse teilweise und dahingehend infrage, dass es vonseiten des Kirchnerismus scheinbar durchaus Versuche gab, diesen individualistischen Identitäten entgegenzutreten, wie sich für den Fall der Neuartikulation des klassischen Mittelklasse-Narrativs des sozialen Aufstiegs mit dem Thema der öffentlichen Infrastruktur zeigt. Über den gleichen Themenkomplex wurde auch der nationale Mythos der Singularität Argentiniens als Mittelklasse-Land mit dem kirchneristischen Projekt artikuliert und dadurch aktualisiert.

Eine augenscheinliche Veränderung vollzieht sich unter Cristina Fernández de Kirchner bei der Beschreibung des kirchneristische Projekts. »Proyecto bicentenario« (»Projekt des zweihundertjährigen Jubiläums«) ist hier eine wiederkehrende Bezeichnung, die in sich bereits eine klarere Demarkation transportiert. Zwar spielt die Krise von 2001 als Vergangenheit, die man hinter sich gelassen hat, auch eine Rolle, allerdings tritt eine starke mythische Dimension hinzu. Die Präsidentin entwirft in ihren Reden einen kollektiven Horizont – ausgehend von einem historischen Narrativ über Argentinien, wobei diese Erzählung eine Aktualisierung durch ihre Reartikulation mit dem kirchneristischen Projekt erfährt.

Besonders hervorzuheben ist die diskursive Figur einer *Mittelklasse mit falschem Bewusstsein*, die bei Cristina Fernández de Kirchner hinzutritt (auch sie wird mit der öffentlichen Infrastruktur in einen Zusammenhang gestellt). Mittels dieser Figur, die als antagonistisches Gegenüber in Erscheinung tritt, wird ein Identitäts-Angebot als *progressive Mittelklasse* konstruiert. Zentral in diesem Konstitutionspro-

zess sind die Historisierung und das Autobiografisieren durch die Präsidentin. Diese Art der Erzählung dient sowohl als Legitimitätsressource als auch als Handlungsanweisung. In ihr fungiert die Präsidentin als Vorbild: Während die *Mittelklasse mit falschem Bewusstsein* als ein Akteur gezeichnet wird, der gegen die eigenen Interessen handle, konstituiert sich die Identität einer *progressiven Mittelklasse* mithilfe einer Anrufung über den Wunsch/die Sehnsucht zur Veränderung (»deseo de transformar«). Dieser Wunsch und der stilisierte Werdegang von Cristina Fernández de Kirchner kann als leerer Signifikant bezeichnet werden, auf den die progressive Mittelklasse ihre Verpflichtung mit dem kirchneristischen Projekt projiziert. Die antagonistische Konstitution der beiden Figuren wird vor dem Hintergrund der argentinischen Geschichte als Aktualisierung und Reartikulation jener antiperonistischen Mittelklassen-Identität aus den 1940/50er Jahren sowie deren Revision in den 1960/70er Jahren erkennbar. Insofern bedingen Einbindung und Antagonisierung der Mittelklasse durch das kirchneristische Imaginarium sich wechselseitig.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass eine kirchneristische Identität der Mittelklasse konstruiert wird, die nicht nur auf einem gesamtgesellschaftlichen Antagonismus (in Abgrenzung zu den Krisenjahren) basiert, sondern die sich entlang eines spezifischen Antagonismus zwischen einer *progressiven Mittelklasse* und einer *Mittelklasse mit falschem Bewusstsein* konstituiert. Gleichwohl gilt, dass – wie der Begriff schon andeutet – dieses Gegenüber weit davon entfernt ist, als ein statisches Gegenüber skizziert zu werden – im Gegenteil: Der Eintritt/Ausschluss wird entlang einer Trennlinie der politischen Willensentscheidung konstruiert.

Allerdings habe ich gleichzeitig starke Veränderungen in der Diskurskonstellation festgestellt. Im Zuge dieser Veränderungen wandelt sich auch die Position der Mittelklasse innerhalb des kirchneristischen Imaginariums. Zu Beginn bleibt die Position der Mittelklasse innerhalb des kirchneristischen Imaginariums relativ unbestimmt. Hier lässt sich argumentieren, dass dies möglich war, weil sich entsprechende Identitäten und Artikulationen nach der Krise (noch) nicht wieder verfestigt hatten. In dem darauffolgenden Übergangsmoment beginnt sich dann die Identität einer *progressiven Mittelklasse* zu formieren. In ihr wird noch aktiv versucht, alte Frontstellungen und Positionen, die sich gegen die Regierung richten und die sich wieder zu verfestigen beginnen, aufzubrechen. Gleichzeitigt beginnt ab diesem Zeitpunkt der Modus hegemonialer Konstruktion, konfliktiver zu werden. In einem dritten Moment zeigt sich dann eine Peronisierung des kirchneristischen Horizonts. Das hat zur Folge, dass alte historische Identitäten wiedererstarken. Die Frontstellung zwischen den Identitäten einer *Mittelklasse mit falschem Bewusstsein* und einer *progressiven Mitteklasse* legt auch die möglichen Positionen für die Mittelklasse innerhalb des kirchneristischen Horizonts zunehmend fest. In Konsequenz wird der kirchneristische Diskurs allgemein ›gerichteter‹, d.h., die Identitäten und Position, die der Mittelklasse angeboten werden, sind klarer aus-

definiert. Insgesamt lässt sich der Modus der Politisierung ab der zweiten und in der dritten Diskurskonstellation als konfliktiver und somit, den theoretischen Kategorien folgend, als populistischer im Vergleich zu den Vorjahren bezeichnen. Diese Veränderungen fallen in den fundationalen Moment des heute existierenden Kirchnerismus (2009-2011). Die ökonomische und politische Konjunktur findet ihre Entsprechung im Feld der politischen Identitäten.

Abschließend wurden die allgemeinen Erkenntnisse nochmals an einer Fallstudie für den Bildungssektor präzisiert. Ausschlaggebend für die Auswahl des Bildungssektors waren die Ergebnisse der Sozialstrukturanalyse und die Rolle der öffentlichen Bildung im kirchneristischen Diskurs. Darüber hinaus schien der Bildungssektor besonders geeignet, um diese Umkämpftheit von Hegemonie zu analysieren, da dieser Teil der Mittelklasse den peronistischen Regierungen in der Geschichte stets ambivalent gegenüberstand.

Neben symbolischen Gesten unmittelbar nach Amtsantritt griff die Regierung Néstor Kirchners zahlreiche Forderungen des Sektors auf und begann, sich verstärkt in die Bildungspolitik zu involvieren. Zentrale Werkzeuge der Regierung waren hierbei das *Ley de Educación Técnico Profesional* (LETP) (Gesetz berufstechnischer Bildung), das *Ley de Financiamiento Educativo* (LFE) (Bildungsfinanzierungsgesetz), das *Ley de Educación Nacional* (LEN) (Nationales Bildungsgesetz). Sie zeigten in den Bildungssektor hinein auf symbolischer Ebene eine Veränderung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung des Landes an. In den Gesetzen war das Imaginarium einer Modernisierung und des Fortschritts im Sinne eines produzierenden Argentiniens in Abgrenzung zu einem neoliberalen Modell aus den 1990er Jahren eingeschrieben. Für den Bildungssektor konkretisiert sich dieses allgemeine Imaginarium in Form der Föderalisierung des Bildungssystems unter Carlos Menem, die als Gefahr für ein nationales Projekt und eine nationale Identität skizziert wird. Demgegenüber wird ein nationales Bildungssystem als Grundlage für das kirchneristische Projekt geframt.

Eine besondere Rolle spielte das LFE bei der materiellen Einbindung des Sektors. Das Gesetz legte eine Steigerung der Bildungsausgaben auf 6 % des BIP bis 2010 fest. Die verbesserte Finanzierung sorgte dabei für ein Anwachsen der Anzahl an Lehrkräften (vor allem im Bereich der Grundbildung) und deren Löhnen. Als wichtigste Neuerung, die mithilfe des LFE eingeführt wurden, muss allerdings die *Paritaria Nacional Docente* (PND) (Nationalen Tarifverhandlung) betrachtet werden. Im Einrichten der Tarifverhandlungen kristallisieren sich paradigmatisch unterschiedliche Einbindungsmechanismen von Hegemonie. Die Verhandlungen wurden ab 2008 jährlich abgehalten und etablierten eine institutionalisierte Form der Lohnaushandlung zwischen dem Bildungssektor und den kirchneristischen Regierungen. Trotz der föderalen Struktur Argentiniens, die die Bildungspolitik größtenteils auf Ebene der Provinzen ansiedelt, gelang es dem Kirchnerismus, sich mittels der PND als Akteur im Feld zu etablieren. Gleichzeitig schaffte er eine insti-

tutionalisierte Form zur Kanalisierung von Forderungen aus diesem Sektor. Die PND hatten sowohl materielle als auch symbolische Folgen. Sie sorgten für eine Steigerung der Löhne der Lehrkräfte, gleichzeitig waren sie aber auch Ort der Ausverhandlungen für andere Forderungen des Sektors etwa im Hinblick auf Arbeitsbedingungen oder Ausbildung. Darüber hinaus führten sie dazu, dass dem Sektor symbolisch eine Vorreiter-Position zuteilwurde, weil die Ergebnisse der PND starken Einfluss auf spätere Lohnverhandlungen anderer Gruppen im Jahr hatten. Die Symbolwirkung der Verhandlungsergebnisse im Bildungssektor ist in Argentinien enorm und zudem ermöglichten die PND eine starke Politisierung, da sie viele Bevölkerungsteile betreffen. Die PND banden den Sektor darüber hinaus auch institutionell, vermittelt über die LehrerInnen-Gewerkschaften, in das kirchneristische Projekt ein. Die LehrerInnen-Gewerkschaften etablierten sich als einer der privilegierten Interaktionspartner der Regierung. Wenig erstaunlich bildete ein Teil des Bildungssektors, der sich rund um die CTA beziehungsweise die CTERA gruppierte, eine Konstante innerhalb des kirchneristischen Regierungsprojekts durch alle Perioden hinweg.

Das *Ley de Educación Nacional* (LEN) (Nationales Bildungsgesetz) stiftete den abschließenden ideologischen Rahmen für die kirchneristischen Politiken im Bildungsbereich. Auch an ihm lassen sich wichtige Aspekte der kirchneristischen Strategie exemplifizieren. Das Gesetz und der Gesetzgebungsprozess repolitisierte die Bildung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, indem es die Strukturen der 1990er Jahre thematisierte und kritisierte. In diese Repolitisierung schrieben sich auch die programmatisch-ideologischen Debatten der damaligen Konjunktur ein. Gleichzeitig restrukturierte und reformierte es das Bildungssystem in Teilen, blieb dabei aber widersprüchlich. Die tiefgreifendsten Veränderungen, die in den 1990er Jahren vollzogen worden waren (etwa der Transfer der Bildungseinrichtungen auf Provinzebene), revidierte das Gesetz nicht in Gänze, obwohl exakt diese neoliberalen Umstrukturierungen auf diskursiver Ebene als Gegenüber fungierten. Neben der PND, die mit Sicherheit die stärkste Form der Institutionalisierung neuer Kanäle der gesellschaftlichen Ausverhandlung darstellten, führte das LEN weitere Gremien ein, in denen den Lehrkräften ein Mitspracherecht – etwa in Fragen der Curricula oder Ausbildung – gewährt wurde oder sie beratende Funktionen haben. Ebenso wurde der Grundstein für sozialpädagogische Programme und Politiken gelegt, die zur Expansion des Bildungssektors führten. Erste Indizien deuten darauf hin, dass diese Expansion in Teilen mit einer Prekarisierung einhergingen (Einbindung bei gleichzeitiger Prekarisierung). Um weitergehende Schlüsse ziehen zu könne, bedürfte es jedoch einer tiefergehenden Analyse der spezifischen Sozialprogramme und Anstellungsverhältnisse, die hier nicht geleistet werden kann.

Im Hinblick auf die Identitäten unter den Lehrkräften konkretisieren sich die Figuren einer *Mittelklasse mit falschem Bewusstsein* und einer *progressiven Mittelklasse* in den Identitäten von *profesional* und *trabajador de educación*. Der Disput zwischen

den beiden Identitäten ist Teil der Geschichte des Bildungssektors. Allerdings wurde der Identität des *trabajador de educación* im Kirchnerismus eine neue Legitimität und Institutionalisierung zuteil. Dieser Teil der Mittelklasse wurde vorwiegend über die Gewerkschaften integriert, die somit zum privilegierten institutionellen Vermittler wurden. Dahingehend lässt sich auch die Verankerung der Identität als *trabajador de educación* interpretieren: Die PND garantierten die materielle Einbindung dieses Teils der Mittelklasse, institutionalisierten Aushandlungskanäle und privilegierten dabei gleichzeitig die Identität als *trabajador de educación* vor anderen Identitäten des Sektors insofern, als sie zur ›offiziell legitimierten‹ Identität durch den Kirchnerismus wurden.

Wie schreiben sich die Ergebnisse des vorliegenden Buches in die existierende Forschung ein? An Pivas (2013, 2015) These habe ich dahingehend kritisiert, dass sie eine genauere Analyse darüber schuldig bleibt, welche Teile der Mittelklasse der Kirchnerismus in sein Regierungsprojekt zu integrieren wusste. Vor dem Hintergrund der vorliegenden Arbeit lässt sich nun sagen, dass es sich, sozialstrukturell betrachtet, um jene Teile der unteren Mittelsektoren handelte, die sich als *Professional-Managerial Class* (Ehrenreich/Ehrenreich 1979) beschreiben lassen und die mit der sozialstaatlichen Expansion verknüpft sind. Zusammengenommen mit den Ergebnissen aus Kapitel 8 lässt sich darüber hinaus sagen, dass es sich hierbei teilweise auch um jene Teile der Mittelklasse handelte, die in den 1990er Jahren von der neoliberalen Umstrukturierung Argentiniens stark betroffen und partiell ein wichtiger Akteur im Widerstand gegen diese Umstrukturierungen waren. In diesem Sinne operierte die kirchneristische Integration über zwei existierende Imaginarien: Einerseits, wie von Altamirano (2013) vermutet, reartikuliert er das Imaginarium des historischen Populismus in Argentinien, respektive des Peronismus, und die Aufarbeitung der Mittelklasse in den 1960/70er Jahren hinsichtlich ihrer eigenen Rolle in der Geschichte. Andererseits operiert der Kirchnerismus über das Imaginarium der 1990er Jahre und der Krise von 2001. Ersteres tritt dabei verstärkt ab 2009/2010 in den Vordergrund.

Hier lässt sich an Svampas (2014, 2016) These anschließen. Sie ist dahingehend zu ergänzen, dass es in der Periode 2009-2011 nicht nur zur Wiederbelebung eines national-popularen Imaginariums kam, sondern auch eine materielle Einbindung eines Teils der Mittelklasse stattfand. Diese beschränkte sich jedoch nicht nur auf die von Svampa (2016) benannten Eliten der Mittelklasse. Stattdessen integrierte der Kirchnerismus in materieller Hinsicht eine breite Basis an Mittelsektoren. Auf diesem Ermöglichungsterrain der Einbindung wurde dann um die politischen Identitäten gerungen.

Zu Beginn (aber auch noch in späteren Jahren) artikulierte der Kirchnerismus klassische Narrative der Mittelklasse (stark präsent ist das Narrativ der sozialen Aufwärtsmobilität) mit dem kirchneristischen Imaginarium. Zu einem späteren Zeitpunkt vollzog sich die Einbindung dann primär über das Identitäts-Angebot

als *progressive Mittelklasse*. Diese Identität scheint vor allem in der letzten Periode des Kirchnerismus, als dessen Spielräume für Zugeständnisse zusehends kleiner wurden, verstärkt als eine Art populistisches Substitut für materielle Zugeständnisse gewirkt zu haben. Dieses lässt sich als populistisch bezeichnen, weil es, einerseits Teile eines historischen Imaginariums des Peronismus aus den 1960/70er Jahren reartikulierte und andererseits zunehmend mittels eines konfliktiven und antagonisierenden Modus der hegemonialen Konstruktion operierte.

Auch hinsichtlich der Theorie können einige Schlussfolgerungen gezogen und Ausblicke angestellt werden. In Bezug auf die Populismustheorie möchte ich zwei Punkte aufgreifen, die ich in Teil I bereits aufgeworfen haben.

Punkt eins betrifft das Verhältnis zwischen Populismus und Politik. Hierzu sei nochmal in Erinnerung gerufen, dass Laclau (OPR: 154) argumentiert: »There is no political intervention which is not populistic to some extent.« Wie stark populistisch eine politische Konstruktion ist, sei eine graduelle Frage, so sein Argument. In der Forschungspraxis zeigen sich jedoch die Probleme, die sich aus dieser Annahme ergeben. In jeder Diskurskonstellation sind nach Laclau per Definition stets beide Logiken von Äquivalenz und Differenz vorhanden, womit bei der Analyse stets Antagonismen und respektive populistische Elemente identifizierbar sind, die der Logik der Äquivalenz folgen. Die Frage, ob letztere über jene Logik der Differenz dominiert, wird zur entscheidenden Frage, ob wir eine populistische oder eine institutionelle Logik vorfinden. Meine Zweifel daran, wie über den ›Grad an Populismus‹ entschieden werden soll, habe ich bereits im Kapitel 2.3 angemeldet. Die laclausche Perspektive läuft Gefahr, zirkulär zu argumentieren. Die Frage, ob wir eine populistische Konstellation vorfinden, ist allerdings aus zweierlei Gründen überaus relevant: Erstens wirft sie – wie in Kapitel 2.3 argumentiert – die Frage nach dem theoretischen Stellenwert des Begriffs des Populismus auf und stellt dessen Berechtigung infrage. Zweitens hat die Beantwortung dieser Frage Folgen für die politische Bewertung des Populismus und die Performanz des Begriffs. Einerseits führt der Populismus bei Laclau das Politische (wieder) ein, indem er bestehende Strukturen aufbricht. Sein Gegenteil ist die differenzielle Integration in die bestehende institutionelle Ordnung. Diese administrative ›Absorption‹ gesellschaftlicher Dynamiken repräsentiert das Apolitische schlechthin für Laclau, weshalb der Populismus für ihn positiv konnotiert ist. Aus diesem Grund ist die Frage danach, ob es sich um eine populistische Logik handelt, höchst relevant, weil sie danach fragt, ob Politik (im Sinne von gesellschaftlicher Ausverhandlung) überhaupt stattfindet.

Andererseits ist vor diesem Hintergrund die performative Dimension des Begriffs »Populismus« im Kontext der progressiven Regierung zu beachten. Eine performative Verwendung hat sich im Kontext der lateinamerikanischen Populismen des 21. Jahrhunderts noch verstärkt und vermischt sich mit dem analytischen Gebrauch des Begriffs. Eine ähnliche Dynamik war zu Anfang des progressiven

Zyklus für den Begriff »Post-Neoliberalismus« zu beobachten. Wie zu Beginn des Buches erwähnt, beziehen sich viele WissenschaftlerInnen der laclauschen Theorielinie mittlerweile affirmierend auf die Begriffe des Populismus und des National-Popularen. Sie beurteilen den Populismus der progressiven Regierungen positiv, weil er repolitisiert und die administrative Logik der neoliberalen Dekade der 1990er aufgebrochen habe. Darüber hinaus stellt der Begriff die progressiven Regierungen in eine national-populare Traditionslinie und reklamiert somit eine Legitimität von unten für sie. In diesem Sinne ließe sich sagen, dass der Versuch Laclaus, den Begriff des Populismus von seinen negativen Konnotationen zu befreien, in Teilen geglückt ist. Gleichzeitig besteht aber die Gefahr, dass die Theorie im Zuge ihrer Überführung in politische Kategorien als politische Legitimierung instrumentalisiert wird. Zum Beispiel ist festzustellen, dass Teile der Mittelklasse ihr Verlangen danach, einem Projekt der Veränderungen anzugehören, auf Cristiana Fernández de Kirchner projizierten. Und dieser Zusammenhang, der mit der Kategorie des leeren Signifikanten aus der laclauschen Populismustheorie analysiert werden kann, ist etwas anderes, als daraus eine positive politische Bewertung des kirchneristischen Regierungsprojekts abzuleiten.

Den zweiten Punkt, den ich nochmals aufgreifen möchte, betrifft den Mangel an Begriffswerkzeugen zum Erfassen institutioneller Dynamiken. Innerhalb der laclauschen Begriffe bezieht sich dieser Mangel auf die Prozesse und Strukturen hinter der institutionellen Kanalisierung von *demands*. In Kapitel 10 hat sich gezeigt, wie bedeutsam die spezifischen Institutionen und Kanäle (in diesem Fall etwa die Gewerkschaften und die PND) nicht nur in Bezug auf die Kanalisierung der konkreten *demands*, sondern selbst für die Konstituierung und Legitimierung von politischen Identitäten sind. Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit unterstreichen noch einmal die Bedeutung dieser Ebene der Institutionen. Sie zeigen auf, wie wichtig es ist, Organisationen, Institutionen und Netzwerke, die Artikulations-, Kanalisierungs-, und Vermittlungsfunktionen von Gesellschaft einnehmen, begrifflich zu fassen und in die Analyse miteinzubeziehen. Mir erscheint es von daher als kein Zufall, dass die Frage der politischen Institutionen in der Populismusdebatte (nicht mehr nur der Moment der Instituierung) vermehrt in den Fokus zu rücken beginnt – ein Umstand, der sich in letzter Zeit in entsprechenden Tagungen und Veröffentlichungen zum Thema zeigt (vgl. etwa Blengino/Baccareli 2018; Coronel/Cadahia 2018; Stoessel/Ramírez 2018).

Hinsichtlich einer Theorie der Mittelklasse hoffe ich, dass die vorliegende Studie einige fruchtbare Ausgangspunkte zur Versöhnung der postfundationalistischen Theorie mit ihrem Fokus auf politische Identitäten und einer materialistischen Perspektive, die sozialstrukturelle Zusammenhänge in den Blick nimmt, aufzeigen konnte. Neben dem allgemein wiedererstarkten Interesse an der lateinamerikanischen Mittelklasse finden sich in jüngster Zeit erfreulicherweise zunehmend Studien, die versuchen, die Analyse von Sozialstruktur und politischer Iden-

tität miteinander zu verbinden. Gerade auch die Transformationsprozesse in den andinen Ländern, die historisch nicht als Mittelklasse-Länder imaginiert wurden, werfen hier überaus spannende Fragen dahingehend auf (vgl. hierzu etwa jüngst Arrambide Cruz 2020; Seidl 2017; Villanueva 2018, 2020), wie sich die Verschränkung von Klassenverhältnissen mit anderen Herrschaftsverhältnissen theoretisieren und analysieren lässt. Weitere Forschungen in diese Richtung würden mit Sicherheit auch neue Erkenntnisse in Bezug auf die jüngsten Entwicklungen in der Region und die aktuellen politischen Herausforderungen für Lateinamerika zutage fördern.

12 Nachwort: Argentinien nach 2015

Die vorliegende Untersuchung der Kirchner-Regierungen beschränkt sich auf den Zeitraum zwischen 2003 und 2015. Obwohl ich die Forschung zu diesem Projekt noch während der letzten Jahre des Kirchnerismus begonnen habe, habe ich weite Teile der Studie in den darauffolgenden Jahren verfasst. Mit seiner Abwahl 2015 schien das kirchneristische Projekt zu einem Ende gelangt zu sein. Allerding hielten die politischen Entwicklungen des Landes im Anschluss einige unerwartete Wendungen bereit, die wenige so vorausgesehen haben. Noch wenigere hätten wohl erwartet, dass am Ende dieser Entwicklungen Cristiana Fernández erneut das Präsidentschaftsamt, dieses Mal allerdings das der Vizepräsidentin, bekleiden würde. Wie es dazu kam, möchte ich abschließend noch in aller Kürze skizzieren.

Im November 2015 hatte sich Mauricio Macri (*Cambiemos*) mit 51,3 % in der Stichwahl gegenüber dem Kandidaten der *Frente para la Victoria* (FPV) Daniel Scioli (48,7 %) durchgesetzt. Zuvor war Mauricio Macri, der Sohn eines argentinischen Bauunternehmers, zwischen 2007 und 2015 Bürgermeister der Stadt Buenos Aires gewesen. Vor seiner Zeit als Bürgermeister stand er als Präsident des bekanntesten argentinischen Fußballvereins *Club Atlético Boca Juniors* in der Öffentlichkeit.

Das Ergebnis der Wahl von 2015 deutete tiefgreifende Veränderungen in der politischen Landschaft Argentiniens an. Erstmals seit der Rückkehr zur Demokratie 1983 gelang es einer neuen politischen Kraft abseits der beiden historischen Parteien des Landes – der *Partido Justicialista* (PJ) und der *Unión Cívica Radical* (UCR) –, die Präsidentschaft zu erringen. Darüber hinaus gewann *Cambiemos* mit ihrer Kandidatin María Eugenia Vidal auch das Gouverneursamt in der Provinz Buenos Aires, traditionell eine Hochburg des Peronismus.

Der Wahlsieg Mauricio Macris wird in der Retroperspektive häufig als das Ende des progressiven Zyklus in der Region gedeutet. Sein Sieg hätte eine Rechtswende in der Region eingeleitet, die sich dann in anderen Ländern wie Brasilien, Chile oder Ecuador fortsetzt habe. In der politikwissenschaftlichen Wahlforschung ist diese These allerdings umstritten. Zwar gab es ein Mandat für einen Regierungswechsel, die Wahl 2015 war aber auch eine Abstimmung über die kirchneristische Regierungszeit und die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes (Tagina 2018). In Lateinamerika korreliert die Unterstützung für amtierende Präsidenten/Präsiden-

tinnen grundsätzlich stark mit der wirtschaftlichen Situation in der sich das Land zum Zeitpunkt der Wahl befindet (Murillo/Visconti 2017). Wie in Kapitel 7 des Buches ausführlich analysiert, waren die strukturellen Probleme der argentinischen Wirtschaft in den letzten Jahren des Kirchnerismus immer klarer zutage getreten und im Alltag spürbar geworden. Die Wahl Macris 2015 muss also vor dem Hintergrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation des Landes gesehen und wenigstens in Teilen auch als ein Votum gegen die Amtsinhaberin interpretiert werden (Murillo/Levitsky 2019).

Und so setzten Teile der argentinischen Bevölkerung große Hoffnung in den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Buenos Aires. Schon der Name der Wahlallianz *Cambiemos* (»Verändern wir«) trug das Versprechen eines Wandels in sich. Im Vergleich zu anderen rechten Regierungen, die später in der Region nachfolgten, war die diskursive Stoßrichtung Macris jedoch nicht vorwiegend autoritärer Art. Vielmehr war sein Wahlkampf von einem gemäßigten Ton geprägt. So versprach er die politische Polarisierung zu beenden und gesellschaftliche Kluft zu schließen (»cerrar la grieta«) und eine Art Befriedung der argentinischen Gesellschaft herbeizuführen. Diskursiv bediente sich *Cambiemos* eines Narrativs, das die eigene Position als post-ideologisch und post-politisch, d.h. in Abgrenzung zu der permanenten Hyperpolitisierung des Populismus, kontrastierte. Von einer »Revolution der Freude (»revolución de la alegría«) war die Rede, und die Wahlkampfveranstaltungen erinnerten an Unternehmensfeiern, bei denen sich alle Beteiligten gut amüsieren. Die Politik wurde zu einer Frage des richtigen Managements erklärt. Diese Ausrichtung spiegelte sich später auch in der Besetzung von Ministerposten wider. Viele der MinisterInnen unter Macri waren zuvor CEOs privatwirtschaftlicher Unternehmen gewesen, entstammten NGOs oder Stiftungen (»CEOcracy« war einer der Begriffe, der in Argentinien für das Macri-Kabinett kursierte) (zur Geschichte von *Cambiemos* vgl. Vommaro 2017; Vommaro et al. 2015). Ein Beispiel für diese Besetzungspolitik ist der bis 2018 unter Macri amtierende Energieminister Juan José Aranguren, der zuvor CEO von Shell gewesen war.

Auf programmatischer Ebene war Macri mit dem Versprechen angetreten, die Inflation einzudämmen (berühmt wurde sein Satz im Wahlkampf »die Inflation wird während meiner Präsidentschaft kein Thema sein«), die Armut auf null zu senken, die Wirtschaft zu öffnen und Argentinien wieder an die internationalen Finanzmärkte anzuschließen. Der Weg dorthin wurde überschrieben mit dem Begriff eines notwendigen »sinceramiento« (von »sincero« span.: ehrlich, aufrichtig): Es sei notwendig, beispielsweise die wirklichen Preise für Güter der öffentlichen Grundversorgung oder das wahre Inflationsniveau offenzulegen und sie genauso wie den Arbeitsmarkt und den Wechselkurs dem ›freien Spiel‹ von Angebot und Nachfrage zu übergeben. Zu Beginn seiner Amtszeit verwies Macri regelmäßig auf das schwere Erbe (»pesada herencia«), das der Kirchnerismus hinterlassen habe, und darauf, dass es Zeit brauche, bis sich die Lage verbessere. Hierzu müsse zu-

nächst eine Phase der Austerität und Entbehrungen durchschritten werden, bevor eine Neugründung der argentinischen Wirtschaft und Gesellschaft vollzogen werden könne. Auch die medienwirksamen Korruptionsprozesse gegen UnternehmerInnen, die der ehemaligen Regierung nahegestanden hatten, und gegen die Ex-Präsidentin selbst bedienten dieses Narrativ einer notwendigen ›Reinigung‹. Viele der Metaphern und Bilder, derer sich die Regierung Macri bediente, erinnerten an ein Heilkuren-Vokabular: So wurden nicht nur die Exzesse des Populismus angeprangert, sondern die Regierung ließ auch verlautbaren, dass die Leute während des Kirchnerismus über ihre Verhältnisse gelebt hätten oder dass man den aufgeblähten Staatsapparate vom »Fett an AktivistInnen« (»grasa militante«) befreien müssen.

Und tatsächlich erzielten diese Erzählung und das mit ihr verbundene Zukunftsversprechen der Regierung ihre erhoffte Wirkung. Ein gewichtiger Teil der ArgentinierInnen schenkte der Regierung auch noch ihr Vertrauen, als sich die wirtschaftliche Lage zunächst weiter verschlechterte, wie sich unter anderem in den guten Resultaten von *Cambiemos* bei den Zwischenwahlen 2017 zeigte (Murillo/Levitsky 2019). Allerdings veränderte sich die Situation in der zweiten Hälfte der Amtszeit Macris. Hatten viele 2017 noch geduldig ausgeharrt und der Regierung die von ihr geforderte Zeit eingeräumt, sanken 2018 und in der ersten Hälfte von 2019, als die versprochenen Verbesserungen ausblieben, das Vertrauen in die Regierung und die Zustimmungswerte des Präsidenten stetig.

Analysiert man die Bilanz seiner vierjährigen Amtszeit, verwundern die sinkenden Zustimmungswerte Macris nicht. In fast allen Bereich scheiterte die Regierung an den von ihr selbst formulierten Zielen. Das Versprechen, die Inflation zu senken, konnte die Regierung nicht erfüllen. Die Inflation stieg in den Jahren 2016-2019 weiter an und erreichte im Dezember 2019 mit knapp 53 % ein Rekordhoch (ECLAC). Lag die durchschnittliche Jahresinflation während der letzten Amtszeit von Cristina Fernández (2011-2015) bei knapp 28 %, betrug sie während der Regierung Macri fast 39 %.

Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung stiegen ebenfalls an, während die Reallöhne fielen. Die steigende Erwerbslosigkeit im Privatsektor wurde begleitet von Entlassungen im öffentlichen Sektor. Diese Entlassungen gingen einher mit ungustiösen Äußerungen der Regierung über das Personal in staatlichen Programmen und Ministerien (»grasa militante«, »ñoquis«), das mit dem Argument entlassen wurde, man müsse die staatliche Administration verschlanken. Eine jüngst veröffentliche Studie zeigt jedoch, dass die staatliche Verwaltung unter Macri zu den größten seit der Rückkehr zur Demokratie 1983 zählte (Gasparin et al. 2020). Auch waren die Einstellungspolitiken weit davon entfernt, einem meritokratischen System zu folgen, wie es sich die Regierung selbst auf die Fahnen schrieb.

Ebenso stieg die Armut in Argentinien in jenen Jahren stark an. Bis 2019 stieg der Anteil der Bevölkerung, der in Armut lebte, wieder auf über 35 %, d.h., ca. 3,3

Millionen ArgentinierInnen fielen während der Jahre 2016-2019 unter die Armutsgrenze (Worldbank). Der Vergleich mit den Jahren der Kirchner-Regierungen ist aufgrund der Intervention des INDEC 2007 und der Entscheidung der Regierung Macris, die Berechnungsmethoden des nationalen Statistikinstituts neu aufzusetzen, schwierig (s. Fußnote 1, Kapitel 6). Am grundlegenden Befund einer stark steigenden Tendenz besteht aber kein Zweifel. Es sollte dabei nicht aus dem Blick geraten, dass die vier Jahre Amtszeit Macris für die Eliten des Landes teilweise ein lukratives Geschäft waren. Während die drei unteren Einkommenszehntel schwere Einbußen bei ihren Realeinkommen hinnehmen mussten, konnten die obersten zwei Dezile der Einkommensverteilung ihre Realeinkommen im gleich Zeitraum vergrößern (Riorda 2019).

Ein wichtiger Grund für die verschlechterte wirtschaftliche Lage vieler ArgentinierInnen waren die extrem angestiegenen Kosten im Bereich der öffentlichen Grundversorgung. Gegen Ende der Kirchner-Periode waren die Kosten für die massiven Subventionen der Verbraucherpreise zu einem gesamtwirtschaftlichen Problem geworden (Kapitel 7). Jede Nachfolgeregierung hätte hier Anpassungen vornehmen müssen. Allerdings verordnete die Regierung Macris direkt zu Beginn eine regelrechte Schocktherapie. Unmittelbar nach Amtsantritt wurden die Subventionen für die Preise von Strom und Gas, wenig später diejenigen für den öffentlichen Personenverkehr gekürzt. In Buenos Aires, wo die Subventionen am höchsten waren, stiegen die Stromrechnungen der EndverbraucherInnen bis 2018 zwischen 1050 % und 2288 % an. Um Strom, Gas, Wasser zu bezahlen, mussten 2018 von einem Durchschnittslohn 11,3 % aufgewendet werden. Im Jahr 2015 waren es lediglich 1,9 % (CIFRA/CTA 2019).

Im Bereich der Sozialpolitiken nahm die Regierung zunächst keine Kürzungen vor. Während des Wahlkampfes hatte Macri versprochen, wichtige Sozialprogramme der Vorgängerregierung weiterzuführen. Allerdings wurden neue Schwerpunkte gesetzt, und teilweise kam es zu einem sogenannten »policy drift« (Niedzwiecki/Pribble 2017). Mit »policy drift« beschreibt die Politikwissenschaft das Phänomen, das Effekte von Politiken sich verändern, wenn Letztere nicht an sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst werden (Galvin/Hacker 2020). So führte die Regierung etwa das Kindergeld der *Asignación Universal por Hijo* (AUH) fort und hob dieses zu Beginn ihrer Amtszeit sogar an. Im Kontext der weiter steigenden Inflation sank dieses staatliche Kindergeld aber real. Ähnliche Prozesse ließen sich für andere staatliche Programme beobachten, die etwa auf Ebene des Personals aufgrund mangelnder Finanzierung langsam ›ausbluteten‹.

Bei der Außen- und Handelspolitik vollzog die Regierung Macri gegenüber den Kirchner-Regierungen eine radikale Wende. Direkt zu Beginn seiner Amtszeit trieb Macri die Öffnung der argentinischen Wirtschaft voran. Die Exportzölle auf Agrarprodukte wurden auf null reduziert (eine Ausnahme bildeten die Zölle auf Soja, die lediglich gesenkt wurden). Auch außenpolitisch wendete man sich von den Insti-

tutionen regionaler Integration ab, die unter den progressiven Regierungen in der Region geschaffenen worden waren, und wandte sich stattdessen der Achse rund um die Pazifik-Allianz mit Ländern wie Peru, Kolumbien und Chile zu. Die Regulierungen an den Devisenmärkten und für Investitionen wurden aufgehoben (Bortz et al. 2021). Um wieder Kredit auf den internationalen Finanzmärkten zu erhalten, wurden die Forderungen der internationalen Gläubiger erfüllt, die nicht an der Schuldenumstrukturierung, die unter Kirchner verhandelt worden war, teilgenommen hatten (Cantamutto/Ozarow 2016). Durch diese Einigung erzielten die Gläubiger Gewinne von 1180 % (!) im Vergleich zu ihrem ursprünglichen Investment (Guzman/Stiglitz 2016). Doch wie auch in anderen Bereichen errichte man mit dieser Politik, welche die Regierung als »Rückkehr in die Welt« (»vuelta al mundo«) bezeichnete, nicht die erhofften Ergebnisse. Der angekündigte »Regen an Investitionen« (»lluvia de inversiones«) blieb aus. Tatsächlich bewirkte die Aufhebung der Finanzregulierungen sogar das Gegenteil dessen, was man sich von ihr erhofft hatte: Die Auslandsverschuldung stieg in den vier Jahren um ca. 100 Mrd. auf über 300 Mrd. US-Dollar an. Allerdings wurden die Kapitalflüsse kaum investiert, sondern dienten vor allem Finanzspekulationen. Im gleichen Zeitraum kam es zu einer Kapitalflucht aus dem Land von ca. 94 Mrd. US-Dollar (Basualdo et al. 2019: 6). 2018 wandte sich die Regierung schließlich wieder an den Internationalen Währungsfonds (IWF), um Kredite aufzunehmen. Am Ende der Amtszeit von Mauricio Macri 2019 war Argentinien das Land mit der höchsten Verschuldung beim IWF, und die Regierung musste schließlich Mitte des gleichen Jahres erklären, dass sie nicht in der Lage war, die bevorstehende Rückzahlungstranche fristgerecht zu erfüllen.

Diese kurze Bilanz der Regierung Macris macht deutlich, dass sie an den von ihr selbst ausgegebenen Zielen scheiterte. Anschließend an die Argumente, die ich in der vorliegenden Studie im Hinblick auf das Verhältnis von Kirchnerismus und argentinischer Mittelklasse herausgearbeitet habe, möchte ich kurz auf die klassenspezifischen Konnotationen der Versprechen der Regierung und ihr Scheitern, diese zu erfüllen, eingehen. Für die Analyse der Enttäuschung über die Macri-Regierung, erscheint es mir bedeutsam, dass die Regierung es nicht vermocht hatte, in Bezug auf Forderungen Wort zu halten, die, wie ich anderorts darlegt habe, zu dem gehören, was sich als »moralische Ökonomie der Mittelklasse« bezeichnen lässt (Boos 2020). Wie E. P. Thompson (1971) für die Brotpreisaufstände und Nahrungsmittelrevolten im England des 18. Jahrhundert gezeigt hat, lag den Unruhen – abseits der unmittelbaren materiellen Not – ein System aus sozialen Normen und Werten zugrunde, das bestimmte, was als gerechte Wirtschaft, als gute Regierung und als Gewohnheitsrecht angesehen wurde. Ein solches System lässt sich auch für die argentinische Mittelklasse ausmachen. Inflation und Wechselkurs des argentinischen Pesos sind permanentes Gesprächsthema aufgrund der zyklisch wiederkehrenden Wirtschafts- und Währungskrisen. Das Sparen in ausländischen Währungen gehört zu einer tiefverwurzelten kulturellen Praxis in der argentini-

schen Mittelklasse (Bercovich/Rebossio 2013; Luzzi/Wilkis 2019). Die Angst vor der steigenden Inflation ist genauso Teil dieser moralischen Ökonomie der argentinischen Mittelklasse wie die Forderung nach einem unbeschränkten Zugang zu Fremdwährungen. Sie sind Teil einer Alltagsökonomie der Mittelklasse. Auch die von der Macri-Regierung versprochene »Rückkehr in die Welt«, also die Rückkehr auf die internationale Bühne als respektiertes und ernstgenommenes Land, lässt sich in diese Richtung interpretieren. All diese Versprechen waren zentral im Wahlkampf 2015. Dass die Regierung genau bei der Erfüllung dieser Kernversprechen versagte, erklärt in teilen die sinkende Unterstützung für Macri in der Mittelklasse.

Lange Zeit sah es trotzdem so aus, als ob Macri bei den Wahlen 2019 wiedergewählt werden könnte. Grund war die gespaltene Opposition und die Figur Cristina Fernández: Auf der einen Seite blieb die ehemalige Präsidentin die beliebteste Politikerin innerhalb des peronistischen Spektrums. Auch während der Amtszeit Macris konnte sie auf einen stabilen Kern an kirchneristischen AktivistInnen und an Unterstützung aus der Bevölkerung zählen. Auf der anderen Seite war sie weiterhin ein ›rotes Tuch‹ für die GegnerInnen des Kirchnerismus. Die »grieta«, die gesellschaftliche Spaltung, war in den vier Jahren der Amtszeit Macris nicht kleiner geworden.

Die Ausgangssituation änderte sich jedoch radikal im Mai 2019, als bekannt wurde, dass Alberto Fernández zur Präsidentschaftswahl antreten und Cristiana Fernández lediglich als seine Vizepräsidentin kandidieren würde. Alberto Fernández war unter Néstor Kirchner und zunächst auch unter Cristina Fernández Kabinettschef gewesen, bevor er aufgrund von Differenzen mit der Präsidentin Mitte 2008 zurücktrat. Alberto Fernández verkörpert eine Gruppe an öffentlichen FunktionärInnen, die sich in jener Phase zunehmend von der Regierung distanzierten, viele der inhaltlichen Ziele des kirchneristischen Projekts jedoch weiterhin teilten (ein weiteres Beispiel ist der nun unter Fernández amtierende Minister für Produktion Matías Kulfas). Mit seiner nüchternen Art sprach Alberto Fernández genau jenen Teil der argentinischen Mittelklasse an, der ab 2008/2009 vor allem den Stil der Kirchner-Regierung kritisch sah. Die Kandidatur von Fernández und Fernández unter dem programmatischen Namen *Frente de Todos* (»Front eines Jeden«) vereinte somit den harten Kern des Kirchnerismus mit jenem Teil der WählerInnen, der sich an der Person Cristina Fernández stieß. Später wurden auch noch andere Strömungen des Peronismus in die Wahlallianz integriert.

Bei den Vorwahlen im August holte Fernández dann 47,8 % und ließ Macri (31,8 %) weit hinter sich. Die Differenz war so groß, dass viele die Wahl bereits vor dem eigentlichen Termin im Oktober für entschieden hielten und das Ende der politischen Karriere Mauricio Macris gekommen sahen. Tatsächlich gingen in den folgenden zwei Monaten bis zur Wahl viele lokale KandidatInnen der Wahlallianz von Macris *Juntos por el Cambio* (»Gemeinsam für den Wandel«) auf Distanz zum noch amtierenden Präsidenten. Zudem verschlechterte sich die wirtschaftliche La-

ge weiter drastisch. Umso überraschender war es, dass das Ergebnis der Wahl am 27. Oktober dann doch enger ausfiel, als zuvor angenommen. Zwar reichten die 48,2 % der Wahlstimmen für Fernández, um im ersten Wahlgang zum Präsidenten gewählt zu werden. Allerdings fiel das Ergebnis von Macri mit 40,3 % höher aus, als man nach der Vorwahl erwartet hatte. In der Zeit zwischen Vorwahlen und Wahlen hatte es so ausgesehen, als ob das politische Projekt rund um Macri implodieren würde und die politische Rechte in Argentinien aufgrund der verheerenden Bilanz seiner Amtszeit für die kommenden Jahre delegitimiert wäre. Das Ergebnis zeigte nun jedoch, dass auch das politische Projekt Macris weiterhin auf einen Kern an UnterstützerInnen zählen kann. Interessanterweise war die Wirtschaftspolitik bei allen WählerInnen ein wichtiger Entscheidungsgrund, allerdings spielte die schlechte Lage der Wirtschaft bei den WählerInnen von Macri eine untergeordnetere Rolle als bei WählerInnen von Fernández (Ratto 2020). Studien über die Wahlmotive deuten somit darauf hin, dass es weiterhin einen harten Kern an WählerInnen gibt, die trotz der durch die Regierung Macris enttäuschten Erwartungen eine stark anti-kirchneristische und anti-peronistische Haltung haben und für ein rechtes Projekt zu gewinnen sind.

Wie es in den kommenden Jahren mit dem Mitte-links-Spektrum des Peronismus weitergeht, lässt sich derzeit schwer abschätzen. Wenige Wochen nach Amtsantritt von Alberto Fernández brach auch in Argentinien die Covid-19-Pandemie los. Eine Bewertung der politischen Ausrichtung abseits der Krisenpolitik der Regierung fällt somit schwer. Zu Beginn wurde Fernández – auch im Vergleich zu anderen Regierungen in der Region – allseits für seine umsichtige Pandemie-Politik gelobt und war sehr beliebt. Mittlerweile zeigt sich aber auch in Argentinien ein Effekt, der global zu beobachten ist. Erschöpfung, wirtschaftliche Nöte oder politische Skandale rund um die Vergabe von Impfterminen führen dazu, dass die Beliebtheitswerte der Regierung und des Präsidenten zunehmend sinken.

Was in den kommenden Jahren in Folge der Pandemie in Argentinien politisch entstehen wird, ist derzeit offen. Klar ist, dass die Pandemie die Ungleichheit in der Region bereits jetzt vertieft hat und weiter verstärken wird (ECLAC 2021). Offen ist demgegenüber die Frage, wer aus der schwierigen Situation politisch Kapital schlagen kann. Gerade die Entwicklungen innerhalb der rechten Kräfte in Argentinien werden in besonderer Weise zu beobachten sein. Zwar inszenierten schon während der Amtszeit Macris Figuren wie die Ministerin für Sicherheit Patricia Bullrich öffentlichkeitswirksam eine ›Politik der harten Hand‹. Trotzdem unterschied sich die Regierung von den rechtsextremen und antidemokratischen Regierungen in der Region, wie etwa die Regierung von Jair Bolsonaro in Brasilien. Nach dem schlechten Ergebnis in der Vorwahl verschärfte Macri seinen moderaten Diskurs jedoch mit dem Ziel, rechtskonservative WählerInnen für sich zu gewinnen.

Diese Lücke einer rechten Hardliner-Position innerhalb des Spektrums der politischen Kräfte in Argentinien ist bisher noch nicht besetzt. Zwar hatten der Ex-

Militär Juan Gómez Centurión und der Ökonom José Luis Espert bereits bei der Wahl 2019 versucht, in diese Lück zu stoßen, scheiterten aber mit ihrem Versuch. Jedoch bemühen sich mittlerweile unterschiedliche Kleinparteien und Kräfte – etwa in Form des Bündnisses *Frente Avanza Libertad* (»Front Freiheit schreitet voran«) – dieses Spektrums zu vereinen. Ziel dieser Kräfte ist es, jenen Schritt zu vollziehen, der in anderen Ländern wie Brasilien, Bolivien oder Uruguay bereits stattgefunden hat, und libertäre Wirtschaftsideologie mit sozialkonservativen bis rechtsextremen Positionen in einer politischen Kraft zu vereinen.

Gleichzeitig ist in Argentinien die Mobilisierungsfähigkeit sozialer Bewegungen und außerparlamentarisch organisierter Zusammenhänge nicht zu unterschätzen. Während der Macri-Regierung waren es etwa die feministischen Bewegungen des Landes, die es schafften, Druck auf die Regierung auszuüben und andere Formen der Politik und des sozialen Zusammenhalts aufzuzeigen (Gago 2020; Mason-Deese 2020). Ebenso spannende Entwicklungen gab es im informellen Sektor der argentinischen Wirtschaft. Die sich selbst als ArbeiterInnen der »popularen Ökonomien« bezeichnenden Lohnabhängigen gründeten mit der *Confederation of Workers of the Popular Economy* (CTEP) bereits 2011 eine offizielle Gewerkschaftsvertretung (Fernández-Álvarez 2020), waren zentraler Akteur im Widerstand gegen die Politiken der Macri-Regierung und stellen genauso wie die feministischen Bewegungen alte Formen der argentinischen Politik infrage. Es bleibt also abzuwarten, in welche Richtung sich Argentinien in den nächsten Jahren bewegen wird.

Danksagung

Das Buch basiert auf meiner Dissertation, die 2019 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien abgeschlossen wurde. Ein Großteil der Überlegungen und Argumente auf den vorangegangenen Seiten sind im Zuge meiner Arbeit im Fachbereich Internationale Politik am Institut entstanden. Den KollegInnen und FreundInnen des Bereichsteams in seinen unterschiedlichen Zusammensetzungen gilt mein Dank für die anregenden Diskussionen und Gespräche während der gemeinsamen Zeit. Ein besonderer Dank gilt meinem Betreuer Ulrich Brand. Er hat die Arbeit nicht nur inhaltlich betreut, sondern den Forschungsprozess stets mit Begeisterung und dem ihm eigenen Grundvertrauen in die Ideen anderer unterstützt. Ein Marietta Blau-Stipendium des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW) in den Jahren 2017/2018 hat es mir erlaubt, den ersten Draft dieser Dissertation zu verfassen und mit KollegInnen an anderen Institutionen zu diskutieren. Unter anderem möchte ich Franklin Ramírez und Juan Grigera dafür danken, dass sie mir Forschungsaufenthalte an ihren Universitäten ermöglicht haben. Sergio Visacovsky hat mich ebenso freundlich bei meiner Feldforschung 2016 am CIS-IDES in Buenos Aires empfangen. Weiteres gilt mein Dank Olaf Kaltmeier und Joscha Wullweber für ihre detaillierten Gutachten und Überarbeitungsvorschläge im Hinblick auf das vorliegende Buch. Teile dieser Arbeiten gelesen und mit ihren klugen Kommentaren und Anregungen versehen haben Mario Becksteiner, Mareike Boos, Alina Brad, Daniel Fuchs, Sebastian Garbe, Katharina Hajek, Boris Kränzel, Benjamin Opratko, Melanie Pichler und Etienne Schneider. Max Brinkschulte danke ich für sein Skript zum Sortieren der Redentranskripte; Eugenia Marlatz Maqueda für ihre Erläuterungen bezüglich der Erhebungsverfahren der argentinischen Haushaltbefragung. Abschließend aber ganz besonders danken möchte ich Celeste Tortosa für ihre Geduld, Nachsicht und die gemeinsamen Momente während der letzten Jahre.

Abkürzungsverzeichnis

ACARA Asociación de Concesionarios de Automotores de la República Argentina (Assoziation der Konzessionäre für Automotoren der Republik Argentinien)

AFJP Administradoras de Fondos de Jubilaciones y Pensiones (Verwaltung der Renten- und Pensionsfonds)

AMET Asociación de Magisterio de Enseñanza Técnica (Assoziation der Lehrkräfte der technischen Bildung)

ANSES Administración Nacional de la Seguridad Social (Nationale Verwaltung der Sozialversicherung)

AUH Asignación Universal por Hijo para Protección Social (Universelles Kindergeld für den Sozialschutz)

C.F.C.Y.E Consejo Federal de Cultura y Educación (Bundesrat für Kultur und Bildung)

CEA Confederación de Educadores Argentinos (Verband der argentinischen Erzieher)

CENPE Censo Nacional del Personal de los Establecimientos Educativos 2014 (Nationaler Zensus des Personals in Bildungseinrichtungen 2014)

CFE Consejo Federal de Educación (Bundesrat für Bildung)

CGECSE Coordinación General de Estudio de Costos del Sistema Educativo (Koordinationsstelle für die Studie der Kosten des Bildungssystems)

CGT Confederación General del Trabajo de la República Argentina (Gewerkschaftsdachverband der Republik Argetinien)

CIS-IDES Centro de Investigaciones Sociales – Instituto de Desarrollo Económico y Social (Zentrum für Sozialforschung – Institut für wirtschaftliche und soziale Entwicklung)

CND Censo Nacional Docente 2004 (Nationaler Dozentenzensus 2004)

CTA Central de los Trabajadores Argentinos (Gewerkschaftsverband der argentinischen Arbeiter)

CTERA Confederación de Trabajadores de la Educación de la República Argentina (Verband der Bildungsarbeiter der Republik Argentinien)

EAHU Encuesta Anual de Hogares Urbanos (Jahresbefragung urbaner Haushalte)

EPH Encuesta Permanente de Hogares (Offizielle permanente Haushaltsbefragung Argentiniens)

FINES Plan de Finalización de Estudios Primarios y Secundarios (Programm zum Abschluss der Primar- und Sekundarbildung)

FONID Fondo Nacional de Incentivo Docente (Nationaler Anreizfond für Lehrkräfte)

INDEC Instituto Nacional de Estadística y Censos de la República Argentina (Nationales Institut für Statistiken und Zensus der Republik Argentinien)

INFD Instituto Nacional de Formación Docentes (Nationales Institut für die Dozentenausbildung)

IPC-9 Provincias Índice de precios al consumidor-9 Provincias (Verbraucherpreisindex-9 basierend auf Messungen in 9 Provinzen)

IWF Internationalen Währungsfonds

LEN Ley de Educación Nacional (Nationales Bildungsgesetz)

LES Ley de Educacion Superior (Hochschulgesetz)

LETP Ley de Educación Tecnico Profesional (Gesetz berufstechnischer Bildung)

LFE Ley de Financiamiento Educativo (Bildungsfinanzierungsgesetz)

PND Paritaria Nacional Docente (Nationale Tarifverhandlungen der Dozenten)

PRO.CRE.AR Programa de Crédito Argentino para Vivienda Única Familiar (Argentinisches Kreditprogramm für Einfamilienhäuser)

SADOP Sindicato Argentino de Docentes Privados (Argentinische Gewerkschaft der Privatdozenten)

SIPA Sistema Integrado Previsional Argentino (Integrales argentinische Vorsorgesystem)

UDA Unión Docentes Argentinos (Vereinigung der argentinischen Dozenten)

YPF Yacimientos Petrolíferos Fiscales (Nationale Erdöl und -gas Unternehmen)

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Lohnentwicklung allgemein, im Privatsektor und informellen Sektor (2001=100), 2001-2014 | 155
Tabelle 2: Anteil der privaten und staatlichen Konsumausgaben am BIP und Variation zum Vorjahr zu konstanten Preisen (2004) in %, 2004-2015 | 156
Tabelle 3: Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials und Erwerbstätigenstruktur in Argentinien, 2003-2015 | 167
Tabelle 4: Entwicklung der Erwerbstätigenstruktur in Argentinien, 2003-2015 | 169
Tabelle 5: Tätigkeitsprofile Professional-Managerial Class in Argentinien, Vergleich 2003 und 2015 | 174
Tabelle 6: Anteil staatlich Angestellter in Argentinien, 2003 und 2015 | 176
Tabelle 7: Anteil staatlich Angestellter innerhalb der Professional-Managerial Class in Argentinien, Vergleich 2003 und 2015 | 176
Tabelle 8: Reden des/der PräsidentIn mit Bezügen auf die Mittelklasse | 182
Tabelle 9: Überblick zentrale Gesetze im Bildungssektor zwischen 1991 und 2006 | 215
Tabelle 10: Altersstruktur der LehrerInnen, 2004 und 2014 (in %) | 223
Tabelle 11: Anteil an LehrkräfteN in den vier Bildungsstufen, 2004 und 2014 (in %) | 223
Tabelle 12: Verhandlungsergebnisse nationale Tarifverhandlungen (Paritaria Nacional Docente – PND), 2005-2015 | 225
Tabelle 13: Nominallohnentwicklung mastro de grado mit zehn Dienstjahren (in ARG$), 2003-2015 | 229

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Variation BIP im Vergleich zum Vorjahr, 2002-2015 | 141
Abbildung 2: Anteil der Erwerbstätigen, Erwerblosen und informell Erwerbstätigen 2003-2015 | 144
Abbildung 3: Entwicklung der Verkaufszahlen ShoppingMalls (2003=100, linke y-Achse) und Neuwagenverkäufe (rechte y-Achse), 2003-2015 | 148
Abbildung 4: Leistungsbilanz und Veränderung der Devisenreserven in Mio. US$, 2002-2015 | 160
Abbildung 5: Energiebilanzsaldo (in Mio. US$, linke y-Achse) und öffentliche Ausgaben für Energie- und Treibstoffversorgung (% am BIP, rechte y-Achse), 2003-2015 | 161
Abbildung 6: Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP (in %), 2004-2014 | 221
Abbildung 7: Im Nationalen Bildungsgesetz (26.206) vorgesehene Institutionen und Gremien | 235

Zitierte Gesetze, Dekrete, Resolutionen

Gesetz Nr. 14.473, Estatuto del Docente, B.O. vom 27.9.1958.

Gesetz Nr. 18.037, Nuevo régimen de jubilaciones y pensiones para los trabajadores en relación de dependencia, B.O. vom 10.1.1969.

Gesetz Nr. 23.492, Ley de Punto Final, B.O. vom 29.12.1986.

Gesetz Nr. 23.521, Ley de Obediencia Debida, B.O. vom 9.6.1987.

Gesetz Nr. 23.551, Asociaciones Sindicales, B.O. vom 23.3.1988.

Gesetz Nr. 23.895, Jubilaciones incorporaciones, B.O. vom 1.11.1990.

Gesetz Nr. 24.016, Docente, teilweise verkündet am 9.12.1991.

Gesetz Nr. 24.049, Ley de Tranferencia de Servicios educativos de nivel medio y superior no universitarios, B.O. vom 7.1.1992.

Gesetz Nr. 24.195 1993, Ley Federal de Educación, B.O. vom 05.5.1993.

Gesetz Nr. 24.241, Sistema Integrado de Jubilaciones Y Pensiones, teilweise verkündet am 13.10.1993.

Dekret Nr. 78/1994, B.O. vom 24.1.1994.

Gesetz Nr. 24.463, Ley de Solidaridad Previsional, B.O. vom 30.3.1995.

Gesetz Nr. 24.521, Ley de Educación Superior, B.O. vom 10.8.1995.

Gesetz Nr. 25.864, Educación, B.O. vom 15.1.2004.

Gesetz Nr. 25.919, Fondo nacional de incentivo docente, B.O. vom 2.9.2004.

Dekret Nr. 137/2005, B.O. vom 22.2.2005.

Resolution Ministerio de Educación, Ciencia y Tecnología de la Nación (C.F.C.Y E.) Nr. 241/2005, B.O. vom 25.6.2005.

Gesetz Nr. 26.058, Ley de Educación Técnico Profesional (LETP), B.O. vom 9.9.2005.

Gesetz Nr. 26.075, Ley de Financiamiento Educativo (LFE), B.O. vom 12.1.2006.

Gesetz Nr. 26.150, Programa Nacional de Educación Sexual Integral, B.O. vom 24.10.2006.

Gesetz Nr. 26.206 Ley de Educación Nacional (LEN), B.O. vom 28.12.2006.

Resolution Ministerio de Economía y Producción Nr. 125/2008, B.O. vom 12.3.2008.

Resolution Consejo Federal de Educación (CFE) Nr. 66/2008.

Gesetz Nr. 26.425, Sistema Integrado Previsional Argentino, B.O. vom 9.12.2008.

Gesetz Nr. 26.522, Ley de Servicios de Comunicación Audiovisual, B.O. vom 10.10.2009.

Dekret Nr. 459/2010, B.O. vom 7.4.2010.
Gesetz Nr. 26.618, Matrimonio Civil, B.O. vom 22.7.2010.
Resolution Ministerio de Educación, Ciencia y Tecnología de la Nación Nr. 229/2012, B.O. vom 6.3.2012.
Dekret DNU Nr. 902/2012, B.O. vom 12.6.2012.

Literatur

Aboy Carlés, Gerardo (2001): Repensando el populismo. Präsentiert auf: XXIII Congreso Internacional Latin American Studies Association, 6. Dezember 2001, Washington D.C. Text abrufbar unter: http://lasa.international.pitt.edu/Lasa2001/AboyCarlesGerardo.pdf (Zugriff am 26.5.2014).

Aboy Carlés, Gerardo (2010a): Las dos caras de Jano: acerca de la compleja relación entre populismo e instituciones políticas. In: *Pensamento Plural*, 4 (7), 21-40.

Aboy Carlés, Gerardo (2010b): Populismo, regeneracionismo y democracia. In: *POSTData*, 15 (1), 11-30.

Aboy Carlés, Gerardo (2015): Entrevista al Dr. Gerardo Aboy Carlés. In: Padilla, María Cecilia/Ruiz del Ferrier, María Cristina (Hg.), *Revista Estado y Políticas Públicas*, 4, 183-192.

Aboy Carlés, Gerardo/Melo, Julián Alberto (2014): La democracia radical y su tesoro perdido. Un itinerario intelectual de Ernesto Laclau – Julián Melo y Gerardo Aboy Carlés | POSTData: Revista de Reflexión y Análisis Político. In: *POSTData: Revista de Reflexión y Análisis Político*, 19 (2), 395-427.

Acanda, Jorge Luis (2007): Traducir a Gramsci. La Habana: Editorial de Ciencias Sociales.

ACARA (2015): Anuario 2015 (Jahresbericht). ACARA – Asociacion de concesionarios de automotores de la republica argentina.

Adamovsky, Ezequiel (2005): Aristotle, Diderot, liberalism and the idea of ›middle class‹: A comparison of two contexts of emergence of a metaphorical formation. In: *History of Political Thought*, 26 (2), 303-333.

Adamovsky, Ezequiel (2007): El peronismo y la ›clase media‹: de las ilusiones al resentimiento, 1944-1955. In: *Entrepasados*, 31, 117-139.

Adamovsky, Ezequiel (2009): Acerca de la relacion entre el Radicalismo argentino y la »clase media« (una vez más). In: *Hispanic American Historical Review*, 89 (2), 209-251.

Adamovsky, Ezequiel (2012): Historia de la clase media argentina: apogeo y decadencia de una ilusión, 1919-2003. Buenos Aires: Editorial Planeta.

Adamovsky, Ezequiel (2013a): »Clase media«: reflexiones sobre los (malos) usos académicos de una categoría. In: *Nueva Sociedad*, 247, 38-49.

Adamovsky, Ezequiel (2013b): Ezequiel Adamovsky: »El kirchnerismo no tiene el arraigo emotivo del peronismo en los sectores populares«. Interview am 27. Januar 2013. Text abrufbar unter: https://www.lanacion.com.ar/1548993-ezequiel-adamovsky-el-kirchnerismo-no-tiene-el-arraigo-emotivo-del-peronismo-en-los-sectores (Zugriff am 1.11.2013).

Adamovsky, Ezequiel (2013c): Más allá del estereotipo. *El Dipló – Le monde diplomatique Cono Sur*, Nr. 169, Text abrufbar unter: https://www.eldiplo.org/169-que-quiere-la-clase-media/mas-alla-del-estereotipo/(Zugriff am 1.11.2013).

Adamovsky, Ezequiel (2015): Anexo para la séptima edición: Observaciones teóricas y metodológicas a propósito de Historia de la clase media argentina. In: Historia de la clase media argentina: apogeo y decadencia de una ilusión, 1919-2003. Buenos Aires: Editorial Planeta, 497-514.

Adamovsky, Ezequiel/Vargas, Patricia Beatriz/Visacovsky, Sergio (Hg.) (2014): Clases medias: nuevos enfoques desde la sociología, la historia y la antropología. Buenos Aires: Ariel.

Aibar, Julio (2014): La falta de Laclau: lo imaginario. In: *Identidades. Revista del Instituto de Estudios Sociales y Políticos de la Patagonia*, 6, 23-37.

Almeyra, Guillermo (2009): Un concepto »cajón de sastre«. A propósito de La razón populista de Ernesto Laclau. In: *Crítica y Emancipación*, 2, 277-284.

Altamirano, Carlos (2011): Peronismo y cultura de izquierda. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores.

Altamirano, Carlos (2013): El kirchnerismo es el peronismo de las clases medias. Interview am 13. September 2013. Text abrufbar unter: http://www.agenciapacourondo.com.ar/cultura/el-kirchnerismo-es-el-peronismo-de-las-clases-medias (Zugriff am 28.12.2018).

Alvarez, Fernando (2010): Sistema Educativo Argentino, una mirada al futuro. Centro de Investigación en Economía Política y Comunicación (CIEPYC). Text abrufbar unter: http://sedici.unlp.edu.ar/handle/10915/15391 (Zugriff am 21.12.2016).

Anderson, Perry (1980): Arguments Within English Marxism. London: Verso.

Anderson, Perry (2016a): The Heirs of Gramsci. In: *New Left Review*, 100, 71-97.

Anderson, Perry (2016b): Crisis in Brazil. In: *London Review of Books*, 38 (8), 15-22.

Andriotti Romanin, Enrique (2012): De la resistencia a la integración. Las transformaciones de la Asociación Madres de Plaza de Mayo en la »era Kirchner«. In: *Estudios Políticos*, 41, 36-56.

Andriotti Romanin, Enrique (2014): ¿Cooptación, oportunidades políticas y sentimientos? Las Madres de Plaza de Mayo y el gobierno de Néstor Kirchner. In: *Polis. Revista Latinoamericana*, Nr. 39, 1-16.

Arceo, Enrique O./Basualdo, Eduardo M./Arceo, Nicolas (2009): La crisis mundial y el conflicto del agro. Buenos Aires: Centro Cultural de la Cooperación Floreal Gorini; Página/12; Universidad Nacional de Quilmes.

Arditi, Benjamin (2005): Populism as an Internal Periphery of Democratic Politics. In: Panizza, Francisco (Hg.), Populism and the Mirror of Democracy. London: Verso, 72-98.

Arditi, Benjamin (2010): Review Essay: Populism is Hegemony is Politics? On Ernesto Laclau's On Populist Reason (Constellations, 2010). In: *Constellations*, 17 (3), 487-497.

Arrambide Cruz, Víctor (2020): Conceptos e ideas sobre las clases medias peruanas. In: *Nueva Sociedad*, 285, 97-107.

Asenbaum, Maria/Kinzel, Katherina (2009): Wert und Wettex. In: *PERSPEKTIVEN. Magazin für linke Theorie und Praxis*, 9, 4-13.

Balsa, Javier (2006a): Las tres lógicas de la construcción de la hegemonía. In: *Theomai*, 14, 16-36.

Balsa, Javier (2006b): Notas para una definición de la hegemonía. In: *Nuevo Topo. Revista de historia y pensamiento critico*, 3, 145-166.

Balsa, Javier (2007): La parábola populista. Reflexiones a partir de La Razón Populista de Ernesto Laclau, Buenos Aires, Fondo de Cultura Económica. In: *Interpretaciones. Revista de Historiografía Argentina*, 2, 1-16.

Balsa, Javier (2010a): Hegemonía y lenguaje. Präsentiert auf: Jornadas Debates Actuales de la Teoría Política Contemporánea 2010, Buenos Aires. Text abrufbar unter: http://jjbalsa.blog.unq.edu.ar/modules/docmanager/view_file.php?curent_file=8&curent_dir=8 (Zugriff am 23.6.2013).

Balsa, Javier (2010b): Las dos lógicas del populismo, su disruptividad y la estrategia socialista. In: *Revista de Ciencia Sociales Universidad Nacional de Quilmes*, 17, 7-28.

Banerjee, Abhijit V/Duflo, Esther (2008): What Is Middle Class about the Middle Classes around the World? In: *Journal of Economic Perspectives*, 22 (2), 3-28.

Barbosa, Sebastián (2012): La incipiente formación de la identidad popular en el primer kirchnerismo en Argentina (2003-2007). In: *Pensamento Plural*, 10, 23-57.

Barfuss, Thomas (2008): Kleinbürger. *Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus (HKWM)*, Hamburg: Argument-Verlag.

Barrett, Patrick/Chavez, Daniel/Rodríguez-Garavito, César (2008): The New Latin American Left: Utopia Reborn. London: Pluto Press.

Barr-Melej, Patrick M. (2002): *Reforming Chile: Cultural Politics, Nationalism, and the Rise of the Middle Class*. Chapel Hill: University of North Carolina Press.

Barros, sebastian (2006): Espectralidad e inestabilidad institucional: acerca de la ruptura populista. In: *Estudios Sociales*, 16 (30), 145-162.

Basualdo, Eduardo (2006): La reestructuración de la economía argentina durante las últimas décadas de la sustitución de importaciones a la valorización financiera. In: Basualdo, Eduardo/Arceo, Enrique (Hg.), Neoliberalismo y sectores dominantes: tendencias globales y experiencias nacionales. Ciudad de Buenos Aires: CLACSO, 123-177.

Basualdo, Eduardo, Pablo/Barrera, Mariano (2019): Informe de coyuntura N° 32. CIFRA/CTA.

Basualdo, Eduardo/Arceo, Nicolas (2009): Características estructurales y alianzas sociales en el conflicto por las retenciones móviles. In: Arceo, Enrique/Basualdo, Eduardo/Arceo, Nicolas (Hg.), La crisis mundial y el conflicto del agro. Buenos Aires: Centro Cultural de la Cooperación Floreal Gorini; Página/12; Universidad Nacional de Quilmes, 51-83.

Beasley-Murray, Jon (2006): On Populist Reason. In: *Contemporary Political Theory*, 5 (3), 362-367.

Becker, Joachim (2002): Argentina: anatomía de una crisis. In: *Carta Global Latinomamericana*, 3, 1-8.

Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie (2010): Empirische Methoden der Politikwissenschaft. Paderborn: Schöningh.

Belleville, Pierre. (1967): Una nueva clase obrera: neocapitalismo y enajenación. Madrid: Tecnos.

Bercovich, Alejandro/Rebossio, Alejandro (2013): Estoy verde: Dólar, una pasión argentina. Buenos Aires: Penguin Random House Grupo Editorial Argentina.

Bertranou, Fabio/Casanova, Luis (2013): Informalidad laboral en Argentina: segmentos críticos y políticas para la formalización. Buenos Aires: Oficina de País de la OIT para Argentina.

Bertranou, Fabio/Cetrángolo, Oscar/Grushka, Carlos/Casanova, Luis (2011): Encrucijadas en la seguridad social argentina: reformas, cobertura y desafíos para el sistema de pensiones. Buenos Aires: Oficina de País de la OIT para Argentina.

Bezem, Pablo/Mezzadra, Florencia/Rivas, Axel (2012): Monitoreo de la Ley de Financiamiento Educativo. CIPPEC (Centro de Implementación de Políticas Públicas para la Equidad y el Crecimiento). Text abrufbar unter: http://www.catamarcafuturo.org/documentos/financimiento_educativo_monitoreo.pdf (Zugriff am 21.12.2016).

Biglieri, Paula/Perelló, Gloria (2007): En el nombre del pueblo. El populismo kirchnerista y el retorno del nacionalismo. Documentos de Trabajo – Escuela de política y gobinero 15. Buenos Aires: Universidad Nacional de San Martín. Text abrufbar unter: http://20a.unsam.edu.ar/escuelas/politica/documentos/15.pdf (Zugriff am 13.7.2015).

Birdsall, Nancy (2012): A note on the middle class in Latin America. Working Paper 303. Washington: Center for Global Development. Text abrufbar unter: http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2226504 (Zugriff am 20.3.2015).

Blanck, Julio (2016): »En Clarín hicimos un periodismo de guerra«. Interview am 17. Juli 2016. Text abrufbar unter: http://www.laizquierdadiario.com/Julio-Blanck-En-Clarin-hicimos-un-periodismo-de-guerra (Zugriff am 18.7.2016).

Blanco, Alejandro (2003): Los proyectos editoriales de Gino Germani y los orígenes intelectuales de la sociología. In: *Desarrollo Económico*, 43 (169), 45-74.

Blanco, Alejandro. (2006): Razón y modernidad: Gino Germani y la sociología en la Argentina. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores.

Blengino, Luis/Baccareli, Diego (2018): El Kirchnerismo En Cuestión: El Estado Como Emancipador Popular Más Allá de La Dicotomía Populismo-Instituciones. In: Cadahia, Luciana/Coronel, Valeria/Ramírez, Franklin (Hg.), A Contracorriente: Materiales Para Una Teoría Renovada Del Populismo. La Paz: Vicepresidencia del Estado Plurinacional de Bolivia, 221-238.

Bonnet, Alberto (2007): El concepto de hegemonía a la luz de las hegemonías neoconservadoras. In: *Nuevo Topo*, 4, o.S.

Bonnet, Alberto (2010): El lock-out agrario y la crisis política del kirchnerismo. In: *Herramienta Web*, Text abrufbar unter: http://www.herramienta.com.ar/herramienta-web-6/el-lock-out-agrario-y-la-crisis-politica-del-Kirchnerismo (Zugriff am 5.12.2014).

Bonnet, Alberto (2015): La insurrección como restauración: el kirchnerismo 2002-2015. Buenos Aires: Prometeo Libros.

Boos, Tobias (2013): Sentido común und Hegemonie. Das kirchneristische Regierungsprojekt in Argentinien. Wien: Universität Wien, Diplomarbeit.

Boos, Tobias (2015a): Argentinien: Das Ende des Kirchnerismus? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 60 (4), 25-29.

Boos, Tobias (2015b): Ontische Leere, strategische Schwäche? Die Doppelperspektive in Laclaus Populismustheorie. Präsentiert auf: Workshop Hegemonie- und Diskurstheorie XII, International Center for Development and Decent Work (ICDD), 10. Juli 2015, Kassel.

Boos, Tobias (2016): Argentinien oder Vorwärts in die Vergangenheit. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 61 (1), 9-12.

Boos, Tobias (2017): Pact of Consumption – Kirchnerism and the Argentinian Middle Class. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 33 (4), 37-62.

Boos, Tobias (2018a): Base material y capacidad hegemónica del estado argentino durante el Kirchnerismo: políticas de importación y patrones de consumo. Präsentiert auf: IV Jornadas de Estudios de América Latina y el Caribe, Instituto de Estudios de América Latina y el Caribe, Universidad de Buenos Aires, 15.11-16.11. 2018, Buenos Aires.

Boos, Tobias (2018b): Linkspopulismus: Oxymoron oder Alternative? In: *Portal für Politikwissenschaft* Portal für Politikwissenschaft – *pw-portal.de*, Text abrufbar unter: https://www.pw-portal.de/herausforderung-von-links/40673-linkspopulismus-oxymoron-oder-alternative (Zugriff am 6.12.2018).

Boos, Tobias (2018c): Ein Hut, zu viele Köpfe. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 48 (190), 9-26.

Boos, Tobias (2020): Rebelión, progresismo y economía moral. In: *Nueva Sociedad*, 285, 84-96.

Boos, Tobias/Opratko, Benjamin (2016): Die populistische Herausforderung: Pure Vernunft Darf Niemals Siegen. In: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, 215, 30-37.

Boos, Tobias/Schneider, Etienne (2016): Lateinamerikanisiert Europa!? Einige vorläufige Schlussfolgerungen zur Frage eines linken Populismus in Europa. In: Brand, Ulrich (Hg.), Lateinamerikas Linke: Ende eines Zyklus? Eine Flugschrift in Kooperation mit Neues Deutschland. Hamburg: VSA, 96-112.

Boos, Tobias/Seidl, Gregor (2017): Rise of the Latin American Middle Class – or (Statistical) Storm in a Teapot? In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 33 (4), 4-15.

Borón, Atilio (2012): ¿Una nueva era populista en América Latina? In: Márquez Restrepo, Martha Lucía (Hg.), El eterno retorno del populismo en América Latina y el Caribe. Bogotá: Pontificia Universidad Javeriana-Bogotá, 131-158.

Bortz, Pablo Gabriel/Toftum, Nicole/Zeolla, Nicolás Hernán (2021): Old Cycles and New Vulnerabilities: Financial Deregulation and the Argentine Crisis. In: *Development and Change*, 1-29.

Bosteels, Bruno (2011): The Actuality of Communism. London: Verso.

Braig, Marianne (1999): Sehnsucht nach Legitimation: zum Wandel populistischer Politik in Mexiko. Berlin: Freie Universität, Habilitations-Schrift.

Brand, Ulrich (2013): State, context and correspondence. Contours of a historical-materialist policy analysis. In: *Austrian Journal of Political Science*, 42 (4), 425-442.

Brand, Ulrich (2016): Lateinamerikas Linke: Ende eines Zyklus? Eine Flugschrift in Kooperation mit Neues Deutschland. Hamburg: VSA.

Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2014): (Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika. In: Jakobeit, Cord/Müller, Franziska/Sondermann, Elena/Wehr, Ingrid/Ziai, Aram (Hg.), *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 48 (Entwicklungstheorien), 88-125.

Brand, Ulrich/Sekler, Nicola (Hg.) (2009): Postneoliberalism – A Beginning Debate. Uppsala: The Dag Hammarskjöld Centre.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: oekom verlag.

Buckel, Sonja/Kannankulam, John/Wissel, Jens/Georgi, Fabian (2012): »...wenn das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann.« Kräfteverhältnisse in der europäischen Krise. In: Forschungsgruppe Staatsprojekt (Hg.), Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling. Münster: Westfälisches Dampfboot, 12-48.

Burris, Val (1986): The Discovery of the New Middle Class. In: *Theory and Society*, 15 (3), 317-349.

Cadahia, Luciana/Coronel, Valeria/Ramírez, Franklin (Hg.) (2018): A Contracorriente: Materiales Para Una Teoría Renovada Del Populismo. La Paz: Vicepresidencia del Estado Plurinacional de Bolivia.

Camargo, Ricardo (2013): Rethinking the Political: A Genealogy of the »Antagonism« in Carl Schmitt through the Lens of Laclau-Mouffe-Žižek. In: *CR: The New Centennial Review*, 13 (1), 161-188.

Camfield, David (2004): Re-Orienting Class Analysis: Working Classes as Historical Formations. In: *Science & Society*, 68 (4), 421-446.

Cammack, Paul (2000): The Resurgence of Populism in Latin America. In: *Bulletin of Latin American Research*, 19 (2), 149-161.

Canovan, Margaret (1981): Populism. San Diego: Harcourt Brace Jovanovich.

Canovan, Margaret (1999): Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy. In: *Political Studies*, 47 (1), 2-16.

Cantamutto, Francisco J./Ozarow, Daniel (2016): Serial payers, serial losers? The political economy of Argentina's public debt. In: *Economy and Society*, 45 (1), 123-147.

Capello, Marcelo/Galassi, Gabriela/Cohen Arazi, Marcos (2012): El problema del acceso a la vivienda para la clase media argentina, a la luz del PROCREAR. Monitor Social 1. Buenos Aires: Estudios sobre la Realidad Argentina y Latinoamericana (IERAL), Fundación Mediterránea. Text abrufbar unter: http://www.ieral.org/noticias/monitor-social-n-1-problema-acceso-vivienda-para-clase-media-argentina-luz-procrear-2121.html (Zugriff am 7.12.2017).

Carchedi, Guillermo (1975a): On the economic identification of the new middle class. In: *Economy and Society*, 4 (1), 1-86.

Carchedi, Guillermo (1975b): Reproduction of Social Classes at the Level of Production Relations. In: *Economy and Society*, 4 (4), 361-417.

Cardoso, Fernando H./Faletto, Enzo (1976): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Castagno, Pablo (2015): Inside Latinamericanism. In: *Historical Materialism*, 23 (1), 243-264.

Castellani, Francesca/Parent, Gwen/Zenteno Gonzales, Jannet (2015): Who Is the Latin American Middle Class? Relative-Income and Multidimensional Approaches. In: Dayton-Johnson, Jeff (Hg.): *Latin America's Emerging Middle Classes: Economic Perspectives*. Palgrave Macmillan UK, 101-129.

CEDIB (2006): ¿Qué es y cómo se hace Análisis de Coyuntura? – Centro de Documentación e Información BoliviaText abrufbar unter: http://www.centrodeestudiosestrategicos-cee-panama.org/files/QuC3A920es20y20cC3B3mo20se20hace20AnC3A1lisis20de20Coyuntura20-20CEDIB20-202920p.pdf (Zugriff am 30.10.2018)

CGECSE (2014): Informe Indicativo de Salarios Docentes Período Julio – Septiembre de 2013. Text abrufbar unter: http://repositorio.educacion.gov.ar:8080/dspace/handle/123456789/109883 (Zugriff am 30.11.2017).

Chiappe, Mercedes (2014): La conflictividad laboral entre los docentes públicos argentinos 2006-2010. In: *Contenidos y formas en la vanguardia universitaria*, 61, 295-331.

CIFRA/CTA (2012): Propuesta de un indicador alternativo de inflación. Text abrufbar unter: http://www.centrocifra.org.ar/docs/CIFRA20-20IPC-920(Marzo202012).pdf (Zugriff am 8.12.2017).

CIFRA/CTA (2015): Documento de trabajo N° 14 – La naturaleza política y la trayectoria económica de los gobiernos kirchneristas. Documentos de Trabajo 14. Buenos Aires: Centro de Investigación y Formación de la República Argentina (CIFRA/CTA).

CIFRA/CTA (2019): El incremento en las tarifas de servicios públicos y su peso sobre los salarios. Informes temáticos. Text abrufbar unter: http://www.centrocifra.org.ar/docs/Salarios20y20tarifas.pdf (Zugriff am 14.4.2021).

Cirelli, Gustavo (Hg.) (2015): Patios militantes: diálogos de Cristina con los jóvenes. Buenos Aires: Balkbrug.

Colectivo Situaciones (2003): Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien. Berlin: Assoziation A.

Coronel, Valeria/Cadahia, Luciana (2018): Populismo republicano: más allá de »Estado versus pueblo«. In: *Nueva Sociedad*, 273, 72-82.

Cosse, Isabella (2014): Mafalda: Historia social y política. Buenos Aires: Fondo de Cultura Económica.

Cotarelo, María Celia (2008): Informe de Coyuntura Mayo – junio de 2008. Documento de trabajo 68. Observatorio Social de América Latina (OSAL). Text abrufbar unter: Argentina Informe de Coyuntura mayo – junio de 2008. Online: http://www.clacso.org.ar/documentos_osal/descargar.php?link=915.pdf&nombre=Argentina20Informe20de20Coyuntura20Mayo-Junio202008 (Zugriff am 17.6.2011).

Crompton, Rosemary (2009): Class and Stratification. Cambridge: Polity Press.

Crompton, Rosemary (2010): Class and employment. In: *Work, Employment and Society,* 24(1), 9–26.

D'Eramo, Marco (2013): Populism and the New Oligarchy. In: *New Left Review*, 82, 5-28.

Dalle, Pablo/Stiberman, Laura (2017): Clases populares en Argentina: cambios recientes en su composición ocupacional (1998-2015). In: *Encrucijadas – Revista Crítica de Ciencias Sociales*, 14, 1-29.

Damill, Mario/Frenkel, Roberto (2015): La economía bajo los Kirchner: una historia de dos lustros. In: Carlos Gervasoni/Enrique Peruzzotti (Hg.), ¿Década ganada?:

Evaluando el legado del kirchnerismo. Buenos Aires: Penguin Random House Grupo Editorial Argentina, 115-164.

Dayton-Johnson, Jeff (Hg.) (2015): Latin America's Emerging Middle Classes: Economic Perspectives. Palgrave Macmillan UK.

De Ipola, Emilio (2009): La última utopia. In: Portantiero, Juan Carlos/Hilb, Claudia (Hg.), El político y el científico: ensayos en homenaje a Juan Carlos Portantiero. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores.

De la Torre, Carlos (2000): Populist seduction in Latin America: the Ecuadorian experience. Athens: Ohio University Center for International Studies.

De la Torre, Carlos (2003): Masas, pueblo y democracia: Un balance crítico de los debates sobre el nuevo populismo. In: *Revista de ciencia política (Santiago)*, 23 (1), 55-66.

De la Torre, Carlos (2007): The resurgence of radical populism in Latin America. In: *Constellations*, 14 (3), 384-397.

De la Torre, Carlos (2017): Trump's populism: lessons from Latin America. In: *Postcolonial Studies*, 20 (2), 187-198.

De la Torre, Carlos/Arnson, Cynthia J. (Hg.) (2013): Latin American Populism in the Twenty-First Century. Washington: Woodrow Wilson Center Press, Johns Hopkins University Press.

De la Torre, Carlos/Peruzzotti, Enrique (Hg.) (2008): El retorno del pueblo Populismo y nuevas democracias en América Latina. Quito: FLACSO, Sede Ecuador.

De Senén González, Silvia Novick (2008): Política, leyes y educación entre la regulación y los desafíos de la macro y la micropolítica. In: Perazza, Roxana (Hg.), Pensar den lo publico. Buenos Aires: Aique Educación.

Dejung, Christof/Motadel, David/Osterhammel, Jürgen (2019): The global Bourgeiosie: the rise of the middle classes in the age of empire. Princeton: Princeton University Press.

Del Cueto, Carla/Luzzi, Mariana (2016): Salir a comprar. El consumo y la estructura social en la Argentina reciente. In: Kessler, Gabriel (Hg.), La sociedad argentina hoy: radiografía de una nueva estructura. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores, Fundación OSDE, 209-232.

Delfini, Marcelo/Ventrici, Patricia (2016): ¿Qué hay de nuevo en el sindicalismo argentino?: Relaciones laborales y reconfiguración sindical en el kirchnerismo. In: *Trabajo y sociedad*, 27, 23-41.

Demirović, Alex (2007): Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft. In: Nonhoff, Martin (Hg.), Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie: Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld: transcript, 55-85.

Di Marco, Laura (2012): La Cámpora: Historia secreta de los herederos de Néstor y Cristina Kirchner. Penguin Random House Grupo Editorial Argentina.

Di Tella, Torcuato S. (1965): Populismo y Reforma en América Latina. In: *Desarrollo Económico*, 4 (16), 391-425.

Diaz Rosaenz, Micaela (2017): Consumidores y Ciudadanía en la Argentina Kirchnerista: ¿Un Nuevo Discurso Presidencial? In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies*, 104, 89-112.

Donaire, Ricardo (2008): Percepciones sobre clase social entre trabajadores intelectuales. Un ejercicio a partir de los docentes de la Ciudad de Buenos Aires. Präsentiert auf: I Encuentro Latinoamericano de Metodología de las Ciencias Sociales, 12.12 2008, La Plata.

Donaire, Ricardo (2009): ¿Desaparición o difusión de la »identidad de clase trabajadora«? Reflexiones a partir del análisis de elementos de percepción de clase entre docentes. In: *Conflicto Social*, 2 (1), 135-167.

Donaire, Ricardo (2017): Algunos problemas en torno a la caracterización de los docentes como »clase media«. Reflexiones a partir de una investigación empírica. In: *Polifonías Revista de Educación*, 6 (10), 68-91.

Donaire, Ricardo Martín (2010): La posición social de los docentes: uma aproximación a partir del estudio de los docentes de la ciudad de buenos aires. In: *Revista de Educação PUC-Campinas*, 28, 113-129.

Dornbusch, Rudiger/Edwards, Sebastian (1990): Macroeconomic populism. In: *Journal of Development Economics*, 32 (2), 247-277.

Dudenredaktion (o.J.): Pfahlbürger. *Duden online*, Text abrufbar unter: https://www.duden.de/node/721499/revisions/1905331/view (Zugriff am 29.1.2018).

ECLAC (2021): Financing for development in the era of COVID-19 and beyond. CEPAL. Text abrufbar unter: https://www.cepal.org/en/publications/46711-financing-development-era-covid-19-and-beyond (Zugriff am 26.3.2021).

Ehrenreich, Barbara/Ehrenreich, John (1979): The Professional-Managerial Class. In: Walker, Pat (Hg.), Between Labor and Capital. Boston: South End Press, 5-48.

Ehrenreich, Barbara/Ehrenreich, John (2013): Barbara and John Ehrenreich: The Real Story Behind the Crash and Burn of America's Managerial Class. *AlterNet*, Text abrufbar unter: https://www.alternet.org/economy/barbara-and-john-ehrenreich-real-story-behind-crash-and-burn-americas-managerial-class?page=02C0 (Zugriff am 20.7.2018).

Elbe, Ingo (2018): Die postmoderne Querfront. Anmerkungen zu Chantal Mouffes Theorie des Politischen. In: *Sans Phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik*, 12, 107-127.

Errejón, Íñigo (2012): La lucha por la hegemonía durante el primer gobierno del MAS en Bolivia (2006-2009): un análisis discursivo. Universidad Complutense de Madrid, Dissertation. Text abrufbar unter: http://eprints.ucm.es/14574/1/T33089.pdf (Zugriff am 27.5.2014).

Errejón, Íñigo (2014): ¿Qué es Podemos? In: *Le monde diplomatique español*, Juli 2014. Text abrufbar unter: http://www.monde-diplomatique.es/?url=articu-

lo/000085641287216818681110229425100 0/?articulo=8c640f81-5ccc-4723-911e-71e45da1deca (Zugriff am 17.3.2016).

Errejón, Íñigo/Mouffe, Chantal (2015): Construir pueblo. Hegemonía y radicalización de la democracia. Barcelona: Icaria editorial.

Etchemendy, Sebastián (2011): El diálogo social y las relaciones laborales en Argentina 2003-2010: Estado, sindicatos y empresarios en perspectiva comparada. Buenos Aires: Oficina de País de la OIT para la Argentina.

Etchemendy, Sebastián/Collier, Ruth B. (2007): Down but Not Out: Union Resurgence and Segmented Neocorporatism in Argentina (2003-2007). In: *Politics & Society*, 35 (3), 363-401.

Fava, Ricardo (2014): La clase media como clave interpretativa. Modos de entender la participación de »vecinos« en el conflicto por la toma del Parque Indoamericano en diciembre de 2010. In: Adamovsky, Ezequiel/Vargas, Patricia Beatriz/Visacovsky, Sergio (Hg.), Clases medias: nuevos enfoques desde la sociología, la historia y la antropología. Buenos Aires: Ariel, 241-264.

Felix, David (2015): Interrelations between Consumption, Economic Growth, and Income Distribution in Latin America Since 1800: A Comparative Perspective. In: Baudet, Henri/van der Meulen, Henk (Hg.), Consumer Behaviour and Economic Growth in the Modern Economy. New York: Routledge, 131-178.

Féliz, Mariano (2012): Neo-Developmentalism: Beyond Neoliberalism? Capitalist Crisis and Argentina's Development since the 1990s. In: *Historical Materialism*, 20 (2), 105-123.

Fernández-Álvarez, María Inés (2020): Building from heterogeneity: the decomposition and recomposition of the working class viewed from the »popular economy« in Argentina. In: *Dialectical Anthropology*, 44 (1), 57-68.

Ferreira, Francisco H. G./Messina, Julian/Rigolini, Jamele/López-Calva, Luis-Felipe/Lugo, Maria Ana/Vakis, Renos (2013): Economic Mobility and the Rise of the Latin American Middle Class. Washington D.C.: The World Bank.

Ferrer, Aldo (2010): Raúl Prebisch y el dilema del desarrollo en el mundo global. In: *Revista cepal*, 101, 7-15.

Flick, Uwe (2014): Qualitative Sozialforschung: eine Einführung. Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.

Frenkel, Roberto/Rapetti, Martín (2007): Argentina's monetary and exchange rate policies after the convertibility regime collapse. Washington: Center for Economic and Policy Research, Political Economy Research Institute. Text abrufbar unter: http://itf.org.ar/pdf/documentos/36-2007.pdf (Zugriff am 26.7.2017).

Fritz, Barbara (2019): Nach demMoment der Gleichheit: Drei Thesen zur Krise Lateinamerikas. *ifo Schnelldienst*, 24, 13-17.

Gaggero, Alejandro/Schorr, Martín/Wainer, Andrés (2014): Restricción eterna: el poder económico durante el kirchnerismo. Buenos Aires: Futuro Anterior.

Gago, Veronica (2012): Controversia: una lengua del exilio. Buenos Aires: Biblioteca Nacional.

Gago, Verónica (2014): La razón neoliberal: economías barrocas y pragmática popular. Buenos Aires: Tinta Limón Ediciones.

Gago, Verónica (2020): Feminist International: How to Change Everything. London: Verso.

Galvin, Daniel/Hacker, Jacob S. (2020): The Political Effects of Policy Drift: Policy Stalemate and American Political Development. In: *Studies in American Political Development*, 34 (2), 216-238.

Garguin, Enrique (2007): Los Argentinos Descendemos de Los Barcos: The Racial Articulation of Middle Class Identity in Argentina (1920-1960). In: *Latin American and Caribbean Ethnic Studies*, 2 (2), 161-184.

Gasparin, José/Rubio, Jimena/Aruanno, Lucía/Diéguez, Gonzalo (2020): GPS del Estado. Radiografía y balance de la Administración Pública Nacional 2015-2019. Documento de Políticas Públicas/Recomendación N°219. Buenos Aires: CIPPEC.

Gebhardt, Richard (2016): »…but I know it when I see it!« Ein Kommentar zu Jan-Werner Müllers »Was ist Populismus?« *theorieblog.de*, Text abrufbar unter: https://www.theorieblog.de/index.php/2016/06/mueller-buchforum-2-but-i-know-it-when-i-see-it/(Zugriff am 1.12.2018).

Geras, Norman (1987): Post-Marxism? In: *New Left Review*, 163, 40-82.

Geras, Norman (1988): Ex-Marxism Without Substance: Being A Real Reply to Laclau and Mouffe. In: *New Left Review*, 169, 34-61.

Germani, Ana Alejandra (2010a): Sobre la »crisis contemporánea«. In: Gino Germani, la sociedad en cuestión: antología comentada. Buenos Aires: CLACSO, 20-51.

Germani, Ana Alejandra (2017): Antifascism and Sociology: Gino Germani 1911-1979. New Brunswick: Transaction Publishers.

Germani, Gino (1942): La clase media en la ciudad de Buenos Aires. estudio preliminar. In: *Boletín del Instituto de Sociología*, 1, 105-126.

Germani, Gino (1965): Política y sociedad en una época de transición. De la sociedad tradicional a la sociedad de masas. Buenos Aires: Editorial Paidós.

Germani, Gino (1978): Authoritarianism, Fascism, and National Populism. New Brunswick: Transaction Publishers.

Germani, Gino (2010b): Clases sociales. Introducción. In: Gino Germani, la sociedad en cuestión: antología comentada. Buenos Aires: CLACSO, 120-135.

Germani, Gino (2010c): La estratificación social y su evaluación histórica en la Argentina. In: Gino Germani, la sociedad en cuestión: antología comentada. Buenos Aires: CLACSO, 210-239.

Giarracca, Norma/Palmisano, Tomás (2012): Soja-Expansion und Agrarstreik. Anmerkungen zu den Vorkommnissen der Jahre 2008 und 2009. In: Rosa Luxem-

burg Stiftung/Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (Hg.), Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, 66-81. Text abrufbar unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Ausland/Lateinamerika/Der_Neue_Extraktivismus_web.pdf (Zugriff am 19.5.2014).

Gillespie, Richard (2011): Soldados de Perón: Historia crítica sobre los montoneros. Buenos Aires: Penguin Random House Grupo Editorial Argentina.

Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2006): Experteninterviews Und Qualitative Inhaltsanalyse Als Instrumente Rekonstruierender Untersuchungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gold, Tomás (2015): Cacerolazos y legitimidad política en la Argentina reciente. Del »13-S« al »8-A«. In: Annunziata, Rocío (Hg.), Pensar las elecciones. Buenos Aires: CLACSO, Instituto de Investigaciones Gino Germani, 182-210.

González, Federico Martín (2014): Jóvenes, educación y trabajo: Un estudio sobre las estrategias de vida de jóvenes trabajadores y estudiantes del Plan FinEs2 en el Gran La Plata (2012-2013). La Plata: Universidad Nacional de La Plata. Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación, Diplomarbeit, Text abrufbar unter: http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/library?a=d&c=tesis&d=Jte1097 (Zugriff am 28.11.2017).

Gorz, André (1997): Farewell to the Working Class: An Essay on Post-Industrial Socialism. London: Pluto Press.

Graciarena, Jorge (1971): Clases medias y movimiento estudiantil. El Reformismo Argentino: 1918-1966. In: *Revista Mexicana de Sociología*, 33 (1), 61-100.

Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte, Band 1-10. Hamburg: Argument-Verlag (zitiert als GH).

Grigera, Juan (2017): Populism in Latin America: Old and New Populisms in Argentina and Brazil. In: *International Political Science Review*, 38 (4), 1-15.

Grimson, Alejandro (2012a): Mitomanías argentinas: cómo hablamos de nosotros mismos. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores.

Grimson, Alejandro (2012b): Un trauma cultural. *El Dipló – Le monde diplomatique Cono Sur*, Nr. 157, Text abrufbar unter: https://www.eldiplo.org/157-el-primer-opositor/un-trauma-cultural/(Zugriff am 13.1.2019).

Groppo, Alejandro (2009): Los dos príncipes: Juan D. Perón y Getulio Vargas, un estudio comparado del populismo latinoamericano. Villa María: Eduvim.

Grugel, Jean/Riggirozzi, Pía (2012): Post-Neoliberalism in Latin America: Rebuilding and Reclaiming the State after Crisis. In: *Development and Change*, 43 (1), 1-21.

Grugel, Jean/Riggirozzi, Pía (Hg.) (2009): Governance after neoliberalism in Latin America. New York: Palgrave Macmillan.

Grüner, Eduardo (2011): Se está poniendo en debate si se está a favor o en contra del capitalismo en la Argentina. Interview am 2011. Text abrufbar unter: http://www.ips.org.ar/?p=3333 (Zugriff am 12.12.2011).

Guano, Emanuela (2004): The Denial of Citizenship: »Barbaric« Buenos Aires and the Middle-Class Imaginary. In: *City & Society*, 16 (1), 69-97.

Guzman, Martin/Stiglitz, Joseph E. (2016): Opinion | How Hedge Funds Held Argentina for Ransom. In: *The New York Times*, 1. April 2016. Text abrufbar unter: https://www.nytimes.com/2016/04/01/opinion/how-hedge-funds-held-argentina-for-ransom.html (Zugriff am 14.4.2021).

Hawkins, Kirk A. (2009): Is Chávez Populist? Measuring Populist Discourse in Comparative Perspective. In: *Comparative Political Studies*, 42 (8), 1040-1067.

Hawkins, Kirk A./Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2019): Introduction: The Ideational Approach. In: Hawkins, Kirk/Carlin, Ryan/Littvay, Levente/Kaltwasser, Cristobal Rovira (Hg.), The Ideational Approach to Populism: Concept, Theory, and Analysis. London: Routledge, 1-25.

Hofstadter, Richard (1955): The Age of Reform: From Bryan to F.D.R. New York: Vintage Books.

Howarth, David (2004): Hegemony, Political Subjectivity, and Radical Democracy. In: Critchley, Simon/Marchart, Oliver (Hg.), Laclau: A Critical Reader. London: Routledge, 256-276.

Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. Norman: University of Oklahoma Press.

INDEC (2003): La nueva Encuesta Permanente de Hogares de Argentina. Encuesta permanente de hogares (EPH). Instituto nacional de estadística y censos (INDEC). Text abrufbar unter: https://www.indec.gov.ar/ftp/cuadros/sociedad/Metodologia_EPHContinua.pdf (Zugriff am 7.12.2017).

INDEC (2011): Encuesta Permanente de Hogares Conceptos de Condición de Actividad, Subocupación Horaria y Categoría Ocupacional. Encuesta permanente de hogares (EPH). Instituto nacional de estadística y censos (INDEC). Text abrufbar unter: https://www.indec.gov.ar/ftp/cuadros/menusuperior/eph/EPH_Conceptos.pdf (Zugriff am 1.12.2017).

Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.) (1969): Populism: Its Meaning and National Characteristics. London: Macmillan.

Jauretche, Arturo (1967): El medio pelo en la sociedad argentina: apuntes para una sociología nacional. Buenos Aires: APL.

Jessop, Bob (2016): The state: past, present, future. Malden: Polity Press.

Jessop, Bob (2017): La renovación del pensamiento de Gramsci: entrevista con Bob Jessop. Interview am 26.4. 2017. Text abrufbar unter: https://www.publico.es/opinion/renovacion-pensamiento-gramsci-entrevista-bob.html (Zugriff am 28.10.2018).

Johnson, John J. (1964): Political change in Latin America: the emergence of the middle sectors. Stanford: Stanford UnivPress.

Jorrat, Jorge Raul (2012): Clase, identidad de clase y percepción de las sociedades desde elitistas hasta igualitarias: Argentina en un contexto comparativo internacional. In: *Desarrollo Económico*, 52 (205), 63-93.

Kaltmeier, Olaf (2015a): Klassen. *Lexikon zur Überseegeschichte*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Kaltmeier, Olaf (2015b): Soziale Ungleichheit in Lateinamerika. *Lexikon zur Überseegeschichte*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (2004): Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand: Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Kapsos, Steven/Bourmpoula, Evangelia (2013): Employment and economic class in the developing world. ILO Research Paper 6. International Labour Office. Text abrufbar unter: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---inst/documents/publication/wcms_216451.pdf (Zugriff am 1.10.2017).

Kay, Cristóbal (1989): Latin American Theories of Development and Underdevelopment. London: Routledge.

Kejsefman, Igal (2018): El consumo internacionalizado y sus implicancias en el desequilibrio externo argentino en la postconvertibilidad (2002-2015). Präsentiert auf: IV Jornadas de Estudios de América Latina y el Caribe, Instituto de Estudios de América Latina y el Caribe, Universidad de Buenos Aires, 15.11-16.11. 2018, Buenos Aires.

Kessler, Gabriel/Di Virgilio, María Mercedes (2008): La nueva pobreza urbana: dinámica global, regional y argentina en las últimas dos décadas. In: *Revista de la CEPAL*, 95, 31-50.

Kitzberger, Philip (2011): »La madre de todas las batallas«: el kirchnerismo y los medios de comunicación. In: Malamud, Andrés/de Luca, Miguel (Hg.), La política en tiempos de los Kirchner. Buenos Aires: Eudeba, 179-189.

Kitzberger, Philip (2016): Media Wars and the New Left: Governability and Media Democratisation in Argentina and Brazil. In: *Journal of Latin American Studies*, 48 (03), 447-476.

Knight, Alan (1998): Populism and Neo-Populism in Latin America, Especially Mexico. In: *Journal of Latin American Studies*, 30(2), 223-248.

Kocka, Jürgen (1995): The Middle Classes in Europe. In: The Journal of Modern History, 67 (4), 783-806, *Journal of Latin American Studies*, 30 (02), 223-248.

Krippendorff, Klaus (2004): Content analysis: an introduction to its methodology. Thousand Oaks: Sage.

Kulfas, Matías (2016): Los tres kirchnerismos: Una historia de la economía argentina, 2003-2015. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores.

Laclau, Ernesto (1981): Politik und Ideologie im Marxismus: Kapitalismus – Faschismus – Populismus; mit einem Anhang »Populistischer Bruch und Diskurs« (1979). Berlin: Argument-Verlag (zitiert als PIM).

Laclau, Ernesto (1990a): New Reflections on the Revolution of Our Time. London: Verso.

Laclau, Ernesto (1990b): New Reflections on the Revolution of Our Time. In: Laclau, Ernesto (Hg.), New Reflections on the Revolution of Our Time. London: Verso, 3-88.

Laclau, Ernesto (1997): Hegemonía y Antagonismo: El imposible fin de lo político (Conferencias de Ernesto Laclau en Chile, 1997). Santiago de Chile: Cuarto Propio.

Laclau, Ernesto (2004): Glimpsing the Future. In: Critchley, Simon/Marchart, Oliver (Hg.), Laclau: A Critical Reader. London: Routledge, 279-328.

Laclau, Ernesto (2005): Populism: What's in a Name? In: Panizza, Francisco (Hg.), Populism and the Mirror of Democracy. London: Verso, 32-49.

Laclau, Ernesto (2007a): Discourse. *A companion to contemporary political philosophy*, Malden: Blackwell Publishers.

Laclau, Ernesto (2007b): On Populist Reason. London: Verso (zitiert als OPR).

Laclau, Ernesto (2014): Why Constructing a ›People‹ Is The Main Task of Radical Politics. In: The Rhetorical Foundations Of Society. London: Verso, 139-180.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): Hegemonie und radikale Demokratie: zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen-Verlag (zitiert als HSS).

Laclau, Ernesto/Zac, Lilian (1994): Minding the Gap: The Subject of Politics. In: Laclau, Ernesto (Hg.), The making of political identities. London: Verso, 11-39.

Latin American Perspectives (Hg.), (2015a): Argentina a Decade after the Collapse Part 1: The Causes of the Crisis and Structural Changes.

Latin American Perspectives (Hg.), (2015b): Argentina a Decade after the Collapse Part 2: Old and New Social Movements.

Lechner, Norbert (2012): Estado y derecho. Primera edición. México: Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales, Sede México.

Lessa, Francesca (2013): Memory and Transitional Justice in Argentina and Uruguay: Against Impunity. New York: Palgrave Macmillan.

Levey, Cara/Ozarow, Daniel/Wylde, Chris (Hg.) (2014): Argentina since the 2001 crisis: recovering the past, reclaiming the future. New York: Palgrave Macmillan.

Lipset, Seymour Martin (1960): Political Man: The Social Bases of Politics. New York: Doubleday & Company.

Lozano, Paula/Kurlat, Silvina (2014): Plan FINES2: Contribuciones y limitaciones al logro de la inclusión en el nivel secundario de jóvenes y adultos. Präsentiert auf: VIII Jornadas de Sociología de la UNLP 3.12-5.12. 2014 Ensenada, La Plata: Universidad Nacional de La Plata. Facultad de Humanidades y Ciencias de la Educación. Departamento de Sociología. Text

abrufbar unter: http://www.memoria.fahce.unlp.edu.ar/library?a=d&c=eventos&d=Jev4557 (Zugriff am 28.11.2017).

Lu, Chunlong (2005): Middle class and democracy: structural linkage. In: *International Review of Modern Sociology*, 31 (2), 157-178.

Lucita, Eduard (2012): Diez años del Kirchnerismus. Text abrufbar unter: http://www.elecodelospasos.net/article-entrevista-al-economista-eduardo-lucita-diez-a-os-de-Kirchnerismo-113221846.html (Zugriff am 17.7.2013).

Luzzi, Mariana/Wilkis, Ariel (2019): El dólar: historia de una moneda argentina (1930-2019). Buenos Aires: Crítica.

Macdonald, Laura/Ruckert, Anne (Hg.) (2009): Post-Neoliberalism in the Americas. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Malamud, Andrés/de Luca, Miguel (Hg.) (2011): La política en tiempos de los Kirchner. Buenos Aires: Eudeba.

Maldonado, Stella (2010): La ley de financiamiento educativo del Bicentenario. In: *Página/12*, Buenos Aires, 2. März 2010. Text abrufbar unter: https://www.pagina12.com.ar/diario/elpais/1-141250-2010-03-02.html (Zugriff am 25.12.2018).

Mallet, Serge (1970): Sozialismus und die neue Arbeiterklasse. In: Deppe, Frank/Lange, Hellmuth/Peter, Lothar (Hg.), Die neue Arbeiterklasse: Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt, 98-115.

Marchart, Oliver (2008): Post-Foundational Political Thought: Political Difference in Nancy, Lefort, Bafiou and Laclau. Edinburgh: Edinburgh University Press.

Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Berlin: Suhrkamp.

Marchart, Oliver (2013): Das unmögliche Objekt: eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Marchart, Oliver (Hg.) (2017): Ordnungen des Politischen: Einsätze und Wirkungen der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus. Wiesbaden: Springer.

Martino, Carolina (2015): La verdad detrás de la imaginación pedagógica. *Razón y Revolución*, Text abrufbar unter: http://razonyrevolucion.org/la-verdad-detras-de-la-imaginacion-pedagogica/(Zugriff am 28.11.2017).

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1976ff.) Werke, Berlin: Dietz (zitiert als MEW).

Mason-Deese, Liz (2020): From the Picket to the Women's Strike: Expanding the Meaning of Labor Struggles in Argentina. In: *ephemera*, 20 (1), 91-115.

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung: eine Anleitung zu qualitativem Denken. Weinheim: Beltz.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz.

Meiksins Wood, Ellen (1998): The Retreat From Class: A New »True« Socialism. London: Verso.

Meiksins Wood, Ellen (2010): Demokratie contra Kapitalismus: Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus. Köln: Neuer ISP Verlag.

Meiksins, Peter (1986): Beyond the boundary question. In: *New Left Review*, 157, 101-120.

Meiksins, Peter (1987): White collar workers and the process of class formation. In: Robert Argue/Gannagé, Charlene/Livingstone, D.W. (Hg.), Working People and Hard Times. Toronto: Garamond Press, 161-178.

Meiksins, Peter/Meiksins Wood, Ellen (1985): Beyond Class? A Reply to Chantal Mouffe. In: *Studies in Political Economy*, 17, 141-165.

Melo, Julián Alberto (2011): Hegemonía populista, ¿hay otra? Nota de interpretación sobre populismo y hegemonía en la obra de Ernesto Laclau. In: *Identidades. Revista del Instituto de Estudios Sociales y Políticos de la Patagonia*, 1 (1), 48-69.

Melo, Julián Alberto (2012a): El efecto populista. Territorios nacionales, provinci alizaciones y lógica populista durante el primer peronismo. In: *Revista Pilquen*, 14 (15), 1-13.

Melo, Julián Alberto (2012b): Sobre la relacion entre populismo e institciones políticas. In: Dubesset, Éric/Majlátová, Lucia (Hg.), El populismo en Latinoamérica. Teorías, historia y valores. Presses Universitaires de Bordeaux, 43-57.

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2009): Das Experteninterview—konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage. In: Methoden der vergleichenden Politik-und Sozialwissenschaft. Wiesbaden: Springer, 465-479.

Milanović, Branko (2016): Global inequality: a new approach for the age of globalization. Cambridge: The Belknap Press of Harvard University Press.

Ministerio de Educación, Ciencia y Tecnología de la Nación (2004): Censo Nacional de Docentes. Resultados definitivos. Buenos Aires: Ministerio de Educación, Ciencia y Tecnología de la Nación.

Minujin, Alberto (1997): En la rodada. In: Minujin, Alberto (Hg.), Cuesto abajo: los nuevos pobres: efectos de la crisis en la sociedad argentina. Buenos Aires: UNICEF, Losada, 81-95.

Minujin, Alberto/Anguita, Eduardo (2004): La Clase Media: Seducida y Abandonada. Buenos Aires: Edhasa.

Minujin, Alberto/Kessler, Gabriel (1995): La nueva pobreza en la Argentina. Buenos Aires: Editorial Planeta.

Modonesi, Massimo (2014): Subalternity, Antagonism, Autonomy Constructing the Political Subject. New York: Pluto Press.

Modonesi, Massimo (2017): Revoluciones pasivas en América. Primera edición. Ciudad de México: Universidad Autónoma Metropolitana.

Möller, Kolja (2017): Invocatio Populi: Demokratischer Und Autoritärer Populismus/Invocatio Populi: Democratic and Authoritarian Populism. In: *Leviathan*, 45 (Sonderband 34), 246 – 267.

Mora y Araujo, Manuel (2002): La estructura social de la Argentina: evidencias y conjeturas acerca de la estratificación actual. Santiago de Chile: Naciones Unidas, CEPAL, División de Desarrollo Social.

Morris, María Belén/Natalucci, Ana (2016): La unidad de la CGT en prospectiva (2004-2016). In: *Socio Debate Revista de Ciencias Sociales*, 2 (4), 33-62.

Mouffe, Chantal (2013): Agonistics: Thinking The World Politically. London: Verso.

Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp.

Mouzelis, Nicos (1978): Ideology and Class Politics: A Critique of Ernesto Laclau. In: *New Left Review*, 112, 45-61.

Mouzelis, Nicos (1988): Marxism or Post-Marxism? In: *New Left Review*, 167, 107-123.

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition*, 39 (4), 542-563.

Mudde, Cas (2007): Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Mudde, Cas (2016): The Study of Populist Radical Right Parties: Towards a Fourth Wave. C-REX Working Paper Series 1. Oslo: C-REX – Center for Research on Extremism, University of Oslo.

Mudde, Cas (2017): Populism: An Ideational Approach. In: Rovira Kaltwasser, Cristóbal/Taggart, Paul A./Ochoa Espejo, Paulina/Ostiguy, Pierre (Hg.), The Oxford Handbook of Populism. Oxford: Oxford University Press, 27-47.

Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2017): Populism: a very short introduction. Oxford: Oxford University Press.

Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2012): Populism in Europe and the Americas: Threat Or Corrective for Democracy? Cambridge University Press.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.

Münkler, Herfried (2016): Die Mitte, ein hochgradig gefährdeter Ort. In: *sueddeutsche.de*, 23. Juni 2016. Text abrufbar unter: https://www.sueddeutsche.de/kultur/serie-mittelschicht-die-mitte-ein-hochgradig-gefaehrdeter-ort-1.3047923 (Zugriff am 6.8.2018).

Murillo, Maria Victoria/Levitsky, Steven (2019): Economic Shocks and Partisan Realignment in Argentina. In: Lupu, Noam/Oliveros, Virginia/Schiumerini, Luis (Hg.): Campaigns and Voters in Developing Democracies: Argentina in Comparative Perspective, Weiser Center for Emerging Democracies. Ann Arbor: University of Michigan Press, 28-52.

Murillo, María Victoria/Visconti, Giancarlo (2017): Economic Performance and Incumbents‹ Support in Latin America. In: *Electoral Studies*, 45, 180-190.

Murmis, Miguel (2010): Clases sociales en el primer Germani. In: Gino Germani, la sociedad en cuestión: antología comentada. Buenos Aires: CLACSO, 70-75.

Murmis, Miguel/Feldman, Silvio (1992): Posibilidades y fracasos de las clases medias, según Germani. In: Jorrat, Jorge Raúl/Sautu, Ruth (Hg.), Después de Ger-

mani: exploraciones sobre Estructura social de la Argentina. Buenos Aires: Paidos, 212-228.

Murmis, Miguel/Portantiero, Juan Carlos (2004): Estudios sobre los orígenes del peronismo. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores.

Musacchio, Andrés/Becker, Joachim (2007): La crisis argentina: ¿sólo un problema cambiario? In: Becker, Joachim (Hg.), El golpe del capital. Las crisis financieras en el Cono Sur y sus salidas. Montevideo: Coscoroba, 109-135.

Natalucci, Ana (2015): Corporativismo y política: dilemas del movimiento obrero durante el kirchnerismo. In: *Población & Sociedad*, 22 (2), 5-25.

Natalucci, Ana (2016): Las recientes transformaciones en el mundo sindical (2003-2015). In: *Espectros*, 1 (2), 1-9.

Natanson, José (2011): Seducida, abandonada, seducida. *El Dipló – Le monde diplomatique Cono Sur*, Nr. 141, Text abrufbar unter: https://www.eldiplo.org/141-mundo-arabe-de-la-revuelta-a-la-revolucion/seducida-abandonada-seducida/(Zugriff am 1.11.2013).

Natanson, José (2012a): ¿Por qué los jóvenes están volviendo a la política?: De los indignados a la cámpora. Buenos Aires: Penguin Random House Grupo Editorial Argentina.

Natanson, José (2012b): Una política para la nueva clase media. *El Dipló – Le monde diplomatique Cono Sur*, Nr. 162, Text abrufbar unter: https://www.eldiplo.org/162-el-futuro-del-kirchnerismo/una-politica-para-la-nueva-clase-media/(Zugriff am 1.11.2013).

Natanson, José (2013): El futuro ya llegó. *El Dipló – Le monde diplomatique Cono Sur*, Nr. 173, Text abrufbar unter: https://www.eldiplo.org/173-la-politica-que-viene/el-futuro-ya-llego/(Zugriff am 1.11.2013).

Neri, Marcelo (2010): The New Middle Class in Brazil: The Bright Side of the Poor. Rio de Janeiro: FGV/CPS.

Neri, Marcelo (2014): Brazil new middle classes: the bright side of the poor. Präsentiert auf: BRICS – 6th Academic Forum, 5-19.5 2014, Rio de Janeiro.

Niedzwiecki, Sara/Pribble, Jennifer (2017): Social Policies and Center-Right Governments in Argentina and Chile. In: *Latin American Politics and Society*, 59 (3), 72-97.

Nonhoff, Martin (2007): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie: Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld: transcript.

Norval, Aletta J. (2000): Trajectories and Future Research in Discouse Theory. In: Howarth, David/Norval, Aletta J./Stavrakakis, Yannis (Hg.), Discourse Theory and Political Analysis: Identities, Hegemonies and Social Change. Manchester: Manchester University Press, 219-236.

Nosiglia, María Catalina (2007): El proceso de sanción y el contenido de la Ley de Educación Nacional N° 26206: continuidades y rupturas. In: *Praxis Educativa (Arg)*, 11, 113-138.

Nugent, Walter T. K. (2010): Progressivism: a very short introduction. Oxford: Oxford University Press.

Nun, José (1999): El futuro del empleo y la tesis de la masa marginal. In: *Desarrollo Económico*, 38 (152), 985-1004.

Obarrio, Mariano (2003): Kirchner destrabó el conflicto docente. In: *La Nación*, Buenos Aires, 28. Mai 2003. Text abrufbar unter://www.lanacion.com.ar/499419-kirchner-destrabo-el-conflicto-docente (Zugriff am 4.1.2018).

Observatorio del Derecho Social (2014): Paritaria Nacional Docente: el primer gran desafío de la nueva etapa. Buenos Aires: Central de Trabajadores de la Argentina (CTA). Text abrufbar unter: http://www.obderechosocial.org.ar/docs/paritaria_nac_docente_2014_situacion_del_salario_minimo.pdf (Zugriff am 20.12.2016).

OECD (2010): Latin American Economic Outlook 2011: How Middle-Class Is Latin America? Paris: OECD Development Centre.

Opratko, Benjamin (2012a): Ein theoretischer Universalschlüssel? Zur Ontologisierung des Hegemoniebegriffs bei Laclau und Mouffe. In: Dzudzek, Iris/Kunze, Caren/Wullweber, Joscha (Hg.), Diskurs und Hegemonie: gesellschaftskritische Perspektiven. Bielefeld: transcript, 59-83.

Opratko, Benjamin (2012b): Hegemonie. Münster: Westfälisches Dampfboot.

OSAL (2008a): Cronología del Conflicto Social, Argentina Cronología del conflicto social Abril de 2008, Documento de trabajo N° 210. CLACSO. Text abrufbar unter: http://www.clacso.org.ar/documentos_osal/descargar.php?link=31.pdf&nombre=Argentina20CronologEDa20Marzo202008 (Zugriff am 17.6.2011).

OSAL (2008b): Cronología del Conflicto Social, Argentina Cronología del conflicto social Julio de 2008, Documento de trabajo N° 267. CLACSO. Text abrufbar unter: http://www.clacso.org.ar/documentos_osal/descargar.php?link=31.pdf&nombre=Argentina20CronologEDa20Marzo202008 (Zugriff am 17.6.2011).

OSAL (2008c): Cronología del Conflicto Social, Argentina Cronología del conflicto social Junio de 2008, Documento de trabajo N° 248. CLACSO. Text abrufbar unter: http://www.clacso.org.ar/documentos_osal/descargar.php?link=31.pdf&nombre=Argentina20CronologEDa20Marzo202008 (Zugriff am 17.6.2011).

OSAL (2008d): Cronología del Conflicto Social, Argentina Cronología del conflicto social Mayo de 2008, Documento de trabajo N° 229. CLACSO. Text abrufbar unter: http://www.clacso.org.ar/documentos_osal/descargar.php?link=33.pdf&nombre=Argentina20CronologEDa20Mayo202008 (Zugriff am 17.6.2011).

OSAL (2008e): Cronología del Conflicto Social, Argentina, Marzo de 2008, Documento de trabajo N° 191. CLACSO. Text abrufbar unter: http://www.clac-

so.org.ar/documentos_osal/descargar.php?link=31.pdf&nombre=Argentina20CronologEDa20Marzo202008 (Zugriff am 17.6.2011).

Ozarow, Daniel (2014): When All They Thought Was Solid Melted into Air: Resisting Pauperization in Argentina during the 2002 Crisis. In: *Latin American Research Review*, 49 (1), 178-202.

Ozarow, Daniel (2019): The Mobilization and Demobilization of Middle-Class Revolt: Comparative Insights from Argentina. New York: Routledge.

Página/12 (2005): Una jubilación móvil para pocos. In: *Página/12*, 16. August 2005. Text abrufbar unter: https://www.pagina12.com.ar/diario/economia/2-55138-2005-08-16.html (Zugriff am 22.11.2017).

Palomino, Héctor/Dalle, Pablo (2012): El impacto de los cambios ocupacionales en la estructura social de la Argentina: 2003-2011. In: *Revista de Trabajo Nueva Época*, 8 (10), 205-223.

Panizza, Francisco (2005): Introduction: Populism and the Mirror of Democracy. In: Panizza, Francisco (Hg.), Populism and the Mirror of Democracy. London: Verso, 1-32.

Panizza, Francisco (2008): Fisura entre populismo y democracia en América Latina. In: *Stockholm Review of Latin American Studies*, 3, 81-94.

Paramio, Ludolfo (2006): Giro a la izquierda y regreso del populismo. In: *Nueva Sociedad*, 205, 62-74.

Parker, David S. (2019): Asymmetric globality and South American narratives of bourgeois failure. In: Dejung, Christof/Motadel, David/Osterhammel, Jürgen (Hg.): *The global Bourgeiosie: the rise of the middle classes in the age of empire*. Princeton: Princeton University Press, 275-294.

Perazza, Roxana/Legarralde, Martín (2007a): El sindicalismo docente en Argentina. Konrad Adenauer Stiftung. Text abrufbar unter: http://www.fundacioncepp.org.ar/wp-content/uploads/2007/12/El-sindicalismo-docente-en-la-Argentina.pdf (Zugriff am 8.1.2016).

Perazza, Roxana/Legarralde, Martín (2007b): Sindicatos Docentes y Reformas Educativas en América Latina Argentina. Rio de Janeiro: Konrad Adenauer Stiftung. Text abrufbar unter: http://www.fundacioncepp.org.ar/wp-content/uploads/2007/12/El-sindicalismo-docente-en-la-Argentina.pdf (Zugriff am 11.1.2016).

Philip, George/Panizza, Francisco (2011): The Triumph of Politics: The Return of the Left in Venezuela, Bolivia and Ecuador. Cambridge: Polity Press.

Piva, Adrián (2008): Monsieur Le Travail, Monsieur Le Capital y Madame La Terre. Notas críticas sobre la noción marxista de clase. In: *Bajo el volcán*, 7 (13), 103-135.

Piva, Adrián (2013): ¿Cuánto hay de nuevo y cuánto de populismo en el neopopulismo? Kirchnerismo y peronismo en la Argentina post 2001. In: *Trabajo y sociedad*, 21, 135-157.

Piva, Adrián (2015): Economía y Política En La Argentina Kirchnerista. Buenos Aires: Batalla de Ideas.

Piva, Adrián (2017a): Clase y estratificación desde una perspectiva marxista. La clase como relación social objetiva. In: *Conflicto Social*, 10 (17), 170-220.

Piva, Adrián (2017b): El modo de acumulación de capital. In: *Revista Ensambles*, 3 (6), 53-79.

Piva, Adrián (2018): Política económica y modo de acumulación en la Argentina de la posconvertibilidad. In: *Perfiles Latinoamericanos*, 26 (52), 1-26.

Piva, Arián (2011): Una aproximación a los cambios en la Forma de Estado en Argentina (2002 2009). In: *Theomai: estudios sobre sociedad, naturaleza y desarrollo*, 23, 1-23.

Popp, Silvia (2014): Die neue globale Mittelschicht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte – Bundeszentrale für politische Bildung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 64, 30-36.

Porta, Fernando/Santarcángelo, Juan E./Schteingart, Daniel (2017): Un proyecto político con objetivos económicos. Los limtes de la estrategia kirchnerista. In: Pucciarelli, Alfredo Raúl/Castellani, Ana Gabriela (Hg.), Los años del kirchnerismo: la disputa hegemónica tras la crisis del orden neoliberal. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores, 99-144.

Poulantzas, Nicos (1973): Zum marxistischen Klassenbegriff. Berlin: Merve Verlag.

Poulantzas, Nicos (1975): Klassen im Kapitalismus heute. Berlin: VSA.

Presidencia de la Nación Argentina (2006): Documento para el debate ley de educación nacional hacia una educación de calidad para una sociedad más justa. Proyecto de Ley de Educación Nacional Convocatoria a un debate amplio y fecundo. Presidencia de la Nacion. Text abrufbar unter: https://www.suteba.org.ar/download/la-paritaria-en-movimiento-15976.pdf (Zugriff am 7.11.2018).

Pucciarelli, Alfredo Raúl/Castellani, Ana Gabriela (Hg.) (2017): Los años del kirchnerismo: la disputa hegemónica tras la crisis del orden neoliberal. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores.

Pühretmayer, Hans (2017): Zur materialistischen Wissenschaftstheorie in Nicos Poulantzas' Gesellschafts- und Staatstheorie. In: Boos, Tobias/Lichtenberger, Hanna/Puller, Armin (Hg.), Mit Poulantzas arbeiten: um aktuelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu verstehen. Hamburg: VSA, 104-126.

Ratto, María Celeste (2020): Otra vez la economía. La influencia de la agenda económica en las elecciones 2019. In: *Más poder local*, Asociación Latinoamericana de Investigadores en Campañas Electorales (ALICE).

Ravallion, Martin (2010): The Developing World's Bulging (but Vulnerable) Middle Class. In: *World Development*, 38 (4), 445-454.

Retamozo, Martín (2011): Tras las huellas de Hegemón: usos de hegemonía en la teoría política de Ernesto Laclau. In: *Utopía y praxis latinoamericana: revista internacional de filosofía iberoamericana y teoría social*, 55, 39-58.

Retamozo, Martín (2014a): Ernesto Laclau y Emilio De Ipola ¿un debate? Populismo, socialismo y democracia. In: *Identidades*, 4 (6), 38-55.

Retamozo, Martín (2014b): Populismo en América Latina: desde la teoría hacia el análisis político.Discurso, sujeto e inclusión en el caso argentino. In: *Colombia Internacional*, 82, 221-258.

Retamozo, Martín/Morris, María Belén (2015): Sindicalismo y política. La Central de Trabajadores de la Argentina en tiempos kirchneristas. In: *Estudios Sociológicos*, X XXIII (97), 37-87.

Retamozo, Martín/Schuttenberg, Mauricio/Viguera, Aníbal (Hg.) (2013): Peronismos, izquierdas y organizaciones populares: movimientos e identidades políticas en la Argentina contemporánea. La Plata: Editorial de la Universidad de La Plata.

Retamozo, Martín/Stoessel, Soledad (2014): El concepto de antagonismo en la teoría política contemporánea. In: *Estudios Políticos*, 44, 13-34.

Rinesi, Eduardo/Vommaro, Gabriel/Muraca, Matías (Hg.) (2010): Si éste no es el pueblo: hegemonía, populismo y democracia en Argentina. Los Polvorines: Universidad Nacional de General Sarmiento.

Riorda, Mario (2019): ¿Qué hay en la cabeza del electorado argentino? In: *Agenda Pública*, 21. Oktober 2019. Text abrufbar unter: https://agendapublica.es/que-hay-en-la-cabeza-del-electorado-argentino/(Zugriff am 22.4.2021).

Ritsert, Jürgen (1975): Ideologiekritik und Inhaltanalyse. Ein Versuch über kritische Sozialforschung. Frankfurt a.M.: Athenäum Fischer Taschenbuch.

Roberts, Kenneth M. (1995): Neoliberalism and the Transformation of Populism in Latin America: The Peruvian Case. In: *World Politics*, 48 (1), 82-116.

Roberts, Kenneth M. (2006): Populism, Political Conflict, and Grass-Roots Organization in Latin America. In: *Comparative Politics*, 38 (2), 127-148.

Robles, José Alberto (2010): Las organizaciones sindicales docentes. Buenos Aires: Confederación de Educadores Argentinos.

Rocca Rivarola, Dolores (2014): El libro »bueno« y el libro »malo« sobre La Cámpora: sus aportes para la investigación social sobre la militancia oficialista. In: *Estudios digital*, 31, 259-267.

Rocca Rivarola, Dolores (2017): Las militancia kirchnerista. Tres momentos del compromiso activo oficialista (2003 y 2015). In: Pucciarelli, Alfredo Raúl/Castellani, Ana Gabriela (Hg.), Los años del kirchnerismo: la disputa hegemónica tras la crisis del orden neoliberal. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores, 319-439.

Rodríguez, Martín (2013): Diez años luz. *El Dipló – Le monde diplomatique Cono Sur*, Nr. 167, Text abrufbar unter: https://www.eldiplo.org/167-kirchnerismo-balance-de-una-decada/diez-anos-luz/(Zugriff am 1.11.2013).

Rodríguez, Martín (2014): Orden y progresismo. Los años kirchneristas. Buenos Aires: Editorial Planeta.

Rodríguez, Santiago (2003): Cómo hacer un servicio a domicilio. In: *Página/12*, 28. Mai 2003. Text abrufbar unter: https://www.pagina12.com.ar/diario/elpais/1-20704-2003-05-28.html (Zugriff am 4.1.2018).

Rovira Kaltwasser, Cristóbal/Taggart, Paul A./Ochoa Espejo, Paulina/Ostiguy, Pierre (2017): Populism: An Overview of the Concept and the State of the Art. In: Rovira Kaltwasser, Cristóbal/Taggart, Paul A./Ochoa Espejo, Paulina/Ostiguy, Pierre (Hg.), The Oxford Handbook of Populism. Oxford: Oxford University Press, 1-27.

Ruckert, Arne/Macdonald, Laura/Proulx, Kristina R. (2017): Post-Neoliberalism in Latin America: A Conceptual Review. In: *Third World Quarterly*, 38 (7), 1583-1602.

Russo, Sandra (2013): Fuerza propia: La Cámpora por dentro. Buenos Aires: Penguin Random House Grupo Editorial Argentina.

Sader, Emir (2011): The new mole: paths of the Latin American left. London: Verso.

Sanchez, Daniel/Díaz, Valentín/Celia, Roberto/Bello, Diana (2007): Los regimenes jubilatorios especiales. CAT.OPP/CAG/2007-32. Buenos Aires: El Observatorio de Políticas Públicas del Cuerpo de Administradores.

Sautu, Ruth (2016): La formación y la actualidad de la clase media argentina. In: Kessler, Gabriel (Hg.), La sociedad argentina hoy: radiografía de una nueva estructura. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores; Fundación OSDE, 163-184.

Sautu, Ruth/Rodríguez, Santiago/Boniolo, Paula/Dalle, Pablo (2010): Las clases sociales según Gino Germani. In: Gino Germani, la sociedad en cuestión: antología comentada. Buenos Aires: CLACSO, 76-85.

Schamis, Héctor (2013): In De la Torre, Carlos/Arnson, Cynthia J. (Hg.): *Latin American Populism in the Twenty-First Century.* Washington: Woodrow Wilson Center Press, Johns Hopkins University Press.

Schavelzon, Salvador (2015): La formación de Podemos: Sudamérica, Populismo Postcolonial y Hegemonía Flexible. *Lobo Suelto*, Text abrufbar unter: https://anarquiacoronada.blogspot.com/2015/12/la-formacion-de-podemos.html (Zugriff am 6.1.2016).

Schavelzon, Salvador/Webber, Jeffery R. (2018): Podemos and Latin America. In: Augustin, Oscar Garcia/Briziarelli, Marco (Hg.), Podemos and the New Political Cycle Left-Wing Populism and Anti-Establishment Politics. Cham: Springer, 173-199.

Scherrer, Christoph (2007): Hegemonie: empirisch fassbar? In: Merkens, Andreas/Rego Diaz, Victor (Hg.): *Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis.* Hamburg: Argument-Verlag. 71-84.

Schorr, Martín/Wainer, Andrés (2017): La economía argentina bajo el kirchnerismo: de la holgura a la restricción externa. Una aproximación estructural. In: Pucciarelli, Alfredo Raúl/Castellani, Ana Gabriela (Hg.), Los años del kirchnerismo: la disputa hegemónica tras la crisis del orden neoliberal. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores, 145-174.

Schuster, F./Naishtat, Francisco S./Nardacchione, Gabriel/Pereyra, Sebastián (Hg.) (2005): Tomar la palabra: estudios sobre protesta social y acción colectiva en la Argentina contemporánea. Buenos Aires: Prometeo Libros.

Schuttenberg, Mauricio (2014): Las identidades nacional populares: De la resistencia noventista a los años kirchernistas. Villa María: Eduvim.

Seidl, Gregor (2017): Global or Peripheral Middle Classes? A Decolonial Perspective on the Formation of ›New Middle Classes‹ in Ecuador. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 33 (4), 114-148.

Semán, Pablo (2016): Las clases medias y la imposibilidad de parar de sufrir. In: Vanoli, Hernán/Semán, Pablo/Trímboli, Javier (Hg.), ¿Qué quiere la clase media? Ciudad de Buenos Aires: Capital Intelectual, 65-88.

Sieder, Reinhard/Langthaler, Ernst (2010): Einleitung: Was heißt Globalgeschichte? In: Reinhard Sieder/Langthaler, Ernst (Hg.), Globalgeschichte 1800-2010. Berlin: Böhlau, 9-38.

Singer, André (2014): Rebellion in Brazil. In: *New Left Review*, 85, 19-37.

Sivak, Martín (2016): »La debilidad del kirchnerismo fue entender a Clarín solo a partir de 1976«. Interview am 2. Oktober 2016. Text abrufbar unter: http://www.laizquierdadiario.com/Martin-Sivak-La-debilidad-del-kirchnerismo-fue-entender-a-Clarin-solo-a-partir-de-1976 (Zugriff am 12.12.2018).

Slack, Jennifer Daryl (1996): The Theory and Method of Articulation in Cultural Studies. In: Chen, Kuan-Hsing/Morley, David (Hg.), Stuart Hall: Critical Dialogues in Cultural Studies. Routledge, 112-130.

Smith, Anna Marie (1998): Laclau and Mouffe: The Radical Democratic Imaginary: The Radical Democratic Imagery. London: Routledge.

Stoessel, Soledad/Ramírez, Franklin (2018): Las Gelatinosas Instituciones de La »Populismología« Contemporánea. In: Cadahia, Luciana/Coronel, Valeria/Ramírez, Franklin (Hg.), A Contracorriente: Materiales Para Una Teoría Renovada Del Populismo. La Paz: Vicepresidencia del Estado Plurinacional de Bolivia, 107-132.

Suárez, Daneil Hugo (2010): Conflictos docentes y luchas sindicales en América Latina. Buenos Aires: Confederación de Educadores Argentinos.

Suárez, Daniel (2005): Conflicto social y protesta docente en América Latina – Estudio de caso: El conflicto docente en Argentina (1997 – 2003). Buenos Aires: Laboratorio de Políticas Públicas. Text abrufbar unter: http://biblioteca.clacso.edu.ar/ar/libros/argentina/lpp/conflictos.pdf (Zugriff am 2.2.2016).

Svampa, Maristella (2001): Los que ganaron: la vida en los countries y barrios privados. Buenos Aires: Editorial Biblos.

Svampa, Maristella (2007): Las fronteras del Gobierno de Kirchner: entre la consolidación de lo viejo y las aspiraciones de lo nuevo. In: *Cuadernos del CENDES*, 24 (65), 39-61.

Svampa, Maristella (2008): Cambio de época: Movimientos Sociales y Poder Político. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores.

Svampa, Maristella (2010): La sociedad excluyente: la Argentina bajo el signo del neoliberalismo. Buenos Aires: Taurus.

Svampa, Maristella (2012): Resource Extractivism and Alternatives: Latin American Perspectives on Development. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 28 (3), 43-73.

Svampa, Maristella (2013): La década kirchnerista: Populismo, clases medias y revolución pasiva. In: *LASAFORUM*, xliv (4), 14-16.

Svampa, Maristella (2014): Revisiting Argentina 2001-13: From »¡Que se vayan todos!« to the Peronist Decade. In: Levey, Cara/Ozarow, Daniel/Wylde, Chris (Hg.), Argentina since the 2001 crisis: recovering the past, reclaiming the future. New York, NY: Palgrave Macmillan, 155-173.

Svampa, Maristella (2016): Debates latinoamericanos: indianismo, desarrollo, dependencia y populismo. Buenos Aires: Edhasa.

Svampa, Maristella (Hg.) (2009): Desde abajo: la transformación de las identidades sociales. Buenos Aires: Editorial Biblios.

Svampa, Maristella/Pandolfi, Claudio (2004): Las vías de la criminalización de la protesta en Argentina. In: OSAL, Observatorio Social de América Latina (Hg.), *Observatorio Social de América Latina*, 5 (14), 285-296.

Svampa, Maristella/Pereyra, Sebastián (2003): Entre la ruta y el barrio: la experiencia de las organizaciones piqueteras. Buenos Aires Editorial Biblios.

Sztulwark, Sebastián (2010): Políticas e instituciones de apoyo a las pymes en Argentina. In: Ferraro, Carlo Antonio/Stumpo, Giovanni (Hg.), Políticas de apoyo a las pymes en América Latina: entre avances innovadores y desafíos institucionales. Santiago de Chile: Naciones Unidas, CEPAL Comisión Económica para América Latina y el Caribe, 45-96.

Taggart, Paul (2000): Populism. Buckingham: Open UnivPress.

Taggart, Paul (2003): The populist turn in the politics of the New Europe. Präsentiert auf: 8th Biannual International Conference of the European Union Studies Association conference, 27.3-29.3.2003, Nashville. Text abrufbar unter: http://aei.pitt.edu/2962/(Zugriff am 28.7.2015).

Tagina, María Laura (2018): Argentina, kirchnerismo y después: la alternancia electoral de 2015. In: Elecciones y partidos políticos en América en el cambio de ciclo. Madrid: Centro de Investigaciones Sociológicas. 21-46.

Taylor, Julie (1981): Eva Perón: The Myths of a Woman. Chicago: University of Chicago Press.

Tevik, Jon C. (2003): Porteño Logics. The Meaning of Taste and Morality in Social Classification in Buenos Aires. Text abrufbar unter: http://www.ub.uib.no/elpub/2003/h/708004/Hovedoppgave.pdf (Zugriff am 21.4.2014).

Thien, Hans-Günther (2014): Klassentheorien – Die letzten 50 Jahre. In: *PROKLA*, 175, 163-190.

Thompson, Edward P. (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, 2 Bände. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Thompson, Edward Palmer (1966): The Making of the English Working Class. New York: Random House.

Torrado, Susana (1992): Estructura social de la Argentina, 1945-1983. Buenos Aires: Ediciones de la Flor.

Tula, Jorge/Arico, Jose Maria/Terán, Oscar (Hg.) (2009): Controversia: para el examen de la realidad argentina. Buenos Aires: Ejercitar la memoria editores.

Urbinati, Nadia (1998): Democracy and Populism. In: *Constellations*, 5 (1), 110-124.

Vanoli, Hernán (2016): La clase media ha muerto, que viva la clase media. Cine y representación del antagonismo en la Argentina kirchnerista. In: Vanoli, Hernán/Semán, Pablo/Trímboli, Javier (Hg.), ¿Qué quiere la clase media? Ciudad de Buenos Aires, Argentina: Capital Intelectual, 25-64.

Varela, Paula (Hg.) (2016): El gigante fragmentado: sindicatos, trabajadores y política durante el kirchnerismo. Buenos Aires: Final Abierto.

Vázquez, Melina/Vommaro, Pablo (2012): La Fuerza de Los Jóvenes: Aproximaciones a La Militancia Kirchnerista Desde La Cámpora. In: Natalucci, Ana/Pérez, Germán (Hg.), Vamos Las Bandas. Organizaciones y Militancia Kirchnerista. Buenos Aires: Nueva Trilce, 149-174.

Vázquez, Silvia Andrea (2008): Las identidades laborales de los docentes y la acción político-sindical. Präsentiert auf: VII seminário redestrado – Nuevas regulaciones en América Latina, 3-5.7. 2008, Buenos Aires. Text abrufbar unter: https://labrujuladocente.jimdo.com/app/download/10829219060/Ponencia+Silvia+Vazquez+28129.pdf?t=1534184024 (Zugriff am 01.02.2018).

Vázquez, Silvia Andrea/Balduzzi, Juan (2000): De apóstoles a trabajadores: luchas por la unidad sindical docente, 1957-1973. Buenos Aires: Instituto de Investigaciones Pedagógicas »Marina Vilte« Confederación de Trabajadores de la Educación de la República Argentina (CTERA).

Ventrici, Patricia/Vocos, Federico/Compañez, Manuel (2012): Metrodelegados: Subte: de la privatización al traspaso. Buenos Aires: Desde el subte.

Verón, Mariana (2012): Lanzan un nuevo megaplán de créditos para viviendas. In: *La Nación*, 13. Juni 2012. Text abrufbar unter: https://www.lanacion.com.ar/1481623-lanzan-un-nuevo-megaplan-de-creditos-para-viviendas (Zugriff am 24.8.2018).

Vilas, Carlos M. (1992): Latin American Populism: A Structural Approach. In: *Science and Society*, 56 (4), 389-420.

Vilas, Carlos M. (2004): ¿Populismos reciclados o neoliberalismo a secas? El mito del neopopulismo latinoamericano. In: *Revista de Sociologia e Política*, 22 (22), 135-151.

Villanueva Rance, Amaru (2018): Las clases medias y la democracia: cuatro aproximaciones (y media) a la relación entre clase social y preferencia política. In: *andamios*, 3 (7), 107-120.

Villanueva Rance, Amaru (2020): Bolivia: la clase media imaginada. In: *Nueva Sociedad*, 285, 122-138.

Visacovsky, Sergio (2008): Estudios sobre »clase media« en la antropología social: una agenda para la Argentina. In: *Avá*, 13.

Visacovsky, Sergio (2012): Experiencias de descenso social: percepción de fronteras sociales e identidad de clase media en la Argentina post-crisis. In: *Pensamiento iberoamericano*, 10, 133-168.

Visacovsky, Sergio (2014): Crisis, lenguaje del sacrificio y la narrativa de origen de la clase media en la argentina. Präsentiert auf: XI Congreso Argentino de Antropología Social, 26.7 2014, Rosario.

Visacovsky, Sergio Eduardo/Garguin, Enrique (2009): Moralidades, economlas e identidades de clase media. In: *Journal of Women's History*, 18 (1), 22-49.

Vommaro, Gabriel (2017): La larga marcha de Cambiemos: la construcción silenciosa de un proyecto de poder. Buenos Aires: Siglo Veintiuno Editores.

Vommaro, Gabriel Alejandro/Morresi, Sergio Daniel/Belloti, Alejandro (2015): Mundo pro. Anatomía de un partido fabricado para ganar. Buenos Aires: Grupo Planeta.

Wacquant, Löic J.D. (1991): Making class: the middle class(es) in social theory and social structure. In: McNall, Scott G./Levine, Rhonda F./Fantasia, Rick (Hg.), Bringing class back in contemporary and historical perspectives. Boulder: Westview Press.

Wallerstein, Immanuel (1995): Bourgeoisie. *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM)*, Hamburg: Argument-Verlag.

Webber, Jeffery R. (2010): Latin American Neostructuralism: The Contradictions of Post-Neoliberal Development by Fernando Ignacio Leiva, Minneapolis: University of Minnesota Press, 2008. In: *Historical Materialism*, 18 (3), 208-229.

Webber, Jeffery R./Carr, Barry (Hg.) (2012): The New Latin American Left: Cracks in the Empire. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

Weber, Max (1926): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen: Verlag von J. C. B. Mohr.

Weyland, Kurt (1996): Neopopulism and Neoliberalism in Latin America: Unexpected Affinities. In: *Studies In Comparative International Development*, 31 (3), 3-31.

Weyland, Kurt (1999): Neoliberal Populism in Latin America and Eastern Europe. In: *Comparative Politics*, 31 (4), 379-401.

Weyland, Kurt (2001): Clarifying a Contested Concept: Populism in the Study of Latin American Politics. In: *Comparative Politics*, 34 (1), 1-22.

Wiles, Peter (1969): A Syndrome, Not a Doctrine: Some Elementary Theses on Populism. In: Ionescu, Ghita/Gellner, Ernest (Hg.), Populism: Its Meaning and National Characteristics. London: Macmillan, 166-179.

Wortman, Ana (2010): Las clases medias argentina 1960-2008. In: Franco, Rolando/Hopenhayn, Martín/León, Arturo (Hg.), Las clases medias en América Lati-

na: retrospectiva y nuevas tendencias. México: CEPAL: Secretaría General Iberoamericana; Siglo Veintiuno Editores, 117-167.

Wright, Erik Olin (1979): Class, Crisis and the State. 3rd impr. London: Verso.

Wright, Erik Olin (1985): Was bedeutet neo und was heißt marxistisch in der neomarxistischen Klassenanalyse? In: Goldthorpe, John H./Hermann Strasser (Hg.), Die Analyse sozialer Ungleichheit: Kontinuität, Erneuerung, Innovation. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 238-266.

Wright, Erik Olin (1997): Classes. London: Verso.

Wullweber, Joscha (2010): Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie: das Nanotechnologie-Projekt. Baden-Baden: Nomos.

Wullweber, Joscha (2015): Postpositivist Political Theory. John Wiley & Sons.

Wylde, Christopher (2011): State, society and markets in Argentina: The political economy of neodesarrollismo under Néstor Kirchner, 2003-2007. In: *Bulletin of Latin American Research*, 30 (4), 436-452.

Yates, J. S./Bakker, K. (2014): Debating the »post-Neoliberal Turn« in Latin America. In: *Progress in Human Geography*, 38 (1), 62-90.

Zenobi, Diego (2006): ›Ahorristas‹ de vacaciones: de villa gesell al hsbc. Moralidades, familia y nación. In: *Anuario del Centro de Antropología Social (actualmente Estudios de antropología socia*, 1, 217-234.

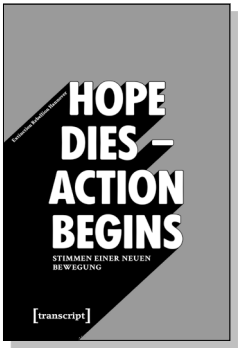
Zirker, Daniel (1998): José Nun's »Middle-Class Military Coup« in Contemporary. Perspective Implications of Latin America's Neoliberal Democratic Coalitions. In: *Latin American Perspectives*, 102 (5), 67-86.

Žižek, Slavoj (1990): Beyond Discourse-Anlysis. In: Laclau, Ernesto (Hg.), New Reflections on the Revolution of Our Time. London: Verso, 249-260.

Žižek, Slavoj (1994): Identity and Its Vicissitudes: Hegel's »Logic of Essence« as a Theory of Ideology. In: Laclau, Ernesto (Hg.), The making of political identities. London: Verso, 40-75.

Žižek, Slavoj (2013): Klassenkampf oder Postmodernismus? Ja, bitte! In: Kontingenz – Hegemonie – Universalität: Aktuelle Dialoge zur Linken. Wien: Turia + Kant, 113-170.

Politikwissenschaft

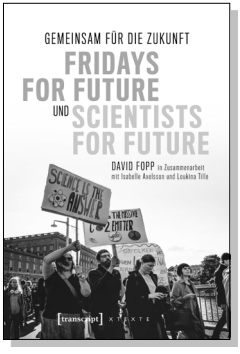


Extinction Rebellion Hannover
»Hope dies – Action begins«: Stimmen einer neuen Bewegung

2019, 96 S., kart.
7,99 € (DE), 978-3-8376-5070-9
E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation, ISBN 978-3-8394-5070-3
EPUB: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation, ISBN 978-3-7328-5070-9

Jan Brunner, Anna Dobelmann, Sarah Kirst, Louisa Prause (Hg.)
Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte

2019, 326 S., kart., Dispersionsbindung, 1 SW-Abbildung
24,99 € (DE), 978-3-8376-4433-3
E-Book: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4433-7



Angela Nagle
Die digitale Gegenrevolution
Online-Kulturkämpfe der Neuen Rechten von 4chan und Tumblr bis zur Alt-Right und Trump

2018, 148 S., kart.
19,99 € (DE), 978-3-8376-4397-8
E-Book: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4397-2
EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-4397-8

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de

Politikwissenschaft

Sebastian Haunss, Moritz Sommer (Hg.)
Fridays for Future –
Die Jugend gegen den Klimawandel
Konturen der weltweiten Protestbewegung

2020, 264 S., kart.
22,00 € (DE), 978-3-8376-5347-2
E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-5347-6
ISBN 978-3-7328-5347-2

Helmut König
Lüge und Täuschung
in den Zeiten von Putin, Trump & Co.

2020, 360 S., kart., Dispersionsbindung
29,50 € (DE), 978-3-8376-5515-5
E-Book:
PDF: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5515-9
EPUB: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5515-5

BICC Bonn International Center for Conversion,
HSFK Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, IFSH Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg,
INEF Institut für Entwicklung und Frieden
Friedensgutachten 2020
Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa

2020, 160 S., kart., Dispersionsbindung, 33 Farbabbildungen
15,00 € (DE), 978-3-8376-5381-6
E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-5381-0

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de